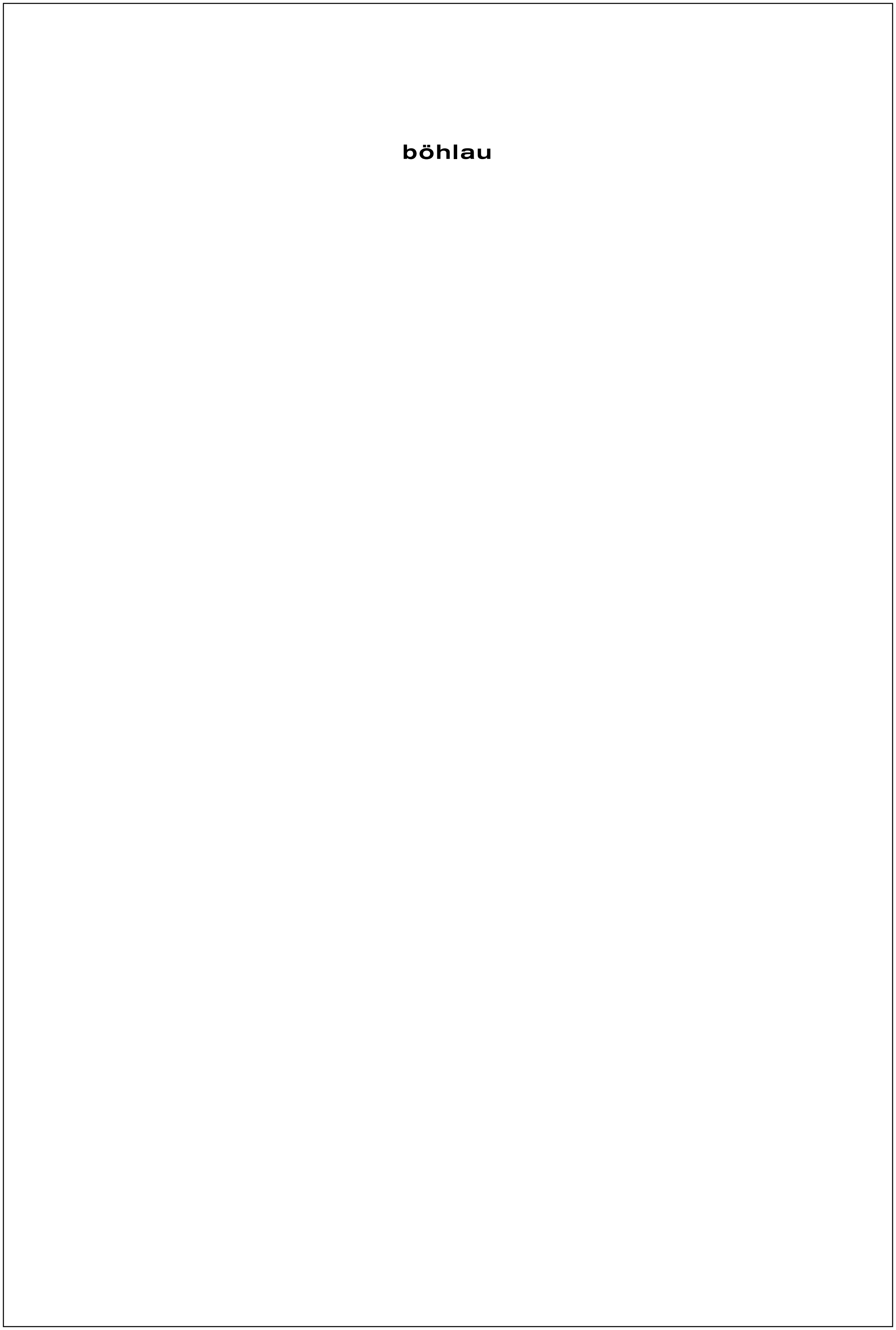


Moisés Prieto

Zwischen Apologie und Ablehnung

Schweizer Spanien-Wahrnehmung vom späten Franco-Regime bis zur Demokratisierung (1969–1982)

BAND 6 | ZÜRCHER BEITRÄGE ZUR GESCHICHTSWISSENSCHAFT


böhlau

ZÜRCHER BEITRÄGE
ZUR GESCHICHTSWISSENSCHAFT BAND 6

HERAUSGEGEBEN VOM
HISTORISCHEN SEMINAR DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

ZWISCHEN APOLOGIE UND ABLEHNUNG

Schweizer Spanien-Wahrnehmung vom späten Franco-Regime bis zur Demokratisierung (1969–1982)

VON
MOISÉS PRIETO



2015
BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Das E-Book wurde publiziert mit Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

Die vorliegende Arbeit wurde von der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich im Frühjahrssemester 2013 auf Antrag von Prof. Dr. Christian Koller und Prof. em. Dr. Carlo Moos als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://portal.dnb.de abrufbar.

Umschlagabbildung:
Vorderseite: Berner Demonstration vom 12. Dezember 1970 gegen den Burgos-Prozess. (© Keystone/Photopress-Archiv STR)
Rückseite: Der spanische König Juan Carlos wird am 18. Juni 1979 auf dem Flughafen Zürich-Kloten von Bundespräsident Hans Hürlimann, links, und militärischen Ehren empfangen. (© Keystone/Photopress-Archiv STR)

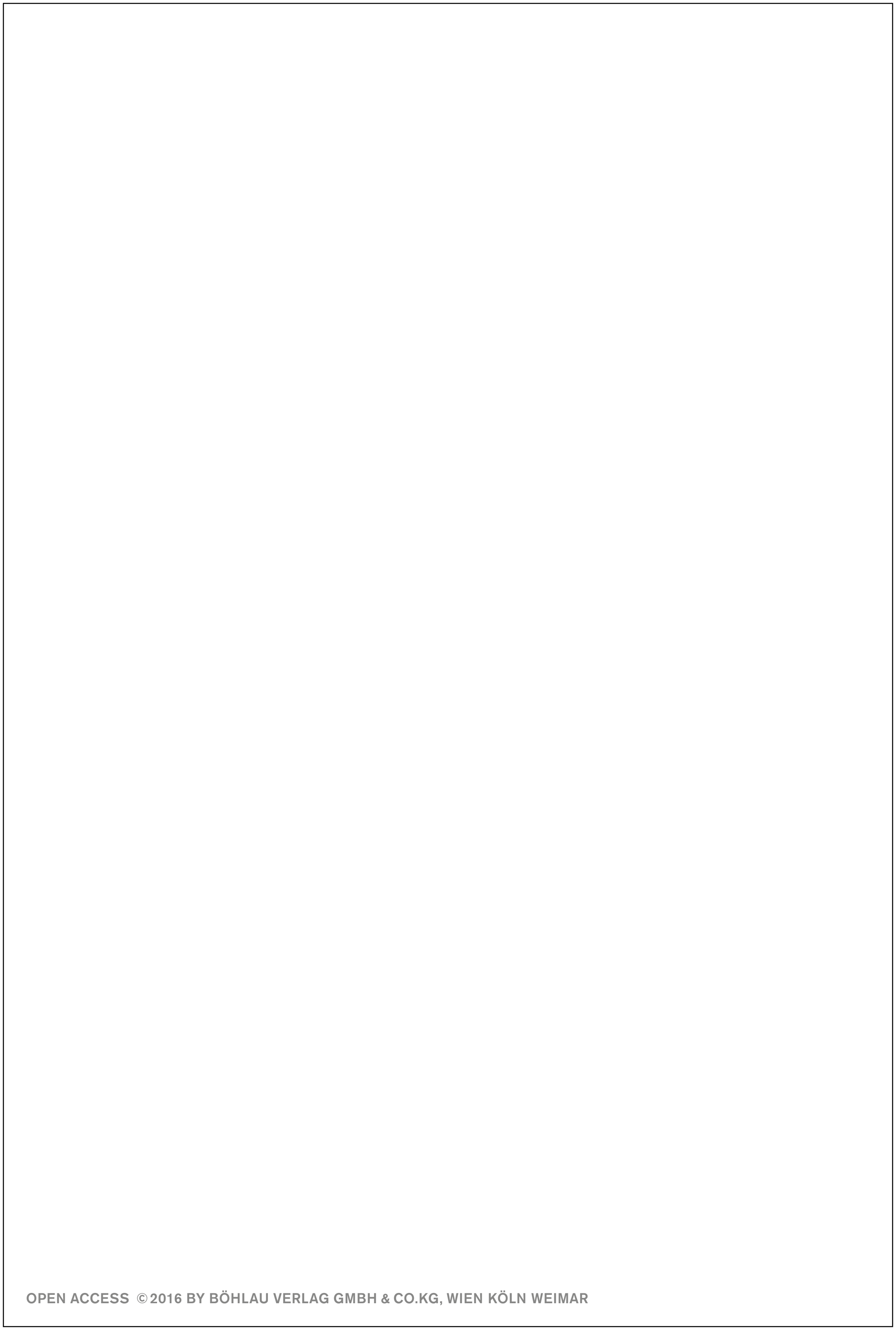
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, www.boehlau-verlag.com

Korrektorat: Constanze Lehmann, Berlin
Gesamtherstellung: WBD Wissenschaftlicher Bücherdienst, Köln
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in the EU

ISBN 978-3-412-50133-4



In Gedenken an meinen Vater,
für meine Mutter.



Inhalt

Anhang

1. Einleitung

1.1 „Generalissimo Francisco Franco is still dead."

Der US-amerikanische Komiker Chevy Chase, der in den siebziger Jahren die NBC-Sendung „Saturday Night Live" moderierte und darin unter anderem die „Tagesschau"-Nachrichten parodierte,[1] sprach am 22. November 1975 folgende Worte aus:

> Well, after a long illness, Generalissimo Francisco Franco died Wednesday. Reactions from world leaders were varied. Held in contempt as the last of the fascist dictators in the West by some, he was also eulogized by others, among them Richard Nixon, who said, quote ‚General Franco was a loyal friend and ally of the United States. He earned worldwide respect for Spain through firmness and fairness.' Despite Franco's death and an expected burial tomorrow, doctors say the dictator's health has taken a turn for the worse.[2]

General Franco war am 20. November gestorben und seine Beisetzung sollte tatsächlich am 23. stattfinden. In der darauffolgenden Sendung, die drei Wochen später ausgestrahlt wurde, sprach Chase den berühmten Satz aus „Generalissimo Francisco Franco is still dead",[3] der zu einem beliebten Running Gag werden sollte. Dieser Sketch behält trotz des schwarzen Humors – oder gerade deswegen – ein gewisses Interesse. Drei Elemente erscheinen hier besonders prominent: das Paradoxe um den Tod als Anspielung auf die rund einmonatige Agonie, aber auch auf das hohe Alter des Diktators,[4] die Anschwärzung des zurückgetretenen Präsidenten Richard M. Nixon[5] als moralischer Tiefflieger im Nachklang der Watergate-Affäre, was einer Fokussierung auf eine spezifisch amerikanische Franco-Wahrnehmung gleichkommt, und die Struktur der Nachricht, die mit jener „echter" „Tagesschau"-Nachrichten vergleichbar ist.

So absurd der Witz auch klingen mag, so birgt er eine Vorstellung, die selbst noch heute ihre Gültigkeit bewahrt hat, doch sollte man heutzutage eher die umgekehrte Frage stellen: Ist General Franco beziehungsweise sein Regime wirklich *schon* tot?

---

1 Vgl. Edgerton, The Columbia History of American Television, S. 306f; Larubia-Prado, Franco as cyborg, S. 135.

2 Cader, Saturday Night Live, S. 186–188.

3 Ebd.

4 Das Lebensalter des greisen Diktators oder seine Rückkehr aus dem Jenseits waren auch in spanischen Witzen ein beliebtes Leitmotiv. Vgl. Pi-Sunyer, Political Humor in a Dictatorial State, S. 187–189. Der 1978 erschienene historisch-fiktive Roman von Fernando Vizcaíno Casas *…Y al tercer año resucitó* handelt von dessen Auferstehung.

5 Zu den Nixon-Witzen siehe beispielsweise Paletz, Political Humor and Authority, S. 483ff.

Inwiefern sind sie immer noch „unter uns“? Zwei Ereignisse in der jüngeren Zeit können als symptomatisch für Spaniens Umgang mit seiner Vergangenheit und für eine gewisse „Vitalität“ jener Themen bezeichnet werden. Im Januar 2001, also unter der zweiten Amtszeit des konservativen Ministerpräsidenten José María Aznar, wurde dem im Jahre 1968 durch ein ETA-Attentat ermordeten Inspektor der politischen Polizei und notorischen Folterer Melitón Manzanas posthum ein Orden verliehen.[6] Das zweite Ereignis liegt sogar noch weniger lange zurück. Der spanische Richter Baltasar Garzón nahm sich im Oktober 2008 vor, die Gräueltaten der franquistischen Diktatur juristisch aufzuarbeiten und ordnete die Öffnung von 19 Massengräbern und die Exhumierung der Überreste an.[7] Mit diesem Vorhaben stieß der Jurist die Kirche, das konservative Politestablishment und dessen Presse vor den Kopf. Im Jahre 2010 wurde Garzón schließlich durch den Obersten Rat der Judikative von seinem Richteramt suspendiert.

Beide Vorkommnisse zeigen, welche Dimension der Bürgerkrieg und das Franco-Regime im politischen Alltag Spaniens weiterhin einnehmen und wie wenig eigentlich diese Traumata der jüngsten Geschichte Spaniens überwunden sind.[8] Ebenso deutlich offenbart sich hier eine Kritik an der oftmals zu Unrecht gelobten *Transición*,[9] dem paktierten Übergang von der Diktatur zur Demokratie im Anschluss an den Tod von General Francisco Franco Bahamonde, die man nicht nur als politisches Allheilmittel für die Überwindung sämtlicher Diktaturen verstehen und deshalb als Modell für ähnliche Fälle sehen wollte,[10] sondern auch als paradigmatisches Deutungsmuster für vergleichende historische, soziologische und politologische Disziplinen, um ähnliche Phänomene zu erklären. Zwar hat sich die spanische Geschichtsforschung in den letzten Jahren etwas von der traditionellen Sicht der „starken Männer“ distanziert und stärker auf Kollektive und Bewegungen fokussiert,[11] doch ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit

6 Vgl. Gran Cruz de la Real Orden de Reconocimiento Civil a las Víctimas del Terrorismo, Real Decreto 55/2001, 19. Januar 2001, BOE Nr. 18, 20. Januar 2001, S. 2546.

7 Vgl. Francos Verbrechen sollen untersucht werden, 18. Oktober 2008, http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/francos-verbrechen-sollen-untersucht-werden-1.1127695 (Stand 4. Dezember 2012); Hug, Schweizer unter Franco, S. 336.

8 Vgl. Aróstegui Sánchez, La Transición a la democracia, S. 37.

9 Für eine kritische Auseinandersetzung plädiert beispielsweise Díaz Gijón, Estrategias de análisis, S. 104–108; siehe auch Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 231; Edles, Symbol and ritual…, S. 6; Quirosa-Cheyrouze y Muñoz, El protagonismo de la sociedad…, S. 16.

10 Vgl. Maxwell, Spain’s Transition to Democracy, S. 47f. Beispiele für die komparative politikwissenschaftliche Handhabung von Demokratisierungen liefern Huntington, How Countries Democratize, 579ff., McDonough/Shin/Moisés, Comparing Spain, Brazil, and Korea, S. 919ff., McDonough, Identities, Ideologies, and Interests, S. 649ff.

11 Vgl. Linz, La transición española en perspectiva comparada, S. 22.

Bürgerkrieg und Diktatur weiterhin stark ideologisiert.[12] Vieles spricht auch dafür, dass die *Transición* selbst als eine umstrittene Epoche behandelt werden sollte, deren Überwindung noch aussteht.[13]

Die Versöhnungspolitik, die während der *Transición* propagiert wurde, zog sowohl einen „Verzicht einer gegenseitigen Aufrechnung historischer Verantwortlichkeiten“ als auch eine „umfassende Amnestie“ auf beiden Seiten nach sich.[14] Die Angst vor einem neuen Bürgerkrieg und vor einer weiteren Diktatur schien diesen Entscheid zu rechtfertigen.[15] Ein sogenannter Schweigepakt sollte verhindern, dass alte Wunden wieder aufreißen konnten.[16] Die Amnestie umfasste schließlich nicht nur die Opfer des Franquismus, sondern auch seine Täter.[17] Selbst der Wahlsieg der Sozialisten im Jahre 1982, also einer Partei, welche unter der franquistischen Repression gelitten hatte, brachte keine Aufarbeitung der Diktatur auf die politische Agenda.[18] Zahlreiche Straßennamen, Monumente und Gedenktafeln, die an die vierzigjährige Herrschaft Francos erinnerten, blieben lange Zeit bestehen.[19] Erst unter der Regierung des Sozialisten José Luis Rodríguez Zapatero wurde die Vergangenheitsbewältigung zu einem akuten Thema.

---

12 Vgl. Prutsch, Iberische Diktaturen, S. 203; Núñez/Stucki, Neueste Entwicklungen und Tendenzen…, S. 212–219. Aróstegui spricht in einem Aufsatz die Komplexität bei der geschichtswissenschaftlichen Behandlung der *Transición* an, die durch die Doppelrolle der Forschenden als Zeitzeugen und HistorikerInnen gegeben ist. Hier liegt das Konzept der Zeitgeschichte zugrunde. Vgl. Aróstegui Sánchez, La Transición a la democracia, S. 32. Dasselbe Problem wurde für den deutschen Fall durch Martin Sabrow behandelt. Vgl. Sabrow, Der Historiker als Zeitzeuge, S. 125ff.

13 Eine kaum idyllische Seite der *Transición* offenbart sich, wenn man den Terrorismus in Spanien von 1975 bis 1982 betrachtet. In dieser Zeit kamen insgesamt 665 Menschen ums Leben, 24% davon durch staatliche Repression und der Rest durch Terrorgewalt. Gemessen an den Demokratisierungsprozessen in Portugal und Griechenland forderte jener in Spanien einen viel höheren Blutzoll. Vgl. Sánchez-Cuenca, La violencia terrorista en la transición…, S. 9; Tusell, La política, S. 54. Über die Terroraktivität der GAL (*Grupos Anti-terroristas de Liberación*) gegen die ETA ab 1983 siehe Encarnación, Democracy and Dirty War in Spain, S. 950ff.

14 Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 236; siehe auch Rodrigo, Amnesia and Remembrance, S. 177; Macher, Historische „Meistererzählungen“…, S. 139; Aróstegui Sánchez, La Transición a la democracia, S. 38–43.

15 Vgl. Boyd, The Politics of History and Memory…, S. 135f.

16 Vgl. Rozenberg, Mémoire et oubli…, S. 167–175; Davis, Is Spain Recovering Its Memory? S. 867; Bernecker, Spaniens Übergang, S. 695f.

17 Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 240.

18 Vgl. ebd., S. 258f.; Núñez/Stucki, Neueste Entwicklungen und Tendenzen…, S. 210f.; Prutsch, Iberische Diktaturen, S. 199; Davis, Is Spain Recovering Its Memory? S. 878.

19 Vgl. Núñez/Stucki, Neueste Entwicklungen und Tendenzen…, S. 210; Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 315–321.

Die Brutalität der Genese des Regimes wurde bereits in zahlreichen Werken tiefgründig beleuchtet.[20] Paul Prestons *The Spanish Holocaust* bildet die jüngste Bemühung in diese Richtung, doch befasst er sich auch mit der Repression und den Tötungen auf der Seite der Republik.[21] Mit der Thematik der franquistischen Konzentrationslager hat sich auch Javier Rodrigo in mehreren Aufsätzen und Büchern befasst.[22] Preston schätzt die Zahl der Hingerichteten nach dem Ende des Bürgerkrieges im April 1939 auf ungefähr 20.000, doch diese Grausamkeit wurde lange Zeit von vielen Menschen innerhalb und außerhalb Spaniens ignoriert oder verdrängt:

> To this day, General Franco and his regime enjoy a relatively good press. This derives from a series of persistent myths about the benefits of his rule. Along with the carefully constructed idea that he masterminded Spain's economic ‚miracle' in the 1960s and heroically kept his country out of the Second World War, there are numerous falsifications about the origins of his regime. These derive from the initial lie that the Spanish Civil War was a necessary war fought to save the country from Communist take-over.[23]

Wie konnte General Franco solch einen guten Ruf aufbauen und aufrechterhalten?[24] Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Akzeptanz des Regimes haben auch Historiker selbst wie Brian Crozier oder Politologen wie Juan J. Linz geleistet.[25] Selbst

20 Hierzu Malefakis: „From a regime which during its early years confined proportionately some 30 times as many persons in its concentration camps as Hitler did in 1938, before the start of World War II, the prison population in Spain by the 1960s had fallen to proportionately much less than that of the United States and was approaching the average for the European Union?"; Malefakis, The Franco Dictatorship, S. 250.

21 Zu Säuberungen und Massenerschiessungen siehe auch Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 96f.

22 Konkrete Zahlen befinden sich in unter anderem in Rodrigo, Amnesia and Remembrance, S. 175f.

23 Preston, The Spanish Holocaust, S. xii (Hervorhebung im Original).

24 Selbst ein angesehener Historiker wie John Gillingham hat beteuert, dass Franco im Grunde genommen gar nicht so übel war: „Psst! Franco was not all that bad. The message, though still only whispered in public, comes through loud and clear for anyone with the time and patience to plow through the already thick and still growing scholarly literature on contemporary Spain. This least ideological of purported fascist heads of state set his nation on a long, looping course of accommodation with the West after 1945, which was neither always sought by the other party nor for many years very successful." Gillingham, European Integration, S. 211.; zit. in: Buchanan, How „Different" Was Spain, S. 85.

25 Besonders bezeichnend ist folgender Passus: „But to see Franco and his work whole, one cannot consider only the repressive side. [...] And if it is true that he long kept his people deprived of civil liberties, it is also true that he has gradually liberalized his regime. [...]. Nor did Franco suppress opposition merely for the sake of suppression; for he used the order he had created for the sake of bringing the technological revolution to Spain. It is for all his works, and not his sins alone that he is responsible ‚before God and History'". Crozier, Franco, S. 512. Zu Linz'

Edward Malefakis spielt die Grausamkeit des späten Franquismus herunter, indem er behauptet, das Regime sei in den siebziger Jahren vor allem im Baskenland gegen die ETA und andere Terrororganisationen hart vorgegangen, aber ansonsten fast eine *dictablanda*, also eine „weiche Diktatur“ gewesen.[26] Die polizeilichen Folterungen, die Tötungen von Demonstranten, der Strafprozess gegen die Arbeiterkommissionen von 1973 sowie die strenge Pressekontrolle, um bloß einige repressive Aspekte aufzuzählen, entziehen allerdings dieser Behauptung ihre Berechtigung.[27] In dieser beliebig dehnbaren Reihe von staatsterroristischen Ereignissen gebührt dem Basken-Prozess eine besondere Erwähnung. Im Dezember 1970, als in der nordkastilischen Hauptstadt Burgos ein Militärprozess gegen 16 Basken ausgetragen wurde, widmeten die „Luzerner Neuesten Nachrichten“ eine ganze Seite einem Beitrag des spanischen Dissidenten, Schriftstellers und Journalisten Juan Goytisolo, in welchem Passagen aus seinem kurz davor erschienenen Buch *Spanien und die Spanier* dargeboten wurden. Goytisolo spricht hier einen radikalen Wandel der Mentalität der Spanier an, der sich erst kürzlich vollzogen habe:

> Bis vor wenigen Jahren ignorierte oder verwarf der Spanier die Ethik der Produktivität. Wie die Mehrheit der unterentwickelten Völker, reagierte er auf den Utilitarismus der Industriegesellschaften mit einer zweifelhaften Mischung aus Neid und Verachtung. Doch heute erfährt seine Mentalität eine tiefe Metamorphose. Während die Begegnung mit Europa mehr als einer Million spanischer Arbeiter, die ins Ausland gegangen sind, die Augen öffnet, bewirkt der Tourismus innerhalb unserer Grenzen dasselbe.[28]

Goytisolo spricht ferner vom politischen und kulturellen Hermetismus, der mithilfe der Propaganda des Regimes befeuert wurde und der einen historisch gestützten Fremdenhass in der spanischen Gesellschaft diffundierte. Die von ihm als „typisch spanisch“ bezeichnete Anpassungsfähigkeit zeige den Pragmatismus des Regimes und die „[finanzielle] Unterstützung durch jene Europäer, vor denen es uns [Spanier] einige Jahre zuvor warnte und bewahrte“,[29] welche nun die Diktatur am Leben erhalten würden. Unter dem wechselseitigen Zustrom von Auswanderern und einwandernden

---

nachsichtiger Beurteilung des Franco-Regimes siehe Oren, Uncritical Portrayals…, S. 104–106. Zur historischen Aufarbeitung des Bürgerkrieges und der Diktatur siehe Cazorla Sánchez, Franco, S. 238–242.

26 Vgl. Malefakis, La dictadura de Franco…, S. 52. Das Wortspiel *dictablanda* als Gegenbegriff zur *dictadura* bezeichnete ursprünglich die Amtszeit von General Dámaso Berenguer, der 1930 als Nachfolger von General Miguel Primo de Rivera eingesetzt wurde. Vgl. Herold-Schmidt, Vom Ende der Ersten…, S. 398. Auch Königin Sofía verwendet diesen Begriff für ihre subjektive Beurteilung der ausgehenden Franco-Diktatur. Für sie war Franco zwar ein Diktator, aber kein Tyrann. Vgl. Urbano, La Reina, S. 184.

27 Vgl. Casanellas, Morir matando, S. 290–300.

28 Spanien – ein Land am Kreuzweg, in: LNN, Nr. 298, 24. Dezember 1970.

29 Ebd.

Touristen habe Spanien unter anderem gelernt, „sich die Produktivitätskriterien der Industriegesellschaft anzueignen, sich zu merkantilisieren [und] sich zu prostituieren."[30] Umgekehrt drängt sich die Frage auf, inwieweit die Staaten des sogenannten „Freien Westens" auf diese Vermarktung Spaniens eingingen und sich ihm sowohl diplomatisch als auch wirtschaftlich annäherten.

Max Schmid kritisierte in seinem 1976 erschienenen Werk *Demokratie von Fall zu Fall* unter anderem auch das Fehlen moralischer Kriterien in der Schweizer Diplomatie mit folgenden Worten: „*Das neutralitätspolitische Konzept der Schweiz* nimmt bei der Anerkennung eines Staates keinerlei Rücksicht auf die Staatsform oder das internationale Ansehen der betreffenden Regierung. Unter diesem Gesichtspunkt ist es zu verstehen, dass die Schweiz auch zu Franco-Spanien normale diplomatische Beziehungen pflegt."[31] Aufgrund obiger Ausführungen und vor dem Hintergrund der Beziehungen der Schweiz zum diktatorischen Regime in Spanien drängt sich die Frage nach der Wahrnehmung der Diktatur durch die Schweizer Gesellschaft auf, das heißt in erster Linie durch die Medien.

Unzählige Arbeiten haben sich in den letzten Jahren mit der Rolle der Medien in der *Transición* auseinandergesetzt.[32] Aufgrund der Sonderstellung der ausländischen Berichterstatter rückt die Frage nach der Bedeutung dieses Kollektivs für die Demokratisierung des Landes in den Vordergrund.[33] Dies stellt eine zusätzliche Motivation dar, sich der Schweizer öffentlichen Meinung zu widmen.

30 Ebd.

31 Schmid, Demokratie von Fall zu Fall, S. 287 (Hervorhebung im Original).

32 Um einige zu zitieren: Bischoff, Helmuth: Die spanische Presse im Redemokratisierungsprozeß, Phil. Diss. Univ. Heidelberg, Bochum 1986 (Politikwissenschaftliche Paperbacks 11); Barrera del Barrio, Carlos: Factores de cambio en el periodismo de la Transición, in: Javier Tusell et al. (Hg.): Historia de la transición y consolidación democrática en España (1975–1986), 2 Bde., Bd. 2., (Madrid, 30 de noviembre, 1 y 2 de diciembre de 1995), Madrid 1995, S. 449–463; Cayón García, Francisco: Prensa y opinión en el período constituyente, in: Javier Tusell et al. (Hg.): Historia de la transición y consolidación democrática en España (1975–1986), 2 Bde., Bd. 2., (Madrid, 30 de noviembre, 1 y 2 de diciembre de 1995), Madrid 1995, S. 465–476; Muñoz Soro, Javier: Parlamentos de papel; Pinilla García, La transición de papel; Quirosa-Cheyrouze y Muñoz, Rafael (Hg.): Prensa y democracia. Los medios de comunicación en la Transición, Madrid 2009.

33 Haubrich, La transición española en la prensa alemana, S. 297f.

1.2 Fragestellung

Unter Berücksichtigung der oben erwähnten gegenseitigen Beziehungen beabsichtigt die vorliegende Abhandlung, das Schweizer Bild der letzten Jahre der Diktatur und des Überganges zur Demokratie in Spanien zu beleuchten. Dabei soll die mediale Wahrnehmung, die soziale Sensibilisierung und Thematisierung dieser Epoche der spanischen Geschichte in den Augen der Schweizer Öffentlichkeit erforscht werden. Darunter werden einerseits der Ruf des *Caudillo* und seines Regimes in den Schweizer Medien und andererseits die Reaktionen und Stellungnahmen auf Schweizer Boden zu Ereignissen in Spanien verstanden.

Ein besonderes Interesse richtet sich dabei auf die Verwendung des Attributs „faschistisch" für das Regime, was eine in vielerlei Hinsicht komplexe Ansichtsweise birgt, die einer ausführlicheren Behandlung bedarf. Von vornherein muss in Bezug auf „Faschismus" ein wissenschaftlich-akademischer Diskurs von einem solchen unterschieden werden, der politisch durch eine populäre Publizistik mit zum Teil agitatorischen Absichten getragen wurde. Eine erste Hürde liegt aber in der Tatsache, dass die Wand, die diese beiden Diskurse trennt, keineswegs impermeabel ist, sondern gegenseitige Einfluss- und Bezugsnahmen ermöglicht.[34] Eng mit obiger Frage ist auch jene nach der Adäquatheit von Adjektiven wie „totalitär" und „autoritär" verbunden.[35]

34 Paul H. Lewis meint dazu: „Defining fascism is no easy undertaking. As Henry A. Turner, Jr., points out, ‚the generic term fascism is in origin neither analytical nor descriptive. It was coined not in the serenity of the scholar's study but in the heat of political battle.' The term is too often used by political activists, ordinary laymen, and even some academicians as an epithet to dismiss people and ideas they find repellent." Lewis, Latin Fascist Elites, S. 8.

35 Zu den Totalitarismustheorien sei auf folgende Literatur hingewiesen: Gleason, Abbott: Totalitarianism. The Inner History of the Cold War, New York 1995; Glaessner, Gert-Joachim: Kommunismus – Totalitarismus – Demokratie. Studien zu einer säkularen Auseinandersetzung, Frankfurt a. M., Bern 1995; Tormey, Simon: Making Sense of Tyranny. Interpretations of Totalitarianism, Manchester, New York 1995; Kapferer, Norbert: Der Totalitarismusbegriff auf dem Prüfstand. Ideengeschichte, komparatistische und politische Aspekte eines umstrittenen Terminus, Dresden 1995; Maier, Hans (Hg.): „Totalitarismus" und „politische Religionen". Konzepte des Diktaturvergleichs, 3 Bde., Paderborn, Zürich 1996–2003; Wippermann, Wolfgang: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997; Söllner, Alfons et al. (Hg.): Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997; Siegel, Achim (Hg.): Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus, Köln, Weimar 1998; Möll, Marc-Pierre: Gesellschaft und totalitäre Ordnung. Eine theoriegeschichtliche Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus, Baden-Baden 1998; Jesse, Eckhard (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn ²1999; Bruneteau, Bernard: Le totalitarisme, Paris 1999; Gentile, Emilio: „Totalitarianism", in: Cyprian P. Blamires (Hg.): World Fascism. A Historical Encyclopedia, Bd. 2. Santa Barbara 2006, S. 669–672.

Gerade in den sechziger und siebziger Jahren stellt man einen inflationären Gebrauch des Faschismus-Begriffs fest. Wilhelm Alff beanstandete 1971, dass „Faschismus" „zu kaum mehr als einem willkürlich gebrauchten Schimpfwort geworden" war.[36] Der freisinnige Berner Historiker Adolf Gasser seinerseits plädierte im Geleitwort zu Katharina Spindlers Dissertation von 1976 für eine Verbannung des Adjektivs „faschistisch" aus der geschichtswissenschaftlichen Sprache, „weil dafür das viel wertneutralere Adjektiv ‚rechtsradikal' zur Verfügung steht".[37] Mit ersterem Terminus verband er mehr emotionale als sachliche Inhalte und zeigte somit die vorhin angesprochene Durchlässigkeit zwischen den Diskursen.[38]

Über die Nicht-Zugehörigkeit des Franco-Regimes nach dem Zweiten Weltkrieg zum Faschismus herrscht heutzutage ein breiter Konsens, dem viele eminente Spanienforscher beipflichten. Saz Campos verortet die spanische Diktatur in einer Gemengelage zwischen Faschismus und Autoritarismus und bezeichnet sie schlechthin als „faschistisiertes" Regime.[39] Für Paxton waren sowohl Portugal als auch Spanien „autoritäre Regimes", die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs „jeden Anschein von Faschismus" vermieden,[40] und auch Payne[41] und Tusell ordnen den Franquismus nicht dem Faschismus im wissenschaftlichen Sinne zu.[42] Immerhin sieht Ersterer eine gewisse faschistische Komponente zwischen 1937 und 1942, vor allem wenn man Francos Herrschaft mit der Diktatur Primo de Riveras (1923–1930) vergleicht.[43] Für den deutschsprachigen Raum ist ferner Wolfgang Wippermann als Verfechter eines nicht-marxistischen generischen Faschismuskonzepts zu nennen,[44] der durchaus vom „fundamentalistisch-faschistischen Charakter" des jungen franquistischen Staates spricht.[45] Bernecker lässt sich ebenfalls zu den Bestreitern franquistischer Faschismuszugehörigkeit zählen.[46] Malefakis schließt

36 Alff, Der Begriff Faschismus…, S. 41; vgl. Pfeiler, Der Begriff Faschismus, S. 99f.

37 Zum Geleit, in: Spindler, Die Schweiz und der italienische Faschismus, S. III (Hervorhebung im Original).

38 Für eine Verbannung von „Faschismus" aus dem geschichtswissenschaftlichen Vokabular ist auch Pfeiler, Der Begriff Faschismus, S. 103–106.

39 Vgl. Saz Campos, El franquismo…, S. 195–198; Saz Campos, Fascismo y franquismo, S. 84–90; Saz Campos, Fascism, Fascistization…, S. 345–348.

40 Paxton, Anatomie des Faschismus, S. 168. Siehe auch ebd., S. 219 u. 317.

41 Vgl. Payne, The Franco Regime, S. 625–632.

42 Vgl. Malefakis, La dictadura de Franco…, S. 28f.

43 Vgl. Payne, La política, S. 262f.

44 Vgl. Griffin, The Primacy of Culture, S. 40f. Siehe auch Reichardt, Sven: Was mit dem Faschismus passiert ist. Ein Literaturbericht zur internationalen Faschismusforschung, Teil 1, in: Neue Politische Literatur 49, 2004, S. 385–406; Ders., Neue Wege der vergleichenden Faschismusforschung, in: Mittelweg 36 16, 2007, S. 9–25.

45 Wippermann, Faschismus, S. 95.

46 Vgl. Bernecker, Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, S. 74–79. Auch er spricht von einer ursprünglich „faschististisch inspirierten Militärdiktatur". Bernecker, Geschichte Spaniens

sich der Faschismus-Negation an, nachdem er Franco und sein Regime durch acht Faschismus-Kriterien fallen lässt, um danach für stärkere Analogien der spanischen Diktatur mit den ost- und südosteuropäischen Regimes der Zwischenkriegszeit und dem Salazar-Regime zu plädieren.[47] Zu den starken Bindungen und vielfältigen Beziehungen zwischen Franco-Spanien und der Wiege des Faschismus ist der von Di Febo und Moro herausgegebene Sammelband, in welchem stets beide Regierungsformen klar voneinander getrennt werden, besonders zu erwähnen. Einleitend wird auch hier vor einem übereilten und unreflektierten Gebrauch des Terminus gewarnt.[48]

Auf der Seite der Verfechter der Faschismus-Zugehörigkeit ist der Soziologe Vicenç Navarro zu nennen, der in einem Aufsatz von 2008 gegen Malefakis' Faschismus-Kriterien Stellung bezieht und dessen Thesen zu widerlegen versucht.[49] Für Navarro war zudem die franquistische Diktatur totalitär;[50] eine Behauptung, die den Thesen des deutsch-amerikanischen Politologen Juan J. Linz widerspricht. Auch Ursula Prutsch tendiert dazu, das Regime „zwischen 1936 und 1949 als totalitäres System zu bezeichnen" und stützt sich dabei auf die brutale Repression in dieser Zeit.[51] Zu erwähnen sei zudem, dass der Diktator selbst in den ersten Jahren nach dem Bürgerkrieg den spanischen Staat als „totalitär" bezeichnete.[52] Der wirtschaftliche Aspekt und die Gesamtheit aller Regulierungsmaßnahmen zum Schutze der Wirtschaft würden laut Fabre und Dlugosch die Frühphase der franquistischen Diktatur ebenfalls als totalitär kennzeichnen.[53] Die Brutalität in der Repression ist hingegen für Linz kein zwingendes Totalitarismus-Kriterium.[54]

---

im 20. Jahrhundert, S. 195. Auch Antonio Peters Beurteilung des Franquismus reiht sich in diesen Konsens ein. Vgl. Peter, Spanien unter Franco, S. 471.

47 Vgl. Malefakis, La dictadura de Franco…, S. 38–55. Pierre Milza betont ebenfalls die Analogien zwischen dem Franco-Regime und jenem von Admiral Miklós Horthy in Ungarn, wobei er ersterem stärkere Affinitäten mit dem Faschismus anerkennt als den mittel-, ost- und südosteuropäischen Diktaturen der Zwischenkriegszeit. Vgl. Milza, Les imitations du fascisme en Europe, S. 293f.

48 „Un'esigenza largamente condivisa dagli studi è quella, da un lato, di evitare un eccessivo ricorso a un uso estensivo e generalizzante del termine fascismo e, dall'altro, quella di tenere conto dell'esistenza di elementi comuni alle realtà diverse che al modello fascista hanno guardato." Di Febo/Moro, Introduzione, S. IX.

49 Vgl. Navarro, ¿Franquisme o feixisme? 187ff.

50 Vgl. ebd., S. 195–199.

51 Prutsch, Iberische Diktaturen, S. 208. Auch Gerhard Besier sieht in den spanischen Konzentrationslagern „deutliche Tendenzen hin zu totalitären Strukturen". Besier, Das Europa der Diktaturen, S. 236.

52 Vgl. Payne, The Franco Regime, S. 627.

53 Vgl. Fabre, Le Droit: Instrument d'une régulation de l'économie…, S. 349f.; Dlugosch, Geordnetes Wirtschaften, S. 320–324.

54 Linz, Totalitarian and Authoritarian Regimes, S. 25.

Bereits in den sechziger Jahren begründete dieser eine Theorie, wonach die Franco-Diktatur ein dezidiert autoritäres aber kein totalitäres Regime sei. Dabei verwarf er ein Kontinuum zwischen Demokratie und Totalitarismus und definierte Autoritarismus als ein eigenständiges Format.[55] Wichtige Merkmale, die seines Erachtens autoritäre Regimes von totalitären unterscheiden, sind ein begrenzter Pluralismus, die Existenz einer Mentalität anstelle einer scharf abgegrenzten Ideologie und die beabsichtigte passive Akzeptanz durch die Untertanen anstelle einer vollständigen Mobilisierung und Politisierung der Massen.[56] In dieselbe Richtung geht auch der deutsch-jüdische Totalitarismus-Forscher Walter Laqueur, der im autoritären und nicht-totalitären Charakter von Francos Herrschaft den Schlüssel zum Erfolg der Demokratisierung Spaniens sieht.[57] *Grosso modo* lässt sich auch hier demnach ein vergleichbarer Konsens wie im Falle der Faschismus-Diskussion erkennen.[58]

Die Verwendung des Adjektivs „faschistisch" als pauschale Anschwärzung der Diktatur in einem populären Diskurs kennt ihren Ursprung bereits in der Zweiten Spanischen Republik[59] und ihre Zuspitzung in der antifranquistischen Propaganda zur Zeit des Bürgerkriegs.[60] Dieser Konflikt zog also eine Radikalisierung der Kampfrhetorik nach sich, sodass er aus republikanischer Sicht sogar als „antifaschistischer Krieg" galt.[61] Die Pauschalanschwärzung beruhte jedenfalls auf Gegenseitigkeit, wie auch Crozier in seiner Franco-Biografie betont.[62] Diese manichäische Dichotomie kannte eine Fortsetzung in der Rhetorik des Kalten Krieges, obschon sich im Westen vor allem der Begriff „Totalitarismus" durchsetzte, welcher Nationalsozialismus und Kommunismus in denselben Topf warf.[63] Im Zuge des Protestdiskurses seit 1968 erfuhr der „enthistorisierte" Faschismus-Begriff eine zusätzliche Hochkonjunktur.[64] Undifferenzierte Verallgemeinerungen brachten hier allerdings seltsame Schlüsse zum Ausdruck, wie Späti bereits aufgezeigt hat.[65] Kämper, die sich auf den

55 Vgl. Linz, Ein autoritäres Regime, S. 14.
56 Vgl. ebd., S. 20–42.
57 Vgl. Laqueur, Zur Frage der Menschenrechte, S. 239.
58 Vgl. Paxton, Anatomie des Faschismus, S. 220; Saz Campos, El franquismo…, S. 190.
59 Auch Wolfgang Wippermann verortet die Verwendung von „Faschismus" als politisches Schlagwort in der Zwischenkriegszeit. Vgl. Wippermann, Faschismustheorien, S. 107.
60 Vgl. Nolte, Die faschistischen Bewegungen, S. 141.
61 Vgl. Saz Campos, Fascismo, S. 552f.; Nolte, Faschismus, S. 334.
62 Crozier, Franco, S. 506: „The Nationalists confuse the issue by lumping all their Republican opponents together – Communists, Anarchists, Socialists, Freemasons and liberals – and calling them ‚Reds' (while complaining about the other side's habit of lumping Franco's supporters together and calling them ‚fascists')." Vgl. auch Payne, Spanish Fascism, S. 106
63 Vgl. Nolte, Faschismus, S. 335.
64 Vgl. Kraushaar, Theorien und Ideologien der 68er Bewegung, S. 39.
65 Vgl. Späti, 1968 in der Schweiz, S. 60.

Sprachgebrauch in der BRD konzentriert hat, misst dem damaligen studentischen Faschismusdiskurs die Funktion der Schaffung „eine[r] Argumentationsbasis zur Plausibilisierung eines radikaldemokratischen Gesellschaftsmodels" bei.[66] Obschon die NS-Erfahrung in Deutschland dem dortigen Diskurs eine Dynamik verlieh, die in der Schweiz nicht gegeben war, kann für beide Länder eine vergleichbare begriffliche Virulenz festgestellt werden.[67]

Es lässt sich abschließend sagen, dass Francos Staat einen eigentümlichen Charakter aufwies, der eine Zuordnung *tout court* zum Faschismus stark erschwert. Etwa das Gottesgnadentum oder allgemeiner die Rolle des katholischen Glaubens in der offiziellen Propaganda zeigt den reaktionären und konterrevolutionären Geist des Regimes und unterscheidet ihn klar von einer Doktrin, welche die Funktion einer Religion übernehmen sollte. Man erkennt allerdings, dass eine Kategorisierung des Franquismus in die eine oder andere Richtung stark vom Fokus auf eine gewisse Phase des Regimes abhängt, was wiederum die Frage nach einer Periodisierung in den Vordergrund rückt.[68]

Von Bedeutung ist in der vorliegenden Arbeit auch die Frage nach dem Wandel der Wahrnehmung von Juan Carlos de Borbón, dem man einst als Zögling Francos mit Argwohn begegnete, bis er später die Gunst der westeuropäischen Öffentlichkeit gewann. Diese Fokussierung ist von Interesse, wenn man das aktuelle Image der

---

66 Kämper, Der Faschismus-Diskurs 1967/68, S. 281. Zum Faschismusbegriff im Zuge von 1968 siehe auch Kämper, Aspekte des Demokratiediskurses der späten 1960er Jahre; Stötzel, Der Nazi-Komplex; Wengeler, „1968" als sprachgeschichtliche Zäsur; Schmidtke, Der Aufbruch der jungen Intelligenz; Kießling, Die antiautoritäre Revolte der 68er, S. 21ff.

67 Eine gewisse Analogie mit der Bewegung in der BRD lässt sich durchaus in den Schweizer Protesten gegen ehemalige Fröntler und Nazis erkennen. Vgl. Späti, 1968 in der Schweiz, S. 60f.

68 Payne entscheidet sich für eine grobe, weit verbreitete Periodisierung von Francos Herrschaft in zwei Teilen: die eigentliche *Dictadura* vom Ende des Bürgerkriegs bis 1959 und die daran anschließende Ära namens *Developmentalism and Decay*, die bis zum Tod des Diktators geht. Vgl. Payne, The Franco Regime. Peer Schmidt pflichtet ihm größtenteils bei und unterteilt den Franquismus in drei Phasen, wovon die erste (1939–1959) durch ausgeprägten Autoritarismus und wirtschaftliche Misere gekennzeichnet war, die zweite (1957/59–1969) durch den wirtschaftlichen Aufschwung unter den Technokraten und die dritte (1969–1975), die nicht genau umschrieben wird. Vgl. Schmidt, Diktatur und Demokratie, S. 444f. Bei Ursula Prutsch erstreckt sich die erste Phase bloß bis 1953, dem Jahr als Spanien ein Militärabkommen mit den USA abschloss, was als Ende der außenpolitischen „Quarantäne" gedeutet wird. Weiter wird die Zeit zwischen 1959 und 1965 als die „Goldenen Jahre" bezeichnet, um dann vom letzten Jahrzehnt der Diktatur (1965–1975) zu sprechen. Vgl. Prutsch, Iberische Diktaturen, S. 133–135. Bernat Muniesa entscheidet sich für eine Aneinanderreihung von kürzeren Abschnitten oder „Zeiten" mit zum Teil sarkastischen Bezeichnungen: Zeiten der Verachtung (1939–1945), Zeiten der Enttäuschung (1946–1950), Zeiten der Anpassung (1951–1959), ewige Zeiten (1960–1969) und aussichtslose Zeiten (1970–1975).

spanischen Monarchie und der königlichen Familie betrachtet, das in jüngster Zeit durch zahlreiche Skandale schwerstens getrübt wurde.[69]

Die hier angestrebte Fragestellung knüpft an eine im 20. Jahrhundert und in der Gegenwart immer wieder auftauchende Problematik an, nämlich an die Schweizer Rezeption des Verhältnisses zwischen der Eidgenossenschaft und Staaten, die die Schweizer Öffentlichkeit als äußerst problematisch empfindet. Auf diese Weise lässt die vorliegende Abhandlung Parallelen etwa zur Debatte um das Verhältnis zu Südafrika erkennen, welche jüngst Gegenstand verschiedener Studien war.[70]

Einen besonderen Anreiz stellt dabei nicht nur die Situation des *wahrgenommenen* Spaniens, sondern auch jene der *wahrnehmenden* Schweizer Gesellschaft dar. Hier offenbart sich ein Spannungsfeld zwischen dem „demokratischen Totalitarismus"[71] der geistigen Landesverteidigung und deren Wiedergeburt nach 1945, sprich dem rabiaten und kompromisslosen Antikommunismus des Kalten Krieges und einer immer deutlicher Dissens übenden Gesellschaft im Zeichen von 1968; ein Spannungsfeld also, das den Schweizer Blick nach Spanien prägte. Eine Analogie zwischen beiden Ländern stellt man in der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg fest. Ähnlich wie das Franco-Regime befand sich damals auch die „Kriegsgewinnlerin" Schweiz unter internationalem Druck.[72] Die neue, durch den Kalten Krieg konditionierte Weltordnung verhalf dann beiden Ländern zu einer Verbesserung ihres internationalen Rufes im „Westen".[73]

Solche Betrachtungen mit Blick auf Gemeinsamkeiten sind wichtig, wenn es darum geht, die Erkenntnisfrage einzuleiten. In einem älteren Aufsatz von Aline Angoustures über das Spanienbild in der französischen Presse werden diesbezüglich wichtige Begriffe erklärt:

> L'opinion publique doit être comprise, ici, comme la ‚collection des mentalités dominantes' à l'égard de l'Espagne, de 1945 à 1975. Il faut distinguer, pour des raisons méthodologiques, ‚l'opinion immédiate' constituée des attitudes à court terme, réactions aux événements, et les ‚mentalités', ensemble de préjugés, mythes et stéréotypes à plus long terme et relativement indépendantes de l'actualité politique et de l'action des groupes de pression.[74]

---

69 Gemeint sind hier der Finanzskandal, in welchem Juan Carlos' Schwiegersohn involviert ist, die königliche Elefantenjagd in Botswana im April 2012, obschon der König die Ehrenpräsidentschaft von WWF Spanien innehatte, sowie Vaterschaftsklagen und Gerüchte um Seitensprünge.

70 Vgl. Bischof, Michael H./Kellerhals-Maeder, Andreas/Sibold, Noemi (Hg.): Südafrika im Spiegel der Schweizer Botschaft: Die politische Berichterstattung der Schweizer Botschaft in Südafrika während der Apartheidära 1952–1990, Zürich 2006, sowie Kreis, Die Schweiz und Südafrika.

71 Vgl. Jorio, Geistige Landesverteidigung; siehe auch Jost, Bedrohung und Enge, S. 804f.; Tanner, Totale Verteidigung, S. 68; Löffler, „Zivilverteidigung" – Antikommunismus…, S. 13.

72 Vgl. Judt, Postwar, S. 84.

73 Vgl. Kleger, Normalfall und Sonderfall, S. 191f.

74 Angoustures, L'opinion publique française et l'Espagne, S. 672 (Hervorhebung im Original).

Obschon der Mentalitätsbegriff, der seinen Ursprung in der *Annales*-Schule der Nachkriegszeit hatte,[75] von eminenten Spanienforschern wie Linz und Bernecker verwendet wird, gilt er heutzutage als nicht mehr zeitgemäß und man verbindet damit ein etwas gar zu heterogenes Paradigma, das vor allem den Massen unter Ausschluss der Eliten zugewiesen wird.[76] Selbst die Ersetzung dieses Begriffs durch denjenigen des „Zeitgeistes" erweist sich kaum als hilfreich.[77] Verlagert man den Fokus weniger auf einen Erkenntnisgegenstand (Mentalität), sondern auf eine -form, so erweist sich der Terminus „Wahrnehmung", der indirekt die beiden oben erwähnten Begriffe periphrastisch aufgreift, als nützlich. Dabei spielt nicht nur das wahrgenommene Objekt, sondern auch die Voreingenommenheit des wahrnehmenden Subjekts eine essenzielle Rolle. Zudem werden Informationen „nicht nur passiv ‚empfangen', sondern auch aktiv und mit bestimmten Interessen gesucht und ‚gefiltert'".[78] In seiner Monografie *Die Schweiz und Südafrika 1948–1994* kommt Georg Kreis auf ebendiesen Begriff zu sprechen. Für ihn ist Wahrnehmung…

> stets sprachlich artikulierte Wahrnehmung, und sie ist als solche oft nicht nur Beleg für gewonnene Eindrücke und vorgenommene Einschätzungen, sondern zugleich eine Botschaft, die weitere Wahrnehmung, diejenige der Kommunikationsteilnehmer, prägt und die Vorstellungen anderer mitbestimmt. Wahrnehmung ist meistens auch Deutung. Das heisst: Wir sind mit Wahrnehmung konfrontiert, die wir auf bestimmte Deutungen zurückführen können.[79]

Der marxistische Psychologe Klaus Holzkamp setzte sich in seinem Werk *Sinnliche Erkenntnis* aus dem Jahre 1973 mit dem Problem der Wahrnehmung aus der Sicht der kritischen Psychologie auseinander. Dabei kommt folgende Passage einer Begriffsdefinition gleich:

> Wahrnehmung ist nicht lediglich passives Aufnehmen, sondern Bestandteil der *aktiven Lebenstätigkeit* des Menschen. Der Mensch kann sich die *Aufgabe* stellen oder sich vor die Aufgabe gestellt sehen, wirkliche Beschaffenheiten der Welt *richtig* wahrzunehmen, also Täuschungen zu vermeiden und die Möglichkeiten der Wahrnehmung, sinnliche Erkenntnis zu sein, zu realisieren. Die Wahrnehmungstätigkeit im Dienst einer Orientierungsaufgabe,

---

75 Vgl. Raphael, Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme, S. 163; Schöttler, Mentalitäten, Ideologien, Diskurse, S. 86–94, Schöttler, Mentalitäten, S. 205f. Foucault hat diesem, wie vielen anderen Begriffen auch, die Tauglichkeit abgesprochen. Vgl. Foucault, Archäologie des Wissens, S. 34. Zur Verwendung des Begriffs bei Bernecker siehe Bernecker, The Change in Mentalities, S. 69f.

76 Vgl. Boureau, Propositions pour une histoire restreinte des mentalités, S. 1491f.; Stuart, Ideology, Theory, and Mentality, S. 66f.

77 Vgl. Førland, Mentality as a Social Emergent, S. 52–54.

78 Klima, Wahrnehmung, S. 744 (Hervorhebung im Original). Siehe auch Kühnhardt, Wahrnehmung als Methode, S. 17–20.

79 Kreis, Die Schweiz und Südafrika, S. 183.

> der Lösung eines ‚perzeptiven Problems' (Leontjew) enthält als suchender und ‚untersuchender' Wahrnehmungsvollzug ein Moment der *Analyse und Synthese*, allerdings nicht in Form losgelöster gedanklicher Operationen, sondern mehr oder weniger gebunden an Akte wirklicher Ortsveränderung, seien es Lokomotionen des Wahrnehmenden, seien es Lageveränderungen der Wahrnehmungsgegenstände zueinander oder in Bezug auf die Position des Wahrnehmungssubjektes. Dadurch ist ein höherer Grad an Adäquatheit der sinnlichen Erkenntnis zu erreichen, als bei bloss passivem Hinschauen möglich wäre.[80]

Ferner bemüht sich Holzkamp um eine klare Abgrenzung zwischen Wahrnehmung und Denken.[81] Auch Quentin Skinner setzte sich im Zusammenhang mit den Herausforderungen der Ideengeschichte mit der Frage der Wahrnehmung auseinander und stützte sich dabei ebenfalls auf die Psychologie, wenn er von der „mentalen Prägung des Beobachters" sprach.[82] „Die Modelle und vorgefassten Meinungen, die wir unwillkürlich zur Strukturierung und Modifizierung unserer Wahrnehmungen und Gedanken verwenden, determinieren ihrerseits häufig, was wir denken und wahrnehmen können", schreibt er.[83]

Sánchez Recio verwendete für seine Darstellung des innerspanischen Wandels in den sechziger Jahren eine an die Sozialpsychologie angelehnte Variante der sozialen Wahrnehmung.[84] Weitaus weniger theoretisch aber auch spanienspezifisch ist Núñez Florencio, der in seinem Aufsatz über die auswärtige Wahrnehmung des Franco-Regimes bekräftigt, dass dieses Bild von unterschiedlichen Faktoren wie der Einstellung zu einer früheren Phase in der Geschichte Spaniens oder etwa den vorgefertigten Meinungen abhängt,[85] was eine Annäherung an Skinners Überlegungen suggeriert.

Die journalistische Auseinandersetzung mit Spanien beinhaltete die von Holzkamp angegebenen Elemente der Wahrnehmung und genügte dem aktiven Aspekt dieser Beobachtung. Spanienkorrespondenten im Auftrag von Schweizer Zeitungen mussten durch ihre Texte spanische Realitäten einem Schweizer Publikum verständlich machen; solche Realitäten hingen entsprechend von der Einstellung des Journalisten und von dessen Kenntnissen des Landes ab. Damit verbunden ist auch die Frage nach der Verortung der Schweizer Medien in Bezug auf eine europäische Öffentlichkeit, die bestimmte Werte, sprich eine gemeinsame „moralische Konstruktion" teilt.[86] Obschon Medienwissenschaftler die Existenz

80 Holzkamp, Sinnliche Erkenntnis, S. 29f. (Hervorhebung im Original).
81 Vgl. ebd., S. 32–34.
82 Skinner, Bedeutung und Verstehen in der Ideengeschichte, S. 25.
83 Ebd.
84 Vgl. Sánchez Recio, La percepción de los cambios…, S. 218–221.
85 Vgl. Núñez Florencio, La percepción exterior de España durante el franquismo, S. 23f. Genannt sei hier auch ein monografisches Essay vom selben Autor über die literarische, stereotypische Fremdwahrnehmung Spaniens seit der Neuzeit; Núñez Florencio, Sol y sangre.
86 Giesen, Europäische Identität und transnationale Öffentlichkeit, S. 67.

einer „europäischen Öffentlichkeit“ negieren oder vor allem ihre Defizite unterstreichen[87] und Historiker von einer fiktiven „Appellationsinstanz“ ausgehen,[88] tritt im Zusammenhang mit der europäischen Integration Spaniens die Frage nach der Wirkung der Medien besonders prominent auf. Hier wird also der transnationale Aspekt der vorliegenden Arbeit angesprochen, das heißt, eine Interpretation spanischer Wirklichkeiten, bei welcher Spanien nicht mehr oder nicht bloß als Staat und Akteur, sondern als ein Amalgam unterschiedlicher Akteure mit vielfältigen Interessen auftritt,[89] gerade in einer Zeit, in welcher die „Medialisierung der Außenpolitik“ vollzogen wurde.[90] In diesem Zusammenhang erscheinen NGOs mit ihren zivilgesellschaftlichen Funktionen als äußerst relevant.[91]

Die Schweizer Sicht auf Spanien war von unterschiedlichen Interessen und Begegnungsräumen abhängig. Ein außerordentlich wichtiger Rahmen in der transnationalen Sichtweise waren die drei Begegnungen oder Beziehungen zwischen den beiden Ländern, namentlich die gemeinsamen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen, der starke Zustrom spanischer Gastarbeiter in die Schweiz, der gleichermaßen wirtschaftlichen Kalkülen genügte, und der ebenfalls starke Zustrom Schweizer Touristen, die in Spanien ihre Ferien verbrachten. Anhand dieser drei Betrachtungen wird der aktive Aspekt der Wahrnehmung von Neuem ersichtlich, was wiederum hilft, diese Perzeption scharf zu konturieren.

1.3 Quellen

Die große Mehrheit der für diese Arbeit verwendeten Quellen besteht aus journalistischen Erzeugnissen. Dabei sollen vornehmlich Artikel von ständigen Spanien- oder Sonderkorrespondenten, Kommentare von inländischen Redakteuren, Leitartikel und seltener auch Leserbriefe untersucht werden. In der Absicht, ein möglichst repräsentatives Korpus zusammenzustellen, wurden einerseits auflagenstarke Tages- und Wochenzeitungen (ca. 50.000 Exemplare und mehr) und andererseits Blätter mit einer deutlichen ideologischen Ausrichtung und unabhängig von der Höhe ihrer Auflage

87 Vgl. Eilders/Hasebrink/Herzog, Das aktive Publikum, S. 330; Latzer/Saurwein, Europäisierung durch Medien, 10ff.; Daniel/Schildt, Einleitung, S. 21; Gerhards, Das Öffentlichkeitsdefizit der EU…, S. 135ff.

88 Requate/Schulze Wessel, Europäische Öffentlichkeit, S. 13–15. Zum Umgang der Historiker mit der Idee der europäischen Öffentlichkeit siehe Meyer, The European Public Sphere, S. 70–76.

89 Vgl. Núñez Florencio, La percepción exterior de España durante el franquismo, S. 24.

90 Kießling, (Welt-)Öffentlichkeit, S. 92.

91 Vgl. ebd., S. 93; Clavin, Defining Transnationalism, S. 424–426.

herangezogen. Um den sprachlichen Besonderheiten der Schweiz Rechnung zu tragen, wurde auch der „Corriere del Ticino", also die auflagenstärkste Tessiner Tageszeitung, untersucht, obschon ihre Auflage weit unter der definierten Untergrenze liegt.

Obgleich sich die klassische Parteizeitung im Niedergang befand, war die Palette dieser Gattung in den sechziger und siebziger Jahren nach wie vor breit. Als Überreste kommunistischer Parteizeitungen im engeren Sinne gelten das Wochenblatt „Vorwärts" und die Tageszeitung „Voix Ouvrière". Auch im rechtsextremen Parteilager lässt sich ein solch enges Verhältnis feststellen, nämlich bei „Volk und Heimat", dem Organ der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat, sowie beim „Republikaner", einer Zeitschrift, die James Schwarzenbach 1970 wieder auferstehen ließ und für die Propaganda seiner frisch gegründeten Schweizerischen Republikanischen Bewegung benutzte.[92] Zu Meinungszeitungen an den Rändern des politischen Spektrums zählen ferner einerseits das rechtskatholisch-integristische Blatt „Abendland"[93] und andererseits die zur Revolutionären Marxistischen Liga gehörende „La Brèche" zusammen mit einer deutschen Ausgabe („Bresche"). Auflagenstarke Tageszeitungen mit freisinniger Ausrichtung sind vornehmlich die „Neue Zürcher Zeitung" und das „St. Galler Tagblatt".[94] Das „Journal de Genève" stand hingegen dem Parti Libéral Suisse nahe.[95] Auflagenstarke und täglich erscheinende Vertreter des politischen Katholizismus finden sich im Luzerner „Vaterland" und in der Freiburger „La Liberté".[96]

Die Schweizerische Volkspartei konnte lediglich auf die Unterstützung einer bescheidenen Parteipresse zählen, welche in den Kantonen Zürich und Bern am stärksten war. Offiziell parteineutral, unterstützte auch die „Berner Zeitung" diese Partei offenkundig; deren Verwaltungsratspräsident war sogar Parteimitglied.[97] Deutlich stärker und offensichtlicher ist hingegen die Synergie zwischen Zeitung und Partei bei der auflagenschwachen, sozialdemokratischen Presse, die mit der Berner „Tagwacht" und dem Zürcher „Volksrecht" (zwischen 1970 und 1973 als „Zürcher AZ") am stärksten vertreten ist.[98] Die ebenfalls von der Krise heimgesuchte Tageszeitung

92 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!"..., S. 80; Urech, Zur Ideologie..., S. 46f.

93 Vgl. Frischknecht et al., Die unheimlichen Patrioten, S. 403–405.

94 Vgl. Bollinger, Structure..., S. 48. Bollinger bringt das „St. Galler Tagblatt" in eine schwache Verbindung mit der Demokratischen Partei. Vgl. ebd., S. 44.

95 Vgl. ebd., S. 54.

96 Vgl. ebd., S. 49. Ab 1970, unter der Führung des neuen Chefredakteurs François Gross, wandte sich „La Liberté" von ihrem streng katholischen Kurs ab und vertrat dann eine liberalere und kritische Einstellung. Vgl. Bollinger, La Liberté. Gross hatte zwischen 1964 und 1970 die Leitung der französischsprachigen „TSR-Tagesschau" übenommen. Vgl. Vallotton, Anastasie ou Cassandre? S. 56.

97 Vgl. Bollinger, Structure..., S. 55.

98 Vgl. ebd., S. 51. Siehe dazu auch Hosang, Parteien und Presse, S. 130: „Noch heute sind sowohl bei der Z[ürcher] AZ wie auch bei der W[interthurer]AZ oder O[berländer] AZ alle Redakteure

„Die Tat“ stand dem Landesring der Unabhängigen nahe.[99] Ferner gab es um die Mitte der siebziger Jahre eine Reihe von Tageszeitungen, die keiner spezifischen politischen Partei nahestanden oder boulevardeske Züge aufwiesen, wie „La Suisse“, die „Tribune de Genève“,[100] den „Blick“, den „Tages-Anzeiger“ oder die „National-Zeitung“, wobei bei letzteren zwei Zeitungen zeitweise linksliberale Tendenzen festzustellen waren.[101] Auch die „Weltwoche“ lässt sich in den siebziger Jahren keiner Partei zuordnen.

Das Aufkommen und die Etablierung des Fernsehens als Leitmedium bedeutete eine Medienrevolution, der man in der Geschichtswissenschaft zunehmend Rechnung tragen sollte. Dabei wurde das Radio keineswegs verdrängt, sondern seine gesellschaftlichen Funktionen den neuen Umständen angepasst. Durch die Untersuchung von audiovisuellem und radiofonischem Material soll deshalb einer bisher weitgehend marginal oder rein illustrativ verwendeten Quellengattung der gebührende Platz in der zeitgeschichtlichen Forschung eingeräumt werden. Wichtige Fernsehinformationsformate wie die „Tagesschau“,[102] die „Rundschau“ und „Panorama der Woche“ wurden dafür ausgewertet. Besonders interessant für die Spanien-Wahrnehmung waren die beliebte Radiosendung „Echo der Zeit“ von Radio DRS und „Panorama d’attualità“ des RSI. Da es sich bei den Filmdokumenten oftmals um Rohmaterial handelt, das ohne Ton aufgezeichnet wurde, wurden die Sendungsmanuskripte und die Metadaten auf der Faro-Datenbank des Schweizer Fernsehens beziehungsweise auf der Memobase-Datenbank von Memoriav herangezogen, da sie wichtige, der Quellenkritik dienende Informationen liefern.[103]

Neben den massenmedialen Quellen stellen klassische Archivquellen eine weitere wichtige Ressource dar. Hier sind der Nachlass von James Schwarzenbach und das Archiv der Revolutionären Marxistischen Liga, beides im Schweizerischen Sozialarchiv, der Bestand des Schweizerischen Komitees für politische Amnestie in Spanien in der Zürcher Zentralbibliothek, das Spanien-Dossier im Bestand des Schweizerischen Handels- und Industrievereins im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich, die Staatsschutzakten über besagtes Spanien-Komitee im Zürcher Stadtarchiv sowie Unterlagen aus unterschiedlichen Amtsstellen des EPD im Bundesarchiv zu nennen.

Parteimitglieder. Die Zeitung hat auch ihre Bedeutung als Organ für die parteiinterne Information beibehalten“.

99 Vgl. Bollinger, Structure…, S. 56.

100 Vgl. Bollinger, L’image structurelle…, S. 102.

101 Vgl. ebd., S. 58f.

102 Vereinzelt wurden hier zu dokumentarischen Zwecken auch einzelne „Tagesschau“-Fotogramme abgedruckt. Die mangelhafte Qualität dieser Abbildungen ist auf das Alter und auf die Unvollkommenheit der Digitalisierung des zuvor im Betacam-System archivierten audivisuellen Materials zurückzuführen.

103 Vgl. Schade, Audio- und Videodokumente…, S. 57–61.

1.4 Methodisches

Die vorliegende Arbeit artikuliert sich zwischen zwei aneinandergekoppelten methodisch-inhaltlichen Einblendungen – einer medienhistorischen und einer transnationalen.[104] Die Schweizer Medien berichteten über die Ereignisse in Spanien und kommentierten diese, sodass ein doppeltes Verhältnis zur Gesellschaft festgestellt werden kann.[105] Schweizer Medien ermöglichten also eine Resonanz jenseits der Landesgrenzen, die durch die Schweizer Medienkonsumenten perzipiert wurde. Doch obschon die elektronischen Medien, allen voran das Fernsehen, zu einem Zusammenrücken der Welt führten, kam es sogar zu einer Verstärkung der nationalen Medienperspektive.[106]

Gerade das „Ereignis" an sich stellt ein ausgezeichnetes Element in der Schnittmenge zwischen massenmedialer Kommunikation und Geschichtswissenschaft klassischer Prägung dar. Die „Versöhnung" der Sozialgeschichte mit der Ereignisgeschichte seit den frühen siebziger Jahren brachte jenseits der Alltags- und der Mikrogeschichte und selbst nach dem „Erdrutsch" von 1989 keine konkreten Beispiele für eine Synergie zwischen beiden Ansichten.[107] Betrachtet man Mediengeschichte vor allem als eine besondere Gattung der Sozialgeschichte[108] und kombiniert diese mit der für die Massenmedien typischen Ereignisdominanz,[109] so dürfte auf diese Weise sehr wohl eine Brücke zwischen Ereignis- und Sozialgeschichte geschlagen werden. In diesem Sinne lässt sich auch eine von Konrad H. Jarausch postulierte Verbindung erkennen: „By focusing not just on events themselves, but on their representations and recollections, such an approach opens the door to a fuller consideration of the complex cultural construction of social affairs."[110] Die mittlerweile erlangte Salonfähigkeit der Ereignisgeschichte wird auch am Beispiel einer katastrophengeschichtlichen Studie zur Wahrnehmung des Lissaboner Erdbebens von 1755 ersichtlich. Christiane Eifert stellt hier fest:

---

104 Siehe dazu Kießling, (Welt-)Öffentlichkeit, S. 87ff.; von Hodenberg, Expeditionen in den Methodendschungel, S. 30f.

105 Vgl. Vella, Newspapers, S. 192.

106 Requate/Schulze Wessel, Europäische Öffentlichkeit, S. 29.

107 Vgl. Suter, Histoire sociale et événements historiques, S. 551–554; Suter/Hettling, Struktur und Ereignis, S. 9–11.

108 Vgl. Hickethier, Mediengeschichte, S. 176.

109 In diese Richtung argumentieren auch Jörg Requate und Martin Schulze Wessel, wenn sie schreiben: „Grundsätzlich [...] scheint zu gelten, dass europäische Öffentlichkeit in Ereignissen entsteht, aber auch an diese gebunden bleibt. Dies bedingt ihre Fragilität und Kurzlebigkeit." Requate/Schulze Wessel, Europäische Öffentlichkeit, S. 17.

110 Jarausch, Towards a Social History of Experience, S. 442.

> [D]ie anhaltende Wirkungsmacht eines historischen Ereignisses hängt nicht allein davon ab, dass es in einem relativ geschlossenen Referenzsystem der Hochkultur perpetuiert wird. Wesentlich ist vielmehr die breite Wahrnehmung und Deutung des Vorfalls durch die Zeitgenossen, die sich das Ereignis aneignen, indem sie darüber reden, und zugleich mit ihrer Rede über das Geschehen den Boden dafür bereiten, es auf Dauer zu stellen und ihm Raum im öffentlichen Gedächtnis zu verschaffen.[111]

Die soziale und politische Stellung der Medien sowie ihre technische Entwicklung in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts implizieren natürlich eine andere Wahrnehmungsform und -dimension als im Falle der iberischen Naturkatastrophe um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Die Wahrnehmung an und für sich und die Deutung des Ereignisses lassen hingegen durchaus gewisse Analogien mit dem hier betrachteten zeithistorischen Gegenstand erkennen.[112]

Zwecks Ermittlung der medialen Behandlung der späten Diktatur und der demokratischen Wende in Spanien soll die Periode zwischen 1969 und 1982 in zwölf relevante Ereignisse zerlegt werden, wobei manchen davon durchaus ein gewisse „seismische" Kraft zugeschrieben werden kann, wenn auch die Erschütterungen wohlgemerkt metaphorisch zu verstehen sind. Zu dieser Kategorie sind zweifelsfrei der Burgos-Prozess von 1970, die letzten Hinrichtungen und der Tod des Diktators im Herbst 1975 und der Putschversuch von 1981 zu zählen. Die journalistischen Texte und die Radio- und Fernsehsendungen sollen mittels inhaltlicher Analyse Aufschluss über das in den Schweizer Medien dominante und durch die Schweizer Gesellschaft perzipierte Bild vom spanischen Demokratisierungsprozess geben. Aus dem strikten, zeitlich begrenzten Ereignis soll also eine Einstellung, Stimmung und Betrachtung ermittelt werden, die natürlich auch von bestimmten Faktoren abhängig war. Deshalb sollen als Vorbereitung auf den empirisch-mediengeschichtlichen Teil die wichtigsten transnationalen Begegnungsräume, Kontakte und Engagements zwischen Spanien und der Schweiz dargestellt werden.

Dass Medien regelrechte autonome soziale Akteure sind und bestimmte politische Ziele verfolgen können, bedarf mittlerweile keiner Erläuterungen mehr.[113] Dennoch sind hier einige Überlegungen zur Tauglichkeit massenmedialer Dokumente als Zeugnisse für die Geschichtsforschung anzustellen. „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien."[114] Mit diesen Worten beginnt das erste Kapitel von Luhmanns *Realität der Massenmedien*. Markus Meier ergänzt in seinem Aufsatz zur Schweizer Wahrnehmung von Indien-Medienereignissen ebendieses Zitat durch die Erkenntnis: „Dies gilt genauso für

---

111 Eifert, Das Erdbeben von Lissabon, S. 635.
112 Siehe auch Wilke, Medienereignisse im Vergleich, S. 162f.
113 Vgl. Pfetsch/Adam, Die Akteursperspektive…, S. 9–11.
114 Luhmann, Die Realität der Massenmedien, S. 9.

die Bilder, Eindrücke und Deutungen, die die Massenmedien uns über ferne Länder vermitteln."[115] Eine ähnliche Bedeutung anerkennt auch Hobsbawm, wenn er meint:

> Je näher ein Historiker des 20. Jahrhunderts der Gegenwart kommt, um so abhängiger wird er (oder sie) von zwei Arten von Quellen: von Tagespresse, Magazinen und den regelmäßigen Berichten, Wirtschaftsanalysen und anderen Publikationen oder statistischen Sammelwerken von nationalen Regierungen und internationalen Institutionen.[116]

Hier ist also die Rede von einem nahezu unerlässlichen Werkzeug zeitgeschichtlicher Geschichtsforschung. Insbesondere in der Zeit des Kalten Krieges erlangten Massenmedien die Bedeutung eines politischen Kampfmittels zwischen den Lebens- und Wertesystemen Kapitalismus und Kommunismus,[117] was die Nützlichkeit dieses Materials als sozial-, kultur-, und ideengeschichtliche Quelle untermauert. Der Ost-West-Konflikt, der den politischen und sozialen Alltag der Bevölkerungen der Staaten auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges durch Angstdiskurse, Schreckensszenarien und Dogmata formte, benutzte dabei die öffentliche Meinung als eigentliches Vollzugsinstrument.[118]

Sozialwissenschaftlich wird den Medien spätestens seit dem *medial turn* ein für die moderne Kommunikationsgesellschaft konstituierender Charakter zugeschrieben.[119] Während aber Printmedien sich mittlerweile eines unbestrittenen Quellenstatus rühmen können, ist die geschichtswissenschaftliche Nutzung audiovisueller Informationsformate noch zögerlich.[120] Stefan Wyss spricht dabei sogar von einer sich entwickelnden „Ignoranz gegenüber audiovisuellen Quellen als Grundlagenmaterial für die Geschichtsschreibung".[121] Deutlich optimistischer ist Felix Rauh in einem Aufsatz über die zunehmende Präsenz audiovisueller Quellen in historischen Werken, doch klagt er auch über eine eher illustrative Verwendung.[122]

---

115 Meier, Die Schweizer Presse und Indien, S. 159.

116 Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, S. 10.

117 Vgl. Lindenberger, Einleitung, S. 11f.; Hickethier, Europa und die Wirklichkeiten…, S. 154; Daniel/Schildt, Einleitung, 14f.; Kießling, (Welt-)Öffentlichkeit, S. 98; Mughan/Gunther, The Media in Democratic and Nondemocratic Regimes, S. 5f.

118 Vgl. Greiner, Angst im Kalten Krieg, S. 17–19.

119 Vgl. Wilke, Entwicklungsstufen und Determinanten…, S. 18. Eine differenzierte Auslegung und Trennung von Massen-, Öffentlichkeits- und Mediengesellschaft leistet Vowe, Von der Massengesellschaft zur Mediengesellschaft, S. 35–61.

120 Vgl. Schade, Audio- und Videodokumente…, S. 50.

121 Wyss, Auch Historiker…, S. 300. Vgl. von Hodenberg, Expeditionen in den Methodendschungel, S. 24f. Vallotton und Valsangiacomo üben eine ähnliche Kritik in Bezug auf akustische Quellen. Vgl. Vallotton/Valsangiacomo, Pour une histoire du sonore, S. 41f.

122 Vgl. Rauh, Audiovisuelle Mediengeschichte, S. 29–32; siehe auch Heßler, Bilder zwischen Kunst und Wissenschaft, S. 271.

Selbst bei Zeitungsquellen zeigten sich Historiker zuweilen von ihrer widerborstigsten Seite, galten diese anders als Archivquellen als tendenziöse Zeitdokumente; eine Haltung, die sich im Spruch *veritas in actis* erkennen lässt.[123] Gewissermaßen färbte die populäre Skepsis in Bezug auf die Figur des unethischen „Schreiberlings" auf die Geschichtswissenschaft und entsprechend auch auf die Tauglichkeit jener Quellen ab, die von Journalisten produziert wurden.[124] In der traditionellen Geschichtsauffassung des 19. Jahrhunderts waren Medien dennoch vertreten, und zwar als Gegenstände der sogenannten historischen Hilfswissenschaften.[125] Inzwischen hat sich dieses Misstrauen deutlich abgemildert. Wer heute die Tauglichkeit von Medien als historische Quellen abstreitet, übersieht deren Mehrwert als Vehikel zur Erforschung von kollektiven Stimmungen, Vorstellungen, Interessen, Emotionen, nationalen Wahrheitsproduktionen und sich verändernden Weltbildern.[126]

Die Mediengeschichte scheint jedenfalls immer noch unter mangelnder Anerkennung zu leiden. Im Jahre 2001 schrieb Michael Schanne von diesem Missstand und beteuerte, sie habe sich in den achtziger Jahren hauptsächlich mit Denkmalsetzungen und Spiegelungen befasst, und sprach den mangelnden Konsens über ihr Wesen an.[127] Edzard Schades Ansatz in der zweiten Auflage des propädeutischen Sammelbandes versetzte die Kommunikations- und Mediengeschichte in ein Disziplinen-Spektrum zwischen bloßer Faktenvermittlung und *histoire totale*.[128] Seither scheint sich wenig verändert zu haben, zumal Peter Meier 2010 immer noch von einem „Schattendasein" spricht.[129] Die Disziplin ist daher zurzeit eher durch Wunschvorstellungen zu interdisziplinären Forschungstendenzen als durch tatsächlich erzielte Ergebnisse gekennzeichnet. Ihre intrinsische Komplexität stellt eine Herausforderung dar,[130] die auch auf

123 Vgl. Steinbach, Zeitgeschichte und Massenmedien…, S. 38; Wyss spricht sinngemäß vom „Mythos Papier". Wyss, Auch Historiker…, S. 300.

124 Es gibt eine Reihe von Zitaten, die bis in die Vormoderne zurückreichen und den schlechten Ruf des Journalismus attestieren. Vgl. Dürrenmatt, Wie frei ist die Presse? S. 261. Ferner ist auch bei Marc Bloch diesbezüglich ein despektierlicher Ton zu spüren. Vgl. Bloch, Apologie, S. 43. Selbst Konsumenten von Ratgeberliteratur schienen fiktionale Einschübe nicht nur nicht zu stören, sondern sogar deren Unterhaltungswert zu preisen. Vgl. Messerli, Zur Geschichte der Medien des Rates, S. 45; Luhmann, die Realität der Massenmedien, S. 39f.

125 Vgl. Käuser, Historizität und Medialität, S. 153.

126 Vgl. Steinbach, Zeitgeschichte und Massenmedien…, S. 44; Vella, Newspapers, S. 192f.

127 Schanne, Mediengeschichte…, S. 49–51.

128 Schade, Kommunikations- und Mediengeschichte, S. 37ff.

129 Meier, Die Lücken schliessen, S. 4.

130 Siehe dazu Schanze, Mediengeschichte der Diskontinuität, S. 194: „Die Geschichte der Medien ist voller Rückgriffe, Neuanfänge, Parallelitäten, voller Diskontinuitäten. Immer wieder hat man mit Neuen Medien zu rechnen, die alles, was zuvor in Gültigkeit stand, radikal in Frage stellen. Mediengeschichte verspricht ein Orientierungswissen im Bereich der gegenwärtigen Medien, das sie stets auch verweigert."

hermeneutischen Aspekten fußt, doch kontrastieren diese theoretischen Einwände mit einer immer größer werdenden Anzahl von historischen Arbeiten, die sich mit Medien und Kommunikation auseinandersetzen.

Bei der Auswertung von journalistischen Texten schlägt Stephen Vella drei Analyseebenen vor: die institutionelle Struktur, das Format und den Inhalt.[131] Die Struktur des Zeitungsbetriebes, oder anders gesagt, die innere Organisation ist durch die Zeitungstexte nicht erkennbar. Historische Monografien über Zeitungen oder Verlagshäuser wie das kürzlich erschienene zweibändige Werk über das Unternehmen Ringier[132] oder die zwei anlässlich des 225. Jubiläums der Neuen Zürcher Zeitung erschienenen Bände zu Unternehmen und Zeitung[133] erweisen sich für diesen Zweck als besonders nützlich. Besitzverhältnisse und Kontrolle über Schweizer Zeitungen wurden auch in Bollingers Monografien[134] und in zahlreichen Artikeln im *Historischen Lexikon der Schweiz* beleuchtet.

Der weiteren Frage nach dem Format oder dem „visual context" soll hier insofern Rechnung getragen werden, als bestimmte journalistische Textgattungen explizit bezeichnet werden. Schweizer Zeitungen konnten sich der Agenturmeldungen quasi als Fertigprodukte bedienen, die aber aufgrund ihrer pauschalen Verwendung weniger repräsentativ sind als die maßgeschneiderten Korrespondentenberichte. Es wäre allerdings inkonsequent, Nachrichtenagenturen aufgrund ihrer Einseitigkeit *partout* als Quellen abzulehnen,[135] zumal selbst Zeitungsartikel und Meinungstexte, die nicht auf Agenturmeldungen beruhen, sich diesen Vorwurf gefallen lassen müssen. Wenn hier also auf solche Texte verzichtet wird,[136] so geschieht dies deswegen, weil solche Informationsrohstoffe der Genuinität und Repräsentativität entbehren, welche Korrespondentenberichte durchaus besitzen.[137]

Kommentare stellen hier eine besonders wertvolle Textgattung dar, in welche übergreifendere, aber auch tiefere Gedanken, unverfälschtere Werturteile und politische Statements zu einem aktuellen Sachverhalt von einer wichtigen redaktionellen Persönlichkeit einfließen. Hier stellt man bereits eine erste Filterung und Rezeption fest, die sich durch die Lektüre der Meldungen ereignet, welche ihre im Ausland verweilenden Kollegen produzierten oder die von Agenturen zu Verfügung gestellt wurden.

131 Vgl. Vella, Newspapers, S. 198.
132 Vgl. Meier/Häussler, Zwischen Masse, Markt und Macht, 2 Bde.
133 Vgl. Meyer, Das Unternehmen NZZ; Maissen, Die Geschichte der NZZ.
134 Vgl. Bollinger, Structure…; Bollinger, Faits…
135 Vgl. Blum, Die blinden Augenzeugen, S. 13–18.
136 Gerade in den siebziger Jahren erlebten Nachrichtenagenturen einen wichtigen technologischen und expansionistischen Umbruch. Vgl. Wilke, Nachrichtenagenturen, S. 480f.
137 Aus Bollingers Dissertation geht hervor, dass Agenturen die wichtigsten Informationsquellen Schweizer Zeitungen sind. Vgl. Bollinger, Strucutre…, S. 127ff.

Deutlicher rezeptionsbedingt sind allerdings jene Texte, die von Zeitungskonsumenten abgefasst wurden und die Stellung zu Information oder Kommentar beziehen. Hier ist also vom Leserbrief die Rede, der im Zusammenhang mit Spanien nur im Jahre 1975 echte Bedeutung erlangte. Der inhaltlichen Textanalyse kommt besondere Geltung zu. Wortwahl, Metaphern, Konnotation und Denotation sowie etwaige Bezugnahmen auf andere Texte in anderen Zeitungen stellen die Schwerpunkte der hier anzuwendenden Sichtweise dar,[138] wobei absichtlich auf ein striktes Frageraster verzichtet wird.

Dieselben Kriterien lassen sich *mutatis mutandis* auch auf audiovisuelle Medien anwenden. Edzard Schade schlägt analog zur traditionellen geschichtswissenschaftlichen Quellenauswertung eine äußere und eine innere Quellenkritik vor. Letztere wird durch eine sprachliche, eine sachliche und eine konzeptuelle Aufschlüsselung ergänzt.[139] Schriftliche Transkriptionen eines gesprochenen Textes sind deshalb sinnvoll. Indessen wird auf ein strenges Analyseraster mit Parametern wie Kameraführung und Aufnahmetechnik verzichtet.[140] Ebenso wie eine Landkarte den dreidimensionalen Raum kaum darzustellen vermag, kann das Analyseraster oder die storyboardähnliche Transkription audiovisueller Sequenzen der Komplexität audiovisuellen Materials kaum gerecht werden. Es liegt also auf der Hand, dass das optimale Medium zur Filmanalyse der Film selbst ist.

Die Verflechtung zwischen massenmedialer und transnationaler Betrachtungsweise wurde in einem Aufsatz von Christina von Hodenberg thematisiert, in dem sie Massenmedien als ein transnationales Phänomen schlechthin bezeichnet und drei bestimmte medienhistoriografische Trends erkennt: „Der erste ist der internationale Vergleich, der zweite die Bemühung um eine Europäisierung der Forschung und der dritte die Erforschung grenzüberschreitender Phänomene."[141] Dies führt uns zur zweiten, also der transnationalen Einblendung.

In den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts setzte unter den Historikern eine neue Debatte ein an, die darauf abzielte, die im 19. Jahrhundert etablierte nationalstaatliche Geschichtsschule als Bezugsrahmen *par excellence* für die historische Forschung zu hinterfragen.[142] Frühere Versuche seit den siebziger Jahren vermochten aber trotz dieser Motivation den Nationalstaat nicht vollständig

---

138 Vgl. Vella, Newspapers, S. 199f.

139 Vgl. Schade, Audio- und Videodokumente…, S. 56–59. Weitere Vorschläge finden sich bei Wyss, Auch Historiker…, S. 306–310.

140 Dazu Hickethier, Film- und Fernsehanalyse, S. 34: „Das Insistieren auf der schriftlichen Transkription von Filmen erstaunt umso mehr, als die Protokollierung eines Filmes in der Regel arbeitsintensiv und in ihrer Notwendigkeit nicht immer einsehbar ist."

141 von Hodenberg, Expeditionen in den Methodendschungel, S. 31.

142 Auch Lutz Raphael widmete in seinem propädeutischen Überblickswerk einige Zeilen diesem vielversprechenden neuen historischen Ansatz. Vgl. Raphael, Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme, S. 270.

auszuklammern.[143] Es gestaltet sich allerdings schwierig, den eigentlichen Beginn dieses geschichtswissenschaftlichen Paradigmenwechsels, der sich weg von der klassischen, Ranke'schen Auffassung der internationalen Historie (*histoire diplomatique*) bewegt und der in Anlehnung an die zahlreichen *turns* in den Sozial- und Geisteswissenschaften – *linguistic, visual* oder *medial turn* – auch den Begriff des *transnational turn* kreiert hat[144], exakt zu datieren.

Akira Irye stellt fest, dass transnationale Geschichte gegenüber der Globalgeschichte in Bezug auf ihre Beliebtheit aufgeholt habe und spricht eine Parallelität zwischen ersterer und der traditionellen nationalen Geschichte an, was die Themenwahl betrifft.[145] Unterschiedlich ist der Enthusiasmus der Historiker in Bezug auf die Reichweite und die Bedeutung dieser Sichtweise.[146] Obwohl es zwar bereits seit einigen Jahren das *Palgrave Dictionary of Transnational History*[147] gibt, entbehrt das zugrunde liegende Konzept einer genauen Definition und wünschenswerten Trennschärfe.[148] In der Einleitung des Sammelbandes *Transnationale Öffentlichkeiten* hält man pragmatisch fest:

> Es zeichnet [sich] jedoch trotz vieler Unschärfen eine Art Konsens darüber ab, dass als *transnational* zunächst ganz allgemein all diejenigen Interaktionen zwischen Individuen, Gruppen, Organisationen und Staaten bezeichnet werden können, die über Grenzen hinweg agieren und dabei gewisse über den Nationalstaat hinausgehende Strukturmuster ausbilden. Eine solche Definition lässt dabei zunächst den räumlichen Rahmen solcher Austauschprozesse offen, um die analytische Reichweite nicht von vornherein einzuengen.[149]

143 Vgl. Wehler, Transnationale Geschichte, S. 162.

144 Vgl. van Dongen, La Suisse dans les rets…, S. 17. Eine kritische Betrachtung der Fülle von *turns* befindet sich bei Heßler, Bilder zwischen Kunst und Wissenschaft, S. 267–271.

145 Vgl. Iriye, Transnational Turn, S. 375; Iriye, Transnational History, S. 211: „There has been growing interest among historians in going beyond national history as the key framework for their inquiry. National histories have been the predominant scholarly category since the study of history was established as a discipline in Europe in the nineteenth century, but historians are paying increasing attention to developments and themes that cut across national boundaries, in the process forcing a revaluation of the concept not just of nation but also of history."

146 Während William I. Robinson die transnationale Perspektive als einen radikalen Umschwung in den Sozialwissenschaften sieht, betrachtet sie van Dongen als vielmehr „un simple élargissement du questionnaire". van Dongen, La Suisse dans les rets…, S. 17.

147 Saunier/Iriye: The Palgrave Dictionary of Transnational History.

148 Siehe dazu Clavin, Defining Transnationalism, S. 434: „As the list of publications concerned with ‚transnational' history has lengthened in recent years, so, too, has the definition of the term widened in ways that are not entirely helpful. At the same time, the boundaries of what is understood by ‚trans-', ‚multi-' and ‚international' have become increasingly blurred. Transnationalism is in danger of becoming a catch-all concept, with almost as many meanings as there are instances of it."

149 Kaelble/Kirsch/Schmidt-Gernig, Transnationale Öffentlichkeiten, S. 9 (Hervorhebung im Original).

Durch diese neue Sichtweise wird eine Sozialgeschichte möglich, die über die Grenzen der einzelnen Staaten hinweg operiert.[150] Migrationsgeschichte, *Postcolonial studies*, Transfergeschichte, aber auch die Frage der Diktaturüberwindungen im 20. Jahrhundert[151] bilden mittlerweile paradigmatische Themenstränge dieses neuartigen Blicks auf die Vergangenheit. Eng verwandt mit der transnationalen Geschichte ist das Verfahren der *Histoire croisée*:

> Im Ansatz der *Histoire croisée* geht es um ein Verfahren, das soziohistorische Erkenntnis von einer spezifischen Raum-Zeit-Konstellation her zu erzeugen versucht. Die zeitliche Dimension sowohl der Produktion von Erkenntnis als auch des Gegenstands der Erkenntnis ist hier in Rechnung zu stellen. Es geht also um eine doppelte Form der Historisierung, bei der der historischen Dimension des Erkenntnisprozesses der gebührende Platz eingeräumt wird, insbesondere was den Standort der Beobachtung, das Beobachtungsinstrumentarium, die Perspektive und die Brennweite des Beobachtungsprozesses anlangt [sic!].[152]

Dabei wird auf die sogenannte Verflechtung zweier oder mehrerer Staaten Rücksicht genommen; eine Verflechtung, die sich nicht nur auf den Gegenstand bezieht, sondern auch auf die historischen Ergebnisse. Ein wichtiger Faktor bei dieser Analyse ist die Frage von Symmetrie und Asymmetrie.[153] Während man aber beim Vergleich von Staaten mit ähnlichen politischen Regimes und Strukturen von einer Symmetrie ausgeht und in der Regel auf Asymmetrien stößt, ist die Prämisse im Falle des Vergleichs zwischen Spanien und der Schweiz umgekehrt. Geht man also von einer asymmetrischen Situation aus, so ist nicht auszuschließen, dass das Resultat des Vergleichs auffallende Analogien zwischen den beiden Staaten hervorbringen könnte, etwa in der Anwendung technokratischer Lehren[154] oder in der Bekämpfung des Kommunismus.

---

150 Vgl. Lüthi/Zeugin/David, Transnationalismus, S. 7.

151 Vgl. Hofmann/Wezel, Neue nationale und transnationale Perspektiven…, S. 1–4.

152 Werner/Zimmermann, Vergleich, Transfer, Verflechtung, S. 609.

153 Vgl. ebd., S. 618f.

154 Zum Begriff der Technokratie siehe van Laak, Technokratie im Europa des 20. Jahrhunderts, S. 106 (Hervorhebung im Original): „Von ‚Technokratie' kann dann gesprochen werden, wenn sich technische Rationalität mit dem Anspruch auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Führung verbindet, wenn Gesellschaftsmodelle überwiegend der Logik des Technischen folgen oder wenn Techniker, Ingenieure oder vergleichbare Experten ‚wissenschaftlich' und ‚zweckrational' orientierte Kontroll-, Regelungs- oder sogar Entscheidungsbefugnisse für gesellschaftspolitisch relevante Fragen beanspruchen."

1.5 Forschungsstand

In den letzten Jahren hat die historische Forschung zur Thematik Schweiz–Spanien im 20. Jahrhundert Arbeiten zu unterschiedlichen Aspekten hervorgebracht. Die Dissertation von Beatriz Sánchez Fernández (Universität Zürich) behandelt die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder in der Zeit vor dem Spanischen Bürgerkrieg.[155] Stärker als für das Ende des Franco-Regimes hat sich die Forschung für die Schweizer Spanienfreiwilligen[156] und für die Anfangsphase des Regimes interessiert. Neben Arbeiten zu den Schweizer Spanienkämpfern liegen auch Abhandlungen zur medialen Darstellung des Bürgerkrieges vor, wie die Dissertation von Martin Gavira Brandt (*Suiza y la guerra civil española*).[157] Zu nennen sind außerdem die Arbeiten von Mari Carmen Rodríguez (Université de Fribourg) zu den wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen,[158] aber auch jene Forschungsbeiträge, die sich auf den Schweizer Kriegstourismus in Spanien und die franquistische auswärtige Propaganda und den Kulturtransfer mit der Schweiz konzentrieren.[159] Obschon bis jetzt eine einschlägige Studie über die Schweizer Feriengewohnheiten in der Nachkriegszeit fehlt, kann gerade in Bezug auf Spanien aus verschiedenen Werken ein zwar lückenhaftes, aber durchaus nuanciertes und aussagekräftiges Bild der Beliebtheit spanischer Ferienziele bei den Schweizer Touristen und der Bedeutung dieser Praxis für die Wahrnehmung Spaniens in der Schweiz gezeichnet werden.[160]

155 Sánchez Fernández, Beatriz: Proteccionismo y liberalismo: las relaciones comerciales entre Suiza y España: 1869–1935, Frankfurt a. M., Madrid 1996.

156 Um einige zu nennen: Batou, Jean et al.: Regards suisses sur la guerre civile d'Espagne (1936–1996). Traumatisme, refoulement et éveil de la curiosité, in: SZG 47, 1997, S. 27–45; Castellote, José: Der Spanische Bürgerkrieg im Lichte der deutschschweizerischen Presse, unveröffentl. Lizentiatsarbeit Univ. Bern 1990; Hug, Ralph: St. Gallen-Moskau-Aragon. Das Leben des Spanienkämpfers Walter Wagner, Zürich 2007; Koller, Christian: Fremder Kriegsdienst als biographische Krise? Memoiren von schweizerischen Fremdenlegionären und Spanienkämpfern im Vergleich, in: Stig Förster et al. (Hg.): Militärische Erinnerungskultur. Soldaten im Spiegel von Biographien, Memoiren und Selbstzeugnissen, Paderborn 2006, S. 169–187; Spiess, Heiner (Hg.): „... dass Friede und Glück Europas vom Sieg der spanischen Republik abhängt". Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg, Zürich 1986.

157 Besonders erwähnenswert ist das Werk zu den Schweizer Spanienkämpfern: Huber, Die Schweizer Spanienfreiwilligen. Kaum erforscht ist hingegen der Einsatz von Schweizer Spanienfreiwilligen an der Seite der Aufständischen. Vgl. Hug, Schweizer in Francos Diensten, S. 189ff.

158 Rodríguez, La Suisse face aux „deux Espagnes"; Rodríguez, Relations économiques entre la Suisse et l'Espagne franquiste; Rodríguez, Las relaciones económicas entre Suiza y España.

159 Vgl. Moreno Cantano, Propaganda y neutralidad.

160 Für den Fall der bundesdeutschen Reisegewohnheiten in der Nachkriegszeit ist die Dissertation von Heinz Rico Scherrieb aus dem Jahre 1975 zu nennen. Vgl. Scherrieb, Der westeuropäische Massentourismus.

In seiner kürzlich erschienenen Monografie hat sich Ralph Hug erstmals mit den Schweizer Opfern frühfranquistischer Repression zwischen 1936 und 1947 auseinandergesetzt.[161] Anhand von elf biografischen Fallstudien zeichnet er das Los einzelner Schweizer Bürger und Bürgerinnen nach, die mit der schonungslosen Repression einer Diktatur konfrontiert waren, der die damalige Schweizer Diplomatie wohlwollend begegnete.

Auf großes wissenschaftliches Interesse ist in den letzten Jahren die spanische Immigration in die Schweiz gestoßen. An dieser Stelle ist die laufende sozialhistorische Habilitation von Calvo Salgado (Universität Zürich) über die galicische Einwanderung in die Schweiz (1960–1990) zu erwähnen. Darin kombiniert er traditionelles Archivmaterial aus der spanischen und der schweizerischen Verwaltung mit einem *Oral-History*-Ansatz, in welchem den Emotionen große Aufmerksamkeit geschenkt wird.[162] Im Rahmen seiner Nachforschungen sind eine Reihe wertvoller Beiträge zu migrationspolitischen Themen und Praxen, wie dem spanischen Auswanderungsinstitut und der grenzsanitärischen Untersuchung, entstanden.[163] Ebenso zu erwähnen ist die kürzlich erschienene verwaltungshistorische Doktorarbeit von Matthias Hirt über die spanische und italienische Immigration in die Schweiz zwischen 1960 und 1972.[164] Weitere Studien zu dieser Thematik haben vor allem Lizenziatsarbeiten und Dissertationen, wie diejenige von Marina Richter, *Integration, Identität, Differenz: der Integrationsprozess aus der Sicht spanischer Migrantinnen und Migranten* (Universität Bern), inspiriert.

Der vorliegenden Abhandlung thematisch am nächsten liegt die 2006 erschienene Dissertation von Sébastien Farré (Université de Genève).[165] Vom selben Autor stammen zudem einige Aufsätze über die spanische Exil- und Gastarbeitergemeinschaft in der Schweiz und deren linke Politisierung.[166] Farrés Buch untersucht den Wandel der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Franco-Regime und der Eidgenossenschaft vom Bürgerkrieg bis zum Tod des Diktators, wobei die Zeit von 1936 bis etwa 1960 sehr ausführlich analysiert wird, während die Darstellung der zweiten Hälfte der Diktatur etwas knapp ausfällt.

Ein anderer thematischer Strang setzt sich zusammen aus Arbeiten über die mediale Wahrnehmung der spanischen Diktatur oder der *Transición* in anderen europäischen Ländern. Hier ist insbesondere der bereits genannte Artikel von Núñez Florencio hervorzuheben, der die Wahrnehmung der spanischen Diktatur in den Werken

161 Hug, Schweizer unter Franco; Hug, Swiss Consular Influence.
162 Vgl. Calvo Salgado, Nostalgia as a manifestation of cultural resistance.
163 Vgl. Calvo Salgado, El control sanitario; Calvo Salgado, Las relaciones del IEE con Suiza.
164 Vgl. Hirt, Die Schweizerische Arbeitsverwaltung…
165 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco.
166 Vgl. Farré: „Desde el corazón de la juventud de España…".

angelsächsischer Zeitzeugen und Journalisten beleuchtet.[167] In den vergangenen Jahren widmeten sich zudem zwei internationale Kongresse der Funktion der Medien bei der Demokratisierung Spaniens.[168] Aus den Vorträgen geht ein klares Interesse für diese Art von Forschung hervor. Mit der Auseinandersetzung der französischen Presse mit der Diktatur hat sich Aline Angoustures bereits 1990 befasst, während im Jahre 2003 von ihr ein Aufsatz über die französische Wahrnehmung der *Transición* erschien.[169] Ferner sei noch auf die Arbeiten von Anne Dulphy, Florence Belmonte und Encarnación Lemus hingewiesen.[170] Der italienische Fall wurde von Alfonso Botti beleuchtet,[171] während die Erinnerungen Walter Haubrichs und ein Artikel von Tobias Reckling den bundesdeutschen Fall fokussieren.[172] Der Blick der französischen, italienischen, britischen und US-amerikanischen Medien auf die spanische Entwicklung nach 1975 wurde in einem Aufsatz von Jaume Guillamet, Marcel Mauri, Ruth Rodríguez-Martínez, Francesc Salgado und Christopher Tulloch untersucht.[173] In einigen dieser Arbeiten steht die Frage der Medienwahrnehmung nicht gleichsam im luftleeren Raum, sondern wird von wirtschaftlichen und außenpolitischen Untersuchungsaspekten flankiert.[174]

Es fällt zunächst einmal auf, dass in dieser durchaus breiten Palette von medienhistorischen Werken, die mal von spanischer, mal von ausländischer Seite angetrieben werden, der schweizerische Fall stets ausgeklammert wurde. Dies dürfte auf mehreren Gründen fußen. Zum einen führte die sich vor allem auf die Europäische Union und ihre Vorgänger fixierte Forschung zur europäischen Integration[175] zwangsläufig zu einer Nichtbeachtung der Schweiz. Dies lässt sich auch in den Arbeiten zur spanischen

167 Vgl. Núñez Florencio, La percepción exterior de España durante el franquismo.
168 III Congreso Internacional „Historia de la Transición en España“. El papel de los medios de comunicación, Almería, 26.–30. November 2007; XII Congreso de la Asociación de Historiadores de la Comunicación, „Transición democrática y comunicación internacional“, Barcelona 24.–25. Mai 2012.
169 Vgl. Angoustures, L’opinion publique française et l’Espagne; Angoustures, La transition espagnole dans l’opinion française.
170 Vgl. Dulphy, Le regard français sur la transition espagnole; Belmonte, Desde Francia: Miradas a la Transición; Lemus, Las posiciones francesas…; Lemus López, Percepciones de la prensa norteamericana y la francesa.
171 Vgl. Botti, La transición española a la democracia en la prensa italiana.
172 Vgl. Haubrich, La transición española en la prensa alemana; Reckling, Entre la dictadura y la democracia.
173 Vgl. Guillamet et al., La Transición Española en la prensa europea y norteamericana.
174 Dies ist der Fall bei Lemus, Las posiciones francesas…, S. 67–70 und bei Guillamet et al., La Transición Española en la prensa europea y norteamericana, S. 116.
175 Vgl. Meyer, The European Public Sphere; Gilbert, European Integration, S. 1; Loth/Wessels, Auf dem Weg zur Integrationswissenschaft, S. 10f.; Gillingham, European Integration, S. xiv–xvii; Cavallaro, El europeísmo y la oposición, S. 381ff.

Integration in Europa erkennen.[176] Zum anderen ist auch eine generelle Unkenntnis oder ein gewisses Desinteresse für die Schweiz seitens der spanischen Forscherinnen und Forscher nicht von der Hand zu weisen. Vor dem Hintergrund der starken und vielfältigen Beziehungen beider Länder ist dies aber ein schwer nachvollziehbares Defizit. Ferner fällt auf, dass obige Arbeiten sich stets auf die Pressewahrnehmung beziehen und audiovisuelle Medien außer Acht lassen. Hier liegen sowohl hermeneutische als auch heuristische Probleme zugrunde,[177] doch ist es nun an der Zeit, dass Historikerinnen und Historiker sich des enormen Potenzials dieser Quellen bewusst werden.[178]

1.6 Aufbau der Arbeit

Wie bereits angedeutet, machte das Franco-Regime in seiner zweiten Halbzeit eine Metamorphose durch, die ihm zu größerer Salonfähigkeit verhalf, als es ohnehin aufgrund der neuen weltpolitischen Mächtekonstellation im Kalten Krieg schon erlangt hatte. Deshalb scheint es unumgänglich, die vor allem in der Schweizer Gesellschaft thematisierten Sachverhalte oder Bereiche, durch die das Regime diese Akzeptanz erlangte, zu beleuchten. Darüber hinaus tauchen diese Themen vereinzelt auch in den journalistischen Beiträgen auf.

Die Abhandlung ist makroskopisch in zwei Teile gegliedert, wovon sich der erste den Beziehungen und den Engagements besonderer Akteure widmet, während der zweite deutlicher auf die Medienwahrnehmung fokussiert. Im zweiten Kapitel werden chronologisch zunächst die kommerziellen und finanziellen Beziehungen zwischen Spanien und der Schweiz, die sich schon während des Bürgerkrieges einer diskreten Solidität erfreuten, sowie das Interesse beider Länder füreinander beleuchtet, das durch gegenseitige Delegationenreisen und Besuche spanischer Minister in der Schweiz untermauert wurde. Im darauffolgenden Unterkapitel soll der Tourismus als wichtigste Einnahmequelle und radikale Imagemelioration des Regimes seit den fünfziger Jahren behandelt werden. Schweizerinnen und Schweizer, wie viele andere Europäer auch, bereisten die spanische Mittelmeerküste und

176 Vgl. Fernández Soriano, La CEE face à l'Espagne franquiste; Trouvé, Un voisinage complexe; del Hoyo Barbolla, Las relaciones entre España y la CEE.

177 Im Jahre 1990 schrieb Aline Angoustures: „L'importance croissante, dans la période choisie [1945–1975], des médias audiovisuels ne rend pas leur accès plus facile, le coût de la visualisation d'une émission télévisuelle, d'actualités cinématographiques ou de radio étant prohibitif. Le recensement des émissions de télévision et leur résumé n'a pu être fait que pour l'année 1975." Angoustures, L'opinion publique française et l'Espagne, S. 673.

178 Vgl. Rauh, Audiovisuelle Mediengeschichte, S. 32.

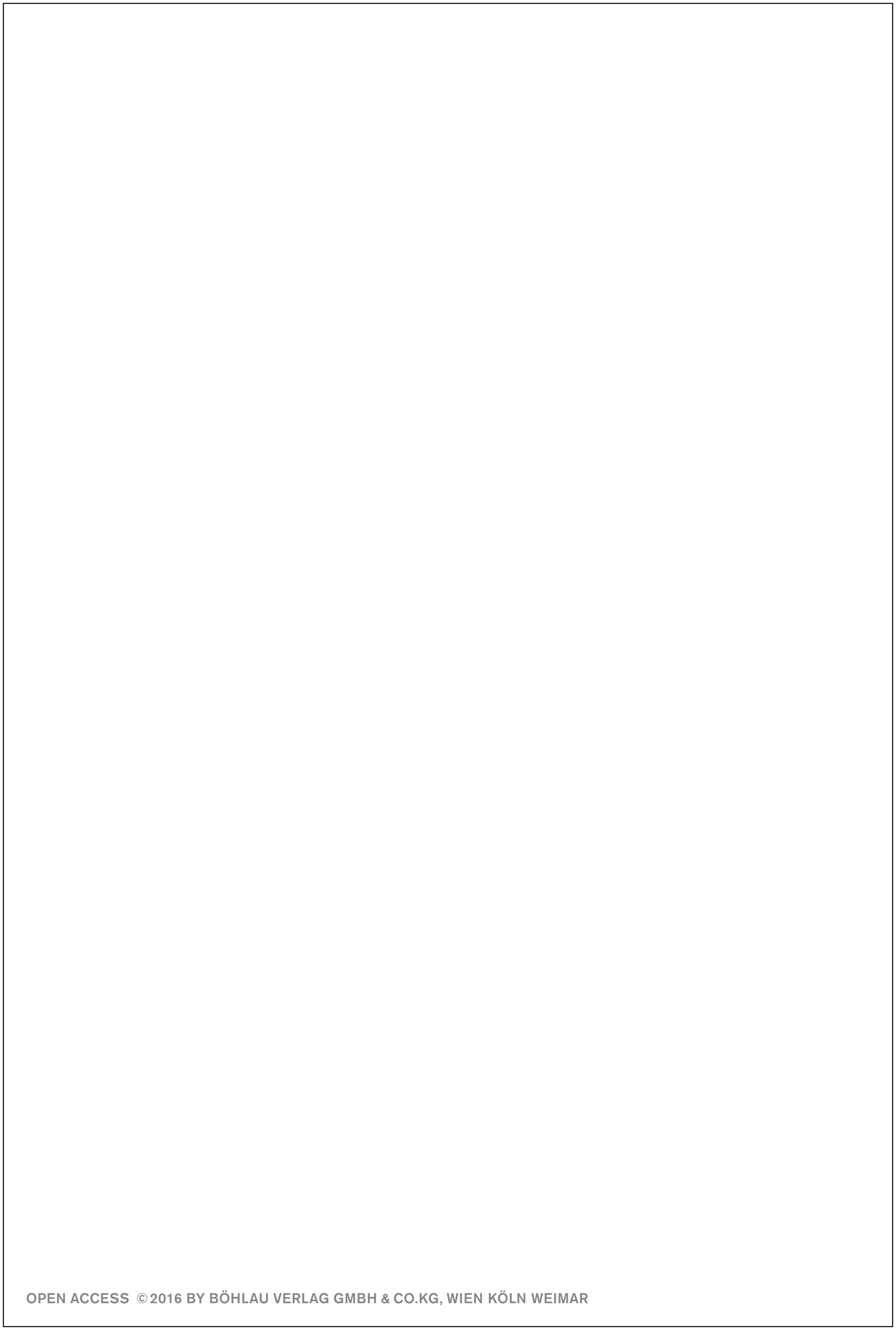
Inseln in Scharen; eine Praxis, die ab Ende der sechziger Jahre immer deutlicher im Widerspruch zu den Parolen linker Kreise stand. Einen wichtigen Platz nimmt auch das Thema der spanischen Gastarbeiter in der Schweiz ein. Das entsprechende Unterkapitel zielt auf Aspekte wie die behördliche Angst vor einer Politisierung von Ausländern, die emanzipatorischen Aktivitäten mancher linker Kollektive und die Überfremdungsbewegung als Damoklesschwert der Migrantinnen und Migranten ab. Wirtschaft, Tourismus und Gastarbeiter waren die wichtigsten Begegnungsräume in der schweizerisch-spanischen Transnationalität und rechtfertigten zusammen mit dem allgemeinen geopolitischen Interesse für die Iberische Halbinsel die schweizerische journalistische Beschäftigung mit Spanien.

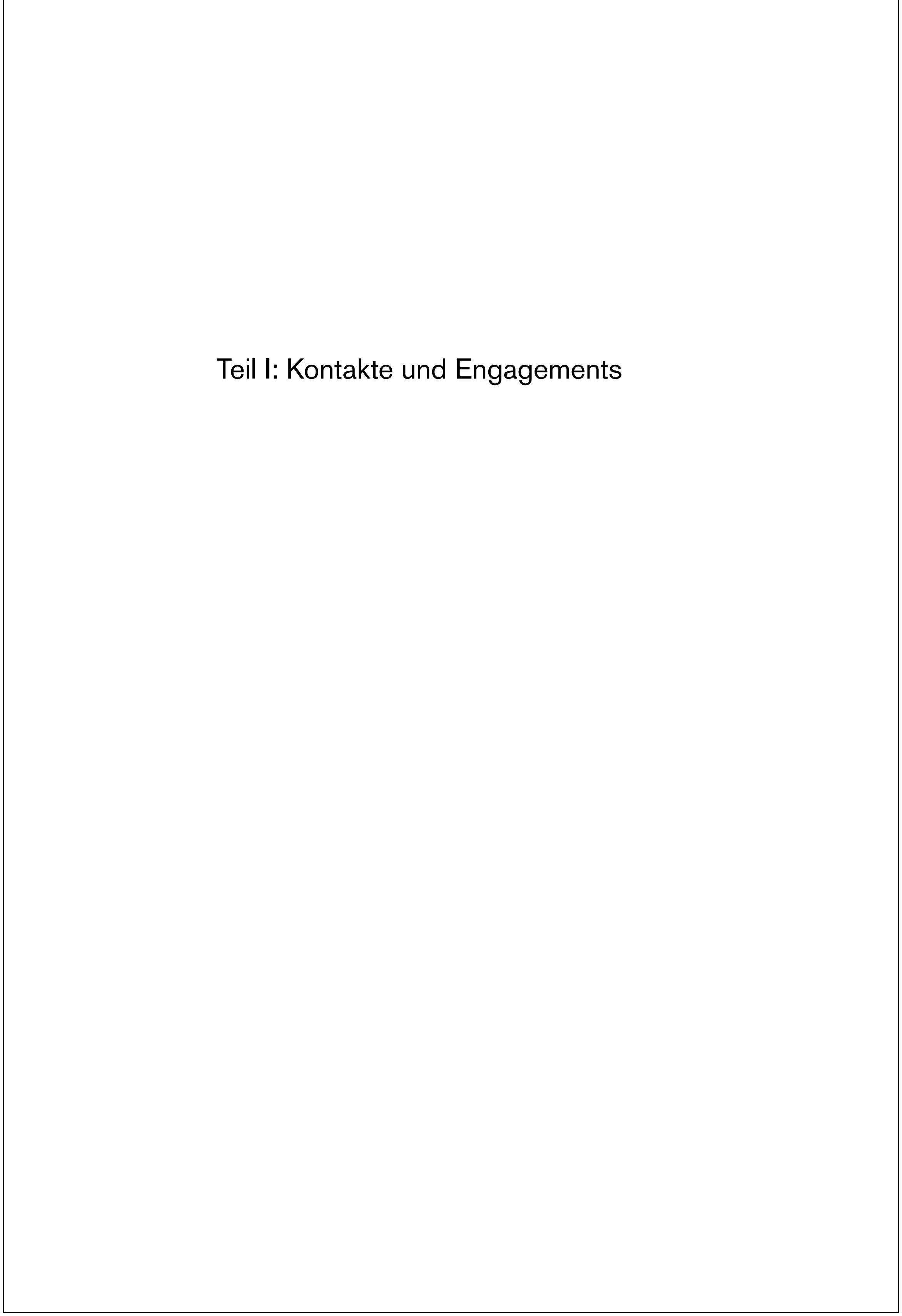
Einige dieser Themen tauchen mehr oder weniger unterschwellig erneut im dritten Kapitel auf, das sich der Spanien-Thematik in der Rhetorik und in den Aktivitäten dreier herausgehobener Akteure widmet. Geradezu rabiat und leidenschaftlich waren die Verteidigung des Regimes seit der ersten Stunde sowie die Attacken gegen linke Ausländer durch den Rechtspopulisten James Schwarzenbach. Seine Spanienrezeption stellt ein bisher wenig beachtetes identitätsstiftendes Element in seiner Biografie dar und verdient deshalb eine akkurate Behandlung. Konstant und unermüdlich war der Einsatz für die Amnestie politischer Gefangener in den franquistischen Gefängnissen durch das Zürcher Spanien-Komitee, welches seit den frühen sechziger Jahren zahlreiche eminente Vertreter der Schweizer Kulturwelt um sich sammelte. Besonders beharrlich und radikal waren die Bestrebungen der trotzkistischen Revolutionären Marxistischen Liga, die sich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre für eine linke Politisierung der spanischen Gastarbeiter stark machte und klare Hoffnungen auf eine revolutionäre Entwicklung nach dem Ableben des Diktators hegte.

Das vierte Kapitel fungiert als eigentliche Vorbereitung auf das fünfte Kapitel. Nach einigen Ausführungen zur Entwicklung des Journalismusverständnisses in der Nachkriegsschweiz soll auf wichtige Phänomene in der Presse eingegangen werden. Boulevardisierung, Kommerzialisierung und Konzentration stellen die zentralen Aspekte dar, um die sich publizistikwissenschaftliche und politische Debatten drehten. Es folgt ein Überblick über die Schweizer Monopolmedien und den politischen Kampf um deren Kontrolle.

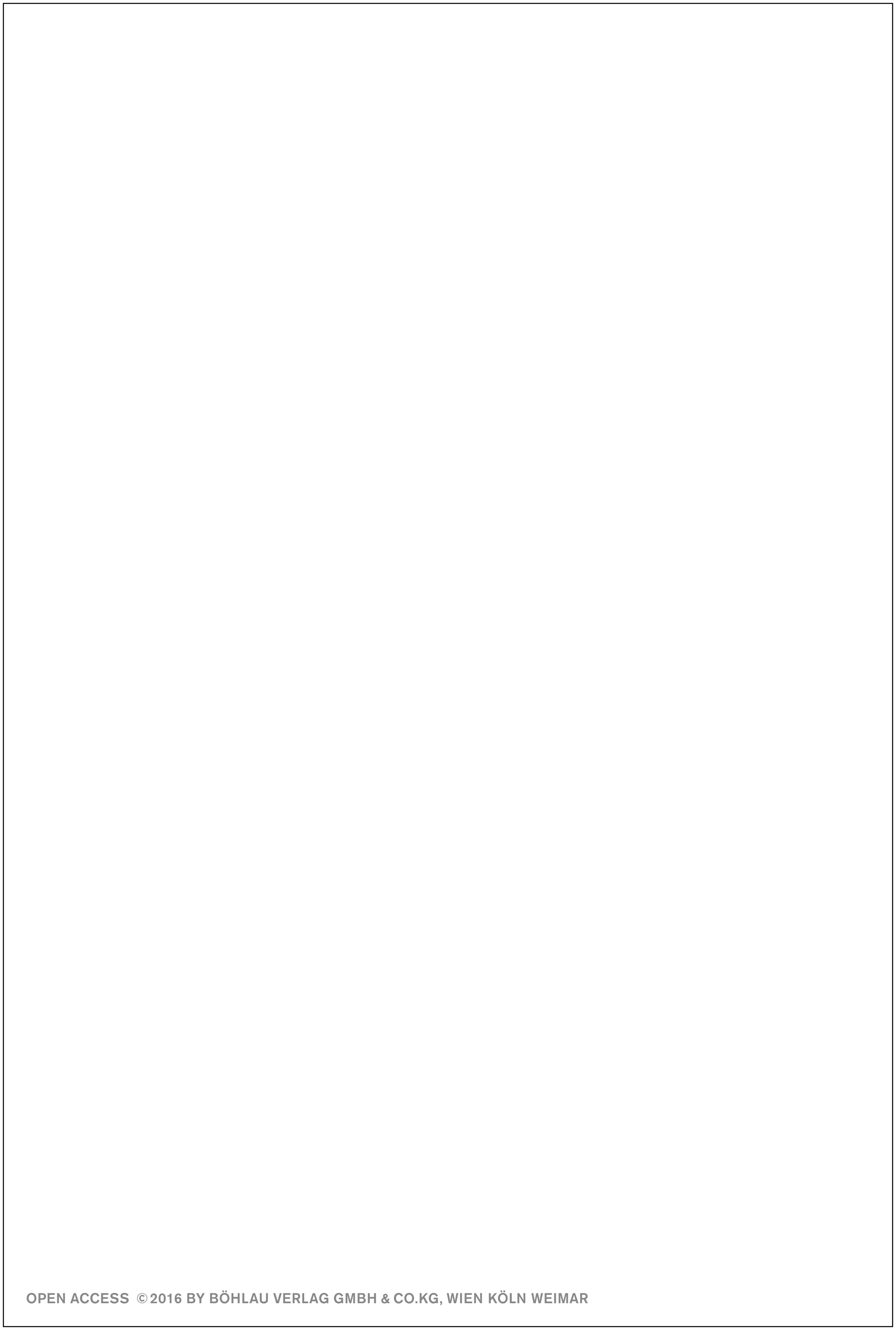
Im fünften und sechsten Kapitel werden die zwölf relevantesten Ereignisse im Spiegel zahlreicher Zeitungen, Fernseh- und Radiosendungen erforscht. Dabei handelt es sich vornehmlich um historisch relevante Momente, die in der Fachliteratur gut dokumentiert sind. Die Ernennung des Prinzen Juan Carlos zum Nachfolger Francos ist als Vorbereitung auf das Ende des Regimes und deshalb als „Anfang vom Ende des Franquismus" zu verstehen. Darauf folgen drei Begebenheiten, welche den repressiven Charakter der Diktatur aufzeigen: der Burgos-Prozess, die Hinrichtungen im März 1974 und die letzten Erschießungen im September 1975. Dem Tod des Diktators als wichtige Zäsur der spanischen Zeitgeschichte gebührt ebenfalls große

Aufmerksamkeit. Für die Zeit zwischen 1976 und 1978 werden drei wichtige Urnengänge in Spanien untersucht: das Referendum über die politische Reform, die ersten Parlamentswahlen und die Annahme der Verfassung durch das Volk. Dazwischen war die Legalisierung der Kommunistischen Partei Spaniens im April 1977 vor dem Hintergrund des generellen Antikommunismus des spanischen Politestablishments ein speziell heikles Unterfangen. Der Staatsbesuch des spanischen Königspaars in der Schweiz im Juni 1979 stellt hier in Bezug auf seine historische Relevanz eine Ausnahme dar, ist aber für das Verständnis des damaligen Schweizer Spanienbildes von großem Interesse. Der misslungene Putschversuch im Februar 1981 und die Wahlen vom Oktober 1982, zwei miteinander gekoppelte Ereignisse, schließen die mediale Wahrnehmung der *Transición* ab. Die wichtigsten Schlüsse werden im letzten Teil der Abhandlung vorgestellt.





Teil I: Kontakte und Engagements



2. Schweizerisch-spanische Begegnungen

Im nachfolgenden Kapitel sollen drei Kernbereiche der spanisch-schweizerischen Kontakte eingeblendet werden, die dem Franco-Regime zu größerer Beliebtheit verhalfen, die beide Länder näher zueinander brachten und die Schweizer Wahrnehmung beeinflussten. Die wirtschaftlichen Beziehungen im engeren Sinne, der Tourismus, der ab den fünfziger Jahren Massen von ausländischen Reisenden nach Spanien anzog, und die spanische Migration, die den nationalen Arbeitsmarkt entlastete und durch die Geldsendungen der Migranten nach Spanien zur Prosperität ihrer Heimat beitrug, stellen die Eckpfeiler einer spanischen ökonomischen Trias dar, mit welcher auch schweizerische Interessen verbunden waren und die ein weitgehendes Fehlen von Berührungsängsten mit der spanischen Diktatur seitens der Eidgenossenschaft erkennen lässt.

2.1 Die wirtschaftlichen Beziehungen

In der spanisch-schweizerischen Diplomatie nahm der wirtschaftliche Aspekt stets eine dominierende Rolle ein, die sich als Folge der Weltwirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit in Form von bilateralen Beziehungen artikulierte.[1] Die Schweizer *de-facto*-Anerkennung des Franco-Regimes im Mai 1938, wohlgemerkt vor der Kapitulation der legitimen Spanischen Republik,[2] und die Etablierung einer Schweizer Legation in Burgos unter der Leitung von Eugène Broye waren Schritte, die darauf bedacht waren, die schweizerischen Wirtschaftsinteressen auf der Halbinsel zu sichern, die sich hauptsächlich auf republikanischem Gebiet befanden.[3] Die Kollektivierung und die Abschaffung des Privateigentums, die besonders deutlich in Barcelona vollzogen worden waren und Schweizer Firmen wie Nestlé tangierten, waren in den Ohren des Bundesrates Hiobsbotschaften.

Zwischen 1936 und 1946 waren die Schweizer Interessen in Spanien einerseits durch die Gründung von Schweizer Firmen auf spanischem Boden und andererseits durch die Schweizer Beteiligung an ausländischen Gesellschaften in Spanien gekennzeichnet.[4] Besonders stark vertreten waren Firmen im Bereich der Elektrizität

---

1 Vgl. Hug, Der gebremste Aufbruch, S. 95; Tanner, Die internationalen Finanzbeziehungen…, S. 492ff.

2 Vgl. Hug, Schweizer unter Franco, S. 42–52.

3 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 76f.; Gavira Brandt, Las relaciones entre la España franquista…, S. 251; Rodríguez, Relations économiques, S. 509; Tascón/Carreras, Investissements étrangers…, S. 480.

4 Vgl. Tascón/Carreras, Investissements étrangers…, S. 477.

und Versicherungsgesellschaften, daneben auch Chemie- und Lebensmittelkonzerne. Unter den Schweizer Firmen in Spanien hielt die Brown Boveri & Cie. den ersten Platz. Auch der Finanzsektor erwog eine Beteiligung in Spanien: 1938 gewährte der Schweizerische Bankverein der Franco-Regierung einen Kredit in Höhe von einer Million Pfund. Es war die einzige Finanzhilfe, die das Regime in einer Zeitspanne erhielt, die bis zum Anfang des Weltkrieges reicht.[5] 1939 war Spanien hinsichtlich seiner Wirtschaft und Landschaft schlechthin ein Trümmerhaufen, der Rohstoffe, Devisen und Nahrung entbehrte.[6] Die im Anschluss an den Bürgerkrieg folgenden Autarkiebestrebungen, welche von nationalsozialistischen und faschistischen Vorbildern inspiriert waren, konnten aufgrund schlechter Ernten nicht verwirklicht werden. Zwischen 1941 und 1945 musste das Regime Getreide sowie weitere essenzielle Güter wie Erdöl, Dünger, Baumwolle und Kautschuk importieren.[7]

Im schweizerisch-spanischen Finanzabkommen von 1943 verpflichtete sich das Regime, im laufenden Jahr 20% der Finanzrückstände zurückzuzahlen. Die Schweizer Investitionen in Spanien betrugen im Jahr 1942 84 Millionen Franken und unter den dort ansässigen Schweizer Firmen ist die Stellung von Nestlé mit 10 bis 15 Millionen Franken besonders zu erwähnen. Ebenfalls 1943 zeichnete sich in Spanien die Tendenz ab, Schweizer Produkte – hauptsächlich Maschinen und Uhren – als Alternative zu denjenigen des deutschen Handelspartners vorzuziehen.[8] Diese nahmen zwischen 1942 und 1945 nahezu konstant zu.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete einen Neubeginn für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern.[9] Die Schweiz schloss sich nicht nur den internationalen Sanktionen gegen den früheren Verbündeten der Achsenmächte nicht an, sondern kam sogar den zuvor vereinbarten Waffenlieferungen nach Spanien nach.[10] Die zunehmende internationale Ächtung der Diktatur, das enorme Exportvolumen von Schweizer Waffen nach Spanien und die Furcht des Bundesrates vor einer Beeinträchtigung des Schweizer Images brachten 1946 die Landesregierung dazu, die Waffenexporte einzustellen.[11] Durch den Druck der Schweizer Waffenlobby und des Militärs wurde das Ausfuhrverbot im selben Jahr

5 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 209.

6 Vgl. García Delgado, La industrialización y el desarrollo…, S. 165–170; Biescas, Estructura y coyuntura económicas, S. 21; Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 217.

7 Vgl. Biescas, Estructura y coyuntura económicas, S. 25.

8 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 276–279. Einen Überblick über die finanziellen Beziehungen Spaniens während des Zweiten Weltkriegs liefert Tortella, The Spanish financial sector during World War II, S. 129ff.

9 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 325.

10 Vgl. Rodríguez, Relations économiques, S. 520–522.

11 Vgl. Wyss, Abhängigkeit wider Willen…, S. 33; Moosmann, Die Verwässerung des „generellen Ausfuhrverbots", S. 154.

aber bereits wieder außer Kraft gesetzt. Die Schließung der spanisch-französischen Grenze im selben Jahr ließ das allgemeine Exportvolumen von Schweizer Waren nach Spanien deutlich sinken.[12]

Die Wirtschaftsbeziehungen zu Spanien waren ein nicht seltenes Thema in den Beiträgen der Schweizer Filmwochenschau der vierziger Jahre. In einem Beitrag von 1949 wird der Handelsaustausch zur Sprache gebracht, wobei die schweizerische Überlegenheit gegenüber dem iberischen Agrarland betont und zur Liberalisierung des europäischen Handels aufgerufen wurde:

> Dass es unter unseren Landsleuten in Spanien auch viele Ingenieure gibt, ist leicht einzusehen, wenn wir vernehmen, dass Spanien schwer unter dem Mangel an elektrischer Energie leidet und mit Hilfe von Turbinen und Generatoren aus der Schweiz seine Wasserkräfte besser ausnützen will. Diese Bilder stammen aus dem vor kurzem eröffneten Werk Alberche bei Madrid; es ist nicht das einzige, das von Schweizern erbaut wurde, nicht das einzige, das Strom für die aus der Schweiz stammenden Lokomotiven liefert. Mit Früchten aus seinem reichen Boden bezahlt Spanien, was es von uns bezieht. Das Bild, das die Olivenernte bietet, hat sich seit Jahrtausenden kaum geändert. Im spanisch-schweizerischen Handelsvertrag sind Oliven, Wein, Orangen wichtige Posten. Wann wird ein freier Austausch Europa erlauben, den Reichtum seiner Völker zu geniessen?[13]

Der für das Regime vorteilhafte Kontext des Kalten Kriegs ließ in den fünfziger Jahren die internationalen Handelsbeziehungen zum iberischen Land auftauen, wobei die Schweiz nun gegen wichtige Konkurrenten wie die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich antreten musste. Die positive Konjunktur zu Beginn der fünfziger Jahre und die Bestrebungen, das Land zu industrialisieren, bewirkten eine Zunahme der spanischen Nachfrage nach Schweizer Maschinenprodukten, sodass sich zwischen 1950 und 1958 die Schweizer Exporte nach Spanien verdreifachten.[14] Die offizielle ausländische Kapitalbeteiligung an spanischen Firmen, die in den fünfziger Jahren durch die Regierung in Madrid auf maximal 25% festgesetzt wurde, wurde in Wirklichkeit umgangen.[15] Die maximale ausländische Beteiligung an spanischen Firmen wurde dann auf über 50% genehmigt. Von den gesamthaften ausländischen Investitionen kamen 33% aus den USA, 22,8% aus der Schweiz und 10,8% aus der BRD.[16]

---

12 Anlass zu diesem Schritt war die Hinrichtung des Kommunisten und Maquis-Anführers Cristino García Granda, der in Frankreich als Held der Résistance gefeiert wurde, und neun weiterer antifranquistischer Guerilla-Kämpfer. Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 330; Serrano Fernández, Maquis, S. 13.

13 Handelsbeziehungen Spanien/Porträt Madrid, SFW, Nr. 406, 11. November 1949, BAR J2.143 1996/386, Bd. 247.

14 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 367.

15 Vgl. Tascón/Carreras, Investissements étrangers…, S. 480f.

16 Vgl. ebd., S. 481; Farré/Ruckstuhl, Las inversiones suizas en España…, S. 158.

Die Gründung der EWG im Jahre 1957 und der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) drei Jahre später wurde von Spanien mit gemischten Gefühlen wahrgenommen.[17] Während die wichtigsten Handelspartner Spaniens außer dem Vereinigten Königreich Mitgliedstaaten der EWG waren, wies sie auch einen markant demokratischen Charakter auf, der für einen spanischen Beitritt von Nachteil war. Anders verhielt es sich mit der EFTA, die zwar mit Portugals Mitgliedschaft das Image eines aus politischer Sicht weniger anspruchsvollen Gremiums hatte, doch andererseits auch weniger interessante Handelspartner um sich sammelte. Der Beitritt (oder Übertritt) des Vereinigten Königreichs von der EFTA in die EWG war entscheidend für die Ausrichtung des Regimes auf letztere Organisation.

Die spanische Annäherungspolitik an Europa verdeutlicht sich gerade am Beispiel des EWG-Beitrittsgesuches von 1962, das am Widerstand Italiens und der Benelux-Länder scheiterte, wogegen Frankreich und die BRD eine Aufnahme Spaniens begrüßten.[18] Bei der Diskussion um den Beitritt spielte die Ambivalenz zwischen der Wahrnehmung Spaniens als ehemaliger Partner der Achsenmächte und jener eines Landes, das Liberalisierungs- und Öffnungsschübe eingeleitet hatte, eine wichtige Rolle. Das zweite Beitrittsgesuch im Jahre 1964 war weitaus erfolgreicher und führte zum Präferenzabkommen zwischen Spanien und der EWG im Jahre 1970.[19]

Die sechziger Jahre ließen das Exportvolumen von Schweizer Gütern nach Spanien auf dieselbe Höhe wie im Zweiten Weltkrieg ansteigen. Allerdings gelangte der gemeinsame Handel beider Staaten auch an seine Grenzen. Das Ungleichgewicht der spanischen Importe gegenüber den Schweizer Lieferungen konnte letzten Endes nur dank der Geldsendungen der spanischen Gastarbeiter in der Schweiz und der Einnahmen durch den Schweizer Tourismus in Spanien kompensiert werden.[20] Nicht selten waren Kapitalaufstockungen wie in der ersten Hälfte der sechziger Jahre bei Sandoz auf 200 Millionen Peseten oder bei Nestlé auf 612 Millionen. In dieser Zeit erlangte der Bankensektor eine besondere Relevanz, was sich in der Audienz niederschlägt, die General Franco den Direktoren der Schweizerischen Bankgesellschaft und des Schweizerischen Bankvereins gewährte.[21] Die Erneuerung der spanischen

17 Vgl. Powell, España en Europa, S. 87f.

18 Vgl. Fernández Soriano, La CEE face à l'Espagne franquiste, S. 89–93.

19 Vgl. del Hoyo Barbolla, Las relaciones entre España y la CEE, S. 261–276.

20 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 393f. Farré zitiert einen Bericht des Handelsattachés der Schweizer Botschaft in Madrid aus dem Jahre 1965. Gemäß diesem Dokument betrugen die Geldsendungen spanischer Migranten in der Schweiz 120 Millionen Franken, während Schweizer Touristen 70 Millionen Franken in den spanischen Markt einfließen lassen hätten; vgl. auch Farré, Emigrantes españoles en Suiza, S. 196; Farré/Ruckstuhl, Las inversiones suizas en España…, S. 157f.

21 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 396; Farré/Ruckstuhl, Las inversiones suizas en España…, S. 160.

Textilindustrie und der Bau von Elektrizitätswerken bedurften helvetischen Kapitals, das in Form von langfristigen Krediten zu Verfügung gestellt werden sollte. Nach langwierigen Verhandlungen willigten die Schweizer Banken schließlich unter der Bedingung, dass die spanische Regierung solle den Kredit für Aufträge in der Schweiz verwenden.[22]

In der Nachkriegszeit ging die internationale Weltwirtschaft des „Goldenen Zeitalters“ in eine transnationale über, also in „ein System aus wirtschaftlichen Aktivitäten, für die Staatsterritorien und Staatsgrenzen nicht allgemeine Rahmenbedingungen, sondern eher Komplikationsfaktoren waren.“[23] Auch in Bezug auf die schweizerisch-spanischen Beziehungen kommen staatliche Reglementierungsbestrebungen protektionistischer Art in dieser Zeit zum Vorschein, doch dominiert zunächst eine mutige Annäherungsphase das Klima zwischen dem Regime und der Eidgenossenschaft. Vom gegenseitigen Interesse, die gemeinsamen wirtschaftlichen Beziehungen zu intensivieren und jeweils vom Know-how des anderen zu profitieren, zeugen die offiziellen Besuche durch Vertreter des jeweiligen wirtschaftlichen Establishments, die in den sechziger Jahren eine gängige Praxis darstellten. Das transnationale Engagement von Wirtschaftsverbänden gilt als Merkmal zivilgesellschaftlichen Selbstverständnisses der Nachkriegszeit.[24] Dazu gehörten der Schweizerische Handels- und Industrieverein (SHIV), auch „Vorort“ genannt, und die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (fr. *Office Suisse d’Expansion Commerciale,* OSEC). Ersterer, der Jahrzehnte zuvor zusammen mit anderen Wirtschaftsverbänden eine besondere Stellung als Vertreter der bundesrätlichen Außenwirtschaftspolitik innegehabt hatte, verlor im Zuge der neuen multilateralen Wirtschaftspolitik seine Relevanz.[25] Im Zusammenhang mit den spanisch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen der sechziger Jahre stellt man jedenfalls fest, dass die besagten Verbände immer noch eine dominante Rolle spielten.

1965 gelangte ein Brief des spanischen Minister-Generalsekretärs des *Movimiento*,[26] José Solís Ruiz, an den Direktor des Vorortes Heinrich Homberger, der die Notwendigkeit eines offiziellen Besuches von führenden spanischen Kräften aus Industrie, Finanzsektor und Landwirtschaft in die Schweiz erwog.[27] Zu diesem Zweck reichte der Falangist an den Vorort und an das OSEC zunächst eine Einladung, Spanien durch eine Schweizer Delegation bestehend aus 10 bis 15 Vertretern der Schweizer Wirtschaft zu

22 Vgl. Farré/Ruckstuhl, Las inversiones suizas en España…, S. 160f.
23 Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, S. 350.
24 Vgl. Fetzer, Zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa nach 1945, S. 365–368.
25 Vgl. Hug, Der gebremste Aufbruch, S. 105–108.
26 Zum Generalsekretariat der Bewegung siehe Beck, Das spanische Regierungssystem…, S. 121–123.
27 Brief J. Solís Ruiz’ an den Vorort SHIV, Madrid, 11. März 1965, AfZ 328.1.7.2.

besuchen. Aus einem späteren Brief des OSEC erfahren wir, dass bereits im April 1962 eine „délégation syndicale espagnole“ der Schweiz einen Besuch abgestattet hatte. Robert Campiche, *Sous-Directeur* des OSEC, sprach von ähnlichen Ansichten zwischen dem OSEC und der spanischen Gegenpartei.[28]

Solís Ruiz galt als Hardliner des Regimes. Seit der Kabinettsumbildung von 1956 hatte er das Amt des Staatssekretärs des *Movimiento* inne. Anlässlich jener von 1962 behielt er zwar seinen Posten,[29] doch war er seither der einzige Falangist in der Regierung, mit Ausnahme vom Vize-Ministerpräsidenten, General Agustín Muñoz-Grandes, und unterlag entsprechend der Mehrheit der *Opus-Dei*-Leute um Laureano López Rodó. Die Bestrebungen Solís Ruiz', mit den ausländischen Märkten stärker in Kontakt zu treten und die wirtschaftlichen Beziehungen zu konsolidieren sowie die internationalen Studienreisen um die Mitte der sechziger Jahre können als Versuche gedeutet werden, eine Handels- und Finanzpolitik parallel und in Opposition zu derjenigen der *Opus-Dei*-Minister in die Wege zu leiten.

Campiche ersuchte sowohl die Handelsabteilung des EVD als auch das EPD um die Zustimmung für eine Beteiligung des OSEC,[30] was beide Behörden bejahten, wobei sie eine finanzielle Mitwirkung ablehnten.[31] Zwischen dem 9. und dem 15. Mai 1965 war für die spanische Syndikatsdelegation ein intensiver Ablauf von Besuchen bei Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen wie der Metallurgie, der Lebensmittel- und der Uhrenindustrie sowie Unterredungen mit Vertretern von Schweizer Wirtschaftsgremien, mit Schweizer Behörden und mit internationalen Institutionen vorgesehen.[32] Unter den besichtigten Firmen befanden sich der Migros-Genossenschaftsbund in Zürich, die Brown Boveri & Cie. in Baden und die Uhrenfabrik Omega in Biel. Zu Beginn des Besuches wurde in einer Willkommensrede die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder von beiden Seiten stark gelobt. Der Akzent lag dabei auf der quantitativen Entwicklung der Import-Export-Güter. Auch das spanische Ungleichgewicht in Bezug auf Güterausfuhr und -einfuhr wurde explizit zur Sprache gebracht.[33] Die günstige Entwicklung der wirtschaftlichen Partnerschaft wurde auf die Liberalisierung des Außenhandels durch die spanischen Behörden zurückgeführt. Die Rede endete mit einem Aufruf, diese Partnerschaft zu intensivieren.

28 Brief des OSEC an den Vorort SHIV, Lausanne, 2. April 1965, AfZ 328.1.7.2.

29 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía en España, 86f.

30 Brief des OSEC an das EPD und an die Handelsabteilung des EVD, Lausanne, 29. Dezember 1964, AfZ 328.1.7.2.

31 Brief der Handelsabteilung des EVD an das OSEC, Bern, 4. Februar 1965, AfZ 328.1.7.2.; Brief des EPD an das OSEC, Bern, 13. Januar 1965, AfZ 328.1.7.2.

32 OSEC, Programme du voyage d'étude en Suisse d'une délégation du Conseil Économique Syndical National Espagnol, Lausanne, 9.–15. Mai 1965, AfZ 328.1.7.2.

33 Vgl. o. T., o. D. [10. Mai 1965], AfZ 328.1.7.2.

Der Gegenbesuch einer Schweizer Delegation in Spanien wurde kurz darauf für das darauffolgende Jahr erwogen. Deren Koordination wurde vom OSEC übernommen, welche eine Umfrage unter den wichtigsten Wirtschaftsverbänden der Schweiz in Bezug auf die Teilnahme an der Studienreise machte.[34] Angeschrieben wurden unter anderem die Schweizerische Bankiervereinigung, Interpharma, die Schweizerische Verkehrszentrale, die Schweizerische Gesellschaft für Chemische Industrie, der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV) und der Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller. Zwischen dem 1. und dem 8. Mai 1966 sollte die dreizehnköpfige Schweizer Delegation unter der Obhut der *Organización Sindical Española* (OSE) das spanische Gewerkschaftswesen sowie unterschiedliche Fabriken zwischen Madrid und Barcelona besichtigen.[35] Am 14. Juni 1966 sandte Campiche ein Exemplar eines vertraulichen Berichts über die stattgefundene Schweizer Studienreise in Spanien,[36] der Aufschluss über die behandelten Themen und die Wortmeldungen der Teilnehmer gibt.[37] Bereits in der ersten Sitzung vom 2. Mai 1966 waren Vorträge zur spanischen und zur schweizerischen Wirtschaftslage sowie zu den Schweizer Investitionen im Gastland vorgesehen. Darauf folgte eine Diskussion über die Möglichkeit, den Handelsaustausch zwischen beiden Ländern zu steigern.

Solís Ruiz erinnerte an die Absichten, die anlässlich der früheren spanischen Studienreise der Schweizer Delegation formuliert wurden, ein ständiges Gremium ins Leben zu rufen, um die Kontakte zwischen den Wirtschaftsvertretern beider Länder zu intensivieren, und er befürwortete die Verwirklichung eines solchen Organs. Campiche entgegnete, es gebe bereits sehr viele Kommissionen, und die wirtschaftlichen Interessen beider Länder würden ja bereits vom OSEC und der spanischen Handelskammer in Zürich wahrgenommen.

Der Nachmittag war einem Besuch der spanischen Modefabrik *Cortefiel* und des *Instituto Nacional de Industria* gewidmet. Anstelle der geplanten Sitzung besichtigte die Schweizer Delegation am Folgetag die Stadt Toledo.[38] Am vierten Tag zog

---

34 Brief des OSEC an Javier de la Cueva, Lausanne, 29. Dezember 1965, AfZ 328.1.7.3.

35 Brief des OSEC an den Vorort SHIV mit Beilage „Voyage en Espagne d'une délégation économique suisse", Lausanne, 24. März 1966, AfZ 328.1.7.3.; vgl. Brief des Vorortes SHIV an das OSEC, Zürich, 30. März 1966, AfZ 328.1.7.3.

36 Brief des OSEC an den Vorort SHIV, Lausanne, 14. Juni 1966, AfZ 328.1.7.3.

37 Rapport interne, Voyage en Espagne d'une délégation suisse, 1er au 8 mai 1966, 10 Seiten, AfZ 328.1.7.3.

38 Die Stadt Toledo spielte in der Propaganda des Regimes eine wichtige Rolle. Zum einen hatte sich General Franco in der dortigen Infanterieakademie zum Offizier ausbilden lassen. 1936 wurde die Stadtfestung Alcázar, Sitz der Militärakademie, von rebellischen Streitkräften – einigen Akademiekadetten, Angehörigen der *Guardia Civil* und Falangisten – gegen die Angriffe der Republikaner verteidigt. Die Verteidigung wurde später glorifiziert und floss als Pflichtlektüre in die Schulbücher ein. Zwar geben die hier konsultierten Quellen keinen Aufschluss über die Hintergründe dieser

die Delegation mit dem Schnellzug TALGO nach Saragossa weiter. Kurz nach der Ankunft in der Ebrostadt wurden die Delegationsmitglieder von einem Komitee der *Asociación Española Amigos de Suiza* im Hotel begrüßt. Der fünfte Reisetag stand im Zeichen der Industrieförderung. Am selben Abend fuhr die Delegation nach Barcelona weiter, wo am Freitag die zweite Arbeitssitzung stattfand, die sich um den katalanischen Wirtschaftsstandort drehte.

Am Samstag besuchten sie die SEAT-Fabrik in Barcelona, welche 10.000 Arbeiter beschäftigte.[39] Laut Bericht wurden dort zwischen 200 und 300 Autos täglich produziert, wobei eine Steigerung bis Ende des Jahres auf 600 Autos projektiert war. Noch am selben Abend war die Schweizer Delegation zu Gast beim Schweizer Konsul in Barcelona, der die Gelegenheit nutzte, um sie den Chefs der Schweizer Unternehmen in der katalanischen Hauptstadt vorzustellen.

Der Vergleich mit dem Zustand anlässlich der früheren Studienreise fiel sehr zugunsten der spanischen Wirtschaftsplanung aus. Zur Sprache gebracht wurden auch der Immobilienboom und die damit verbundene Spekulation, die zu extremen Preiserhöhungen geführt hatten. In Bezug auf die allgemeinen Preise in Spanien wurde eine Tendenz in Richtung des europäischen Preisniveaus festgestellt. Hingegen wurden Lohnanpassungen nicht im gleichen Umfang behandelt: „Nous n'avons pas eu l'occasion d'étudier de plus près quelle a été l'évolution dans le même temps des salaires et traitements."[40]

Besonders frappant erschien den Schweizer Delegierten die aktive Rolle der OSE und wie sie andere Gremien wie Handels- und Industriekammern in den Schatten stellte. Der Text lässt auf unmissverständliche Weise durchblicken, dass die von Solís Ruiz angestrebte engere Zusammenarbeit nicht auf dieselbe Begeisterung bei den Schweizer Kollegen stieß. Als Hürden wurden die unterschiedlichen sozio-ökonomischen Strukturen in beiden Staaten angegeben. Höflichkeitshalber lehnte die Schweizer Delegation die Vorschläge des zweithöchsten Falangisten nicht direkt ab, sondern versprach die Angelegenheit eingehender zu behandeln, sobald die Zusammensetzung der gemischten Kommissionen klarer erkennbar sei.

In einem Brief der Handelsabteilung des EVD wurde der Vorort über die Existenz eines spanischen Memorandums zu derselben Studienreise informiert.[41] Das mehr

Stadtbesichtigung, doch dürfte die Wahl Toledos durchaus auf diese Propaganda zurückzuführen sein, wo ja Solís Ruiz in der *Falange*-Hierarchie unmittelbar unter General Franco stand. Ferner gehörte die Festung Toledos zu den wichtigen Zentren des kulturellen Spanien-Tourismus und zu den *lieux de mémoire*. Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 196–203; Poutet, Images touristiques de l'Espagne, S. 238f.; Aguilar, Memory and Amnesia, S. 52.

39 Vgl. Rapport interne, Voyage en Espagne d'une délégation suisse, *op. cit*. S. 8.

40 Ebd., S. 10.

41 Brief der Handelsabteilung des EVD an den Vorort SHIV, Bern, 10. November 1966, AfZ 328.1.7.3.

als 50 Seiten umfassende Dokument[42] entspricht im Aufbau und in der Art der darin präsentierten Daten großenteils dem bereits kommentierten OSEC-Bericht. Gemäß diesem Dokument soll Solís Ruiz nicht nur die wechselseitigen Beziehungen materieller, sondern auch solche psychologischer Natur aufgeführt haben.[43] Der Falangist beabsichtigte durch diese wohl diplomatisch bedingte Floskel in seinem Panegyrikus, die formelle Situation der Sitzung zu lockern und die Freundschaft zwischen den beiden Ländern als Seelenverwandtschaft darzustellen.

Auch die Intervention des Schweizer Ministers in Spanien betonte die Brüderlichkeit zwischen Spanien und der Schweiz. Botschafter Fumasoli lobte in seiner Ansprache die gemeinsame Kooperation, indem er historisch argumentierte und bekräftigte, dass nichts die beiden Länder voneinander trennen würde; die ähnliche Neutralitätspolitik während des Ersten Weltkrieges hätte sie europapolitisch angenähert. Fumasoli sprach auch von der Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen seit dem spanischen Bürgerkrieg und während des Zweiten Weltkrieges und der für die Schweiz lebenswichtigen Bedeutung der spanischen Häfen als Umschlagplatz für den Import von Rohstoffen. Der Diplomat schloss sein Votum mit der Rückbesinnung auf den Solidaritätsakt von 1946 ab, als die Schweiz wider die UNO-Sanktionen ihren Minister in Madrid behielt.[44]

Die gegenseitigen Schmeicheleien und Seelenverwandtschaftsbekenntnisse in den jeweiligen Eröffnungsvorträgen der beiden Delegationen sowie die vorgetragenen Fakten zu den einzelnen Ländern blenden die reellen Differenzen zwischen den politischen Systemen bewusst aus. Die arbeitsrechtliche Situation in Spanien, das heißt, das Fehlen freier Gewerkschaften, wurde im Bericht der Schweizer Seite in keine Weise angemerkt, woraus man schließen darf, dass die Teilnehmer der Studienreise keineswegs an solchen Themen interessiert waren. Bei der Vorbereitung der Reise und der Zusammenstellung der Delegation durch das OSEC wurde bloß der SMUV als einziger Arbeitnehmerverband angeschrieben, wogegen der Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen durch seinen Sekretär Kurt Sovilla in der Schweizer Delegation vertreten war.[45] Dies ist insofern auffallend und gleichzeitig charakteristisch für die Schweizer konfliktvermeidende Einstellung, als der Schweizerische Gewerkschaftsbund zu den vier großen Wirtschaftsverbänden der Schweiz zählte und dementsprechend berechtigt war, einen Platz in jener Delegation zu beanspruchen.[46]

---

42 Memoria de la visita a España de una delegación económica suiza, hg. v. Vicesecretaría nacional de ordenación económica/sección de comercio exterior, Madrid 1966, AfZ 328.1.7.3.

43 Vgl. ebd., S. 3.

44 Vgl. Memoria de la visita a España de una delegación económica suiza, op. cit., S. 4.

45 Der Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen kümmerte sich allerdings auch um die allgemeinen Arbeitsbedingungen und um arbeitsrechtliche Fragen. Vgl. Degen, Schweizerischer Arbeitgeberverband.

46 Vgl. Nerlich/Hofstetter, SHIV.

Die Abkoppelung der wirtschaftlichen von den politischen Interessen beziehungsweise das Desinteresse der Schweizer Delegation für die arbeitsrechtliche Situation in Franco-Spanien stand im Geiste jener Neutralitätsmaxime, wonach Außenwirtschafts- und Außenpolitik strikt voneinander zu trennen waren. Unter den Schweizer Ministerien war vor allem das EVD dasjenige, das sich besonders für diese Trennung starkmachte, doch gerade in den sechziger Jahren wurden linke Stimmen im Parlament laut, die beispielsweise die bundesrätliche Südafrika-Politik beanstandeten. Diese Voten ließen den Bundesrat allerdings unbehelligt, der sich für eine zweispurige Praxis entschied, wonach er zwar das Apartheidregime moralisch verurteilte, sich aber nicht an politischen oder wirtschaftlichen Sanktionen dagegen beteiligte.[47] Ferner stellt die Unabhängigkeitserklärung Südrhodesiens von der britischen Krone im Jahre 1965 ein vergleichbares Beispiel dar. Die UNO hatte sämtliche Mitglied- als auch Nichtmitgliedstaaten aufgefordert, sich an wirtschaftlichen Sanktionen gegen das abtrünnige Territorium zu beteiligen.[48] Anfänglich lehnte die Eidgenossenschaft eine solche Beteiligung aus Neutralitätsgründen ab, doch kam sie dann aus Angst vor Rufschäden auf ihre Schritte zurück und „praktizierte [somit] eine differenzielle Anwendung der Neutralität".[49] Im Falle der Schweizer Beziehungen zu Spanien lässt sich ein ähnliches Verhalten konstatieren. Der Wirtschaftsliberalismus, zu dem sich die Schweizer Delegationsmitglieder bekannten und dem auch das Franco-Regime selbst seit den späten fünfziger Jahren große Zugeständnisse gemacht hatte,[50] schien in den Debatten der Studienreise einen stillschweigenden *modus vivendi* mit dem spanischen Autoritarismus gefunden zu haben.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre nahmen die ausländischen Investitionen in Spanien massiv ab, wie dies in einem Brief der Handelsabteilung des EVD[51] an die Vereinigung schweizerischer Holdinggesellschaften behandelt wurde.[52] Darin wird ein in der spanischen Zeitung „El Mundo" erschienener Artikel ausführlich kommentiert, in welchem die Eingabe der *Procuradores* im spanischen Ständeparlament erwähnt wird, welche eine Zügelung der Beteiligung ausländischen Kapitals in spanischen Firmen forderten und diesbezüglich von einer „zunehmenden Kolonialisierung"

47 Vgl. Fanzun, Die Grenzen der Solidarität, S. 132–136.

48 Vgl. Fischer, Die Grenzen der Neutralität, S. 98f.

49 Ebd., S. 99.

50 Vgl. Sánchez Recio, Los empresarios y la política económica del franquismo…, 157–163; Palafox Gámir, España y la economía internacional, S. 183.

51 Brief der Handelsabteilung des EVD an die Vereinigung schweiz. Holdinggesellschaften, Bern, 2. September 1969, AfZ 328.1.5.11.

52 Brief der Schweizer Botschaft in Madrid an die Handelsabteilung des EVD, 27. August 1969, AfZ 328.1.5.11.

sprachen. Der Rückgang der Schweizer Investitionen in Spanien wird in einem Brief der Schweizer Botschaft an die Handelsabteilung des EVD quantitativ verdeutlicht.[53] Im Jahre 1968 betrugen sie 1592 Millionen Peseten, während sie 1969 auf bloß 263 Millionen fielen. Der Rückgang des amerikanischen Fremdkapitals (1372 Millionen Peseten gegenüber 2067 Millionen) wurde „auf die noch von Präsident [Lyndon B.] Johnson erlassenen Investitionsrestriktionen" zurückgeführt. Ferner werden auch Stimmen aus konservativen Kreisen erwähnt, die sich gegen eine Kolonisierung Spaniens durch ausländisches Kapital propagandistisch gewehrt hätten, doch wird der eigentliche Grund für den Rückgang in „eine[r] bloße[n] Folge des Zusammentreffens verschiedener weltwirtschaftlicher Umstände"[54] gesehen. Tatsächlich hatte die Präsenz ausländischen Kapitals in Spanien, insbesondere in ausgezeichneten wirtschaftlichen Sektoren wie der landwirtschaftlichen Lebensmittelindustrie besorgniserregende Ausmaße erreicht.[55]

1969 wurde von Schweizer Seite die Gründung einer schweizerisch-spanischen Handelskammer in Spanien in Betracht gezogen. Der Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM) antwortete auf die Anfrage seitens der Union Schweizerischer Handelskammern im Ausland und wies auf eine kleine Mehrheit hin, die eine solche Gründung begrüßen würde.[56] Aus einem Brief des Schweizerischen Bankvereins an den Vorort entnimmt man, dass das Projekt zur Gründung einer Handelskammer „aus verschiedenen Gründen nicht realisierbar"[57] erschien. Im Gegenzug befasste sich Giménez Torres[58], Berater dieser Schweizer Bank in Spanien, „mit der Idee, zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses und zur Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen ein Organ ins Leben zu rufen, ähnlich wie es zahlreiche Länder in Spanien zum Teil schon seit langem unterhalten." Gemeint war hier die Idee der Gründung eines *Consejo consultivo económico* (dt. „Konsultativer Wirtschaftsrat"), also eines Gremiums, „in dem sich in Madrid und in Barcelona, Geschäftsleute, welche schweizerische Interessen in Spanien wahrnehmen, zum Gedankenaustausch und gelegentlichen gemeinsamen Aktionen treffen

53 Brief der Schweizer Botschaft in Madrid an die Handelsabteilung des EVD, 24. Februar 1970, AfZ 328.1.5.11.

54 Ebd.

55 Vgl. Biescas, Estructura y coyuntura económicas, S. 148–152.

56 Vgl. Brief des VSM an die Union Schweizerischer Handelskammern im Ausland, Kopie an den Vorort SHIV, Zürich, 3. November 1969, AfZ 328.1.5.11.

57 Brief des Schweizerischen Bankvereins an den Vorort SHIV, Zürich, 18. September 1970, AfZ 328.1.5.11.

58 Vermutlich handelt es sich dabei um den Rechtsanwalt Francisco Giménez Torres, der zwischen 1977 und 1978 die Präsidentschaft des Instituto Nacional de Industria innehaben sollte.

soll[t]en."[59] Dem Brief wurde eine Liste von möglichen Interessenten in Madrid und Barcelona beigelegt. Darunter befinden sich die Vertreter von Unternehmen wie der Schweizerischen Bankgesellschaft, Roche, Swissair, Sécheron Española, Sulzer Escher Wyss und Rolex in Madrid sowie jene von Firmen wie Nestlé, Brown Boveri, Geigy, Sandoz, Zürich Versicherungen und Winterthur Versicherungen in Barcelona. Darüber, ob das besagte Gremium tatsächlich ins Leben gerufen wurde, liefern die Quellen keine Antwort.

Was hingegen den schweizerischen Außenhandel mit Spanien anbelangt, so wich das Austauschvolumen der ausgehenden sechziger Jahre kaum vom vorherigen Trend ab. 1970 hatte die Einfuhr spanischer Waren in die Schweiz um 15,0% und die Ausfuhr in umgekehrte Richtung nur um 4,2% zugenommen.[60] Aus den Quellen entnimmt man sogar eine markante Zunahme in der Einfuhr spanischer Güter in die Schweiz von 211,9 Millionen Franken 1969 auf 243,7 Millionen im Folgejahr. Die spanischen Einfuhrrestriktionen führten hingegen zu einer Verlangsamung des Wachstums bei den Schweizer Importen nach Spanien; die entsprechende Zunahme liege laut Bericht „ganz wesentlich unter dem Gesamtdurchschnitt." Ferner wurde bei den Exportsektoren ein Rückschlag in Bezug auf die Uhrenindustrie festgestellt, darüber hinaus aber ein durchaus zufriedenstellendes Resultat erkannt.[61]

Die Schweiz verfolgte nach wie vor mit großem Interesse die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens. In einem sechsseitigen Bericht des frisch ernannten Schweizer Botschafters André Parodi an die Handelsabteilung des EVD wird der spanische Entwicklungsplan III für die Zeitspanne zwischen 1972 und 1975 ausführlich kommentiert.[62] Der Bericht unterstreicht die Bestrebungen des Entwicklungsministers López Rodó bei den beabsichtigten Reformen dem sozialen Aspekt den Vorrang zu geben. Im Bericht werden die Schlüsselbegriffe des Entwicklungsplans abschnittsweise erläutert. Was den Außenhandel betrifft, sollte die bisherige Öffnungspolitik konsolidiert und die Beziehungen zu allen Ländern und supranationalen Organisationen gefestigt werden. Zu diesem Zweck sollte unter anderem „[d]as Netz der Handelsvertretungen im Ausland geeignet gestalte[t] und vervollständig[t] werden."[63] Der Plan verfolgte eine jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes von 7%.

59 Brief des Schweizerischen Bankvereins an den Vorort SHIV, Zürich, 18. September 1970, AfZ 328.1.5.11.

60 Brief der Handelsabteilung des EVD an die Schweizer Botschaft in Madrid, Bern, 5. März 1971, AfZ 328.1.5.12.

61 Ebd., S. 3.

62 Brief der Schweizer Botschaft in Madrid an die Handelsabteilung des EVD, 13. November 1971, AfZ 328.1.5.12.

63 Ebd., S. 4.

Das Schweizer Interesse an der spanischen Wirtschaftsentwicklung ließ auch später nicht nach. So wurde anlässlich der Generalversammlung der Spanisch-schweizerischen Handelskammer in Zürich vom 16. März 1972 im Zürcher Kongresshaus der Gouverneur der Spanischen Nationalbank, Luis Coronel de Palma, als Gastreferent eingeladen.[64] In seinem 13 Seiten umfassenden mündlichen Beitrag mit dem Titel *Gedanken über die neueste Entwicklung der spanischen Wirtschaft* fokussiert der Bankier auf Themen wie Wirtschaftswachstum sowie das Verhältnis zwischen der wirtschaftlichen und der sozialen Wirklichkeit Spaniens. Ein Blick auf dieses Dokument hilft uns, das vom Regime aus vermarktete Spanienbild zu rekonstruieren, und zwar vor allem dasjenige, das die Schweizer Wirtschaftsvertreter zu Gesicht bekamen. Der Referent räumte den ausländischen Touristen gleich zu Beginn eine größere Urteilskraft und Objektivität beim Erkennen der spanischen Wirklichkeit ein als der einheimischen Wohnbevölkerung. Seine Auffassung steht somit derjenigen mancher Schweizer Tourismuskritiker diametral entgegen.[65] Sodann führte der Gouverneur die eigentlichen Hauptthemen seines Referates ein.

Ein weiterer Punkt ist der Rückgang des Anteils der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt Spaniens, der 1971 nur noch 14% betrug. Anschließend kommt er auf den Außenhandel zu sprechen und auf die Entwicklung von dessen Volumen im vergangenen Jahrzehnt. Er lobt das beschleunigte Wachstum, das die spanischen Exporte ab 1966 erfahren hatten und prangert den „landwirtschaftlichen Protektionismus der EWG" an.[66] Im Vortrag werden auch die spanischen Industrieexporte hervorgehoben, welche vor allem als Folge der Entwertung der Nationalwährung im November 1967 eine Beschleunigung erlebten. Die Deckung der Importe durch die Exporte habe ebenfalls eine Besserung erfahren, doch bleibe das „charakteristische Merkmal" der spanischen Rechnungen mit dem Ausland, nämlich das beträchtliche Defizit der Güterhandelsbilanz, weiterhin bestehen.[67] Erneut wird hier die „Entwicklung anderer unsichtbarer Posten per Kontokorrent" angesprochen, an erster Stelle der Fremdenverkehr mit einem Besuchervolumen von 4,3 Millionen Personen 1960 gegen 23,6 Millionen im Jahre 1971.[68] Dann ist von den Geldsendungen der im Ausland lebenden spanischen Gastarbeiter die Rede,

64 Vortrag von S. Exz. Don Luis Coronel de Palma anlässl. GV span.-schweiz. Handelskammer, Zürich, 16. März 1972, AfZ 328.1.5.12.

65 Vgl. ebd., S. 2.

66 Ebd., S. 4.

67 Ebd., S. 6.

68 In seinem Aufsatz spricht Pack ein Tourismus-Paradoxon für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre an, bei welchem trotz Zunahme ausländischer Spanienbesucher die Tourismuseinnahmen zurückgingen. Diese Situation war auf einen Währungsschwarzmarkt zurückzuführen, von dem britische Touristen am meisten profitierten. Mit der Entwertung der Pesete im Jahre 1959 beabsichtigte die spanische Staatsbank, diesen Missstand auszuräumen. Vgl. Pack, Tourism and Political Change, S. 55.

> die ihre Dienste in verschiedenen europäischen Ländern, hauptsächlich in Deutschland, Frankreich und in der Schweiz leisten. Der günstige Saldo dieses Postens der 700 Mio. Dollar übersteigt, unterstreicht die Wichtigkeit der Schuld welche die spanische wirtschaftliche Entwicklung gegenüber diesen wackeren Menschen eingegangen ist [sic!].[69]

Der Gouverneur schätzte darauf einen Gesamtüberschuss von 800 Millionen Dollar für die spanische Zahlungsbilanz des Vorjahres und schnitt dann das berühmte Zitat Manuel Fraga Iribarnes an: „Unsere Fremdenverkehrswerbung hat den Slogan ‚Spanien ist anders' populär gemacht. Aber diese Behauptung ist wahr, wenn es sich um Landschaft, Kunst, Charakter und Lebensform unseres Volkes handelt, ist aber auf unsere Wirtschaft kaum anwendbar."[70] Darauf folgen ausführliche Kommentare, die seinen eigenen Kompetenzbereich betreffen, das heißt, die monetären Steuerungsmechanismen der *Banco de España*. Der Gouverneur spricht dabei von der „beachtlichen Vereinfachung der komplexen Zinsfusstruktur [sic!]", die seit 1969 eingeleitet wurde.[71] Als Ergänzung der Geldpolitik sei in Spanien in den vergangenen Monaten eine „wirksame und bewegliche Steuerpolitik" in die Wege geleitet worden, welche der Rezession vorbeugen sollte. Die unmittelbaren Resultate hätten diese Strategie als erfolgreich bestätigt.

Die allgemeine Erhöhung des Lebensstandards habe eine Nachfrage an kollektiven Bedürfnissen wie öffentlichen Diensten, Hygiene, Erziehung, usw. hervorgerufen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird nun vom Bankier in den Verteilungszahlen individueller Konsumgüter wiedergegeben. Zwischen 1960 und 1971 seien die Anzahl Autos je 1000 Personen von 9 auf 75, diejenige der Fernsehapparate von 5 auf 74 und die der Telefone von 59 auf 140 angestiegen.[72] Der Vortrag schließt mit einem Ausblick bis ins Jahr 1980 ab.

> Die spanische Wirtschaft, die sich so am Horizont von 1980 abzeichnet, ist eine Wirtschaft die kaum noch etwas mit der wiederkehrenden Vorstellung gemein hat, die man sich über sie auf Grund der Merkmale der letzten 10 Jahre gemacht hat.
>
> Die spanische Wirtschaft von 1980 wird eine Wirtschaft sein, auf der Basis [sic!] eines Marktes von 37 Millionen Konsumenten gestützt, mit einem Prokopfeinkommen zwischen 2000 und 2100 Dollar. Es wird eine vorwiegend industrielle Wirtschaft sein, in welcher die Beschäftigung der aktiven Bevölkerung 45% in der Industrie und nur 19% in der Landwirtschaft betragen wird.
>
> Es wird eine offensichtlich nach Aussen orientierte Wirtschaft, mit einem Importvolumen pro Jahr von ca. 15.000 Mio. Dollar sein. Eine Wirtschaft mit einem erhöhten Grad der

69 Vortrag von S. Exz. Don Luis Coronel de Palma anlässl. GV span.-schweiz. Handelskammer, Zürich, 16. März 1972, AfZ 328.1.5.12., S. 6.

70 Ebd., S. 7.

71 Ebd., S. 9.

72 Vgl. ebd., S. 11.

> Befriedigung der individuellen Bedürfnisse mit 225 Autos, 400 Fernsehapparaten und 340 Telefonen pro 1000 Einwohner. Sie wird auch eine Wirtschaft sein, mit besonderer Tendenz zur Befriedigung der kollektiven Bedürfnisse, mit 330 Wohnungen pro 1000 Einwohner und einem Schülerstand von 9 Mio. Sie wird letzten Endes eine höchst europäische Wirtschaft sein, weit entfernt von den alten Vorurteilen, geprägt durch Armut, Landwirtschaft und Autarkie.[73]

Die Verschleierung der sozialen und politischen Probleme[74] zusammen mit dem oneirischen Ton des Referates reihen sich perfekt in die Rhetorik jeder Diktatur ein. Der Lobgesang des ökonomischen Fortschritts in der vorhergehenden Dekade und die Hoffnungen auf eine Steigerung für die unmittelbare Zukunft übertönten die Forderungen jener Menschen, die diese Produktivitätssteigerung erarbeitet hatten und weiterhin ermöglichen sollten. Konsumgüter und Unterhaltung waren als Garanten des sozialen Friedens gedacht, die die klassenkämpferischen Allüren verdrängen konnten. Ökonomischer Fortschritt sollte also weiterhin auch ohne demokratische Rechtsstaatlichkeit möglich sein.

Im selben Jahr, in dem der Vortrag des Gouverneurs der spanischen Notenbank stattfand, stattete auch der spanische Industrieminister José María López de Letona der Schweiz einen offiziellen Besuch ab.[75] Ähnlich wie im Vortrag des ranghöchsten Bankiers Spaniens wurde mehrmals auf die „großen Erfolge, die Spanien auf dem Weg zu einem Industriestaat in den letzten 10 Jahren zu verzeichnen hat[te]",[76] hingewiesen. Am Mittwoch, dem 1. November 1972, zog der Minister mit seinem Gefolge vom Welschland nach Zürich, wo eine Pressekonferenz mit anschließendem Vortrag abgehalten wurde. Im zusammenfassenden Bericht tritt die Angst der Schweizer Behörden vor unbequemen Fragen zutage: „Die Pressekonferenz am spätern Nachmittag verlief sehr ruhig und irgendwelche heikle, aus dem Rahmen fallende Fragen, wie man hätte befürchten können, wurden nicht gestellt."[77] Dem Anhang zur Zusammenfassung des Vortrages entnehmen wir, dass dem Anlass

---

73 Ebd., S. 13.

74 Rund eine Woche vor dem Zeitpunkt des Referates hatten sich 4000 Streikende der staatseigenen Reederei Bazán und ein Aufgebot der *Policía Armada* eine erbitterte Straßenschlacht in El Ferrol geliefert, bei welcher zwei Arbeiter ums Leben kamen und 30 verletzt wurden. Vgl. Tuñón de Lara, El poder y la oposición, S. 419f; Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 131f.

75 Gemäß Farrés Auflistung statteten seit den sechziger Jahren folgende spanische Minister der Schweiz einen Staatsbesuch ab: Handelsminister Ullastres im März 1961, Industrieminister López Bravo im Februar 1966, Arbeitsminister de la Fuente im Januar 1973, Handelsminister Fontana Codina im Februar 1973 und Finanzminister Cabello de Alba im Oktober 1975. Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 412.

76 Bericht der Handelsabteilung des EVD an die Schweizerische Botschaft in Madrid, Bern, 9. November 1972, 7 Seiten, BAR E2001E-01 1982/58, Bd. 344, S. 2.

77 Ebd., S. 5.

Schweizer Journalisten beiwohnten wie Annemarie Schwyter vom Schweizer Fernsehen sowie Vertreter von Zeitungen, die einen deutlich regimekritischen Kurs in der jeweiligen Spanien-Berichterstattung gefahren hatten.[78] Der Vortrag des Ministers beabsichtigte, Spaniens Wirtschaftspotenzial den Vertretern Schweizer Unternehmern schmackhaft zu machen:

> Spanien ist ein Land, das im Begriffe ist in das wirtschaftliche Geschehen einzugreifen. [sic!] Es ist meine aufrichtige Überzeugung, dass wir der Geburt einer neuen Industrie- und Wirtschaftsmacht beiwohnen. Man beginnt mit Spanien im internationalen Konzert zu rechnen, und Spanien seinerseits beginnt sich in dieses einzubeziehen. Das Spanien der siebziger Jahre präsentiert ein vollkommen anderes Bild als dies noch vor einigen Jahren der Fall war, und dies wurde nur durch einen eher schwierigen historischen Prozess möglich gemacht, in dem das Streben zur Vervollkommung und die Fähigkeit der Spanier zur Arbeit auf die Probe gestellt wurden.[79]

Die Ausführungen kommen einem historischen Abriss der wirtschaftlichen Entwicklung Spaniens seit dem Ende des Bürgerkrieges gleich, in welchem unterschiedliche Phasen charakterisiert werden. Soziale Aspekte wie die „bemerkenswerte Neuverteilung der Einkommen zugunsten der wirtschaftlich Schwachen“ sowie die Vervierfachung des Mindestlohns im vergangenen Jahrzehnt werden besonders unterstrichen. Außerdem schneidet der Minister eine derart starke „Verbesserung der Arbeitsverhältnisse im Lande“ an, dass die Auswanderung ins Ausland zu einem nicht mehr notwendigen Sicherheitsventil geworden sei.[80] Man gewinnt so den Eindruck, der Minister wolle mit ebendiesen Ausführungen die regimekritischen Stimmen um die soziale Ungerechtigkeit in Spanien besänftigen. Bei genauem Hinschauen auf die Liste der Anwesenden stellt man allerdings fest, dass die Mehrheit der Gäste, also Vertreter von Schweizer Groß- und mittleren Unternehmen, vermutlich kaum Interesse an der sozialen Entwicklung Spaniens hatte. Die Ausführungen des Ministers dürften also vielmehr die Stärke seines Landes zu betonten bezwecken. Eine Partnerschaft mit der Schweiz spricht der Minister explizit an, wenn er sagt:

> Spanien kann einem Lande wie der Schweiz die mannigfaltigsten Gelegenheiten bieten, denn es verfügt über einen Markt von 34 Millionen Einwohnern, deren Kaufkraft die 1000 Dollargrenze pro Einwohner überschritten hat. Ausserdem hat dieser Markt eine grosse

78 Anwesenheitsliste zum Vortrag „Spaniens Weg zur vollentwickelten Industrie-Nation bis 1980“, vom 1. November 1972 im „Hotel Zürich“, Zürich, BAR E2001E-01 1982/58, Bd. 344.

79 Zusammenfassung des Vortrages S. Exz. Don José M. López de Letona, spanischer Industrieminister, vor der Spanisch-schweizerischen Handelskammer in Zürich, „Spaniens Weg zur vollentwickelten Industrie-Nation bis 1980“, 1. November 1972, BAR E2001E-01 1982/58, Bd. 344, S. 1.

80 Vgl. ebd., S. 2.

> Aufnahmekapazität für Import-Produkte und verfügt zudem über eine bedeutende Reserve an Arbeitskräften auf dem Lande und auf anderen Gebieten.[81]

Der Vortrag schließt mit Prognosen für das Jahr 1980 ab, die sich mit den Ausführungen des Gouverneurs der *Banco de España* decken. Am selben Abend fand das Nachtessen im Hotel Dolder mit führenden Vertretern der fünf größten Schweizer Banken statt. Der Staatsbesuch verlief ohne jeglichen Zwischenfall.

Die Wirtschaftskrise Ende 1973 sollte die franquistischen Wirtschaftsexponenten, darunter auch Luis Coronel de Palma und José María López de Letona eines Besseren belehren und die Öffentlichkeit auf die Naivität der Architekten des Wirtschaftswunders und die Fragilität der spanischen Wirtschaftsstrukturen aufmerksam machen.[82] Die Erdölkrise Ende 1973, welche zeitgleich mit der durch die Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten hervorgerufenen politischen Krise der Diktatur einherging und sich durch die Erkrankung des Diktators im Juli 1974 verschärfte, setzte der wunderbaren Dekade ein abruptes Ende. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandproduktes sanken 1974 auf 5,7%, 1975 auf 1,1% ab und erreichte im Jahre 1979 einen Tiefstwert von 0,2%. Gleichzeitig nahm die Arbeitslosigkeit zwischen 1973 und 1985 stetig zu und erreichte 1982 16,2%.[83]

Die Krise von 1973 vermochte jedoch den spanisch-schweizerischen Handel kaum zu trüben, wie in einer internen Vorort-Notiz von 1977 festgestellt wurde: „Au cours des dernières années, tant les importations d'Espagne que les exportations en Espagne n'ont cessé de progresser, les exportations suisses en Espagne plus fortement toutefois."[84] Im Jahre 1975 betrug das Volumen der spanischen Importe in die Schweiz 389 Millionen Franken, dasjenige in umgekehrte Richtung 879 Millionen Franken. Im Folgejahr betrugen dieselben Positionen 397,6 Millionen Franken beziehungsweise 894,1 Millionen Franken.

Die Schweizer Überlegungen, Wünsche und Strategien, die sich um die wirtschaftlichen Beziehungen zu Spanien drehten, waren, wie bislang dargelegt, weitgehend frei von kritischen Betrachtungen und von moralischen Beurteilungen des autoritären Regimes. In linken Kreisen begann sich indessen eine Einstellung zu kristallisieren, welche die wirtschaftlichen Beziehungen zunehmend ins Visier nahm. Die trotzkistische Revolutionäre Marxistische Liga (RML) beabsichtigte in ihrer ersten Nummer des spanischsprachigen Bulletins „Rojo" unter anderem, die Leser auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Schweizer Kapital und dem Regime aufmerksam zu machen. Die Schweizer Unternehmen würden von den „sehr billigen Arbeitskräften" und vom „guten Unterdrückungssystem gegen die Arbeiter" in

81 Ebd., S. 4.
82 Vgl. García Delgado/Serrano Sanz, Economía, S. 190f.
83 Vgl. ebd., S. 204.
84 Note à M. G. Winterberger, Vorort SHIV, 31. Oktober 1977, AfZ 328.2.1, S. 1.

Spanien profitieren.[85] Die Schweizer Kriegsmaterialausfuhr nach Spanien sollte zudem zu einem weiteren wichtigen Thema werden, das die RML immer wieder aufgreifen sollte, wie etwa im September 1974: „Jede Waffe, die man der Diktatur liefert, wird dann in der Repression und zu gegebener Zeit auch im Bürgerkrieg auf die Arbeiterklasse zielen […]."[86] Auch die PdA-Zeitung „Vorwärts" griff im Juni 1974 das Thema der Schweizer Investitionen in Spanien kurz auf:

> Die Schweizer Grossunternehmen haben in Spanien ihre Tochtergesellschaften und Beteiligungen. Schweizer Kapital schätzt Ruhe und Ordnung: Der schweizerische Anteil am gesamten Investitionsaufkommen Spaniens betrug 1973 rund 20 Prozent. 1972 verdrängte die Schweiz die USA vom ersten Platz auf der Rangliste der Anlegerländer. In diesem Jahre betrugen die genehmigten ausländischen Investitionen 8,8 Milliarden Pesetas, wobei die Schweiz mit 3,6 Milliarden Pesetas (1971: 1,2 Milliarden) beteiligt war.[87]

Die linken Bezichtigungen gegenüber der Schweizer Wirtschaft nahmen im Jahre 1975 neue Züge an, wonach die Waffenausfuhr als besonders problematisch empfunden wurde. Einen wichtigen Auslöser für die Zunahme des parlamentarischen Interesses an diesem Geschäft stellte der Bührle-Skandal dar. Diese Waffenfabrik hatte zwischen 1963 und 1968 Länder mit Kriegsmaterial beliefert, die dem bundesrätlichen Waffenembargo unterstanden.[88] Im Januar 1975 reichte SP-Nationalrat und späterer Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Handelshochschule St. Gallen,[89] Hans Schmid, eine einfache Anfrage zu den Schweizer Waffenlieferungen nach Spanien ein.[90] Dabei berief er sich auf Artikel 11 des Kriegsmaterialgesetzes, der „Waffenlieferungen in Spannungsgebiete und an Länder, in denen die Menschenwürde missachtet wird",[91] untersagt. Laut Schmid würde dies auf Spanien zutreffen, und er erinnerte dabei an den Basken-Prozess von 1970, aber auch an das Attentat auf den spanischen Ministerpräsidenten im Dezember 1973. Der Argumentation folgt eine Aufzählung staatlicher Repressivmaßnahmen:

---

85 Capital suizo + dictadura franquista = beneficio seguro, in: Rojo, Nr. 1, 18. September 1973.

86 Armas suizas a España, in: Rojo, Nr. 9, 11. September 1974 (Ü. d. A.).

87 Vorwärts, Nr. 25, 20. Juni 1974.

88 Vgl. Fanzun, Die Grenzen der Solidarität, S. 148. Zur Bedeutung des Skandals für die Kampagne für ein Waffenausfuhrverbot siehe Kalt, Tiersmondismus in der Schweiz, S. 347–400.

89 Vgl. Mayer, Hans Schmid.

90 Einfache Anfrage Schmid-St. Gallen (75605) Waffenlieferungen nach Spanien, vom 27. Januar 1975 (Nationalrat), in: Amtl. Bull., Bd. II, 20. März 1975, S. 582.

91 Ebd. Bereits 1972 hatte Bundesrat Gnägi in seiner Antwort auf eine Motion des Nationalrats Jaeger darauf hingewiesen, dass ein Polizeistaat oder soziale Spannungen keinen Grund für die Einstellung von Kriegsmateriallieferung darstellten. Vgl. Godet, La Politique suisse en matière d'exportation de matériel de guerre, S. 982; Dürst, Schweizerische Neutralität und Kriegsmaterialausfuhr, S. 144.

> Die Missachtung der Menschenrechte äussert sich in Todesurteilen aus politischen Gründen, Folterungen, willkürlichen Verhaftungen, unrechtmässigen Gerichtsverfahren und unwürdigen Haftbedingungen für politische Gefangene. Nach Angaben der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 20. April 1974 wurden allein in den ersten 100 Tagen der Regierung Arias etwa 350 Leute aus politischen Gründen verhaftet.[92]

Die Waffenausfuhren nach Spanien, fährt Schmid fort, seien dennoch seit 1972 dermaßen stark angestiegen, dass das iberische Land in den vergangenen viereinhalb Jahren mit über 77 Millionen Franken zum viertwichtigsten Waffenabnehmer der Schweiz geworden sei; eine Tatsache, welche den Bundesrat dazu bewegen sollte, diesen Export zu verbieten.[93] Die Antwort des Bundesrates ließ nicht lange auf sich warten und gestaltete sich ebenso knapp wie vage:

> Ob aufgrund des Kriegsmaterialgesetzes Waffenlieferungen nach Spanien zu untersagen wären, ist eine Ermessensfrage, die auch den Bundesrat wiederholt beschäftigt hat. In Würdigung aller Umstände hat er sich bisher nicht zu einem solchen Schritt entschlossen. Die Lage wird jedoch aufmerksam verfolgt. Im Hinblick auf mögliche Entwicklungen liess der Bundesrat Ende des letzten Jahres den interessierten Firmen in Erinnerung rufen, dass erteilte Fabrikationsbewilligungen den Entscheid über die Ausfuhr nicht präjudizieren, und dass auch bereits erteilte Ausfuhrbewilligungen jederzeit widerrufen werden können.[94]

Gleich am Montag nach den Erschießungen vom 27. September 1975 reichten die beiden SP-Nationalräte Walter Renschler und Jean Riesen erneut je eine einfache Anfrage im Parlament ein. Die Vorstöße zeigen eine angespannte Stimmung. Renschler kommentierte: „Mit dieser Schandtat und der vorangegangenen Gerichtsverhandlung, die jeder gerechten Rechtsprechung spottet, hat das faschistische Franco-Regime einmal mehr seine Missachtung der Menschenwürde und -rechte unter Beweis gestellt."[95] Riesen bezeichnete das Regime als „dictature gérontocratique"[96] und brachte eine damals weit verbreitete Angst vor dem Ausbruch eines neuen Bürgerkrieges in Spanien zum Ausdruck.[97] Beide Parlamentarier stellten die dringliche Forderung an den Bundesrat, die Waffenexporte nach Spanien unverzüglich einzustellen. Die Antwort der Landesregierung folgte erst in der darauffolgenden Parlamentssitzung

---

92 Einfache Anfrage Schmid-St. Gallen (75605) Waffenlieferungen nach Spanien, op. cit., S. 582.

93 Diese Ausführungen stehen im Widerspruch zu einem Schreiben vom Dezember 1972 des EPD an die Eidgenössische Militärverwaltung, in welchem eine restriktivere Waffenausfuhrpolitik Richtung Spanien angestrebt wurde. Vgl. EPD an die Eidgenössische Militärverwaltung, Exportation de matériel de guerre, Bern, 21. Dezember 1972, dodis.ch/35134.

94 Einfache Anfrage Schmid-St. Gallen (75605) Waffenlieferungen nach Spanien, op. cit., S. 582.

95 Einfache Anfrage Renschler (75.783) Kriegsmateriallieferung nach Spanien, vom 29. September 1975 (Nationalrat), in: Amtl. Bull., Bd. I, 19. März 1976, S. 397.

96 Question ordinaire Riesen (75.784) Waffenausfuhr nach Spanien, vom 29. September 1975 (Nationalrat), in: Amtl. Bull., Bd. I, 19. März 1976, S. 397.

97 Vgl. Aguilar, Memory and Amnesia, S. 18.

und war darauf ausgelegt, die kritischen Stimmen zu besänftigen. Auf die Vorwürfe der Parlamentarier bezüglich der Menschenrechtsverletzungen in Spanien wurde auch in diesem Fall nicht eingegangen:

> Der Bundesrat hat in der Erklärung vom 29. September 1975 seine Auffassung über die damaligen Ereignisse [die Hinrichtungen] in Spanien dargelegt. Er hat seither die Entwicklung der Lage in diesem Land aufmerksam verfolgt und festgestellt, dass sich die Verhältnisse deutlich zum Bessern entwickelt haben. Ausfuhrbewilligungen für Kriegsmaterial sind seit dem Monat April 1975 nicht mehr erteilt worden. Es bestand auch kein Anlass und keine gesetzliche Verpflichtung, gültige Bewilligungen aufzuheben, wodurch eine grosse Zahl von Arbeitsplätzen, viele davon in mittleren und kleinen Betrieben, gefährdet worden wären. In Abwägung aller Umstände hat der Bundesrat am 11. Januar 1976 beschlossen, wieder Ausfuhrbewilligungen für Material zu erteilen, das aufgrund rechtskräftiger Verträge bestellt ist. Es handelt sich dabei um Fliegerabwehrgeschütze mit dazugehöriger Munition und Feuerleitgeräte, also um Waffen, die reinen Defensivzwecken dienen.[98]

In der Replik des Bundesrates wird seine Handlung als eine Kompromisslösung präsentiert, die entsprechend nicht so weit geht, die Waffenlieferung vollständig einzustellen, sondern sich darauf beschränkt, bloß neue Bewilligungsgesuche abzulehnen. Auf diese Weise konnte der Bundesrat etwaige Opportunitäts- und Gleichgültigkeitsvorwürfe gegen ihn aus dem Weg schaffen oder zumindest relativieren. Zudem erklärte die Landesregierung den moderaten Schritt als Kompromiss, um die Arbeitsplätze der schweizerischen Waffenindustrie nicht zu gefährden; eine gezielte und dreiste Aussage im Sinne des sozialpartnerschaftlichen Friedens, die deutlich an die Gewerkschafter Renschler und Riesen gerichtet war und die ein weiteres Insistieren ihrerseits verhindern sollte. Auch die Befürworter einer liberaleren Kriegsmaterialausfuhrpolitik reichten am 3. März 1976 ein Postulat ein. FDP-Nationalrat Albert Sigrist nahm dabei Bezug auf Renschlers Vorstoß.

> Im Fall Spanien sprach Herr Renschler von einer Schandtat. Es ist jedoch keineswegs erwiesen, dass eine Mehrheit des Schweizervolkes in jenem Zeitpunkt so dachte wie Herr Renschler. [...] Ich habe den Fall Spanien hervorgehoben, weil er einerseits von den Gegnern jeglicher Kriegsmaterialausfuhren hochgespielt wurde, wohl in der Absicht, vom Bundesrat eine Verschärfung seiner Praxis in der Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes zu erwirken.[99]

Sigrist nannte wirtschaftliche Überlegungen und die Lage am Arbeitsmarkt als Gründe für die Forderung, der Bundesrat möge seine restriktive Ausfuhrpolitik aufgeben.

Auch der „Blick" befasste sich mit der Polemik um die Waffenausfuhr an das Regime. In einem kritischen Artikel von Pierre A. Graenicher wurden Renschlers

---

98 Question ordinaire Riesen (75.784) Waffenausfuhr nach Spanien, op. cit., S. 397.

99 Postulat Sigrist. Kriegsmaterialausfuhr (76.312) vom 3. März 1976 (Nationalrat), in: Amtl. Bull., Bd. III, 29. September 1976, S. 1096.

Bestrebungen um die Einstellung der Waffenexporte und die Diskrepanz zwischen dem Wortlaut des Bundesgesetzes und der tatsächlichen Praxis zur Sprache gebracht. Zu Wort kam auch Paul Bonnot vom SMUV: „Die Sicherung der Arbeitsplätze hat absolute Priorität, aber beim gesamten Konzernumsatz von Bührle kommt dem Spaniengeschäft nicht so grosse Bedeutung zu."[100] Der Artikel wurde von einem kurzen Kommentar der Redaktion begleitet, der das Argument der Arbeitsplätze in der Schweizer Rüstungsindustrie in Abrede stellt.[101] Die Waffenexporte nach Spanien erlebten erst ab 1978 einen drastischen Rückgang.[102]

Die wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern waren von einem starken Eifer und einem Fortschrittswahn geprägt, der Menschenrechtsfragen keinen Raum zubilligte. Walter Haubrich erinnert sich in einem autobiografischen Aufsatz an seine Zeit als Spanienkorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", wie etwa deutsche Vertreter ausländischer Firmen in Spanien 1975 ihr Unverständnis für die regimekritische Haltung mancher Spanienkorrespondenten kundtaten und in ihrem Eifer diese öffentlich beleidigten und sogar auf anonyme Telefonanrufe und Drohungen zurückgriffen.[103] Dass ein ebenso positives Franco-Bild auch in vornehmen Schweizer Spanienkreisen präsent war, muss vermutet werden. Wenn für Enthusiasmus im eigentlichen Sinne keine eindeutigen Belege existieren, so dürften zumindest eine Würdigung und eine positive Bewertung der erreichten wirtschaftlichen Prosperität und der in Spanien herrschenden Ordnung das vom Schweizer Unternehmertum erstellte Prädikat charakterisieren.

Im Jahre 1972 publizierte der Schweizerische Bankverein in seinem Bulletin einen ausführlichen Artikel über die Schweizer Investitionen und den wirtschaftlichen Werdegang Spaniens seit dem Stabilisierungsprogramm von 1959. Es fehlt indes jeglicher Hinweis auf den autoritären Charakter des spanischen Staates; das Land wird bloß als ein weiterer „nichtkommunistischer" Staat Europas bezeichnet. Der Artikel schließt mit einem Ausblick, der die Ängste des Schweizer Bankwesens verlautbart:

> Sieht man vom Inflationsproblem ab, darf für die [spanische] Wirtschaft eine recht optimistische Prognose gestellt werden. Eine gewisse Unsicherheit dürfte hingegen von der politischen Seite ausgehen, da natürlich keine Garantie besteht, dass der Machtwechsel nach dem vermutlich in nicht allzu ferner Zukunft zu erwartenden Ausscheiden General Francos aus der Staatsführung reibungslos und in den vorgezeichneten Bahnen verlaufen wird. Nicht von der Hand zu weisen ist ferner die Gefahr, dass die grossen personellen und regionalen Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung eines Tages zu sozialen und politischen Unruhen führen könnten, die das Regime auf eine Zerreissprobe stellen. Trotz all den bestehenden Unsicherheitsmomenten und den zahlreichen

100 Schweizer Waffen für Franco! Muss das sein? in: Blick, Nr. 226, 30. September 1975.
101 Vgl. Wie lange noch?, in: Blick, Nr. 226, 30. September 1975.
102 Vgl. Dürst, Schweizerische Neutralität und Kriegsmaterialausfuhr, S. 141.
103 Vgl. Haubrich, La transición española en la prensa alemana, S. 300.

> ungelösten Problemen darf man jedoch einen vorsichtigen Optimismus hegen, dass es der Regierung auch in Zukunft gelingen werde, die Voraussetzungen für ein Fortdauern der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung zu erhalten.[104]

Der Text vermittelt somit den Anschein, die Kontinuität des Regimes nach Francos Tod – die Reibungslosigkeit und die „vorgezeichneten Bahnen" – seien eine Garantie für die wirtschaftliche Stabilität und Prosperität des Landes. Von Demokratisierung oder Liberalisierung als unweigerlichen Desideraten ist hier nirgendwo die Rede.

Im selben Jahr, anlässlich des achtzigsten Geburtstags von General Franco, widmete die Radiosendung „Echo der Zeit" vom 4. Dezember einen Beitrag, in welchem der Spanienkorrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung", Arnold Hottinger, eine „kritische Würdigung" des Diktators aussprach.

> Die spanischen Zeitungen freilich haben es sich nicht nehmen lassen, ihn [General Franco] zu feiern. Einmal mehr betonen sie, dass er Spanien eine lange Epoche des Friedens gebracht habe. In der Tat durfte die iberische Halbinsel seit dem augusteischen Zeitalter, das heisst, in den letzten 2000 Jahren, keine andere Epoche gekannt haben, in der sie dreissig Jahre lang weder eine Revolution noch einen Bürgerkrieg oder eine ausländische Invasion erlebte. Dafür muss man Franco danken. Und damit zusammenhängend für den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes in den letzten zehn Jahren, der nur dank der politischen Stabilität möglich gewesen war.[105]

Zwar betont der Journalist darauf Francos Widerwillen, das Regime zu demokratisieren und seine Phobie in Bezug auf Liberalismus, Demokratie und Parteien, doch spiegelt obiges Zitat ein unter der Leserschaft der „Neuen Zürcher Zeitung" verbreitetes wohlwollendes Bild wider, in welchem dem Diktator die wirtschaftlichen Errungenschaften hoch angerechnet werden.

Im Juni 1973 wurde ein ausführlicher Spanien-Beitrag in der Fernsehsendung „Rundschau" ausgestrahlt.[106] Ähnlich wie bei vielen anderen Beiträgen, die in den letzten Jahren des Regimes entstanden, handelte es sich bei dieser ZDF-Produktion um einen Überblick auf die politische Entwicklung Spaniens. Angesprochen werden hier unter anderem die rudimentären und rückständigen Aspekte der spanischen Landwirtschaft, die am Beispiel einer manuell betriebenen Dreschmaschine veranschaulicht werden, aber auch das Fabrikproletariat am Beispiel einer zugewanderten Arbeiterfamilie in einem Vorort Barcelonas. Dabei fokussiert der Bericht auf den Gabelstapelfahrer José Luis Martín.

104 Bulletin (Schweizerischer Bankverein), Nr. 4, 1972, S. 81.
105 Echo der Zeit, Spanien: Franco wird 80, 4. Dezember 1972, RadAR SRF, Bd. 24845.
106 „Spanien – Vorsichtige Schritte in die Moderne", Rundschau, 27. Juni 1973, BAR J2.225 2007/195, Bd. 141.

> Im Laufe der Franco-Diktatur ist die Zahl der spanischen Industriearbeiter auf 5 Millionen angewachsen. Sie bilden heute die wichtigste soziale Klasse Spaniens. Wie viel verdienen sie und wie zufrieden sind sie? José Luis Martín fährt seit sieben Jahren einen Gabelstapler. Sein Monatslohn: 620 DM netto. Frau Martín verpflegt ihre dreiköpfige Familie für rund 400 DM im Monat, ohne am Essen zu sparen.
>
> […] José Luis Martín ist nach Beendigung seiner achtstündigen Schicht um 14 Uhr heimgekehrt und isst ausgiebig zu Mittag. Auch er ist Besitzer seiner Wohnung. Dabei kam ihm der enge Zusammenhalt spanischer Familien zustande. Seine bäuerlichen Eltern und Schwiegereltern mit einem Darlehen von je 5000 DM. Doch er hat schon fast alles zurückgezahlt, denn bis zur Geburt seines Kindes im dritten Ehejahr hat auch seine Frau mitgearbeitet. Er besitzt noch einen kleinen Wagen, gekauft auf Ratenzahlung.
>
> Diese Ansätze zum bescheidenen Wohlstand verdankt Martín seinem Fleiss. Den Nachmittag arbeitet er weitere fünf Stunden an einer Tankstelle für monatlich 300 Mark. Alle spanischen Arbeiter oder Angestellten, die vorankommen wollen, haben oder suchen einen solchen zweiten Job, denn der Lohn eines einzelnen deckt meistens nur das Allernotwendigste. Eine Arbeitswoche von 70 Stunden und 900 DM im Monat – kein Grund zur Zufriedenheit. Lohnforderungen der Betriebsräte, Streiks, um ihnen Nachdruck zu geben, sind keine Seltenheit. Aber nach Jahrzehnten politischer Abstinenz zieht nur eine Minderheit der Arbeiter ideologische Schlüsse aus ihm heran.[107]

Die Fernsehreportage enthüllt die Schattenseiten der franquistischen Wirtschaftspläne, die den apologetischen Ton offizieller Referate oder Delegationstreffen stark relativieren. Nur durch eine enorme Aufopferung konnte sich die Arbeiterklasse zu Wohlstand verhelfen. Unzufriedenheit war nur durch das „illegale Ventil" des Streiks ausdruckbar.

Wenige Tage vor Francos Tod strahlte die „Rundschau" eine Reportage über die Kleinstadt Guadalupe aus, in welcher die Ungewissheit und das Warten auf das Ableben des Diktators audiovisuell aufgezeigt wurden. Am Beispiel eines Kleinbauern, der von einem Reporter interviewt wird, werden die quasifeudalen Pachtstrukturen in ländlichen Gebieten Spaniens aufgezeigt.

> *Frage:* Die meisten hier sind doch Bauern, oder?
> *Antwort:* Ja, fast alle. Ich bin Pächter. Das [Grundstück] gehört nicht mir. Mir gehört nur die Hälfte. Die andere Hälfte der Ernte gehört dem *Señor*.
> *Frage:* Wie? Das Feld gehört nicht Ihnen?
> *Antwort:* Nein. Der Boden gehört dem *Señor*. Ich arbeite darauf und muss ihm dafür die Hälfte der Ernte geben.
> *Frage:* Wo lebt denn der *Señor?*
> *Antwort:* Hinten im Dorf.
> *Frage:* Würden Sie denn gern an diesem System etwas ändern wollen?

107 Ebd.

> *Antwort:* Ob ich daran etwas ändern möchte? Na Mann, klar! Ich würde gerne irgendwo anders hingehen, um weniger arbeiten zu müssen. Mann, wenn ich woanders weniger arbeiten müsste und mehr bekäme… Das wäre natürlich besser![108]

Der Beitrag greift die Rückständigkeit und die Unzufriedenheit in der spanischen Landwirtschaft, aber auch die Hoffnung auf eine Besserung der Lage auf. Durch die in der Sendung aufgegriffene Thematik erfolgte eine Antithese zum spanischen Wirtschaftswunder, das im offiziellen Regimediskurs und in manchen Schweizer Medien gewähnt wurde. Der britische Historiker Tony Judt relativierte den Prosperitätsdiskurs des Franco-Regimes und die pompös inszenierte Vorstellung des sogenannten spanischen „Wirtschaftswunders" folgendermaßen:

> Most of the foreign cash flowing into the country [Spain] in the Sixties came not from the export of Spanish-produced goods, but rather from overseas remittances by emigrant Spanish workers or else holiday-makers from northern Europe: in short, Spain's economic modernization was largely a by-product of other nations' prosperity.[109]

Judt führt somit die offizielle Propaganda des Regimes, aber auch die ausländische Ode an Francos Tüchtigkeit *ad absurdum*, um vielmehr den „parasitären" Charakter spanischer Wirtschaftspolitik zu unterstreichen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern lassen sich als eine nahezu idyllische Symbiose lesen, wobei humanitäre Einwände bloß am linken Rande der Öffentlichkeit lautstark wurden. An diesem weitgehenden Fehlen einer moralischen Hinterfragung des spanischen Profitpotenzials durch die Schweizer Wirtschaftsvertreter lässt sich Thomas Jeffersons berühmtes Zitat erkennen: „Money, not morality, is the principle commerce of civilized nations."[110] War Spanien in den Augen des Schweizer Kapitalismus und in der Darstellung spanischer Diplomaten und Staatsmänner für Schweizer Interessen ein Nährboden erster Güte, so sollte die Beliebtheit Spaniens als Reiseland bei den Schweizer Touristen jene des Wirtschaftsestablishments sogar um einiges übertreffen.

108 Spanien – Eine kleine Stadt wartet…, Rundschau, 18. November 1975, BAR J2.225 2007/195, Bd. 195.

109 Judt, Postwar, S. 517.

110 Zit. in: Hilger, „Kapital und Moral", S. 9.

2.2 Die Schweizer und der Spanien-Tourismus

Der bereits in der Einleitung genannte spanische Autor Juan Goytisolo befasste sich in seinem Buch *Spanien und die Spanier* aus dem Jahre 1969 unter anderem auch mit der touristischen Thematik, wovon folgender Abschnitt als bezeichnend gelten kann:

> Die Millionen von Ausländern, die unsere [Iberische] Halbinsel aufsuchen, betrachten sie schon durch den blickverzerrenden Vorhang der modernen Konsumgesellschaft. Plakate, Reklameaufschriften, Tankstellen, Snacks und Motels säumen die wichtigsten Überlandstraßen und verdecken mehr und mehr die natürliche Landschaft. Das Dolce vita Europas gibt sich ein Stelldichein an den Stränden der Costa Brava und auf Mallorca, bei Alicante und Torremolinos, und gleichzeitig verwandelt sich die traditionelle Physiognomie Kastiliens, ja selbst das abgelegene, weltvergessene Almería schickt sich an, ein Filmgelände erster Ordnung zu werden. Der Fremde wird weiterhin die Sonne und den strahlenden Himmel unseres Landes genießen können: auch künftig kann er – je nach Geschmack – die katalanische Romanik und die Goyas im Prado bewundern, die islamischen Bauwerke Andalusiens, den Escorial und Toledo und Avila; er kann an den schönen Küsten des Südens baden, kann die Stierkämpfe und die Prozessionen der Semana Santa miterleben; aber er wird – jedenfalls in den entwickelteren Gegenden – schwerlich die reale Legitimation für das Schlagwort ‚Spain is different' finden, mit dem die offizielle Propaganda lauthals hausieren geht. Nein, Spanien ist noch nicht Europa, aber es ist im Begriff, es zu werden, und es hat – sei es zum Guten oder zum Schlechten – die Taue gekappt, die es an das alte, verschlafene Spanien fesselten.[111]

In obigem Zitat werden zwei wichtige Aspekte angesprochen, die in diesem Unterkapitel behandelt werden sollen. Zunächst einmal geht es hier um die Charakterisierung des Tourismus als ein europäisches Massenphänomen der modernen Konsumgesellschaft. Ferner wird hier auch die Demaskierung des Tourismus als eine wirtschaftseffiziente Vermarktung Spaniens angesprochen, welche über die reellen Probleme des Landes hinwegzutäuschen versucht. Der Autor nimmt sodann die Kritik des sorglosen, leichtsinnigen und naiven Touristen vorweg, auf die weiter unten eingegangen werden soll. Es ist die Sorge um ein missverstandenes Spanien, das in Goytisolos Worten zutage tritt.

Doch woher oder wie konnten sich fremde Reisende ein realistisches Bild Spaniens machen? Jürgen Wilke räumte in einem Aufsatz zur medienbedingten Imagebildung dem Tourismus eine eher untergeordnete Relevanz ein. Das Bild, das man von einem bestimmten Land hat, sei vornehmlich durch die Sekundärerfahrung, also durch die Mitteilungen Dritter geprägt – dazu gehören an erster Stelle Massenmedien – und weniger durch die direkte Auseinandersetzung (Primärerfahrung) vor Ort.[112] Aus einem Aufsatz aus dem Jahre 1967 zu Ehren des langjährigen NZZ-Chefredakteurs Willy Bretscher wird ersichtlich, wie Zeitungen immer stärker

---

111 Goytisolo, Spanien und die Spanier, S. 208 u. 213 (Hervorhebung im Original).

112 Vgl. Wilke, Imagebildung durch Massenmedien, S. 291.

die Femdenverkehrsthematik in sich aufnehmen und wie sie ihr eine besondere Sparte oder Beilage widmen:

> Die Reisebeilage einer Tageszeitung hat neben der Anregung zum Reisen mittels des Reisefeuilletons drei Aufgaben, die den Aufgaben einer Tageszeitung ganz allgemein entsprechen; sie können durch die Stichworte Information, Kritik und Politik bezeichnet werden. Tourismus ist ein weltbewegendes, die Welt veränderndes Geschehen; der Leser einer Tageszeitung – nicht nur der potentielle Tourist – hat Anspruch darauf, über dieses Geschehen informiert zu werden.[113]

Auffallend scheint hier die Präsenz von Kritik und Politik im Zusammenhang mit Tourismus, also einer Praxis, die man eher mit Eskapismus und Erholung und weniger mit Kritik und Studium in Verbindung bringt, was zeigt, dass hier nicht der billige Massentourismus angesprochen wurde, mit welchem Spanien verstärkt konfrontiert war, sondern eine vornehmere Variante, die dem Adressatenkreis der Zeitung entsprach.

In der auswärtigen Regimepropaganda nahm der Fremdenverkehr eine zentrale Rolle ein, die unter anderem darauf bedacht war, die düsteren, mit Totalitarismus und Faschismus assoziierten vierziger Jahre aus der Geschichte zu tilgen und die Gunst der westlichen Demokratien zu gewinnen.[114] Seit dem Ende der Autarkiephase im Verlauf der fünfziger Jahre war das Regime darum bemüht, seine Legitimierung den modernen Zeiten anzupassen.[115] Ohne dabei den Sieg im Bürgerkrieg, also den „Geist des 18. Juli" als staatsstiftende Maxime ganz verdrängen oder etwa auf das „Gottesgnadentum" des Generalissimus, das das auf den Münzen abgebildete Konterfei des Diktators stets begleitete, verzichten zu wollen, traten neuerdings moderne Erfolgsmodelle ans Licht, die dem Zeitgeist besser entsprachen. Ziffern, Fakten, Daten und Statistiken sollten alte Parolen und Symboliken ersetzen.[116] Als Ikone des spanischen Wirtschaftswunders galt der SEAT 600,[117] der zum begehrten Objekt des spanischen Durchschnittsmannes wurde.[118] Im selben Jahrzehnt erlebte auch die spanische Industrie einen wichtigen Aufschwung, sodass deren Produktivitätszuwachs mit denjenigen anderer südeuropäischer Länder wie Griechenland, Jugoslawien und Italien Schritt

113 Spinner, Tourismus als Gegenstand journalistischer Betrachtung, S. 139f.

114 Pereira Castañares räumt dem Tourismus die wichtigste Rolle bei der Imagemelioration des Regimes ein. Vgl. Pereira Castañares, La crisis de la política exterior franquista…, S. 357; Sánchez, Le tourisme des années 1960…, S. 421.

115 Vgl. Rosendorf, Be El Caudillo's Guest, S. 367f.

116 Vgl. Cotarelo, Iconografía política del franquismo, S. 442; Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 223f.

117 Vgl. Cotarelo, Iconografía política del franquismo, S. 444.

118 Vgl. Bernecker, The Change in Mentalities, S. 75. Speziell zur Geschichte des Autokonsums in Franco-Spanien, siehe Hächler, Automobilmachung.

hielt.[119] Auch das durchschnittliche Realeinkommen sollte sich von 1950 bis 1960 nahezu verdoppeln.

Zurück blieb auch das faschistische Experiment der unmittelbaren Nachbürgerkriegszeit mit seiner Rhetorik und Ästhetik; Elemente die angesichts der Niederlage der Achsenmächte keine Verwendung mehr fanden.[120] Der faschistische Gruß, der in der frühen Phase des Regimes und bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges noch geläufig war, wurde nun aus der Öffentlichkeit verbannt[121] und als Überbleibsel des imperialen Traums entsprechend nur dann praktiziert, wenn die Erinnerung an diesen Traum wach wurde, etwa bei Verantstaltungen des *Movimiento* oder in den Massenkundgebungen auf der *Plaza de Oriente*. Der Kalte Krieg lieferte dem Franco-Regime die notwendige internationale Legitimität, die ab den fünfziger Jahren ihre Früchte trug,[122] sodass Spanien innerhalb weniger Jahre mehrere Abkommen mit den Vereinigten Staaten,[123] 1953 ein Konkordat mit dem Heiligen Stuhl abschloss und 1955 in die UNO aufgenommen wurde.[124] Das Image des Diktators entwickelte sich also vom verhassten Handlanger der Achsenmächte zum geschätzten Antikommunisten und geeigneten Wirtschaftspartner.

Die sechziger Jahre standen ebenfalls im günstigen Winde der vorherigen Dekade. Nun unternahm die spanische Regierung eine weitere Öffnung, die sich für die Stärkung des positiven Images des Landes und für die nationale Wirtschaft in Form ausländischer Devisen als äußerst vorteilhaft erwies.[125] Die „Erfindung" des Tourismus in Spanien leitete einen Paradigmenwechsel in der spanischen Politik ein, nämlich die Wende zu einem technokratisch-postideologischen Staatsverständnis.[126] Dabei artikulierte sich diese neue Einnahmequelle auf einem zweideutigen symbolischen Terrain, in welchem Diskurse staatlicher Institutionen sich auf suggestive Weise mit solchen einer immer stärker zum Vorschein kommenden globalen Konsumgesellschaft überlappten.[127] Die spanischen Bestrebungen und Maßnahmen zur Anziehung fremder Touristen stellen also bloß die angebotsbedingte Seite eines Phänomens dar, das

119 Vgl. García Delgado, Industrialización y desarrollo…, S. 171; Kaelble, Konvergenzen und Divergenzen…, S. 31; Buchanan, How „Different" was Spain? S. 90–92.

120 Vgl. Bernecker, Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert, S. 193.

121 Über die „Entfaschistisierung" des Regimes siehe Payne, Fascism in Spain, S. 363–398.

122 Vgl. Pereira Castañares, La crisis de la política exterior franquista…, S. 357.

123 Am 26. September 1953 unterzeichneten Spanien und die USA ein Abkommen über Wirtschaftshilfe, eines über gegenseitige militärische Hilfeleistung und ein drittes über Kriegsmateriallieferung. Vgl. Tamames, La República. La era de Franco, S. 264.

124 Vgl. Martínez Lillo, La política exterior de España…, S. 323–340.

125 Vgl. Pack, Tourism and Political Change, S. 54f.

126 Vgl. Crumbaugh, Destination Dictatorship, S. 42; Bernecker, The Change in Mentalities, S. 75f.

127 Vgl. Crumbaugh, Destination Dictatorship, S. 17.

erst in der Nachkriegszeit ansetzte. Tourismus hörte somit auf, ein Privileg der Eliten zu sein, sondern wurde von den proletarischen Massen für sich beansprucht, die sich nun einer markanten Steigerung an Wohlstand, Einkommen, Freizeit und Mobilität erfreuen konnten.[128] Pierre Bourdieu zitiert in seinem Hauptwerk Marx' despektierliche Charakterisierung des proletarischen Lebensstils und fügt dieser Kritik einige zeitgemäßere Gravamina hinzu:

> Nicht genug damit, daß sie [die Proletarier] nahezu keine Kenntnisse und kein Betragen ihr Eigen nennen können, die auf dem Markt der schulischen Examina oder der Salongespräche Geltung besitzen [...], sind sie zudem noch abgestempelt als jene, ‚die nicht zu leben verstehen', [...], die immer etwas zu tun finden', die ihre Zelte auf überfüllten Camping-Plätzen aufschlagen, sich zum Picknick am Rande der Nationalstraßen niederlassen, zu Ferienbeginn mit ihren Renaults 5 oder Simca 1000 den Staus ausliefern, die sich vorgestanzten Freizeitvergnügungen hingeben, für ihren Bedarf entwickelt von Ingenieuren der serienmäßigen kulturellen Massenproduktion [...].[129]

Die von Bourdieu suggerierten Bilder würden auch die sommerlichen Wochenschaumagazine Italiens, Frankreichs und Spaniens der sechziger Jahre schmücken. Die spanische Tourismusindustrie mit dem großen Zustrom von Reisenden aus dem Ausland erlebte viel stärkere Zuwächse als alle anderen Wirtschaftsbranchen und wurde bald zur wichtigsten Industrie Spaniens.[130] Während im Jahre 1951, als Franco den Tourismus in die Würde eines Ministeriums erhob,[131] weniger als eine Million Touristen nach Spanien gekommen waren, verzeichnete man zu seinem Tod über dreißig Millionen.[132] Die beliebtesten Ferienziele auf spanischem Boden waren die Mittelmeerküste, insbesondere die Costa Brava und die Costa del Sol,[133] sowie die Balearen und die Kanaren.[134]

Die fulminante Entwicklung der Branche seit den frühen sechziger Jahren ist nicht zuletzt dem charismatischen Minister für Information und Tourismus und Newcomer, Manuel Fraga Iribarne, zu verdanken, der zahlreiche mittelalterliche und

128 Vgl. Judt, Postwar, S. 341–343; Sánchez Picón/Marzo López, *Spain is different*, S. 140; Spinner, Tourismus als Gegenstand journalistischer Betrachtung, S. 134; Gilg/Hablützel, Beschleunigter Wandel und neue Krisen, S. 869.

129 Bourdieu, Die feinen Unterschiede, S. 292.

130 Vgl. Shubert, A Social History of Modern Spain, S. 209.

131 Vgl. Pack, Tourism and Political Change, S. 53.

132 Vgl. Albert-Piñole, Tourism in Spain, S. 243.

133 Auch bei den Schweizer Spanienreisenden waren die Costa Brava und die Costa Dorada die beliebtesten Ziele auf dem Festland. Von den 27.395 Schweizerinnen und Schweizer, die 1967 die Halbinsel bereisten, besuchten 8840 bzw. 8081 diese Strände. Der Enthusiasmus für die Costa del Sol hielt sich damals noch bei den Schweizern mit bloß rund 2900 Besuchern in Grenzen. Vgl. Moser, Tourismus und Entwicklungspolitik, S. 236f.

134 Vgl. Biescas, Estructura y coyuntura económicas, S. 88.

frühneuzeitliche Bauten restaurieren und in Luxushotels umbauen ließ – die sogenannte *Red Nacional de Paradores de España*.[135] Bei der Vermarktung dieser neuen Wirtschaftsbranche spielte außerdem die spanische Filmindustrie eine erhebliche Rolle, die in zahlreichen Komödien, Musik- und Liebesfilmen die Attraktivität der spanischen Strände und eines neuen ungezwungenen Lebensstils feierte. Daneben offenbarte sich die Schattenseite des Massentourismus durch die ebenso fulminante Urbanisierung von Küstenlandschaften.[136]

Die Beliebtheit des Ferienlandes Spanien kontrastierte allerdings mit den immer stärker werdenden Protesten gegen die Diktatur seitens der traditionellen und später auch der Neuen Linken in der Schweiz.[137] Der Zürcher Grafiker und SP-Gemeinderat Bruno Kammerer erhielt Anfang der sechziger Jahre von einem deutschen Verlagshaus den Auftrag, fotografisches Material zum Motiv des Stierkampfes zu sammeln.[138] Für den Sohn eines Sozialdemokraten, der während des spanischen Bürgerkriegs republikanische Flüchtlinge in seinem Haus beherbergt hatte, war dieses Unterfangen nicht unproblematisch. Da es sich aber um einen geschäftlichen Auftrag handelte und nicht etwa um Ferien, konnte sein Vater diese Reisen billigen und er selbst sie mit seinem linken Gewissen vereinbaren. Der Vater fügte jedoch die Auflage hinzu, er solle auf seinen Reisen durch Spanien die illegale Arbeiterbewegung unterstützen. So wurde Bruno Kammerer zum geheimen Kurier zwischen Toulouse, dem Sitz der PSOE im Exil, und einzelnen geheimen sozialistischen Untergrundzellen in Spanien. Dabei benutzte er seine künstlerische Aktivität als Tarnung. Diese geheime Kuriertätigkeit verschwieg er allerdings seinen Schweizer Parteigenossen, für welche Spanienreisen nach wie vor ein Tabu waren. Diese Haltung sollte sich um die Jahrzehntwende deutlich radikalisieren.

Eine wichtige Rolle spielte dabei die Protestbewegung seit 1968, welche der bisher durch die traditionelle Linke angetriebenen antifranquistischen Opposition, also hauptsächlich Sozialisten und Kommunisten, zu neuem Schwung verhalf und andersartige politische, aussagestärkere Ausdrucksformen einsetzte. Die spanischen Konsulate, die Botschaft, aber auch die offiziellen spanischen Tourismusagenturen und die Filialen der spanischen Fluggesellschaft „Iberia" gerieten immer mehr ins Visier einer neuen Generation linker Aktivisten[139] und zeigten so einen für die damalige Zeit gel-

---

135 Vgl. Cotarelo, Iconografía política del franquismo, S. 445; Sánchez, Le tourisme des années 1960…, S. 422.

136 Arnau i Segarra nennt in ihrem Buch zur literarischen Verarbeitung des Tourismus auf der Insel Mallorca auch die schlechte Qualität der Hotelbauten und das Einsturzrisiko. Vgl. Arnau i Segarra, S. 215f.; Krempien, Geschichte des Reisens und des Tourismus, S. 161f.

137 Dieser Kontrast fiel natürlich nicht nur in der Schweiz auf, wie man Tom Buchanans Ausführungen entnehmen kann. Vgl. Buchanan, How „Different" was Spain? S. 85.

138 Vgl. Prieto López, „El fascismo también nos concierne a nosotros", S. 1161f.

139 So zum Beispiel erfährt man aus einem Brief der spanischen Botschaft in Bern an das EPD, dass anlässlich der 1. Mai-Feier von 1970 vor dem Spanischen Generalkonsulat in Zürich eine

tenden Gemeinschaftssyllogismus, der im Protest besonders deutlich in Erscheinung trat.[140] Am 28. Oktober 1972 wurde das spanische Verkehrsbüro an der Zürcher Seefeldstraße von Unbekannten in Brand gesetzt und dessen Fassade mit Abkürzungen wie „UGT" und „FAI" verschmiert. Dabei entstand ein Sachschaden von einer halben Million Franken.[141] Antonio Quadranti, Tessiner Unternehmer und SP-Mitglied, der Jahre zuvor eine Zürcher Sektion der spanischen sozialistischen Gewerkschaft UGT gegründet und sich für die Integration spanischer Einwanderer eingesetzt hatte,[142] eilte unaufgefordert in die Zentrale der Zürcher Stadtpolizei, um den Behörden klarzumachen, dass die UGT in keiner Weise in den gewalttätigen Vorfall involviert sei.[143] Das Ereignis wurde selbstverständlich auch auf diplomatischer Ebene wahrgenommen und auf die Tagesordnung gesetzt. Laut einem Telegramm des Schweizer Botschafters in Spanien an den Bundesrat ließ das spanische Außenministerium Botschafter Parodi am 6. November zu sich bestellen, um über die Angelegenheit zu diskutieren. Im dringlichen Telegramm an das EPD bittet er um eine offizielle Stellungnahme zu den laufenden Ermittlungen und den Sicherheitsmaßnahmen, die für die diplomatischen, konsularischen, touristischen und aeronautischen Vertretungen Spaniens in der Schweiz getroffen wurden. Auch wünschte man, die Einstellung des Bundesrates in Bezug auf eine etwaige Schadenersatzforderung seitens Spaniens zu erfahren.[144]

Die Diskrepanz zwischen Tourismus und Diktatur in Spanien konnte sich einer medialen Verarbeitung nicht entziehen. Anlässlich des Burgos-Prozesses im Dezember 1970 betitelte der „Blick" einen Artikel zum summarischen Militärgerichtsfall: „Empörte Schweizer: ‚Nie mehr Ferien in Spanien!'"[145] Der Titel nahm die Kritik Schweizer Telefonanrufer auf, die sich mit der Zeitungsredaktion in Kontakt gesetzt hatten. An diesem Beispiel wird deutlich, dass die deskriptive Aufgabe der Zeitung mit einem normativen Effekt einhergeht oder, anders gesagt, wie der Titel des Artikels einem Aufruf gleichkommt.

---

große Demonstration stattgefunden hatte, „pendant laquelle, non seulement ont été prononcés de violents discours contre le Chef de l'Etat et le Gouvernement espagnol, mais la plaque de l'écusson a été arrachée, le mât du drapeau brisé et un drapeau rouge a été placé sur le tronçon qui en est resté". Ferner beklagt sich die Botschaft, die anwesenden Polizisten seien zahlenmäßig stark genug gewesen, um die Demonstranten am Hochklettern der Konsulatsfassade zu hindern. Brief der Spanischen Botschaft in Bern an das EPD, 2. Mai 1970, BAR E2001E-01 1982/58, Bd. 345.

140 Vgl. Førland, Mentality as a Social Emergent, S. 55f.

141 Vgl. Thut/Bislin, Aufrüstung gegen das Volk, S. 233.

142 Vgl. Farré, „Desde el corazón de la juventud de España…", S. 116ff.; Prieto López, „El fascismo también nos concierne a nosotros", S. 1159f.

143 Vgl. Prieto, Antifranchismo e protezione dello Stato…, S. 44.

144 Vgl. Télégramme No. 141, Ambassadeur Parodi au Département Politique Fédéral, Madrid, 6. November 1972, BAR E2001E-01 1982/58, Bd. 345.

145 Empörte Schweizer: „Nie mehr Ferien in Spanien!", in: Blick, Nr. 303, 29. Dezember 1970.

Bei der Ridikulisierung und der Kritik der spanischen Ferienziele griff man oft auch auf die Karikatur zurück.[146] Der „Tages-Anzeiger“ druckte auf der zweiten Seite eine solche ab, in welcher auf der linken Hälfte ein spanisches Tourismusbüro abgebildet ist und auf der Rechten ein griechisches.[147] Die Zeichnung diskreditiert die Aufrufe zum Tourismusboykott in Spanien und präsentiert diese Praxis als einseitigen Akt der Heuchelei, dessen Kritik sich bloß auf das Franco-Regime richtet und andere Diktaturen wie die der griechischen Militärjunta außer Acht lässt. Eine weitere Zeichnung, diesmal von Hans Geisen, die ebenfalls anlässlich des Burgos-Prozesses konzipiert wurde, argumentativ in dieselbe Richtung geht wie die vorhergehende und in der „National-Zeitung“ erschien, zeigt ein Ehepaar vor der Theke eines Reisebüros. An der Wand hängt ein Plakat, das für Ferien in Spanien wirbt. Der Text unter der Karikatur lautet: „Wir müssen ja nicht nach Burgos, die Costa Brava ist auch ganz schön…“.[148]

Selbst Pierre Bourdieu prangerte in *Die feinen Unterschiede* die Reisen nach Spanien indirekt an, doch entbehrt seine Kritik, die sich im Zusammenhang mit Essgewohnheiten manifestiert, einer politischen Komponente. Er assoziiert den Spanien-Tourismus mit der Zugehörigkeit der Besucher zu einem sozial niedrigeren Milieu.[149] Offen bleibt hier die Frage, inwiefern das günstige iberische Ferienziel oder die fehlenden Skrupel maßgeblich für die Charakterisierung dieser „populären Form von Tourismus“ sind. Es sei jedenfalls nebenbei erwähnt, dass die französischen Reisenden die Hälfte aller Spanien-Touristen ausmachten.[150]

Die Kritik am Ferienland Spanien nahm proportional zur Zunahme der franquistischen Repression zu. Die „Tagwacht“ hatte bereits im Dezember 1970 in einer Kolumne die unwissenden ausländischen Touristen kritisiert, die ungeachtet der Justizfarcen Spanien bereisten.[151] Anlässlich der fünf Todesurteile, die im September 1975 von spanischen Militärgerichten ausgesprochen wurden, organisierte das „Schweizerische Komitee für politische Amnestie in Spanien“[152] eine Solidaritäts-Kundgebung im Zürcher Volkshaus, an welcher Hortensia Allende, die Witwe des chilenischen

146 Bollinger schreibt über die Funktion der Karikatur in der Zeitung: „La caricature est un moyen d’expression puissant et qui influence le jugement du lecteur avant qu’il ne lise les informations. Elle a été utilisée par divers quotidiens, surtout de Suisse alémanique. Certaines caricatures apportent un élément humoristique à une information qui, dans notre cas, n’est pas d’emblée très attrayante; d’autres accentuent encore l’orientation critique ou hostile que veut donner le journal à l’information.“ Bollinger, Structure…, S. 196.

147 (Deutsch-)Schweizers Protest (Karikatur), in: TA, Nr. 305, 31. Dezember 1970.

148 O. T., in: NZ, Nr. 587, 20. Dezember 1970.

149 Bourdieu, Die feinen Unterschiede, S. 301.

150 Vgl. Sánchez, Le tourisme des années 1960…, S. 422f.

151 Vgl. Konfrontation in Burgos, in: TW, Nr. 290, 11. Dezember 1970.

152 Das Engagement dieses Komitees wird im Unterkapitel 3.2. näher beschrieben.

Staatspräsidenten, als Gastrednerin auftrat.[153] Auch SP-Nationalrat Otto Nauer hielt eine Ansprache, die unter anderem die Schweizer Spanienreisenden antastete. Die „Tagesschau" strahlte einen Teil davon aus:

> Für uns Schweizer ist Spanien ein Ferienland *par excellence*. Die schweizerischen Touristen zwischen Mallorca und Marbella, zwischen Stierkämpfen und Flamenco, wissen kaum etwas über die spanische Diktatur. Von Streiks und Massenverhaftungen, von politischen Häftlingen in den politischen Gefängnissen ist an den sonnigen Stränden nie die Rede [*Beifall*].[154]

Die Ansprache weist auffallende Ähnlichkeiten mit dem Vorwort des ein Jahr zuvor in Westdeutschland erschienenen Buches *Ferienland Spanien?* auf:

> Ferienland Spanien? Touristen zwischen Mallorca und Marbella, zwischen Stierkampf und Flamenco wissen kaum etwas über die spanische Diktatur. Von Streiks und Massenverhaftungen, von politischen Häftlingen in den politischen Zentren des Landes ist an den sonnigen Stränden nie die Rede. Spaniens Diktatur braucht eine freundliche Maske, um den Devisenfluß durch die Touristen nicht zu gefährden; um so härter kann sie dort auftreten, wo kein ausländischer Tourist oder Journalist sie beobachtet: in den großen Industriegebieten des Landes, in den Elendsquartieren der Armen und in den Gefängnissen mit politischen Häftlingen.[155]

Die weitgehende Übereinstimmung beider Texte zeigt, dass die Schweizer Linke in Bezug auf das verbale „Waffenarsenal" auch transnational aus ausländischen regimeoppositionellen Quellen schöpfte. Der indirekten Anprangerung der Schweizer Touristen in Spanien liegt gleichsam ein linkes orthodoxes Verhalten beziehungsweise die Kritik eines moralisch verwerflichen Ferienhabitus zugrunde. Zugespitzt formuliert wird dem helvetischen Tourismus in Spanien stillschweigend auf einer verhaltensethisch-symbolischen Ebene vorgeworfen, unwissentlich eine indirekte Kollaboration mit dem Regime einzugehen. Diese Kritik reiht sich in die „ethische Evolution" ein, der auch andere Lebens-, Alltags- und Gesellschaftsräume seit den späten sechziger Jahren ausgesetzt waren[156] und die sich in der Aussage „Alles ist politisch" synthetisieren lässt.[157] Gleichzeitig konnte der Aufruf einem effektiven Boykott gleichkommen, der darauf abzielte, einen der Grundpfeiler der spanischen

153 Vgl. Prieto, Antifranchismo e protezione dello Stato…, S. 46f.
154 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 20. September 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2241.
155 Ciagar/Koob, Ferienland Spanien? o. S., [S. 2]. Beim Namen des ersten Autors, „Maugri Ciagar", handelt es sich um ein Pseudonym, das durch das Vertauschen der Silben von „Grimau García" entsteht. Julián Grimau García war im April 1963 von einem spanischen Militärgericht zum Tode verurteilt und darauf hingerichtet worden. Siehe Unterkapitel 3.1. in diesem Werk.
156 Tschäni, Die Diktatur des Patriotismus, S. 23.
157 Vgl. Kalt, Tiersmondismus in der Schweiz, S. 120–125; Comte-Sponville, Kapitalismus, S. 18f.

Wirtschaft[158] ebenso wie die Visitenkarte Spaniens anzugreifen. Der Text räumt aber auch ein, die Repression finde besonders dort statt, wo ausländische Touristen oder Journalisten fehlten. Somit komme den ersteren auch eine Rolle als inoffizielle Beobachter zu, die beispielsweise die Polizei wegen des bukolischen Spanienimages zu einer Mäßigung ihrer repressiven Handlungen zwinge.

Bei der Einschätzung der Bedeutung des Tourismus-Phänomens für die politische Entwicklung Spaniens stehen die Auffassungen von eminenten Historikern wie Preston, Payne, Carr, Fusi und Abella, die im Tourismus den Katalysator für die Demokratisierung in der Bevölkerung sehen, den Positionen einiger Intellektueller wie Shlomo Ben Ami und Manuel Vázquez Montalbán entgegen, welche die freiheitlichen Zugeständnisse der sechziger Jahre im Sinne Marcuses als Praxis „repressiver Toleranz“ interpretieren.[159] Auch die US-amerikanische Schriftstellerin und Journalistin Barbara Probst Solomon misst der Präsenz von Ausländern in den vierziger Jahren eine Hemmung für den franquistischen Staatsterror bei, doch ist hier natürlich nicht von Touristen die Rede, sondern von engagierten Literaten und Journalisten.[160]

Wie antagonistisch die Beziehung zwischen Repression und Touristenpräsenz in Spanien war, ist keine leicht zu beantwortende Frage. Auch kann die Frage, wie das Regime mit dieser Ambivalenz umging, hier nicht weiter verfolgt werden. Einige Überlegungen zur Repression in Spanien erlauben uns dennoch, gewisse Pauschalisierungen aus dem Weg zu schaffen. Auf einer abstrakten juristischen Ebene agierte die Repression auf dem gesamten spanischen Hoheitsgebiet,[161] etwa durch Gesetze und Dekrete, die sie ermöglichten, und durch die gerichtlichen Instanzen, die zu ihrem Zweck eingerichtet wurden. Zudem konnte die Regierung mittels des Ausnahmezustandes die „Intensität“ der Repression auch bloß in einzelnen Regionen erhöhen, wie dies etwa 1969 und 1970 der Fall war, oder einfach einzelne Artikel des *Fuero de los Españoles* für eine gewisse Zeit außer Kraft setzen. Auf einer operativen

158 Vgl. Moser, Tourismus und Entwicklungspolitik, S. 49 78.

159 Vgl. Crumbaugh, Destination Dictatorship, S. 33 und 52. Rosendorf pflichtet den Verfechtern der liberalisierenden Kraft des Tourismus zum Teil bei: „[T]he ‚ferment‘ that helped persuade U. S. and Western European tourists to think well of Franco Spain also helped the evolution of socially and politically subversive trends in Spain.“ Rosendorf, Be El Caudillo’s Guest, S. 407.

160 Zit. in: Núñez Florencio, La percepción exterior de España durante el franquismo, S. 34.

161 Zu ergänzen ist, dass Artikel 132 des revidierten Strafgesetzbuches von 1963 auch spanische Bürger ahndete, die außerhalb des nationalen Territoriums Nachrichten oder falsche, verzerrte oder tendenziöse Gerüchte mitteilten oder in Umlauf setzten, oder welche Handlungen jedweder Art vollzogen, die darauf bedacht waren, die Glaubwürdigkeit oder die Autorität des Staates zu schädigen oder die Würde oder die Interessen der spanischen Nation zu gefährden. Für dieses Verbrechen sah das Gesetz längere Zuchthausstrafen, absolutes Berufsverbot und eine Geldbuße von zwischen 10.000 und 250.000 Peseten vor. *Código penal, texto revisado de 1963,* BOE 84/1963 (8. April 1963), S. 5881.

und offensichtlicheren Ebene bedeutete Repression in Spanien die physische Präsenz von Polizeikräften. Die *Policía Armada* und die *Guardia Civil*, ein Gendarmeriekorps, das um die Mitte des 19. Jahrhunderts zur Bekämpfung des Banditentums gegründet worden, militärisch organisiert und vor allem auf dem Lande präsent war, waren die zwei Hauptwerkzeuge uniformierter Repression in Franco-Spanien.[162] In den letzten Jahren des Regimes war der Personaletat der Polizei und der *Guardia Civil* wesentlich erhöht worden.[163] Aktive Unterdrückung wurde dort verübt, wo sie in den Augen des Regimes auch „nötig" war, namentlich bei Streiks, Demonstrationen, Fabrik- und Universitätsbesetzungen, das heißt, wenn die „öffentliche Ordnung" beeinträchtigt erschien. Solche tumultartigen Phänomene fanden aber nicht an sonnigen, bei Touristen beliebten Badeorten, sondern vornehmlich in urbanen und industriellen Ballungszentren, Vororten, Universitäten oder Häfen statt. Repression war also ein mehr oder weniger urbanes Phänomen, während Tourismus vielmehr die Peripherie oder zumindest jene monumentalen, von Reisenden begehrten Stadtviertel tangierte, die von aktiven Polizeieinsätzen kaum berührt wurden.[164] Auf der Ebene der Sitten fand hingegen eine deutliche Lockerung statt, die sich am Beispiel des Bikinitragens zeigte. Obwohl dies bis Ende der fünfziger Jahre formell verboten war, wurde es aus Angst vor Angriffen in der ausländischen Presse toleriert.[165]

Die Gegensätzlichkeit zwischen Ferienerholung bei Touristen und ihrer Unkenntnis der spanischen Realität ist ein Motiv, das nicht nur politische Reden oder die besagte Briefsammlung inspirierte, sondern auch im Beitrag des Journalisten Carsten R. Moser aus dem Jahre 1976 erwähnt wird. Die Struktur der betreffenden Passage beinhaltet auffallende Ähnlichkeiten mit den oben genannten tourismuskritischen Textpassagen, doch geht Moser in seinen Ausführungen weiter und zeichnet das erbarmungslose Bild eines bornierten (westdeutschen) Touristen, der seine spanischen Badeferien mit Scheuklappen, ohne auf heimatliche Ess- und Informationsgewohnheiten verzichten zu wollen, verbringt und dabei jegliche Interaktion mit der spanischen Realität bewusst oder unbewusst vermeidet.[166] Anders als bei Nauers Vortrag und

162 Vgl. Busquets, Die Streitkräfte zwischen Diktatur und Demokratie, S. 72.

163 Laut Beck sollte der Bestand der *Guardia Civil* 1974 auf 63.000 Mann erhöht werden, derjenige der *Policía Armada* von 19.600 im Jahr 1969 auf 31.800 im Jahr 1974. Keine Information wird hingegen zur geografischen Verteilung geliefert. Vgl. Beck, Das spanische Regierungssystem…, S. 232f. Siehe auch Casanellas, Morir matando, S. 105f.

164 Die Tötung der deutschen Touristin Felicitas Heckelt durch die spanische Polizei stellt natürlich eine Ausnahme dar. Siehe Lang, Das baskische Labyrinth, S. 234.

165 Vgl. Pack, Tourism and Political Change, S. 54; Scherrieb, Der westeuropäische Massentourismus, S. 163–165.

166 Vgl. Moser, Spaniens wirtschaftliche Zukunft nach Franco, S. 177; Krempien, Geschichte des Reisens und des Tourismus, S. 162. Für den französischen Fall siehe Sánchez, Le tourisme des années 1960…, S. 426.

dem Vorwort der Briefsammlung ist bei ihm weniger ein Appell zum Boykott als vielmehr eine Aufforderung an die Touristen herauszulesen, sich mit der einheimischen Bevölkerung zu unterhalten und das Risiko der persönlichen Erkenntnis zu wagen.

Es stellt sich die Frage, inwiefern derartige indirekte oder direkte Appelle auf Widerhall stießen. In seiner Dissertation aus demselben Jahr schrieb Scherrieb diesbezüglich:

> Die völkerverbindende Wirkung des Tourismus bietet […] gleichzeitig die Möglichkeit, durch Unterbindung der Tourismusbewegung Druck auf andere, vom Fremdenverkehr abhängige Staaten auszuüben. Man machte aber im […] Jahr [1967] noch angesichts des Obristenaufstandes in Griechenland die Erfahrung, dass der Tourist für Aufforderungen zum Boykott kaum Verständnis zeigt.
>
> Die Sympathie für einzelne Länder hängt in erster Linie von der persönlichen Einstellung des Touristen und nicht von den Parolen seiner Regierung ab. Um die Touristenströme also als politisches Druckmittel einsetzen zu können, bedarf es staatlicher Eingriffe in die Freizügigkeit, wie etwa das Verbot der Ein- oder Ausreise und die Erhebung von spürbaren Grenzübertrittsgebühren bzw. Wechselkursverschlechterungen.[167]

Ein Bericht der „National-Zeitung" vom 8. Oktober 1975, der also rund eine Woche nach den letzten Erschießungen publiziert wurde, zeichnet ein Bild der Gleichgültigkeit Schweizer Spanienreisender, das sich in Scherriebs Argumentation einschreibt, obschon in den bisher betrachteten Boykottaufrufen keineswegs Schweizer Regierungskreise, sondern linke Kollektive aktiv waren.

> Die Hinrichtungen in Spanien und die grimmige Protestwelle gegen das faschistische Franco-Regime konnten den Geschäftsgang der Schweizer Reisebüros nicht erschüttern. Die Herbstangebote für Spanien-Ferien sind vielerorts voll ausgebucht, ein Buchungsrückgang ist nicht in Sicht und Annullationen von bereits gebuchten Reisen gibt es nur in den seltensten Fällen.[168]

Hanspeter Guggenbühl, Verfasser des Berichts,[169] stellt nicht nur keinen Rückgang fest, sondern sogar einen konstant starken Enthusiasmus für Spanienziele. Die Beliebtheit dieser Ziele wird anhand der regen Buchungsaktivität verschiedenster Schweizer Reiseunternehmen wie Kuoni und Esco veranschaulicht. „‚Ganz wenige Annullationen' gab es nur beim Reisebüro Imholz (Mallorca-Reisen) sowie beim Studentenreisedienst […] für Zugfahrten. Außerdem hat beim [Studentenreisedienst] eine ganze Gruppe ihre Buchung zurückgezogen. Sonst ist der Tenor aber überall der gleiche: ‚Keine Auswirkungen'",[170] heißt es weiter. Besondere Maßnahmen hätten nur Kuoni – Erlass der Annullationsgebühr bei kurzfristiger Stornierung– und der

167 Scherrieb, Der westeuropäische Massentourismus, S. 166.
168 Spanien bleibt Schweizer Reise-Hit, in: NZ, Nr. 313, 8. Oktober 1975.
169 Derselbe Text wurde auch in der „Tat" abgedruckt. Vgl. Spanien bleibt Schweizer Ferien-Hit, in: Die Tat, Nr. 234, 6. Oktober 1975.
170 Spanien bleibt Schweizer Reise-Hit, in: NZ, Nr. 313, 8. Oktober 1975.

Studentenreisedienst – zurückhaltende Empfehlung, auf spanische Reiseziele zu verzichten – unternommen. Doch abgesehen davon hätten die Schweizer Reisebüros nichts unternommen, um den Zustrom Schweizer Touristen nach Spanien zu dämpfen. Selbst der Sekretär des Reisebüro-Verbandes und Zürcher SP-Gemeinderat Paul Sprecher sprach sich gegen boykottähnliche Maßnahmen aus. Guggenbühl schließt seinen Beitrag mit einem Zitat Sprechers ab: „,Wir sind ein Dienstleistungsbetrieb, es ist nicht unsere Aufgabe, politisch Stellung zu nehmen.' Sowohl als Verbandssekretär wie als Politiker vertritt Sprecher die Auffassung, dass jeder Bürger selbst entscheiden soll, welches Land er bereisen will und welches nicht."[171] Man stellt also fest, dass selbst innerhalb der SP keine Einhelligkeit in Bezug auf die Verurteilung der Diktatur herrschte, beziehungsweise dass die Verurteilung und die Protestmaßnahmen nicht so weit gehen durften, dass sie die schweizerische Tourismusbranche antasteten. So wirkt Sprechers Eigenverantwortungsargument vielmehr als eine diskursive Strategie, die darauf abzielt, die eigene Verantwortung in einem sehr umstrittenen Thema von sich zu weisen. Generell reihen sich die genannten Boykottaufrufe in die seit den sechziger und siebziger Jahren einsetzende Vorstellung ein, wonach Konsumption zunehmend als eine politische Handlung verstanden wurde.[172]

Der Erfolg des Ferienlandes Spanien lässt sich auch an jenem von Schweizer Reisegesellschaften ablesen und zwar ausgerechnet in den Jahren höchster Konfliktivität und stärkster Repression. Konnte die Kuoni AG 1972 erstmals ihren Namen in Spanien als geschütztes Label eintragen, so erhielt sie im darauffolgenden Jahr eine provisorische Spanien-Lizenz und konnte dann 1974 ihr erstes Büro in der Madrider Innenstadt eröffnen. Im Jahre 1975 erhielten auch die Büros in Palma de Mallorca und in Las Palmas eine definitive Bewilligung.[173] Ähnlich verhielt es sich mit der Genossenschaft Hotelplan, die im Geschäftsjahr 1974/75 fünf eigene Verkaufs- und Auskunftsbüros auf spanischem Boden zählte.[174] Im Geschäftsbericht heißt es ferner: „Mallorca und die Kanarischen Inseln waren im vergangenen Jahr wiederum die bevorzugten Reiseziele. Aber auch Tunesien, Griechenland, die Costa del Sol, Ibiza, Algerien und Jugoslawien standen weit vorne in der Gunst des Publikums."[175]

War in gewissen Sektoren der Schweizer Gesellschaft Spanien als Ferienland höchst verpönt, so ist es kaum überraschend, dass die spanische Regierung umso stärker die spanischen Wahrzeichen wie Sonne, Strände, Landschaften, Monumente und Städte zu vermarkten bestrebt war. Die staatliche Förderung des Tourismus tangierte aber

171 Ebd. (Hervorhebung im Original).
172 Vgl. Kalt, Tiersmondismus in der Schweiz, S. 490–523.
173 Vgl. Lüönd, Weltwärts, S. 182f.
174 Vgl. Geschäftsbericht 1974/75, Genossenschaft Hotelplan Zürich [1976], ZWD e-1101, Sch. 1936/37–1979/80, S. 4.
175 Ebd., S. 5.

auch die eigenen Landsleute im Ausland. Seit 1960 gab das *Instituto Español de Emigración* eine Monatszeitschrift heraus, die an die im Ausland lebenden Landsleute adressiert war und darauf abzielte, diese über allgemeine Fragen zum Leben in Spanien und in den einzelnen Regionen zu informieren.[176] „Carta de España" (dt. „Brief aus Spanien") wandte sich zunächst an die transatlantische spanische Gemeinschaft, doch sollte sich der Adressatenkreis im Verlauf der darauffolgenden Jahre auf die Emigration in Europa verschieben. Mithilfe der Coverbilder vermittelte die Zeitschrift ein touristisches Bild Spaniens. Calvo Salgado nimmt in seinem Aufsatz Bezug auf Benedict Andersons Begriff der „imagined community", welcher „Nation" als „eine vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän"[177] – definiert. Die „spanische Nation" werde entsprechend unter anderem mithilfe von identitätsstiftenden Elementen wie dem Katholizismus, der nationalen Einheit, des imperialen Bewusstseins und der Vorstellung, wonach jeder seinen eigenen Platz in der Gesellschaft kennen und wahren müsse, durch „Carta de España" festgeschrieben. Die Botschaft der Zeitschrift und ihr Adressatenkreis zeigen, laut Calvo Salgado, die Bestrebungen der Zeitschrift, den Tourismus zu fördern, den es insbesondere den spanischen Gastarbeitern im Ausland schmackhaft machen wollte. „Carta de España" sollte also die im Ausland lebenden Spanier dazu anspornen, in ihrer Ferienzeit andere Provinzen, andere Städte Spaniens zu besichtigen, statt an ihre jeweiligen Heimatorte zurückzukehren. Zu diesem Zweck ergriff die Zeitschrift ein ikonografisches Repertoire, welches die vom Regime geförderten Werte vermitteln sollte.[178] Die wirtschaftlich-technologischen Erfolge sowie der mystisch-religiöse Charakter von Pilgerorten und religiösen Feierlichkeiten zeigen allerdings ein regimebejahendes Propagandabild, das deutlich an ein spanisches Publikum gerichtet war und sich dementsprechend von der Tourismuswerbung unterschied, die sich vornehmlich an ausländische Reisende richtete.

Die Tourismus-Thematik wurde unter anderem auch in der SRG-Sendung „Telerevista" tangiert, einem Format, das ähnliche Absichten wie die Fernsehsendung „Un'ora per voi" wahrte,[179] sich aber an die in der Schweiz lebenden spanischen Gastarbeiter wandte. Erstmals ausgestrahlt wurde die Sendung im Frühjahr 1973, zunächst monatlich bis sich ein konstanter Zweiwochen-Rhythmus festlegte. Tourismus war in

176 Vgl. Calvo Salgado, La fotografía en *Carta de España*, S. 278–280.

177 Anderson, Die Erfindung der Nation, S. 15.

178 Zur fortschrittsbejahenden Ikonografie siehe Cotarelo, Iconografía política del franquismo, S. 441–449.

179 Über die Sendung „Un'ora per voi" siehe Gaggini Fontana, Matilde: Un'ora per voi: storia di una tv senza frontiere, Bellinzona 2009 (Itinerari 2); vgl. Aziz/Piattini, Servizio pubblico…, S. 167–174.

„Tele-revista“ durchgehend präsent.[180] In diesem Zusammenhang wurde über Messen und Ausstellungen zu Reisen, Tourismus und Ferien berichtet, die in Genf, Lausanne oder Montreux stattfanden. Dass ein Teil der im Ausland lebenden Spanier ebenfalls vom Tourismus in ihrer Heimat profitierte, zeigt die Vorliebe für die katalanische (Costa Brava und Costa Dorada) und die kantabrische Nordküste im Jahre 1967, als sich von den knapp 8000 auslandsspanischen Hotelgästen 1373 für den Norden und etwa 2400 für Katalonien entschieden.[181]

Die quantitative Betrachtung des westeuropäischen Spanientourismus zeigt ebenso, dass das Argument der Menschenrechtsverletzung weitgehend überhört wurde.[182] Zwischen 1950 und 1973 betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Touristen, die Spanien besuchten, 16%.[183] In der bundesdeutschen Statistik behielt Spanien zwischen 1966 und 1973 den dritten Platz der beliebtesten Reiseziele und stand hinter Österreich und Italien. Der Anteil westdeutscher Spanienreisender nahm von 1966 bis 1972 stetig zu und erreichte in diesem Jahr 13,3%, um dann im darauffolgenden auf 7,0% zu sinken.[184] In den sechziger Jahren stiegen auch die Besuche französischer Touristen fast immer kontinuierlich an und betrugen 1969 rund 8,2 Mio.[185] Die Energiekrise setzte diesem positiven Trend kurzfristig ein Ende. Zwischen 1973 und 1976 reduzierte sich die Tourismus-Nachfrage jener Länder, die am meisten Touristen nach Spanien schickten, namentlich des Vereinigten Königreichs und der BRD.

Unter den Massen von ausländischen Touristen, die jährlich Erholung und Wärme in Spanien suchten, befanden sich auch viele Schweizerinnen und Schweizer. Die statistischen Daten zum schweizerischen Reiseverkehr im Ausland zeigen eine vergleichbare Entwicklung, wobei hier anfänglich die Anzahl der Übernachtungen als Parameter betrachtet wurden. Zwischen 1969 und 1973 nahmen diese von rund 1,2 Millionen auf rund 1,7 Millionen kontinuierlich zu.[186] Ab Mitte der siebziger Jahre

180 Vgl. Calvo Salgado/Langa Nuño/Prieto López, La Transición Española desde la emigración, S. 191; siehe auch Calvo Salgado/Langa Nuño/Prieto López, representaciones, imágenes.

181 Vgl. Moser, Tourismus und Entwicklungspolitik, S. 236f.

182 Buchanan, How „Different“ Was Spain, S. 85.

183 Vgl. Sánchez Picón/Marzo López, *Spain is different*, S. 141. Die starke Anziehung Spaniens wird auch bei Judt erwähnt, der für das Jahr 1966 17,3 Millionen und 34 Millionen ausländische Touristen für das Jahr 1974 zählt. Vgl. Judt, Postwar, S. 517.

184 Vgl. Scherrieb, Der westeuropäische Massentourismus, S. 118.

185 Vgl. Sánchez, Le tourisme des années 1960…, S. 418.

186 Vgl. Reiseverkehr der Schweizer im Ausland 1973, S. 8. Bis 1977 wurden bloß die Logiernächte, nicht aber die Einreise bzw. Grenzübertritte, die erst ab 1978 erscheinen. Ferner ist bis 1975 nicht die (Schweizer) Nationalität der Touristen, sondern der ständige Wohnsitz (in der Schweiz) maßgebend. Zur geringen Verlässlichkeit amtlicher Tourismusquellen siehe Sánchez, Le tourisme des années 1960…, S. 414.

konstatiert man einen unstetigen Verlauf. Ab 1974 erfahren die Übernachtungen einen leichten Rückgang um 1% gegenüber dem Vorjahr,[187] der aber 1975 mit über 2 Millionen Übernachtungen überkompensiert wurde.[188] 1976 verzeichnete man erneut einen starken Rückgang mit einer relativen Abnahme der Übernachtungen um 19%,[189] die allerdings 1977 wiederum 2,2 Millionen betrugen[190] und 1978 auf rund 2,5 Millionen anstiegen.[191] In den Jahren 1970 und 1972 genoss Spanien bei den Schweizer Touristen sogar eine leicht größere Beliebtheit als die französischen Ferienziele und erreichte entsprechend den zweiten Platz nach Italien. In den übrigen Jahren blieb Spanien immerhin auf dem dritten Platz.

Die Masse von Schweizer Touristen, die jährlich Spaniens Wärme suchten, vermischte und verwischte sich gleichsam mit jener der spanischen Gastarbeiter, die ebenfalls im Sommer in ihre Heimat zu ihren Familien zurückreisten.[192] Die bittere Wirklichkeit der magnetischen Anziehungskraft des spanischen Reiselandes, welche linke Idealisten und Nostalgiker der Republik wahrnahmen, der Niedergang ihres heroischen Spanienbildes, dessen noch Albert Camus gedacht hatte,[193] zugunsten einer konsumorientierten Masse von Muße suchenden Menschen, die jeglichem Engagement den Rücken kehrten, wurde auch in Alain Resnais' Film aus dem Jahre 1966 *La guerre est finie* mit Yves Montand in der Rolle eines exilierten spanischen Kommunisten thematisiert, der enttäuscht die Aussichtslosigkeit des Kampfes erkennt.[194] Das Drehbuch kam aus der Feder des spanischen Exilkommunisten Jorge Semprún.

2.3 Die spanische Einwanderung in die Schweiz

Um die Migration ins Ausland zu koordinieren, rief die spanische Regierung 1956 das *Instituto Español de Emigración* (dt. „Spanisches Auswanderungsinstitut") ins Leben.[195] Bald darauf trat eine Wende in der spanischen Migrationspolitik ein, sodass die Auswanderung nicht mehr auf Lateinamerika ausgerichtet war, sondern fortan die westeuropäischen Länder ins Visier nahm. Der spanische Einwanderungsstrom

187 Vgl. Reiseverkehr der Schweizer im Ausland 1974, S. 5.
188 Vgl. Reiseverkehr der Schweizer im Ausland 1975, S. 12.
189 Vgl. Reiseverkehr der Schweizer im Ausland 1976, S. 5.
190 Vgl. Reiseverkehr der Schweizer im Ausland 1977, S. 5 u. 13.
191 Vgl. Reiseverkehr der Schweizer im Ausland 1978, S. 13.
192 Vgl. Ysàs, ¿Una sociedad pasiva? S. 34.
193 Vgl. Duarte, La República, S. 122.
194 Vgl. Judt, Postwar, S. 524.
195 Eine konzise aber aufschlussreiche Zusammenfassung der Geschichte der spanischen Migration in die Schweiz der Nachkriegszeit findet sich in Calvo Salgados Aufsatz „La emigración española", der zudem die einschlägige Fachliteratur zu diesem Thema enthält.

in die Schweiz erlebte erst ab Anfang der sechziger Jahre eine massive Steigerung, die dann zu Beginn der siebziger Jahre ihren Höhepunkt erreichte. Zählte die spanische Gemeinschaft in der Schweiz 1960 gerade mal rund 13.000 Personen, sollten es 1970 über 100.000 sein und 10% der ausländischen Bevölkerung ausmachen, um dann als Folge der Energiekrise der siebziger Jahre im Jahre 1980 auf etwa 97.000 Spanierinnen und Spanier zurückzufallen.[196] Im Jahre 1960 waren die Italiener die größte Gastarbeiter-Gemeinschaft in der Schweiz und machten 60% aller Ausländer aus; dieser Anteil sollte auch in den darauffolgenden Jahren konstant bleiben.[197]

Unter Berücksichtigung der Größe des Landes und der Stärke des Einwanderungsstroms kommt der Schweiz wie kaum einem anderen Staat die Bezeichnung „Einwanderungsland“ zu.[198] Dennoch sollte sich die Schweiz nie wirklich als ein solches bekennen.[199] Grund für die Zunahme der Einwanderung in der Nachkriegszeit war die hohe Nachfrage an Arbeitskräften in dem vom Weltkrieg verschonten und über eine intakte Industrie verfügenden Land[200] und – insbesondere im Falle Spaniens – das bilaterale Abkommen zwischen den beiden Ländern, das am 2. März 1961 in Madrid unterzeichnet wurde und Anstellung, Aufenthalt und Arbeitsbedingungen der spanischen Migrantinnen und Migranten in der Schweiz regelte.[201] Das Interesse der Schweiz, künftig insbesondere spanische Arbeitskräfte anzuwerben, lag daran, dass Italien immer mehr Forderungen betreffend Wohnqualität und Familiennachzug für seine in der Schweiz lebenden Gastarbeiter stellte. Im selben Jahr wurden Verhandlungen zur Erneuerung des bestehenden bilateralen Abkommens zwischen diesen beiden Ländern auf Initiative Italiens initiiert aber bereits im November desselben Jahres ebenfalls von italienischer Seite wieder suspendiert.[202] Erst am 10. August 1964 unterzeichnete die Eidgenossenschaft mit dem südlichen Nachbarland ein neues Abkommen, das neuerdings die Lohngleichstellung zwischen italienischen und einheimischen Arbeitnehmern und das Recht auf Familiennachzug nach einem Aufenthalt von bloß 18 Monaten sicherstellte.[203] Zudem durften Saisonniers, die während fünf Jahren mindestens 45 Monate lang in der Schweiz gearbeitet hatten, neu die Niederlassungsbewilligung erlangen und ihre Familie zu sich ziehen lassen.

196 Vgl. Farré, La Suisse et l’Espagne de Franco, S. 394f.; Farré, Spanische Agitation, S. 7; Calvo Salgado, Las relaciones del IEE con Suiza, S. 191; Calvo Salgado, La emigración española, S. 293.
197 Vgl. Calvo Salgado, Las relaciones del IEE con Suiza, S. 190.
198 Vgl. Calvo Salgado, La emigración española, S. 291.
199 Vgl. Kreis, Die Schweiz wird zum Einwanderungsland, S. 33f.
200 Vgl. Misteli/Gisler, Überfremdung, S. 99.
201 Vgl. Calvo Salgado, Las relaciones del IEE con Suiza, S. 194; Calvo Salgado, La emigración española, S. 300–306.
202 Vgl. Cerutti, Un secolo di emigrazione italiana…, S. 78–80.
203 Vgl. ebd., S. 81f; Buomberger, Kampf gegen unerwünschte Fremde, S. 52.

Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen wurden mittels eines komplexen Statutensystems vergeben, das drei verschiedene Typen von Einwanderern unterschied. Die Niederlassungsbewilligung wurde jenen Ausländern erteilt, die mindestens zehn Jahre in der Schweiz verbracht hatten. Als Jahresaufenthalter galten jene Ausländer, die aus beruflichen Gründen länger als die Dauer von Ferien oder einer Saison in der Schweiz verweilten.[204] Für die Verlängerung dieser Bewilligung war keine Heimreise erforderlich. Saisonarbeiter waren schließlich jene Gastarbeiter, welche für die Dauer von neun Monaten einreisten. Danach mussten sie in ihre Heimat zurückkehren. Gastarbeiter wurden auf diese Weise zu „Arbeitsmarktpuffern", die man als Korrekturparameter in Abhängigkeit von den konjunkturellen Rahmenbedingungen justieren konnte.[205]

Im Gegensatz zur italienischen Regierung zeigten die spanischen Repräsentanten kaum Interesse daran, am Verhandlungstisch besondere soziale und familiäre Forderungen durchzusetzen.[206] Deren Absichten beschränkten sich darauf, die Rekrutierung von Arbeitskräften und das Arbeitsangebot sicherzustellen. Für das spanische Regime galt die Auswanderung seiner Bürger einerseits als Prestigeangelegenheit, die darauf abzielte, sein Image zu verbessern, indem es die spanische Arbeitskraft als Wahrzeichen einer neuen Wirtschaftsära exportierte.[207] Andererseits versuchte das Regime, den nationalen Arbeitsmarkt zu entspannen und von den Geldsendungen der Auswanderer in die Heimat zu profitieren.[208] Dadurch kam auch ein relativer Arbeitskräftemangel zustande, der mit der Einführung neuer Technologien behoben werden musste, die wiederum dank der Devisen der Emigranten finanziert werden konnte. Ferner habe der Auslandsaufenthalt der Emigranten diese durch deren Einsatz in hochmodernen Industriebetrieben beruflich weitergebracht und sie mit neuem Know-how versorgt.

Die spanischen Gastarbeiter in der Schweiz waren mit einem liberaleren Lebensstil und offeneren Mentalitäten konfrontiert als in ihrem Heimatland,[209] aber auch mit restriktiven Gesetzen, Kontrollpraktiken und fremdenfeindlichen Einstellungen. Insbesondere die Einreise war mit Furcht, Ungewissheit und Erniedrigung verbunden. Grund dafür war die grenzsanitärische Kontrolle, die darauf bedacht war, Tuberkulose- und Syphilisfälle zu ermitteln und den etwaigen Betroffenen

---

204 Vgl. Calvo Salgado, La emigración española, S. 291.
205 Vgl. Romano, Die Überfremdungsbewegung…, S. 147.
206 Vgl. Calvo Salgado, La emigración española, S. 301.
207 Vgl. Kreienbrink, La política de emigración a través de la historia del IEE, S. 18f.
208 Vgl. Biescas, Estructura y coyuntura económicas, S. 90; Shubert, A Social History of Modern Spain, S. 209; Martín Aceña/Martínez Ruiz, The Golden Age of Spanish Capitalism, S. 40.
209 Vgl. Farré, Emigrantes españoles en Suiza, S. 197; Latorre Catalán, Ciudadanos en democracia ajena, S. 83.

die weitere Einreise zu verwehren und ihre Rückführung in die Heimat zu erzwingen.[210] Diese Kontrollpraxis war Teil eines bis in die Zwischenkriegszeit zurückreichenden Hygiene-Diskurses zur Wahrung einer Immunität des Körpers der Nation gegen Eindringlinge.[211]

Im Jahre 1960, also schon vor dem Abschluss des bilateralen Migrationsabkommens zwischen den beiden Ländern, reisten zahlreiche Spanier in die Schweiz ein,[212] die sich zwar am Grenzposten des Genfer Bahnhofs von Cornavin als Touristen ausgaben, aber in Wirklichkeit an einem längeren Aufenthalt und einer Anstellung in einer Schweizer Firma interessiert waren. Die Genfer Fremdenpolizei schätzte den täglichen Zulauf solcher spanischen Pseudotouristen auf etwa fünfzig. Da die Schweizer Arbeitgeber im höchsten Maße daran interessiert waren, spanische Arbeitskräfte anzustellen, wurde neben dem Bahnhof ein Anstellungsbüro des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) eröffnet, mit dem Ziel, den Arbeitssuchenden zu einer Anstellung und einer Aufenthaltsbewilligung zu verhelfen. Jene Einreisenden, für die man keine passende Stelle finden konnte,[213] wurden jedoch alsbald wieder ausgewiesen und in den nächsten Zug nach Frankreich gesetzt. Im Jahre 1961 konnte das Genfer Anstellungsbüro 6000 spanischen Einwanderern eine Stelle vermitteln. In einem Artikel der Wochenendausgabe der „Gazette de Lausanne“ wird die Thematik dieser spanischen Pseudotouristen aufgegriffen.

> Ils n'ont pas l'air conquérant des Croisés, ces Espagnols que les wagons vomissent par centaines sur le quai. Dans leurs yeux, pendant qu'ils se rendent à la douane en troupeau compact, une crainte presque animale qui remonte du fond de la préhistoire. ‚Les Espagnols de ce côté'. Le geste de l'agent est explicite, pas besoin de traduire. Les autres voyageurs passent, quelques-uns avec un sourire compatissant, certains avec l'air entendu du négrier devant les esclaves.[214]

Darin werden unmissverständlich die Misere der Gastarbeiter und die Erniedrigungen aufgezeigt, die sie hinnehmen mussten. Die Betonung der menschenunwürdigen Behandlung offenbart sich hier jedoch eher als Stilmittel zur Sensibilisierung der Leserschaft denn als die Meinung des Verfassers. Der Vergleich mit den Kreuzrittern (fr. *croisés*) ist als sarkastische Anspielung auf die in der Regimepropaganda verwendete Bezeichnung für den spanischen Bürgerkrieg zu verstehen.

---

210 Einige dieser Erfahrungen wurden von Calvo Salgado in verschiedenen Beiträgen beschrieben und analysiert. Siehe Calvo Salgado, La práctica social de la administración migratoria, S. 63–88; Calvo Salgado, El control sanitario, S. 57–82; Calvo Salgado, Las relaciones del IEE con Suiza, S. 198–203, sowie Hirt, Die Schweizerische Bundesverwaltung..., S. 111–125.

211 Vgl. Kury, Die Gründung des Grenzsanitätsdienstes..., S. 248f.

212 Vgl. Calvo Salgado, La emigración española, S. 303.

213 Vgl. Hirt, Die Schweizerische Bundesverwaltung..., S. 131.

214 Les Espagnols à la recherche d'un paradis, in: Gazette de Lausanne, 21./22. Juli 1962.

Mit einer gewissen Erniedrigung waren auch deren Anstellungen verbunden, denn sie übernahmen grundsätzlich Jobs, die von der einheimischen Bevölkerung als herabsetzend, mühsam und deshalb unattraktiv galten und für die in den meisten Fällen keine Qualifikation erforderlich war. Die wichtigsten Wirtschaftsbranchen, in denen die spanischen Migranten aufgenommen wurden, waren die Hotellerie, die Baubranche und die Fabrikarbeit im Allgemeinen.[215] Auch die Land-, die Forstwirtschaft und der Bergbau spielten anfänglich eine relevante Rolle, doch nahmen diese Branchen allmählich ab, während die Baubranche stärker zunahm. Für die Situation in den sechziger und siebziger Jahren stellt man ferner eine gewisse Gesetzmäßigkeit zwischen manchen Wirtschaftsbranchen und dem Status der beschäftigten spanischen Arbeiterinnen und Arbeiter fest. In dieser Zeit waren Saisonarbeiter insbesondere in der Baubranche und in der Hotellerie vertreten. Jahresaufenthaltern begegnete man verstärkt in der Metallurgie, aber zum Teil auch in der Hotellerie. Während aber bei den Jahresaufenthaltern beide Geschlechter in etwa gleichmäßig vertreten waren, fand man bei den Saisonarbeitern fast ausschließlich Männer.

Beim Alter der in den sechziger und siebziger Jahren in der Schweiz lebenden Spanierinnen und Spanier fällt auf, dass die grösste Altersgruppe jene zwischen 15 und 39 Jahren war, was also eine relativ junge Ausländergemeinschaft ausmacht.[216] In den nachfolgenden Jahrzehnten stellte man eine Alterung der größten Altersgruppe sowie das Aufkommen einer weiteren jüngeren Generation feststellen. Aus geografischer Sicht betrachtet, waren es vor allem die urbanen Kantone waren, die die meisten spanischen Einwanderer aufnahmen. Im Jahr 1970 lebten rund 15% aller kontrollpflichtigen Spanier im Kanton Genf, 14,5% im Kanton Zürich, 14% in der Waadt, rund 13% im Kanton Bern (inkl. Jura) und 4,3% in Basel-Stadt.[217]

Der Abschluss des Italienerabkommens und dessen Ratifizierung durch die Bundesversammlung brachte eine Besserstellung dieser Gastarbeiter gegenüber den Spaniern mit sich, welche nach wie vor drei Jahre warten mussten, bis sie ihre Familien in die Schweiz nachziehen lassen durften.[218] Calvo Salgado zählt eine Reihe von Gründen für die Unterschiede in der Handhabung der italienischen und spanischen Gastarbeiter auf, wie beispielsweise die ältere Migrationstradition bei ersteren, die stärkere Integration Italiens in der internationalen Politik sowie den Druck der Gewerkschaften in Italien und des PCI auf die italienische Regierung. Zudem standen die Mitglieder der Regierung in Rom, anders als jene Spaniens, welche vom Diktator selbst und direkt

215 Vgl. Calvo Salgado, La emigración española, S. 298f.
216 Vgl. ebd., S. 298.
217 Vgl. ebd., S. 300.
218 Vgl. ebd., S. 307.

ernannt wurden, unter dem Druck der Wahlen, der natürlich je nach Wahltermin die außenpolitische Agenda bedingte.[219]

Auf der spanischen Seite schien bloß die vertikale Gewerkschaft OSE sich ein wenig um die Anliegen ihrer Mitbürger im Ausland zu sorgen. Eine wichtige Rolle kam dabei der Figur des Arbeitsattachés (sp. *agregado laboral*) zu.[220] Offiziell nahm dieser Beamte den Auftrag wahr, die spanischen Gastarbeiter in sozialen und arbeitsrechtlichen Belangen zu beraten, doch in Wirklichkeit bestand dessen Aufgabe insbesondere darin, das politische Credo der spanischen Untertanen zu kontrollieren.[221] 1965 zählte man schweizweit fünf spanische Arbeitsbüros, die bis 1972 auf acht aufgestockt wurden. Zwecks politischer Kontrolle pflegten die Arbeitsattachés Beziehungen zu Spanier-Vereinen, die sie zum Teil finanzierten und mit Propaganda versorgten. Als Beamte der OSE, also einer der wenigen Bastionen, die Franco nach dem Zweiten Weltkrieg in den Händen der *Falange* belassen hatte,[222] waren die spanischen Arbeitsattachés Falangisten.[223] Sie versuchten auch, Kontakte zu gewerkschaftlichen und linken Kreisen in den Aufnahmeländern zu knüpfen, was aber aufgrund der Feindlichkeit ebendieser Kreise gegenüber dem Regime kein leichtes Unterfangen war.[224] Seit dem Abschluss des Italienerabkommens arbeiteten die spanischen Behörden darauf hin, den spanischen Migranten dieselben Vorteile wie den Italienern zu verschaffen. Problemfelder stellten auch die prekäre Wohnsituation und das anwachsende fremdenfeindliche Klima dar.

Das Menetekel einer vermeintlichen Überfremdung war ein ständiger Begleiter der in der Schweiz lebenden Gastarbeiter. Anders als in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre war der neue Überfremdungsdiskurs nicht mehr ausschließlich konjunkturell, sondern ethnisch und kulturell motiviert und durch rechtskonservative Kreise geführt.[225] Waren zwar die Überfremdungsinitiativen, die eine drastische Einschränkung der Ausländerzahlen forderten, wenig erfolgreich, so veranlasste die Energiekrise um die Mitte der siebziger Jahre die Bundesbehörden dazu, die Arbeitslosigkeit zu reexportieren. Hiervon waren vor allem die Saisonniers aber auch die Jahresaufenthalter betroffen. Im Vorfeld der dritten Überfremdungsinitiative, die ebenfalls von der NA lanciert wurde, beschloss die Landesregierung schließlich, auch noch die

219 Vgl. Cerutti, Un secolo di emigrazione italiana…, S. 80f.
220 Vgl. Beck, Das spanische Regierungssystem…, S. 255–273.
221 Vgl. Calvo Salgado, Las relaciones del IEE con Suiza, S. 203–210.
222 Bei der ersten Regierungsumbildung nach der deutschen Kapitulation säuberte General Franco sämtliche Ministerposten von Falangisten mit Ausnahme des Arbeits- und des Justizministeriums. Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 47f.
223 Vgl. Beck, Das spanische Regierungssystem…, S. 256f.
224 Vgl. Calvo Salgado, La emigración española, S. 310.
225 Vgl. Misteli/Gisler, Überfremdung, S. 103; Romano, Die Überfremdungsbewegung…, S. 147

Niedergelassenen und deren Angehörige in ihre Berechnungen mit einzubeziehen.[226] Betrug 1973 die Anzahl spanischer Saisonniers rund 70.000, so sollte sie 1974 auf knapp 55.000, im Folgejahr auf weniger als die Hälfte davon und 1976 schließlich auf knapp 16.000 sinken.[227]

Der Bundesrat lehnte die Forderungen des spanischen Botschafters nach Gleichstellung der Spanier und Italiener mit der Begründung ab, der Zeitpunkt sei aufgrund der „Staubwolke", die das Italienerabkommen verursacht habe, äußerst ungünstig. Dennoch wurden Zugeständnisse gemacht, diese Gleichstellung baldmöglichst zu bewerkstelligen. Das Recht auf Familiennachzug nach 18 Monaten Aufenthalt blieb nach wie vor ein strittiges Thema. 1966 drohte die spanische Vertragspartei sogar mit der Kündigung des Abkommens. Erst ein Jahr später gewährte der Bundesrat in einem *Aide-mémoire* die angestrebte Gleichstellung hinsichtlich der Bestimmungen für den Familiennachzug. Die spanische Vertragspartei wurde zur Geheimhaltung verpflichtet solange diese Bestimmungen nicht offiziell publik gemacht worden seien.[228] Das Zugeständnis befriedigte die spanischen Behörden und die Krise war vorerst überwunden, obschon der Familiennachzug bei Weitem nicht die einzige Sorge der spanischen Arbeitsattachés war.

Die Angst vor der kommunistischen Bedrohung in den fünfziger und sechziger Jahren war ein immerwährendes Thema, das auch die Immigration tangierte. Die Italiener stellten in den Augen der Bundesbehörde eine besondere Gefahr dar, zumal in ihrer Heimat der PCI eine wichtige Stellung hatte. Ferner galten die italienischen Kommunisten als „militanter, kampferprobter und streikfreudiger" als etwa die Schweizer Militanten der PdA.[229] Allmählich gerieten allerdings auch die spanischen Gastarbeiter ins Visier des Staatsschutzes.

Die Zunahme der spanischen Einwanderung um 1960 fällt zusammen mit einem Erwachen antifranquistischer Reflexe in fortschrittlichen Sektoren der Schweizer Gesellschaft, die zum Teil von der romantisch-heroischen Erinnerung an den spanischen Bürgerkrieg in Schweizer linken Kreisen animiert wurde.[230] Die Zentren, wo sich die antifranquistische Opposition am stärksten entfalten sollte, waren auch solche mit einer starken Konzentration an spanischen Migranten wie Genf, das zudem auch eine nicht zu unterschätzende Anzahl spanischer Flüchtlinge und Dissidenten aufgenommen hatte, Zürich, bevölkerungsreichste Stadt, und Bern, Bundeshauptstadt und deshalb Sitz der spanischen Vertretung in der Schweiz. Bei den oppositionellen Aktivitäten gab es drei relevante Kollektive: erstens die

---

226 Vgl. Romano, Die Überfremdungsbewegung…, 149f.

227 Vgl. Calvo Salgado, La emigración española, S. 296.

228 Vgl. ebd., S. 314.

229 Vgl. Buomberger, Kampf gegen unerwünschte Fremde, S. 84.

230 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 399.

ehemaligen Schweizer Spanienkämpfer, zweitens eine Generation von im weitesten Sinne fortschrittlich gesinnten Jugendlichen und Erwachsenen, Freiberuflern und Non-Konformisten, und drittens jene spanischen Migrantinnen und Migranten, die sich für eine Demokratisierung in ihrer Heimat einsetzten. Letzteres Kollektiv entschied sich etwa für eine antifranquistische Militanz in einer Schweizer Gruppe, Partei, Vereinigung oder Gewerkschaft.

Unter den regimefeindlichen Organisationen, die sich bereits in den frühen sechziger Jahren in der Schweiz bildeten, ist der sozialistischen Gewerkschaft UGT besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Zwei Figuren spielten bei der Genese einer Schweizer Sektion eine entscheidende Rolle: der spanische Mathematiker Miguel Sánchez-Mazas,[231] Sohn eines ehemaligen Franco-Ministers,[232] und der Tessiner Sozialist und Kleinunternehmer Antonio Quadranti. Sánchez-Mazas, der in spanischen Studentenkreisen eine sozialistisch begründete regimefeindliche Haltung entwickelt hatte, zog bereits Ende der fünfziger Jahre nach Genf. Diese Stadt stellte eine schweizweite Ausnahme dar, denn hier hatte sich eine Reihe von Persönlichkeiten des spanischen sozialistischen Exils niedergelassen wie Andrés Saborit, Luis Araquistáin und Julio Álvarez del Vayo.[233] Sánchez-Mazas plädierte in seinen Schriften für eine ideologisch breit angelegte Opposition gegen das Regime, welche sämtliche demokratischen Kräfte umfassen und in welcher die PSOE, aufgrund ihrer historischen Bedeutung, eine führende Rolle spielen sollte, schloss aber die Kommunisten aus.[234]

Die Beziehungen zwischen dem Einzelkämpfer Sánchez-Mazas und dem Sitz des spanischen Exilsozialismus in Toulouse gestaltete sich schwierig. Seine Bestrebungen erhielten allerdings mit der massiven Zunahme der spanischen Einwanderung nach Genf ab den frühen sechziger Jahren starken Aufwind. Mittlerweile sah auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund in den spanischen Gastarbeitern einen fruchtbaren Boden für die antifranquistische Opposition und besetzte deshalb Kaderpositionen mit Spanischsprechenden in der Absicht, sowohl eine franquistische als auch eine kommunistische Unterwanderung der Gewerkschaften zu unterbinden.[235] Hier zeigt sich erneut die für die geistige Landesverteidigung typische Ablehnung des Kommunismus, die selbst in den Reihen der Sozialdemokratie

---

231 Vgl. Hirt, Die Schweizerische Bundesverwaltung…, S. 506–513.

232 Bernecker weist auf die franquistische Universität der unmittelbaren Nachkriegszeit als ein für die Genese einer ersten subversiven Mentalität wichtiges Zentrum des intellektuellen Austausches zwischen den Sprösslingen der Familien der Sieger und jenen der Besiegten hin. Vgl. Bernecker, The Change in Mentalities, S. 76f.

233 Vgl. Farré, „Desde el corazón de la juventud de España… “, S. 106.

234 Vgl. ebd., S. 110.

235 Vgl. ebd., S. 116.

vertreten war.[236] Die Vorstellung einer Schweizer Sektion der UGT trat bereits 1960 stärker in Sichtweite, und Sánchez-Mazas fungierte als Vermittler zwischen dem Gewerkschaftsbund und den Genfer Gewerkschaften. Trotz der ursprünglichen Zurückhaltung der Schweizer Syndikate gegen die antifranquistische Ausrichtung einer Schweizer UGT-Sektion wurde schließlich in Genf die erste Sektion ins Leben gerufen. Bei der Verbreitung der UGT in weiteren Schweizer Städten sollte Antonio Quadranti eine wichtige Rolle spielen.[237]

Quadranti stammte aus einer bäuerlichen Familie aus Castel San Pietro. Diverse Madrider Sprachaufenthalte in den fünfziger Jahren brachten ihm das Thema Spanien näher. Er knüpfte darauf Kontakte zu regimekritischen Gastarbeitern wie Ramón Joya und Miguel Soto.[238] Nach einer Reise nach Toulouse lernte er auch Sánchez-Mazas kennen. Daraus entstand eine rege Zusammenarbeit.[239] Ein erstes Resultat war die Bildung einer gewerkschaftlichen Koordinationsgruppe, die sich wichtige Ziele auf die Fahne schrieb, wie den Schutz spanischer Gastarbeiter, die Öffnung der schweizerischen Gewerkschaftswelt für diese sowie die gewerkschaftliche Bildung der Gastarbeiter.[240]

Das Jahr 1963 stellte eine wichtige Zäsur dar. Die Hinrichtung des Kommunisten Julián Grimau entfachte nicht nur eine Welle des Protestes, sondern verursachte auch zahlreiche Vereinsgründungen unter den spanischen Gastarbeitern. So entstand in demselben Jahr aus der Feder Quadrantis der *Club Besteiro*, aus welchem im November die Zürcher UGT-Sektion entsprang. In dieser Zeit war die Genfer Pioniersektion von inneren Streitigkeiten geschwächt, sodass die Gründungen weiterer Schweizer Sektionen hauptsächlich von der Zürcher Sektion aus erfolgten. Die Entstehung der ATEES als Dachorganisation spanischer Vereine in der Schweiz gegen Ende des Jahrzehnts und ihre Kontrolle durch den spanischen Kommunisten Leónidas Montero leitete eine Identitätskrise in der sozialistischen Gewerkschaft ein.[241] Die ATEES war 1969 in Luzern mit dem Ziel gegründet worden,[242] eine parallele Organisation zu den offiziellen spanischen Vertretungen zu werden und diese zu desavouieren, und dem Anspruch, die wahren Interessen der spanischen Arbeiterschaft zu vertreten. Ab den siebziger Jahren begannen die Mitgliedszahlen der UGT zu fallen. In seinem Aufsatz betont Farré den Kampf gegen

---

236 Vgl. Jorio, Geistige Landesverteidigung; Hirt, Die Schweizerische Bundesverwaltung…, S. 446–449.
237 Vgl. Farré, „Desde el corazón de la juventud de España…", S. 116f.
238 Vgl. Prieto López, „El fascismo también nos concierne a nosotros", S. 1159.
239 Vgl. Farré, „Desde el corazón de la juventud de España…", S. 117.
240 Vgl. ebd., S. 118f.
241 Vgl. ebd., S. 120f.
242 Vgl. Beuret, ATEES, S. 37–40.

den Einfluss der Kommunistischen Partei Spaniens auf die spanischen Einwanderer in der Schweiz als eines der wichtigsten Ziele der UGT.[243] Tatsächlich sollten die Errungenschaften und das Engagement dieser sozialistischen Gewerkschaft weit hinter denjenigen der Kommunisten bleiben.

Das Engagement der spanischen Sozialisten in der Schweiz beruhte hauptsächlich auf dem Kalkül der Rückkehr der spanischen gewerkschaftlich geschulten Einwanderer in ihre Heimat. Für diejenigen, die sich hingegen in der Schweiz niederließen, standen andere Herausforderungen im Vordergrund. Im Hinblick auf eine Einbürgerung von ausländischen Gastarbeitern und in der Absicht die Überfremdungsgefahr einzudämmen, wurde von behördlicher Seite gezielt auf eine Assimilation hingearbeitet. 1968 veröffentlichte der Vorsteher der Fremdenpolizei des Kantons Bern, Marc Virot, ein Vademekum für kantonale Einbürgerungsbeamte, das eine Reihe von Kriterien und Richtlinien für die Ermittlung der Assimilationsreife bei einbürgerungswilligen Ausländern beinhaltete.[244] Virot bezieht zu Beginn seiner Schrift keine klare politische Position, kritisiert jedenfalls die Überfremdungsinitiativen, wenn er sagt:

> Die demagogisch und manchmal hysterisch anmutenden Vorstösse für eine massive Beschränkung der Zahl der Ausländer sind kein Anzeichen für eine allgemeine Missstimmung. Begehren nach Abbau sind weniger berechtigt als solche nach Stabilisierung, das heisst die Vermeidung der weiteren Erhöhung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer.[245]

Man gewinnt also den Eindruck einer gewissen Konformität mit staatlichen Devisen. Auch human angehauchte Worte lassen sich feststellen, in welchen man sogar den Einfluss von Max Frischs berühmtem Zitat („Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen") erkennen kann.[246] Dann aber verschärft Virot seinen Tonfall und weist den Leser resolut zurecht:

> Bis zu einem gewissen Mass bereichert der Ausländer unsere Gemeinschaft durch seine Anwesenheit. Er ist auch nicht so grundverschieden, dass er unsere Gesellschaft sprengen würde. Wenn dem so wäre, so hätte die grosse Zahl von Ausländern beim noch so toleranten Schweizer eine Welle der Xenophobie ausgelöst. Wir akzeptieren vielleicht den Ausländer ohne weiteres, der ruhig seinen Weg geht und nicht negativ auffällt […][247]

Virots Negation der Xenophobie beim Schweizer Volk beabsichtigt, die Leser vom Gegenteil zu überzeugen, denn diese galt Mitte der sechziger Jahre als ein im Ausland

243 Vgl. Farré, „Desde el corazón de la juventud de España… ", S. 122.

244 Vgl. Virot, Vom Anderssein zur Assimilation.

245 Ebd., S. 12.

246 Vgl. ebd., S. 6.

247 Ebd., S. 13.

anerkanntes Schweizer Merkmal.[248] Die Angst vor einer Stigmatisierung der Schweiz als xenophobes Land taucht im Übrigen auch in einem Brief des Schweizer Botschaftsrats in Madrid aus dem Jahre 1967 an das EPD auf, in welchem zwei Zeitungsartikel spanischer Zeitungen genannt werden, wonach in einer Pressekonferenz des spanischen Informationsministers die Rückkehr spanischer Gastarbeiter aus der Schweiz aufgrund von Fremdenfeindlichkeit erwogen wurde.[249]

Durch Assimilation als qualitative Lösung des Überfremdungsproblems sollte sich der Ausländer in Bezug auf Verhalten, Mentalität, Umgangsformen, Weltanschauung, Staatsverständnis, Wohnverhältnis etc. dem Schweizer Durchschnittsbürger anpassen. Es wird jeweils eine lange Liste von assimilationsbejahenden und -verneinenden Merkmalen aufgeführt. Hinsichtlich wirtschaftlicher und sozialer Aspekte sagt Virot deutlich,

> [d]er Assimilationswille m[ü]ss[e] hingegen verneint werden, wenn der Ausländer [...] seine Ersparnisse in die Heimat sendet, seine Ferien daselbst verbringt, [...] vor allem heimatliche Waren kauft, [...] vor allem Kontakt mit Landsleuten hat, [...] Mitglied von ausländischen Vereinen ist, ausländische Zeitungen liest, [...] im Ausland Grundbesitz hat.[250]

Dies tangierte selbstverständlich auch die Geldsendungen in ihre Heimat und zeigte, wie Einbürgerungskriterien auch wirtschaftsprotektionistische Ziele verfolgen können, was sich ja auch in der Missbilligung von Grundbesitz niederschlägt. Die Anprangerung der Militanz in ausländischen Vereinen kann ebenfalls als Absicht gelesen werden, die Einbürgerungskandidaten von linkem Gedankengut fernzuhalten. Jeglicher politischer Extremismus wurde ohnehin explizit als assimilationshinderlich betrachtet, doch richtet sich die Kritik vor allem gegen links:

> Gerade schildertragende Ausländer passen nicht in unser Strassenbild. Wir haben ohnehin Schilderkriege nicht gerne, und Beatniks mit Spruchbändern sind einfach importiert, denke man über die gemalten Sprüche, wie man wolle. Öffentliche Schlägereien um einen Slogan, Strassensperren und -krawalle, Terror, Botschaftsbelagerungen und Ostermärsche stehen uns nicht an, ganz abgesehen davon, dass sie verkappt und perfid bestimmten ausländischen Zielen dienen. Die Leute werden oft mobilisiert, ohne es zu merken. Sie sind aber Marionetten.[251]

---

248 Vgl. Hug, Der gebremste Aufbruch, S. 110f. Es sei dennoch erwähnt, dass im selben Jahr als Virots Werk erschien, ein Italiener von drei Schweizern zu Tode geprügelt wurde. Buomberger erwähnt in seinem Werk auch noch zwei weitere Gewaltexzesse gegen Italiener, die vor der Überfremdungsabstimmung von 1970 stattfanden. Buomberger, Kampf gegen unerwünschte Fremde, S. 91f.

249 Vgl. Ambassade de Suisse en Espagne, à la Division des Affaires Politiques du DPF, Madrid, 15 février 1967, dodis.ch/33166.

250 Virot, Vom Anderssein zur Assimilation, S. 35.

251 Ebd., S. 85.

Dieser Passus antizipiert die wichtigen antifranquistischen Protestkundgebungen, an welchen spanische Gastarbeiter teilnehmen sollten, die aber erst ab 1969, das heißt, anlässlich der Ausrufung des gesamtspanischen Ausnahmezustandes, besonders zahlreich und intensiv stattfanden.

Verpönt war auch eine radikale sozialpartnerschaftliche Einstellung bei ausländischen Arbeitnehmern: „Der Ausländer, der wirklich glaubt, er werde vom Arbeitgeber ausgebeutet und wie ein Sklave behandelt, unterliegt einem Auswanderergerücht und ist von der Assimilation weit entfernt."[252] Dass auch Spaniern ein derart starker klassenkämpferischer und regimefeindlicher Ruf unterschoben wurde und dass dieser Ruf die spanischen diplomatischen Kreise erreichte, zeigt ein vertraulicher Brief des Schweizer Botschafters in Stockholm an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD, der über eine Unterredung des Schweizer Botschafters René Faessler mit seinem spanischen Amtskollegen Alfonso de Borbón y Dampierre, Herzog von Cádiz und Cousin des designierten Nachfolgers Juan Carlos sowie Ehemann der Enkelin von General Franco, informiert.[253] Jener hatte seit Februar 1970 das Amt des spanischen Botschafters in Schweden inne. Gemäß dem Inhalt dieses Briefes soll Alfonso de Borbón y Dampierre das Amt des Botschafters Spaniens in der Schweiz angeboten worden sein, was er „schweren Herzens" mit der Begründung abgelehnt habe, „[die] spanischen Arbeiter in der Schweiz [seien] sehr viel aktiver und revolutionärer […] als ihre Kollegen in Schweden."[254] Die Begründung zeigt ein Bild der spanischen Gastarbeiter in der Schweiz, das durch Aktivismus und politischen Radikalismus charakterisiert ist, also ein Bild, das zweifelsohne eine gewisse Berechtigung besitzt, das aber einer historischen Relativierung und Kontextualisierung unterzogen werden muss. Eine mögliche Relativierung dieses Zerrbildes kann man anhand eines Vergleichs mit dem Eindruck eines anderen Diplomaten bewerkstelligen. Ende September 1975 wurde der Schweizer Botschafter in Madrid, Samuel François Campiche, als Folge der letzten Erschießungen in Spanien nach Bern zurückbeordert. Unter seinen Tagebucheinträgen[255] ist zu lesen: „Dans tout le pays [la Suisse], on fit sonner les cloches à midi, cette sonnerie devant être suivie d'une minute de silence. À cet instant, je passe devant un chantier où des ouvriers espagnols continuent de travailler sans respecter ces vertueuses consignes."[256] Campiche, der selbst wenig

252 Ebd., S. 75.

253 Vertraulicher Brief des Schweizer Botschafters Faessler (Stockholm) an die Abteilung für Politische Angelegenheiten, 7. Dezember 1972, BAR E2001E-01 1982/58, Bd. 345.

254 Ebd.

255 Zum historischen Wert von Memoiren und Tagebüchern Schweizer Diplomaten siehe Fischer, Les mémoires de diplomates suisses…, S. 195ff.

256 Campiche, Marée du soir, S. 156.

von seiner Zurückbeorderung hielt, stellte somit den Sinn und die Symbolik des diplomatischen Schritts infrage, zumal die Schweigeminute selbst Spanier kalt ließ.

Die Meinungsäußerungsfreiheit der Ausländer war gesetzlich eingeschränkt,[257] sodass ihnen jegliche Kritik an einer ausländischen Regierung verwehrt blieb[258] und sämtliche regimekritischen Aktivitäten sich in einem diskreten Rahmen, unauffällig und unter der Ägide einer autochthonen Organisation abspielen mussten. Solche Aktivitäten beziehungsweise deren Handlungsspielraum waren letzten Endes von zwei wichtigen Aspekten der Schweizer Gesellschaft der Nachkriegszeit konditioniert: dem Antikommunismus, der den Status einer nahezu staatsstiftenden Doktrin erlangt hatte,[259] und der Fremdenfeindlichkeit. Die Verbindung dieser Elemente wurde anlässlich der Schweizer Botschafterkonferenz im September 1974 deutlich ersichtlich, wie das Votum von Botschafter Parodi zeigt:

> En Suisse, les Espagnols ne posent pas les mêmes problèmes que les Italiens car ils ne cherchent pas à s'installer […]. Cependant, ils reviennent parfois avec des idées jugées subversives, ce qui explique que les mesures visées par l'initiative [populaire ‚contre l'emprise étrangère et le surpeuplement de la Suisse'] ne soient pas considérées avec antipathie.[260]

Die Angst vor der Subversion wurde von beiden Ländern geteilt. Auf der Ebene des Antikommunismus konnten sich Franco-Spanien und die Eidgenossenschaft bestens verständigen. In der Absicht, ihre Beziehungen zu stärken und einen ständigen Informationsfluss zur Abwehr kommunistischer Umtriebe aufrechtzuerhalten, kamen im April 1962 der Chef des Informationsdienstes der spanischen *Dirección General de Seguridad* (DGS), Oberstleutnant Eduardo Blanco, und der Chef der Bundespolizei, André Amstein, zu einem Arbeitstreffen zusammen. Spanien strebte die Schaffung eines ständigen Polizeiattachés in seiner Botschaft in Bern zwecks Überwachung spanischer Gastarbeiter an. Amstein äußerte sich gegen eine solche Lösung.[261] In

---

257 Das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) von 1931, das 1948 abgeändert wurde, setzte im Artikel 10, lit. b fest, dass ein Ausländer nur dann aus der Schweiz oder aus einem Kanton ausgewiesen werden könne, „wenn sein Verhalten im allgemeinen und seine Handlungen darauf schliessen lassen, dass er nicht gewillt oder nicht fähig ist, sich in die im Gaststaat geltende Ordnung einzufügen". Bundesgesetz über Abänderung und Ergänzung des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (vom 8. Oktober 1948), BBl, Bd. 3, 1948, S. 391–397.

258 Vgl. Hürlimann/Jey Aratnam, Die Aporien der Demokratie, S. 111.

259 Vgl. Rauber, L'anticommunisme en Suisse…, S. 183–193.

260 Wortmeldung von Botschafter Parodi, Protokoll der Botschafterkonferenz 1974, Bern, 4.–6. September 1974, dodis.ch/35118, S. 54.

261 Anders als die Eidgenossenschaft hatte das Salazar-Regime die Präsenz eines spanischen Polizeiattachés in der franquistischen Botschaft in Lissabon genehmigt. Vgl. Pimentel, A PIDE/DGS, S. 286.

seiner Argumentation wird die Angst um einen Rufschaden durch die Zusammenarbeit ersichtlich: „Die Gefahr, dass er [der Polizeiattaché] – nach den bekannten Methoden der politischen Polizei von Diktaturstaaten – versuchen würde, mit Spitzeln und Agenten in die Kreise spanischer Fremdarbeiter in unserem Lande einzudringen, besteht offensichtlich."[262] Eine solche Präsenz und die damit verbundene ausländische Überwachungspraxis wurden in einer späteren Aktennotiz als Verstoß gegen die Schweizer Souveränität angesehen. Nichtsdestotrotz wurde von Schweizer Seite ein polizeilicher Informationsaustausch durchaus begrüßt, der die Schweizer Behörden über frühere kommunistische Tätigkeiten mancher spanischer Gastarbeiter aufklären könnte.[263] Daraus entstand das Abkommen vom 17. Oktober 1962, das die Bundespolizei und die Sicherheitsdirektion des Regimes zur Kontrolle gewisser Militanten und zu einer regelmäßigen politischen Berichterstattung verpflichtete.[264] Die Staatsschutz-Polizei war aber nicht die einzige Institution, die sich der Überwachung unter anderem linker spanischer Gastarbeiter oder Organisationen widmete, die auf das Ende des spanischen Regimes hinarbeiteten. Der spanische Arbeitsattaché Antonio de la Huerta Ferrer, der ein besonders politisches Profil aufwies und dieses Amt zwischen 1967 und 1971 innehatte, informierte seine Vorgesetzten in mehr oder weniger regelmäßigen Berichten über die Lage der spanischen Gastarbeiter, die aus seiner Sicht, politisch betrachtet, den verwundbarsten Sektor der spanischen Gesellschaft ausmachten.[265]

Ende der sechziger Jahre war die Palette an spanischen Vereinigungen in der Schweiz breit. Darunter galt die von den spanischen Kommunisten kontrollierte ATEES als besonders subversiv und deshalb überwachungswürdig. Ferner hatten schon 1960 eine Handvoll frisch eingewanderter spanischer Gastarbeiter in Zürich die *Casa de España*, eine Vereinigung, die sich als apolitisch verstand und sich die kulturelle und soziale Bindung ihrer Landsleute mit der Heimat auf die Fahne schrieb, gegründet. Wenig später riefen Gastarbeiter um die *Casa de España* eine Sektion der *Juventud Obrera Cristiana* (JOC) ins Leben, also der Jugendgruppe der *Hermandad Obrera de Acción Católica* (HOAC), beides katholische Arbeiterorganisationen, die zunehmend gegen das Regime opponierten.[266] Bereits 1963 folgte die Gründung

262 Schreiben von Bundespolizei-Chef A. Amstein an Bundesrat L. von Moos, Chef des EJPD, Bern, 8. August 1962, dodis.ch/30265, S. 3.

263 Vgl. Aktennotiz „Spanischer Polizeiattaché" von Raymond Probst, Politische Direktion des EPD, Bern, 12. Oktober 1962, dodis.ch/30289.

264 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 408; Farré, „Spanische Agitation", S. 12; Farré, Emigrantes españoles en Suiza, S. 207f.; Hirt, Die Schweizerische Bundesverwaltung…, S. 513.

265 Vgl. Calvo Salgado, Las relaciones del IEE con Suiza, S. 206.

266 Vgl. Payne, Spanish Catholicism, S. 188; Collado Seidel, Kirche im Wandel, S. 87f.

einer Zürcher Sektion der sozialistischen Gewerkschaft UGT[267] und 1965 der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE).[268] Im Zeichen der 68er-Bewegung fanden die Gründungen der bereits genannten ATEES sowie des *Ateneo Popular Español* in Zürich statt.

Diese politische Aufbruchstimmung fiel auch mit einer medienwirksamen rechtspopulistischen Agitation gegen die Überfremdung der Schweiz durch Südländer zusammen. Trotz der Mobilisierung fast aller Parteien, Wirtschaftsverbände, der wichtigsten Blätter und der Landeskirchen gegen die zweite Überfremdungsinitiative der NA (Schwarzenbach-Initiative), die darauf abzielte, die ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz zu halbieren, das heißt, auf eine absolute Maximalgrenze von 500.000 zu justieren, stimmten 46% der Stimmbürger für die Initiative. Obschon diese von der Mehrheit des Stimmvolkes abgelehnt wurde, konnte Schwarzenbach in Anbetracht der auffallend hohen Wahlbeteiligung von 74,7% und der ebenfalls hohen Zustimmung zumindest einen moralischen Sieg erringen.[269] Für den Bundesrat bedeutete das Stimmresultat eine Abmahnung seiner „ungezähmten" Ausländerpolitik.

Ein in den Medien häufig auftretendes Thema im Zusammenhang mit der Überfremdung war die Lage am Wohnungsmarkt, die in zweierlei Hinsicht für Polemik sorgte: Zum einen wurden die misslichen Wohnverhältnisse vieler Gastarbeiter oder die Diskriminierung angesprochen, der sie bei der Wohnungssuche ausgesetzt waren.[270] Zum anderen beklagte sich immer stärker auch die einheimische Wohnbevölkerung über das durch den Zustrom von ausländischen Gastarbeitern verursachte knappe Wohnungsangebot und die daraus resultierende Mietzinssteigerung.[271] In einer Kolumne der Weihnachtsausgabe von 1970 der NA-Zeitung „Volk und Heimat" wird die Wohnungsnot thematisiert. Darin wurden zwei „Tages-Anzeiger"-Inserate kommentiert, in welchen nach Altliegenschaften gefragt wurde, um dort Gastarbeiter unterzubringen. Scharf kritisiert wurde hier die vermeintliche Tatsache und als „unchristlich" abgestempelte Praxis, dass unter Umständen ältere Schweizer Mieter Ausländern ihren Wohnraum abtreten müssten.[272] Es folgte ein Vergleich mit

---

267 Über die Geschichte der spanischen sozialistischen Gewerkschaft UGT (Unión General de Trabajadores) in der Schweiz siehe Farré, „Desde el corazón de la juventud de España…", S. 105–132.

268 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 401–404.

269 Vgl. Romano, Die Überfremdungsbewegung…, S. 149.

270 Vgl. Buomberger, Kampf gegen unerwünschte Fremde, S. 72–76; Hirt, Die Schweizerische Bundesverwaltung…, S. 295–298.

271 Vgl. Buomberger, Kampf gegen unerwünschte Fremde, S. 76–78; Hirt, Die Schweizerische Bundesverwaltung…, S. 325–327.

272 Vgl. Stille Nacht – Heilige Nacht und Menschenrechtskonvention, in: VuH, Nr. 12, Dezember 1970.

der Rechtslage in Sachen Mietrecht in weiteren europäischen Ländern, der sehr zu Ungunsten der Schweizer Rechtssituation ausfiel:

> Nicht einmal im sogenannnten faschistischen Spanien kann man mit den Mietern so unmenschlich umgehen. In Spanien ist es gesetzlich geregelt, dass kein Mieter aus seiner Wohnung hinausgeschmissen werden darf, ausser wenn ein Haus baufällig ist. Dies ist ein Dekret das sogar von General Franco unterzeichnet wurde.[273]

Bei aller internationalen Kritik, bei allen Faschismusvorwürfen von linker Seite würde das Regime in Sachen Mieterschutz und Menschlichkeit besser als die demokratische Schweiz abschneiden. Die implizite Infragestellung des Attributes „faschistisch" kann als subtile und provokative Antwort auf die zahlreichen Protestkundgebungen in der Schweiz gedeutet werden, die im Dezember 1970 ihre Empörung gegen den Militärstrafprozess von Burgos öffentlich kundtaten. Der Autor richtete dann seine scharfe, mit Ressentiment geladene Kritik auf die Schweizer Tagespresse, das Fernsehen und das Radio, die sich allesamt gegen die zweite Überfremdungsinitiative ausgesprochen und den Befürwortern kein Wort erteilt hätten. „Die Gegner [der Überfremdungsinitiative] führten eine zersetzende, gelenkte Diktatur mit dem Massenmedium Presse. Diktatur heisst in anderen Worten: ‚Schwere Verletzung der Menschenrechte'."[274] Der Text als ganzer präsentiert sich als rhetorische Umkehrung: Das Franco-Regime garantiere Wohnungsmietern ein faireres und menschlicheres Rechtsschutzverhältnis als die Schweiz. Die Schweizer Medienlandschaft sei eine Diktatur, weil sie gegen die Überfremdungsinitiative Partei ergriffen und die Initianten ausgeschlossen habe. Der Autor zieht einen grotesken Vergleich, indem er die Menschenrechtsverletzung auf Schweizer Seite sieht und Lorbeeren in einem untergeordneten Bereich wie dem Mieterschutz für die spanische Diktatur vergibt.

Auch die darauffolgende Ausgabe von „Volk und Heimat" griff Spanisches und Wohnungsnotbedingtes auf. Heini Berner wetterte auf erbarmungslose Weise gegen einen spanischen Kommunisten:

> Carlos Gonzalez ist einer jener Spanier, dem es in seiner Heimat nicht mehr gefiel. Da er Kommunist ist, wurde es ihm in Spanien zu heiss. Vor vielen, vielen Jahren kam er arm und ohne Habe in die schöne Schweiz. Er fand bald eine Stellung in der Grosschemie. Bei Ciba-Geigy ist er tätig. Scheinbar macht eine kapitalistische Firma keine grossen Unterschiede bei der Anstellung, auch wenn sich ein Erzkommunist meldet.[275]

Bereits in den ersten Zeilen trifft man eine erste Bagatellisierung der Diktatur an. Die Verfolgung von Kommunisten, das heißt, das in Spanien fehlende Recht auf politische Gesinnung, wird hier heruntergespielt und auf ein Missfallen González'

273 Ebd.
274 Ebd., (Hervorhebung im Original).
275 Neues von Carlos Gonzalez, in: VuH, Januar 1971.

reduziert. Außerdem werden sein Einsatz als offizieller Mai-Redner und die ebenfalls vermeintlich verunglimpfenden Worte erwähnt, die er gegen die Schweiz aussprach. „Der Schreiber dieser Zeilen hat erwartet, dass am 2. Mai bei Gonzalez die politische Polizei auftaucht und ihn zum Verlassen des Landes auffordert, an dem er keinen guten Faden lässt. Leider war dies eine falsche Annahme", fuhr Berner fort. Seinen Hass richtet er auch auf die angebliche Inkompetenz der Schweizer Behörden, welche González' Einbürgerungsgesuch nicht ablehnen.

> Carlos Gonzalez kam vor vielen Jahren mit nichts als einem Pappkarton aus Spanien in die Schweiz. Jetzt wohnt er in einer grossen schönen Wohnung, hat Telefon, Fernsehen und gewiss auch ein Auto. Hier geht es ihm zehnmal besser wie zuvor in seiner spanischen Heimat. Trotzdem, an seinem Gastland lässt er keinen guten Faden, und weil er im Gastland nicht nur über dieses, sondern auch über seine Heimat und Franco zuviel geschumpfen [sic!] hat, hat er sich wohl seine Rückkehr nach Spanien verbaut.[276]

Der Autor zeichnet das Bild eines spanischen „Lumpenproletariers", der es in der Schweiz zu materiellem Reichtum brachte, – ein Ausgang der wahrscheinlich in der Argumentation des Verfassers im Widerspruch zu González' marxistischer Gesinnung stehen dürfte – sich dann aber als undankbar erweist. Es stellt sich ferner die Frage, wie González' in der Schweiz ausgesprochene Worte seine Rückkehr nach Spanien verbauen könnten. Eine derartige Folge konnte nur durch Denunziation möglich sein, das heißt, eine Praxis, die im Staatsschutz und den damit zusammenarbeitenden Informanten und parastaatlichen Organisationen wie dem Schweizerischen Aufklärungsdienst üblich war.[277] Zudem sei erneut auf das Abkommen von 1962 zwischen der Bundespolizei und der DGS hingewiesen, das die Kooperation zwischen den Polizeikräften beider Länder in Bezug auf den Informationsaustausch zwecks Bekämpfung des Kommunismus regelte sowie auf die Kontrollfunktion und die regelmäßige Berichterstattung der spanischen Arbeitsattachés. Berner zeigt jedenfalls große Zuversicht in die Institution der politischen Polizei. Besonders eindrücklich sind folgende Worte:

> Der Schreiber dieser Zeilen frägt [sic!] sich immer mehr, *warum* er eigentlich als Angehöriger der Schweizer Armee immer wieder zu militärischen Kursen einrücken muss? Angeblich, um im Ernstfall seiner Heimat dienen zu können! Was aber nützt in einem Ernstfall der Schweizer Soldat an der Grenze, wenn immer mehr Carlos Gonzalez zu Schweizern gemacht werden sollen. Leute, die nur eines im Schilde führen und beabsichtigen: *Die Schweiz zu liquidieren*.[278]

Dieses Zitat suggeriert auf unmissverständliche Weise eine Analogie zur Dolchstosslegende, die im Anschluss an den Ersten Weltkrieg rechtsradikale Gruppierungen, allen voran die Nationalsozialisten, als Wahlparolen und Argumente für ihre

---

276 Ebd.

277 Vgl. Kreis, Staatsschutz in der Schweiz, S. 597–611.

278 Neues von Carlos Gonzalez, in: VuH, Januar 1971 (Hervorhebung im Original).

antikommunistische und antisemitische Agitation missbrauchten.[279] Auch Berners Beitrag ist mit agitatorischen Elementen versehen. Er macht González' Adresse und Telefonnummer publik, der angeblich in einer Wohnung logierte, „für die manch' Schweizer froh wäre", und fordert die Leser auf, den Spanier anzurufen. Das Extrablatt endet mit folgenden Zeilen:

> Gonzalez soll doch seine ‚Sprüche' in Zukunft in seiner Heimat, in Spanien, loslassen. Vielleicht sieht er dann ein, wie ungerecht er mit dem Gastland Schweiz verfahren ist und wie herrlich gut es ihm hier ergangen ist, sicher viel besser wie dann wieder in Spanien, denn sein eigenes Heimatland lässt sich von Gonzalez wohl nicht soviel gefallen wie sein Gastland Schweiz. Das ist sicher![280]

Das Extrablatt zeigt die Kombination zweier Feindbilder, die in den Reihen der Nationalen Aktion gehegt wurden: dasjenige des Kommunisten und das des ungebetenen Fremden. Auch hier wird eine unterschwellige Bewunderung für das Regime zum Ausdruck gebracht, nämlich insofern, als die franquistische Justiz gegen Kommunisten effizient intervenierte, anders als die Schweizer Bundesbehörden, denen Heini Berner Passivität vorwirft. Nebst dem Wunsch, Carlos González möge in einem spanischen Gefängnis landen, was ja die realistische Folge einer Ausweisung nach Spanien gewesen wäre, erkennt man hier die aufgestauten Ressentiments der NA wegen des Misserfolges der zweiten Überfremdungsinitiative. Immerhin hatte der Bundesrat 1965 zwei spanische Immigranten wegen kommunistischer Aktivitäten ausgewiesen.[281]

Das Auswanderungsproblem wurde auch in Spanien zu einem unausweichlichen Traktandum, wie ein Brief der Handelsabteilung des EVD an unterschiedliche Schweizer Wirtschaftsvertreter zeigt.[282] So zum Beispiel erwogen die spanischen Behörden

279 Zwar fehlt es für einen Dolchstoß-Diskurs an einer wirklichen Niederlage, für die man etwa kommunistische Ausländer wie González verantwortlich machen könnte. In Berners Ausführungen wird ein solches Szenario in die Zukunft versetzt, wobei man ja auch die verworfene Überfremdungsinitiative von 1970 als Niederlage betrachten könnte. Auf jeden Fall stellt man fest, dass das während und im Anschluss an den Ersten Weltkrieg in Deutschland ausgebreitete Stereotyp auch Jahre danach und in einem Land, das von beiden Weltkriegen weitgehend verschont wurde, Fuß fassen konnte. Vgl. Barth, Dolchstosslegenden und politische Desintegration, S. 556–560.

280 Neues von Carlos Gonzalez, in: VuH, Januar 1971 (Hervorhebung im Original).

281 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 407f.; Hirt, Die Schweizerische Arbeitsverwaltung…, S. 514f. 1963 wäre es beinahe zu einer Ausweisung zweier Spanier gekommen, die an einer Demonstration vor dem spanischen Generalkonsulat in Zürich teilgenommen hatten. Zwischen den beiden und den Zivilpolizisten kam es zu Tätlichkeiten, doch das Gericht sprach die Gastarbeiter frei. Vgl. Schmid, Demokratie von Fall zu Fall, S. 287.

282 Brief der Handelsabteilung des EVD an den Vorort SHIV, 31. Dezember 1971, AfZ 328.1.5.12.

die allmähliche Zurückgewinnung ihrer im Ausland arbeitenden Landsleute.[283] Die spanische Regierung, so heißt es im Kommentar des Schweizer Botschafters, betrachte die zunehmende Auswanderungswelle mit „gemischten Gefühlen“ und betreibe die Rückwanderung spanischer Emigranten in die Heimat. Der spanische Minister für Information und Tourismus, Alfredo Sánchez Bella,[284] fasste die Vorstellung von schweizerischen Unternehmen ins Auge, sich in dafür besonders geeigneten Zonen der Halbinsel niederzulassen. Zurückgekehrte spanische Migranten sollten in diesen steuerbegünstigten Niederlassungen beschäftigt werden können. Die Absichten des Regimes, die Ausfuhr von Arbeitskräften längerfristig zu drosseln, um sie vielmehr in der Heimat im Dienst ausländischer Firmen einzusetzen, wurden auch anlässlich der schweizerischen Botschafterkonferenz im August 1973 von Botschafter Parodi angesprochen:

> Il est en effet difficile pour le gouvernement espagnol de baser sa propagande sur des progrès matériels et d’ouvrir simultanément ses portes à sa main d’œuvre (136.000 ouvriers espagnols travaillent en Suisse).
>
> Pour combattre cette émigration, l’Espagne s’appuye [sic!] sur les milieux suisses opposés à la surpopulation étrangère, encourage les améliorations techniques, les investissements massifs et les achats de licences ou de know-how étrangers ou s’efforce d’attirer chez elle les sociétés suisses pouvant utiliser sur place sa main d’œuvre bon marché.
>
> On peut donc se poser la question de savoir si le capital doit aller là où il y a du travail.[285]

Etwas weiter unten, in der Absicht den in Madrid stationierten Diplomaten zu beruhigen, werden die Schweizer Beziehungen zu Spanien von EVD-Chef Bundesrat Ernst Brugger als „ausgezeichnet“ beurteilt.[286] Im selben Jahr hatte der spanische Arbeitsminister Licinio de la Fuente der Schweiz einen Besuch abgestattet und so signalisiert, dass das Thema der spanischen Gastarbeiter weiterhin von Bedeutung war.[287]

---

283 Brief der Schweizer Botschaft in Spanien an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD, 10. Dezember 1971, AfZ 328.1.5.12.

284 Sánchez Bella hatte 1952 als Direktor des *Instituto de Cultura Hispánica* die Gründung des CEDI (Centre Européen de documentation et d’information) angeregt. Die Vereinigung beabsichtigte, die Grundideen des europäischen Abendlandes zu verteidigen und zu fördern. Mitglied des supranationalen Vorstandes und der Schweizer Delegation war James Schwarzenbach. Vgl. Drews, „Schweizer erwache!“..., S. 96f. Zum CEDI siehe Großmann, Ein Europa der „Hintergründigen“, S. 311–318. Großmann, Die Internationale der Konservativen, S. 127–385. 1969 trat Sánchez Bella die Nachfolge Fragas als Minister für Information und Tourismus. Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 126.

285 Wortmeldung von Botschafter Parodi, Protokoll der Botschafterkonferenz 1973, 29.–31. August 1973, dodis.ch/35117, S. 33f.

286 Ebd., S. 35.

287 Vgl. Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 31. Januar 1973, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2094.

Die spanische Auswanderung war auch in den regimekritischen Diskursen in Spanien mehr oder weniger stark präsent. In einem Interview mit dem Juristen und sozialistischen Oppositionellen Enrique Tierno Galván, das am 10. Oktober 1975 ausgestrahlt wurde, zählte er die spanische Migration zu den zahlreichen Schwächen des Regimes und bezeichnete die Auswanderer als eine enorme Masse von schutzlosen und kulturell schlecht vorbereiteten Menschen.[288] Tierno Galván stellte so die oben erwähnte pompöse Regimepropaganda infrage, welche den Export spanischer Arbeitskräfte als spanisches Qualitätsmerkmal zu verkaufen suchte. Die Energiekrise machte den Rückwanderungsplänen einen Strich durch die Rechnung. Zwischen 1973 und 1975 kehrten mehr Spanier in ihre Heimat zurück, als ins Ausland auswanderten.

***

Die hier betrachteten schweizerisch-spanischen Beziehungen zeigen nicht nur einen verbreiteten gegenseitigen Opportunismus auf, sondern auch Antagonismen, die sich durch Widerstandsformen einzelner gesellschaftlicher Akteure artikulierten. Besonders hervorzuheben sind hier die Medien mit einer Funktion, die man als „ikonoklastisch" umschreiben könnte. In diesem Zusammenhang stellten sie dem bukolischen Bild des Ferienlandes Spaniens dasjenige einer repressiven Diktatur entgegen, beleuchteten die Misere der spanischen Einwanderer und kritisierten die offizielle Hymne auf das spanische Wirtschaftswunder und, vor allem in der linken Publizistik, prangerten die zwielichtigen Wirtschaftsbeziehungen, allen voran die Waffenlieferungen, an. Anhand dieser Praktiken verdeutlicht sich die kritische Öffentlichkeit, welche Offizielles durch nüchterne Realität relativiert oder sogar auf den Kopf stellt. In der Anziehungskraft des Regimes und des wirtschaftlichen Profitpotenzials erkennt man die Gültigkeit von Judts Aussage, die sich auf die drei südeuropäischen rechtsautoritären Diktaturen bezieht: „To most onlookers [...] the unpleasant regimes of southern Europe were thus not so much morally bankrupt as institutionally anachronistic."[289] Doch gerade dieser Anachronismus konnte am Beispiel der Überlegenheit der Schweizer Technologie ein zusätzlicher Ansporn zur Intensivierung der wirschaftlichen Beziehungen mit Spanien werden.

Für die Schweizer Wirtschaftsvertreter wies Spanien also ein wichtiges Profitpotenzial auf. Dass dort die grundlegendsten Freiheitsrechte schwerstens missachtet wurden, schien kaum einen Bankier oder Unternehmer zu stören. Hier trifft die Skrupellosigkeit des Schweizer Kapitalismus auf die virtuose Vermarktung Spaniens und die Bestrebungen, das Regime im Westen einzuverleiben. Bei

288 Vgl. Panorama d'attualità; La situazione in Spagna, 10. Oktober 1975, BAR J2.247 2005/238, Bd. 2094.

289 Judt, Postwar, S. 525.

dieser Vermarktung spielte der Tourismus eine eminente Rolle. Von ebendiesem Tourismus profitierten das Reiseland selbst und die Schweizer mußesuchenden Reisenden, aber auch die Reisegesellschaften, welche Transport und Übernachtungen in Spanien vermittelten. Die Blickverzerrung durch die Konsumgesellschaft der sechziger Jahre ließ die energischen linken Boykottaufrufe ausklingen, sodass das Argument der fehlenden Freiheiten unter einer Diktatur nicht mit jenem globaleren der uneingeschränkten Reisefreiheit mithalten konnte, die der nachkriegszeitliche Wohlstand nun ermöglichte.[290] Hier erkennt man die politische und gesellschaftliche Doktrin der fünfziger und sechziger Jahre, namentlich den Super-Liberalismus,[291] wodurch es „zu einer Erweiterung des Handlungsspielraumes für eine Mehrheit der Bevölkerung aufgrund frei verfügbaren Einkommens und längerer Freizeit“ kam,[292] gegen welche moralisch und humanitär motivierte Mobilisierungen generell keine Chance hatten.[293]

Die Unwissenheit der Schweizer Touristen, die ein „verbotenes“ Spanien bereisten, kontrastierte auch mit dem von den Zeitungen produzierten Wissen, welche beschämende Fakten über Wirtschaftsbeziehungen offenlegten. Eine Ignoranz, die blamiert, begegnet einem ebenso blamierenden Wissen, was eine Annäherung an Robert N. Proctors Agnotologie-Forschung suggeriert und weiter unten erneut angesprochen werden soll.[294]

Zahlenmäßig geringer als die italienischen Gastarbeiter galten die Spanier als ein Kollektiv, das aus der Sicht der Behörden für „gefährliche“ kommunistische Ideen anfällig war. Dieser Sicht schloss sich auch die mit Überfremdungsdiskursen fermentierte extreme Rechte an. Die Linke, die zum Teil auch nicht frei von antikommunistischen Zielen war, setzte hingegen ein Integrations- und Indoktrinierungsengagement an, das die spanischen Gastarbeiter zu künftigen Trägern demokratischer und fortschrittlicher Ideen machen sollte, die wiederum nach erfolgter Rückkehr in ihre Heimat umgesetzt werden könnten. Die Wichtigkeit der hier abstrakt behandelten Themen für die Frage der Spanien-Wahrnehmung verdeutlicht sich am Beispiel der drei Akteure, denen sich das nächste Kapitel widmet und bei welchem der transnationale Aspekt besondere Geltung erlangt.

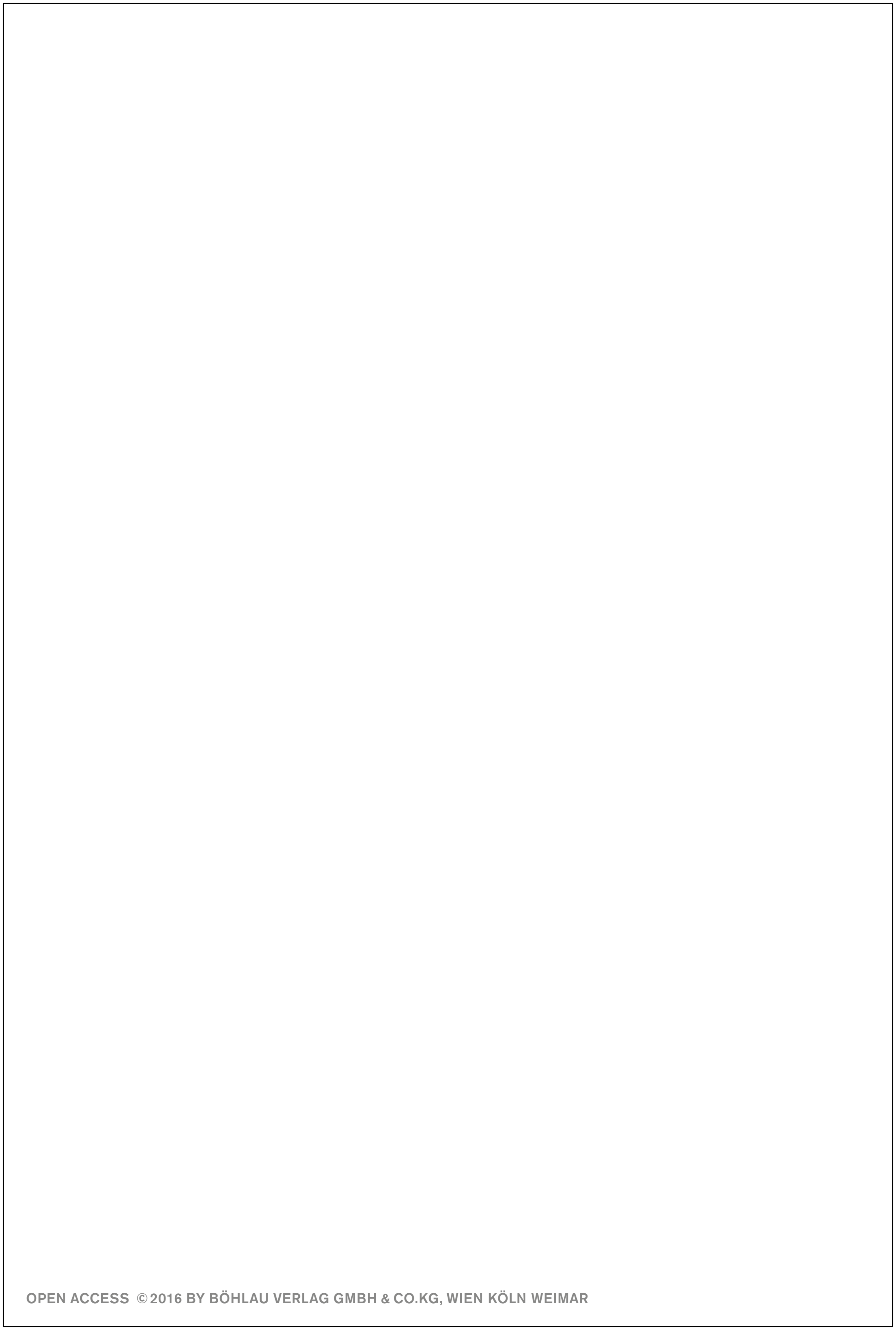
290 Vgl. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, S. 333; Tanner, Switzerland and the Cold War, S. 120–122.

291 Vgl. Kleger, Normalfall und Sonderfall, S. 223–227.

292 Ebd., S. 224.

293 Vgl. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, S. 376f.; Hilger, „Kapital und Moral“, S. 23.

294 Vgl. Proctor, Agnotology, S. 6–10 u. 26.



3. Ausgewählte Auseinandersetzungen mit Spanien

Die Thematisierung der politischen Entwicklung Spaniens ab Ende der sechziger Jahre wurde keineswegs von einem einzigen ideologischen Lager monopolisiert, sondern vermochte ein breites und vielfältiges Spektrum der Schweizer Gesellschaft zu mobilisieren. Die Extreme dieses Spektrums und entsprechend auch deren unterschiedliche Engagements und Zielsetzungen wurden einerseits durch die Revolutionäre Marxistische Liga, einer jungen und dynamischen Gruppierung am linken Rande, andererseits durch die Eigenleistung und persönliche Leidenschaft des rechtskonservativen Nationalrats James Schwarzenbach markiert. Besondere Aufmerksamkeit verdienen auch die Bestrebungen des „Schweizerischen Komitees für die politische Amnestie in Spanien", das schon zu Beginn der sechziger Jahre von linken Aktivisten ins Leben gerufen wurde und die disparatesten ideologischen Strömungen der antifranquistischen Opposition in seine Proteste aufnahm.

3.1 James Schwarzenbach und Spanien

Obgleich der Name James Schwarzenbach vom Kampfbegriff „Überfremdung" kaum zu trennen ist, wäre es zu einseitig, seine politische und journalistische Aktivität bloß darauf zu reduzieren.[1] Zudem hatte er noch 1962 jene Stimmen kritisiert, welche ebendieses Überfremdungsszenario an die Wand malten, und für eine Schweizer Integration in ein „Europa der Vaterländer" plädiert.[2] Zwischen 1967 und 1978 prägte er wie kein anderer die schweizerische Ausländerpolitik und verkörperte dieses Unbehagen *par excellence* der Schweizer Gesellschaft der Nachkriegszeit. In diesem Unterkapitel soll eine weniger bekannte Seite des Zürcher Rechtpopulisten, jene seiner engagierten Verteidigung des Franco-Regimes untersucht werden.

Im Oktober 1975, kurz nach den Nationalratswahlen erhielt James Schwarzenbach einen Brief von einem Mann, der seinen kompromisslosen Führungsstil und die damit verbundenen ernüchternden Wahlresultate kritisierte:

> Die Schlacht ist geschlagen und die Unsinnigkeit der Kleinen liess die Grossen gewinnen. Nun meine Frage!
>
> Könnten die Republikaner, die Nationale Aktion, so auch die Splitterpartei des Bachofner sich zusammen tun. In jeder Partei gibt es doch Differenzen, ohne dass man deswegen

1 Schwarzenbachs Spanien-Engagement wurde bereits in einem früheren Artikel behandelt. Vgl. Prieto López, Entre retórica profranquista…, 195ff.

2 Vgl. Romano, Vom Sonderfall zur Überfremdung, S. 56; Romano, Links oder rechts…, S. 268.

> einander beschimpfen muss. Sie sagten beim Kommentar nach den Wahlen auf die Frage von A. Matt: ‚Ich bestimmte ob eine gemeinsame Fraktion möglich ist'. Da hörte ich sofort wieder: ‚Der Schwarzenbach ist wie Franco. Er will allein befehlen'.[3]

Der Vergleich Schwarzenbachs mit dem *Caudillo* dürfte kaum schmeichelhaft gemeint sein. Der autoritäre Führungsanspruch Schwarzenbachs sorgte bekanntlich nicht selten für Konflikte innerhalb der Partei, ja er hatte sogar zur Abspaltung im Jahre 1974 geführt.[4] Es ist indes nicht auszuschließen, dass sich der Zürcher Parlamentarier durch diesen Vergleich sogar geschmeichelt gefühlt haben mag.

Als Sprössling einer protestantischen und freisinnigen Familie des Zürcher Grossbürgertums wuchs James Schwarzenbach in Rüschlikon, am linken Zürichsee-Ufer, auf und besuchte später das Eliteinternat Lyzeum Alpinum im oberengadinischen Zuoz. Eine Spanienreise hinterließ bei ihm einen derart tiefen Eindruck, dass er am 10. Februar 1933 zum Katholizismus konvertierte.[5] Zwischen 1991 und 1993 erschien in der rechtskatholischen Zeitschrift „Timor Domini" in sieben Folgen ein autobiografischer Essay mit dem Titel *Warum ich katholisch wurde*. In der vierten Folge kommt er auf jene Spanienreise von 1930 zu sprechen.[6] Schwarzenbach und seine Verwandten reisten nach Sevilla, wo sie dem Osterhochamt in Anwesenheit von König und Hof in der dortigen Kathedrale beiwohnten:

> Nie mehr seither ist es mir vergönnt gewesen, das Bild der ‚Ecclesia triumphans' in ihrer ganzen Herrlichkeit so sichtbar vor Augen zu haben wie damals. In erster Linie war es mir ein unerhört feierliches Schauspiel, die Apotheose einer Welt, die ich von Jugend an als verloren beklagte und die auch tatsächlich ein paar Jahre später im Bürgerkrieg in Spanien selbst verloren gehen sollte.[7]

Nicht nur Spaniens Katholizismus sollte in Schwarzenbach einen bleibenden und tiefen Eindruck hinterlassen, sondern auch der Bürgerkrieg. In der letzten Folge seines Essays erzählt er, wie er in Einsiedeln vom ehemaligen Kardinalprimas Spaniens, Kardinal Segura, der 1930 das Hochamt in Sevilla geleitet hatte, die Kommunion erhielt.

> Ich konnte in dieser Begegnung keinen Zufall sehen, sondern ein gütiges Zeichen der Göttlichen Vorsehung, eine Wegleitung für mein kommendes Leben.
>
> Wie sehr hat doch die spanische Gläubigkeit meine neugetaufte Seele geprägt. Jede Spanienreise war der Beginn einer neuen Etappe. Erst Tourismus mit Tante Emmy und ihren Töchtern, als Höhepunkt das Osterhochamt in Sevilla […].

3 Brief von F. W. an J. Schwarzenbach, 31. Oktober 1975, SSA Ar 108.1.17.

4 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!", S. 130–133.

5 Vgl. ebd., S. 38.

6 Vgl. Warum ich katholisch wurde. Die Geschichte meiner Konversion (Folge 4), in: Timor Domini, Nr. 2, 6. Mai 1992.

7 Ebd. (Hervorhebung im Original).

> Zweite Etappe: Die Fahrt in das republikanische Spanien mit Hodlers und der Spott des Juden Nerecan über den inzwischen vertriebenen Jesuitenorden, dann das Wort des Sakristans: ‚Seit der Proklamierung der Republik ist der Teufel wieder drinnen.'
> Dritte Etappe: Die Anteilnahme am spanischen Bürgerkrieg, wenn auch von ferne, als Anhänger Francos.
> Vierte Etappe: Die Bekanntschaft mit Martin Artajo und Joaquin Ruiz Jimenez [sic!]; halbjähriger Studienaufenthalt in Spanien […][8]

Die geistige Anteilnahme am spanischen Bürgerkrieg hatte Schwarzenbach in seiner früheren autobiografischen Monografie angesprochen.[9] Doch anders als die zweistellige Anzahl Schweizer, die für das rebellische Lager zu den Waffen griffen,[10] ließ Schwarzenbach von einem solchen Unterfangen ab.

Schwarzenbach studierte in Zürich, Paris und Fribourg Geschichte und promovierte 1940 an letzterer Hochschule. In seiner Studienzeit war er vom katholisch-antiliberalen und antidemokratischen Geist inspiriert worden, den ihm der Jesuitenpater Richard Gutzwiller und der Literaturwissenschaftler Gonzague de Reynold eingeprägt hatten. In den dreißiger Jahren hatte er auch Sympathien für die rechtstotalitären Regimes in den Schweizer Nachbarländern entwickelt, welche die späteren Vorwürfe als „Anpasser von 1940" oder Sympathisanten mit der Fröntlerbewegung hervorriefen.[11]

Anfang der vierziger Jahre trat er in den Dienst der „Neuen Zürcher Nachrichten" und betreute die Wochenbeilage „Christliche Kultur".[12] Kurz nach 1945 wurde Schwarzenbach vom katholisch-konservativen Nationalrat und Chefredakteur des „Vaterland" Karl Wick als Sonderkorrespondent nach Spanien geschickt.[13] Seine Berichterstattung stellte er ferner auch noch in den Dienst der Zeitungen „Die Tat", „Sie und Er"[14] und „Schweizer

8 Warum ich katholisch wurde. Die Geschichte meiner Konversion (Folge 7), in: Timor Domini, Nr. 2, 9. Juni 1993.
9 Vgl. Schwarzenbach, Im Rücken das Volk, S. 9f.
10 Vgl. Hug, Schweizer in Francos Diensten, S. 194f.
11 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!", S. 45–51.
12 Vgl. Urech, Zur Ideologie…, S. 49.
13 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!", S. 56. Über Karl Wick siehe Luginbühl, Vom „Zentralorgan"…, S. 22.
14 Die illustrierte Zeitschrift „Sie und Er" stammte aus dem Hause Ringier und wurde 1929 lanciert, als Nachfolgerin der vier Jahre zuvor erstmals erschienenen „Neuen Illustrierten am Montag". Trotz des Namens wurde die Zeitschrift inhaltlich besonders stark auf Frauenthemen ausgerichtet. Darin wurden einerseits Mode und Körperpflegetipps für die Frau und andererseits Berichte aus Wissenschaft, Forschung und Kultur für den Mann veröffentlicht. Das Zielpublikum waren mondäne Damen und Herren der gehobenen Schicht. Vgl. Meier/Häussler, Zwischen Masse, Markt und Macht, Bd. I., S. 129f.

Journal".[15] Laut den in einem Brief der Schweizer Legation in Madrid an das EPD erwähnten Akkreditierungen beabsichtigte er einen Aufenthalt von drei Monaten.

In kürzester Zeit konnte er sich in den führenden politischen Kreisen sehr gut integrieren. In einem weiteren Brief heißt es, der spanische Außenminister Artajo habe sich über Schwarzenbach „en des termes excellents" geäußert.[16] Schwarzenbach, der für Francos Spanien „une très vive sympathie" hegte, habe zudem vor, in seinen Artikeln in Bezug auf das Regime einen den übrigen Schweizer Zeitungen, die in ihren Kolumnen *gegen* General Franco wetterten, entgegengesetzten Ton zu bewahren.[17] Wenige Tage später sollte „Die Tat", die seine schmeichelhaften Berichte über das Regime ablehnte, auf die journalistischen Dienste Schwarzenbachs verzichten.[18] Das EPD signalisierte im Gegensatz dazu großes Interesse an seiner Spanien-Berichterstattung und empfahl deshalb, die entsprechenden Zeitungsausschnitte an den Schweizer Minister in Madrid, Eugène Broye, zu senden.[19]

Das „Vaterland" druckte Schwarzenbachs Berichte aus Spanien stets auf der ersten Seite ab. In der Ausgabe vom 16. April 1946 erscheint sein vermutlich erster Artikel als Spezialberichterstatter, in welchem seine persönlichen Eindrücke zu den nationalen Feierlichkeiten festgehalten wurden. Gleich die ersten Sätze des Artikels zeigen programmatisch den Ton und die Absichten Schwarzenbachs.

> Durch die Beschlüsse der rumänischen Regierung, die diplomatischen Beziehungen mit Spanien abzubrechen und vor allem Polens, die [spanische republikanische Exil-] Regierung Girals anzuerkennen und die spanische Frage vor den Sicherheitsrat zu bringen, wird man in den nächsten Wochen in der Linkspresse wieder viel von diesem Lande zu hören bekommen, was die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände aufzeigen soll. Es mag deshalb gerade in diesem Zeitpunkt für die katholischen Leser des ‚Vaterland' von Interesse sein, zu vernehmen, wie die Dinge hierzulande wirklich aussehen, allerdings nicht durch eine kommunistische Brille gesehen, sondern mit dem objektiven Auge eines katholischen Schweizers betrachtet.[20]

Erwähnt wird ferner die relative Entmachtung der *Falange* als staatstragende Partei. Gegen Ende des Artikels fügt der Verfasser ein längeres Zitat aus einer Ansprache General Francos hinzu. Der Text schließt dann mit ebenso epischen Tönen, wie er begonnen hat, ab:

---

15 Vgl. Brief der Schweizer Legation in Madrid an die Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD in Bern, 20. März 1946, BAR E2001E 1976/17, Bd. 229.

16 Vgl. Brief der Schweizer Legation in Madrid an die Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD, 3. April 1946, BAR E2001E 1976/17, Bd. 229.

17 Vgl. ebd.

18 Vgl. Brief der Schweizer Legation in Madrid an die Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD, 10. April 1946, BAR E2001E 1976/17, Bd. 229.

19 Vgl. Notice à l'intention de M. Froidevaux, 8. Mai 1946, BAR E2001E 1976/17, Bd. 229.

20 Spanien im Zeichen des Kreuzes und des Evangeliums, in: Vaterland, Nr. 90, 16. April 1946.

> Solche Worte, die in den Reden des jetzigen spanischen Staatschefs nicht vereinzelt dastehen, und deren Echtheit durch zahlreiche Taten erhärtet worden sind, unterscheiden sich doch recht wesentlich vom tönenden Wortschwall jener Führer, die wir mit Recht Diktatoren nennen. Für Franco trifft diese Bezeichnung nicht zu, so wenig wie die jetzige Regierungsform einer Diktatur gleicht. Welches die wesentlichen Unterschiede sind, werden wir unseren Lesern demnächst in einem weitern Artikel darlegen.

Im Rahmen mindestens dreier weiterer ausführlicher Beiträge sollte er sein Versprechen halten.[21] Etwa ein Jahr nach seinem Aufenthalt in Spanien wurde er vom damaligen Direktor des „Instituto de Cultura Hispánica" Joaquín Ruiz-Giménez mit dem Kreuz des *Orden de Isabel la Católica* für sein journalistisches Engagement „pour la défense de la foi et de la vérité" ausgezeichnet.[22] Ruiz-Giménez war damals zudem Präsident der internationalen katholischen Studentenorganisation „Pax Romana".[23]

Die Schweizer Vertretung in Madrid informierte das EPD über die Ordensverleihung, welches gewisse Bedenken bezüglich der Rechtmäßigkeit von Schwarzenbachs Entgegennahme äußerte und seinerseits das EMD darüber informierte.[24] Als Oberleutnant der Schweizer Armee durfte er laut „Ordensverbot für die Armee gemäss Bundesratsbeschluss vom 12. März 1934 und Artikel 12 der Bundesverfassung" keinerlei fremde Orden annehmen. Die Militärbehörde forderte ihn deshalb auf, diesen zurückzugeben.[25] Schwarzenbach replizierte, die Auszeichnung sei nicht politisch, „sondern kirchlich, mit den päpstlichen Farben",[26] worauf die Militärverwaltung sich an die Legation in Madrid wandte und diesbezügliche Abklärungen anforderte. Broye antwortete mit einem Überblick über die wichtigsten Orden Spaniens und einen historischen Abriss über die an Schwarzenbach verliehene Auszeichnung beinhaltete. Der 1815 von Ferdinand VII. eingeführte Orden hatte einen ausschließlich zivilen und regierungsamtlichen Charakter und wurde ausländischen Diplomaten, aber auch jenen Ausländern verliehen, die in den Augen der Regierung als belohnungs- oder auszeichnungswürdig galten.[27]

---

21 Vgl. Die heutige spanische Verfassung, in: Vaterland, Nr. 118, 21. Mai 1946; Die heutige spanische Verfassung, in: Vaterland, Nr. 128, 3. Juni 1946; Eigenarten des spanischen Katholizismus, in: Vaterland, Wochenbeilage Nr. 26, 26. Juni 1946.

22 Lettre de la Légation de Suisse en Espagne au Département Politique Fédéral, Information et Presse, 7 juillet 1947, BAR E2001E 1976/17, Bd. 229.

23 Vgl. Payne, The Franco Regime, S. 356.

24 Lettre du Département Politique Fédéral, Information et Presse, à la Légation de Suisse à Madrid, 21 juillet 1947, BAR E2001E 1976/17, Bd. 229.

25 Brief der Direktion der Militärverwaltung, EMD, an das EPD, Information und Presse, 29. Juli 1947, BAR E2001E 1976/17, Bd. 229.

26 Brief der Direktion der Militärverwaltung, EMD, an den Schweizer Gesandten in Spanien E. Broye, 8. August 1947, BAR E2001E 1976/17, Bd. 229.

27 Brief der Schweizer Legation in Spanien an die Direktion der eidgenössischen Militärverwaltung, 23. August 1947, BAR E2001E 1976/17, Bd. 229.

Dem Inhalt des Briefes, den die eidgenössische Militärverwaltung an Schwarzenbach adressierte, entnimmt man, dass dieser nur widerwillig auf die Auszeichnung verzichten wollte.[28] So soll er sich bei der Militärbehörde nach den Sanktionen erkundigt haben, die eine Missachtung des Ordensverbotes beziehungsweise eine Rückgabeverweigerung nach sich gezogen hätten. Er soll zudem auch die eidgenössische Militärverwaltung auf Fälle von Schweizer Offizieren, welche in die französische Ehrenlegion aufgenommen worden waren, hingewiesen haben, in der Absicht, diese als Präzedenzfälle zu kennzeichnen und damit Argumente für das Behalten des Ordens zu erbringen. In einem Schreiben der eidgenössischen Militärverwaltung vom 8. November 1947 wird die Angelegenheit um die Rückgabe des spanischen Ordens schließlich als endgültig erledigt betrachtet. Schwarzenbach hatte ihn persönlich bei der Schweizer Legation in Madrid hinterlegt.[29] Seine Widerborstigkeit kann als Maß für seine Hingabe und Bewunderung Spaniens verstanden werden. Die Ordensverleihung erwähnte er 1993 in der letzten Folge seines autobiografischen Essays, ohne dabei auf den unfreiwilligen Verzicht einzugehen.[30]

Seine Loyalität zum Franco-Regime zeigte sich in einer für die Diktatur besonders schwierigen Zeit. Im Jahre 1946 verurteilte die UNO-Generalversammlung Franco-Spanien, während Frankreich sogar seine diplomatischen Beziehungen zum südlichen Nachbarland faktisch unterbrach, indem es die Pyrenäengrenze schloss.[31] Die 1947 immer noch unter der diplomatischen Isolation leidende Diktatur wusste umso mehr die der Regierung freundlich gesinnte Berichterstattung eines Schweizer Journalisten zu schätzen.

1947 übernahm Schwarzenbach den Thomas-Verlag mit Sitz in Zürich und kurz darauf publizierte er deutsche Übersetzungen von Büchern franquistischer Persönlichkeiten wie des späteren Generaldirektors der Presse Manuel Jiménez Quílez[32] (*Spanien und die UNO*) und des ehemaligen Außenministers Ramón Serrano Súñer (*Zwischen Hendaye und Gibraltar*).[33] Schwarzenbach, der auch für die rechtskatholische

28 Brief der Direktion der Militärverwaltung, EMD, an Oblt. Schwarzenbach, 16. September 1947, BAR E2001E 1976/17, Bd. 229.

29 Brief der Direktion der Militärverwaltung, EMD, an James Schwarzenbach, 8. Oktober 1947, BAR E2001E 1976/17, Bd. 229.

30 Vgl. Warum ich katholisch wurde. Die Geschichte meiner Konversion (Folge 7), in: Timor Domini, Nr. 2, 9. Juni 1993. Hier erfährt man auch die Ordensklasse und das Prädikat der Auszeichnung: Comendador (dt. Komtur) del Orden de Isabel la Católica, a la Lealtad acrisolada (dt. für die bewiesene Loyalität).

31 Vgl. Tuñón de Lara, El poder y la oposición, S. 225–229; Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 45–57.

32 Vgl. Tuñón de Lara, El poder y la oposición, S. 349.

33 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!“, S. 58f. Serrano Súñer hatte zwischen 1940 und 1942 als nazifreundlicher Falangist das Außenministerium inne. Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía

„Schweizer Rundschau" schrieb, forderte im selben Jahr die Formierung einer katholischen Internationale zwecks Bekämpfung der bereits bestehenden kommunistischen. Fünf Jahre später wurde das CEDI (Centre Européen de documentation et d'information) gegründet, das europäische Rechtskatholiken um sich sammelte, darunter auch Schwarzenbach.[34] Aufgrund seines eingeschlagenen Kurses, der vermehrt die Interessen de Gaulles vertrat, trat er bereits im März 1962 aus.[35]

Seine Spanien-Bewunderung beschränkte sich nicht bloß auf eine zeitgenössische Dimension, die sich in seiner journalistischen Verteidigung des Regimes oder in der Verbreitung obiger Werke widerspiegelte. Eine in seinen Zeitungsartikeln immer wieder zitierte Persönlichkeit war der spanische Staatsrechtler, Geschichtsphilosoph und Diplomat Juan Donoso Cortés (1809–1853), in welchem er sein geistiges Vorbild sah. Schon sein Mentor de Reynold hatte ihn verehrt.[36] Als Staatstheoretiker begründete Donoso Cortés eine an Augustinus von Hippo angelehnte Lehre, wonach sich Politik und Gesellschaft an der Religion orientieren müssten. Revolution und Anarchie galten für ihn als Folgen einer Politik, die vom Weg des christlichen Glaubens abgekommen sei. Obschon Diplomat, vertrat er die These, die Diplomatie sei nach dem Wiener Kongress zu einem Mittel reinen Selbstzwecks verkommen und diene nicht mehr länger dem Gleichgewicht zwischen den Völkern, sondern werde auch für Interventionen in die inneren Angelegenheiten einzelner Staaten missbraucht.[37] Die paneuropäische Reichweite der Märzrevolution prägten Donoso Cortés' neuen Kurs, und seine berühmte Rede vom 4. Januar 1849 vor den *Cortes* „Über die Diktatur" machte ihn auch jenseits der nationalen Grenze berühmt.[38] Donoso bezeichnete darin den bisherigen liberal-konstitutionellen Kurs als Naivität; die Revolution führe zu einer „Diktatur des Dolches und des Pöbels".[39] Gegen die revolutionären Übergriffe würde die verfassungsmäßige Legalität nicht mehr taugen. Als einzige Lösung verbleibe also nur eine Konzentration der Regierungsmacht in den Händen eines starken Mannes: „gegen die ‚Diktatur des Dolches' die ‚Diktatur des Säbels'; gegen die Diktatur von unten die Entscheidung von oben als totale Antwort."[40]

---

en España, S. 30–34. Zudem war er durch seine Heirat mit der Schwester von Francos Gemahlin mit dem *generalísimo* verschwägert. Vgl. Preston, Franco, S. 256.

34 Vgl. Metzger, Antikommunismus in der „Schweizer Rundschau"..., S. 250. Speziell zum CEDI siehe Großmann, Ein Europa der „Hintergründigen", S. 311–318; Großmann, Die Internationale der Konservativen.

35 Vgl. Großmann, Die Internationale der Konservativen, S. 232.

36 Vgl. Mattioli, Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur, S. 313.

37 Vgl. Beneyto, Apokalypse der Moderne, S. 32f.

38 Vgl. ebd., S. 56.

39 Zit. in: ebd., S. 57 (Hervorhebung im Original).

40 Ebd., S. 58; Donoso Cortés, Juan: Discurso sobre la dictadura, in: Obras completas de Donoso Cortés, hg. v. Juan Juretschke, 2 Bde., Bd. 2, Madrid 1946, S. 187–204.

Schwarzenbach dürften diese Worte besonders imponiert haben, denn unter dem Titel *Dolch oder Degen* erschien zunächst im Januar 1962 ein Leitartikel im „Republikaner". Zwei Jahre später publizierte er einen Sammelband mit sämtlichen von ihm unterzeichneten Leitartikeln, den er ebenfalls so betitelte.[41] In jenem Leitartikel von 1962 zitierte er eine Passage[42] von Donoso Cortés' berühmter Parlamentsrede und konterte damit einen NZZ-Artikel des spanischen liberalen Dissidenten Salvador de Madariaga.[43] Schwarzenbach fügte im Anschluss an Donosos Zitat ein unmissverständliches Bekenntnis zum Autoritarismus hinzu:

> Was 1849 von Donoso Cortés ausgesprochen wurde, gilt auch heute noch. Es gilt für Portugal, es gilt für Spanien und es gilt auch für anderswo. Das ist der Grund, weshalb wir, ungeachtet unseres demokratischen Standortes, die Verurteilung der durch das Versagen des dortigen Bürgertums notwendig gewordenen, autoritären Regimes der iberischen Halbinsel entschieden ablehnen und im bewußten Gegensatz zu Madariaga und seiner Schule sowohl das Regime Salazar wie das Regime Franco als bewährte und entschlossene Verbündete im Kampf um die Rettung Europas vor dem Bolschewismus einschätzen.[44]

Er verstand also die Diktaturen in Spanien und Portugal als eine notwendige Massnahme, die sich aufgrund des Versagens der bürgerlichen *classe politique* aufgedrängt hatte, um dem Kommunismus die Stirn zu bieten. Was in dieser persönlichen Beurteilung der beiden iberischen Diktaturen zum Vorschein kommt, entspricht der vorherrschenden Meinung, die in der sogenannten „Freien Welt" präsent war. Die neue politische Ordnung, die der Kalte Krieg hervorbrachte, schuf, wie bereits gesagt, eine neue Existenzberechtigung für das Franco-Regime.

Schwarzenbach hatte Donoso bereits in einem in der „Zürcher Woche" erschienen Leitartikel von Januar 1958 zitiert.[45] In *Reif sein ist alles*, so der Titel des Leitartikels und zugleich ein Zitat Jacob Burckhardts, wird Donosos ernüchternde und apokalyptische Sicht auf die revolutionären Wirren um 1848 als Deutungsmuster für die tumultartigen Geschehnisse um 1958 entlehnt. Stellvertretend für seine eigenen Gedanken, lässt er den Spanier sprechen und übernimmt aus einem seiner Briefe an den Gesandten Preußens in Madrid und polnischen Grafen Raczynski folgenden Passus:

> ‚Eine entsetzliche Angst bedrückt mein Herz, wenn ich den Lauf der Geschichte betrachte und dabei die allmächtige Gewalt feststellen muß, die dem Bösen hier auf Erden eingeräumt ist. Die Behauptung, daß es die Wahrheit sei, die immer siege oder daß das Gute immer

41 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!", S. 255.

42 Schwarzenbach hatte Juan Donoso Cortés bereits in einem in der „Zürcher Woche" erschienenen Leitartikel von Januar 1958 zitiert. Vgl. Schwarzenbach, Dolch oder Degen, S. 7–10.

43 Vgl. ebd., S. 55–59.

44 Ebd., S. 59.

45 Vgl. ebd., S. 7–10.

stärker sei als das Böse, ist für mich nicht viel mehr als eine billige Phrase und beweist nichts anderes als eine unheilbare Vernarrtheit in optimistische Trugbilder. Sie können es sich kaum vorstellen, wie traurig mich dieser Gedanke machen kann.‘[46]

Schwarzenbach bringt ferner weitere Zitate an in der Absicht, Donoso Cortés’ pessimistische Stimmung zu verdeutlichen, ohne dabei auf eine konkrete Schrift des Spaniers zu verweisen:

‚Und wissen Sie, weshalb Europa im Sterben liegt? Es liegt im Sterben, weil es vergiftet worden ist. Die Lehren, die Spinoza und Voltaire, die Kant, Hegel und Cousin vorgetragen haben und die ausnahmslos als verderblich bezeichnet werden müssen, sind samt und sonders auf die Grundideen des Rationalismus zurückzuführen. Auf politischem, religiösem und sozialem Gebiet bedeuten sie für Europa ganz dasselbe, was das Opium der Engländer in der physischen Ordnung für das Himmlische Reich (China) geworden ist.‘[47]

Ferner vergleicht er Donosos Talent, die zeitgenössische Sorge in Worte zu fassen, mit demjenigen des Basler Historikers, und dieser Vergleich fällt zugunsten des Spaniers aus:

Noch ferner liegt ihm [Burckhardt] die Gabe eines Donoso Cortés mit der Geschärftheit seines christlichen Gewissens die Wurzel des Übels zu erkennen, die Krankheit beim Namen zu nennen – und, was das wichtigste ist, gegen sie anzukämpfen, mit der gleichen Entschlossenheit wie ein Arzt, ungeachtet seiner persönlichen Gefährdung, gegen eine verheerende Seuche ankämpft.[48]

Hier ist die Rede vom Kommunismus als „Seuche“; eine kaum noch originelle Metapher, der sich auch Schwarzenbach bediente.[49] Der Kommunismus als „unteilbare […] Doktrin“ mit Grundsätzlichkeiten könne also nicht mit der „freiheitlichen Grundsatzlosigkeit“ aufgehalten werden, wovon Eisenhowers Mittelost-Politik ein Beispiel sein soll, die zudem als „zweckbedingte Improvisation“ abgestempelt wird.[50] Der

---

46 Zit. in: Schwarzenbach, Dolch oder Degen, S. 8.; Brief an Graf Raczynski, 8. Juli 1849, in: Donoso Cortés, Briefe, parlamentarische Reden und diplomatische Berichte aus den letzten Jahren seines Lebens (1849–53), hg. u. eingeleitet v. Albert Maier, Köln 1950, S. 63.

47 Zit. in: Schwarzenbach, Dolch oder Degen, S. 8f. Es handelt sich hierbei um eine Passage des Briefes „an die Direktoren der Madrider Zeitungen ‚País‘ und ‚Heraldo‘“, 16. Juli 1849, in: Donoso Cortés, Briefe, parlamentarische Reden und diplomatische Berichte aus den letzten Jahren seines Lebens (1849–53), op. cit., S. 77. Die beiden Brief-Passagen, die Schwarzenbach im besagten Leitartikel der „Zürcher Woche“ von 1958 zitiert, stammen aus Briefen, die sich in der von Albert Maier herausgegebenen Quellenedition aus dem Jahre 1950 unmittelbar hintereinander befinden, was darauf schließen lässt, dass der Zürcher Publizist höchstwahrscheinlich dieselbe Quellenedition benutzt hat.

48 Schwarzenbach, Dolch oder Degen, S. 9.

49 Vgl. Metzger, Antikommunismus in der „Schweizer Rundschau“…, S. 248.

50 Schwarzenbach, Dolch oder Degen, S. 9f.

Leitartikel endet mit einem Aufruf zu einer geistigen Aufrüstung, denn ohne eine solche tauge jede materielle Rüstungsanstrengung des Westens gar nichts. Die hier manifestierte Rückbesinnung zum katholischen Glauben kann als Angstreflex des Kalten Krieges verstanden werden, wovon nicht nur breite Kollektive, sondern wie im Falle Schwarzenbachs auch Vertreter der Elite betroffen wurden.[51]

Schwarzenbach machte sich die apokalyptischen Gedanken des Donoso Cortés' zu eigen. In seiner Bewunderung für den spanischen Gelehrten erkennt man auch seine eigene Abneigung gegen Humanismus, Aufklärung, Rationalismus und die Französische Revolution.[52] Ebenso lässt sich demzufolge eine romantisch-pathetische Sehnsucht nach dem *Ancien Régime*, nach einer festgelegten, gottgegebenen Hierarchie, nach der alten Ständegesellschaft[53] und nach einer sich im katholischen Glauben entfaltenden Gesellschaftsordnung erkennen, bei welcher die Vorstellungen Schwarzenbachs mit jenen Donosos miteinander verschmelzen. Auch später als Mitglied des Nationalrates sollte Schwarzenbach mit einem Gehabe, das von Donosos alarmierender Rhetorik inspiriert war, vor einer bevorstehenden Revolution warnen, wie dies einem an Bundesrat Brugger adressierten Brief aus dem Jahre 1971 zu entnehmen ist.[54]

Schwarzenbachs Verteidigung der spanischen Diktatur kommt auch am folgenden Beispiel zum Vorschein. Am 20. April 1963 wurde der Kommunist Julián Grimau García in Madrid erschossen. Grimaus Hinrichtung stellt in vielerlei Hinsicht ein einschneidendes Ereignis in der Geschichte des Regimes dar, denn sein Todesurteil im militärgerichtlichen Schnellverfahren war die letzte Aburteilung, die sich auf Straftaten bezog, die in der Zeit des Bürgerkriegs vollzogen worden waren. Wenige Monate nach Grimaus Hinrichtung, die im Ausland eine Welle der Empörung auslöste,[55] wurde das Gericht für öffentliche Ordnung (sp. *Tribunal de Orden Público*, TOP) ins Leben gerufen, um die Militärgerichte zu entlasten.[56]

James Schwarzenbach widmete die Frontseite seines „Republikaners“ dieser Exekution und verteidigte den resoluten Schritt der spanischen Regierung. Grimau wurde dabei, kaum anders als in der offiziellen spanischen Presse, als einer der „Haupt-Tschekisten“ beschrieben, der in Barcelona während des Bürgerkrieges brutale Verhörmethoden, Folterungen und Hinrichtungen vollzogen hatte. Der Verurteilte wird

51 Zum Zusammenspiel von Angst und Religiosität im Nachkriegsdeutschland siehe Scheer, „Unter Deinen Schutz und Schirm fliehen wir“, S. 345.

52 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!“, S. 250f.

53 Vgl. ebd., S. 227.

54 Vgl. ebd., S. 140. In diesem Schreiben erkennt man ein Stück weit einen Appell an die Diktatur zwecks Behebung der Bedrohung durch Aufruhr und Unordnung. Vgl. Schmitt, Die Diktatur, S. 104.

55 Vgl. Payne, The Franco Regime, S. 501; Preston, Franco, S. 709.

56 Vgl. del Águila, El TOP, S. 76; Beck, Das spanische Regierungssystem…, S. 298f.; Bernecker, Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, S.155.

auch in Bezug auf seine Persönlichkeit angeschwärzt und auf groteske Weise karikiert, doch immerhin räumt ihm Schwarzenbach eine gewisse Integrität ein.

> Grimau gehört nicht zu den Weichen, sonst hätten ihn die Kommunisten nicht in diese Schlüsselstellung erhoben. Er gehört zu den harten Kämpfern, die vor Blut und Leichen nicht zurückschrecken. Er ist tapfer und fanatisch, wie es die überzeugten Rotkämpfer sind. Insofern gebührt ihm Achtung. Er hat sich vor dem Militärgericht offen zu seiner Überzeugung bekannt. ‚Ich habe als Kommunist gelebt. Ich werde als Kommunist sterben.' Das waren seine letzten Worte.
>
> Hut ab, vor einem solchen Kerl, darf man in unserer degenerierten, gefühlsduseligen bürgerlichen Welt ruhig sagen. Hut ab, aber auch vor den spanischen Richtern, die sich um das organisierte Geschrei der von den Roten gelenkten Weltmeinung – ein Geschrei, das bei der Prominenz des geschnappten Genossen zu erwarten war – keinen Deut scherten, und die harte Sprache anschlugen, die die Genossen am besten verstehen.[57]

Schwarzenbach greift darauf jene öffentlichen Persönlichkeiten an, die sich für eine Begnadigung Grimaus engagiert hatten. Die internationalen Proteste in der Presse gegen die Exekution werden als ein durch die Weisungen Moskaus exerzierter Komplott zwischen Kommunisten und Kryptokommunisten diskreditiert. Dabei prangert er den westlichen dekadenten Liberalismus erneut an:

> Die auf der ganzen Welt, dank der westlichen Blödheit im Vormarsch befindlichen Kommunisten, handeln durchaus folgerichtig. Ihnen geht es darum, die dem Kommunismus verlorene iberische Bastion sturmreif zu machen, Salazar und Franco zu stürzen und nach einem kurzen volksdemokratischen Zwischenakt im Stile Ben Bellas, die rote Fahne siegreich zu entrollen. Bedenklich stimmt, wie einfältige Bürger der freien Welt der roten Propaganda auf den Leim kriechen können.[58]

Darauf fokussierte er seine Attacken auf jene Schweizer, welche das Protesttelegramm an den spanischen Minister Fraga gesandt hatten, in welchem eine zivile Gerichtsverhandlung gefordert wurde. Unter den Unterzeichnenden werden namentlich erwähnt: SP-Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes Gallus Berger, Nobelpreisträger für Chemie Leopold Ružička und Kantonsrat Max Winiger, „einsamer Repräsentant der Zürcher Kommunisten". Die Auflistung endet mit: „Bei alt Ständerat Dr. Emil Klöti, Arnold Kübler und Manfred Kuhn verbietet es mir der Respekt vor diesen bestimmt ehrbaren Herren, zu schreiben, was ich von ihrer Unterschrift in diesem besonderen Falle halte."[59] Um diesen Einseitigkeit vorzuwerfen, bringt Schwarzenbach die drei Todesurteile zur Sprache, die in Frankreich gegen die zur *Organisation de l'armée secrète* (OAS) angehörenden Attentäter von Petit-Clamart

---

57 „Gerechtigkeit für Genosse Grimau", in: Der Republikaner, Nr. 17, 25. April 1963; zugl. Schwarzenbach, Dolch oder Degen, S. 284–289.

58 Ebd.

59 Ebd.

ausgesprochen wurden, gegen welche die Unterzeichnenden nicht protestiert hätten. Ebenso zitiert Schwarzenbach den laufenden Prozess gegen Oberst Argoud, ebenfalls Mitglied der OAS, bei dem „die demokratischen Menschenfreunde" ähnlich wie die Kardinäle Feltin und Gerlier schweigen würden. Die Unterzeichnenden des Protesttelegramms an den spanischen Minister seien, so Schwarzenbach, „mindestens moralisch mitverantwortlich".[60]

Die Loyalität, die er dem Franco-Regime bewies, artikuliert sich hier kaum durch das Lob an das Regime, – der Autor spricht zwar sogar vom „faschistischen Franco-Spanien", doch vermutlich ist dies sarkastisch gemeint und beabsichtigt, das Vokabular der Franco-Gegner zu karikieren – sondern durch die Verunglimpfung des Hingerichteten und die Diskreditierung der Solidaritätskundgebungen als kommunistisch inspiriert. Er ging allerdings noch weiter und scheute diesmal nicht davor zurück, selbst Kirchenfürsten in seine Kritik einzuschließen. Seine katholische Gesinnung beziehungsweise seine Treue zur katholischen Kirche war offenbar seinem antikommunistischen Credo untergeordnet. Zudem waren ihm die Modernisierungstendenzen der römisch-katholischen Kirche zuwider. Die von Papst Johannes XXIII. im Zweiten Vatikanischen Konzil eingeleiteten Reformen im Geiste des *Aggiornamento* wurden von Schwarzenbach aktiv bekämpft. 1965 gründete er zusammen mit seinem Mentor aus der Freiburger Studienzeit, Gonzague de Reynold, die Vereinigung „Una Voce Helvetica", die sich unter anderem der Abschaffung des Lateins, des gregorianischen Gesangs in der Messe und der ökumenischen Öffnung widersetzte.[61]

Im Dezember 1970 bewies Schwarzenbach erneut seine Loyalität gegenüber dem Franco-Regime. In jenem Monat fand in der nordspanischen Stadt Burgos ein Militärprozess[62] gegen 16 Basken statt, denen man eine Reihe von Terrordelikten vorwarf.[63] Die Schweizer Medien berichteten in hoher Dichte über den Verlauf des Prozesses und auf den Straßen der wichtigsten europäischen Städte prangerten Menschenmengen in Demonstrationszügen die Grausamkeit der Diktatur am Beispiel jener Justizfarce an. An den Demonstrationen in der Schweiz nahmen vornehmlich Spanier und Schweizer, aber auch Italiener teil; eine in Schwarzenbachs Augen gefährliche Mischung aus ungebetenen Fremden, die ihm ohnehin als eine Gefahr für die Schweizer Eigenart galten, und linken Schweizern, die Schwarzenbach bereits als „Fünfte Kolonne" bezeichnet hatte.[64] Seine Abstim-

60 Ebd.

61 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!", S. 90f.; Mattioli, Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur, S. 314–316.

62 Der Burgos-Prozess wird weiter unten im Unterkapitel 5.2. ausführlicher behandelt.

63 Vgl. Prieto, Militärprozesse und Hinrichtungen…, S. 89–91.

64 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!", S. 238.

mungsniederlage bei der zweiten Überfremdungsinitiative lag rund ein halbes Jahr zurück. Am 14. Dezember reichte er eine Interpellation im Nationalrat mit folgendem Wortlaut ein:

> Die von schweizerischen Linksextremisten unterstützten öffentlichen Demonstrationen ausländischer Arbeitskräfte mehren sich und zeigen zusehends einen gewalttätigeren, revolutionären Charakter. Im gleichen Masse wächst die Besorgnis und Empörung der schweizerischen Öffentlichkeit. Wir ersuchen den Bundesrat um Auskunft, wie er den bestehenden Gesetzen über die politische Betätigung der Ausländer in der Schweiz Nachachtung zu verschaffen gedenkt.[65]

Die Interpellation wurde von 14 weiteren Parlamentariern mitunterzeichnet, darunter auch vom späteren Zentralpräsidenten der SRG Ettore Tenchio.[66] Darin warf Schwarzenbach der Landesregierung vor, „Toleranz aber im Zeichen der Schwäche" zu praktizieren.[67] In seiner Argumentation kommen die für den Kalten Krieg typischen, aber bereits in den dreißiger Jahren kultivierten Ängste vor einer marxistischen Machtübernahme zum Vorschein. Ebenso deutlich treten auch die Vorwürfe gegen die gesellschaftliche „Degeneration" der Sitten und gegen die Insubordination der Jugend hervor.

> Meine Interpellation befasst sich mit den Demonstrationen ausländischer Arbeitskräfte, hinter denen schweizerische Linksextremisten stehen. Den Schlüssel zur Erklärung der lärmenden Vorgänge auf unseren Plätzen und Strassen, in Bahnhofhallen, Bunkern und Fabriken, wo Ausländer, eingerahmt und angespornt von Schweizern, lautstark demonstrieren, liegt in der kommunischen [sic!] Zielsetzung mit den Mitteln einer geplanten Agitation, zu der nicht nur Demonstrationen, sondern auch Rauschgift und Pornographie, Schüler- und Hochschulrevolten, Separatismus und Antimilitarismus gehören, unser Land für den Klassenkampf zu rüsten, sämtliche Autoritäten von Staat, Kirche und Wissenschaft zu zerschlagen und für die völkermordende Ideologie aus dem Osten langsam aber sicher sturmreif zu machen.[68]

Schwarzenbach erwähnt ausdrücklich den Baskenprozess in Burgos als Ursache für die Demonstrationen, die in Gewalt ausarteten. Die Gewaltexzesse, befürchtet er, „könnten die gute[n] Beziehungen zu andern Staaten beeinträchtigen."[69] Besonders

---

65 Interpellation Schwarzenbach (10775) Ausländer-Demonstrationen vom 14. Dezember 1970 (Nationalrat), in: Amtl. Bull., Bd. II, 17. März 1971, S. 417.

66 Tenchio saß von 1947 bis zu seiner Ernennung als Zentralpräsidenten der SRG im Jahre 1971 für die Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei der Schweiz (seit 1970 CVP) im Nationalrat. Zwischen 1960 und 1968 war er zudem deren Parteipräsident. 1962 kandidierte er für den Bundesrat, jedoch ohne Erfolg. Vgl. Brunold, Ettore Tenchio.

67 Interpellation Schwarzenbach (10775), Ausländer-Demonstrationen vom 14. Dezember 1970, op. cit., S. 417.

68 Ebd., S. 417f.

69 Ebd., S. 418.

gezielt attackiert er kommunistische Exponenten, wie die PdA-Nationalräte Jean Vincent und Roger Dafflon, aber auch Mitglieder ausländischer KPs wie „Morutto [sic!]“[70], die an den Demonstrationen teilgenommen hatten. Hier wird die Idee der oft beschworenen „Fünften Kolonne“ besonders deutlich, und zwar durch die Figur des ausländischen Polit-Kommissars, der seine in der Schweiz lebenden Landsleute und Genossen gegen die „demokratische Ordnung“ des Gastlandes aufwiegelt.

Die Replik auf Schwarzenbachs Interpellation kam von Bundesrat von Moos, dem Vorsteher des EJPD, der Schwarzenbachs Plädoyer relativierte und die Anzahl Demonstrationen aufzählte, die seit 1966 stattgefunden hatten. Er sprach von einer Höchstzahl von 1500 Teilnehmenden „mit einem grösseren und kleineren Anteil von Ausländern.“[71] Der Bundesrat konterte deutlich, für Bewilligungen politischer Natur seien die Kantone und nicht der Bund zuständig, und ging dann auf die konkreten Demonstrationen ein. Zwei davon standen im Zeichen des Burgos-Prozesses: diejenige vom 12. Dezember 1970 in Bern und die vom 14. Dezember in Genf.

An der Genfer Demonstration beteiligten sich neben der PdA auch die SP und die Gewerkschaftsunion des Kantons Genf sowie „einige extrem linksgerichtete Gruppierungen“, die nicht näher spezifiziert werden. Diese zweite Demonstration hatte einen gewalttätigeren Ausgang als diejenige in Bern. Laut von Moos wurde sogar ein spanischer Staatsangehöriger festgenommen und des Landes verwiesen. Zum Schluss negiert der Magistrat trotz Gewaltausschreitungen einen revolutionären Charakter.[72]

Schwarzenbach gab sich mit der Antwort des Bundesrates zufrieden. Doch einige Jahre später sollte ein weiteres Ereignis, das erneut im Zusammenhang mit antifranquistischen Protesten stand, ihn dazu bewegen, nochmals an den Bundesrat zu interpellieren. Ende Juni 1974 organisierte die PCE in Zusammenarbeit mit der PdA eine Großkundgebung im Genfer Eisstadion *Les Vernets*.[73] Aus ganz Europa strömten spanische Kommunisten in die Calvin-Stadt, um den beiden historischen Figuren des spanischen Exilkommunismus, der Parteipräsidentin Dolores Ibárruri, genannt *La Pasionaria*, und dem Generalsekretär Santiago Carrillo zuzuhören. Kurz vor der Durchführung des *ginebrazo* dekretierte der Bundesrat ein Redeverbot für die beiden Spanier und zeigte somit ein Verhalten, das an die Frühphase des Kalten Krieges erinnert.[74]

---

70 Gemeint ist höchstwahrscheinlich der italienische Kommunist Severino Maurutto, Kadermitglied des PCI in Genf, dem die Bundesanwaltschaft mit einer Ausweisung gedroht hatte, die aber letztlich nie zustande kam. Vgl. Buomberger, Kampf gegen unerwünschte Fremde, S. 87f.

71 Interpellation Schwarzenbach (10775) Ausländer-Demonstrationen, op. cit., S. 419.

72 Vgl. ebd., S, 420.

73 Auf die Genfer Großkundgebung wird auch im Unterkapitel 5.4. Bezug genommen.

74 Vgl. Burri, Notrechtliches Vorgehen gegen die Kommunisten, S. 164.

André Rauber, damals Mitglied des Organisationskomitees, erinnert sich an das unnachgiebige Bestreben der spanischen Kommunisten, das Redeverbot bewusst zu missachten, während die Schweizer Genossen aus Furcht vor den juristischen Folgen die Idee der Aufnahme der Reden im Vorfeld vorschlugen, um sie danach an der Kundgebung vom 23. Juni abzuspielen.[75] In seinem Werk zur Geschichte des Schweizer Kommunismus behauptet er, die PdA hätte angesichts jener angespannten Lage, bei welcher die Genfer und die Bundesbehörde auf den kleinsten Fauxpas der kommunistischen Partei warteten, um eine Sanktion gegen diese zu rechtfertigen, keinen Vorwand liefern dürfen.[76] In dieser Situation musste also die PdA ihre internationale Solidaritätsverpflichtung opfern, um einen Imageschaden zu vermeiden. Schließlich willigten die beiden Spanier in die Playback-Vorführung ein. Doch trotz des bundesrätlichen Redeverbotes ergriff die greise Kommunistin das Mikrofon, um an die 20.000 bis 25.000 Zuhörer einige Worte zu richten und stimmte dann die *Internationale* an.[77] Empört über die Umgehung des Verbotes dekretierte der Bundesrat ein Wiedereinreiseverbot für Carrillo und Ibárruri. Die Empörung Schwarzenbachs war allerdings noch größer. In seinem im selben Jahr und im Vorfeld der vierten Überfremdungsinitiative erschienenen Buch *Die Überfremdung der Schweiz – wie ich sie sehe* verschonte er die beiden Kommunisten nicht.

> Für sie [die deutschen Flüchtlinge von 1848] war die damalige Schweiz, im Gegensatz zu den monarchistischen Regimen, denen sie den Rücken kehrten, ein Hort der traditionellen demokratischen Freiheiten. Sie waren bereit sich deren Spielregeln zu fügen, ja selber Wesentliches zur Verbesserung der demokratischen Einrichtungen beizutragen, weil sie sich diese politische Gesinnung bereits vor ihrer Auswanderung erarbeitet und angeeignet hatten. Die Demokratie aber, die eine Dolores Ibarruri und ein Carrillo den spanischen Emigranten predigen, die Volksdemokratie eines Tito, die uns in den letzten Jahren viele Arbeitskräfte geschickt hat, steht in diametralem Gegensatz zu unserer liberalen Bundesverfassung.[78]

Schwarzenbachs Argumentation weist mehrere undichte Stellen auf, beziehungsweise sie unterliegt einem diskursiven Bruch.[79] Es erscheint ausgesprochen sonderlich, dass er sich auf einmal als Verfechter der Märzrevolution und der Ideale, welche die Deutschen Flüchtlinge des Vormärz vertraten, ausgab, wo er doch 1958 die Krise von 1848/49 durch Donosos Worte verurteilte, in der Französischen Revolution die Ursache vieler Übel sah und sich gesinnungsmäßig deutlich den Verfechtern der Heiligen Allianz hätte hinzugesellen können. Doch dürfte der Zweck dieser politischen

75 Vgl. Prieto López, „El fascismo también nos concierne a nosotros“, S. 1165.

76 Vgl. Rauber, Histoire du mouvement communiste suisse, Bd. II, S. 423.

77 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 410; Rauber, Histoire du mouvement communiste suisse, Bd. II, S. 423.

78 Schwarzenbach, Die Überfremdung der Schweiz, S. 67.

79 Vgl. Sarasin, Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse, S. 59f.

Broschüre – das heißt, die Mobilisierung einer möglichst breiten Masse für die beiden Überfremdungsinitiativen von 1974[80] – die ideologischen Verzerrungen und Anpassungen als sekundär erscheinen lassen. Auch der Vergleich der beiden südeuropäischen Migrationskollektive miteinander ist widersprüchlich. So sollten also die spanischen Migranten unter dem Einfluss der Schlüsselfiguren des in Spanien systematisch verfolgten Kommunismus stehen, während die jugoslawischen unter jenem ihrer offiziellen Staatsdoktrin stünden.

Noch rabiater war Schwarzenbachs Tonfall in der Interpellation, die er bereits einen Tag nach der Großkundgebung zusammen mit 45 weiteren Mitunterzeichnern einreichte, darunter SVP-Nationalrat Walther Hofer und NA-Präsident Valentin Oehen.[81] In seinem Votum zeigt sich Schwarzenbach zunächst von der Teilnahme Schweizer PdA-Nationalräte irritiert. Die Verbindung von Antikommunismus und Fremdenhass erreicht ihren deutlichsten Ausdruck in der Bezeichnung des Kommunisten Vincent „als Präsident[en] der Schweizerischen Partei der Arbeit, sofern man dieser den Namen ‚Schweizerisch' wirklich beilegen darf […]".[82] Den marxistischen Linken die „Nationalität" absprechen zu wollen, ist eine Praxis, die bereits im Spanischen Bürgerkrieg durch die franquistische Propaganda verwendet wurde. Der eigentliche Bürgerkrieg, der bewusst nie als solcher bezeichnet wurde, um hingegen vom „Kreuzzug" zu sprechen,[83] wurde als Kampf zwischen dem „wahren Spanien" und dem „Anti-Spanien" gedeutet. In den USA der Nachkriegszeit wurde Kommunismus ebenfalls als „unamerikanische" Aktivität gebrandmarkt.[84] Zuvor, bereits im 19. Jahrhundert wurden auch die Sozialdemokraten im Deutschen Kaiserreich als „vaterlandslose Gesellen" beschimpft. Laut Imhof bedeuten solche Diskurse „den Übergang von der politischen Auseinandersetzung im Rahmen von Mehr-oder-Weniger-Konflikten […] zu einem *Entweder-Oder-Konflikt*, der sich in den routinisierten Machtallokationsverfahren des politischen Systems nicht mehr entsorgen lässt".[85] In Schwarzenbachs Augen galt der Kommunismus – unabhängig ob dessen Verfechter Schweizer Bürger oder Ausländer waren – als eine

80 Im Jahre 1974 lancierte Schwarzenbach zwei Volksbegehren gegen die Überfremdung: eines am 15. März, das die Begrenzung der Einbürgerungen bezweckte, und ein weiteres am 12. November unter dem Titel „zum Schutze der Schweiz". Vgl. Drews, „Schweizer erwache!", S. 278.

81 Interpellation Schwarzenbach (12041) Redeverbot. Umgehung, vom 24. Juni 1974 (Nationalrat), in: Amtl. Bull., Bd. V, 10. Dezember 1974, S. 1840.

82 Ebd., S. 1841 (Hervorhebung im Original).

83 Vgl. Cotarelo, Iconografía política del franquismo, S. 429f.; Aguilar, Memory and Amnesia, S. 136–140; Wippermann, Faschismus, S. 84.

84 Es fallen einige Gemeinsamkeiten zwischen Schwarzenbach und dem US-Senator Joseph McCarthy in Bezug auf Antikommunismus, Xenophobie und die Mobilisierung einer traditionell linken Wählerschaft auf. Vgl. Lipset, Der „Faschismus", die Linke…, S. 476–479.

85 Imhof, Öffentlichkeit und Identität, S. 47.

unschweizerische Ideologie.[86] Das Absprechen der Nationalität kann zudem als eine exklusionistische Praxis verstanden werden, die ein identitätsstiftendes Merkmal von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ist.[87]

In seiner Interpellation befragte Schwarzenbach den Vorsitzenden des EJPD zunächst nach der Erteilung der Redeerlaubnis und dann explizit nach den Gründen für dessen Rückzieher. Besonders interessiert war er an der Frage, ob letzterer auf den „Druck des Pardos" zurückzuführen war.[88] Auch die permanente Angst um die guten Beziehungen zum Regime tritt in seinem Plädoyer zutage:

> Überlege ich richtig oder irre ich mich, Herr Bundesrat Furgler, wenn ich meine, der Sinn des Redeverbotes sei es doch gewesen, zu verhindern, dass die Halle von Vernets zur Plattform revolutionärer, umstürzlerischer Agitation gegen einen Drittstaat werde, mit dem wir in korrekten Beziehungen leben? Wenn dem so ist, so hätte selbstverständlich das ganze Meeting untersagt werden müssen, denn es war doch mit Sicherheit anzunehmen, dass politisch so temperamentvolle kommunistische Spitzenfunktionäre wie die berüchtigte Pasionaria aus dem Bürgerkrieg und Genosse Carillo [sic!] nicht stumm wie Fische auf der Rednertribüne sitzen würden.[89]

Schwarzenbach begrüßte das Wiedereinreiseverbot für Carrillo und Ibárruri, erwartete aber auch für den kommunistischen Ratskollegen Vincent eine Sanktion.[90] Mindestens so schlagfertig und redegewandt wie Schwarzenbach und weitaus sarkastischer als sein Parteikollege und Vorgänger im EJPD präsentierte sich Magistrat Furgler,[91] der die vom Obmann der SRB vorgeworfene Passivität des Bundesrates folgendermaßen widerlegte:

> Ich habe ihm [dem Nationalrat Vincent] aber selbstverständlich gar nichts anderes gesagt als das, was Sie, verehrter Herr Schwarzenbach, schon an jenem 24. Juni in der Zeitung lesen konnten, dass nämlich der von Ihnen der Passivität bezichtigte Bundesrat am 24. Juni – meinem Geburtstag – schon am Morgen gehandelt habe. Denn damals beschloss er die Einreisesperre. Wir haben das durch Radio, am Abend durch Fernsehen und selbstverständlich in den Abendausgaben der Zeitungen auch bereits *urbi et*

---

86 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!", S. 184f.; Imhof, Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung, S. 182f. Dieselbe Einstellung zeigt sich generell in der Interpretation des Parteikürzels als „Partei des Auslandes". Vgl. Imhof, Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung, S. 202; Engeler, Grosser Bruder Schweiz, S. 127. Für einen theoretischen Zugang siehe Koselleck, Zur historisch-politischen Semantik, S. 211–218.

87 Vgl. D'Amato/Skenderovic, Mit dem Fremden politisieren, S. 22; Imhof, Öffentlichkeit und Identität, S. 46.

88 Der Pardo-Palast im Westen Madrids war seit Beginn der Diktatur die offizielle Residenz von General Franco.

89 Interpellation Schwarzenbach (12041) Redeverbot. Umgehung, op. cit., S. 1841.

90 Vgl. ebd., S. 1842.

91 Vgl. Ribeaud, Furgler, S. 543.

> *orbi* bekanntgegeben. Und wenn ich mich nicht irre, hatten Sie lediglich das Pech, dass Ihr Hoforgan [‚Der Republikaner'], das wir auch sehr gerne lesen, erst zwei Tage später erschienen ist.[92]

Der Departementsvorsteher konterte also den Passivitätsvorwurf, indem er den Interpellanten auf das „Handicap" der tiefen Erscheinungshäufigkeit beziehungsweise des ungünstigen Erscheinungszeitpunktes seines zum „Hoforgan" der SRB degradierten Blattes aufmerksam machte. Der Frage nach der Rolle der spanischen Regierung bei der Erteilung des Redeverbots wich Furgler aus, indem er diesen Entscheid als eine vorbeugende Maßnahme des Bundesrates auf die Ausmaße rechtfertigte, welche die Genfer Kundgebung entgegen den ursprünglichen Vorstellungen hätte annehmen können. Ein Verbot der Veranstaltung erachtete Furgler allerdings als „weit überdimensioniert".[93]

Rund ein Jahr später reichte James Schwarzenbach eine Interpellation ein, die erneut mit Spanien in Verbindung stand. Am 27. September 1975 wurden drei Aktivisten der marxistisch-leninistischen Organisation FRAP und zwei der baskisch-separatistischen ETA in Madrid, Barcelona und Burgos erschossen.[94] Die Empörung über die Hinrichtungen war derart groß, dass die westlichen Demokratien als Zeichen des Protests ihre Botschafter aus Spanien zurückriefen. Auch der Schweizer Bundesrat schloss sich dieser Maßnahme an. Schwarzenbach sah in diesem Schritt einen Bruch der schweizerischen Neutralitätsmaxime. Am 1. Oktober reichte er folgende Interpellation ein:

> Der Bundesrat hat aus Protest den schweizerischen Botschafter in Madrid zu Konsultationen zurückgerufen. Auf der Schweizer Botschaft in Madrid bezeichnete man diese Massnahme ‚als nicht sehr angebracht'. Der Bundeskanzler nannte den Schritt ‚ungewöhnlich'.
> Wie vereinbart der Bundesrat diesen ungewöhnlichen Protest mit der durch unsere Neutralität auferlegten Verpflichtung zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten?[95]

Anders als bei den früheren Interpellationen Schwarzenbachs wurde diese von bloß drei weiteren Parlamentariern mitunterzeichnet. Dem Vorsteher des EPD und Bundespräsidenten Pierre Graber warf er vor, seine Ratskollegen erst über die Zurückbeorderung des Schweizer Ministers informiert zu haben, als dieser „sein Köfferchen

92 Interpellation Schwarzenbach (12041) Redeverbot. Umgehung, op. cit., S. 1842 (Hervorhebung im Original).

93 Ebd., S. 1843.

94 Die letzten Hinrichtungen unter der Diktatur werden weiter unten im Unterkapitel 5.4. ausführlicher behandelt.

95 Interpellation Schwarzenbach (75.470) Rückruf des Schweizer Botschafters in Madrid, vom 1. Oktober 1975 (Nationalrat), in: Amtl. Bull., Bd. I, 18. März 1976, S. 377–379 (Hervorhebung im Original).

schon gepackt hatte".[96] Die Politik des Bundesrates in Bezug auf Spanien bewertete Schwarzenbach als inkonsequent:

> Wenige Wochen später warf die Krönungsfeier von Juan Carlos ein neues Licht auf die gesamte Einstellung des Bundesrates zu dieser Angelegenheit. Im Namen der Eidgenossenschaft erschien Herr Bundesrat Furgler beim grossen Zeremoniell der Krönungsfeier für Juan Carlos, der als designierter Nachfolger General Francos ebenfalls auf das Movimiento eingeschworen war. Bundesrat Grabers Demonstration hatte sich gegen den Vollzug der Hinrichtungen aufgrund des Antiterroristengesetzes gerichtet. Bei der Krönungsfeier aber war dieses Gesetz unter dem genau gleichen Regime noch immer in Kraft. Ist es daher nicht widersprüchlich, dass der Bundesrat gegen ein und dasselbe Regime innert kürzester Frist die Methode von Peitsche und Zuckerbrot anwendet? Peitsche in der Rückberufung unseres Botschafters, Zuckerbrot, wenn man dem so sagen kann, in der Entsendung von Herrn Bundesrat Furgler. Man kann das notfalls in der Hoffnung auf eine Demokratisierung unter Juan Carlos erklären, der Widerspruch aber bleibt.[97]

In seinen daran anschließenden Ausführungen zählt der Zürcher Nationalrat eine Reihe von terroristischen Gewaltverbrechen in Spanien chronologisch auf und stellt das Antiterroristengesetz von August 1975 als Folge dieser Gewaltexzesse und als Gegenmaßnahme dar.[98] Schwarzenbach zitiert eine Passage des Chefredakteurs der spanischen konservativ-monarchistischen Zeitung „ABC". Das Antiterroristengesetz wird durch Schwarzenbach als legitimes Mittel präsentiert, das den Schutz von Angehörigen der Ordnungs- und Streitkräfte Spaniens vor Terrorgewalt durch die abschreckende Wirkung des Gesetzeswortlauts gewährleisten soll: nicht Repression, sondern Staatsschutz, lautet also Schwarzenbachs Interpretation der Gesetzgebung.

Er geht allerdings noch einen Schritt weiter und vergleicht die damaligen jüngsten Hinrichtungen in Spanien mit den Erschießungen von Landesverrätern in der Schweiz während des Aktivdienstes. Ohne explizit auf die Tauglichkeit der Kapitalstrafe einzugehen, versucht er die Todesstrafe zu entpolemisieren, indem er sie als eine in vielen Ländern übliche Strafpraxis darlegt: „Es gibt zahlreiche Staaten, mit denen die Schweiz, vorab aus wirtschaftlichen Gründen, ungetrübte diplomatische Beziehungen pflegt, ungeachtet der Tatsache, dass sie auch wegen ziviler Delikte

96 Ebd., S. 377.

97 Ebd.

98 Decreto-Ley 10/1975, de 26 de agosto de 1975, sobre prevención de terrorismo, in: BOE Nr. 205, vom 27. August 1975, S. 18117–18120. Im Einleitungstext des vom Staatschef unterzeichneten Gesetzesdekrets wird explizit auch auf den Terrorismus in England, Frankreich, Italien und Deutschland hingewiesen und auf die in diesen Ländern getroffenen außerordentlichen Maßnahmen zu dessen Bekämpfung. Ferner wird mit beruhigenden Absichten erklärt: „Kein rechtschaffener Bürger und Patriot wird sich von dieser umstandsbedingten Abnahme der verfassungsmässigen Garantien betroffen fühlen, die der Rechtssatz des vorliegenden Gesetzesdekretes nach sich zieht." (Ü. d. A.)

hängen, enthaupten oder erschiessen."[99] Er erwähnt gleichermaßen die Debatte um die Wiedereinführung der Todesstrafe, die ein Jahr zuvor im Nationalrat traktandiert worden war.[100] Die Tötungen in der DDR und in der Sowjetunion werden auf die andere Waagschale gelegt, um die angeblich einseitige Politik des Bundesrates hervorzuheben, der in diesen Fällen seinen Botschafter nicht zurückbeorderte.

Grabers Replik gestaltete sich knapper und direkter als diejenige seiner Ratskollegen auf die früheren Interpellationen Schwarzenbachs. Er bezeichnete zunächst Schwarzenbachs Vorwurf, er habe den Gesamtbundesrat absichtlich zu spät informiert, als lächerlich. Der Auslegung des Neutralitätsbegriffs schenkte er besondere Aufmerksamkeit:

> Première remarque: la neutralité permanente de la Suisse lui interdit de prendre parti dans un conflit armé de caractère international; la politique de neutralité, c'est-à-dire l'ensemble des règles de conduite de politique étrangère que la Suisse se fixe librement à elle-même pour assurer et protéger sa neutralité en lui donnant le maximum de crédibilité, cette politique lui impose de surcroît un devoir d'impartialité et de réserve dans les attitudes prises à l'égard d'événements survenus hors de ses frontières. Deuxième remarque: cette règle de conduite, toujours, a cependant été appliquée de manière différenciée; en particulier, le Conseil fédéral a estimé que le devoir de réserve ne pouvait s'opposer à des interventions humanitaires et qu'il ne pouvait pas non plus l'empêcher de prendre publiquement position lorsqu'il s'agissait de faits touchant des nations ou des populations auxquelles nous unissent des liens étroits, surtout lorsque ces faits suscitaient une émotion légitime en Suisse et dans les Etats qui respectent les mêmes valeurs morales et qui ont comme nous des institutions démocratiques.[101]

Der Bundesrat spricht also hier einen Neutralitätsbegriff an, der mit Glaubwürdigkeit und humanitärem Engagement behaftet ist. Bemerkenswert ist auch die Wortwahl des Bundespräsidenten: Anstelle der Bezeichnung „Terroristen" für die Hingerichteten,

---

99 Interpellation Schwarzenbach (75.470) Rückruf des Schweizer Botschafters in Madrid, op. cit., S. 378.

100 Am 27. Juni 1974 reichte der Zürcher Nationalrat Müller zusammen mit vier weiteren Parlamentariern, darunter auch Valentin Oehen, ein Postulat ein, das den Bundesrat ersuchte, „angesichts der geschilderten gesellschaftspolitischen Entwicklung zu prüfen, ob und bejahendenfalls welche strafverschärfenden Gesetzessanktionen sowie präventiven Verwaltungsmassnahmen er zum Schutze von Leben, Gesundheit und Recht der Bevölkerung dem Parlament vorzuschlagen bereit [war], wobei selbst die Wiedereinführung der Todesstrafe für Terror und Gewaltverbrechen analog dem Kriegsrecht und als Gegenmassnahme bei Geiselnahme die sofortige Vollziehung der Todesstrafe zu erwägen [waren]". Postulat Müller-Zürich (12053) Schutz vor Gewaltverbrechen, vom 27. Juni 1974 (Nationalrat), in: Amtl. Bull., Bd. V, 10. Dezember 1974, S. 1827. Oehen selbst lancierte 1979 eine parlamentarische Initiative, die darauf abzielte, Mord und Geiselnahme mit dem Tod zu bestrafen. Ein Beharren auf die Notwendigkeit der Todesstrafe bei Landesverrat ist zudem bereits 1969 im umstrittenen Zivilverteidigungsbuch zu lesen. Vgl. Bachmann/Grosjean, Zivilverteidigung, S. 186.

101 Interpellation Schwarzenbach (75.470) Rückruf des Schweizer Botschafters in Madrid, op. cit., S. 378.

die Schwarzenbach wahrscheinlich treffender gefunden hätte, spricht Graber in seinem Votum von „Autonomisten", in seinen Memoiren von „Unabhängigkeitskämpfern". Der Magistrat entschied sich also für eine wertneutrale Umschreibung, wenn nicht sogar für einen Euphemismus. Er erwähnt geschickt auch noch die päpstlichen Gnadengesuche in der Hoffnung,[102] dem Katholiken Schwarzenbach den diplomatischen Schritt der Schweiz als vergleichbar mit demjenigen des Heiligen Stuhls und entsprechend konform mit christlichen Werten zu servieren. Ferner könne der diplomatische Zankapfel aufgrund der im selben Jahr, nur wenige Woche vor den Hinrichtungen und auch durch die Schweiz unterzeichneten Schlussakte von Helsinki nicht mehr als eine Einmischung in innere Angelegenheiten eines akkreditierten Staates interpretiert werden.

Der weltweite Protest, dem sich die Schweiz angeschlossen hatte, beabsichtigte außerdem, Spanien davon abzuhalten, dessen Annäherung an Europa durch die summarische Justiz aufs Spiel zu setzen. Schwarzenbach war von Grabers Antwort nicht befriedigt, weil er nicht auf „das Verhalten der Schweiz gegenüber jenen Nationen [...], die ähnliche hässliche Prozeduren pflegen", eingegangen war.[103] Er fügte schließlich noch hinzu: „Und vielleicht hat Herr Bundesrat Graber die Liebenswürdigkeit, meine Vorstösse in Zukunft nicht nur persönlich zu werten, sondern, vielleicht auch daran zu denken, dass man einen Teil der Wählerschaft vertritt, der ebenso denkt wie ich."

Hinter Schwarzenbach stand in der Tat nicht nur eine zahlenmäßig nicht zu unterschätzende Wählerschaft,[104] sondern auch eine mehr oder weniger treue Leserschaft seines politischen Blattes. Neben seinen Vorstößen im Parlament, in denen er seiner Beredsamkeit freien Lauf ließ, hatte Schwarzenbach nämlich auch die Rolle eines „Sorgenonkels" inne.[105] Zahlreiche Briefe mit den disparatesten Anliegen gelangten an die Redaktion seines „Republikaners". Diese wurden, wenn überhaupt, von ihm persönlich beantwortet. Die hier exemplarisch aufgeführten Auszüge sind Zeugnisse der Empörung mancher Schwarzenbach-Sympathisanten über die auf diplomatischem Wege vollzogenen Proteste gegen die Hinrichtungen in Spanien im September 1975.

In einem Brief, der unmittelbar nach dem Rückruf des Schweizer Ministers in Spanien verfasst wurde, an die Redaktion des „Aargauer Tagblattes" adressiert war

102 Auch der Heilige Stuhl hatte den apostolischen Nuntius von seinem Posten in Madrid nach Rom zurückbeordert.

103 Interpellation Schwarzenbach (75.470) Rückruf des Schweizer Botschafters in Madrid, op. cit., S. 379.

104 Bei den Parlamentswahlen von 1971 war Schwarzenbach derjenige Zürcher Nationalratskandidat mit den meisten Stimmen. Schweizweit erreichte er sogar das zweitbeste Wahlresultat. Vgl. Drews, „Schweizer erwache!", S. 80. Schweizweit hatte die SRB einen Wähleranteil von 4,3% erreicht. In den Kantonen Zürich und Neuenburg hatte der Wähleranteil sogar die 10%-Schwelle überschritten (Quelle: Bundesamt für Statistik).

105 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!", S. 158.

und wovon Schwarzenbach eine Kopie erhielt, argumentiert dessen Verfasser ähnlich wie Schwarzenbach in seiner einen Tag zuvor eingereichten Interpellation. Der Autor erwähnt ebenfalls die Todesurteile, die in anderen Ländern vollzogen wurden, aber auch jene zur Zeit des Schweizer Aktivdienstes: „Immerhin wurden in der Schweiz im letzten Krieg 17 Todesurteile vollstreckt, niemand hätte sich damals gewagt aus Humanitätsgründen diese Urteile zu kritisieren; sie fanden breite Zustimmung im Volk auch bei unseren Sozialdemokraten. Man wollte abschreckend wirken."[106] Der Verfasser nimmt in seinen Ausführungen Partei für die ermordeten Polizisten und kritisiert die vermeintlich einseitige Berichterstattung des Schweizer Radios und Fernsehens:

> Eine grössere Anzahl Polizisten wurden z. T. meuchelmörderisch umgebracht. Es waren Untergrundkämpfer [und] Regimegegner, wie es in Fernsehen und Radio ausweichend und entschuldigend erwähnt wurde, meistens nicht in Zusammenhang mit Mord an Polizisten. Die Täter wussten, dass auf Polizistenmord der Tod steht. Sie haben das Risiko gekannt, sind es eingegangen und mussten nun leider die bitteren Konsequenzen tragen. Tatsache ist dass es sich um innere spanische Verhältnisse handelt, es waren keine Ausländer dabei, fremde Interessen wurden nicht tangiert. Und nun glaubte auch unser Bundesrat, vorweg Bundespräsident Graber mit seiner staatsmännisch klugen Hand sich einschalten zu müssen, mit dem billigen Argument – andere haben es auch getan – und sich auf den Wellen eines Protestes einer gewissen Couleurrichtung mit kalkulierter Verzögerungstaktik, risikolos wie Ständerat Hefti dieser Tage erwähnte [sic!].[107]

Nicht nur die weltweiten antifranquistischen Proteste hatten also einen gemeinsamen Nenner, sondern auch jene die darauf abzielten, die ersteren als ideologisch motiviert zu diskreditieren, wie dies auch im folgenden Brief der Fall ist. In einem einige Tage nach den Erschießungen verfassten Brief einer Schweizerin wird der Topos von General Franco als „Wächter des Abendlandes" erkennbar.[108]

> Dann habe ich im Republikaner vom 10. Okt. einen Wunsche von einem C. W. gelesen, der protestiert gegen die komunistisch [sic!] manipulierte Demonstration gegen Spanien, weil dort einige Terroristen erschossen worden sind. Wir müssen froh sein, wenn General Franco noch für Ruhe und Ordnung sorgt, wo fast überall Unruhen angezettelt werden. Ich empfinde es als ein Skandal wie die Schweiz auf Bestreben der Sozis und Kommunisten in das Europäische Protestgeheul einstimmt. Wir als Schweizer haben uns nicht in fremde Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Wir wären schon längst unter die Knute Moskaus gekommen, hätte Franco sich damals im spanischen Bürgerkrieg nicht so gewehrt.[109]

106 Brief von A. H.-W. an die Redaktion des Aarg. Tagblattes, Kopie an J. Schwarzenbach, 2. Oktober 1975, SSA Ar 108.1.13.

107 Ebd.

108 Dieses Bild entsprach in der Tat den propagandistischen Absichten des Regimes im Ausland. Vgl. Pereira Castañares, La crisis de la política exterior franquista…, S. 355.

109 Brief von S. Sp.-M. an J. Schwarzenbach, 13. Oktober 1975, SSA Ar 108.1.17.

Die Erinnerung an den spanischen Bürgerkrieg, dessen siegreicher Ausgang General Franco die Legitimation für seine Personaldiktatur lieferte, wird auch rund vierzig Jahre später von einer Schweizerin zur Legitimation eines Regimes, das der Sowjetunion die Stirn bieten konnte, in Erinnerung gerufen.

Unter den zahlreichen Briefen, die an Schwarzenbach adressiert wurden und sich in seinem Nachlass im Schweizerischen Sozialarchiv befinden, verdienen jene, die aus der rechtsextremen Szene stammen, besondere Aufmerksamkeit. Am 2. Oktober 1975 schrieb Heinz Manz, Erster Sprecher der „Europa-Burschenschaft Arminia zu Zürich" einen Brief an Schwarzenbach mit der Bitte, die dort beigelegte Erklärung „zu den Vorgängen in Spanien und dem Verhalten unserer Landesregierung" in seiner Zeitung abzudrucken.[110] Manz war in Zürich als Psychiater tätig und hatte 1946 die besagte Studentenverbindung ins Leben gerufen, die fortan Nostalgiker des Dritten Reiches um sich sammelte.[111] Einem zweiten Brief des Arztes entnehmen wir, dass Schwarzenbach Manz die Veröffentlichung der Stellungnahme in seinem „Republikaner" zusicherte.[112] Aus der handschriftlichen Notiz auf Manz' erstem Brief geht hervor, dass Schwarzenbach die Deklaration in der vierzehnten Nummer seiner Zeitung abdrucken wollte. Die einzige Stellungnahme zu den Ereignissen in Franco-Spanien, die aber in dieser Nummer vorkommt, ist in einem Leserbrief zu lesen, in welchem die Europa-Burschenschaft Arminia keine Erwähnung findet. Der besagte Leserbrief, auf den, wie bereits erwähnt, eine „Republikaner"-Leserin in einem Brief an Schwarzenbach zu sprechen kommt, wird von einem gewissen C. W. unterzeichnet, der sich als ein im Bernbiet wohnhafter Anhänger ausgibt. Auch in diesem Brief, wird der Schweizer Landesregierung Einseitigkeit vorgeworfen:

> Dass dort fünf Terroristen erschossen wurden ist bedauerlich, immerhin, während des Krieges hat man auch bei uns sogenannte Landerverräter [sic!] erschossen, die aber harmloser waren, als all die Subversiven, die im Geheimen wühlen. Es ist ein Hohn und Skandal wie die Schweiz auf Betreiben der Sozis in das europäisch-rote Protestgeheul einstimmt, während man keinen Finger rührte bei den schauerlichen Massakern in Vietnam, bei den Mauermorden in Berlin, bei den unzähligen Verbrechen der Sowjetgangster und insbesondere nachdem diese immer noch unzählige Konzentrationslager betreiben. 1945 haben die Roten Zeter und Mordio geschrien, als die deutschen KZ geöffnet wurden. Sie haben die Empörung der Welt organisiert. Nachdem nun aber die Sowjetgangster diese Mordanstalten betreiben und Millionen von Leuten umgebracht haben, da bleiben die Sozis stumm, denn Mord, der für den ‚Sozialismus' geschieht ist kein Mord!
>
> Lieber Herr Schwarzenbach, retten Sie als senkrechter Schweizer die Ehre des Landes durch einen Protest gegen die kommunistische Manipulation.[113]

---

110 Brief von H. Manz an J. Schwarzenbach, 2. Oktober 1975, SSA Ar 108.1.15.

111 Vgl. Frischknecht et al., Die unheimlichen Patrioten, S. 446–449.

112 Brief von H. Manz an J. Schwarzenbach, 12. Oktober 1975, SSA Ar 108.1.15.

113 Der Republikaner, Nr. 14, 10. Oktober 1975.

Der Verweis auf die deutschen Konzentrationslager spricht jedenfalls gegen die Urheberschaft der neonazistischen Organisation, denn die Burschenschaft pflegte einen regen Kontakt zu Negationisten,[114] so wie Schwarzenbach auch.[115] Seine Interpellation gegen die Rückbeorderung des Schweizer Botschafters in Madrid zu Konsultationszwecken begeisterte auch einen deklarierten „nicht Schwarzenbächler", der immerhin bei ihm eine gewisse Aufrichtigkeit lobte:

> Mit Ihrer Neutralitätspolitik stehe ich also im Widerspruch. […] Hingegen bin ich mit Ihnen einverstanden, wenn Sie denjenigen, die seit jeher den politischen Gegner totgeschlagen haben, das Recht absprechen, als Hüter der Menschlichkeit sich aufzuspielen. Gratuliere Ihnen, wenn Sie hierin immer fest bleiben.[116]

Oft lassen die Briefsender ihrem Ärger über Presseartikel freien Lauf. Der nachfolgende Kurzbrief beinhaltete eine regelrechte Denunziation, zumal dessen Autor laut Brief je eine Kopie an die spanische Botschaft in Bern und an die schweizerische Bundesanwaltschaft schickte. Dem Schreiben legte er einen undatierten Ausschnitt aus dem „Tages-Anzeiger" bei, der den Kommentar von Roman Berger „Francos Unfähigkeit zu sterben" und eine dazugehörende Karikatur von Nico beinhaltete. Im besagten Kommentar wird Francos repressiver Werdegang von seiner Ernennung zum Staatschef 1936 bis zu seiner Situation auf dem Sterbebett rekapituliert. Die Hinrichtungen während und in den Folgejahren des Bürgerkrieges, diejenige des Kommunisten Julián Grimau 1963 und die jüngsten Erschießungen im September 1975 zeichnen ein pechschwarzes Bild des Regimes, das sich über den Tod des Generals hinaus perpetuieren will.

> Merkwürdig – dieser geradezu b l i n d e Hass der Tages-Anzeiger-Redaktoren gegen alles, gegen jedes, was nicht links steht, oder was nicht kommunistisch ist!
> Mögen, im kommunistischen Osten, noch so viele (weisse!) Völker aufs schmählichste unterdrückt werden,
> mögen, am Eisernen Vorhang, noch so viele Freiheitsuchende abgeschlachtet werden – für die Tages-Anzeiger-Redaktoren gibt es nur (angebliche) Verbrechen in F r a n c o -Spanien…
> Für die Tages-Anzeiger-Redaktoren sind Polizistenmörder ‚Freiheitskämpfer'…[117]

Der Briefautor geht gar nicht auf Bergers Vorwürfe über die massive Vernichtungswelle kurz nach dem Bürgerkrieg oder auf die selektivere Repression seit den sechziger Jahren ein.

114 Vgl. Frischknecht et al., Die unheimlichen Patrioten, S. 449f.
115 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!", S. 105.
116 Brief von A. M.-W. an J. Schwarzenbach, 3. Oktober 1975, SSA Ar 108.1.15.
117 Brief von F. N. an J. Schwarzenbach, undatiert [Okt.–Nov. 1975], SSA Ar 108.1.15 (Hervorhebung im Original).

In einem Brief an Peter von Roten, der in einer Ehrverletzungsklage gegen den „Schweizer Beobachter" Schwarzenbachs Verteidigung übernahm, listete dieser alle möglichen kompromittierenden Daten auf, die seinen Ruf als Sympathisanten mit dem Nationalsozialismus hätten untermauern können.[118] Darunter gab er erneut zu: „Ich bin ebenfalls ein überzeugter Katholik und habe Sympathien gehabt sowohl für Dollfuss, wie für Franco und Salazar."[119] Von den drei genannten „katholischen" Diktatoren waren der Begründer des *Estado Novo* und derjenige des Austrofaschismus bereits verstorben. Die Zeitform in Bezug auf den spanischen Diktator ist in diesem Dokument unangebracht oder zumindest irreführend. Schwarzenbachs Interpellation im Nationalrat im Dezember 1970, die also zum Zeitpunkt dieses Briefes nur wenige Monate zurücklag, sowie die späteren Vorstöße von 1974 und 1975 zeigen im Gegenteil sehr wohl, dass die Loyalität und Begeisterung, die er dem *Caudillo* entgegenbrachte, seit dem spanischen Bürgerkrieg beziehungsweise seit seiner Korrespondententätigkeit in Spanien kaum an Stärke eingebüßt hatten, ganz anders als beim ehemaligen Erziehungsminister und Linkskatholiken Joaquín Ruiz-Giménez, der 1947 als Direktor des *Instituto de Cultura Hispánica* Schwarzenbach für sein publizistisches Engagement auszeichnete. In einem Interview mit einem Journalisten des Norddeutschen Rundfunks im Februar 1975 antwortete dieser auf die Frage, ob auch Terroristen begnadigt werden sollten, verständnisvoll: „Wir glauben, dass politische Gewaltakte häufig das Ergebnis der anormalen Zustände sind, vor allem in einem Land, in dem dem Volk die Menschenrechte verweigert werden."[120] Schwarzenbachs Treue zur Franco-Diktatur übertraf also auch jene eines ehemaligen Ministers des Regimes. Doch diese Treue war sogar um einiges stärker, als man denken könnte, denn der Konvertit schreckte in seiner Verteidigung des spanischen Autoritarismus nicht einmal davor zurück, die römisch-katholische Kirche in seinen kollektiven Verbalattacken implizit oder explizit unter Beschuss zu setzen.

In den drei Interpellationen lässt sich eine unterschwellige bis deutliche Unterstützung des Regimes erkennen. Die spanische Botschaft in Bern hatte ihrerseits versucht,

118 Ein direkterer Kontakt zwischen den Schwarzenbachs und Adolf Hitler dürfte 1923 zustande gekommen sein, als der Führer der damals jungen NSDAP zwecks Geldbeschaffung für seine Partei nach Zürich reiste. Im Rahmen dieser Reise unterhielt er sich auch mit General Ulrich Wille und dessen Sohn Ulrich Wille jun. Die Tochter des Generals, Marie Renée Schwarzenbach-Wille, war mit James Schwarzenbachs Onkel Alfred Schwarzenbach verheiratet. Vgl. Schwarzenbach, „Zur Lage in Deutschland", S. 176–182; Drews, „Schweizer erwache!", S. 36f.

119 Brief von J. Schwarzenbach an P. von Roten, 2. März 1971, SSA Ar 108.7.4.

120 Rundschau „Spanien – Verschärfte innere Auseinandersetzung", 18. Februar 1975, BAR J2.225 2007/195, Bd. 178.

Druck auf die Bundesbehörden auszuüben, um regimefeindliche Kundgebungen zu verbieten. Als Druckmittel erwog sie die Kündigung des Migrationsabkommens.[121]

Sein unermüdlicher Einsatz für die Franco-Diktatur war jedenfalls nicht vollkommen frei von Interessenkonflikten. Sein Kampf gegen die Überfremdung tangierte die spanischen Einwanderer. Wie im vorherigen Unterkapitel gezeigt, hatte das Regime die Auswanderung seiner Landsleute stark gefördert. Dadurch konnte Spanien sein Image als Exportland von Arbeitskräften verbessern, die Beschäftigungslage im Innern des Landes entspannen und von den Geldsendungen seiner im Ausland lebenden Landsleute profitieren. Schwarzenbach, der ein Bewunderer des Franquismus der ersten Stunde und vermutlich weniger der „verwässerten" liberal-technokratischen Entwicklung des Regimes war, stand also mit seiner Überfremdungsoffensive der Migrationspolitik des Regimes im Wege. Immerhin distanzierte sich Schwarzenbach nach 1970 allmählich von der Überfremdung als kampfpolitischem Schlagwort. Die späteren Überfremdungsinitiativen waren entsprechend weniger radikal, und ab 1974 war für Schwarzenbach dieses Thema endgültig vom Tisch.[122]

Tatsächlich richteten sich seine expliziten Attacken in der jeweiligen Interpellation vor allem auf eine politisierte Minderheit von italienischen und spanischen Gastarbeitern. Wie bereits zitiert, waren in seiner Vorstellung die spanischen Gastarbeiter der „unheilvollen Propaganda" und dem Proselytismus kommunistischer Persönlichkeiten ausgesetzt. In diesem Sinne deckt sich das Schwarzenbach'sche Gastarbeiter-Bild[123] mit demjenigen des Arbeitsattachés Antonio de la Huerta Ferrer, der bei den spanischen Auswanderern permanente Unzufriedenheit und eine abtrünnige Haltung in Bezug auf die Gesellschaft, in der sie nicht länger leben konnten, spürte.[124] Die undifferenzierte Anprangerung der Gastarbeiter als Kommunisten und potenzielle Gefahr für die Sicherheit der Schweiz kann hier also als argumentative Lösung interpretiert werden, Fremdenfeindlichkeit und Regimetreue aus derselben Kanzel zu predigen. Die spanischen Medien berichteten hingegen im Jahre 1970 über die von Schwarzenbach lancierte Überfremdungsinitiative zum Teil in sehr scharfen Tönen. In einem Brief der Schweizerischen Vertretung in Sevilla an das EPD wird auf einen Artikel von J. Martínez Roura in der Tageszeitung „Correo de Andalucía" hingewiesen,[125] der die Initiative als rassistisch, unmenschlich und unchristlich abstempelt. Darin kommen auch kurze Passagen von Interviews mit einem in Luzern arbeitenden Pfarrer

121 Vgl. Farré, Emigrantes españoles en Suiza, S. 206.
122 Vgl. Buomberger, Kampf gegen unerwünschte Fremde, S. 193–196.
123 Vgl. Schwarzenbach, Die Überfremdung der Schweiz, S. 67.
124 Vgl. Calvo Salgado, Las relaciones del IEE con Suiza, S. 206.
125 Brief der Schweizerischen Vertretung in Sevilla an das EPD, 28. Juli 1970, BAR E2001E-01 1982/58, Bd. 344.

und einem Philosophieprofessor[126] zur Sprache, die sich gegen die Initiative mobilisiert hätten. Als besonders empörend scheint dem Journalisten, dass Schwarzenbach selbst Katholik ist.[127]

Einen weiteren Interessenskonflikt zwischen Schwarzenbachs Bestrebungen und dem spanischen Regime, das von den Handelsbeziehungen mit der Schweiz profitierte, stellte die Kritik am Großkapital und an der Exportindustrie dar. Er trat für eine protektionistische und isolierende Wirtschafspolitik ein und vertrat die Ansicht, die Schweizer Wirtschaft solle sich auf ihren Ursprung rückbesinnen und den landwirtschaftlichen Sektor zusammen mit dem Kleingewerbe fördern.[128] Was aus diesen Vorstellungen resultiert, ist eine autarke Wirtschaftsform, wie sie in Spanien im Anschluss an den Bürgerkrieg existierte. In Isabel Drews' Monografie behauptet sie, man könne Schwarzenbach nicht als Rechtsextremisten bezeichnen, weil „einige weitere Charakteristika, die rechtsextremes Denken kennzeichnen, bei ihm nicht oder nur bedingt zu finden" seien.[129] Dazu gehörten Schwarzenbachs vermeintliche Ablehnung der Gewalttätigkeit sowie seine Befürwortung demokratischer Grundelemente wie Parlamentarismus und Gewaltentrennung. In dieser Hinsicht stimmt ihre These mit Skenderovic' Charakteristik des Rechtspopulismus überein, denn „[d]ie rechtspopulistischen Akteure verfechten zwar auch eine Ideologie der Ausgrenzung, doch sie halten sich in der Radikalität ihrer Äusserungen zurück, nicht zuletzt wegen drohenden Sanktionen durch die Öffentlichkeit und möglicher Beeinträchtigung ihrer Wahlchancen."[130] Dies trifft zweifelsohne auf Schwarzenbachs Doppelspurigkeit zwischen Weltanschauung und Mitteln zur Umsetzung derselben zu. Bei genauerem Hinschauen stellt man allerdings fest, dass Schwarzenbachs Ablehnung sich eigentlich bloß auf jene Gewalttätigkeit bezieht, die durch linksradikale und antiautoritäre Jugendliche verübt wurde. Die Gewalttätigkeit des mittels Justizfarcen bewerkstelligten franquistischen Staatsterrors hingegen bleibt in seiner Argumentation unangetastet. Selbst Drews räumt gleich am Anfang ihres Werkes ein, Schwarzenbach habe das Regime auch trotz der Justizmorde der unmittelbaren Nachbürgerkriegszeit verteidigt.[131] Ob Schwarzenbach um diese Tötungen wusste, sie billigte oder sie sogar als maßlose Übertreibung,

---

126 John Winder kritisiert hier, die meisten Stimmen gegen die Überfremdungskampagne Schwarzenbachs seien nicht humanitär, sondern wirtschaftlich motiviert. Vgl. Suiza: ¿Discriminación o racismo? in: el Correo de Andalucía, 26. Juli 1970.

127 Die Zeitung, die gemäß dem Brief der Schweizerischen Vertretung in Sevilla von einem Pfarrer herausgegeben wird, zeigt in der Verteidigung der Gastarbeiter den Einfluss des Zweiten Vatikanums auf die katholische Kirche in Spanien.

128 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!", S. 227–235.

129 Ebd., S. 237.

130 Skenderovic/D'Amato, Mit dem Fremden politisieren, S. 22.

131 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!", S. 50.

um nicht zu sagen, als Lüge desavouierte, kann nicht mit Gewissheit beantwortet werden. Drews' Widerspruch entpuppt sich jedenfalls als erneuter Beweis für die Komplexität der Schwarzenbach'schen Weltanschauung.

In seinen Ausführungen zur Verteidigung des franquistischen Regimes wehrte sich Schwarzenbach ebenso gegen die beiden Marxisten Santiago Carrillo und Dolores Ibárruri wie gegen den bürgerlich-liberalen und nicht minder antikommunistisch eingestellten Exilanten Salvador de Madariaga,[132] wobei er letzterem auch eine gewisse herzliche Bewunderung bekundete und ihn sogar in politischen Debatten zitierte.[133]

Vor dem Hintergrund des Vergleichs der September-Erschießungen in Spanien mit den letzten Hinrichtungen in der Schweiz und unter Anwendung von Donosos Metaphorik in seiner Diktatur-Rede hatte sich auch die Schweiz im Aktivdienst laut Schwarzenbach für eine „Diktatur des Degens" entschieden. In seinen Interpellationen von 1974 und 1975 mied Schwarzenbach indes den Begriff „Diktatur". Konnte er 1946 den diktatorischen Charakter des franquistischen Regimes bestreiten, rund ein Jahrzehnt später hingegen diesen mit provokativen Absichten nachdrücklich hervorheben und 1963 den Militärrichtern für das gegen Grimau verhängte Todesurteil gratulieren, so zwang ihn ab 1967 seine Stellung als Parlamentarier und Volkstribun, der selbst im Brennpunkt der Schweizer Öffentlichkeit stand, die nötige Vorsicht bei seiner Wortwahl walten zu lassen.

In der Werteordnung des spanischen Denkers vermischt sich auch Schwarzenbachs ultramontane Bewunderung für das katholisch-autoritäre Spanien mit der schweizerischen Neutralitätsmaxime, in welcher man ebenfalls Donosos Postulat zur diplomatischen Zurückhaltung erkennen kann.[134] Seine Selbstinszenierung als begnadeter Rhetoriker am Rednerpult des Nationalrates sowie seine ideologische und apologetische Annäherung an Donoso Cortés suggerieren die Vorstellung eines historischen *alter ego*. Seine Rezeption dieses Staatsdenkers und seine Zugehörigkeit zu einem reaktionären Milieu erwecken außerdem Analogien zu Carl Schmitt,[135] einem ebenso großen Exegeten Donoso Cortés' und geistigen Mentor von Reinhart Koselleck.[136]

Schwarzenbach setzte sich kompromisslos, auf verlorenem Posten für ein Regime ein, das in einem liberalen und demokratischen Europa keine Daseinsberechtigung

---

132 Vgl. Preston, Las tres Españas del 36, S. 204; Derungs, Madariaga, S. 101. Madariagas Antikommunismus war von liberalem Gepräge. Er vertrat eine unabhängige Politik, die den Kommunismus der UdSSR und den Autoritarismus Francos ebenso ablehnte. Vgl. Preston, Salvador de Madariaga, S. 27.

133 In Schwarzenbachs politischen Erinnerungen erwähnt er Madariaga als passenden Autor für Zeiten der Selbsteinkehr und der Ruhe. Vgl. Schwarzenbach, Im Rücken das Volk, S. 126.

134 Vgl. Beneyto, Apokalypse der Moderne, S. 32f.

135 Vgl. Schmitt, Donoso Cortés.

136 Vgl. Jiménez, La reacción contra la historia, S. 401ff. Zur Beziehung zwischen Schmitt und Koselleck siehe Missfelder, Die Gegenkraft und ihre Geschichte.

mehr hatte.[137] Im Dezember 1978 zog sich Schwarzenbach krankheitsbedingt aus der Politik zurück.[138] Es war auch der Zeitpunkt, als das spanische Volk die demokratische Verfassung im Referendum annahm.

3.2 Das Schweizerische Komitee für politische Amnestie in Spanien

In der Nachkriegszeit setzten sich weltweit zahlreiche Nichtregierungsorganisationen für die Einhaltung der Menschenrechte ein. Deren starke Zunahme rechtfertigt die Bezeichnung „Jahrhundert der Nichtregierungsorganisationen" für das 20. Jahrhundert.[139] Ab den siebziger Jahren verfolgten diese ihre Ziele durch den Einsatz „neuer Strategien der globalen Überwachung, der Massenmobilisierung von eigenen Mitgliedern und Medienkampagnen zur Blossstellung von normverletzenden Regierungen."[140] Unter solchen NGOs befand sich das „Schweizerische Komitee für politische Amnestie in Spanien", das sich den Kampf um die Würde und das Schicksal der politischen Gefangenen in den franquistischen Gefängnissen auf die Fahne schrieb.

Am 22. Februar 1975 erläuterte der Tessiner Arzt Sandro Pedroli vor laufender Fernsehkamera anlässlich einer Zürcher Konferenz, an welcher spanische Oppositionelle über die Lage in Spanien referierten, die Ziele und Errungenschaften des Komitees:

> Das Schweizerische Komitee für die politische Amnestie in Spanien ist seit 12 Jahren tätig. Es hat als Ziel die Erleichterung und womöglich die Befreiung der politischen Gefangenen in Spanien. Die letzten Urteile im Prozess von 1001 sind sicher gemildert worden auf Druck der spanischen Öffentlichkeit aber auch die internationale... öffentliche Meinung hat eine grosse Rolle gespielt, und ich bin der Meinung, dass unsere Tätigkeit soll weitergeführt werden [sic!], weil die politischen Gefangenen sind viel zahlreicher, als man meint, weil... muss man unterscheiden zwischen Verurteilten und Leuten, die noch auf das Urteil warten, die vielleicht noch zahlreicher sind und auf einem psychischen und oft physischen Druck ausgesetzt sind [sic!].[141]

Die in Pedrolis „Tagesschau"-Beitrag angesprochene Mobilisierung der internationalen Öffentlichkeit gehörte zu den fundamentalen Punkten der neuen Generation von

137 Vgl. Reitmayer, Politisch-soziale Ordnungsentwürfe..., S. 54.
138 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!", S. 84.
139 Vgl. Nehring, Transnationale soziale Bewegungen, S. 137.
140 Schmitz, Nicht-staatliche Akteure und Weltöffentlichkeit, S. 423.
141 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 22. Februar 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2206.

Menschenrechtsaktivisten, die in den NGOs der Nachkriegszeit ihre Tätigkeiten aufnahmen.[142] In jenem Jahr blickte Pedroli tatsächlich auf eine lange Zeitspanne zurück, in welcher zahlreiche Kundgebungen, Referate, Demonstrationen organisiert und Positionspapiere, Flugblätter und Zeitungsannoncen verfasst worden waren. Er blickte aber auch auf eine eifrige Staatsschutzüberwachung zurück, die indes bei aller bürgerrechtlich motivierten Empörung seitens der Betroffenen für den Historiker ein Quellenkorpus von unschätzbarem Wert[143] und einen genuinen Blick durch die Hornbrille der politischen Polizei im Kalten Krieg darstellt.[144] Hinzu kommt der kürzlich aufgearbeitete Archivbestand des Komitees, der mit den darin enthaltenen Korrespondenzmappen und Rechnungen eine Ergänzung von hohem Erkenntniswert ist.

Das Komitee wurde 1961 in Zürich ins Leben gerufen. Gemäß dem Gründungsprotokoll vom 1. Februar wurde es ursprünglich „Schweizerisches Aktionskomitee für eine westeuropäische Konferenz für die Amnestie der spanischen politischen Gefangenen und Flüchtlinge" genannt. Die Akte wurde von Sandro Pedroli und Ernst Linggi, dem Sekretär des Komitees, unterzeichnet.[145] Entgegen den ursprünglichen Erwartungen und Versicherungen seitens der Initianten des Komitees sollte das Engagement für die soeben gegründete NGO von deren erstem und einzigem Präsidenten sehr viel Zeit und sehr viele Abende in Anspruch nehmen.[146]

Die Schweiz, die, wie weiter oben erwähnt, im März desselben Jahres das bilaterale Migrationsabkommen mit dem Regime unterzeichnet hatte, musste nun einen gezielteren Blick auf jene Organisationen werfen, die durch ihre Aktivitäten die Beziehungen zum spanischen Partner kompromittieren konnten. Es überrascht deshalb nicht, dass die Gründung des Komitees nicht unbeachtet vonstatten ging. Dieses wurde bereits im Oktober 1961 in einem Brief des Schweizer Botschafters in Spanien Fumasoli an den Generalsekretär des EPD erwähnt.

> Je pense que le fait que Ramon Viladas n'a pas été autorisé à prendre la parole à Genève et que les organisateurs des manifestations de Lausanne et de Genève étaient tous des communistes et des sympathisantes des communistes, a convaincu les autorités espagnoles qu'il ne valait pas la peine de donner une importance excessive à cet épisode de la campagne de l'extrême gauche, mais elles savent aussi, par expérience, que l'opposition au régime franquiste

142 Schmitz, Nicht-staatliche Akteure und Weltöffentlichkeit, S. 434.

143 Moritz Föllmer meint dazu: „Surveillance reports can be interesting for what they reveal about the observation society by the modern state. […] We are currently witnessing an increase in state surveillance on the European contintent, in Great Britain and the United States. It is likely that reports will result from this surveillance – and that they will interest future historians." Föllmer, Surveillance reports, S. 86f.

144 Polizeiakten bilden auch bei Michael Seidman ein wichtiges Quellenkorpus. Vgl. Seidman, The Imaginary Revolution, S. 11.

145 Gründungsprotokoll, Zürich, 1. Februar 1961, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 1, Mp. 5.

146 Vgl. Prieto López, „El fascismo también nos concierne a nosotros", S. 1157.

> diminue considérablement depuis un certain temps dans les files des non communistes. Bien sûr dans plusieurs milieux socialistes et libéraux l'opposition demeure considérable, mais elle cède peu à peu à cause des exigences de la lutte contre le communisme et aussi à cause des adoucissements imposés à la dictature par ceux qui l'exercent et de l'européisation graduelle de la Péninsule.[147]

Hier wird also die zunehmende Akzeptanz des Regimes vor dem Hintergrund des Kalten Krieges angesprochen, sowie ein damit verbundenes Abblasen des politischen Kampfes von Sozialisten und Liberalen gegen das Regime. In dieser Hinsicht und wenn man diesen Ausführungen Glauben schenken will, tanzte das Komitee, welches sowohl Kommunisten als auch ehemalige Spanienkämpfer und Sozialdemokraten in seinen Reihen vereinte, aus der Reihe.

Doch wer war eigentlich dessen Präsident?[148] Alessandro oder Sandro Carlo Pedroli wurde 1923 in Bellinzona geboren. Kurz darauf zog die Familie nach Turin, wo der Vater die Linoleum-Vertretung für das Piemont übernahm. Die Wirtschaftskrise zwang die Familie, wieder in die Schweiz zurückzukehren, doch angesichts der kaum besseren Lage beschlossen die Pedrolis erneut nach Turin zu ziehen. 1943 nahmen Sandro und sein Bruder Guido an einem vom Schweizerischen Roten Kreuz organisierten Programm für Auslandschweizer teil, das deren Kindern einen Ferienaufenthalt bei einer Schweizer Familie ermöglichte. Als er sich in der Schweiz aufhielt, erfuhr er von Mussolinis Sturz. Sandro Pedroli konnte nicht mehr länger tatenlos zuschauen, wie Italien von den Nazis besetzt wurde, und stellte deshalb ein Einreisegesuch beim Deutschen Konsulat in Lugano mit der Begründung, seine Eltern in Turin besuchen zu wollen. In Turin nahm er sein im Januar 1944 begonnenes Medizinstudium wieder auf. Der Unterricht war allerdings aufgrund der Zerstörungen durch die nächtlichen Bombardierungen der Alliierten erschwert worden.[149] In der *Clinica Medica di Torino* fand er ein wichtiges Zentrum der antifaschistischen Bewegung Turins, der er sich anschloss.

1948 schloss Sandro Pedroli sein Medizinstudium ab und zog darauf in die Schweiz, wo er als Assistentsarzt in einem Spital angestellt wurde. In dieser Zeit trat er auch der SP bei. Nach seiner Heirat im Jahre 1951 zogen er und seine Frau nach Zürich, wo sein italienischer Medizinabschluss allerdings zunächst nicht anerkannt wurde. Nach dem Nachholen von Kursen und dem Bestehen des Staatsexamens in Lausanne konnte er schließlich eine Arztpraxis für Allgemeine Medizin in der Limmatstadt eröffnen.

---

147 Conférences organisées par le Comité Suisse pour l'amnistie politique en Espagne, lettre de l'ambassadeur Fumasoli au secrétaire générale du DPF, Madrid, 20 octobre 1961, dodis.ch/30730.

148 Die folgenden Ausführungen beruhen großenteils auf der Maturitätsarbeit von Sandro Pedrolis Enkel, Gian-Andrea Pedroli, „Ein Partisan blickt zurück". Es soll ferner auf den biografischen Dokumentarfilm *Barba svizzera – ricordi di un partigiano* (Schweiz, 2006) von Michele Andreoli verwiesen werden.

149 Vgl. Pedroli, Ein Partisan blickt zurück, S. 29–33.

1961 fragten ihn antifranquistische Aktivisten, ob er bereit wäre, den Vorstand eines Solidaritätskomitees für Spanien zu übernehmen. Pedroli sagte zu. Unter den Initianten befand sich auch der ehemalige Schweizer Spanienkämpfer Ernst „Johnny" Linggi.[150] Aus Pedrolis Staatsschutzfiche lässt sich entnehmen, dass er keine Berührungsängste mit Kommunisten hatte, wie sich auch aus dem Hinweis auf ein Inserat in der PdA- Zeitung „Vorwärts" schließen lässt.[151] Das Solidaritätskomitee sollte in seinen Reihen nebst Sozialdemokraten auch Kommunisten, Katholiken und Anhänger des LdU aufnehmen. Besonders eindrücklich ist die Anzahl wichtiger Persönlichkeiten aus dem Schweizer Kulturleben, die sich in dieser NGO engagierten. Im Patronatskomitee waren unter anderem der Orchesterdirigent Ernest Ansermet, die Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt und Arnold Kübler und zwei Genfer Staatsräte. Außerdem zählte man auch den Architekten Max Bill, den Schriftsteller Max Frisch und den Maler und Bildhauer Hans Erni zu den weiteren Sympathisanten des Komitees.[152] Im berühmten Bericht „Spanische Agitation" aus dem Jahre 1962 werden auch Prominente wie „der Theologe Karl Barth [...], Nationalratspräsident Bringolf, alt Ständerat Klöti, [...] Nobelpreisträger Ruzicka" zu den weiteren Angehörigen des Komitees gezählt.[153]

Das Thema der Amnestie für die politischen Gefangenen in Spanien taucht hier erstmals im Mai 1961 auf, als Pedroli als Teilnehmer an einer Konferenz zu ebendiesem Thema genannt wurde.[154] Als offizieller Präsident des Komitees wird er erst in einem Eintrag vom 23. Oktober 1961 bezeichnet,[155] obwohl laut Farré das Komitee bereits im Februar gegründet worden war und sich kurz darauf eine Genfer, eine Lausanner und eine Bieler Sektion bildeten.[156] Nicht nur die Bundesbehörden begegneten der neu gegründeten Organisation mit Skepsis. Selbst in den Reihen der SP bestand eine gewisse Widerborstigkeit in Bezug auf eine sozialdemokratische Beteiligung am Komitee. In einem Antwortschreiben von SP-Nationalrat Hans Oprecht lehnt dieser die Teilnahme an einer Pariser Konferenz in seinem eigenen und im Namen seines Parteigenossen und SGB-Präsidenten Hermann Leuenberger ab:

150 Über Linggis Erfahrungen als Spanienkämpfer siehe Huber, Die Schweizer Spanienfreiwilligen, S. 263.

151 Vgl. Eintrag vom 3. Oktober 1953, Karten-Einträge vor 15. 9. 1964, StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85/.0/92.

152 Schweizerisches Komitee für politische Amnestie in Spanien, Nationalratswahlen (Wahlpropaganda), Oktober 1967, StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85.

153 Spanische Agitation, Bericht des EPD an den Bundesrat, Bern, 30. Oktober 1962, dodis.ch/30478, S. 1.

154 Vgl. Karten-Einträge vor 15. 9. 1964, StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85/.0/92.

155 Vgl. Karten-Einträge vor 15. 9. 1964, StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85.

156 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 399.

> Wir können uns nicht an einer Aktion zu Gunsten spanischer politischer Gefangener beteiligen, bei der wichtige Vertreter der Kommunistischen Partei Frankreichs eine entscheidende Rolle spielen. Dass das der Fall ist, ersehen Sie allein schon aus der Liste der Teilnehmer in Frankreich selber. [...] Leider wird durch die kommunistische Mitwirkung die Aktion von vornherein derart belastet, dass sie wohl der Propaganda-Bedürfnisse der KP in Frankreich dienen dürfte, die es gerade jetzt sehr nötig hat; den spanischen politischen Gefangenen ist damit aber nicht geholfen. Im Gegenteil: Franco wird unter Hinweis auf den ‚kommunistischen Charakter' der Aktion jede Amnestie ablehnen. [...] Warum sollen wir uns nur für die spanischen politischen Gefangenen einsetzen, da mindestens soviel auch in den Gefängnissen der Oststaaten, siehe Ungarn, schmachten.[157]

Oprecht schließt seinen Brief mit Zweifeln in Bezug auf die Finanzierung der Veranstaltung. Pedroli konterte einige Wochen später und legte gegen den Vorwurf der mangelnden Transparenz bei der Finanzierung eine Liste von Künstlern bei, die dem Komitee Werke gestiftet hatten. Was die Beteiligung der Kommunisten an der Konferenz anbelangt, meint Pedroli:

> Die Tatsache, dass viele Kommunisten das Manifest unterzeichnet haben, scheint mir mehr als gerechtfertigt. Sie bilden mit den Anarchisten die Mehrheit der Verurteilten [...] und andererseits glaube ich, dass sie hier teilnehmen können wie sie an andern antifaschistischen Kämpfen sich beteiligt haben [sic!]. Ich meinerseits habe festgestellt, dass unter den Unterzeichnern sich verschiedene praktizierende Katholiken befinden, was bei mir nicht den Verdacht geweckt hat, die Bewegung stehe im Dienste des Vatikans, sondern mich zur Auffassung führte, dass ich deswegen meine Unterstützung nicht verweigern könne.[158]

Hinsichtlich des Vorwurfs der einseitigen Unterstützung von Spaniern und der Vernachlässigung von politischen Häftlingen in Osteuropa fährt Pedroli fort:

> Sicher haben Sie recht mit Ihrer Feststellung, dass viele politische Gefangene und Flüchtlinge wegen den kommunistischen Regimes zu leiden haben, aber mir scheint, dass seitens aller Völker, sozialistischen Parteien, demokratischen Gewerkschaften, viel zu ihren Gunsten versucht worden ist. Sind die Gefangenen Francos vielleicht Opfer zweiter Klasse? Was ist bis heute für sie getan worden?[159]

Pedroli spricht dann eine in der SP sich breitmachende Angst vor dem Kommunismus an, die „jede sozialistische Initiative" blockiere „und immer mehr die Bewegungsmöglichkeiten zwischen den Gegnern von rechts und links" begrenze. Abschließend macht er auf die ersten Ergebnisse der Mobilisierung aufmerksam, nämlich die Abmilderung der Urteile in einem Prozess gegen Intellektuelle, der nicht

---

157 Brief von H. Oprecht an S. Pedroli, Zürich, 20. März 1961, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 6, Mp. 1 (Hervorhebung im Original).

158 Brief von S. Pedroli an H. Oprecht und H. Leuenberger, Zürich, 12. April 1961, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 6, Mp. 1.

159 Ebd.

näher spezifiziert wird, und erneuert dann seine Bitte an Oprecht und Leuenberger, sich an der Konferenz zu beteiligen. Oprecht streitet dies in einem weiteren Brief vehement ab und nimmt Stellung bezüglich der Antikommunismus-Vorwürfe:

> Ich lehne es ab, mich mit der in der deutschen Schweiz vorherrschenden antikommunistischen Politik identifizieren zu lassen. […] Aber wenn wir mit Kommunisten zusammengehen, die das Regime in Ungarn oder in der Tschechei [sic!] verteidigen, dann helfen wir damit denjenigen die nur im Antikommunismus die wahre Politik der Verteidigung der Freiheit sehen.
>
> […] Deswegen bin ich nach wie vor der Meinung, dass ich alles tue für die Spanien-Kämpfer, die in den Gefängnissen schmachten, aber ohne damit mit den Kommunisten zusammenzugehen.[160]

Hans Oprechts Ablehnung, sich an der Pariser Konferenz oder an Pedrolis Komitee zu beteiligen, überrascht kaum, wenn man sich seine politische Laufbahn als Gewerkschafter und Politiker vor Augen hält.[161] Zudem bekleidete er zwischen 1960 und 1964, also in jener Zeit, als sich obiger Briefwechsel ereignete, das Amt des Zentralpräsidenten der SRG, was die Furcht, sich politisch zu weit nach links zu exponieren, zusätzlich erklärt. Ferner nahm Oprecht 1967 in Paris an der Generalversammlung des von der CIA finanzierten und von einem ihrer Agenten geleiteten „Kongress für kulturelle Freiheit" teil, dem auch Raymond Aron beiwohnte.[162] Oprecht war auch Vorsitzender des Center for Labor and Social Studies (CLSS) mit Sitz in Rom und Unterstützung durch den amerikanischen Geheimdienst.[163]

Die von linker Seite kommenden Einwände gegen Pedrolis Komitee kamen allerdings nicht nur aus der Schweizer Sozialdemokratie. In einem Memorandum, das er 1971 niederschrieb, sprach er auch die Opposition der spanischen Exilsozialisten in Toulouse gegen das Komitee an. Diese warfen der NGO ebenfalls vor, mit den Kommunisten gemeinsame Sache zu machen.[164] Hingegen hätten die in der Schweiz lebenden spanischen Sozialisten frühzeitig erkannt, dass kein einziges PdA-Mitglied im Komitee tätig war. Im Falle Hermann Leuenbergers lässt sich offenbar eine Meinungsänderung feststellen, zumal sein Name unter jenen Schweizern erscheint, die den Aufruf zur Veranstaltung der westeuropäischen Amnestie-Konferenz in Paris vom März 1961 mitunterzeichneten.[165]

160 Brief von H. Oprecht an S. Pedroli, Zürich, 17. April 1961, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 6, Mp. 1.
161 Vgl. Bürgi, Hans Oprecht.
162 Vgl. Stonor Saunders, Wer die Zeche zahlt…, S. 368.
163 Vgl. van Dongen, „Brother Tronchet", S. 56; de Vries, Sal Tas, S. 72–75.
164 Pro memoria, S. Pedroli, Zürich, Juli 1971, 4 Seiten, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 6, Mp. 7, S. 1.
165 Nebst Leuenberger werden unter anderem auch der Theologie-Professor Karl Barth, Max Bill, Hans Erni, Arnold Kübler und Walther Bringolf aufgezählt. Vgl. Amnistie, S. 163.

Ein wichtiges Ereignis in der Geschichte dieser Organisation stellt die Veranstaltung im Zürcher Volkshaus vom 26. Oktober 1962 dar, an welcher der spanische Dichter Marcos Ana als Gastredner teilnahm. Wie Farré erinnert, war der Vortrag des ehemaligen politischen Gefangenen in Zürich ein Zwischenhalt in einer langen Vortragsreise, die ihn durch die wichtigsten Städte der Schweiz führte.[166] Die Genfer Behörden hatten ihm die Redeerlaubnis für seinen Vortrag vom 16. Oktober verweigert. Dem Bericht der Zürcher Stadtpolizei an die Schweizerische Bundesanwaltschaft kann man wichtige quantitative Informationen entnehmen, wie die Dauer des Anlasses – von 20:00 bis 22:40 Uhr – sowie die Anzahl Teilnehmende – ca. 900, wovon schätzungsweise ein Drittel Spanier waren.[167] Nach einer minutiösen Aufzählung des Patronates, unter dessen Mitgliedern sich Max Bill, der Gewerkschafter Ezio Canonica, die Stadträte Walter Thomann und Rudolf Welter, die Kantonsräte Theodor Kloter und Max Winiger befanden, sowie zweier weiterer Referenten, der Nationalräte Valentin Gitermann und Werner Schmid, fährt der Bericht fort und informiert über die Redebewilligung, die Marcos Ana mit der Auflage gewährt wurde, „auf die Neutralität der Schweiz Rücksicht zu nehmen und sich jeglicher Angriffe gegenüber fremder Staatsoberhäupter oder Regierungen zu enthalten".[168] Man erfährt außerdem, dass die Veranstaltung am selben Tag im „Vorwärts" bekanntgegeben wurde.

Während des Anlasses ergriff zuerst der Osteuropa-Historiker und SP-Nationalrat Valentin Gitermann das Wort und berichtete über die Todesurteile gegen den spanischen Dichter und die nachträgliche Umwandlung in eine Gefängnisstrafe. Ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, soll er gemäß dem Verfasser des Berichts gesagt haben: „Während der Faschismus in Deutschland und Italien besiegt worden sei, triumphiere er heute noch in Spanien."[169] In einem Vergleich Spaniens mit der UdSSR erklärte Gitermann, die sowjetische Revolution habe Adel und Großgrundbesitz in Russland hinweggefegt, während „diese Kreise in Spanien heute noch das Szepter in der Hand hätten."[170] Weitaus weniger enthusiastisch für die Sowjetunion war das Votum des zweiten Redners, des LdU-Nationalrats Werner Schmid. Dieses wirkt, verglichen mit Gitermanns Worten, mäßigender, vor allem wenn im Bericht erwähnt wird:

> Man dürfe nicht meinen, was sich jenseits der Pyrenäen zutrage, gehe uns nichts an. Wenn Menschen gefoltert und ihrer politischen Gesinnung wegen eingekerkert würden, so sei dies für die freie Menschheit ein Schlag ins Gesicht. Unter starkem Applaus der Anwesenden und wohl kaum zur Freude der an der Kundgebung teilnehmenden Linksextremisten

166 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 400.
167 Bericht des KKIII an die SBA, 29. Oktober 1962, StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85/.0/92.
168 Ebd., S. 2.
169 Ebd.
170 Ebd., S. 3.

> betonte der Redner, eine Diktatur sei immer eine Diktatur, ob sie rot, braun, oder schwarz sei. Die Forderung der Spanier nach einer Amnestie sei berechtigt. Nach dem die Revolution in Ungarn und die Ereignisse in Berlin das Schweizervolk tief erschüttert hätten, dürfe man auch heute zu den Vorgängen in Spanien nicht schweigen.[171]

Marcos Anas Referat folgte als nächstes. In seinem Beitrag prangerte er die fehlenden Menschenrechte in Spanien und die widersprüchliche Einstellung der Vereinten Nationen gegenüber der spanischen Diktatur an. Vermutlich in der Absicht, die Schweizer Behörden zu besänftigen, bekräftigte er „keineswegs diplomatische Verwicklungen heraufbeschwören und der Schweiz keine Schwierigkeit bereite[n]“ zu wollen.[172] Im Anschluss an sein Votum wurden einige Gedichte von ihm vorgelesen. Als Dolmetscher fungierte unter anderem der in Spanien geborene Auslandschweizer Gottlieb Iseli.[173] Darauf ersuchte Pedroli das Publikum, einer Resolution zuzustimmen, welche die Freilassung sämtlicher politischer Gefangenen in Spanien und die Möglichkeit der Rückkehr der spanischen Exilanten forderte, die per Akklamation angenommen wurde. Pedroli soll am Ende der Veranstaltung gesagt haben, dass die Kundgebung und alles, was in deren Rahmen gesagt wurde, „besser sei, als eine ungeordnete Strassendemonstration“, und forderte die austretende Menge auf, sich mit einer Geldspende an den Kosten der Veranstaltung zu beteiligen. Ein etwaiger Überschuss sollte den Opfern des Regimes zugute kommen. Aus Angst vor einer Demonstration im Anschluss an die Veranstaltung vor dem spanischen Generalkonsulat wurde auf Gesuch des spanischen Konsulatskanzlers ein Aufgebot von uniformierten Polizisten und Beamten der politischen Polizei in Zivil organisiert.[174] Die Demonstration blieb indes offensichtlich aus.

Die Angst der spanischen Funktionäre war nicht ganz unbegründet. Ebenfalls seit 1961 wurden die diplomatischen und konsularischen Vertretungen des Regimes in der Schweiz immer häufiger Ziel gewaltsamer Attacken. Im Februar 1961 hatten vier junge Anarchisten mehrere Molotowcocktails gegen die Fassade des spanischen Generalkonsulates in Genf geworfen.[175] Aus den diplomatischen Archivakten geht hervor, dass solche Ereignisse nicht selten für Querelen sorgten und die guten Beziehungen beider Länder auf die Probe stellten. 1971 forderte die spanische Botschaft in Bern den Bundesrat auf, für die Schäden an der Fassade des Generalkonsulates

---

171 Ebd.

172 Ebd., S. 4.

173 Gottlieb Iseli (1913–1983) war Sohn des Auslandschweizers Benjamin R. Iseli und der Spanierin Lorenza Andrés. Im Spanischen Bürgerkrieg kämpfte er auf der Seite der Republik. 1939 reiste er in die Schweiz. Vgl. Huber, Die Schweizer Spanienfreiwilligen, S. 236.

174 Vgl. Bericht des KKIII an die SBA, 29. Oktober 1962, op. cit., S. 6.

175 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 399.

(regimefeindliche Parolen mit roter Farbe) in Genf aufzukommen, die in der Nacht vom 17. auf den 18. Juli verübt worden waren.[176]

Die Tournee des spanischen Dichters durch die Schweiz wird in dem bereits erwähnten Bericht „Spanische Agitation" thematisiert, in dem auch die Angst vor einer Politisierung der ausländischen Gastarbeiter in der Schweiz deutlich wird:

> Die Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, die dem Schweizer eingeräumt ist, sollte nicht dazu dienen, Ausländer in der Schweiz gegen ihre Behörden aufzuwiegeln. Das Regime Franco ist zwar in der schweizerischen öffentlichen Meinung seit jeher auf wenig Sympathien gestossen. Daneben bleibt aber die Tatsache bestehen, dass die Schweiz mit Spanien normale Beziehungen unterhält. Diese Beziehungen werden durch die geschilderten Vorkommnisse, gegen die Madrid begreiflicherweise reagiert, zweifellos beeinträchtigt.[177]

Nebst dem Menetekel eines Kompromittierens der Beziehungen zu Madrid werden im Bericht beträchtliche wirtschaftliche Konsequenzen, namentlich eine Drosselung des Zustroms spanischer Arbeitskräfte in die Schweiz befürchtet.

Die Aktivitäten des Komitees dienten nicht bloß der Sensibilisierung der öffentlichen Meinungen, sondern beabsichtigten auch, Gelder für die Unterstützung der Familien politischer Gefangene zu sammeln. Zu diesem Zweck organisierte es mehrere Versteigerungen von Werken berühmter Künstler. Der eminenteste unter ihnen dürfte Pablo Picasso sein, der einige seiner Lithografien für die Auktion spendete.[178] Bei den Geldspenden handelte es sich meistens um bescheidene Beträge, die vor allem eine symbolische Bedeutung hatten. Die Liste der Geldempfänger wurde meistens von der PCE zur Verfügung gestellt,[179] was erneut die überparteiliche Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Kommunisten für ein gemeinsames Ziel zeigt. Im April 1967 berichtete die Stadtpolizei über die Aktion „Künstler helfen für die Freiheit in Spanien", die in der Zürcher

---

176 Brief der spanischen Botschaft in Bern an das EPD, 17. August 1971, BAR E2001 E-01 1982/58, Bd. 345. Die spanische Botschaft warf dem Bund eine unzureichende Überwachung des Areals vor dem Hintergrund vor, dass der Genfer Polizei der Nationalfeiertagscharakter des Datums bekannt war (Jahrestag des Beginns des *Alzamiento* gegen die Republik im Jahre 1936).

177 Spanische Agitation, Bericht des EPD an den Bundesrat, Bern, 30. Oktober 1962, dodis.ch/30478, S. 5 (Hervorhebung im Original).

178 Aus einem Brief Pedrolis an Picasso geht hervor, dass schon 1963 eine Auktion vorgesehen war. In dem auf Spanisch verfassten Brief bittet der Komitee-Präsident den spanischen Maler um die Spende eines seiner Bilder. Dabei wurde die Hinrichtung Julián Grimaus erwähnt, der wie Picasso Kommunist war. Vgl. Brief von Pedroli an Picasso, Zürich, 1. Juni 1963, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 3, Mp. 2.

179 Vgl. Prieto López, „El fascismo también nos concierne a nosotros", S. 1157.

Galerie Burgdorfer-Elles stattgefunden hatte.[180] Aus den Archivakten des Komitees geht hervor, dass die Bilder-Auktion einen Reinerlös von rund 6000 Franken brachte.[181]

Selbst nach den großen Erfolgen der Kundgebung mit dem Dichter Marcos Ana oder den Protesten gegen die Hinrichtung Julián Grimaus,[182] schien die SP-Presse sich wenig um das Komitee zu kümmern. Dieser Eindruck wird zumindest in einem Brief Pedrolis an die Redaktion des „Volksrecht" sichtbar:

> Ich muss jedenfalls mit Bedauern feststellen, dass die Bürgerpresse – NZZ inbeg riffen [sic!] – unsern Mitteilungen viel mehr Gewicht beimisst als unsere Presse. Das ist umsomehr erstaunlich, da das ‚Schweizerische Komitee' fast ausschliesslich durch Mitglieder der SPS gebildet ist. Ich hoffe Sie werden in der Zukunft unser Bestreben mehr berücksichtigen und unterstützen [sic!].[183]

Das von Pedroli bejammerte Desinteresse des sozialdemokratischen Blattes an den Aktivitäten des Komitees könnte ferner auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass zwischen 1948 und 1966 Der Vorsitz der Redaktionskommission des „Volksrecht" von Hans Oprecht bekleidet wurde, der die Annäherung des Komitees an die Kommunisten bekanntlich missbilligte.[184]

Im Verlauf seines Bestehens tauchten immer wieder Fragen zur Angemessenheit des Namens des Komitees auf. Im Mai 1966 meinte ein Sympathisant und ehemaliger Oberrichter: „Amnestie kann dem Begriff nach nur für rechtmässig verhängte Strafen gewährt werden. Damit, dass wir sie für politische Gefangene in Spanien verlangen, treten wir als Bittsteller auf gegenüber einem Regime, dessen Rechtmässigkeit wir doch keineswegs anerkennen wollen."[185] Darauf antworteten Linggi und Pedroli, der Ausdruck habe historische Gründe und sei auf die „Internationale Konferenz für politische Amnestie in Spanien" in Paris im Jahre 1961 zurückzuführen: „Sie war die Geburtsstunde aller nationalen Komitees in Westeuropa und Südamerika. Alle

---

180 Rapport des KKIII, 7. April 1967, StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85.

181 Bilder-Auktion 1967, Zürich, 31. August 1967, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 3, Mp. 2.

182 Immerhin hatte die „Tagesschau" die Nachricht von der Hinrichtung Grimaus durch eine 23 Sekunden lange Einblendung eines Flugblattes des Komitees ausgestrahlt, das zu einer Protestdemonstration aufrief. Vgl. Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 20. April 1963, BAR J2.225 1996/68, Bd. 1306.

183 Brief des Schweizerischen Komitees für politische Amnestie in Spanien an die Redaktion des „Volksrecht", Zürich, 7. September 1967, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 6, Mp. 1.

184 Vgl. Frei, Das Volksrecht, S. 306.

185 Brief von a. Oberrichter L. Frank an das Schweizerische Komitee für politische Amnestie in Spanien, Zürich, 14. Mai 1966, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 6, Mp. 2.

übernahmen den Ausdruck."[186] Ein Jahr später stimmten die Mitglieder des Komitees über eine Namensänderung ab. Fortan sollte es „Schweizerisches Komitee für politische Amnestie und für die Demokratie in Spanien" heißen.[187]

Besonders bedeutsam war der Akt, der am 8. Februar 1969 im Zürcher Börsensaal stattfand. Auslöser für diesen Anlass war die Ausrufung des Ausnahmezustandes in Spanien. Als Hauptreferent trat SP-Nationalrat Max Arnold auf. An der nicht bewilligten Straßendemo im Anschluss an die Kundgebung, die wie gewohnt vor das spanische Generalkonsulat führte, tauchten nebst dem Komitee erstmals Vertreter der Neuen Linken, Vertreter des „Komitees für ein freies Griechenland" sowie spanische Gastarbeiter auf. Der Bericht des KKIII setzt sich vor allem mit der Straßendemo auseinander, die besonders minutiös beschrieben wird. Geschildert werden der genaue Verlauf, die Fahnen und Transparente, die getragen wurden, die Slogans, die skandiert wurden – Nazi, Nazi, Nazi; *España sí, Franco no*; *asesino, asesino, asesino* (dt. Mörder) –, sowie die negativen Folgen für den Autoverkehr.[188] Dem polizeilichen Bericht wurde ein Ausschnitt aus dem „Vorwärts" vom 13. Februar beigelegt. Über die Kundgebung in Zürich und eine weitere, die am selben Tag in Genf stattfand, wurde außerdem auch in der „Tagesschau" informiert.[189]

Der angekündigte Militärprozess gegen 16 Basken im Dezember 1970 bewog das Komitee erneut dazu, die Öffentlichkeit auf die Repression in Spanien aufmerksam zu machen. Am Abend des 30. Oktober 1970 wurde im Zürcher Volkshaus eine Solidaritätskundgebung veranstaltet. Im Anschluss an die öffentliche Kundgebung fand um ca. 22:00 Uhr ein Protestmarsch mit Fackelzug Richtung spanisches Generalkonsulat statt. Auch in diesem Fall war die ideologische Palette der teilnehmenden Organisationen vielfältig, denn es beteiligten sich Sozialisten, Jungsozialisten, Kommunisten und auch fortschrittliche Katholiken. Unter den Rednern befanden sich Pedroli selbst, SP-Gemeinderat Bruno Kammerer sowie ein in Frankreich lebender Spanier namens Ignacio Mena, der im Bericht als „Sekretär des baskischen Komitees gegen die Unterdrückung" bezeichnet wird. Pedroli wandte sich an das Publikum auf Italienisch. Sinngemäß paraphrasierte der dort disponierte Staatsschutzbeamte seine Worte:

> Viele politisch Verfolgte seien in Gefängnissen gestorben, an den Folgen von Folterungen oder durch einen selbstmörderischen Sprung aus dem Fenster. Als Akt der Verzweiflung hätten die Basken den Polizeichef von Irún [Melitón Manzanas González] gerichtet, was dem Regime den Vorwand für die erneute Verhängung des Ausnahmezustandes und

186 Brief des Schweizerischen Komitees für politische Amnestie in Spanien an a. Oberrichter L. Frank, Zürich, 16. Juni 1966, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 6, Mp. 2.

187 Abstimmungszettel, Sommer 1967, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 6, Mp. 8.

188 Bericht des KKIII., 9. Februar 1969, StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85.

189 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 8. Februar 1969, BAR J2.225 1996/68, Bd. 1756.

> erneute Verhaftungen bei jeder freiheitlichen Regung geliefert habe. Angesichts dieser Eskalation der Gewalt und einer vertrauensunwürdigen Justiz gelte es, die Fahne der Republik hochzuhalten.[190]

Pedroli umschreibt die Ermordung des Polizeichefs als einen „Akt der Verzweiflung" und nicht etwa als eine bewusste „Hinrichtung" durch die ETA,[191] was als unterschwellige Verständnisbekundung gelesen werden kann. Menas Beitrag im Anschluss an Pedrolis beinhaltete einen historischen Abriss des baskischen Widerstandes und sprach die Folter erneut an. Kammerer, der etwas später eintraf, ließ folgende Worte über Spanien fallen: „Ein faschistisches Regime, mit Unterstützung des internationalen Großkapitals, ignoriere immer noch sämtliche Menschenrechte und zelebriere jährlich am 30. April eine Seelenmesse für Adolf Hitler. Freiheit werde es nur in einem sozialistischen Spanien geben."[192]

Der Demonstrationsmarsch Richtung Generalkonsulat wies diesmal eine neue Performance auf, die auf den Einfluss der 68er-Bewegung zurückzuführen ist: „An der Selnaustr., bei der Tramhaltestelle vor dem Bhf. Selnau, begann die Spitze plötzlich anzuhalten und abzusitzen. Dieses Sit-in dauerte jedoch kaum 3 Minuten."[193] Späti zählt die Sit-ins, zusammen mit den Teach-ins und Go-ins zu den „Formen provokativer Verletzungen herrschender Regeln."[194] Dabei handelt es sich laut Fahlenbrach um die physische Besetzung des öffentlichen Raumes zwecks Ausübung eines „minimalen ‚zivilen Ungehorsam[s]'".[195] Für die Zürcher Stadtpolizei bedeutete das Jahr 1968 das Ende einer dreißigjährigen Ruhe und die Konfrontation mit dem Gewaltpotenzial neuer sozialer Bewegungen, womit die Ordnungshüter anfänglich stark überfordert waren.[196] Die Unsicherheit der Sicherheitsleute zeigt sich auch in den Archivakten und zwar in der immer häufiger auftretenden Information zum Polizeiaufgebot, das zum Schutze der öffentlichen Ordnung oder des Konsulats mobilisiert wurde.

Aufgrund der Zunahme der Unterdrückung in Spanien intensivierte sich auch die Tätigkeit des Komitees. Bereits ein Jahr später fand eine weitere Kundgebung im Zürcher Volkshaus statt. Es zeichneten sich allmählich einige Muster in deren Durchführungen ab. Dazu gehörte die Demonstration, die im Anschluss an die Kundgebung in einem Saal, häufig im Volkshaus, stattfand und immer vor dem spanischen

---

190 Bericht des KKIII, 2. November 1970, StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85, S. 4f.

191 Vgl. Prieto, Militärprozesse und Hinrichtungen…, S. 89f.

192 Bericht des KKIII, 2. November 1970, StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85, S. 5.

193 Ebd., S. 6.

194 Späti, 1968 in der Schweiz, S. 61.

195 Fahlenbrach, Protest-Inszenierungen, S. 190f. (Hervorhebung im Original).

196 Vgl. Zweifel, Polizeilicher Ordnungsdienst…, S. 183f.

Generalkonsulat endete. Eine weitere Konstante war der Auftritt eines Spaniers, der die Repression am eigenen Leib erlebt hatte und darüber berichtete. Die Präsenz solcher Zeugen verschaffte dem Anlass nicht nur Glaubwürdigkeit und Legitimität, sondern eine echte Verbindung zu Spanien, vollzogen in der Person des anwesenden Oppositionellen. Die Veranstalter reichten stets die nötigen Gesuche bei der Fremdenpolizei ein und erhielten somit die Redebewilligung für ihre ausländischen Gäste. Auf diese Weise konnte das Komitee zumindest eine administrativ-bürokratische Angriffsfläche beseitigen.

Die Kundgebung für ein freies Spanien vom 11. Juni 1971 folgte obigem wiederkehrendem Muster.[197] Als Versammlungsleiterin fungierte diesmal SP-Stadträtin Emilie Lieberherr und als Redner einerseits Carlos Elvira, der als Auslandsdelegierter der illegalen *Comisiones Obreras*, also der illegalen notabene *kommunistischen* Gewerkschaft bezeichnet wird, und Eugen Fehr, Auslandsredakteur der „Neuen Zürcher Nachrichten".

Dem Polizeibericht entnimmt man, dass Elvira eine 20-jährige Freiheitsstrafe hinter sich hatte. Seine Wahl als Redner war auf die Verhaftung des ursprünglich vorgesehenen Carlos Pardo zurückzuführen.[198] Fehr betonte in seiner Ansprache „die besondere Perfidie derjenigen Diktatur [...], die sich, wie die spanische, auf das Christentum berufe und neben physischen Qualen den Untertanen auch noch Gewissenskonflikte aufbürde."[199] Elvira setzte den Akzent auf die Hoffnung auf eine Wende im Regime, die sich im wankenden Verhalten des Diktators manifestiert hatte, als er die Todesurteile gegen die sechs Basken in lebenslange Gefängnisstrafen umwandeln ließ. Ebenso sprach er den wirtschaftlichen Druck und den internationalen Protest als Mittel zum Sturz des Regimes an. Laut Bericht brachte der Spanier den Massenmord in der Frühphase des Franquismus zur Sprache: „Das Regime, das vor dreissig Jahren auf einer Schädelpyramide von 1 Million Toten errichtet worden sei, sei heute aber noch so blutig wie damals."[200]

Im bereits genannten Memorandum beschrieb Pedroli die Kundgebung aus der Sicht der Teilnehmerzahlen als „[il] più grande fiasco che il comitato abbia conosciuto."[201] Anstelle der ursprünglich erwarteten 1400 wohnten gerade mal 300 Besucher der Kundgebung bei. Enttäuschung und Ernüchterung machten sich bei Pedroli bemerkbar.

---

197 Vgl. Bericht des KKIII an die SBA, 15. Juni 1971, StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85 (Hervorhebung im Original).

198 Zu Carlos Pardo, Mitglied der spanischen sozialistischen Gewerkschaft UGT und der deutschen IG Metall, und seiner Verhaftung am Madrider Flughafen im Mai 1971 siehe Ortuño Anaya, European Socialists and Spain, S. 166–170.

199 Bericht des KKIII an die SBA, 15. Juni 1971, StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85, S. 3.

200 Ebd.

201 Pro memoria, S. Pedroli, Zürich, Juli 1971, 4 Seiten, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 6, Mp. 7, S. 3.

Mitverantwortlich seien auch die versprochene, aber nie zustande gekommene Beteiligung und Unterstützung durch die PSOE, die Streitigkeiten zwischen den unterschiedlichen ideologischen Nuancen und die Intoleranz bei gewissen Parteien. Im abschließenden Teil des vertraulichen Dokuments erwägt Pedroli seinen Rücktritt als notwendige Maßnahme für den Fortbestand des Komitees.[202] Dieser blieb allerdings aus.

Die Teilnahme der SP-Stadträtin lässt auf ein zunehmendes Interesse dieser Partei an den rechtsautoritären Regimes Südeuropas schließen. In der Tat stellte die SP Zürich 1 anlässlich des am 30. September und 1. Oktober 1972 in Interlaken gehaltenen Parteitages den Antrag[203] zur Bildung eines „ständigen Solidaritätsfonds zur direkten Unterstützung der unterdrückten sozialdemokratischen Bruderparteien in den faschistischen Staaten Spanien, Portugal, Griechenland."[204] Die angesprochene Finanzhilfe sollte aus regelmäßigen Zuwendungen fließen und etwa aus einem fixen, vom Parteivorstand festgesetzten Anteil der Mitgliederbeiträge zustande kommen. Dieser sprach sich für eine Prüfung des Antrages. Der Parteitag nahm den Beschluss zwar an, allerdings nur mit knapper Mehrheit: 248 Ja-Stimmen gegen 229 Ablehnungen.[205] Die Solidarität mit den südeuropäischen Genossen schien offenbar nicht zu den höchsten Prioritäten der Partei zu zählen.

In der Fachliteratur wird die Unterstützung der spanischen Sozialisten durch die Sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs besonders hervorgehoben. Bereits im Jahre 1946 wurde innerhalb der Sozialistischen Internationale (SI) eine Kommission für spanische Angelegenheiten gegründet, der unter anderem der ehemalige Schweizer Kommunist Jules Humbert-Droz angehörte,[206] der drei Jahre zuvor der SP beigetreten war.[207] Noch bis 1974 war sich die SI nicht einig, welche Parteiströmung innerhalb der spanischen Sozialisten ihre Unterstützung verdiene. Um die Mitte der sechziger Jahre distanzierte sich die SPD von ihrer dezidiert antifranquistischen Linie und nahm eine pragmatischere und offenere Einstellung gegenüber dem Regime an,[208] was den Interessen der spanischen Sozialisten

202 Vgl. Pro memoria, S. Pedroli, Zürich, Juli 1971, 4 Seiten, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 6, Mp. 7, S. 4.

203 Generell zeigten die SP- und die UGT-Sektion in Zürich ein besonderes Engagement in der Solidarität mit den Opfern des spanischen Regimes. Vgl. Farré, „Desde el corazón de la juventud de España...", S. 124.

204 Sozialdemokratische Partei der Schweiz: Ordentlicher Parteitag 72, Beschlussprotokoll, Interlaken, 30. September/1. Oktober 1972, SSA Ar 1.116.18, S. 37.

205 Ebd., S. 39.

206 Vgl. Ortuño Anaya, European Socialists and Spain, S. 20.

207 Vgl. Studer, Jules Humbert-Droz.

208 Der Opportunismus der deutschen SPD-Regierung lässt sich auch an ihrer schützenden Hand über Augusto Pinochets Regime erkennen, als Chile in den siebziger Jahren eine Bestellung deutscher Lastwagen in Auftrag gab. Vgl. Jiménez de Parga, Vivir es arriesgarse, S. 297.

widersprach.[209] Erst mit der Wahl Felipe González' zum Generalsekretär der PSOE fiel die Gunst deutlich auf die junge Generation. Dabei war die Unterstützung seitens der SPD, die zudem eine führende Rolle innerhalb der SI innehatte,[210] die wichtigste unter den europäischen Sozialdemokraten.[211]

Am 5. Oktober 1973 organisierte das Spanien-Komitee eine weitere Kundgebung, welche „Die heutige Lage in Spanien" betitelt wurde.[212] Ähnlich wie diejenige anlässlich des Burgos-Prozesses 1970 wurde sie von Sandro Pedroli und Bruno Kammerer geleitet. Entgegen der ursprünglichen Ankündigung konnte Carlos Elvira aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen; sein Referat wurde deshalb von einem anderen Spanier verlesen. Nach Pedrolis Ansprache auf Deutsch und Italienisch fuhr Kammerer fort und bedauerte das geringe Interesse der Schweizer für das Thema der Solidarität mit Spanien. Er bemängelte außerdem die Diskrepanz zwischen dem hohen Touristen-Zufluss – er sprach von über 30 Millionen ausländischen Touristen – und der Armut und Unterdrückung, welche die spanische Bevölkerung erlitt.

Kurz nach dieser Kundgebung verfasste Pedroli erneut ein Rücktrittsschreiben, das an die übrigen Vorstandsmitglieder adressiert war, in welchem ein selbstkritischer Ton deutlich hervortritt:

> Wenn ich diese zwölf Jahre zurückblicke [sic!], so kann ich über meine Leistungen nicht sehr stolz sein. Nach einem guten Anfang hat sich das Interesse für unsere Organisation rasch abgefeut [sic!]. Die Deutschschweizer – ausser den üblichen, wenigen Ausnahmen – haben wir nicht mehr mobilisieren können, während die Spanier uns nur als Werkzeug zu ihren Zwecken benützt haben.[213]

Ferner bemängelt er die finanzielle Hilfeleistung an spanische Gefangenenangehörige und plädiert für eine stärkere Akzentuierung der Aktion auf politischer Ebene, worin das Komitee in den vergangenen Jahren versagt hätte. Bei aller Selbstkritik und Entschlusskraft ereignete sich der hier angekündigte Rücktritt nicht.

Die Hinrichtung von Salvador Puig Antich am 2. März 1974 gab dem Spanien-Komitee erneut Anlass dazu, das Franco-Regime öffentlich zu verurteilen. Am 12. März veranstaltete es zusammen mit dem Gewerkschaftskartell der Stadt Zürich eine Kundgebung im Volkshaus, an der sich sowohl die wichtigsten Organisationen der traditionellen spanischen Linken mit ihren Jugendorganisationen als auch jene der

---

209 Vgl. Muñoz Sánchez, El amigo alemán, S. 393.

210 Vgl. Ortuño Anaya, European Socialists and Spain, S. 188.

211 Vgl. Kaiser/Salm, Tranistion und Europäisierung, S. 266.

212 Bericht des KKIII an die SBA, 9. Oktober 1973, StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85.

213 Brief von S. Pedroli an E. Linggi et al., Zürich, 25. Oktober 1973, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 6, Mp. 7.

Neuen Linken beteiligten, darunter die ATEES und die RML.[214] Ernst Rosenbusch, Vertreter des Gewerkschaftskartells, leitete die Veranstaltung. Als Redner intervenierten Christian Grobet, Rechtsanwalt in Genf, der als Vertreter der Internationalen Juristenkommission dem Prozess gegen Salvador Puig Antich und seine Kampfgefährten beigewohnt hatte, sowie der spanische Gastarbeiter Juan Enrique Bartolomé.

Laut dem Verfasser des Berichts bestand der größte Teil des Publikums aus Spaniern. Tage vor der Kundgebung hatte das Komitee mit Flugblättern auf die bevorstehende Veranstaltung hingewiesen. Vorsorglich hatte die Polizei das spanische Generalkonsulat bewachen lassen. Tatsächlich erschienen vor dem Generalkonsulat an die 30 Personen, die Flugblätter verteilten. Als die Demonstranten um 19:00 Uhr verschwanden, stellte man fest, „dass in die provisorische Pavatexfüllung der Hauseingangstüre zum Konsulat das Wort ‚FASCISTA' und darunter ein Hakenkreuz geritzt und an eine Plakatwand das Anarchistenzeichen ‚A' gemalt worden war."[215] Der Bericht geht zwar nicht näher darauf ein, doch war die provisorische Türverstärkung eine Folge des Bombenattentates, das ausgerechnet in der Nacht vom 10. auf den 11. Januar, also unmittelbar nach der Verkündung des Todesurteils gegen Puig Antich von einer Gruppe junger Zürcher Anarchisten, die mit dem MIL sympathisierte, verübt worden war.[216]

Im Volkshaus schilderte Grobet seine Eindrücke vom Prozess. „Er erklärte, er sei überhaupt nicht überzeugt, dass Antich [sic!] der Polizistenmörder gewesen sei. Erhärtend gab er zum Ausdruck ‚der formelle Beweis sei von der Anklage nicht erbracht'",[217] heißt es im Staatsschutz-Bericht. Nach Grobet äußerte sich auch Juan Bartolomé zu demselben Thema. Fritz Osterwalder, „Vertreter der jungen Generation", wandte sich ans Publikum und bemängelte das unzureichende Engagement für die Verhinderung der Hinrichtung. Im Anschluss verlas Rosenbusch eine Protestresolution, die per Akklamation angenommen wurde. Die Protestdemo nach der Kundgebung im Volkshaus führte erneut vor das Generalkonsulat.

Dem Bericht wurden zahlreiche Flugblätter beigelegt sowie drei Zeitungsausschnitte, die im Zusammenhang mit der Kundgebung stehen. Besonders erhellend ist der Ausschnitt eines Artikels des „Tages-Anzeigers" vom 14. März. Der Artikel

---

214 Bericht des KKIII an die SBA, 15. März 1974, StadtAZH V.E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85.

215 Ebd., S. 4.

216 Vgl. Prieto, Antifranchismo e protezione dello Stato…, S. 45; Thut/Bislin, Aufrüstung gegen das Volk, S. 234. Entgegen dem Kommentar von Thut und Bislin ist zu betonen, dass die Hinrichtungsmethode noch nicht festgesetzt oder zumindest dem Verurteilten nicht mitgeteilt worden war.

217 Bericht des KKIII an die SBA, 15. März 1974, StadtAZH V.E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85, S. 4 (Hervorhebung im Original).

beschreibt die Kundgebung im Volkshaus, doch behandelt er vornehmlich Grobets Schilderungen und Erinnerungen an seine Beobachterfunktion im Militärprozess in Barcelona. Vergleicht man den polizeilichen Bericht mit dem besagten Artikel, so stellt man fest, dass für den Bericht zahlreiche Passagen vom „Tages-Anzeiger"-Text wörtlich übernommen wurden.[218] Das Beilegen von Zeitungsauschnitten über ein Ereignis oder eine Organisation genügte also nicht bloß einem Gebot der möglichst umfassenden Dokumentation, sondern wurde auch als redaktionelle Ressource angesehen, die dem Beamten das Verfassen des Rapports erleichtern sollte.

Das Flugblatt, das dreisprachig für den Anlass vom 12. März warb, beinhaltete nebst einer Reihe von Parolen gegen das Regime auch noch eine Abbildung eines Hingerichteten.[219] Die Überschrift des Flugblattes lautete übersetzt ins Deutsche „Das Würgeeisen: das wahre Gesicht des Franco-Regimes". Bei der Abbildung handelte es sich um einen Kupferstich von Goya, der einen garrotierten Mann darstellt.[220] Durch die Verwendung dieses bildlichen Zitates wird der primitive und rückständige Charakter der Diktatur betont. Gleichzeitig wurde hier auf einen Künstler zurückgegriffen, dem man bereits zur Zeit der Zweiten Spanischen Republik und des Bürgerkrieges eine volksnahe, authentische und revolutionäre Annäherung an die Wirklichkeit nachsagte.[221]

Auf der Rückseite des Flugblattes wird der Zynismus des Ministerpräsidenten Carlos Arias Navarro angeprangert, indem implizit auf seine vielversprechende Februarrede[222] Bezug genommen wurde:

> Die faschistische Regierung von Arias Navarro versteht unter der ‚Liberalisierung' die Fortführung von gnadenlosen Verfolgungen, Einkerkerungen, Repression und Mord. Die Opfer sind die Arbeiterklasse und alle anderen Oppositionellen. Dies ist wieder einmal

---

218 Übernommen wurden nicht nur etliche Textpassagen, sondern auch die unkorrekte Nennung des Hingerichteten, welcher statt mit seinem, in Spanien üblichen doppelten Nachnamen, in diesem Fall „Puig Antich", bloß mit dem mütterlichen Nachnamen, also „Antich", genannt wurde.

219 Flugblatt „El garrote vil", o. D. [März 1974], StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85 (Hervorhebung im Original).

220 Es handelt sich dabei um die Grafik mit dem Titel *„Por una navaja"* aus der Serie *„Desastres de la guerra"* (dt. die Schrecken des Krieges), womit Goya seine persönlichen Eindrücke der Gräueltaten der französischen Besatzungstruppen im spanischen Unabhängigkeitskrieg darstellte. Juan Goytisolo widmete in seinem Essay aus dem Jahre 1969 diesem spanischen Maler mehrere Seiten und sprach dabei von seiner „visionäre[n] Kunst": „Die Leichname von Erschossenen, Gehenkten, Krüppeln, die sich wie unter Zwang auf seine Radierungen drängen, erinnern unausweichlich an die Exekutionen und Schlächtereien, die später den Boden des Landes mit Blut tränken." Goytisolo, Spanien und die Spanier, S. 97.

221 Vgl. Brinkmann, Bilder eines Krieges, S. 255.

222 Vgl. Tusell/Queipo de Llano: Tiempo de incertidumbre, S. 69–74.

> durch den Mord an PUIG ANTICH und die Ausweisung des Bischofs von Bilbao […] bewiesen worden. Die faschistische Diktatur glaubt, dass sie sich mit inquisitorischen Mitteln an der Macht halten kann.[223]

Im darauffolgenden Jahr fanden zwei wichtige Kundgebungen statt. Am 21. Februar 1975 wurde eine Pressekonferenz veranstaltet,[224] an der auch die Kameras der Schweizer „Tagesschau" dabei waren.[225] Drei ausländische Redner berichteten unter dem Vorsitz Pedrolis über oppositionelle Tätigkeiten gegen das Franco-Regime. André Sorel, Journalist und Schriftsteller, referierte über die Zunahme der Unzufriedenheit in der spanischen *Intelligentsia*, doch auch Staatsbeamte und Fernsehjournalisten würden eine Demokratisierung befürworten. Martín Román und Luisa Isabel Álvarez de Toledo, genannt „die Rote Herzogin",[226] berichteten als Gewerkschaftsvertreter über die *Junta Democrática*.

Auch der Vorstand der SP befasste sich im Februar 1975 mit spanischen Angelegenheiten. Dem Sitzungsprotokoll entnehmen wir, dass die in zwei Lager gespaltene PSOE um „une intervention éventuelle du PSS en faveur d'un rapprochement" ersucht hatte.[227] Aus dem Protokoll der Sitzung vom 31. Mai liest sich heraus, dass je ein Repräsentant des italienischen PSI und der spanischen PSOE den Vorstandssitzungen beiwohnen sollten.[228] Die spanischen Sozialisten waren mit Ramón Joya, dem ersten Präsidenten der 1963 gegründeten Schweizer UGT-Sektion, vertreten.[229]

Von noch größerer Reichweite als die Pressekonferenz im Zürcher Hauptbahnhof war allerdings die Kundgebung vom 19. September 1975, die wie gewohnt im Volkshaus ausgetragen wurde.[230] Die Todesurteile, die im Schnellverfahren von spanischen Militärgerichten ausgesprochen worden waren, rechtfertigten diese Mobilisierung, die

223 Flugblatt „El garrote vil", o. D. [März 1974], StadtAZH V.E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85 (Hervorhebung im Original).

224 Bericht des KKIII an die SBA, 25. Februar 1975, StadtAZH V.E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85.

225 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 22. Februar 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2206.

226 Aus den Staatsschutzakten geht hervor, dass die Adlige insgesamt drei Mal in die Schweiz einreiste, nämlich im Oktober 1970, im April 1971 und im Februar 1975. Staatsschutz-Fiche von Isabel Álvarez de Toledo, StadtAZH V.E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.1. Laut einem Bericht der Bundespolizei wurde sie 1970 von der PdA Genf eingeladen und sprach über ihr Buch *La Grève*. Vgl. Bericht der Bundespolizei Nr. 294 (vertraulich), September/Oktober 1970, StadtAZH V.E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2. (0)940.6, S. 3.

227 Procès-verbal, Séance du Comité directeur du 11 fevrier 1975 au secrétariat du PSS, Berne, SSA Ar 1.110.66.

228 Vgl. Procès-verbal, Séance du Comité central du 31 mai 1975 au Palais fédéral, Berne, SSA Ar 1.110.66.

229 Vgl. Farré, „Desde el corazón de la juventud de España…", S. 120.

230 Bericht des KKIII an die SBA, 24. September 1975, StadtAZH V.E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85.

von zahlreichen Organisationen getragen wurde.[231] SP-Nationalrat Otto Nauer und der in Frankreich lebende spanische Journalist José Blanco waren die beiden Referenten des Abends. Pedroli interpretierte in seiner Ansprache die Todesurteile als „Schwäche und Ratlosigkeit" und prognostizierte, „der Sturz der Regierung dürfte nicht mehr fern sein".[232] Danach übergab er das Wort an José Blanco, der von seiner 17-jährigen Gefängnisstrafe und den wiederholten Folterungen sprach, deren man ihn unterzog. Außerdem schnitt er die Erzwingung von Geständnissen bei der Einvernahme an; ein wichtiger Hinweis für die Unrechtmäßigkeit des Militärstrafverfahrens.

Otto Nauers Votum prangerte die Unwissenheit der Schweizer Touristen in Spanien in Bezug auf die Unterdrückung des spanischen Volkes an. Hortensia Allende erschien im Verlauf des Abends und forderte die Zuhörer auf, sich gegen die Unterdrückung in Spanien und Chile stark zu machen. Auch dieses Treffen entging nicht dem Interesse der „Tagesschau", die am nächsten Tag darüber berichtete.[233] Anders als bei früheren Kundgebungen führte die anschließende nichtbewilligte Demonstration nicht vor das spanische Generalkonsulat, sondern vor das Gebäude der Bezirksanwaltschaft Zürich, das sich nur wenige Meter vom Volkshaus befindet.

Francos Tod und Juan Carlos' Thronbesteigung ließen das Komitee keineswegs die Zügel lockern. Am 13. März 1976 veranstaltete es eine weitere „Solidaritätskundgebung mit dem spanischen Volk". Anlass dazu waren die Geschehnisse im baskischen Vitoria, bei welchen die spanische Polizei Tränengasgranaten in eine Kirche geschossen hatte, in welcher eine Versammlung streikender Michelin-Arbeiter stattfand. Bei der polizeilichen Stürmung der Kirche kamen mehrere Menschen ums Leben.[234] Anders als bei den früheren Veranstaltungen entnimmt man dem Rapport, dass das KKIII diesmal keinen Beamten zur Kundgebung beorderte, sodass man daraus schließen könnte, dass der Tod des Diktators die Staatsschutz-Beamten zu einem Nachlassen bei der Bewachung der Komiteeaktivitäten geführt habe. Die Bewachung des Generalkonsulates hingegen schien weiterhin eine unabdingbare Maßnahme. Sämtliche Informationen über die Kundgebung wurden also hauptsächlich dem Flugblatt entnommen, das dafür warb.[235] Das Flugblatt, das vor dem Generalkonsulat verteilt wurde, greift die Regierung des frisch proklamierten Königs mit harten Worten an:

---

231 An der Veranstaltungen beteiligten sich unter anderem die PSOE, die UGT und die PCE mit den respektiven Jungparteien, die Kommunistische Partei Galiciens, die SP und die Jungsozialisten des Kantons Zürich, die PdA, die POCH, die RML, der Revolutionäre Aufbau Zürich, die Schweizerischen Spanienkämpfer sowie etliche italienische Linksparteien in der Schweiz.

232 Bericht des KKIII an die SBA, 24. September 1975, op. cit., S. 2.

233 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 20. September 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2241.

234 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 172.

235 Bericht des KKIII an die SBA, 17. März 1976, StadtAZH V.E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85.

> Die Situation, in der sich Spanien befindet, ist ernst: Einführung des Lohnstopps, allgemeine Preiserhöhungen, zunehmende Arbeitslosigkeit… Um der Mobilisierung der Arbeiter entgegenzutreten, greift die Regierung von Juan Carlos auf die traditionellen franquistischen Mittel der Zuspitzung der Repression zurück, während einige ihrer Vertreter demagogisch von ‚Freiheiten und Demokratie' sprechen.
>
> Die letzte Antwort der Arbeiter bestand in der massiven Beteiligung an friedlichen Demonstrationen in ganz Spanien und besonders in VITORIA und dem übrigen Baskenland. Die kriminelle Antwort der Monarchie hat vorsätzlich zur Konfrontation und zur ERMORDUNG VON SIEBEN ARBEITERN sowie zu mehr als hundert Verletzten, einige davon schwer, geführt.[236]

Auf der Rückseite des Flugblattes erscheint derselbe Text auf Spanisch sowie Porträts von drei getöteten Demonstranten von Vitoria. Darunter ist zu lesen: „ASESINADOS POR LA POLICIA JUANCARLISTA"[237] (dt. „Durch die juancarlistische Polizei ermordet"). Der Text des Flugblattes suggeriert einen starken Argwohn in Bezug auf Juan Carlos I., der in seiner ersten Thronrede vom 22. November 1975 hatte durchblicken lassen, der König aller Spanier sein zu wollen. Das Spanien-Komitee sah offensichtlich in den dramatischen Vorfällen eine Existenzberechtigung, die über den Tod des Diktators hinausging, beziehungsweise eine Fortführung der Diktatur unter der Monarchie, obwohl Juan Carlos bereits ein scheues Zeichen des Entgegenkommens gezeigt hatte, indem er 30% der Insassen sämtlicher Gefängnisse begnadigen ließ. Die politische Opposition betrachtete dieses Zugeständnis als ungenügend, denn nur ein kleiner Teil der politischen Häftlinge – 235 von insgesamt 4000 – wurden aus ihrer Haft entlassen.[238] Aus den Informationen zur Kundgebung geht ferner hervor, dass das Komitee seinen Namen auf die kürzere Schreibform „Komitee Pro-Amnestie in Spanien" änderte. In den Staatsschutzakten wurde aber weiterhin der ursprüngliche Name verwendet.

Im Verlauf des Jahres 1976 intensivierte sich der Kampf um die Amnestie in Spanien. Das KKIII meldete der Bundesanwaltschaft die Neugründung der „Arbeitsgruppe Spanien",[239] die unter dem Einfluss der Zürcher Sektion der RML stand. Weiter unten im Text ist die Rede von einer 1. Mai-Vorfeier der RML im Volkshaus, die unter dem Motto „Spanien 1936–1976" mit der Beteiligung von Ernst Thalmann und einem Vertreter der LCR-ETA VI stattfand. Anlässlich dieser Kundgebung wurde die erste Nummer des Spanien-Bulletins erstmals in Umlauf gesetzt. Aus den überlieferten Quellen lässt sich ermitteln, dass die im

---

236 Flugblatt „Spanien****Solidarität mit Vitoria!, o. D. [März 1976], StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85 (Hervorhebung im Original).

237 Ebd.

238 Vgl. Preston, Juan Carlos, S. 325.

239 Vgl. Bericht des KKIII an die SBA, 4. Mai 1976, StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/508.

polizeilichen Bericht angekündigte Zusammenarbeit zwischen Pedrolis Komitee und der neu gegründeten trotzkistischen Solidaritätsgruppe höchstwahrscheinlich nie zustande kam.

Am 23. Januar 1978 berichtete der Nachrichtendienst der Zürcher Kantonspolizei dem KKIII über die in den Zeitungen und in der „Tagesschau" bereits gemeldete Auflösung des Komitees Ende 1977. Dieser letzte Bericht besagt deutlich: „Nach hier vorliegenden Erkenntnissen trat das Komitee letztmals am 13. März 1976 öffentlich in Erscheinung bei einer Solidaritätskundgebung im Volkshaus Zürich 4."[240] Im Sommer 1976 hatte der König von Spanien eine zweite, umfassendere Amnestie für politische Häftlinge erlassen, die allerdings jene, die sich einer Bluttat schuldig gemacht hatten, ausschloss.[241] Dieser Akt entzog der NGO sicherlich einen Teil ihrer Daseinsberechtigung, doch die Auflösung ließ weitere anderthalb Jahre auf sich warten.

Die „Tagesschau" hatte in der Tat über die Auflösung des Komitees bereits Ende Dezember berichtet.[242] Im Beitrag wurde der Werdegang der Organisation folgendermaßen skizziert:

> Während den Jahren des Frankismus war das Komitee Sammelpunkt für die spanische politische Opposition im Schweizer Exil.
>
> Der Präsident des Komitees, Pedroli, erklärte gegenüber der Tagesschau, Ziel seiner Organisation sei es gewesen, das Schweizer Volk über die miserablen Bedingungen für politische Gefangene in Spanien aufzuklären. Dazu gehörten Informationen über ihre Unterernährung, mangelnde Hygiene und Rechtlosigkeit.
>
> Im Verlaufe seiner Existenz hatte das Komitee über 20 Brief-, Flugblatt- und Prospektaktionen durchgeführt. Ebenso zahlreich waren die Kundgebungen, die zum Teil von über 1000 Personen besucht wurden. An die Tausend Unterstützungszahlungen gingen an Empfänger in Spanien.[243]

Die „Tagesschau" zog eine positive Bilanz der Aktivität des Spanien-Komitees. Deren Berichterstattung kann als Hommage für das Engagement des Komitees verstanden werden, doch scheint die Bedeutung, welche die „Tagesschau"-Redaktion dem Komitee in Bezug auf die spanische Exilgemeinschaft in der Schweiz zuschrieb, etwas hochstilisiert, zumal diese äußerst beschränkt und nur im Raume Genf wirklich bedeutsam war.

Die Errungenschaften des Komitees liegen zweifelsohne anderswo. Man kann mit Sicherheit sagen, dass es eine gewisse Berühmtheit erlangte, die auf die

---

240 Bericht des Nachrichtendienstes der KAPO Zürich an das KKIII, 23. Januar 1978, StadtAZH V. E. c.63. KKIII, Reg. 2,1.2., (0:4154)913/85.

241 Vgl. Preston, Juan Carlos, S. 360.

242 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 27. Dezember 1977, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2404.

243 DRS-Tagesschau-Hauptausgabe vom 27. Dezember 1977, http://videoarchiv.srf.ch.

Vernetzungen und Kontakte seines Präsidenten zurückzuführen ist. Schon von Anfang an vermochte das Komitee wichtige Persönlichkeiten aus der Schweizer Kultur und Politik für die Sache der Solidarität mit den politischen Gefangenen in Spanien zu gewinnen. So wurde es zu einem ernst zu nehmenden Forum antifranquistischen Protests, in welchem nicht bloß Linksradikale militierten, sondern hauptsächlich Demokraten und Vertreter des helvetischen Non-Konformismus. In seinen Reihen synthetisierten sich verschiedene Ideologien, Generationen und Nationalitäten zu einem Konglomerat mit einer wohldefinierten Zielsetzung: der Freilassung sämtlicher politischer Gefangenen in Spanien. Die Präsenz von Spanienkämpfern, allen voran von Ernst Linggi, dem ersten und langjährigen Sekretär der 1946 neu gegründeten „Interessensgemeinschaft ehemaliger schweizerischer Spanienkämpfer“,[244] zusammen mit Vertretern der Jungen Linken, die Partizipation von Schweizern, spanischen, italienischen und seltener auch griechischen Gastarbeitern sowie die Teilnahme von Sozialisten, Altkommunisten, Trotzkisten, Maoisten und Linkskatholiken zeigt gleichermaßen die integrative Stärke des Komitees wie auch die Anziehungskraft der antifranquistischen Thematik in linken Kreisen.

In einer Zeit, in der die SP im Zeichen der geistigen Landesverteidigung und aufgrund ihrer „Konversion von Osten zum Westen“[245] eine antikommunistische Linie fuhr, öffnete Sandro Pedroli sein Komitee nach links, aber auch zum fortschrittlichen Katholizismus, wobei die Beteiligung der Katholiken gewissermaßen dem Komitee verhalf, sich vom Kommunismus-Vorwurf mancher Sozialdemokraten zu befreien. Nicht so sehr die Frage nach den effektiven Errungenschaften des Komitees erscheint hier als zentral, sondern die offensichtlichen Grenzen sozialdemokratischer Bemühungen im antifranquistischen Kampf als wichtigster Schluss dieses Unterkapitels. In der Tat zeugt das Spanien-Komitee von einem viel stärkeren Engagement mit der antifranquistischen Opposition als die eigentliche SP und es zeigte auch Bereitschaft, mit jüngeren Generationen von antifranquistischen Aktivisten zu kooperieren. Dazu gehörte auch die bereits angesprochene Revolutionäre Marxistische Liga, die Gegenstand des nächsten Unterkapitels ist.

244 Vgl. Weber, Die Rehabilitierung der Spanienfreiwilligen…, S. 38.
245 Imhof, Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung, S. 182.

3.3 Die Revolutionäre Marxistische Liga

Der Nachklang der Protestbewegungen im Frühling 1968 erreichte und beeinflusste auch die Schweizer Linksparteien.[246] Bis zu jenem Zeitpunkt bestand die Schweizer Linke parteipolitisch aus der SP, die antikommunistisch, Befürworterin der geistigen Landesverteidigung und seit 1959 mit zwei Bundesräten in der Landesregierung vertreten war, und der Partei der Arbeit (PdA beziehungsweise PSdT), die das Erbe der im Zweiten Weltkrieg verbotenen Kommunistischen Partei der Schweiz übernommen hatte und einen deutlich marxistischen und prosowjetischen Kurs fuhr, jedoch keine revolutionären Ansprüche stellte. Eine neue politische Generation, die „Neue Linke", würde sich aufgrund der europaweiten Protestwelle kristallisieren und eine kritische Position gegenüber diesen traditionellen Parteien hegen. Aus dieser Krise entstanden neue Bewegungen wie der Partito Socialista Autonomo (PSA), eine Abspaltung der Tessiner SP, die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH), die Revolutionäre Marxistische Liga und ferner auch etliche maoistische Organisationen, wobei manche schon vor 1968 existierten.[247]

Die politische Stagnation des Parti Ouvrier Populaire (POP), wie die PSdT in einigen welschen Kantonen hieß, war durch Dogmatismus und Störrigkeit geprägt, sodass der Dialog mit anderen marxistischen Strömungen abgelehnt wurde. Im Inneren der Partei bildete sich eine Gruppe um den Schweizer Trotzkisten Charles-André Udry, der seit 1966 Mitglied des POP und zudem Jünger von Ernest Mandel war. Udry war der Partei mit der Absicht beigetreten, diese von innen heraus zu verändern (Entrismus).[248] Anlässlich des 9. Parteikongresses von 1968 legten die drei POP-Militanten Olivier Pavillon, Pierre Rieben und Udry eine Reihe von Forderungen dar, wie die Gründung eines parteiinternen Bulletins, die Zusammenarbeit mit Fachexperten anderer kommunistischer Parteien, die Abfassung eines neuen Programms, ein deutlicheres Bekenntnis zum Internationalismus, die revolutionäre Aktion und einen selbstkritischeren Geist. Aufgrund der Unmöglichkeit, die Reformen *in situ* umzusetzen, delegierte die Parteispitze diese Diskussion auf eine Gruppenebene.

Als dann fraktionistische Verhalten entdeckt wurden – eine Praxis, die im PSdT verboten war – berief man den Waadtländer Parteikongress, damit die Abtrünnigen ihre Gründe darlegen könnten. Der Kongress nahm allerdings den Charakter eines Schauprozesses an. Schließlich wurden Pavillon, Rieben, Udry und zwei weitere

246 Die Ausführungen in diesem Unterkapitel beruhen größtenteils auf Prieto López, Contra „Burgos" y contra la burguesía, S. 821ff.

247 Vgl. Challand, La Ligue marxiste révolutionnaire…, S. 15.

248 Vgl. ebd., S. 32–34; Späti, 1968 in der Schweiz, S. 52.

Parteimitglieder aus der Partei ausgeschlossen.[249] Diesem Schritt folgten zahlreiche freiwillige Austritte von Militanten, die mit den fünf Trotzkisten sympathisierten. Die Abtrünnigen knüpften Kontakte mit reformerischen Kommunisten aus Zürich und Genf, die gewisse Affinitäten mit dem Gedankengut dieser neuen Tendenz zeigten. Im Oktober 1969 gründeten ehemalige POP-Mitglieder zusammen mit weiteren Sympathisanten und einer großen Anzahl Mitglieder der *Jeunesses Progressistes* in Lausanne die Revolutionäre Marxistische Liga (RML). An demselben Anlass verkündete man ferner die Lancierung eines neuen unabhängigen Organs, „La Brèche", mit einer anfänglichen Auflage von 1500 Exemplaren.[250]

Auch auf der Ebene der Rituale stellt man nicht nur bei der RML, sondern allgemein unter den neulinken Organisationen, die dezidierte Absicht fest, sich von den traditionellen linken Parteien und Gewerkschaften zu distanzieren. Pereira hebt in seinem Aufsatz zwei Rituale hervor: die öffentlichen Debatte in der Generalversammlung, wo prinzipiell jeder seine Meinung äußern kann, und die Eroberung des öffentlichen Raumes etwa durch eine Straßendemonstration.[251] Gleichzeitig würde sich die Neue Linke auch altlinker Bräuche bedienen, wie etwa der linken Kampflieder, zum Beispiel der Internationalen.

Udry, der wiederholt die mangelhafte theoretische Schulung der POP-Militanten bemängelt hatte, legte ein durchdachtes Bildungs- und Selektionssystem für die neuen Parteimitglieder fest, die sich von nun an „Lehrlinge" nennen sollten, bis zum Bestehen einer mehrmonatigen Probezeit. Die Regionalsektionen sollten Kurse und Wochenendseminare organisieren. Die Lektüre des offiziellen Organs würde einen obligatorischen Charakter erlangen.[252] Die Wichtigkeit, die die Parteispitze der Bildung der Parteimitglieder beimaß, unterschied die RML nicht nur vom POP, sondern auch von den übrigen Bewegungen der Neuen Linken. André Rauber spricht dabei von ihrer „organisation et sa discipline de style bolchevique pur et dur".[253] Die RML wird oft als stark strukturiert und zentralisiert beschrieben und ihre Militanten als avantgardistisch. Der größte Teil ihrer Anhängerschaft bestand aus Jugendlichen, die man hauptsächlich aus dem universitären und berufsbildenden Milieu rekrutierte.

Auch der Staatsschutz begann sich für die jungen Trotzkisten zu interessieren. Bereits in einem Bericht von1970 wurde diese Bewegung als zweifellose Gefahr für die Schweiz eingestuft. Vier Jahre später hieß es in einem weiteren Bericht: „Trotz der relativ kleinen Zahl ihrer Mitglieder, bleibt die LMR eine gefährliche Organisation, welcher

249 Vgl. Challand, La Ligue marxiste révolutionnaire…, S. 54.
250 Vgl. ebd., S. 57–58.
251 Vgl. Pereira, Les vieux habits de la Nouvelle Gauche, S. 176.
252 Vgl. Challand, La Ligue marxiste révolutionnaire…, S. 78f.
253 Rauber, Histoire du mouvement communiste suisse, Bd. II, S. 364.

besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss."[254] Als anlässlich des schweizerischen RML-Kongresses vom 4. bis 6. Mai 1973 in Epalinges eine polizeiliche Abhöranlage entdeckt wurde, entfachte ein Skandal, der auf unterschiedlichen politischen und sozialen Ebenen thematisiert wurde.[255] Das Bundesgericht lehnte die Klage der RML gegen die Bundesanwaltschaft unter anderem mit der Begründung der Staatsgefahr ab.

In jugendlichen und neulinken Kreisen genossen die Trotzkisten indes ein hohes Ansehen. Die RML verdankte ihr Prestige zu einem großen Teil der Qualität ihrer Artikel in der „Brèche", die auch von parteiexternen Journalisten gepriesen wurde.[256] Im Jahre 1971 erschien erstmals die deutschsprachige „Bresche", die bis 1974 monatlich erschien und danach alle anderthalb Monate. Im Oktober 1973 kam dann erstmals das italienischsprachige „Rosso" heraus, das bis zu dessen Einstellung im Jahre 1977 ebenfalls monatlich erschien. 1973 wurde „Rojo" lanciert, zuerst mit einem Erscheinungsrhythmus, den man den Bedürfnissen des Klassenkampfes anpasste, ab 1975 alle fünf Wochen.[257] In diesem Jahr lancierte die RML gemeinsam mit ihrer spanischen Schwesterpartei, der LCR-ETA VI,[258] ein weiteres Blatt zur Förderung des antifranquistischen Kampfes („Espagne Socialiste!") in der Absicht, in der Schweiz eine breitere Unterstützung für die Formierung einer Arbeiterregierung in Spanien zu finden. Das Blatt wurde aber bereits nach drei Nummern eingestellt. Als grundsätzliche Maßnahme für diesen Zweck riefen die Trotzkisten zur Einigkeit aller Kräfte der Arbeiterbewegung und zum revolutionären Generalstreik auf. Das Bulletin wirft aber bereits in seiner ersten Nummer der am 29. Juli 1974 gegründeten *Junta Democrática de España* eine Reihe „grosser Zugeständnisse an die Bourgeoisie" vor.[259]

Um die Mitte der siebziger Jahre wurde Spanien zum dominierenden Thema der internationalen Sparte von „La Brèche". Später verschob sich der internationale Schwerpunkt Richtung Nicaragua und Persien.[260] Außerdem editierte die RML auch noch ein Bulletin für die jungen Militanten, namens „Taupe" beziehungsweise „maulwurf". Die relativ hohe Diversifikation der von der RML herausgegebenen Blätter ist durchaus auffallend, zumal sie sich zeitlich mit einem der schwersten Momente der Schweizer Presse deckt.

Die RML wurde sich der Bedeutung der spanischen Gastarbeiter als Nährboden für die Aufnahme von Militanten und Sympathisanten rasch bewusst. Es gab demzufolge im Wesentlichen zwei Gründe für die Wahl des thematischen Schwerpunkts Spanien. Der

254 Zit. in: Kreis, Staatsschutz in der Schweiz, S. 417.
255 Vgl. ebd., S. 539–548.
256 Vgl. Challand, La Ligue marxiste révolutionnaire..., S. 123.
257 Vgl. ebd., S. 125f.
258 Zur Geschichte der LCR siehe Laiz, La lucha final, S. 143–155.
259 Pourquoi ce bulletin? in: Espagne Socialiste!, Nr. 1, Februar–März 1975 (Ü. d. A.).
260 Vgl. Challand, La Ligue marxiste révolutionnaire, S. 147.

eine hatte einen nationalen Charakter und war allgemein durch die Zustände der in der Schweiz lebenden Gastarbeiter bedingt. In diesem Sinne bestand das Engagement der RML einerseits darin, sie vor den Attacken fremdenfeindlicher Kräfte zu schützen und andererseits, sie gewerkschaftlich im Kampf gegen die Ausbeutung durch den Arbeitgeber und das Establishment zu unterstützen. Der andere Grund war antiautoritär bedingt und stand im Zusammenhang mit der Solidarität der Schweizer Trotzkisten mit unterdrückten Völkern und Drittweltländern; einer Solidarität, die weitgehend von den übrigen linken Parteien und Protestbewegungen geteilt wurde.[261] Die RML versuchte, diese zwei Aspekte miteinander zu knüpfen und rief die zwei bereits erwähnten Bulletins ins Leben.

Sowohl das Archivmaterial als auch die Propaganda-Quellen lassen die Rhetorik der RML erkennen, die sich von den übrigen regimeoppositionellen Organisationen unterscheidet. Diese artikulierte sich durch bestimmte Dichotomien wie „revolutionär" als selbstreferentielles Adjektiv gegenüber „reformerisch", was laut RML auf die PCE und die PSOE zutraf, welche zudem auch noch als „Massenorganisationen" apostrophiert wurden, um sie von der „avantgardistischen" Liga zu unterscheiden.[262] Dies wird auch in einem in der „Bresche" vom Januar 1971 publizierten Positionstext deutlich gemacht:

> Die Avantgarde löste sich in der Aktion von der legalistischen Politik des KP Spaniens; ihre revolutionären Aspirationen liessen sich nicht mehr mit dem Programm der Klassenkolaboration [sic!], mit der Bündnispolitik mit der ‚liberalen' Bourgeoisie, die der ‚Pakt für die Freiheit' der KP bedeutet, im Einklang bringen. Die jetzt vorrangige Aufgabe ist, diese Avantgarde für den Aufbau der revolutionären Partei [der LCR] zu gewinnen, dass sie nach ihrem spontanen Bruch mit dem Reformismus der KP zu bewussten Anhängern des Programms der sozialistischen Revolution werden.[263]

Die RML erstrebte, ein Bezugspunkt innerhalb der spanischen Gemeinschaft in der Schweiz zu werden und versuchte entsprechend, Militante unter diesen Gastarbeitern zu akquirieren. Deshalb mussten die Trotzkisten anderen spanischen Organisationen mit dem gleichen Ziel die Stirn bieten, wie zum Beispiel der ATEES, den Schweizer Sektionen der UGT und den Arbeiterkommissionen. Die RML nahm also eine kritische, ja zuweilen sogar abschätzige Position gegenüber den wichtigsten Kollektiven der spanischen Migration an. Von der ATEES hielt sie:

> […] die Wirklichkeit der ATEES ist im Grossen und Ganzen die eines reinen Apparates, der sich fast perfekt mit demjenigen der P[CE] identifiziert. […] Die Tendenz in solchen Fällen ist die einer fortschreitenden Entwicklung Richtung eine Gruppierung, die Tänze und Kurse für Ausländerkinder anbietet. Und das ist gerade mal eine Karikatur…[264]

261 Vgl. Späti, 1968 in der Schweiz, S. 51ff.
262 Vgl. Pereira, Les vieux habits de la Nouvelle Gauche, S. 177.
263 Bresche, Nr. 2, Dezember 1971 (Hervorhebung im Original).
264 Sobre nuestra táctica de intervención, o. D., 4 Seiten, SSA Ar 65.12.1, Mappe 1 (Ü. d. A).

Die Wirtschaftskrise zwischen 1973 und 1976 zwang viele in der Schweiz lebende Gastarbeiter, in ihre Heimat zurückzukehren. Die RML sprach dieses Problem in einem internen Dokument an:

> [Die spanische Bevölkerung in der Schweiz] beträgt etwa 100.000 Einwanderer. Wegen struktureller Probleme des schweizerischen und des internationalen Kapitalismus erscheint die Arbeitskraftreduktion in weiten Sektoren der Wirtschaft als ein stark absehbares Problem. Aus offensichtlichen politischen und nationalen Gründen werden die ersten Betroffenen die Einwanderer sein (es sind bis jetzt bereits 80.000 gewesen).[265]

Das Dokument kritisiert das mangelnde Interesse der spanischen Migranten an der schweizerischen Arbeiterbewegung sowie die geringe Politisierung der spanischen Gemeinschaft. Der Autor räumt zwar diese Schwierigkeiten ein, fügt jedoch hinzu, man solle bei der Politisierung der Einwanderer von der schmalen, politisierten Schicht ausgehen und dabei die allgemeinen Migrationsprobleme mit solchen, die direkt mit der Schweizer Arbeitergemeinschaft verknüpft sind, kombinieren,[266] und postuliert schließlich drei „objektive Bedürfnisse zur Schaffung einer revolutionär-marxistischen Organisation" unter spanischen Gastarbeitern in der Schweiz:

> 1. Eine wohl funktionierende m[arxistisch]-r[evolutionäre] Organisation, auch wenn das nur auf einer koordinierenden Ebene geschehen soll (Situation die zurzeit noch nicht besteht).
>
> 2. Die Förderung von qualifizierten Kadern (sowohl in politischer wie auch in organisatorischer Hinsicht), damit eine effiziente m[arxistisch]-r[evolutionäre] Proselytismus- und Rekrutierungs-Tätigkeit gesichert ist.
>
> 3. Entwicklung und Stärkung der regionalen Zentren, damit eine bestimmte Kräfteverbindung zustande kommt, zumindest auf der Ebene einer respektablen Massenintervention.[267]

In einem internen Dokument des Nationalsekretariates der RML werden die Problemstellungen in Bezug auf die Gründung einer marxistisch-revolutionären Organisation innerhalb der spanischen Einwanderergemeinschaft formuliert:

> Der Aufbau einer m[arxistisch]-r[evolutionären] Organisation innerhalb der spanischen Einwanderergemeinschaft ist ein unbestreitbares Bedürfnis und eine der Aufgaben, an welcher wir beteiligt sind und für die wir uns verantwortlich fühlen. Der Aufbau einer m[arxistisch]-r[evolutionären] Organisation unter spanischen Einwanderern in der Schweiz im Rahmen der IV [Internationale], das heisst, mit der Sektion dieses Landes stark verbunden, darf also nicht bloss das Resultat einer allgemeinen Fragestellung der Prinzipien sein, die konform mit der Überzeugung der Vorhut sind […], sondern er muss auf einer Taktik

265 Contribución al debate preparatorio de la primera conferencia e. e., 11. Oktober 1975, 5 Seiten, S. 2, SSA Ar 65.12.1, Mappe 1 (Ü. d.A).

266 Vgl. ebd., S. 3.

267 Ebd., S. 4 (Ü. d.A).

> konkreter und kombinierter Handlung beruhen, die konsequent verstanden, assimiliert und verbreitet werden muss.[268]

Die Parteipresse war nebst den Parteikongressen das wichtigste Instrument zur Mobilisierung ihrer Anhängerschaft. Die Nummer 20 von „Rojo", die sich hauptsächlich Francos Tod widmet, behandelt auch das Abkommen zwischen Spanien und der Schweiz über die Rechte der spanischen Arbeiter in der Schweiz – das Recht, in einen anderen Kanton zu ziehen oder den Beruf zu wechseln für jene Gastarbeiter mit einer Jahresaufenthaltsbewilligung und den Anspruch auf eine Jahresaufenthaltsbewilligung für Saisonniers, die 36 Monate lang in den vergangenen vier Saisons gearbeitet haben.[269] Der Text tadelt sowohl das spanische Auswanderungsinstitut als franquistische Institution,[270] welche nicht in der Lage sei, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, wie auch den schweizerischen Arbeitgeberverband. Der Artikel beinhaltet einen Aufruf zum Kampf um die Anerkennung der RML als legitime Vertretung und direkten Verhandlungspartner mit den Schweizer Behörden und desavouiert dabei das IEE.

Selbst die wichtigsten antifranquistischen Oppositionsparteien konnten nicht mit der Billigung durch die RML rechnen. Die Trotzkisten erkannten zwar die Rolle der spanischen Sozialisten in der Zweiten Republik an, lehnten jedoch die PSOE grundsätzlich ab.

> Die PSOE, wichtigster Sprecher der Sozialdemokratie in unserem Lande, […] hat – das kann man sehr wohl sagen – jegliche Chance verloren, eine ähnliche Rolle wie vor 1936 zu spielen. Die Jahre der Illegalität haben dieser Organisation, deren politisches und organisatorisches Leben ausgerechnet auf dem offenen Funktionieren ihrer gewerkschaftlichen und wahlorientierten Maschinerie fusste, stark geschadet. Genau wie in der europäischen Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg war die Zukunft der PSOE darauf fokussiert, sich als blutigen Verteidiger des bourgeoisen ‚Arbeitsfriedens' in einer parlamentarischen Demokratie zu behaupten (ihre Garantie innerhalb der Arbeiterklasse); doch die Diktatur hinderte sie daran, diese Rolle zu spielen.[271]

Die negativen Aussichten, die die RML für die PSOE voraussagte, waren durch die parteiinterne Krise, welche die PSOE Anfang der siebziger Jahre heimsuchte, motiviert.[272] Der Argwohn gegen die PCE reflektierte die typische trotzkistische antisowjetische Kritik, welche die Abspaltung vom POP verursacht hatte. Ferner erinnerte er auch an die Kritik des Eurokommunismus als Annäherung an die Sozialdemokratie und deshalb auch an die Bourgeoisie. Paradoxerweise kann der noch so

268 Texto-discusión preparatorio para la conferencia, 6 Seiten, o. D., SSA Ar 65.12.1, Mappe 1 (Ü. d. A.).
269 Vgl. acuerdo hispano-suizo, in: Rojo, Nr. 20, November–Dezember 1975.
270 Zur Geschichte des IEE siehe Calvo Salgado et al., Historia del Instituto Español de Emigración.
271 Proyecto de resolución política para la Conf., o. D., S. 13, SSA Ar 65.12.1, Mappe 1 (Ü. d. A.).
272 Vgl. Mateos, El PSOE contra Franco, S. 433–455.

dämonisierte Eurokommunismus als eine Antwort der PCE auf die Ereignisse im Pariser Mai und auf die Besetzung der Tschechoslowakei durch sowjetische Truppen verstanden werden.[273]

> Was die PCE betrifft [...], so ist eine ihrer essentiellen Eigenschaften ihre politische Abhängigkeit in Bezug auf die Bürokratie der UdSSR. Die Strategie der ‚friedlichen Koexistenz', die als konservative Politik der besagten Bürokratie definiert wird (und die diametral zur marxistischen Praxis des proletarischen Internationalismus steht) impliziert die Beibehaltung eines weltweiten Status quo; dies übersetzt sich wiederum in eine Einschränkung der Strategie jeder Kommunistischen Partei in den kapitalistischen Ländern, damit der Status quo zwischen der kapitalistischen Welt und dem Sozialistischen Block nicht gefährdet wird.[274]

Seit ihrem Bestehen setzte die Rhetorik der RML alles daran, ihre Unterschiede zur traditionellen Linken, die oftmals als Kollaborateurin der Bourgeoisie diskreditiert wurde, zu betonen. Aber inwiefern behauptete diese junge Partei, eine Alternative zur traditionellen Linken zu sein und welche Strategien schlug sie vor? Die Monografie „Spanien nach Burgos" zeichnet eine Zwischenbilanz der Situation des Regimes und schlägt Kampfstrategien im Hinblick auf dessen Ende vor. Dem spanischen Bürgerkrieg wurde dabei eine fundamentale Rolle zugemessen, denn die Autoren verweisen öfters auf dieses Kapitel in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Dabei verliehen sie dem Bürgerkrieg den Status einer Inspiration für den Kampf in den siebziger Jahren.

> Der heldenhafte Kampf der spanischen Arbeiterklasse und Bauern ist der letzte Kampf gewesen, der in Europa eine starke internationalistische Solidaritätsbewegung auslöste. Selbst aus dem faschistischen Deutschland fanden sich Leute ein, um die sozialistische Revolution in Spanien zu verteidigen, und noch einmal zu versuchen, die braunen Lösungen abzuwenden. [...] Die Erziehung der folgenden Arbeitergenerationen in Europa fiel in die Jahre des kapitalistischen Nachkriegsaufstiegs und in den kalten Krieg. [...] Dagegen überlebte aber der spanische Faschismus mit General Franco den Krieg. An einem der wirtschaftlich und sozial schwächsten Punkte Europas konnte man es sich nicht leisten, zur bürgerlich-demokratischen Tagesordnung überzugehen. Der Franquismus wurde zwar seiner Bandenhaftigkeit entledigt, es blieb aber die alles zerdrückende Diktatur. Doch Spaniens Arbeiter schliessen wieder an die Kämpfe der 30er Jahre an. Seit Mitte der 60er Jahre brechen immer breitere Massenkämpfe aus. Die Politisierung der Bewegung geht äusserst schnell vorwärts. Eine breite Arbeitervorhut bildet sich, die an die Seite der Forderung ‚Gegen die Diktatur' den Kampf für den Sozialismus stellt.[275]

Der Text fährt weiter und erkennt, dass die repressiven Massnahmen von 1969 (Ausruf des Ausnahmezustandes in ganz Spanien) und 1970 (Prozess von Burgos) entgegen ihrer ursprünglichen Absichten die Arbeiterbewegung sogar gestärkt hätten. Die

273 Vgl. Perfecto García/García Martín, „Nuestra Bandera"..., S. 227ff.

274 Proyecto de resolución política para la Conf., op. cit., S. 13 (Ü. d.A, Hervorhebung im Original).

275 RML, Spanien nach Burgos, S. 6f.

Arbeiter hätten somit gelernt, wirtschaftliche Forderungen mit solchen politisch-demokratischer Natur zu verbinden.

> Die Franco-Diktatur kann sich nicht unter dem Druck der Massen in eine bürgerliche Demokratie verwandeln. Sie muss mit einer direkten revolutionären Massenaktion gestürzt werden. Und wenn dieser revolutionäre Angriff auf die Macht mit dem Kampf für die elementarsten ökonomischen und demokratischen Forderungen beginnt, wird er sich unvermeidlich in einen Prozess permanenter Revolution verwandeln, der nicht etwa die Konsolidierung irgendeiner konstitutionellen [sic!] Monarchie oder liberalen Republik auf die Tagesordnung setzt, sondern die Schaffung einer sozialistischen Räte-Demokratie.[276]

Der internationale Kontext Europas am Anfang der siebziger Jahre sei für die Schaffung einer sozialistischen Räterepublik viel günstiger als in den dreißiger Jahren. Die Situation im Baskenland ist ein weiteres wichtiges, wiederkehrendes Thema dieser Monografie. Besonders deutlich unterstrichen wird der Kampf um die Selbstbestimmung des baskischen Volkes und die Notwendigkeit, aus diesem Kampf eine Forderung des gesamten spanischen Proletariates zu machen. Für die Befreiung des baskischen Volkes sei es notwendig, gegen die Unterdrückung aller spanischen Arbeiter zu kämpfen.[277]

Im September 1973 wurde das spanischsprachige Bulletin „Rojo" lanciert. Wie bereits angesprochen, thematisierte die erste Nummer die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Franco-Regime. Das Attentat auf den Ministerpräsidenten Admiral Carrero Blanco im Dezember 1973 wurde von der RML begrüßt und veranlasste sie dazu, eine Bilanz der Situation des Regimes zu ziehen. Mit schwarzem Humor geladene Ambiguitäten traten dabei oft zutage, wie etwa der Titel eines Artikels aus derselben Ausgabe zeigt: „Der unwiderstehliche Aufstieg des Carrero Blanco"[278]. Der Leitartikel der Doppelnummer 3 und 4 von „Rojo" endet mit den Worten: „Der Gewalt, mit der die Bourgeoisie auf die Forderungen der Arbeiterschaft antworten wird, kann man nicht anders entgegnen als mit Gewalt."[279] Für die Trotzkisten war die Ermordung des Ministerpräsidenten ein monumentales Ereignis, das von der Arbeiterbewegung genutzt werden sollte, um sich in Versammlungen, Streiks, Demonstrationen und Fabrikbesetzungen zu mobilisieren. Carrero Blanco galt auch für sie als Garant der franquistischen Kontinuität unter dem Mantel

276 Ebd., S. 17.

277 Ebd., S. 28.

278 Die Ambiguität liegt hier darin, dass man unter „Aufstieg" auch „Himmelfahrt" verstehen kann. Beim Attentat wurde nämlich das Auto des Ministerpräsidenten mehrere Meter in die Luft geschleudert, flog über eine Häuserzeile und landete auf einem Balkon des zweiten Stockwerks im Innenhof eines angrenzenden Klosters. Das Autowrack wurde erst Stunden später entdeckt. Vgl. Schmidt, Diktatur und Demokratie, S. 476f. Zu den Witzen, welche in Spanien über das Attentat erzählt wurden, siehe Pi-Sunyer, Political Humor in a Dictatorial State, S. 186.

279 Abajo el gobierno Arias Navarro!, in: Rojo, Nr. 3–4, 20. Januar 1974 (Ü. d. A.).

der Monarchie und „als einziger, der in der Lage gewesen wäre, den Generalissimus zu begraben und den grössten Konsens unter den Cliquen und den Clans des Franquismus um die Monarchie zu erreichen".

Der Aufruf zum Protest gegen die Repression in Spanien war in den Aktivitäten und den Texten der RML konstant vertreten. In einem „absolut vertraulichen Zirkular" informierte das Nationalsekretariat im November 1973 über die Zerschlagung des zentralen Propagandaapparates der LCR in Spanien und wies dabei auf ein offizielles Pressecommuniqué der franquistischen Polizei hin, das in der „Vanguardia Española" erschienen war. „Wir müssen eine Antwort auf den Angriff des Regimes gegen eine der wichtigsten revolutionären Organisationen Spaniens geben"[280], heißt es im Dokument. Weiter wird eine Liste repressiver Maßnahmen aufgeführt wie der Prozess 1001 gegen die CCOO, der Strafprozess gegen Streikende in El Ferrol, gegen die „Expropriateure" des MIL, die außerordentliche Aufstockung des Polizei-Budgets, die Unterwanderung von Polizeibeamten in Zivil in studentischen Kreisen und die Einführung neuer Artikel ins Strafgesetzbuch in der Absicht, die Prozesse gegen revolutionäre Aktivisten an die militärische Jurisdiktion zu delegieren. Das Dokument formuliert ferner eine Reihe neuer Devisen wie „Auflösung der Policía Armada, der Brigade für Politisch-Soziales und der Guardia Civil!", „Auflösung der Gerichte für öffentliche Ordnung!", „Entlassung sämtlicher politischer Gefangenen!", „Solidarität mit der LCR!" und „nieder mit der Mörderdiktatur!". Hier wird der transnationale Aspekt des antifranquistischen Engagements seitens der Schweizer Trotzkisten besonders deutlich, denn die politische Grenze zwischen Spanien und der Schweiz wird aufgehoben, indem Devisen gegen den spanischen Staat an eine Anhängerschaft von in der Schweiz lebenden Spaniern diktiert werden.

Dieselbe „Rojo"-Nummer, die den Mord des Ministerpräsidenten kommentierte, widmete dem Todesurteil gegen Salvador Puig Antich,[281] einem Mitglied des anarchistischen *Movimiento Ibérico de Liberación* (MIL), eine ganze Seite und verunglimpfte dabei das Sektenwesen der PCE und ihre Konzentration auf den Prozess 1001. Die spanischen Kommunisten hätten so den Prozess gegen die MIL-Aktivisten vollkommen verdrängt. Kommunistische Kader in der Schweiz hätten sich sogar geweigert, den MIL zu unterstützen, „von dem niemand jemals etwas darüber gehört habe" oder „der ja nicht einmal zur Arbeiterbewegung gehört".[282] Trotz der Maxime, auf die Gewalt

280 Absolut internes Zirkular, 8. November 1973, 3 Seiten, SSA Ar 65.12.1, Mappe 1.

281 Der Fall Puig Antich wird weiter unten im Unterkapitel 5.3. ausführlicher behandelt.

282 ¡salvemos a puig-antich!, in: Rojo, Nr. 3–4, 20. Januar 1974 (Ü. d. A.). Die Schweizer Solidaritätsbewegung zugunsten Puig Antichs hielt sich tatsächlich in Grenzen. Nach dessen Hinrichtung am 2. März 1974 wurden selbstkritische Stimmen laut, welche zugaben, nicht mit genügend Energie mobilisiert zu haben. Siehe Prieto, Militärprozesse und Hinrichtungen…, S. 93. Auch das Engagement der spanischen Linken kann als ungenügend bewertet werden;

mit Gewalt zu antworten, verurteilte die RML den Sprengstoffanschlag auf das spanische Generalkonsulat in Zürich, der von einer Gruppe junger Zürcher Anarchisten verübt wurde und vom Parteiblatt als „verantwortungslose und abenteuerliche Handlung" bezeichnet wurde, weil dabei hauptsächlich das im Erdgeschoss gelegene Postamt und nicht das eigentliche Konsulat betroffen war.[283]

Die darauffolgende Nummer von „Rojo" war der Hinrichtung des katalanischen Anarchisten gewidmet. Der Leitartikel griff die zynische Rede des spanischen Ministerpräsidenten, des „ersten Polizisten des Reiches" auf, in der er eine politische Öffnung andeutete, und reihte das Staatsverbrechen in eine Liste von Hinrichtungen und Ermordungen ein wie diejenigen des Kommunisten Julián Grimau, des Studenten Enrique Ruano und vieler anderer.[284] Der Text nimmt ferner die Kritik an der Passivität der PCE und der ausgebliebenen Mobilisierung gegen die Hinrichtung wieder auf.[285] In einem weiteren Artikel derselben Nummer werden die Demonstrationen aufgezählt, die in unterschiedlichen Schweizer Städten stattfanden. Die Unterdrückung und die Todesurteile inspirierten auch die Nummer vom 1. Mai, die über weitere unmittelbar bevorstehende Gerichtsverfahren gegen Militante der MIL, FRAP, ETA, Herriko Batasuno und einige Streikende berichtete.[286]

In demselben Jahr erließ das Nationalsekretariat der RML ein weiteres Zirkular mit weiteren Forderungen gegen die Repression. Angesichts der Entwicklung des Arbeiterkampfes in Frankreich nach dem Mai 1968 und des „heissen Herbsts" in Italien wurde Spanien als „schwaches Glied Europas" bezeichnet.[287] Das Zirkular bezweckte, bestimmte Devisen im Hinblick auf eine bevorstehende Kampagne gegen die Repression des Regimes zu verbreiten. Dabei unterstrich man explizit die Notwendigkeit, alte Brutalitätsvorwürfe durch Parolen zu ersetzen, welche die Dämmerung der Diktatur stärker hervorheben. Besonders deutlich in die agitatorische Rhetorik der jungen Trotzkisten reihen sich auch die Sprechchöre, die an der Zürcher 1. Mai-Demonstration von 1975 skandiert wurden, an welcher neben RML-Militanten auch andere neulinke Gruppierungen teilnahmen:

> Vietnam isch frei
> Kambodscha isch frei
> Spanie isch de nächschti Domino-Stei…[288]

---

dabei war wohl die Zugehörigkeit des Verurteilten zu einer unbekannten Gruppe der Grund für die Passivität. Siehe Tusell/Queipo de Llano, Tiempo de incertidumbre, S. 74–77.

283 La solidaridad en Suiza, in: Rojo, Nr. 3–4, 20. Januar 1974 (Ü. d. A.).

284 Todos somos Salvador Puig Antich, in: Rojo, Nr. 5, 15. März 1974.

285 Ebd.

286 Vgl. Nuevas penas de muerte, in: Rojo, Nr. 6, 1. Mai 1974.

287 Internes Zirkular, Nr. 11, 24. Oktober 1974, 3 Seiten, SSA Ar 65.12.1, Mappe 1.

288 Gesamtbericht über die 1. Mai-Feiern in Zürich, KKIII an die SBA, Zürich, 2. Mai 1975, SSA Ar 47.100.1, S. 3.

Kurz nach den letzten Hinrichtungen der Diktatur im September 1975 verbreitete die RML ein internes Zirkular, das in sämtlichen Zellen diskutiert werden sollte.[289] Drei Punkte werden darin unterstrichen: Erstens: Die repressive Natur des Franquismus trotz der vielversprechenden und liberalisierenden Töne am Anfang von Arias Navarros Amtszeit würde auf die Notwendigkeit hinweisen, sich gegen die Todesurteile und für die Befreiung der politischen Gefangenen zu mobilisieren. Zweitens: Die Schweizer Bourgeoisie habe nachgeben und sich dem internationalen Protest anschließen müssen, allerdings motiviert durch den Drang, die wirtschaftlichen Beziehungen zum Gemeinsamen Markt nicht zu gefährden. Da der spanische Kapitalismus nicht dem europäischen gewachsen sei, würden die europäischen Bourgeoisien einen politischen Wandel fördern. Drittens: Die effizienteste Waffe sowohl im politischen Kampf als auch für wirtschaftliche Forderungen sei der Generalstreik. Die RML pocht auf dieses Instrument und widersetzt sich den Perspektiven der PCE und der PSOE im Hinblick auf eine nationale Versöhnung. Außerdem kritisiert die Liga die widersprüchliche Strategie der PCE, die Massen im Baskenland zu mobilisieren und sie in Barcelona im Zaum halten zu wollen.[290]

Auch die zweite Nummer von „Espagne Socialiste!“ setzte sich mit den letzten Hinrichtungen auseinander und verfolgt dieselbe Linie gegen die kapitalistischen Regierungen wie im oben erwähnten Zirkular. Die Genfer Straßendemonstration, an der 5000 Personen teilnahmen und bei welcher es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, die zum Schutze des spanischen Konsulates mobilisiert wurde, wird hier ebenfalls kommentiert.[291] In derselben Ausgabe wurde die Thematik der Schweizer Waffenausfuhr erneut aufgerollt und zwar in einem Artikel mit dem Titel „Suisse complice des bourreaux franquistes“. Das trotzkistische Blatt warf zudem den Schweizer Gewerkschaften Passivität vor, weil sie sich nicht dem Embargo anschließen wollten, das von den italienischen und französischen Gewerkschaften unterstützt wurde.[292]

Als Reaktion auf die Septemberhinrichtungen erschien auch eine Sondernummer der RML-Jugendzeitung „maulwurf“, in welcher die Vorkommnisse in Spanien, aber auch die Geschichte der Diktatur sowie eine genaue Aufzählung der Solidaritätskundgebungen in Schweizer Städten und in europäischen Metropolen geliefert wird. Ein besonderes Augenmerk wird vor dem Hintergrund des Adressatenkreises der Zeitung auf die Protestaktivitäten von Schülern gesetzt:

> In GENF streikten am Tage nach der Erschiessung der fünf Verurteilten 600 Schüler und zogen zur Kathedrale, um sich den Besetzern derselben anzuschliessen. Mit einer Kundgebung von gegen 200 Schülern zogen sie tags darauf zum Justizdepartement, um gegen

289 RML intern, Oktober 1975, 3 Seiten, SSA Ar 65.12.1, Mappe 1.

290 Vgl. ebd., S. 2.

291 A propos de la manifestation de Genève…, in: Espagne Socialiste!, Nr. 2, Oktober 1975.

292 Suisse complice des bourreaux franquistes, in: Espagne socialiste!, Nr. 2, Oktober 1975.

> die Inhaftierung von Demonstranten zu protestieren, die anlässlich der grossen Demonstration verhaftet worden waren.[293]

Der „maulwurf“ fährt fort mit einer Aufzählung erfolgreicher internationaler Solidaritätsaktionen. Dazu gehören die Begnadigungen im Burgos-Prozess von 1970 sowie jene der sechs von ursprünglich elf zum Tode Verurteilten im September 1975. Die jungen Trotzkisten sparten mit ihrer Kritik auch nicht die Schweizer Unternehmer aus: „Viele der grossen Schweizer Unternehmen haben auch in Spanien Filialen. Spanien ist ein beliebtes Land für Investitionen wegen der tiefen Löhne, wegen des Streikverbotes. Nach den USA ist die Schweiz dasjenige Land, das am meisten Geld in Spanien investiert hat.“[294]

Der „maulwurf“ animierte die Leser dazu, den Protest auch in die Schule zu bringen und forderte dazu auf, Spanien als Diskussionspunkt im Unterricht zu thematisieren und eventuell „einen Vertreter des lokalen Spanien-Komitees ein[zu]laden“.[295] Zudem wird explizit auf den Dokumentarfilm *Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg* hingewiesen, der 1973 vom Schweizer Regisseur Richard Dindo konzipiert und in der Schweizer Öffentlichkeit eine heftige Kontroverse hervorrief.[296] Darauf kommt das Jugendblatt auf die Ursprünge der spanischen Diktatur zu sprechen, das heißt, den eigentlichen Bürgerkrieg. Kaum anders als in der Rhetorik der RML wird die Rolle der PCE im spanischen Bürgerkrieg schärfstens kritisiert.[297] Die Sonderausgabe endet mit programmatischen Gedanken über das nahe Ende des Regimes. Interessant ist hier der Vergleich mit Portugal, das sich vor mehr als einem Jahr in der friedlichen Nelkenrevolution der Diktatur Marcelo Caetanos entledigt hatte. Angesprochen wird hier die *Unión Militar Democrática*, eine oppositionelle Gruppierung innerhalb der spanischen Armee, die sich für die Demokratisierung der Armee und das Ende des Regimes einsetzte:

> Insbesondere die Entstehung eines ersten Oppositionsherdes innerhalb der spanischen Armee hat der Illusion, Spanien werde auch durch einen Spinola vom Franco-Regime befreit, Auftrieb gegeben. Aber trotz aller Opposition ist die spanische Armee nicht die portugiesische. Nicht nur kannte sie nicht die demoralisierende und radikalisierende Erfahrung der Niederlagen in Angola, Moçambique und Guinea-Bissao: Die spanische Armee ist in der Tradition des Bürgerkrieges 1936–1939 aufgebaut worden.[298]

293 Spanien. Solidarität! Auch an den Schulen…, maulwurf, o. D. [Herbst 1975] (Hervorhebung im Original).

294 Ebd., S. 5 (Hervorhebung im Original).

295 Ebd.

296 Über die Bedeutung dieses Filmes siehe Weber, Die Rehabilitierung der Spanienfreiwilligen…, S. 43–48.

297 Vgl. Spanien. Solidarität! Auch an den Schulen…, maulwurf, o. D. [Herbst 1975], S. 6.

298 Ebd., S. 10 (Hervorhebung im Original).

Man stellt also fest, dass in der Jugendzeitung dieselben Argumente und Aufrufe auftauchen wie im offiziellen Parteiorgan, dessen Leserschaft sich altersmäßig nur um wenige Jahre von derjenigen des „maulwurfs“ unterschied. Angestrebt wurden hier eine Politisierung der Gymnasiasten und eine Sensibilisierung für die Spanien-Thematik.

General Franco starb etwa zwei Monate nach den Septembererschießungen, nach einem langen Todeskampf. „Rojo“ feierte den Abgang des Diktators mit Glanz und Gloria:

> Das Verhängnis, das Francos Tod für die im Schatten des Diktators gediehene herrschende Klasse bedeutet, kann nur mit dem unmessbaren Freudenausbruch verglichen werden, mit welchem wir Arbeiter und das spanische Arbeitervolk diese Nachricht feiern werden.[299]

Der Leitartikel fährt mit starkem Argwohn gegenüber dem bereits inthronisierten König Juan Carlos weiter, der als Fortsetzer der Diktatur bezeichnet wird, und gegenüber Innenminister Fraga Iribarne und seinen Reformvorschlägen. Auch in diesem Fall wurde nicht an Kritik gegen PCE und PSOE gespart, die laut „Rojo“ der Anpassung an die „durch die Bourgeoisie auferlegten miserablen Bedingungen“ schuldig waren.

Im darauffolgenden Artikel wurde der verbale Angriff auf Juan Carlos noch stärker akzentuiert, indem er als „geistig zurückgeblieben“ bezeichnet wurde und man ihm die Spitznamen „Francarlos“ und „franquistisches Königlein“ gab.[300] Einige Monate nach Francos Tod brachte die RML ein neues Zirkular über die Kampagne in Spanien in Umlauf, das an die Gemeinschaft spanischer Migranten gerichtet war. In diesem Dokument werden wichtige Unterschiede zwischen der Phase vor Francos Tod und derjenigen danach hervorgehoben.

> Die Periode Francos Tod/Inthronisation von Marionette/Bildung der Regierung Arias-Fraga und ihre ersten Massnahmen haben die allgemeinen Bedingungen für eine Solidaritätskampagne verwandelt. Der erste Unterschied zur vorherigen Periode besteht darin, dass es sich dabei nicht mehr um eine rein antirepressive Kampagne handelt und um grosse prozesse oder todesstrafen strukturiert ist…, das heisst, um Ziele, die einen defensiven Charakter (oder vielleicht selbstdefensiv) in Bezug auf Angriffe auf die Diktatur aufweisen. Seit der neuen Periode hat die antirepressive Komponente eine geringere Dimension angenommen (die Möglichkeit neuer Hinrichtungen oder exemplarischer Gerichtsverfahren nach dem Vorbild von [Eva] Forest etc… wird kurzfristig ausgeschlossen) und sie nimmt jedenfalls einen weniger defensiven Charakter und <u>einen offensiveren und politischeren</u> an; dies ist <u>alles</u> Unterschied zwischen der Denunziation eines Prozesses… und dem Ziel, die Gefängnisse zu <u>ÖFFNEN</u> und die politischen Gefangenen <u>FREIZULASSEN</u> etc. Dies ist letzten Endes die gesamte Problematik einer Kampagne für die AMNESTIE und für die LIQUIDIERUNG DER DIKTATUR, WAS AN DER TAGESORDNUNG IST.[301]

---

299 por fin: franco muerto, in: Rojo, Nr. 20, November–Dezember 1975 (Ü. d. A.).
300 Ebd., S. 4 (Ü. d.A).
301 CIRCULAR CEE, Sobre la Campaña España, 22. Januar 1976, 2 Seiten, SSA Ar 65.12.1, Mappe 1 (Ü. d. A., Hervorhebung im Original).

Das Zirkular beharrte ferner auf der effektiven Liquidierung der Diktatur und der Notwendigkeit, ein Komitee zu gründen, das in der Schweiz lebende spanische Flüchtlinge und Persönlichkeiten aus der Schweizer Linken unter einen Hut bringen sollte. In der Märznummer von „La Brèche" wurde eine Verzögerung in der Solidaritätskampagne mit dem spanischen Volk kritisiert, wobei die Gründung des *Comité de réfugiés politiques et ex-prisionniers pour l'amnistie en Espagne* bekanntgegeben wurde, das ein breites Spektrum linkspolitischer Organisationen aus der Schweiz umfasste, darunter auch in der Schweiz tätige spanische und italienische Gruppierungen. Das erste Ziel des Komitees bestand darin, bis zum 1. Mai 30.000 Unterschriften für eine Petition zu sammeln, welche die Freilassung sämtlicher politischer Gefangener fordern sollte.[302]

Anfang 1976 wurde der Druck von „Rojo" und „Espagne Socialiste!" eingestellt. Zudem erlitt die spanische Thematik einen starken Rückgang auch in „La Brèche". In einem Bericht über die Lage der RML-Presse aus demselben Jahr wurde auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, den Erscheinungsrhythmus von „Espagne Socialiste!" auf monatlich oder zumindest auf alle sechs Wochen zu steigern und das Blatt den unterschiedlichen Strömungen der spanischen Arbeiterbewegung zu öffnen. Daneben wurden auch Zweifel an dessen Nutzung und Qualität laut.[303] Die Krise der Schweizer Presse würde allerdings auch jene der RML heimsuchen. Ende 1975 stellte man bei „La Brèche" gegenüber dem Vorjahr einen Verkaufsrückgang von 24% bei Nicht-Militanten und von 33% bei Militanten fest; die Anzahl regelmäßiger Leser wurde somit auf bloß 1500 geschätzt.[304]

Es erscheint seltsam, dass eine derart dynamische und radikale Bewegung ihr Engagement gegen die Diktatur bereits im Jahre 1976 einstellte, als der spanische Staat immer noch die alten Repressionsstrukturen aufrechterhielt wie das TOP. Doch selbst wenn das Engagement der RML vor Radikalismus triefte, muss man betonen, dass dieses eher durch seinen rhetorischen, theoretischen, didaktischen, intellektuellen und nicht selten elitären Aspekt charakterisiert war als durch seine Leichtigkeit, die Massen anzuziehen. Zudem war die RML unter den jüngsten Sternen am linken Firmament diejenige Organisation mit den striktesten Strukturen und Hierarchien; ein Aspekt der stark im Widerspruch zum Antiautoritarismus der Protestbewegung von 1968 stand und der eine deutliche Analogie zu den traditionellen kommunistischen Parteien der Zwischenkriegszeit aufweist.[305] Die geringe Zahl von 500 Militanten und ebenso vielen Sympathisanten, Zahlen die man allerdings erst im Jahre 1978 erreichen sollte,[306] und die ebenso bescheidene Auflage ihrer Presse lässt deutlich darauf schließen, dass

302 La Brèche, Nr. 131, 5. März 1976, S. 18.

303 Unser Presse- und Publikationswesen, o. D. [1976], SSA Ar 65.10.1, Mappe 1, S. 8.

304 Vgl. Challand, La Ligue marxiste révolutionnaire…, S. 133.

305 Vgl. Pereira, Les vieux habits de la Nouvelle Gauche, S. 180f.

306 Vgl. Challand, La Ligue marxiste révolutionnaire…, S. 184.

die Massendemonstrationen von 1975 nicht ausschließlich das Werk der RML waren, sondern das Resultat einer Mobilisierung seitens einer Linken, die größere Akzeptanz und Konsens genoss.

Die Anwerbungsvorsätze innerhalb der spanischen Migrantengemeinschaft schlugen fehl. Obwohl es bekannt ist, dass in den Reihen dieser linksradikalen Organisation auch Spanier aktiv waren, war deren Anzahl aus folgenden Gründen äußerst gering. Erstens war die Schicht politisierender Spanier sehr schmal, wie in einem internen Dokument der RML selbst eingeräumt wurde. Zweitens waren jene in der Politik tätigen Spanier vor allem durch die Parteien und Organisationen der traditionellen Linken wie PSOE und PCE angezogen. In einem Bericht, der im Hinblick auf den vierten Nationalkongress der RML von 1978 verfasst wurde, blickt man mit einer gewissen Entzauberung nach Spanien. Es wird behauptet, die spanische Bourgeoisie habe die Entwicklung von der Diktatur zu einem „halbwegs demokratischen Regime" möglich gemacht, und das ohne eine revolutionäre Erschütterung, doch bloß dank der Unterstützung von PCE und PSOE.[307]

Die RML wahrte gegenüber der traditionellen Linken, insbesondere gegenüber der PCE, eine mehrdeutige Einstellung, die zwischen der Verachtung und der Notwendigkeit, die gesamte Linke gegen die Diktatur zu mobilisieren, oszillierte. Im kompromisslosen trotzkistischen Engagement[308] kann man, abgesehen von der ideologischen Spaltung, welche die Genese der Partei überhaupt möglich gemacht hatte, auch noch eine generationsbedingte Spaltung erkennen, denn das Durchschnittsalter ihrer Militanten betrug ungefähr 25 Jahre.[309] Die Hinweise auf den spanischen Bürgerkrieg, der lange vor der Geburt der meisten Militanten stattgefunden hatte, erlangt demzufolge weniger eine nostalgische Komponente, sondern vielmehr den Status eines zu emulierenden Präzedenzfalles im Arbeiterkampf, der in der trotzkistischen Rhetorik einen Platz zwischen nachzuahmendem Mythos und Gegenstand akademischer Analyse einnimmt. Der Bürgerkriegskult war zudem ein Phänomen, das in der gesamten schweizerischen Linken präsent war, sowohl in der traditionellen als auch in derjenigen nach 1968.[310]

Das Verschwinden der spanischen Thematik ist vermutlich auf eine Kombination von all diesen Umständen zurückzuführen. Das Spanien von 1976, so weit entfernt es auch von einer „sozialistischen Räterepublik" war, konnte nicht mehr länger das

---

307 Orientierungsbericht für den IV. Kongress der RML/LMR, o. D. [1978], SSA Ar 65.10.1, Mappe 5, S. 1f.

308 Vgl. Tschäni, Parteien, Programme, Parolen, S. 127.

309 Vgl. ebd., S. 123.

310 Auch die jungen Anarchisten aus Zürich identifizierten sich mit den Schweizer antifaschistischen Spanienkämpfern, die im Bürgerkrieg für die Republik gekämpft hatten. Vgl. Prieto López, „El fascismo también nos concierne a nosotros", S. 1171.

Interesse der Schweizer Trotzkisten auf sich ziehen, die ihre propagandistischen Ressourcen zugunsten von unmittelbar bevorstehenden Revolutionen, Umsturzversuchen oder des Kampfes gegen autoritäre Regimes wie etwa in Lateinamerika (Chile, Argentinien) oder in Persien rationieren wollten.

Die Verheißung der Errichtung einer spanischen Sowjetrepublik blieb versagt. Hingegen wurden das Gespenst der Konsolidierung der von General Franco instaurierten Monarchie und das Menetekel der „bourgeoisen Demokratie" zur Wirklichkeit, wie auch der spätere, in den frühen siebziger Jahren noch unerwartete Wahlsieg der PSOE, nachdem sich diese Partei jeglicher marxistischer Spur in ihrem Programm entledigt hatte.[311]

***

Abschließend stellt sich die Frage nach dem Erfolg der antifranquistischen Engagements der RML und des Spanien-Komitees. Die eifrige Staatsschutz-Überwachung beider Kollektive zeigt einerseits, dass sie vom Staat als potenzielle Gefahr eingestuft und entsprechend ernst genommen wurden. Im Falle des Komitees sah man diese in einer Gefährdung der Beziehungen zu Spanien in einer Zeit, als der Zufluss spanischer Gastarbeiter in die Schweiz ein unverzichtbarer Bestandteil der spanisch-schweizerischen Diplomatie war. Aufgrund der Militanz wichtiger Persönlichkeiten der Schweizer Kulturwelt galt eine Diskreditierung des Komitees als schwieriges Unterfangen. In Wirklichkeit sprechen der Rückgang der Teilnehmerzahlen bei Kundgebungen im Falle des Komitees und die Abnahme der Abonnenten im Falle der RML-Presse für eine eher ernüchternde Bilanz. Ihre Bemühungen gewinnen aber dann an Bedeutung, wenn man diese Akteure als Teil einer Zivilgesellschaft versteht, die ihre Stimme gegen den Opportunismus und für die Beachtung der Menschenrechte erhob und auf einer symbolischen Ebene agierte. Paradoxerweise ist zu vermuten, dass Schwarzenbach durch seinen Kampf gegen die Überfremdung und besonders deutlich im hypothetischen Falle einer Annahme der Initiative im Jahre 1970, dem Regime mehr geschadet hätte, als es die beiden linken Kollektive mit ihren antifranquistischen Engagements schafften.

Alle drei Akteure operierten auf einer transnationalen Ebene. Seine führende Stellung im CEDI, seine Kontakte zu rechtsradikalen Persönlichkeiten, insbesondere zu ehemaligen und späteren Franco-Ministern, und sein Bemühen um die deutschsprachige Verbreitung antikommunistischer Texte zeigen eine ausgesprochen transnationale Seite des Nationalisten Schwarzenbachs. Das Spanien-Komitee verstand sich seit seiner Gründung als Sektion der „Internationalen Konferenz für politische Amnestie in Spanien" als eine Vereinigung, die in ihren Solidaritätsaktivitäten nicht

311 Vgl. Mateos, Una transición dentro de la transición, S. 231f.; Mateos López, La transición del PSOE, S. 294–296.

nur unbegrenzte, sondern sogar universelle Menschlichkeitsforderungen vertrat. Im Falle der RML war die Zusammenarbeit mit der spanischen Schwesterpartei LCR-ETA VI ausgesprochen wichtig und letzten Endes charakteristisch für den Trotzkismus. Selbst wenn sich diese auf den propagandistischen Bereich beschränkte, kann man darin eine gewisse Regelmäßigkeit, Beständigkeit und Entschlossenheit bei der Unterstützung ihrer spanischen Weltanschauungsgenossen feststellen. Wie keine andere schweizerische Linkspartei schrieb sich die RML den antifranquistischen Kampf auf die Fahne.

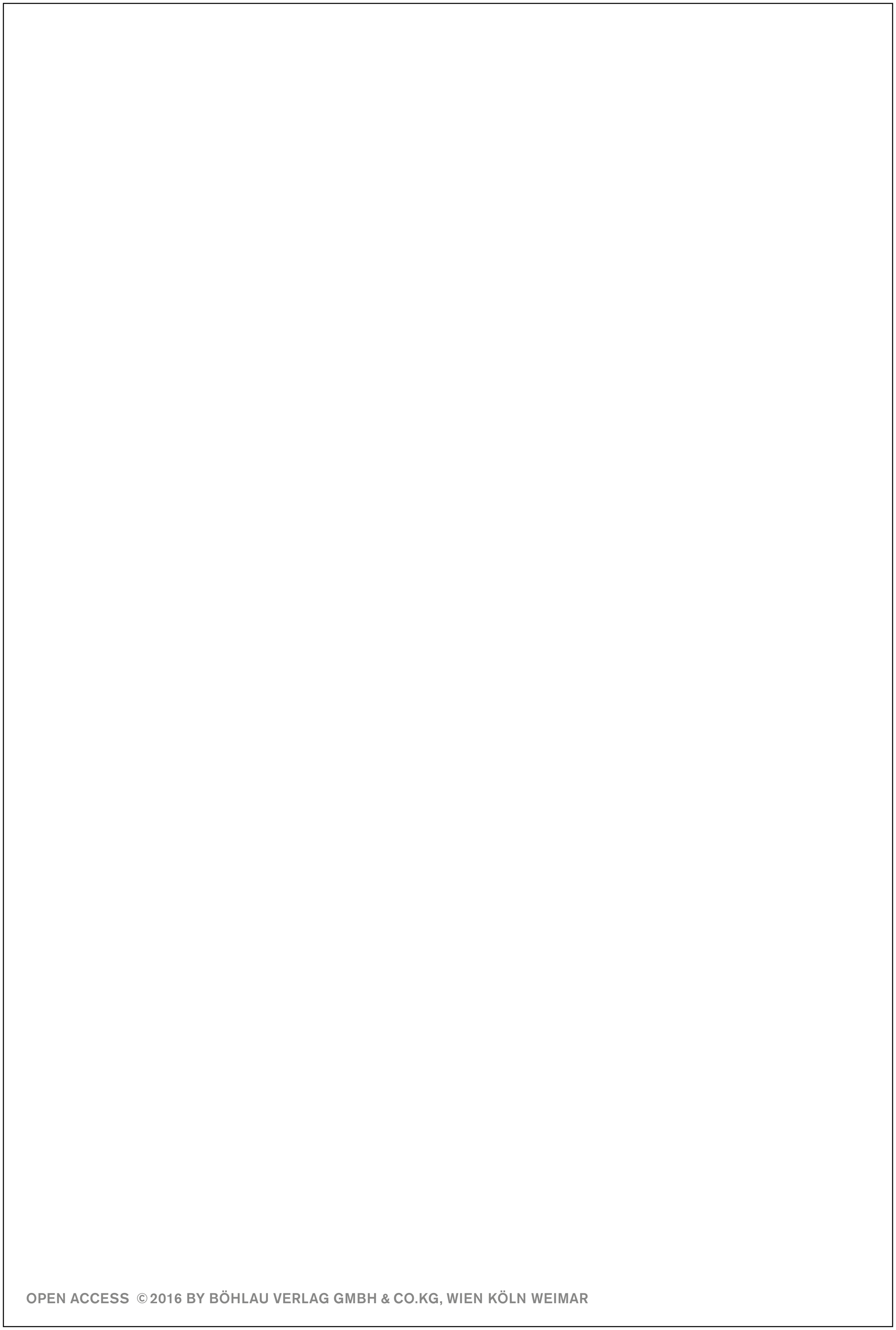
Als Überführung in den zweiten Teil dieser Abhandlung lassen sich einige Überlegungen zur Rolle der Medien bei den jeweiligen Akteuren anstellen. Die RML-Presse war aufgrund der linguistischen Diversifikation, in Bezug auf den generations- und milieutypologischen Adressatenkreis eine Stärke der Organisation. „La Brèche", erstes Bulletin der RML, überlebte sogar die Aufhebung der Partei um drei Jahre und wurde erst 1994 eingestellt.[312] James Schwarzenbach verteidigte vehement das spanische Regime in sporadischen Artikeln und als Vertreter einer schwachen Presse attackierte er immer wieder die etablierten Zeitungen und die Monopolmedien, die sich seinen politischen Absichten und seiner Weltanschauung in den Weg stellten. Als wichtiger Partner, der dem Spanien-Komitee zu weiterer Publizität verhalf, sind neben einigen Printmedien allen voran das Schweizer Fernsehen zu nennen. Seit 1969, dem Jahr als Dario Robbiani die Zügel der „Tagesschau" übernahm, bis zur Auflösung des Komitees Ende 1977 wurden seine Aktivitäten mindestens fünf Mal durch die „Tagesschau" aufgefangen und landesweit ausgestrahlt. Dies kam dem Komitee zugute, zumal es über kein eigenes Bulletin verfügte und selbst die sozialdemokratische Presse kein ausgesprochenes Interesse daran bekundete.

Diese besonderen Arten von Umgang mit den Medien artikulierten sich nicht zuletzt in einer Zeit, als diese nach dem Zweiten Weltkrieg ihre alte Freiheit zurückerlangt hatten. Auf einer globalen Skala betrachteten nun zahlreiche Initiativen die Presse als Garantin der Demokratie.[313] Allerdings stellte der Kontext des Kalten Krieges die schweizerische Medienlandschaft vor neue Herausforderungen und Einschränkungen, von denen sie sich allmählich lösen sollte. Presse, Radio und etwas später auch Fernsehen sollten nicht bloße Übermittler von Werten und Botschaften bleiben, sondern selbst Protagonisten eines Wandels werden und gleichzeitig durch die Gesellschaft verändert werden, die sie abbildeten.

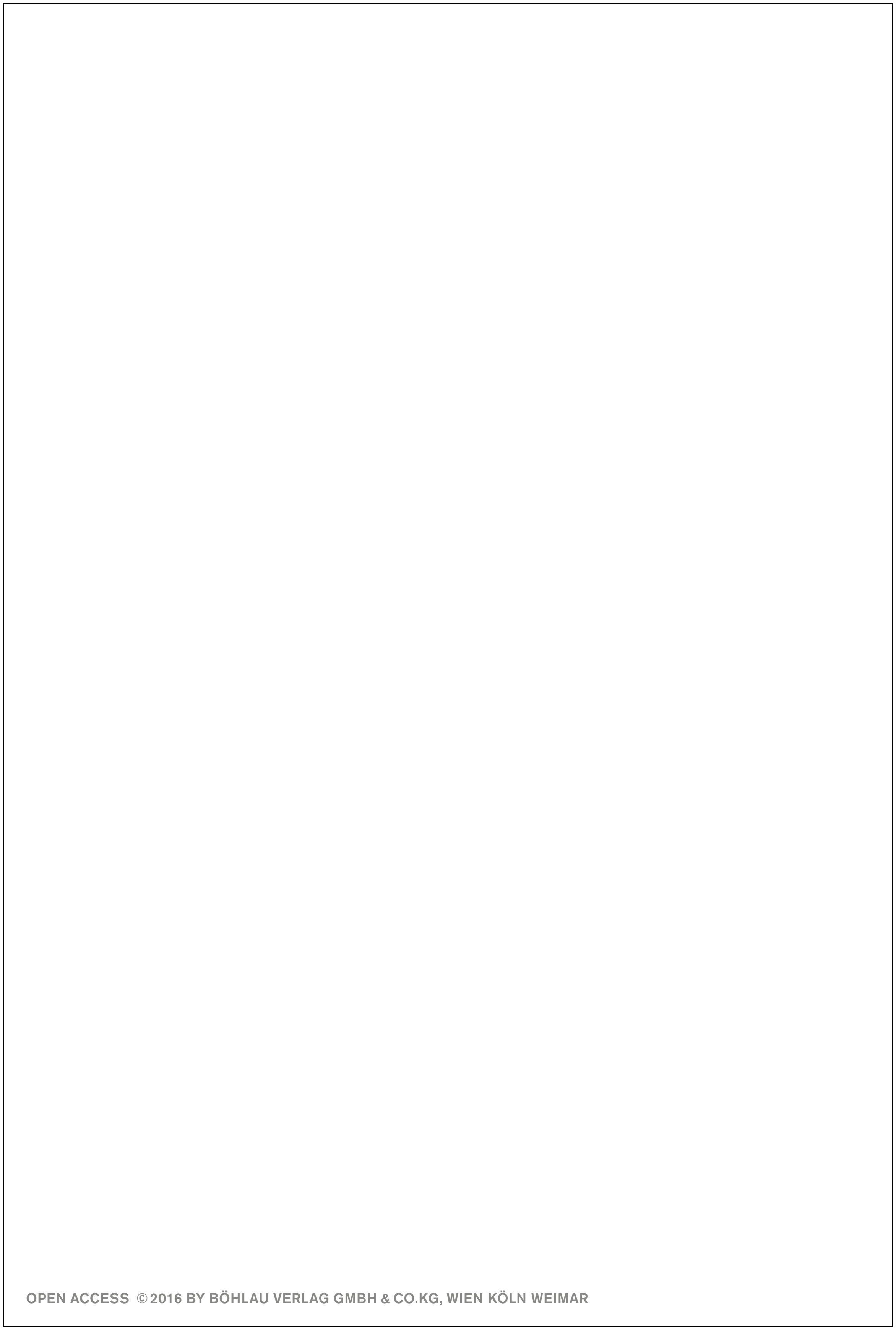
---

312 Vgl. Degen, Sozialistische Arbeiterpartei (SAP).

313 Vgl. Keane, Global Publics? S. 304.



Teil II: Medien und mediale Wahrnehmung



4. Die Schweizer Medienlandschaft im Kalten Krieg

Medien wird oft die Rolle einer „vierten Gewalt“ zugeschrieben, genauer – neben der Exekutive, der Legislative und der Judikative – einer „kontrollierenden“ Gewalt.[1] Dies trifft bei allen Staatsformen zu, die eine solche Dreiteilung der Staatsgewalten kennen.[2] Medien können also nur dann diese Bedeutung erlangen, wenn der jeweilige Staat eine nach heutiger Auffassung demokratische Staatsform besitzt. Autoritäre Regime kennen entsprechend keine solche autonome Gewalt und im Extremfall, etwa bei einer Gleichschaltung der Presse, kann diese sogar zum Werkzeug für die Machtausübung des Staates verkommen.[3] In Wirklichkeit bedürfen beide Systeme in Bezug auf die Mediensituation einer Relativierung, denn weder sind sie im demokratischen Rechtsstaat vollständig von staatlicher Kontrolle losgelöst, noch sind sie in einer Autokratie ihr vollumfänglich unterworfen.[4]

4.1 Das Schweizer Journalismus-Verständnis in der Nachkriegszeit

In der Schweiz sorgten 1948 die Vorgänge in der Tschechoslowakei für eine Intensivierung der staatsschutzpolizeilichen Überwachung,[5] die in der Sicherheitsverordnung vom 12. Januar 1951 deutlich zum Ausdruck kam. Während Artikel 9 jeden Bürger bei Gefährdung der nationalen Sicherheit zu einem Denunzianten machte, hob Artikel 10 jegliches Amts- und Berufsgeheimnis in ebensolcher Situation auf.[6] Obschon die Schweiz anders als Spanien ein demokratischer Rechtsstaat war, dessen Pressefreiheit Artikel 55 der Bundesverfassung von 1874 gewährleistete, gab es in der Nachkriegszeit Stimmen, die eine Mäßigung oder Hemmung staatskritischen Journalismus forderten. Anders als in Spanien wurden diese Gebote allerdings von Medienschaffenden selbst getragen. Schriften zum Wesen und zum sozialen Stellenwert der Presse, erweisen sich als genuine Zeugnisse des Journalismus-Verständnisses der zweiten geistigen Landesverteidigung, bei welcher die Feindbilder der Kriegszeit nun ausschließlich auf den

---

1 Vgl. Köppinger, Legitimität und Pressekontrolle, S. 172f.
2 Vgl. Saxer, Zur Sozialisationswirkung von Zeitungen, S. 19.
3 Vgl. Köppinger, Legitimität und Pressekontrolle, S. 165; Voltmer, „Vierte Gewalt“…, S. 94 und 103; Mughan/Gunther, The Media in Democratic and Nondemocratic Regimes, S. 16.
4 Mughan/Gunther, The Media in Democratic and Nondemocratic Regimes, S. 5.
5 Imhof, Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung, S. 182f.
6 Vgl. Kreis, Staatsschutz in der Schweiz, S. 323–328.

Kommunismus übertragen wurden.[7] Das Fehlen einer kritischen Öffentlichkeit reiht sich in das Bild der „durch Konformität und Konsens" geprägten fünfziger Jahre ein, in welchem die Massenmedien oftmals als bloße „Akklamationsorgane" fungierten.[8]

Die 1957 erschienene Festschrift zu Ehren von Willy Bretscher, dem Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung" und freisinnigen Politiker, die bezeichnenderweise den Titel *Verantwortung* trug, vereinte Aufsätze, welche eine gewisse Orthodoxie der Medien predigten. Der Titel offenbart einen Diskurs, der sich über mehrere Jahrzehnte hinzog, symptomatisch für die Ängste der etablierten Medien und repräsentativ für die soziale Überforderung der Nachkriegszeit war, die sich durch eine bürgerlich-konservative Einstellung zur Aufgabe des Journalismus auszeichnete.

Siegfried Frey, freisinniger Historiker und Professor für Zeitungskunde an der Universität Bern, der im Zweiten Weltkrieg für die Pressekontrolle in der Innerschweiz zuständig gewesen war,[9] äußerte sich zum Verantwortungsbegriff folgendermaßen:

> Es ist nicht etwa nur gedanklich-konstruktiv, sondern aus ungezählten historischen Beispielen erwiesen, dass die Freiheit im Staate und die Freiheiten vom Staate immer mit der Pressefreiheit stehen und fallen, seitdem es überhaupt eine Presse gibt.
>
> *Freiheit aber heisst auf jedem Gebiet immer auch Verantwortung.* Wer über die Freiheit zu einem Urteil, zu einer Entscheidung, zu einem Handeln verfügt, trägt auch für Urteil, Entscheidung und Handeln die Verantwortung.[10]

Frey signalisiert darauf, bei ihm gehe es nicht darum, die in den Normen des Zivil- und des Strafrechtes verankerte Bedeutung von Verantwortung, „sondern *Verantwortlichkeiten der Presse* in den Kreis der Betrachtung zu ziehen, *die nicht rechtlich genormt sind, die sich vielmehr nach ihrer besonderen Art gesetzlicher Ordnung in einem freien Staate gänzlich entziehen*."[11] Ein Aspekt, der Verantwortung verlange, sei die Auswahl der Informationen, welche in die Zeitung gelangen sollen. Hier räumt er der Zeitung ein, nicht nur weltpolitisch relevante Meldungen aufzunehmen, sondern auch Triviales zu berücksichtigen.[12] Der schulmeisterliche Ton, der sich durch den ganzen Essay hindurchzieht, scheint bei Freys Beachtung einer der Hauptaufgaben der Presse, der Kritik, besonders stark hervorgehoben.

> Weil nun schon Kritik, und das heisst: Auseinandersetzung mit Negativem, eine nicht zu vernachlässigende Hauptaufgabe der Presse ist, *kann eine eigentliche Verzeichnung des*

7 Vgl. van Dongen, La mémoire de la Seconde Guerre mondiale, S. 723; Siegenthaler, Strukturen und Prozesse, S. 13; Kleger, Die nationale Bürgergesellschaft…, S. 164–171; König, Politik und Gesellschaft, S. 75; Imhof, Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung, S. 183.

8 Tanner, Die Schweiz in den 1950er Jahren, S. 43f.

9 Vgl. Huber, Siegfried Frey.

10 Frey, Presse und Verantwortung, S. 165 (Hervorhebung im Original).

11 Ebd., S. 167 (Hervorhebung im Original).

12 Vgl. ebd., S. 174.

> *Totalzustandes eines Landes und eines Volkes eintreten, wenn Zeitungen des ganzen Landes oder einer Region oder auch eines bestimmten Typs diese Aufgabe übererfüllen.*[13]

Der daraus entstehende soziale Negativismus führe dazu, nur noch das Unvollkommene sichtbar zu machen. Frey räumt zwar ein, dass die Kritikfunktion der Zeitung in einem demokratischen Land durchaus legitim und auf das Bedürfnis zurückzuführen sei, dass oppositionelle Parteien und ihre Zeitungen Mängel und Fehler in der Regierungspartei nachweisen. Der Abschnitt wird allerdings mit einem Appell zur Mäßigung abgeschlossen, wonach Zeitungen dazu verpflichtet seien, „*bei aller notwendigen Skepsis nicht nur zu kritisieren, sondern auch Gutes gut sein zu lassen*".[14] Hier tritt also der gemeinschaftsideologische Aspekt der geistigen Landesverteidigung zutage, der sich gegen den sozialen Negativismus wehrt.[15]

Freys unverbindliche und implizite Ermahnungen der Schweizer Journalisten der Nachkriegszeit werden im darauffolgenden Essay von Friedrich Traugott Gubler-Corti um die rechtlichen Probleme des Journalistenberufes ergänzt. Sein Beitrag dreht sich um den Antagonismus zwischen dem Zeugnisverweigerungsrecht des Journalisten, vergleichbar mit der deontologisch begründeten Schweigepflicht bei Ärzten und Rechtsanwälten, und dem Staatsschutz. Dabei geht er auf einen Gerichtsfall ein, bei dem ein Journalist in einem Gerichtsverfahren von diesem Recht Gebrauch gemacht hatte und darauf mit Beugungshaft bestraft wurde.[16] Die Argumente antizipieren den Streit um die Spiegel-Affäre, welche fünf Jahre später die Gesellschaft der BRD tief erschüttern sollte. Gubler-Corti zitierte Artikel 27 des schweizerischen Strafgesetzbuches, der das Zeugnisverweigerungsrecht bei einer Reihe schwerer staatsgefährdender Delikte aufhebt. Die Aufhebung der „Privilegien der Presse" erklärt der Autor mit der Notwendigkeit des Staates, sich nach Außen und Innen zu schützen.[17] In seinen Schlussbemerkungen bekräftigte er den Vorrang staatsschutzbedingter Rechtsverfahren gegenüber dem Zeugnisverweigerungsrecht und bezeichnete diesen als absolut und unbestritten.[18] Rund zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und des dadurch bedingten Pressenotrechts zeigt sich die Intention,[19] die behördlichen Zensuraktivitäten der Kriegszeit mit kulturellen und diskursiven Mitteln nachzuahmen.

Die hier behandelten Texte fallen in eine Zeit der gemeinschaftsideologischen Orientierung des Landes. Der Kalte Krieg interferiert mit dem Selbstbildnis der

13 Ebd., S. 177 (Hervorhebung im Original).
14 Ebd., S. 179 (Hervorhebung im Original).
15 Vgl. Romano, Links oder rechts…, S. 269.
16 Vgl. Gubler-Corti, Zum Problem des Zeugnisverweigerungsrechtes der Journalisten, S. 186.
17 Vgl. ebd., S. 191.
18 Vgl. ebd., S. 226.
19 Vgl. Kreis, Zensur und Selbstzensur, S. 25f.

Schweiz „als historisch-mythisch verankertem, neutralitätspolitisch aufgeladenem europäischem Sonderfall".[20] In den sechziger Jahren akzentuierte sich das kulturprotektionistische, teilweise auch technokratische Gemeinschaftsparadimga zulasten des liberalen Gesellschaftsmodells.[21] Und während direktdemokratische Aspekte den Schweizer Sonderfall untermauern, fällt auch die schweizerische „Rückständigkeit" in Bezug auf das Frauenstimmrecht auf.[22]

Bretschers siebzigster Geburtstag im Jahre 1967 gab erneut Anlass zur Publikation einer Festschrift. Auch hier taucht der Begriff der „Verantwortung" auf, doch weitaus weniger prominent. Tiraden gegen die nun auch in der Schweiz konsolidierte Boulevardpresse oder gegen die Tendenz bei den traditionellen etablierten Meinungsmachern, das neue Format nachzuahmen, werden von Edmund Richner, dem Ressortleiter der NZZ für das Inland,[23] aufgenommen:

> Fatalerweise haben sich, namentlich unter dem Einfluß des Fernsehens, die Gewichte noch anders verschoben. Viele nicht ‚engagierte' Zeitungen suchen neue Lesermassen durch bunteren, der leichten Unterhaltung dienenden Stoff anzuziehen, und manche Neugründungen treiben es dann so bunt, dass Verbrechen und Sex die Maßstäbe für ihre Haltung abgeben.[24]

Auch Kurt Müller, damaliger Chef der Inlandredaktion der „Neuen Zürcher Zeitung" und späterer FDP-Nationalrat, beklagt sich über den journalistischen Sittenverfall:

> Ob sachliche Information und staatspolitische Verantwortung ihren Vorrang behalten, ob sie noch die Gestalt und den Gehalt der einzelnen Zeitung ausmachen oder ob das reine Verkaufsinteresse und damit zu einem Teil wenigstens das Angebot an ‚sex and crime' vorherrscht, die verwendete Wertskala also entscheidet die Frage, ob und in welchem Maße ein Presseorgan noch Dienst an der öffentlichen Meinung und damit an der demokratischen Willensbildung ist oder ob es vielmehr zum Teil einer rasch anwachsenden Unterhaltungsindustrie geworden ist.[25]

Der apologetische Ton der früheren Festschrift, der Verantwortung als eine Form moralischer Selbstzensur feierte und der das Damoklesschwert des Staatsschutzes über die Tätigkeit der Journalisten offenlegte, hat hier der jovialen Fremddarstellung des engagierten, betagten Chefredakteurs Bretscher Platz gemacht.

Die Verantwortung in ihrer juristischen Bedeutung und bezogen auf die gedruckten Medien sollte allerdings nur wenige Jahre später Andreas Thommen dazu inspirieren,

20 Romano, Vom Sonderfall zur Überfremdung, S. 61; vgl. Tanner, Totale Verteidigung, S. 67–69.
21 Vgl. Romano, Vom Sonderfall zur Überfremdung., S. 74–77; 83–90; Romano, Links oder rechts…, S. 269.
22 Vgl. König, Politik und Gesellschaft, S. 83.
23 Vgl. Maissen, Die Geschichte der NZZ, S. 336.
24 Richner, Engagement aus Verantwortung, S. 14 (Hervorhebung im Original).
25 Müller, Informationspflicht und Meinungsbildung, S. 19 (Hervorhebung im Original).

eine Broschüre über „Rechte und Pflichten im Schweizer Presserecht“ zu verfassen. Bereits im Vorwort dieses Werkes äußert sich eine gewisse Überforderung in Bezug auf die Entwicklung der Massenmedien in den vergangenen Jahren. Besorgniserregend sei die vermeintliche „revolutionäre Allüre“, die der technisch-wirtschaftliche Entwicklungsprozess bei manchen Völkern hervorgebracht habe.[26] Thommens Ausführungen reihen sich in denselben elegischen und modernekritischen Tonfall wie die bereits behandelten Zeugnisse ein:

> Gelegentlich hat man das Gefühl, daß die Verantwortung der Publizisten nicht im selben Maße an Umfang gewinne. Gewiß, *das Ausmaß der ethischen Verantwortung der Publizisten kann nicht durch Recht und Normen dauernd und im wünschbaren Umfang gesichert und verbürgt werden*. Der Grad der Verantwortung hängt auch hier ab von der innern Bildung, von der Erziehung und Tradition jener, welche die Freiheiten wahrnehmen, die sie nützen und oft ausnützen. In den letzten Jahren sind gerade in dieser Sicht offenkundige Mängel aufgetreten und werden wohl noch häufiger auftreten. Die Frage der ethischen Verantwortung der Publizisten ist zweifellos eingebettet in das *allgemeine* Problem der Verantwortung, welche die Menschen heute gegenüber der Öffentlichkeit zu tragen gewillt sind. Der Sinn für die Verantwortung beginnt zu schwinden, vor allem mit Blick auf die sich ausweitenden Freiheitsrechte auch in der Presse. Der Zug zum bloßen Materialismus, ja zum Minimalismus trägt auch hier seine schlechten Früchte.[27]

Der Presse als Institution wird vorgeworfen, sich gesetzlichen Regelungsversuchen widersetzt zu haben. Als eigentümlich wird die Beziehung zwischen der Presse und dem Militär präsentiert, unter anderem wegen des Milizcharakters der Schweizer Armee, der keine scharfe Trennung zwischen Armeeangehörigem und Journalisten ermöglicht.

> Bis jetzt ist indessen die Schweizer Armee nicht in den Sog jener bohrenden publizistischen ‚Enthüllungsmanie‘ geraten, welche manchen bislang in ruhiger Zurückgezogenheit wirkenden Sektor unseres Lebens plötzlich ins Rampenlicht der Presse-Öffentlichkeit gezerrt hat. Dies ist nicht zuletzt eine Folge der Tatsache der *Identifikation vom Bürger im Wehrkleid mit demjenigen des Journalisten und Redaktors*. Wo diese Identifikation weg- und zerfällt, wo traditionelle Leitbilder wie diejenigen des wehrhaften Bürgers auf dem Hintergrund eines manchenorts schwelenden Antimilitarismus nur noch verschwommen oder gar nicht mehr wahrnehmbar sind, wo das Tabu der ‚unantastbaren Armee‘ fällt, wird allmählich auch die Schweizer Armee einer zersetzenden Pressekritik unterworfen – wie immer vielfach unter dem Deckmantel einer Art von ‚Pressefreiheit‘, die weniger die Freiheit liebt, als die Pressegeschäfte pflegt.[28]

Thommens Forderungen an die Presse implizieren also die Aufrechterhaltung gewisser Tabus, wie der hier angesprochenen Unantastbarkeit der Armee. Dieses Vademekum reflektiert auf unmissverständliche Weise Stellung und Rolle der Presse in der Schweizer Gesellschaft der geistigen Landesverteidigung. Gewisse Züge, welche mit

26 Thommen, Presse zwischen Freiheit und Verantwortung, S. 9.
27 Ebd. (Hervorhebung im Original).
28 Ebd., S. 31 (Hervorhebung im Original).

Pressekonzepten autoritärer Staaten vergleichbar sind, lassen sich ebenso deutlich erkennen, wie der patriotisch motivierte Kniefall der Presse vor dem Altar des Vaterlandes beziehungsweise vor nationalen Grundelementen wie der Schweizer Armee, und die Notwendigkeit, die Presse durch die Schaffung einer Kontrollinstanz zu zügeln.

Ein Jahr später veröffentlichte der konservative Politiker, Historiker und Publizist Peter Dürrenmatt seine Monografie *Wie frei ist die Presse?* Darin erkennt man unter den Geboten an die Auslandsjournalisten die Maxime der Schweizer Neutralität, die stets zu berücksichtigen sei:

> Für uns Schweizer sind die unser Land unmittelbar berührenden außenpolitischen Ereignisse selten. Wo sie aber eintreten, gilt es, Klarheit zu haben über das Wesen der Neutralität. Neutralität ist eine Maxime des außenpolitischen Stillsitzens gegenüber allen Vorgängen, die sich zwischen dritten Staaten mit aktiver Außenpolitik abspielen.[29]

Die hier behandelten Schriften zeigen, wie die Pressefreiheit ins Zentrum eines Diskurses rückte, der die Ängste um einen Missbrauch derselben Freiheit manifestiert. Dabei fungierte der Gegenbegriff „Verantwortung" als mächtiger staatsbejahender Vorbehalt, Ermahnung und Gebot, woran moralisch appelliert wurde. Noch 1980 stellte der Schweizer Diplomat Albert Weitnauer, Verfechter der „immerwährenden und bewaffneten Neutralität", die Schweizer Außenpolitik und die Meinungsfreiheit gegenüber. Er stellt fest, dass der Schweizer Bürger beide Prinzipien bejahen würde, doch suggerieren seine Gedanken auch eine gewisse persönliche Unzufriedenheit in Bezug auf die Meinungsfreiheit, wenn sich diese der Schweizer Neutralitätspolitik in den Weg stelle.[30]

Diesem dem Staatskult geweihten Journalismusverständnis gesellte sich allerdings eine neue Art hinzu, die Gesellschaft zu informieren.[31] Bereits Anfang der sechziger Jahre begannen der Ost-West-Dualismus und die Frage der schweizerischen Verteidigungspolitik als journalistischer Oberbegriff zu bröckeln, der insbesondere ab 1962 durch pazifistische und armeekritische Stellungen abgelöst wurde.[32] Eine sozialkritische und infragestellende, in gewissen Kreisen als unbequem empfundene Form von Journalismus, die in der Schweiz besonders deutlich in den Personen von Niklaus Meienberg und Jürg Frischknecht verkörpert wurde, kam immer stärker zum Vorschein. Diese neuartige Gattung wurde keineswegs ausschließlich von markant linken Medienleuten betrieben, wie das Beispiel des „Tages-Anzeiger"-Redakteurs Hans Tschäni zeigt, der zwischen 1969 und 1974 Mitglied des Zentralvorstandes der Neuen Helvetischen Gesellschaft war und sich als Autor kritischer Texte zur Schweizer Politik

29 Dürrenmatt, Wie frei ist die Presse? S. 233.

30 Vgl. Weitnauer, Aussenpolitik und Öffentliche Meinung, S. 549–551.

31 Vgl. Gilg/Hablützel, Beschleunigter Wandel und neue Krisen, S. 920.

32 Vgl. Imhof, Entstabilisierungen, S. 40f.

und Wirtschaft einen Namen machte.[33] Von dieser Entwicklung weg von einer staatsbejahenden Maxime zeugt auch der Wortlaut in der erst 1972 vom Schweizer Verband der Journalistinnen und Journalisten angenommenen *Erklärung der Pflichten und Rechte des Journalisten*. In der Präambel heißt es: „Die Verantwortlichkeit der Journalisten gegenüber der Öffentlichkeit hat den Vorrang vor jeder anderen, insbesondere vor ihrer Verantwortlichkeit gegenüber ihren Arbeitgebern und gegenüber staatlichen Organen."[34]

Einen besonderen Skandal, der ebenso die Entwicklung der Schweizer Öffentlichkeit wie auch die rabiat antikommunistische Weltanschauung der Bundesverwaltung aufzeigt, stellte die Verteilung der Broschüre *Zivilverteidigung* dar. Das hauptsächlich von Albert Bachmann und Georges Grosjean verfasste, vom EJPD herausgegebene und unter der Mitarbeit von rechtskonservativen Persönlichkeiten wie Peter Dürrenmatt und Walther Hofer konzipierte Büchlein stieß auf eine generelle Ablehnung in der Schweiz. Ein einziges Mal waren sich das katholische „Giornale del Popolo" und die sozialdemokratische „Berner Tagwacht" einig und scheuten sich nicht, das Phänomen dem „Faschismus" zuzuordnen.[35] Löffler deutet diese Einstellung als Folge einer sich in der Schweiz etablierten kritischen Öffentlichkeit, „die nicht mehr ihr ganzes Denken und Handeln an der Richtschnur alter Traditionen, der Hingabe an die Gemeinschaft und der Unterordnung unter den Staat messen wollte".[36] Die diskrete Auflehnung der gedruckten Medien gegen die Zunahme staatsschutzpolizeilicher Aktivitäten,[37] die sich ab der zweiten Hälfte der sechziger Jahre manifestierte, untermauert diese Ansicht zusätzlich. Nichtsdestotrotz blieb die rechtsbürgerliche Subversions-Paranoia bis zur „Fichen-Affäre" von 1989/90 aufrechterhalten, als die beträchtliche Anzahl von rund 900.000 vom Staatsschutz überwachten Personen und Organisationen ans Licht kam.[38]

Auch das Kino trug zur Festigung des neuen Journalisten-Bildes bei. In Costa Gavras' Politthriller *Z* (1969), der Verfilmung des gleichnamigen Romans von Vassilis Vassilikos, welche die Verwicklung des griechischen Staatsapparates bei der Ermordung des oppositionellen Politikers Grigoris Lambrakis aufzeigt, taucht die Figur des Journalisten auf, der die Ermittlungen des Untersuchungsrichters, gespielt von Jean-Louis Trintignant, ergänzt. Dabei handelt es sich deutlich um eine Allegorie des Journalismus im Allgemeinen, zumal dieselbe Figur vielfältige und deshalb unwahrscheinlich

33 Vgl. Wipf, Tschäni. Zu Tschänis kritischem Repertoire gehören neben *Profil der Schweiz* und *Diktatur des Patriotismus* auch noch *Wer regiert die Schweiz* und *Wem gehört die Schweiz*.

34 Erklärung der Pflichten und Rechte des Journalisten, S. 211.

35 Vgl. Tanner, Totale Verteidigung, S. 62; Löffler, „Zivilverteidigung" – Entstehungsgeschichte, S. 183.

36 Löffler, „Zivilverteidigung" – Entstehungsgeschichte, S. 186.

37 Vgl. Kreis, Staatsschutz in der Schweiz, S. 633–641.

38 Vgl. König, Politik und Gesellschaft, S. 79f.

anmutende Rollen spielt.[39] 1975 spielte Jack Nicholson in Michelangelo Antonionis *Beruf: Reporter* einen ausgebrannten Fernseh-Journalisten, der aus seinem eigenen Leben flüchtet und Identität und Schicksal eines jäh verstorbenen, physiognomisch ihm ähnelnden Hotelzimmernachbars und Waffenhändlers einnimmt. Sein durch die journalistische *déformation professionnelle* motiviertes Wagnis sollte ihm zum Verhängnis werden.

Die unterschiedlichen Ansichten in Bezug auf die gesellschaftliche Funktion des Journalismus, die Orthodoxie, welche im Geiste der geistigen Landesverteidigung eingeprägt wurde, sowie der Wandel, der auf die krisenhaften Weltgeschehnisse und sozialen Umwälzungserscheinungen der sechziger Jahre zurückzuführen ist und zu einer aktiveren, engagierteren, fortschrittlicheren und unkonventionellen Auffassung des Journalistenberufes animierte, bilden Aspekte einer schwer zu greifenden und bisher kaum erforschten Geschichte des Schweizer Journalismus der Nachkriegszeit.[40] Dieser Wandel geht Hand in Hand mit „einer massiven Reideologisierung und entsprechend [mit] einer Repolitisierung der öffentlichen politischen Kommunikation", die auf die kulturelle Revolution Ende der sechziger Jahre zurückzuführen ist.[41]

4.2 Die Schweizer Presse

Die Schweizer Presselandschaft der sechziger und siebziger Jahre befand sich in einem beschleunigten und intensiv angetriebenen Modernisierungsprozess. Machten sich Zeitungsverleger um 1960 Sorgen um das durch das kurz zuvor aufgekommene Fernsehen bedrohte Werbemonopol der Zeitung und begegneten die etablierten und strukturkonservativen Vertreter der helvetischen Presse dem neugeborenen Schweizer Boulevardblatt „Blick" mit aggressiver Ablehnung,[42] so sollte sich die Energiekrise der siebziger Jahre auf die Werbe- und Inserateneinnahmen der Zeitungen mit voller

39 Auch in seinem weiteren Film *État de Siège* von 1972 wird den kompromisslosen, wahrheitssuchenden und deshalb unbequemen Journalisten eine wichtige Rolle zuteil.

40 Schmidt-Gernig tangiert kurz diese Entwicklung in einem Aufsatz über die westliche Zukunftsforschung in den sechziger und siebziger Jahren und erklärt sie folgendermaßen: „Gerade diese wachsende Bedeutung von (kritischen) Öffentlichkeiten bezog sich angesichts einer dramatischen Zuspitzung globaler Konflikte, die man hier nur mit den Stichworten Berlin-Kirse [sic!], Kuba-Krise, Entkolonialisierung, Vietnam-Krieg usw. angedeutet werden können, in zunehmendem Masse nicht mehr nur auf lokale oder nationale Agenden, sondern immer mehr auf globale Dimensionen." Schmidt-Gernig, Ansichten einer zukünftigen „Weltgesellschaft", S. 393.

41 Imhof/Romano, Die Diskontinuität der Moderne, S. 229.

42 Vgl. Meier/Häussler, Zwischen Masse, Markt und Macht, Bd. I, S. 431.

Wucht auswirken.[43] Die Massenmedien unterlagen einem radikalen Strukturwandel, der die politischen Medien, insbesondere die im 19. Jahrhundert entstandene Parteizeitung zu großen kommerziellen Zugeständnissen zwang. Gaetano Romano kritisiert für dieses Phänomen die Tauglichkeit des Begriffs „Kommerzialisierung", doch räumt er auch ein:

> Tatsächlich kann ‚Kommerzialisierung' in diesem Zusammenhang wohl nur bedeuten: Verlust der über die ideologischen Bindungen des Links-rechts-Schemas gesicherten ‚Märkte' und entsprechender Wandel der Aufmerksamkeitskriterien der ‚kommerziellen' Medien einerseits, des Publikums andererseits.[44]

Schon ab der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurde die Schweizer Presse immer stärker zum Politikum und zwar einerseits aufgrund der medienpolitischen Auseinandersetzung auf Bundesebene und andererseits wegen der immer vehementer werdenden Forderungen von Studierenden seit Anfang der siebziger Jahre, wonach die Publizistikwissenschaft als empirische Sozialwissenschaft neu auszurichten sei, und zwar deutlich nach links. In einer provokativen Klageschrift mit gotischen Charakteren auf dem Titelblatt prangerten 1974 Studierende des Publizistischen Institutes der Universität Zürich den Missstand der „bürgerlichen Publizistik" in den Personen der beiden Professoren Christian Padrutt und Ulrich Saxer an. Etwas sanfter präsentiert sich die Kritik gegen ersteren, bei dem man zumindest einräumte, als Nicht-Sozialwissenschaftler „verschiedene sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte am Publizistischen Seminar formell geleitet" zu haben.[45] Unter den Autoren der besagten Klageschrift befand sich auch Jürg Frischknecht, der zuvor mit anderen Studierenden die Arbeitsgruppe Kritische Publizistik (AKP) gegründet hatte und aufgrund der Besetzung von institutseigenen Arbeitsräumen und der Benutzung von technischem Material ins Visier der universitären Gerichtsbarkeit geraten war. Die Universität Zürich leitete ein Disziplinarverfahren ein, das später eingestellt werden sollte.

Die „Besetzung" der Institutsräume zu wissenschaftlichen Zwecken durch diese fortschrittlichen Studierenden trug ihre Früchte. 1973 veröffentlichte die AKP eine Studie über die Schweizer „Tagesschau". In deren Geleitwort wird aber auch auf Krisenanzeichen in der Presse hingewiesen:

> Wenn wir fragen, worüber und wie in dieser bürgerlichen Gesellschaft informiert wird, nehmen wir zunächst die ursprünglichen Ziele des Bürgertums beim Wort. Wie im 19. Jahrhundert bekennt sich das Bürgertum auch heute noch mit schönen Worten zu Rechten wie Meinungs- und Pressefreiheit. In der Realität aber, in der gesellschaftlichen Praxis, werden solche Vorstellungen nicht verwirklicht: Pressekonzentration, Zeitungssterben

---

43 Vgl. Meyer, Das Unternehmen NZZ, S. 200f.; Kaufmann/Stieger, 100 Jahre Tages-Anzeiger, S. 251.

44 Romano, Die Überfremdungsbewegung…, S. 151 (Hervorhebung im Original).

45 Johann Ulrich Saxers Bemühungen…, S. 61.

> und Meinungsmonopole sind Folgen der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschafts,ordnung' [sic!]. Die alten Forderungen werden nicht eingelöst – sie können nicht eingelöst werden, weil damit die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse gefährdet würden.[46]

Die damalige Medienlandschaft war charakterisiert durch einen hohen Zeitungspluralismus sowie durch das Fehlen einer nationalen Presse, was auf das föderalistische Gepräge der Schweiz und auf ihre Viersprachigkeit zurückzuführen war.[47] Schon 1957 stellte Siegfried Frey in einem Beitrag zu Ehren Willy Bretschers fest:

> In jeder zwölften der rund 3000 schweizerischen Gemeinden erscheint nämlich mindestens eine Zeitung, vielfach ihrer mehrere! Es gibt selbst Ortschaften mit weniger als 1000 Einwohnern, in denen eine besondere Zeitung gedruckt wird. Während in der Schweiz in einer Stadt wie Luzern mit 60.000 Einwohnern gleich vier Tageszeitungen herausgegeben werden, erscheint in den meisten Städten der übrigen Welt mit 100.000, ja bis 200.000 Einwohnern eine einzige Tageszeitung.[48]

Zehn Jahre später bezeichnete Hans Tschäni die Schweiz weiterhin als „eines der zeitungsreichsten Länder der Welt".[49] Im selben Jahr relativierte Josef Jäger die Stellung der Schweiz hinsichtlich der Zeitungsdichte in Abhängigkeit der Bevölkerung und wandte ein, man könne die privaten und amtlichen Anzeiger sowie die Parteibulletins nicht zu den Zeitungen zählen.[50] 1976 stellte Ernst Bollinger fest, dass die Anzahl Zeitungen, welche mit einer Partei sympathisierten oder mit einer Partei in Verbindung standen, beachtlich war, wobei er nur jene Zeitungen mit einer wöchentlichen Erscheinungshäufigkeit von fünf oder mehr Exemplaren, also Tageszeitungen, berücksichtigte.[51] Von 116 Zeitungen gehörten 44 der freisinnig-liberalen Familie, 24 dem politischen Katholizismus, 9 der Sozialdemokratie und eine dem Kommunismus an, während 38 keiner politischen Richtung zugeordnet wurden.[52] Bollinger unterstrich die Hegemonie bürgerlicher Blätter mit einer Gesamtauflage von 1,5 Millionen gegenüber linken Zeitungen, die es insgesamt bloß auf 70.000 brachten.[53] Jegliche Maßnahmen zur Förderung der Medienvielfalt hätten dieses Ungleichgewicht sogar

46 AKP, Welttheater…, S. V (Hervorhebung im Original).

47 Vgl. Bollinger, Structure…, S. 7.

48 Frey, Presse und Verantwortung, S. 169.

49 Tschäni, Profil der Schweiz, S. 143.

50 Vgl. Jäger, Das Bild der Schweizer Presse, S. 13f.

51 Vgl. Bollinger, Structure…, S. 2.

52 Aufgrund ihrer geringen Erscheinungshäufigkeit fallen in dieser Statistik entsprechend die Blätter an den äußersten Rändern des Parteienspektrums (unter anderem „Volk und Heimat", „Republikaner", „Abendland", „Bresche" und „Vorwärts") sowie die parteinahen Zeitungen der SVP und der Evangelischen Volkspartei weg. Seltsamerweise fehlt hier jeder Hinweis auf die Parteipresse des LdU, obwohl „die Tat" täglich erschien.

53 Vgl. ebd., S. 61.

zusätzlich betont.[54] Im Hintergrund dieser durchaus makroskopischen Sicht der Dinge gebührt es sich entsprechend, den Begriff „Medienvielfalt" stark zu hinterfragen. Als Gegenstück zu diesem umstrittenen Begriff trat das durch die Medienkonzentration bedingte „Zeitungssterben" in den Vordergrund einer medienpolitischen Debatte.[55] 1967 erkannte der NZZ-Redakteur Edmund Richner ein solches Risiko, allerdings erst das Ausland betreffend, als er schrieb:

> Der die Presse trotz Hochkonjunktur bedrängende, durch drastische Einschränkung der postalischen Dienste akzentuierte Konkurrenzkampf, der in vielen Ländern im Zeitungssterben zum Ausdruck kommt, beginnt daher in eine Phase einzutreten, wo sich die Zeitungen selber gegenseitig die Luft abschneiden. […]
>
> Bedroht ist der unserer Staatsform entsprechende Pluralismus der Schweizer Presse, in eine Verteidigungsstellung gedrängt sehen sich manche Organe der betonten politischen Meinungsbildung, ohne die das informative Gespräch zum Ersticken käme.[56]

Medienkonzentration manifestierte sich auf unterschiedliche Arten, etwa durch die Fusion zweier oder mehrerer Zeitungen, durch die Lancierung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mehrerer Zeitungen, durch die Gründung einer Mediengruppe oder durch die vollständige Aufhebung einer Zeitung.[57] Als Ursache für den allmählichen Zeitungsschwund, der vornehmlich die auflagenschwache Lokalpresse heimsuchte, wurden das Aufkommen des Fernsehens und der damit verbundene Verlust des Werbemonopols der Printmedien erkannt.[58] Zwischen 1965 und 1979 zählt Bollinger insgesamt 41 verschwundene Tageszeitungen auf.[59] Dafür konnten sowohl die Boulevardzeitung „Blick" als auch die „Neue Zürcher Zeitung", aber auch der „Tages-Anzeiger" einen Siegeszug der Auflagenzahlen feiern. Als bedeutendste Wochenzeitung vermochte der „Sonntagsblick" seine Auflage zwischen 1975 und 1985 gar zu verdoppeln.[60]

Wie bereits angedeutet, war Medienkonzentration keineswegs ein bloß schweizerisches Phänomen. Im Jahre 1967 stellten in der BRD 43 regionale Tageszeitungen von 541 Wochen- und Tageszeitungen ihr Erscheinen ein, wobei vor allem

54 Vgl. ebd., S. 318f.

55 Vgl. Schade, Medienkonzentrationsdebatte… S. 255. Schade bezieht sich in seinen Ausführungen nicht nur auf Tageszeitungen und zeichnet entsprechend ein dramatischeres Bild als Bollinger (Bollinger, Structure…, S. 90), der das Verschwinden von Zeitungen zwar erwähnt, doch von Anfang an die nahezu konstante Anzahl Tageszeitungen seit dem Ersten Weltkrieg betont (ebd., S. 3).

56 Richner, Engagement aus Verantwortung, S. 15.

57 Vgl. Bollinger, Faits…, S. 96; Begriffsumschreibungen zur Presseförderung, S. 46f.; Höpflinger, Das unheimliche Imperium, S. 128–133.

58 Vgl. Schade, Medienkonzentrationsdebatte…, S. 255; Bollinger, Structure…, S. 88.

59 Vgl. Bollinger, Faits…, S. 161–165.

60 Vgl. ebd., S. 185.

auflagenschwache Blätter (mit einer Auflage von bis zu 1000 Exemplaren) von der Bildfläche verschwanden.[61] Im Falle der französischen Presse zeichneten sich bis 1967 starke Konzentrationsdynamiken ab, die fast ausschließlich die Regionalpresse betrafen.[62] Anders als in der BRD und in Frankreich war die Medienkonzentration in der britischen Öffentlichkeit bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein Thema. Konzentration wurde hier vor allem unter dem Blickwinkel der Wirtschaftlichkeit und deshalb nicht als unmittelbare Bedrohung beurteilt.[63] Dennoch erregte die Übernahme der „Times" durch die Thomson Organisation Ltd. im Herbst 1966 große Aufmerksamkeit.[64]

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre erreichten diese Konzentrationstrends auch die Schweiz,[65] und entsprechend gelangte diese Strukturkrise der Schweizer Presse auch in die Agenda des Bundes. Der Bundesrat beauftragte 1968 die Kartellkommission mit der Abfassung eines Berichtes zur Pressekonzentration.[66] Dieser Bericht bestätigte die bisherige Dynamik und sprach von einem latenten Gefährdungszustand, bestritt allerdings eine unmittelbare Bedrohung der Zeitungsvielfalt. Als Maßnahmen zur Presseförderung wurden steuerliche Entlastungen und Gebührenreduktionen erwogen. Die 1973 vom Bundesrat einberufene Expertenkommission nannte in ihrem 1975 publizierten Bericht als Hauptursachen konjunkturelle Veränderungen, steigende Ausgaben und den Abbau von Leistungen der Post. Christian Padrutt, Mitglied dieser Expertenkommission und zugleich Leiter des Publizistischen Seminars der Universität Zürich, äußerte sich skeptisch gegenüber einer staatlichen Intervention gegen das „Zeitungssterben" – einen Begriff, den Padrutt, der ferner auch noch das Amt des Vizepräsidenten der Bündner FDP innehatte,[67] zutiefst ablehnte, um vielmehr von einer „überfälligen kommunikationspolitischen Flurbereinigung" zu sprechen.[68] In einem weiteren Bericht von 1975 plädiert er für eine *Laissez-faire*-Politik[69]:

> Die vielberufene ‚Krise der Presse' erweist sich unter diesem Aspekt als Selbstregulierungsmechanismus, indem die Pressestrukturen sich in eine veränderte Umwelt einfügen, um jene Leistungen erbringen zu können, die für die Erhaltung und Entwicklung des Gesamtsystems und der Teilsysteme notwendig geworden sind. Demzufolge sind Bemühungen

61 Vgl. Silbermann/Zahn, Konzentration…, S. 150f.
62 Vgl. ebd., S. 203.
63 Vgl. ebd., S. 220f.
64 Vgl. ebd., S. 232.
65 Vgl. Bollinger, L'image structurelle… S. 114.
66 Vgl. Schade, Medienkonzentrationsdebatte…, S. 256–258.
67 Vgl. ebd.; Collenberg, Christian Padrutt.
68 Padrutt, Zeitung ohne Zukunft, S. 158.
69 Diese Einstellung lässt sich allgemein im Westeuropa der Nachkriegszeit feststellen. Vgl. Mughan/Gunther, The Media in Democratic and Nondemocratic Regimes, S. 5f.

> um die Tradierung der überkommenen Presseverhältnisse verfehlt; sie können auf längere Sicht nicht gegenläufig zu den soziokulturellen Gegebenheiten sein. Eingriffe korrigierender oder erhaltender Art sind deshalb fehl am Platz.[70]

Auffällig ist hier die Tatsache, dass ein solches Votum ausgerechnet von jenem ideologischen Lager kam, das vom Zeitungsschwund am wenigsten betroffen war, beziehungsweise vom Zeitungsschwund linker Parteiblätter durchaus profitieren konnte.[71] An Padrutts Einstellung zu diesem Phänomen lässt sich der von Norbert Elias angesprochene Konflikt zwischen Distanzierung und Engagement deutlich ablesen.[72] Noch auffälliger ist das sich offenbarende Paradoxon: War der Schweizer Freisinn des 19. Jahrhunderts, der für die Genese des Bundesstaates an vorderster Front gekämpft hatte, auch Garant der Pressefreiheit gewesen, so war der Freisinn der Nachkriegsschweiz im Namen der liberalen Marktwirtschaft nicht bereit, dem Meinungspluralismus durch staatliche Intervention unter die Arme zu greifen.[73] Zudem wurde dieser Meinungspluralismus als eigentliches Zeitungsüberangebot gedeutet und zunehmend kritisiert, wie eine Studie über die Zukunft der Schweiz aus dem Jahre 1971 zeigt:

> Es läuft dem föderalistischen Denken zwar zuwider, aber im Hinblick auf eine Verbesserung der Qualität der Zeitungen ist eine weitere Konzentration im schweizerischen Pressewesen dringend erwünscht. Nur wirtschaftlich starke Zeitungen können sich künftig einen Stab von qualifizierten Redaktoren und Mitarbeitern halten, die eine gute Zeitung zu machen imstande sind. […] Mit einem Bestand von 20 Tageszeitungen könnte der Bedarf an Information in Zukunft sicher hinreichend gedeckt werden.[74]

Dieses Statement, das im Zusammenhang mit einer besonders in den sechziger Jahren stark aufkommenden zukunftsforschenden Bewegung steht,[75] zeigt eine deutlich marktliberal-sozialdarwinistische Auffassung der Presse, wie sie etwa Padrutt vertrat.[76] Auch der Kölner Soziologe Alphons Silbermann sprach in einem Aufsatz

---

70 Padrutt, Zur Lage der Schweizer Presse, S. 70 (Hervorhebung im Original).

71 Vgl. Bollinger, Structure…, S. 90.; vgl. Bollinger, Faits…, S. 89.

72 Vgl. Elias, Engagement und Distanzierung, S. 125f.

73 Zum freisinnigen Wirtschaftsliberalismus siehe Meier, Der schweizerische Freisinn, S. 110–127.

74 Flüeler/Schwertfeger, Die Schweiz von morgen, S. 155–157. In der Studie wird unter anderem auch Kritik an der Homogenisierung des Nachrichtenwesens geübt, die noch heute ihre Gültigkeit wahrt. „Wenn Journalisten primär andere Journalisten lesen oder mit ihnen sprechen und an die von diesen erarbeiteten Synthesen von Information und Evaluation anschliessen, erzeugt dies Kondensate von Meinungen und Konfirmationseffekte, die sich selbst als Weltöffentlichkeit verstehen und denen dieser Status nicht leicht durch konkurrierende Ansprüche bestritten werden kann." Stichweh, Die Entstehung einer Weltöffentlichkeit, S. 63.

75 Vgl. Schmidt-Gernig, Ansichten einer zukünftigen „Weltgesellschaft", S. 394ff.

76 Die zwiespältige Rolle der Wissenschaftler in medienpolitischen Kommissionen wurde bereits von Edzard Schade angesprochen. Vgl. Schade, Medienkonzentrationsdebatte…, S. 275f.

aus dem Jahre 1972 von „einer unter Kommunikationsüberfluss leidenden Gesellschaft".[77] Rein ideologisch betrachtet, könnte eine Kritik der Medienverhältnisse in der Nachkriegszeit, insbesondere in Bezug auf das Medien-Überangebot, auch aus der linken Ecke kommen, etwa in der Art und Weise, wie sie von Herbert Marcuse geübt wurde. In seinem bahnbrechenden Buch *Der eindimensionale Mensch* prangerte er die Konsumgesellschaft, die durch die Industriegesellschaft konstruierten falschen Bedürfnisse sowie das sogenannte „Ende der Ideologien" an. Dabei verschonte er auch die Massenmedien nicht:

> Unter diesen Umständen fällt es unseren Massenmedien nicht schwer, partikulare Interessen als die aller einsichtigen Leute zu verkaufen. Die politischen Bedürfnisse der Gesellschaft werden zu industriellen Bedürfnissen und Wünschen, ihre Befriedigung fördert das Geschäft und das Gemeinwohl, und das Ganze erscheint als die reine Verkörperung der Vernunft.[78]

Im selben Text wird weiter unten diese Kritik noch pointierter und rigoroser formuliert.[79] Zwar fordert Marcuse keine Beschränkung der Anzahl Zeitungen, obschon Medien die wichtigsten Diffusoren falscher Bedürfnisse sind,[80] doch steht zumindest fest, dass er in der Zeitungsvielfalt keinen „Bannwald der Demokratie" sah. Den Pluralismus der modernen Gesellschaft – und darin ist stillschweigend auch jener, der durch die Medien vollzogen wird – verstand Marcuse als „unterworfen" und deshalb auch als falsch.[81] Hier konvergieren also die Ideen der futurologischen Ingenieure mit jenen des Technokratie-Kritikers der Frankfurter Schule: *les extrêmes se touchent*.

Unter den vielen Möglichkeiten, die sich bieten, Zeitungen taxonomisch zu erschließen, drängt sich vor dem speziellen Hintergrund des ideologischen Kontexts des Kalten Krieges insbesondere eine Klassifizierung von Zeitungen bezüglich der Intensität ihrer politischen Ausrichtung auf. Wie man sehen wird, genügt diese Frage keineswegs bloß aktuellen epistemologischen Interessen, denn sie beschäftigte bereits zeitgenössische Journalisten und Medienfachleute. In einem 1972 erschienenen Festband zu Ehren des St. Galler Verlegers Hans Zollikofer äußerten sich solche Berufsvertreter zum gesellschaftlichen Stellenwert der Zeitung und zu deren kommenden Entwicklung. Auch Themen wie die Loslösung politischer Blätter von dogmatischen Parteigrundsätzen oder die „Unabhängigkeit" der Presse wurden zur Sprache gebracht. Ueli Götsch, ehemaliger SP-Nationalrat und Leiter des AZ-Rings,

77 Silbermann, Kommunikationsüberfluss und Dienstleistungsgesellschaft, S. 20.
78 Marcuse, Der eindimensionale Mensch, S. 11.
79 Vgl. ebd., S. 28.
80 Vgl. ebd., S. 30f.
81 Vgl. ebd., S. 70f.

dann ab 1971 Leiter der Abteilung Information beim Fernsehen DRS,[82] gab 1972 seine Einwände zum Terminus „Parteipresse" kund:

> Interessanterweise gibt es aber die *‚Parteipresse'*, wenn wir von den kommunistischen Zeitungen absehen, in unserem Lande gar nicht. Überprüfen wir die Besitzesverhältnisse derjenigen Zeitungen, deren Kurs mehr oder weniger im Gleichklang mit einer politischen Partei verläuft, so stellen wir fest, dass es *keine Zeitung von Bedeutung* gibt, die sich im Besitze einer politischen Partei befindet oder *von Organen einer Partei gesteuert* wird.[83]

Eine Folgerung von Götschs Aussage ist, dass der Begriff „Parteipresse" auf sozialdemokratische Blätter wie „Tagwacht" und „Zürcher AZ" nicht zutrifft. Dass er seiner Arbeiterzeitung das Attribut „von Bedeutung" abspricht, scheint hier kaum plausibel. Vielmehr wird hier der Eindruck vermittelt, dem Sozialdemokraten sei die Umschreibung „Parteipresse" angewandt auf die SP-Blätter unpassend, unbequem oder gar abwertend gewesen. Immerhin hatte Edmund Richner, NZZ-Redakteur und früherer Präsident der FDP des Kantons Zürich, fünf Jahre zuvor behauptet: „Die Parteipresse im Sinn parteieigener, von Parteikomitees geleiteter Zeitungen können wir hier ausklammern, da sie in unserm Lande eigentlich nur im sozialdemokratischen Lager besteht."[84] In Wirklichkeit war die „Zürcher AZ" in dreifacher Hinsicht an die SP gebunden, namentlich durch die Genossenschaftsstatuten, die sich der Sozialdemokratie verpflichteten, zweitens konnten seit 1921 nur Parteimitglieder auch Genossenschafter werden, und drittens war bis 1958 im Untertitel der Zeitung „offizielles Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Kantons Zürich" zu lesen.[85] Ende der fünfziger Jahre startete die SP des Kantons Zürich eine Diskussion, die darauf abzielte, das Image der Partei zu modernisieren. Dabei fielen traditionell klassenkämpferische Begriffe wie „offizielles Organ", „Agitation" und „Genosse" dem Modernisierungstrend zum Opfer.[86] Die starke Verbindung und Identifikation mit der Partei blieb aber nach wie vor gewährleistet. Diese „Modernisierung" der Parteizeitung muss wohl vor dem Hintergrund der erneuten Beteiligung der SP an der Landesregierung im Jahre 1959 beurteilt werden. Bei den damaligen Parlamentswahlen erlitten die Sozialdemokraten trotz programmatischer Öffnung einige Sitzverluste.[87] Als sich dann aufgrund der Spannungen zwischen der Konservativ-christlichsozialen

---

82 Vgl. Bürgi, Ueli Götsch.
83 Götsch, Die Zukunft der parteipolitisch engagierten Presse…, S. 184. (Hervorhebung im Original)
84 Richner, Engagement aus Verantwortung, S. 16.
85 Vgl. Frei, Das Volksrecht, S. 35–37.
86 In diese Entwicklungstendenz fällt auch die Umbenennung der Abkürzung AZ von „Arbeiter-Zeitung" in „Abend-Zeitung". Vgl. Bollinger, Structure…, S. 51; Richner, Engagement aus Verantwortung, S. 15
87 Vgl. Degen, Sozialdemokratie, S. 83–85.

Volkspartei und dem Freisinn bei den Sozialdemokraten die Möglichkeit bot, zwei Bundesratssitze zu ergattern, stellte sich parteiintern die Frage nach den entsprechenden Kandidaten. Der Parteipräsident und ehemalige Kommunist Walther Bringolf fiel als Bundesratskandidat im Parlament durch. Am 17. Dezember 1959 wählte die Bundesversammlung die beiden SP-Ständeräte Hans-Peter Tschudi und Willy Spühler in den Bundesrat. Die SP, die bereits in der Zwischenkriegszeit „ihre revolutionären Ansprüche für die Silberlinge der Integration in ein Staatswesen“[88] *ad acta* gelegt und in ihrem Programm das Konzept Klassenkampf durch dasjenige des sozialen Friedens ersetzt hatte, sah sich nun erneut beziehungsweise durch den glorreichen Einzug in die Landesregierung erst recht mit pragmatischem Gemüt gedrängt, ihre Presseorgane von klassenkämpferischem Geist zu säubern.[89] Die bei der „Zürcher AZ“ vollzogene Modernisierung war die Folge einer solchen Anpassung.

Weiter ist bei Götsch die Rede von der Unzufriedenheit politisch engagierter Zeitungen mit der Mutterpartei; das „reibungslose“ sei einem „eher kritischen Engagement gewichen“.[90] Außerdem hätten sich auch die Leser von der „Lehrerfunktion“ der Zeitungen emanzipiert.[91] Die Krise der ideologisch gefärbten Zeitungen sei vor allem den „neutralen“ Zeitungen zugutegekommen.[92] Überhaupt wurde die damals noch gängige Dichotomie „unabhängige Zeitung“ *versus* „Meinungszeitung“ für unglücklich erklärt und entsprechend stark infrage gestellt.[93]

> Unabhängige Zeitungen gibt es nicht. […] Zeitungen, man weiss es, sind von vielen und vielem abhängig: von einer Partei, von einer Wirtschaftsgruppe, von Interessenverbänden, Gewerkschaften nicht ausgenommen, von einer Konfession, vom Verleger, von den Inserenten und wiederum, natürlich, von den Lesern. Sowie in allen denkbaren Fällen von *Geld*.[94]

Auch die LdU-nahe Zeitung „Die Tat“ nannte sich zwar „unabhängig“, doch damit war in Wirklichkeit ihre „Abhängigkeit von den Unabhängigen“ gemeint. Hosang bestreitet einen formellen Einfluss der Partei auf das Blatt, doch scheint die Bindung zwischen Partei und Zeitung einerseits und zwischen dieser und dem

88 Imhof, Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung, S. 19; vgl. Bretscher-Spindler, Vom heissen zum Kalten Krieg, S. 292–294; Tanner, Switzerland and the Cold War, S. 123–124. Schon bei Marcuse wird „das betrügerische Einverständnis von Kapital und organisierter Arbeiterschaft“ kritisiert. Vgl. Marcuse, Der eindimensionale Mensch, S. 14.

89 Vgl. Gruner, Die Parteien in der Schweiz, S. 142–145.

90 Götsch, Die Zukunft der parteipolitisch engagierten Presse…, S. 184.

91 Vgl. ebd., S. 185.

92 Vgl. Tschäni, Profil der Schweiz, S. 145. Von dieser Krise wurden die der SP nahestehenden Zeitungen besonders stark betroffen. Vgl. Bollinger, Structure…, S. 51f.

93 Vgl. Bollinger, Structure, S. 42; Hohler, Anspruch oder Schuldspruch, S. 208.

94 Hohler, Anspruch oder Schuldspruch, S. 208 (Hervorhebung im Original).

Migros-Genossenschaftsbund andererseits offensichtlich zu sein.[95] So versteht sich im Allgemeinen das Epitheton „unabhängig“ vielmehr als ein von den Zeitungen selbst verliehenes Gütesiegel, das für eine objektive, faktentreue Berichterstattung zu bürgen vorgibt. Die hier angesprochenen Trends zeigen zum einen eine deutliche Distanzierung von den Dogmen der Partei, zum anderen sind sie im Rahmen einer marktpolitischen Strategie zur Akquisition von Lesern zu verstehen.[96]

Götsch war aber jedenfalls nicht der Einzige, der den umstrittenen Begriff mied. James Schwarzenbach, der nach seinem Bruch mit der Nationalen Aktion die Zeitung „Republikaner“ im November 1970 erneut zum Leben erweckte, wollte dieses Blatt nicht als Organ seiner frisch gegründeten SRB verstanden wissen, sondern als sein persönliches Sprachrohr.[97] Er hatte 1961 die Zeitschrift günstig erworben. Der „Republikaner“ blickte damals auf eine langjährige Vergangenheit im Dienste des radikalen Liberalismus zurück.[98] Zu Beginn der Helvetischen Republik von Paul Usteri und Johann Konrad Escher (von der Lindt) gegründet, musste sie dann in der Mediationszeit und während der Restauration eingestellt werden, bis die Regeneration die nötigen Voraussetzungen für ihre Neulancierung schuf und die Zeitung dann in ihren radikalen Forderungen die „Neue Zürcher Zeitung“ übertraf.[99] In den 1840er-Jahren befand sich die Zeitung unter dem Einfluss des deutschen Radikalen Julius Fröbel, der mit Linkshegelianern in Kontakt stand.[100] Unter dem Besitz, der Herausgeberschaft und der redaktionellen Führung des antiliberalen Schwarzenbach waren das Einzige, was an deren glorreiche Zeit erinnerte, noch das Gründungsjahr 1798 im Untertitel der Zeitung sowie die in der Nachkriegszeit durchaus als unzeitgemäß erkennbare, wirtschaftlich unrentable, rudimentäre und romantische Einstellung, auf Inserate ganz zu verzichten, um sein Image als unabhängiger Einzelkämpfer zu pflegen.[101]

Schwarzenbach hatte ein besonderes Interesse daran, seine Zeitung nicht als politisches Blatt durchgehen zu lassen. Im Vorfeld der Nationalratswahlen von 1963, das heißt, jenen letzten Wahlen vor seiner Kandidatur im Jahre 1967, ließ er ein Flugblatt mit dem Titel *Stimmbürger oder Stimmvieh – das ist die Frage!* drucken und es in alle Briefkästen der Stadt Zürich und näheren Umgebung verteilen. Das Flugblatt beabsichtigte in einem paternalistischen Ton, das Zürcher Stimmvolk zu beeinflussen und es dazu zu animieren, keine Wirtschaftsvertreter, Gewerkschaftssekretäre, Verwaltungs- und Justizbeamte zu wählen, beziehungsweise solche aus der Liste zu streichen, und

95 Vgl. Hosang, Parteien und Presse, S. 122f.
96 Vgl. Bollinger, Structure…, S. 43.
97 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!“, S. 135.
98 Vgl. Urech, Zur Ideologie…, S. 46.
99 Vgl. Bollinger, Der Republikaner.
100 Vgl. Vuilleumier, De l’usage du communisme…, 50f.
101 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!“…, S. 135f.

stattdessen „freie Männer“ einzutragen. Auch Medienschaffende gerieten dabei ins Visier von Schwarzenbach: „Streiche alle Redaktoren und Herausgeber der politischen Tageszeitungen! Die politische Tagespresse erdrosselt bei uns die Meinungsfreiheit.“[102] Obwohl sein „Republikaner“ nie im Entferntesten die Erscheinungshäufigkeit einer Tageszeitung erreichte, war es für ihn wichtig, kein Opfer der Jahre zuvor von ihm selbst praktizierten „Filzsäuberungsaktion“ zu werden und deshalb die Bezeichnung „Parteiblatt“ abzulehnen und zu verleugnen.

Auch die „Neue Zürcher Zeitung“ bemühte sich in einer Festschrift zu Ehren ihres Chefredakteurs und freisinnigen Politikers Willy Bretscher, die Distanz zwischen Zeitung und Partei zu betonen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ sei also kein „freisinniges Hoforgan“, vielmehr bestehe eine „freie Partnerschaft“ zwischen den beiden.[103] Ebenso wahr sei allerdings das Bekenntnis der Tageszeitung zur liberalen Tradition, heißt es in einem anderen Aufsatz desselben Sammelbandes. In eine ähnliche Richtung geht Aschingers Argumentation, wenn er behauptet:

> Die ‚NZZ‘ ist eben kein Organ der [Freisinnigen] Partei. Sie verfolgt zwar, wie dies der Präsident des Verwaltungskomitees anläßlich der Generalversammlung der ‚NZZ‘ vom Jahre 1947 umschrieben hat, die freisinnige Linie, aber ohne irgendwelche rechtliche Bindung an die Partei, und sie legt die redaktionelle Richtlinie in aller Unabhängigkeit fest.[104]

Wie weiter unten dargelegt werden soll, bestand sehr wohl eine rechtliche Bindung zwischen Partei und Zeitung, die sich auf der Ebene der Besitzstruktur artikulierte.

Trotz der scheinbaren Emanzipation politischer Medien von ihren Mutterparteien ist es dennoch sinnvoll, von sozialdemokratischer, liberaler, konservativer oder katholischer Presse zu sprechen, denn letzten Endes fand ja im engeren Sinne keine ideologische Trennung statt, sondern vielmehr „Veränderungen in den identitätsversichernden Differenzsemantiken in der politischen Kommunikation“.[105]

Hingegen stellt man eine Bemühung um eine Typologisierung von Zeitungsgattungen fest. Im 1975 vom Publizistischen Seminar der Universität Zürich herausgegebenen Heft *Begriffsumschreibungen zur Presseförderung* wird zwischen „Meinungspresse“, „Gesinnungspresse“, „parteinaher Presse“, „Parteizeitung“ und „politischer Presse“ unterschieden. Diese Unterscheidungen sind zwar minutiös, allerdings nicht immer eindeutig zuordenbar.[106] Dem Terminus „Richtungs- oder Gesinnungspresse“ kommt eine übergreifende kategorisierende Stellung zu:

---

102 Zit. nach: ebd., S. 67.

103 Reich, Die „NZZ“ und der schweizerische Freisinn, S. 31.

104 Aschinger, Verpflichtung und Unabhängigkeit…, S. 147

105 Vgl. Imhof, Entstabilisierungen, S. 37.

106 Vgl. Jäger/Padrutt/Wili, Begriffsumschreibungen zur Presseförderung, S. 31.

> Unter dem schwer zu definierenden Begriff der Richtungs- oder Gesinnungspresse werden die Organe der Parteipresse, der parteinahen Presse, die Presse der Wirtschaftsverbände und kirchlicher oder sonstwie weltanschaulicher Gruppen verstanden; diese Zeitungen vertreten den Standpunkt von Gruppen und erfüllen die Funktion der Meinungsbildung und Meinungsabstimmung unter den Gruppenmitgliedern, zugleich repräsentieren sie diese Gruppen in der Öffentlichkeit.[107]

Aus der folgenden Definition der „politischen Medien“ folgt, dass die meisten relevanten Meinungsmacher wie die „Neue Zürcher Zeitung“, der „Tages-Anzeiger“ oder „die Tat“ unter diesem Begriff zu verorten sind.

> Alle Zeitungen und Zeitschriften sind an sich politische Medien, indem sie die Gesamtgesellschaft durch ihre Funktionen mitgestalten; sie machen die verschiedensten Sachverhalte öffentlich und dringlich. Dennoch ist im engeren Sinne von Politischer Presse nur dann zu sprechen, wenn sich Zeitungen oder Zeitschriften in referierender oder kommentierender Form ‚mit den wesentlichsten Formen des öffentlichen Lebens, insbesondere auch der Politik bzw. aller jener Fragen, deren Lösung der Leser als Stimmbürger mitzuverantworten hat‘ (Josef Jäger) befassen.[108]

Die Autoren behaupten ferner, dies würde auf das deutsche Boulevardblatt „Bild-Zeitung“ zutreffen, nicht aber auf den einheimischen „Blick“. Letzterem wurde also eine gewisse Dignität abgesprochen. Mit den folgenden Begriffsdefinitionen vollzieht sich eine weitere Feinskalierung, welche die parteinahe „Neue Zürcher Zeitung“ vom parteilosgelösten „Tages-Anzeiger“ unterscheidet:

> Parteinahe oder parteiverbundene Zeitungen sind durch enge personelle Beziehungen auf verlegerischer und redaktioneller Ebene zu der ihnen verbundenen Partei gekennzeichnet, ohne dass jedoch ein Abhängigkeitsverhältnis bestehen würde. Die Bindung manifestiert sich in der Bevorzugung und Unterstützung dieser politischen Gruppe, wobei das Blatt nicht an die Parteidisziplin gebunden ist.[109]

Die Loslösung der Zeitung von parteipolitischen Fesseln war ein Merkmal der Modernisierungstendenzen in der Schweizer Medienlandschaft der Nachkriegszeit. Beispielhaft für eine solche Entwicklung war die katholische Tageszeitung „Vaterland“, bei welcher das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) eine Zäsur darstellte und zu einer Neuorientierung ihrer bisherigen Rolle als Zentralorgan der Katholisch-Konservativen bewog.[110]

Die Begriffsumschreibung unter Padrutts Leitung wird nun mit der Erläuterung des überholten Formats der Parteizeitung ergänzt:

---

107 Ebd., S. 52.
108 Ebd., S. 43.
109 Ebd., S. 39f.
110 Vgl. Luginbühl, Vom „Zentralorgan“..., S. 148. Zum Einfluss des Zweiten Vatikanums auf die Schweizer Christdemokratie siehe Rohner, Der Weg zur Schweizer Christdemokratie, S. 189ff.

> Als Parteizeitung bezeichnet man Organe einer politischen Gruppe, die durch vertragliche Vereinbarungen zur Vertretung der Politik dieser Gruppe verpflichtet und juristisch oder faktisch an sie gebunden sind, weshalb auch von parteigebundenen Zeitungen gesprochen wird. Parteiblätter sind – im Gegensatz zu parteinahen oder parteiverbundenen Zeitungen – in der redaktionellen Politik und auch im Anzeigenteil Verfechter der Parteilinie; sie unterstehen der Parteidisziplin.[111]

Im Gegenzug etablierte sich in dieser Zeit als auflagenstärkste Zeitung der Schweiz der 1959 erstmals erschienene „Blick“ trotz der virulenten Kritik seitens der traditionellen und strukturkonservativen Presse.[112] Dabei wurde das Boulevardblatt als unschweizerisches Format und Eindringling empfunden. Eine wichtige Feuertaufe im politischen Sinn erlebte es 1963 als es sehr zum Missfallen der traditionellen Medien, der neu gegründeten „Partei gegen die Überfremdung durch Südländer“ Aufmerksamkeit schenkte.[113] In diesem Sinne leistete der „Blick“ eine Pionierarbeit in Bezug auf die Überfremdungsfrage, die bis Mitte der siebziger Jahre die Schweizer Innenpolitik dominieren sollte. Nur schon aus diesem Grund verdient der „Blick“, zur Meinungspresse dazugezählt zu werden. Gaetano Romano kondensierte das Merkmal der allgemeinen Boulevardzeitung beziehungsweise des „Blick“ im Speziellen folgendermaßen: „‚Blick‘ verleiht der *Logik mündlicher Kommunikation* die Dignität des *Schriftlichen*.“[114] Dazu verwende er eine mnemonisch optimiertere Sprache, die sich durch einfache Schemata, die Akzentuierung eines Protagonisten (Personalisierung) und die Aneinanderreihung kompakter Handlungssequenzen (Narrativierung) kennzeichnet. Die neuen Medien Radio und Fernsehen stünden am Anfang einer sogenannten „sekundären Reorganisierung“,[115] welche in der Boulevardisierung der gedruckten Massenmedien ihren Höhepunkt erreicht habe. Die virulente Kritik an diesem neuen Zeitungsformat der frühen sechziger Jahre erreichte auch die graue Literatur und die Elfenbeintürme der Limmatstadt. In seiner 1974 von Padrutt betreuten Dissertation grenzte Hosang „politische“ von „unpolitischen Zeitungen“ ab, wobei er Boulevardzeitungen und Anzeiger zu letzterer Kategorie zählte. Ferner charakterisierte er Boulevardzeitungen als Blätter, die „weitgehend auf politische Information und Kommentierung verzicht[en].“[116] Im bereits zitierten zweiten Band der von Padrutt ins Leben gerufenen publizistikwissenschaftlichen Reihe „Diskussionspunkte“ ist in einer von ihm selbst verfassten Definition unter anderem von der „gewollt saloppen und burschikosen Sprache“ der Boulevardzeitungen die Rede sowie von der

111 Jäger/Padrutt/Wili, Begriffsumschreibungen zur Presseförderung, S. 41.
112 Vgl. ebd., S. 18f. und S. 26. sowie Wellmann, Die Boulevardzeitung „Blick“…, S. 210.
113 Vgl. Romano, Die Überfremdungsbewegung…, 146f.
114 Ebd., S. 152 (Hervorhebung im Original).
115 Ebd., S. 153.
116 Hosang, Parteien und Presse, S. 35.

Verdrängung sozial relevanter Thematiken wie Politik und Wirtschaft.[117] Es stellt sich die Frage, inwiefern diese Eigenschaft tatsächlich auf den „Blick" zutrifft. Thommen geht dabei in seinem kleinen „Vademekum des Recht-Tuns und des Recht-Seins" etwas weiter und zweifelt sogar an der moralischen Integrität von Boulevardzeitungen.[118] Was mit paternalistischen Tönen geäußert wird, ist eine weit verbreitete Ablehnung von „vermischten Meldungen", den sogenannten *fait divers*; eine schwer zu umfassende Kategorie der Publizistik, die man als eine bestimmte mediale Inszenierung umschreiben könnte,[119] die ihren Ursprung bereits im Spätmittelalter hatte, sich aber erst im Laufe des 19. Jahrhunderts zu dem entwickelte,[120] was man heute darunter versteht. Zu den gelehrten Kritikern dieses literarischen Zeitungsstils gehört unter anderem Pierre Bourdieu.[121] Auch Michel Foucault sah in den vermischten Meldungen mehr als nur eine verwerfliche Medienpraxis, nämlich ein propagandistisches Mittel zur Repression durch die Verbreitung eines Angstklimas.[122]

Das Erlebnis eines spanischen Immigranten zeigt allerdings auf manifeste Weise, dass der „Blick" unter Gastarbeitern nicht mit den soeben dargelegten negativen Konnotationen behaftet war. Der im RML-Blatt „Rojo" publizierte Brief des illegalen Einwanderers Indalecio Rodríguez misst dem „Blick" nämlich eine außergewöhnliche Rolle bei. Dieser ausführliche Brief erzählt die Peripetien eines Spaniers, der sich auf Anraten des spanischen Generalkonsulates in Zürich an den Schweizer Hotellerie-Verband wandte.[123]

117 Jäger/Padrutt/Wili, Begriffsumschreibungen zur Presseförderung, S. 4.

118 Vgl. Thommen, Presse zwischen Freiheit und Verantwortung, S. 15.

119 Vgl. Dubied, Les faits divers, S. 5f.

120 Vgl. Dubied/Lits, Le fait divers, S. 20.

121 Bourdieu, Über das Fernsehen, S. 22f.; vgl. Dubied, Les faits divers, S. 28.

122 Vgl. Foucault, Überwachen und Strafen, S. 368f.; Dubied, Les faits divers, S. 28.

123 Vgl. Indalecio Rodríguez, Carta de un clandestino, in: Rojo, Nr. 5, 15. März 1974, S. 13. Im spanischen Generalkonsulat vermittelte man ihm eine Stelle im Restaurant „Schutzemburg" [sic! vermutlich Schützenburg]. Dort sprach er mit dem Arbeitgeber, der ihm einen Monatslohn von 750 Franken versprach und ihn anwies, im Falle einer Polizeikontrolle seine Anstellung im Restaurant zu verschweigen. Einige Tage später, nachdem er zehn Tage lang ununterbrochen gearbeitet hatte und sich nun in seinem im ersten Stock des Restaurants gelegenen Zimmer einige Ruhestunden gönnte, wurde er mit Gewalt aufgefordert, plötzlich einzuspringen. Angesichts des groben Umganges beschloss Rodríguez, die Stelle zu verlassen und verlangte seinen Lohn. Darauf drohte ihm der Arbeitgeber, die Polizei anzurufen, was Rodríguez kalt ließ. Der Arbeitgeber verbot ihm, das Restaurant zu verlassen, doch als er aus dem Fenster schrie, jemand solle die Polizei rufen, beschloss er, ihn rauszuwerfen. Beim Gerangel mit dem Koch fiel Rodríguez' Portemonnaie zu Boden und er konnte es nicht mehr auflesen. Wegen einer Verletzung oberhalb des linken Auges ließ er sich ins Spital fahren und begab sich darauf zum spanischen Generalkonsulat, das aber geschlossen war. Erst dann begab er sich in die Redaktion des „Blick", von wo aus die Polizei angerufen wurde. Der Ausgang des Spaniers Odyssee

Es stellt sich offensichtlich heraus, dass die Publizistikwissenschaft um Padrutt darum bemüht war, die Boulevardpresse durch eine abwertende Definition anzuschwärzen und somit die virulente „Blick"-Kritik der ersten Stunde durch akademische Mittel fortzusetzen. Anders als zum Zeitpunkt der Genese des Schweizer Boulevardblattes hatte sich dieses Format sehr zum Missfallen der „alten Dame von der Falkenstrasse" als Erfolgsrezept etabliert, und Padrutt gab einen Beweis seiner Loyalität gegenüber der „Neuen Zürcher Zeitung". In Wirklichkeit kann man eine Entwicklung beim „Blick" konstatieren, die sich ins Schweizer Journalismus-Verständnis jener Zeit bestens einschreibt. In ihm lassen sich zuweilen Tendenzen eines investigativen oder politischen Journalismus und auch eine linksliberale Weltanschauung erkennen.[124]

Ein zweites Fazit betrifft den Begriff „Parteipresse" beziehungsweise „Parteizeitung", der Ende der sechziger Jahre aber vielleicht schon früher zu einem Unwort verkommen war, das in seiner Konnotation entfernt an totalitäre Zeiten und Ideen erinnerte, die jeglichem Modernisierungskonzept im Wege stand. Tatsächliche Parteizeitungen wie die „Zürcher AZ" und „Der Republikaner" mieden diesen Begriff, während andere einen deutlicheren Prozess der Emanzipation von der Mutterpartei wagten.

Die Betrachtung von Zeitungen als konstitutives Element der modernen Kommunikationsgesellschaft darf uns nicht davon abhalten, sie auch als wirtschaftliche Entitäten, also als gewerbsmäßig produzierte Blätter aufzufassen,[125] das heißt, als Zeitungen, die sich im Besitz von Parteien, Gewerkschaften, Privatpersonen oder Mediengruppen befinden, und als Druckwerke, die den Konjunkturschwankungen des freien Marktes ausgesetzt sind. Insofern sind die Zeitungsleser Kunden, deren Quantität Priorität vor der Qualität der Zeitungsinhalte hat.[126] Peter Dürrenmatt sah den Konflikt zwischen dem „geistigen Ziel und den Erfordernissen des Marktes bei einem Zeitungsunternehmen" am Beispiel der Typen Boulevardzeitung und illustrierter Blätter besonders deutlich.[127]

Seit Mitte der sechziger Jahre war die Abhängigkeit der Printmedien vom Werbemarkt deutlich angestiegen, sodass Ende des Jahrzehnts die Inserate 74% der

---

ist nicht weiter von Belang, doch die Erzählung zeigt, dass der „Blick" unter Einwanderern eine besondere Stellung innehatte, die man mit der Rolle einer „unabhängigen Ombudsstelle" vergleichen könnte. Bei den Einwanderern genoss also die Boulevardzeitung durchaus eine gewisse Hochachtung, die ihr seitens der Eliten und der traditionellen Zeitungen verwehrt blieb.

124 Vgl. Meier/Häussler, Zwischen Masse, Markt und Macht, Bd. I, S. 473f.

125 Vgl. Brendel/Grobe, Journalistisches Grundwissen, S. 18. Laut Bollinger ist die stärkere Fokussierung der Zeitung auf ihre wirtschaftliche Komponente unter anderem auf den Erfolg der Boulevardzeitung zurückzuführen. Vgl. Bollinger, L'image structurelle…, S. 102.

126 Vgl. Brendel/Grobe, Journalistisches Grundwissen, S. 19; Bourdieu, Über das Fernsehen, S. 103–106.

127 Dürrenmatt, Wie frei ist die Presse, S. 181.

Gesamteinnahmen ausmachten.[128] Bereits vor der Energiekrise mussten mehrere Parteizeitungen ihren Erscheinungsrhythmus senken. Manche wurden zu Wochenzeitungen während andere sogar ganz von der Bildfläche verschwanden.[129] Auch weniger stark unter der Ägide einer Partei stehende Blätter mussten ihre Erscheinungshäufigkeit nach unten korrigieren, wie zum Beispiel die „Neue Zürcher Zeitung", welche zuerst 1969 von drei auf zwei, dann 1974 von zwei auf eine einzige tägliche Blattausgabe reduzierte.[130] „Der Bund" hob ebenfalls bereits 1967 seine Spätausgabe auf und unterwarf sich somit der dominanten Rolle der neuen Medien.[131] Von der Krise verschont wurde auch der Zofinger Medienkonzern Ringier & Cie. nicht, Besitzer der beiden erfolgreichen Zeitungen „Blick" und „Sonntagsblick", dessen übrige Produkte immer stärker sanken.[132]

Von der Erdölkrise und dem dadurch verursachten Einbruch der Inserateneinnahmen betroffen, fusionierten 1977 die noch relativ starke, linksliberale „National-Zeitung" und die von einem Konsortium bestehend aus der Schweizerischen Bankgesellschaft, der Bank Sarasin, den Chemiekonzernen Ciba Geigy und Sandoz sowie Basler Versicherungsgesellschaften finanzierten, liberalen „Basler Nachrichten" zur parteiunabhängigen, dennoch sich dem „fortschrittlichen Liberalismus verschriebenen"[133] „Basler Zeitung".[134] Die Ankündigung der Fusion schlug hohe Wellen: 1800 beziehungsweise 600 Leser kündigten ihre Abonnements bei den „Basler Nachrichten" beziehungsweise der „National-Zeitung"[135] und 800 davon wandten sich der „Neuen Zürcher Zeitung" zu.[136]

Die älteste Zeitung der Deutschschweiz gehörte nominell der AG für die Neue Zürcher Zeitung, die wiederum fest in den Händen Zürcher freisinniger Aktionäre lag.[137] Eng mit dem Freisinn verbunden war auch deren Chefredakteur Fred Luchsinger (1921–2009),[138] der von 1968 bis 1984 die Zeitung prägte und aktives Vorstandsmitglied der FDP des Kantons Zürich war.[139] Die welsche Parteilandschaft war bis 1982 von der Pressegruppe Lousonna SA Financière dominiert, der die auflagenstarken Tageszeitungen „24 heures", „La Tribune – Le Matin" und „La Suisse" gehörten.[140]

128 Vgl. Meier/Häussler, Zwischen Masse, Markt und Macht, Bd. II, S. 636.
129 Vgl. Bollinger, Structure…, S. 44.
130 Vgl. Meyer, Das Unternehmen NZZ, S. 196f.
131 Vgl. Bollinger, L'image structurelle…, S. 106.
132 Vgl. Meier/Häussler, Zwischen Masse, Markt und Macht, Bd. II, S. 636.
133 Zit. nach Bollinger, Faits…, S. 143.
134 Vgl. ebd., S. 43, 92 u. 142.
135 Vgl. ebd., S. 143.
136 Vgl. Meyer, Das Unternehmen NZZ, S. 201.
137 Vgl. Bollinger, Faits…, S. 178; Aschinger, Verpflichtung und Unabhängigkeit…, S. 146.
138 Vgl. Scherrer, Fred Luchsinger.
139 Vgl. Maissen, Die Geschichte der NZZ, S. 185.
140 Vgl. Bollinger, Faits…, S. 176–178; Bollinger, Structure…, S. 96.

Im Jahre 1982 wurde diese Firma durch ihre drei Aktionäre, Marc Lamunière, Jean-Claude Nicole und Jean-Marc Payot, umstrukturiert und deren Geschäft auf das Vertriebswesen beschränkt.[141] Weitere Mediengruppen im Besitz von Regionalzeitungen waren die Berner Zeitung AG mit Sitz in Bern,[142] welche das gleichnamige, mit der SVP sympathisierende Blatt besaß, und die Zollikofer S. A. mit Sitz in St. Gallen, Inhaberin des freisinnigen „St. Galler Tagblatt".[143]

4.3 Radio und Fernsehen

Die Einführung des Fernsehens hatte das Radio allmählich zum Begleitmedium degradiert und den Untergang der Schweizer Filmwochenschau (SFW) eingeleitet.[144] Zwar hatte der beginnende Kalte Krieg das Fortbestehen dieser als Gegenspielerin der nationalsozialistischen „Deutschen Wochenschau" konzipierten Institution legitimiert, was ihren Beigeschmack als propagandistisches Instrument der geistigen Landesverteidigung erklärt, doch konnte sie mit der Tagesaktualität der Fernseh-„Tagesschau"[145] längerfristig nicht mithalten.[146] 1975 wurde sie endgültig abgeschafft.

Das Schweizer Fernsehen war wie in den übrigen europäischen Ländern organisatorisch eng mit dem Radio verknüpft.[147] Die Geburt und Implementierung des Fernsehens bewirkte einen Nutzungsrückgang bei den Zeitungen und leitete gewissermaßen, unter der Perspektive des aus der Ökonomie entliehenen Produkt-Lebenszyklus-Modells,

141 Vgl. Bollinger, Faits…, S. 178.

142 Vgl. ebd., 180.

143 Vgl. Bollinger, Structure…, S. 48; Göldi, St. Galler Tagblatt.

144 Vgl. Gerber, Die Schweizer Filmwochenschau, S. 11f.

145 1952 wurde erstmals über eine Zusammenarbeit zwischen der SFW und der SRG im Zuge des ersten Fernsehversuchsbetriebs diskutiert. Nach zahlreichen Debatten willigten die Vertreter der Wochenschau ein, dem Fernsehen nach Ablauf der Spielzeit in den Kinos SFW-Material kostenlos zu Verfügung zu stellen. Bei den SFW-Vertretern kamen allmählich Ängste hoch, die den Fortbestand der Existenzberechtigung des Formats infrage stellten. Grund dafür war unter anderem die bundesrätliche Zulassung von Fernsehgeräten in öffentlichen Lokalen. Gegen eine Gefährdung sprach hingegen die hohe Qualität der „Tagesschau". Als dann das Schweizer Fernsehen 1958 seinen definitiven Betrieb aufnahm, plädierten auch Stimmen im Parlament für eine engere Zusammenarbeit zwischen Fernsehen und Wochenschau. Diese kam allerdings so wie sie von den SFW-Vertretern vorgeschlagen wurde, aus technischen, organisatorischen und zielsetzungsbedingten Gründen nie zustande. Vgl. Fränkel, Bilder der „sonntäglichen" Schweiz, S. 35f.

146 Vgl. Gerber, Die Schweizer Filmwochenschau, S. 11f.; Fränkel, Bilder der „sonntäglichen" Schweiz, S. 52–60.

147 Vgl. Ganz-Blättler/Mäusli, Fernsehen, Sp. 477; Hickethier, Europa und die Wirklichkeiten…, S. 155.

deren Degenerationsphase ein.[148] Vor dem Hintergrund des neuen Mediums musste auch die Presse ihre gesellschaftliche Rolle überdenken. Ein Vergleich der drei Medien Zeitung, Radio und Fernsehen aus dem Jahre 1967 hob einerseits den Vorteil der Presse hervor, sich individuellen Konsumbedürfnissen der Leser besser anzupassen sowie dasjenige nach Überblick stillen zu können – ein Bedürfnis, „das steigt in einer Zeit, in der die Welt vielfach als immer weniger überblickbar empfunden wird".[149] Es fehlte auch nicht an Einwänden gegen das Fernsehen bezüglich der Qualität seines Informationswesens oder an unaufhörlichen Tiraden gegen die Boulevardpresse. Unter dem Einfluss des Fernsehens hätten manche Zeitungen neue Leserschaften suchen müssen und ihre Inhalte stärker auf Unterhaltung ausgerichtet.[150] Kritik an der Simplifizierung und vermeintlichen Verdrehung der durch das Fernsehen vermittelten Botschaften setzte schon früh ein. Als der Bundesrat 1956 Radio und Fernsehen in einem Verfassungsartikel verankern wollte, mobilisierten sich die soziale Elite und die *Intelligentsia* der Schweiz gegen das Vorhaben mit der Begründung, die Landesregierung wolle mit dieser Politik „falsche Bedürfnisse […] schaffen und einer […] überflüssigen Erfindung den Weg […] ebnen".[151] Der Radio- und Fernsehartikel wurde Anfang März 1957 von einer knappen Mehrheit der Stimmbevölkerung verworfen.

Fernsehkritik war schon damals ein weit verbreitetes intellektuelles Phänomen. Adorno sah im jüngsten Medium die Sublimation der Konsumindustrie und eine um sich greifende geistige Verarmung der Bevölkerung.[152] Der kritische Blick auf die Television bewog auch in den USA dazu, die Fernsehberichterstattung in Bezug auf „Manipulation" zu hinterfragen. Der amerikanische Mediensoziologe David L. Altheide gab in seiner 1976 erschienenen Monografie seine Einwände folgendermaßen kund: „I argue that the organizational, practical, and other mundane features of newswork promote a way of looking at events which fundamentally distorts them".[153] Weiter erkannte er in der durch die Medienschaffenden vorgenommenen Selektion oder Trennung von mitteilungswürdigen Nachrichten von solchen, die nicht relevant sind, eine transzendentale Bedeutung: „As long as many of these images come from TV news,

---

148 Vgl. Kiefer, Tendenzen und Wandlungen…, S. 94f.

149 Schiesser, Die Presse im Wettbewerb mit Radio und Fernsehen, S. 72. Auch Thommen betont die Vorteile der Presse: „In absoluten Zahlen stehen naturgemäß Radio und Television noch immer weit hinter der Presse zurück, die nach wie vor sehr viel mehr *‚informierte Einheiten'* anspricht." Zwischen den drei Medien dürfte also kein Konkurrenz-, sondern ein Ergänzungsverhältnis bestehen. Siehe Thommen, Die Schweizer Presse…, S. 15 (Hervorhebung im Original).

150 Richner, Verantwortung aus Engagement, S. 14.

151 Ehnimb-Bertini, Jahre des Wachstums, S. 185.

152 Vgl. Adorno, Eingriffe, S. 74f.

153 Altheide, Creating reality, S. 24. Eine vergleichbare Kritik hatte Umberto Eco einige Jahre davor geübt. Vgl. Eco, Il costume di casa, S. 26–36.

then the work of transforming events into news is an act of power that touches us all."[154] Luhmann behauptete hingegen, diese Entscheidungsfreiheit sei viel geringer als oft vermutet, um vielmehr von der Selektion als einem Prinzip zur größeren Verständlichkeit und Reichweite der Information zu sprechen.[155] Auch Pierre Bourdieu schloss sich der scharfen Kritik am Fernsehen an und sprach dabei von dessen „banalisierender Kraft". Die Fernsehberichterstattung sei darauf bedacht, möglichst keine Probleme zutage zu bringen; die Fernsehjournalisten würden also eine „*erbarmungslose* Zensur" ausüben.[156] Der italienische Semiotiker und Schriftsteller Umberto Eco befasste sich seinerseits in seinen frühen Jahren mit der Kritik an den Massenmedien. In seiner 1964 erstmals erschienenen Aufsatzsammlung *Apocalittici e integrati* behandelte er unter anderem eine Reihe von Vorwürfen gegen die Massenkultur, die er dann in demselben Werk relativierte und revidierte. Zu Ecos Kritikpunkten, die er als *cahier de doléances* umschrieb, gehörten beispielsweise, dass sich Massenmedien an ein heterogenes Publikum mit Geschmacksdurchschnitt wenden und daher jegliche Originalität vermeiden würden.[157] Ferner habe dieses Publikum kein Selbstbewusstsein als wohldefinierte soziale Gruppe und könne deshalb keine Forderungen an die Produzenten von Massenkultur stellen. Die Verwirtschaftlichung der Massenmedien sah Eco dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen. Massenmedien würden also dem Publikum das anbieten, was es konsumieren möchte. Selbst wenn sie auch hochkulturelle Produkte verbreiten, so täten sie dies in einer stark kondensierten Form, also in einer „Formel". Unter dem Mantel eines angeblich vorurteilsfreien Verhaltens verberge sich, so Eco, der absolute Konformismus, der darauf abzielt, offizielle Modelle und Verhaltensnormen bezüglich Religion, Politik, Kultur und Gesellschaft zu begünstigen.

Das Fernsehen verwandelte sich in den fünfziger und sechziger Jahren zwar in ein doppeltes Symbol der Modernität, das heißt, durch seine moderne Technik empfingen die Zuschauer auch Bilder des modernen Lebenswandels einer neuen Konsumgesellschaft.[158] Gleichzeitig wurde allerdings dessen Implementierung in Westeuropa und Nordamerika als ein Mittel genutzt, um konservative, paternalistische und patriotische Werte zu verbreiten.[159] Im konkreten Fall der Schweiz lässt sich dies an der Bedeutung erkennen, die der geistigen Landesverteidigung im konzeptionellen Bereich beigemessen wurde.[160]

154 Altheide, Creating reality, S. 11f.
155 Vgl. Luhmann, Die Realität der Massenmedien, S. 42.
156 Bourdieu, Über das Fernsehen, S. 67.
157 Vgl. Eco, Apocalittici e integrati, S. 35–39.
158 Vgl. Hickethier, Europa und die Wirklichkeiten…, S. 154.
159 Vgl. Fickers, The Emergence of Television as a Conservative Media Revolution, S. 52–55 u. 60–73.
160 Vgl. Aziz/Piattini, Servizo pubblico…, S. 142, 150 u. 175; Müller, Technik zwischen Programm, Kultur und Politik, S. 219 u. 229; Gysin, Qualität und Quote, S. 274.

Wie bereits gesagt, war die Einführung des Fernsehens in der Schweiz mit Skepsis verbunden.[161] Aus wirtschaftlicher Sicht begegneten die Zeitungsverleger der Einführung des neuen Mediums mit Feindseligkeit. Um ihre Werbeeinnahmen zu sichern, zahlten sie der SRG zwei Millionen Franken jährlich. Als Gegenleistung verzichtete die SRG auf die Ausstrahlung von Werbung. Erst ab dem Jahre 1965 durften dank der neuen Konzession im Fernsehen Werbespots ausgestrahlt werden.[162]

Im Gegensatz zu den Printmedien stand bei den elektronischen Medien der politisch-institutionelle Charakter im Vordergrund, denn anders als für die liberal institutionalisierten Zeitungen, wurde für den Rundfunk aufgrund der Frequenzknappheit eine politische Kontrolle erwogen.[163] Die frequenzbedingten Rahmenbedingungen beeinflussten wiederum die Rezeption, die orts- und zeitabhängig wurde.[164] In der Schweiz etablierte sich für das Fernsehen das Modell einer öffentlich-rechtlichen staatsunabhängigen Körperschaft ähnlich wie in Schweden, Dänemark, Norwegen, der BRD und Österreich.[165] Das Modell des Staatsfernsehens wurde hingegen in Ländern wie Spanien, Portugal, Italien und Frankreich eingeführt.

Für das Radio bedeutete die Einführung des Fernsehbetriebs eine Neuformulierung seiner gesellschaftlichen Funktion. Ein Expertenbericht aus dem Jahre 1958 plädierte für eine gegenseitige Ergänzung der beiden elektronischen Medien. Während das Fernsehen noch bis Ende der siebziger Jahre vorzugsweise am Abend konsumiert wurde, erstreckte sich die Radiosendezeit von 6:00 Uhr morgens bis 23:30 Uhr. Das portable Transistorradio der sechziger Jahre ermöglichte zudem ein ortsunabhängiges Rundfunkhören, was einen deutlichen Vorteil gegenüber dem Fernsehen darstellte.[166] In den siebziger Jahren war die Einführung der Stereofonie ein wichtiger Aspekt in der technischen Entwicklung des Radios.[167]

In der vom Bund an die SRG erteilten Konzession vom 27. Oktober 1964 wurden Bestimmungen über Ressourcen, Aufgaben und Befugnisse festgelegt. Artikel 13 ging rigoros auf die Ziele und Richtlinien ein, welche die Förderung der „kulturellen Werte des Landes“ und einen Beitrag zur „geistigen, sittlichen, religiösen, staatsbürgerlichen und künstlerischen Bildung“ vorsahen.[168] Der zweite Abschnitt wies auf die mögliche Gefährdung der Schweiz durch unpassende Sendungsinhalte hin: „Sendungen,

161 Vgl. Schiesser, Die Presse im Wettbewerb mit Radio und Fernsehen, S. 67.
162 Vgl. Vallotton, Anastasie ou Cassandre? S. 38f.; Ehnimb-Bertini, Jahre des Wachstums, S. 176.
163 Vgl. Ganz-Blättler/Saxer, Fernsehen DRS, S. 21; Dürrenmatt, Wie frei ist die Presse? S. 209f.
164 Vgl. Ganz-Blättler/Saxer, Fernsehen DRS, S. 5.
165 Vgl. Hickethier, Europa und die Wirklichkeiten…, S. 155.
166 Vgl. Vallotton, Anastasie ou Cassandre? S. 39f.; Schade, Die SRG auf dem Weg…, S. 347.
167 Vgl. Drack, Radio und Fernsehen, S. 113.
168 Konzession für die Benützung der elektrischen und radioelektrischen Einrichtungen der Schweizerischen Post-, Telephon- und Telegraphenbetriebe zur öffentlichen Verbreitung von Radio- und Fernsehprogrammen, 27. Oktober 1964, in: BBl, Bd. 2, 1964, S. 1155–1164.

welche geeignet sind, die innere oder äussere Sicherheit des Bundes oder der Kantone, ihre verfassungsmässige Ordnung oder die völkerrechtlichen Beziehungen der Schweiz zu gefährden, sind unzulässig."[169] Hier zeigt sich, dass der Bund gewillt war, die Kontrolle über die Radio- und Fernsehprogramme auszuüben, beziehungsweise die Programmfreiheit der SRG durch ein staatsräsonmotiviertes Korsett einzuengen.

Eine konkrete Episode dient als Beispiel dazu, wie sehr Artikel 13 ernst genommen und effektiv angewendet wurde: Bereits im November 1965 wurde die Ausstrahlung des Dokumentarfilms *Ach, Herr Salazar* über das portugiesische Regime kurzfristig abgeblasen.[170] Der Zürcher Schriftsteller und Journalist Hugo Loetscher, Autor des besagten Films und der gleichnamigen politischen Elegie,[171] verarbeitete den polemischen Rückzieher in seinem 1975 erschienenen Roman *Der Immune*:

> Vorerst ging es einmal um die Form: das Script sei ganz originell, die Frage sei nur, ob es auch dem entspreche, was sie erwartet hätten. Der Programmdirektor las halblaut die Stichworte: Folter, Geheimpolizei, politische Gefangene, Zensur, Demokratie. Aber das sei noch nicht alles. Er hielt eine Broschüre in die Höhe: ‚Die Konzessionsbestimmungen'. Nach diesen Konzessionsbestimmungen darf ein fremdes Staatsoberhaupt nicht beleidigt werden. Es hiess später allerdings auch, der Direktor habe nicht die Konzessionsbestimmungen in der Hand gehabt, sondern ein Jagdpatent.[172]

Loetschers Satire über die behördliche Bigotterie vermag die hier bereits angesprochene Schweizer Einstellung zu diktatorischen Staaten auf heitere Weise zu schildern und zeigt den durch die Konzession definierten unverhältnismäßig kleinen Spielraum des frühen Fernsehjournalismus.

Die politische Information gewann ab der zweiten Hälfte der sechziger Jahre an Bedeutung. Zu diesem Zeitpunkt dehnte die SRG ihre redaktionellen Eigenleistungen in der Berichterstattung aus und konnte sich allmählich vom gouvernementalen Informationsverständnis lösen. Diese Emanzipation sorgte für einen permanenten

---

169 Ebd.

170 Vgl. Schmid, Demokratie von Fall zu Fall, S. 186; Vallotton, Anastasie ou Cassandre? S. 72; Pereira, Le mouvement suisse de 68 et le Portugal, S. 148; Dewulf, Hugo Loetscher, S. 41–54; Dewulf, Ein Skandal, 103ff.

171 „Ach, Herr Salazar, / bald sind es vierzig Jahre, / dass Sie regieren. / Wer dem Lande so lange dient, / muss es lieben. / Und Portugal verdient die Liebe // […] Der Namen sind so viele, / so viel es Sehenswürdigkeiten gibt. / Ein Land, / um hinzufahren, / mit den Burgen und Schlössern, / den Klöstern und Kirchen, / ein Land / voll von Sehenswürdigkeiten. // Dies aber, / Herr Salazar, / ist Ihre Sehenswürdigkeit. / Die Festung von Caxias, / siebzehntes Jahrhundert / mit politischen Gefangenen des zwanzigsten. / Auf dem Weg nach Estoril, / hier fährt man vorbei, / geht man zum Baden und ins Casino, / man lobt das Klima dieser Küste, / denn es ist mild. //" Aus Loetscher, Ach, Herr Salazar, S. 39f. Das Motiv der Festung wurde im späteren Roman nochmals aufgegriffen. Vgl. Loetscher, Der Immune, S. 369.

172 Loetscher, Der Immune, S. 372.

Spannungszustand mit den politischen Akteuren, insbesondere mit Bundesrat und Parteien.[173] Durch die Konzessionsurkunde von 1964 konnte nun auch das Radio eigene Nachrichten verfassen und verlesen und sich vom Monopol der SDA befreien, das der Bundesrat der SRG seit ihrer Gründung im Jahre 1931 auferlegt hatte.[174]

Eine weitere wichtige Neuerung im Jahre 1966 in Bezug auf die „Tagesschau" stellt die erstmalige Einblendung eines Moderators oder einer Moderatorin dar,[175] was das Kommentieren von Nachrichten ohne dazugehörige Bilder oder Filmbeiträge ermöglichte. Ferner ist ab 1968 noch die Sendung „Rundschau" zu erwähnen, „qui veut privilégier un traitement rapide, rythmé mais aussi très diversifié de la politique nationale et internationale",[176] aber ausschließlich vom Fernsehen DRS produziert wurde. Hingegen wurde die Sendung „Panorama der Woche" ähnlich wie die „Tagesschau" dreisprachig ausgestrahlt (fr. „Tél-Hebdo", it. „Telerama"). Die Sendung verstand sich als „une synthèse attrayante et objective de l'actualité hebdomadaire".[177]

Das wichtigste Format für die Information über das Weltgeschehen war die „Tagesschau",[178] welche zu jener Zeit in Zürich, in der Kreuzstraße 26, und von dort aus in den drei Landessprachen produziert und ausgestrahlt wurde.[179] Die Emanzipation der französischsprachigen „Tagesschau" erfolgte erst 1982,[180] während die italienischsprachige Redaktion bis 1988 in der Limmatstadt verweilte.[181] Aus der *Conception journalistique* der „Tagesschau" entnimmt man, dass sich die Redaktion externer und interner Quellen bediente. Zu ersteren gehören Presse- und Filmagenturen und Eurovision-Aktualitätenaustausch, zu letzteren direkt von der Redaktion, den Korrespondenten, den Informanten oder den Reportern bezogenes Material.[182] Großer Wert wurde auf Unparteilichkeit und journalistische Ethik gelegt, die sich auf die Erklärungen der

173 Vgl. Schade, Die SRG auf dem Weg…, S. 330.
174 Vgl. ebd., S. 298f.; Vallotton, Anastasie ou Cassandre? S. 54f.
175 Vgl. Vallotton, Anastasie ou Cassandre? S. 55.
176 Ebd. S. 54.
177 Tel-hebdo – Panorma der Woche – Telerama. Conception [1973], ZAR GD SRG, KWD 1973, Sch. 4, Mp. Information dans les régions (Organisation).
178 Zur technischen und politischen Entwicklung der „Tagesschau" siehe Müller, Technik zwischen Programm, Kultur und Politik, S. 205f.
179 Vgl. Aziz/Piattini, Servizio pubblico…, S. 147.
180 Vgl. Vallotton, Anastasie ou Cassandre? S. 55f.
181 Vgl. Aziz/Piattini, Servizio pubblico…, S. 151; Vallotton, Anastasie ou Cassandre? S. 56. Bereits 1970 wurden Forderungen laut, wonach die italienischsprachige „Tagesschau" im Tessiner Fernsehstudio bei Comano produziert werden sollte. Gegen diese Forderungen wehrte sich unter anderem der Tessiner SRG-Direktor der „Tagesschau" Dario Robbiani selbst, der an der zentralisierten Formel hielt und darin eine Möglichkeit sah, die qualitative Gleichheit für sämtliche Sprachregionen zu gewährleisten. Vgl. Marcacci, L'avvento della televisione… S. 148.
182 Conception journalistique [1973], ZAR GD SRG, KWD 1973, Sch. 4, Mp. Information dans les régions (Organisation).

Internationalen Journalisten-Föderation und jene, die 1972 vom Schweizer Verband der Journalistinnen und Journalisten angenommen wurden, berief.

Bis Ende der sechziger Jahre galten Fernsehen und Radio als *Service Public*, der weniger auf Publikumsbedürfnisse ausgerichtet war.[183] Ab 1967 kam es zu einer außergewöhnlichen Welle von parlamentarischen Vorstößen zum Thema Rundfunk in der Absicht, dem neuen Medium Fernsehen die noch fehlende juristische Verankerung zu verleihen.[184] Anlass dazu gab der sogenannte „Fall König". Der Zürcher LdU-Regierungsrat und Nationalrat Walter König hatte dem Bundesrat und der SRG-Spitze vorgeworfen, die beliebte, zuweilen kritische Radiosendung des Zürcher DRS- und „Weltwoche"-Journalisten Hans Gmür zensiert zu haben.[185] Der Vorfall entfachte eine Kontroverse in der Schweizer Presse- und Politlandschaft, welche zum Teil eine Vorreiterrolle in Bezug auf den späteren Streit um die Gestaltungsfreiheit und Kontrolle der SRG-Programmschaffenden spielen sollte.

Stärker denn je hatte diese Debatte die Züge einer medienpolitischen Diskussion, „die sich vorwiegend auf die Programminhalte und die organisatorischen Strukturen innerhalb der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) bezog".[186] Angestrebt wurde also eine gesetzliche Lösung zur Festlegung der Kompetenzen des Bundes einerseits und der Kontrollhoheit der Landesregierung über den Programmdienst der SRG andererseits.[187] Der Publizist und spätere SFRV-Mitgründer Peter Dürrenmatt schrieb 1971 diesbezüglich:

> Der Ruf der Mitarbeiter von Rundfunk und Fernsehen nach Freiheit für ihr Schaffen ist, als individuelles Begehren, verständlich. Nicht zulässig ist der Vergleich mit der Pressefreiheit, weil diese auf anderen Voraussetzungen beruht. Das Problem der Programmfreiheit für die verantwortlichen Mitarbeiter von Radio und Fernsehen muss auf den Gegebenheiten des Monopols und des Charakters des öffentlichen Dienstes im Rahmen einer neuen Verteilung der Kompetenzen gesucht werden.[188]

Im bürgerlichen Lager herrschte diesbezüglich kein Konsens. Einer anderen Auffassung war nämlich der Luzerner Rechtsanwalt Hans W. Kopp. Als Verfechter der Liberalisierung der elektronischen Medien plädierte er für eine Verankerung von Radio und Fernsehen im selben Verfassungsartikel – BV Artikel 55 – wie die Pressefreiheit.[189] Ebenso kritisierte er auch die SRG-Konzession von 1964.[190]

183 Schneider, Vom SRG-„Monopol"..., S. 83.
184 Vgl. Ganz-Blättler/Saxer, Fernsehen DRS, S. 59; Vallotton, Anastasie ou Cassandre? S. 44.
185 Vgl. Schneider, Vom SRG-„Monopol"..., S. 87–89.
186 Ebd.
187 Vgl. Ganz-Blättler/Saxer, Fernsehen DRS, S. 60.
188 Dürrenmatt, Wie frei ist die Presse? S. 212; siehe auch ebd., S. 118.
189 Vgl. Kopp, Elemente einer künftigen Kommunikationspolitik, S. 84.
190 Vgl. ebd., S. 86f.

Eine konzeptionelle Antwort des Schweizer Radiowesens auf die rasante medientechnische Entwicklung der Nachkriegszeit folgte mit einer gewissen Verzögerung. Die Abendprogramme des Fernsehens hatten jene des Radios entthront und außerdem trug der Rundfunk dem permanenten Konsum mittels Transistorradios noch keine Rechnung.[191] Das Zusammenleben von Radio und Fernsehen sollte als „harmonischer Kontrast" zustande kommen. Im Falle des italienischsprachigen Radios RSI drängte sich eine Umgestaltung vom akademisch-schulmeisterlichen Ton zu einem journalistischen und unterhaltungsorientierten Grundtenor auf.[192] Besondere Relevanz wurde den unterschiedlichen Informationssendungen beigemessen. Neben den vier täglichen SDA-Meldungen wurden auch alle zwei Stunden Info-Bulletins ausgestrahlt, sowie die Formate „Attualità" und „Quotidiano".[193]

Die Radiosendung „Temi d'attualità" kann als Beispiel für die neue ungezwungenere Informationshandhabung interpretiert werden, die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ansetzte. Die Reportage vom 25. April 1967 war dem Franco-Regime gewidmet[194] – Diktaturen waren also keineswegs tabu, wie der Fall Loetschers suggerieren könnte. Die Art und Weise sowie die Themen, die im Verlauf der Sendung behandelt wurden, zeigen aber eine weitgehend kritikfreie und distanzierte Berichterstattung, die mit den Geboten der Konzession von 1964 konform war. Zwar werden zu Beginn des als Reisereportage konzipierten Beitrags problematische Themen aufgegriffen wie die Arbeiterstreiks in Barcelona und die Studentenunruhen in Madrid, doch ohne dabei auf die Ursachen dieser Konflikt-Phänomene einzugehen. Ebenso findet eine Emanzipation der Spanier Erwähnung, die nun unerschrockener ihre Meinung äußern würden – dies besonders deutlich in Katalonien und im Baskenland. Erwähnt werden auch das Referendum von 1966 und die, so die Sprecherin, darin angenommene Verfassung (it. „costituzione"). Hier erscheint „Verfassung" als irreführende Übersetzung oder Synthetisierung des eigentlichen „Organischen Staatsgesetzes" (sp. *Ley Orgánica del Estado*).[195]

Unterschwellige Kritik wird in der Sendung durch die Erwähnung der Ausweisung des „Le Figaro"-Korrespondenten aus Spanien geübt. Die Reportage fokussiert dann aufgrund des sich damals in Vorbereitung befindenden Religionsfreiheitsartikels auf

---

191 Vgl. Marcacci, L'avvento della televisione…, S. 160.

192 Vgl. ebd.

193 Vgl. ebd., S. 162f.

194 Il microfono della RSI in viaggio; Spagna d'oggi: Temi d'attualità, 25. April 1967, FN DAT 12906.

195 Allerdings taucht die Bezeichnung „Verfassung" auch in der Fachliteratur auf. So zum Beispiel spricht Beck vom „Verfassungsgeber Franco". Beck verwendet „Verfassung" zusammenfassend und stellvertretend für den Komplex der sieben Fundamentalgesetze (Fuero der Arbeit, Fuero der Spanier, Gesetz über die Cortes, Gesetz über die Nachfolge im Amt des Staatschefs, Prinzipien der nationalen Bewegung, Gesetz über das Referendum, Organisches Staatsgesetz). Vgl. Beck, Das spanische Regierungssystem…, S. 63–68.

die Lage der Protestanten in Spanien. Um die Mitte des Beitrags verschiebt sich der Fokus auf die schweizerisch-spanischen Beziehungen, die hoch gelobt werden: „Quali i rapporti del nostro paese con la Spagna? Ottimi! Operai spagnoli sono operosi nel nostro paese. Capitali ingenti provenienti dalla Svizzera sono impegnati in industrie spagnole, al punto che i nostri investimenti stanno al secondo posto dopo l'America."[196]

Danach wird die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität in Alcalá de Henares an zwei Schweizer Professoren – Burri der Universität Zürich und Scherrer der ETH Zürich – in der Reportage aufgegriffen und gründlich kommentiert. Zu Wort kommt auch Etienne Suter, damaliger Botschaftsrat in der Schweizer Vertretung in Spanien, der sich zur Bedeutung dieser Zeremonie äußert: „C'est un événement très heureux, Madame, et je l'apprécie personnellement car souvent les relations entre les pays ont des aspects surtout économiques, et cette fois-ci c'est sur l'aspect culturel, technique que cette manifestation porte […]."[197] Suter beteuert zudem, dass diese kulturellen Beziehungen schon seit dreißig Jahren bestünden und dass die beiden Schweizer ihre spanischen Kollegen in Zürich empfangen hätten. Die Reisereportage behandelt dann die Geschichte der ältesten spanischen Universität und beschreibt die feierliche Zeremonie nach altem Ritual mit farbigen Trachten und bequasteten Doktorhüten. Im Anschluss an den Eid folgt ein kurzes Interview mit den Ehrendoktoren auf Schweizerdeutsch. Scherrer spricht von den Posten, die seine ehemaligen spanischen Doktoranden nun bekleiden, lobt das Talent der Spanier für die Physik und bewundert Spaniens Geschichte.[198] Burri preist ebenfalls die akademischen Beziehungen zwischen der Madrider Universität und den beiden Zürcher Hochschulen und referiert kurz über seine neueste Publikation über Feldspate.[199]

Die Reportage und insbesondere deren Kolophon lassen sich als Ode an die Qualität der kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern lesen. Problematische Begriffe wie „Diktatur", „Zensur" oder „Unterdrückung" werden bewusst ausgeblendet – das Wort „Regime" taucht bloß einmal auf. Hingegen werden am Anfang der Reportage Begriffe wie „Referendum" und „Verfassung" besonders häufig genannt, was auf eine euphemistische Verzerrung der diktatorischen Wirklichkeit hinausläuft. Vergleicht man nun Loetschers im Keim erstickte Salazar-Kritik mit der wohlwollenden

196 Il microfono della RSI in viaggio; Spagna d'oggi: Temi d'attualità, 25. April 1967, FN DAT12906.
197 Ebd.
198 Es handelt sich dabei um den Schweizer Nuklearphysiker Paul Scherrer (1890–1969). Scherrer war bereits 1928 als Gastprofessor in Madrid tätig. 1988 wurde das Paul-Scherrer-Institut im aargauischen Villigen nach ihm benannt. Vgl. Sánchez-Ron, International relations in Spanish physics, S. 12; Neuenschwander, Paul Scherrer.
199 Beim zweiten Ehrendoktor handelt es sich um Conrad Burri (1900–1987), den damaligen ordentlichen Professor für spezielle Mineralogie und Petrografie an der Universität Zürich. Vgl. Trommsdorff, Conrad Burri.

Berichterstattung der RSI über Franco-Spanien, so stellt sich der soeben beschriebene Beitrag als Beispiel für eine orthodoxe, konzessionskonforme Behandlung einer nicht als solche erkannten Diktatur heraus. Diese Praxis kontrastierte mit jener der TSR-Sendung „Continents sans Visa", die 1959 erstmals ausgestrahlt wurde und von Anfang an einen engagierten, direkten und gesellschaftskritischen Journalismus betrieb.[200] Bereits 1962 strahlte die Sendung eine viertelstündige Reportage über die zunehmend kritische Haltung der Kirche in Spanien, die universitäre Opposition und die Unterdrückung der Arbeiter aus.[201] In der Sendung vom 5. Januar 1967 behandelte man das Referendum in Spanien, das das Regime in eine „organische" Demokratie verwandeln sollte.[202] Die Sequenzen darin suggerieren ein Porträt der spanischen Rückständigkeit, das dem offiziellen Regimediskurs diametral entgegenstand. Die Botschaft weicht von der bereits behandelten RSI-Sendung ab, die im April desselben Jahres ausgestrahlt werden sollte.

Die technischen Neuerungen im Bereich der audiovisuellen Kommunikation Anfang der siebziger Jahre stellten politische sowie medienspezifische Akteure und Interessengemeinschaften vor neue Herausforderungen. Besonders umstritten waren die Konzessionen von Kabelnetzbetreibern bei Lokalfernsehen und -radio und deren Finanzierung durch Werbeeinnahmen, da dies die ohnehin im Rückgang befindliche Lokalpresse benachteiligt hätte und deshalb abgelehnt wurde.[203] Zu dieser Zeit übten bürgerliche Politiker lautstarke Kritik an vermeintlich linken Tendenzen in der SRG, wonach journalistische Objektivität ihren Platz der Parteilichkeit übergeben hätte. Die Frage nach der Programmfreiheit der audiovisuellen Medien in der Schweiz widerspiegelt die gesellschaftliche Malaise dieser Zeit. Im SRG-Jahresbericht von 1970 äußerte sich Generaldirektor Marcel Bezençon zu jenem brisanten und kontroversen Problem, das „lediglich einen Teil eines umfassenden Ganzen bildet in einer Zeit, wo alles aufs heftigste in Frage gestellt w[urde]" und konterte mit einem Plädoyer zugunsten der Unabhängigkeit beider audiovisuellen Medien von staatlichen Einflüssen:

> Es gibt kaum irgendwelche Institutionen, die diesem Problem entrinnen können, und man verwechselt manchmal Ursache und Wirkung, wenn man die Verantwortung dem Radio und dem Fernsehen zuschiebt. Diese bieten in Wirklichkeit nur das Spiegelbild (und ein nicht unbedingt schmeichelhaftes) einer unruhigen Epoche, welche durch die aus der Entwicklung einer Massenzivilisation hervorgegangene Unbeständigkeit erschüttert wurde. Nun stehen aber Radio und Fernsehen jeden Tag vor einem Dilemma, das einen Kompromiss kaum zulässt: Entweder sind sie ehrlich und leihen ihre starke Stimme dem ‚Pluralismus

200 Vgl. Vallotton, Anastasie ou Cassandre? S. 48–50. Zur Behandlung der afrikanischen Dekolonisation durch „Continents sans Visa" siehe Sugnaux, Continents sans Visa.

201 Vgl. Continents sans Visa, 1. Juli 1962, BAR J2.240 2004/471, Bd. 31.

202 Vgl. Continents sans Visa, 5. Januar 1967, BAR J2.240 2004/471, Bd. 103.

203 Vgl. Schneider, Vom SRG-„Monopol"..., S. 90f.

> der Meinungen' […] oder sie lassen Tatsachen und Ideen verschwinden und laden sich die Sünde freiwilliger Unterlassung auf, um ein abgeschwächtes und gesäubertes Bild einer Bevölkerung zu vermitteln, die sich ihrerseits ärgert, weil sie auf ihre Besorgnisse und die beschäftigenden Gedanken keine Antwort erhält.[204]

Bezençons versöhnende Worte kontrastieren mit dem politischen Klima und der Verhärtung der Fronten im Parlament. Generell war konservativen Politikern die angeblich militärkritische Haltung der SRG sowie die wohlwollende Berichterstattung zur Anti-AKW-Kampagne zunehmend ein Dorn im Auge.[205] Im Januar 1974 gründete der SVP-Nationalrat und Geschichtsprofessor der Universität Bern Walther Hofer die Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung (SFRV), die im Volksmund bald als „Hofer-Klub" bekannt werden sollte.[206] Diese Vereinigung verstand sich als Konsumentenorganisation, welche die Öffentlichkeit auf das „links unterwanderte" Fernsehen aufmerksam zu machen versuchte.[207] Zwar hatten zuvor auch andere bürgerliche Politiker über angeblich linke Fauxpas im Fernsehen geklagt, doch wurden diese eher als Folge von journalistischen Ausbildungsmängeln denn als Resultat bewusst linker Insubordination interpretiert.[208] Es überrascht deshalb kaum, dass auch die Pressedienste der CVP, FDP und des LdU sich von der Rhetorik der SFRV distanzierten, obwohl einzelne Exponenten dieser Parteien in der Vereinigung vertreten waren.[209]

Symptomatisch für den rabiaten antikommunistischen Ton dieser konservativen Lobby ist die 1977 erschienene Schrift *Portugal 1974/75*, in welcher die Berichterstattung der Schweizer „Tagesschau" und anderer Informationsformate zu den Geschehnissen in Portugal seit der Nelkenrevolution akribisch auseinandergenommen wird. Neben den unzähligen Vorwürfen mangelnder Objektivität und Distanz erscheint in der Zusammenfassung auch Kritik an der wohlwollenden Art, mit welcher die portugiesischen Kommunisten angeblich beschrieben worden waren.[210]

Der Vorwurf der Linkslastigkeit hatte allerdings bei aller Hysterie einen wahren Kern, wenn man einzelne Posten in Radio und Fernsehen betrachtet. Der bereits erwähnte Ueli Götsch, der zwischen 1963 und 1971 die SP im Nationalrat vertreten hatte, übernahm 1971 die Leitung der Abteilung Information beim

204 Die berühmte Programmfreiheit, in: SRG-Jahresbericht 40, 1970, S. 9f (Hervorhebung im Original).
205 Vgl. Studer, Fernsehjournalisten…, S. 59; Schneider, Vom SRG-„Monopol"…, S. 98f.
206 Vgl. Frischknecht et al., Die unheimlichen Patrioten, S. 224; Vallotton, Anastasie ou Cassandre? S. 69; Rauber, Histoire du mouvement communiste suisse, Bd. II, S. 403.
207 Vgl. Frischknecht et al., Die unheimlichen Patrioten, S. 225–231.
208 Vgl. Schneider, Vom SRG-„Monopol"…, S. 98.
209 Vgl. ebd., S. 99.
210 Vgl. SFRV, Portugal 1974/75, S. 237.

Fernsehen DRS. Sein Parteigenosse Dario Robbiani war zwischen 1960 und 1969 Redakteur und Leiter der italienischsprachigen „Tagesschau" und zwischen 1969 und 1979 „Tagesschau"-Chef der SRG in Zürich.[211] Programmdirektor Andreas Blum und Informationschef Heinz Roschewski bei Radio DRS waren ebenfalls SP-Mitglieder.[212]

Eine erste Publikumsstudie zur „Tagesschau" aus dem Jahre 1972 ergab eine gute Bewertung hinsichtlich Aktualität, Objektivität und Informationswert des Formates.[213] Die 20. Ausgabe der Zeitschrift „Zoom" von 1975 schnitt die vermeintlich linke Positionierung der „Tagesschau" an. Einleitend als „Sorgenkind der Nation" bezeichnet, geht Redakteur Sepp Burri auf diesen medienpolitischen Zankapfel ein.[214] Bruno Muralt, Präsident der Arbeitstagung und Mitglied der Schweizerischen Arbeiterbildungszentrale, streitet die Vorwürfe vehement ab:

> Ein politisch einseitiger ‚Trend' wurde *nicht* festgestellt. Diese letztere Feststellung scheint mir besonders wichtig zu sein, wurde doch auch der Tagesschau aus Kreisen der politischen Rechten nicht selten ‚Linksdrall' vorgeworfen. [...] Nach meinem Geschmack ist sie eher zu ‚gouvernemental'.[215]

Tatsächlich wurde die „Tagesschau" auch von links angegriffen, wofür die bereits genannte Publikation *Welttheater für Eidgenossen* der AKP als repräsentatives Beispiel dient.[216]

Der politische Streit um die allgemeine Kontrolle und die Programmfreiheit des Schweizer Fernsehens fand im September 1976 vorerst ein abruptes Ende, als ein diesbezüglicher, durch das politische Tauziehen zwischen der SP, den übrigen Linksparteien, der Eidgenössischen Demokratischen Union, dem Arbeiter Radio- und Fernsehbund der Schweiz und dem Syndikat Schweizerischer Medienschaffender einerseits und den liberalen Kreisen, den Wirtschaftsverbänden, den bürgerlichen Parteien (allen voran der Schweizerischen Volkspartei) andererseits entworfener Verfassungsartikel vom Souverän abgelehnt wurde.[217]

***

211 Vgl. Redaktion, Dario Robbiani; Rossi, Dario Robbiani, S. 460.

212 Vgl. Schneider, Vom SRG-„Monopol"..., S. 97.

213 Vgl. Schade, Die SRG auf dem Weg..., S. 311f.

214 Vgl. Die Tagesschau – Sorgenkind der Nation? in: Zoom, Nr. 20, 15. Oktober 1975.

215 Eine Stimme für die Minderheiten, in: Zoom, Nr. 20, 15. Oktober 1975 (Hervorhebung im Original).

216 Auch die SP kritisierte zwar nicht direkt die „Tagesschau", sondern eine vermeintliche Tendenz im Schweizer Fernsehen, Selbstzensur auszuüben und somit einen Kniefall vor einer bürgerlichen Fernsehauffassung zu machen. Vgl. Vallotton, Anastasie ou Cassandre? S. 69.

217 Vgl. Ganz-Blättler/Saxer, Fernsehen DRS, S. 61; Schneider, Vom SRG-„Monopol"..., S. 103.

Die Schweizer Medienlandschaft der Nachkriegszeit befand sich in einem starken Wandlungsprozess und war einerseits ideologisch durch den Kalten Krieg und die kulturelle Revolution von 1968 konditioniert und andererseits dem kommerziell-technokratisch motivierten Optimierungsfuror und den wirtschaftlichen Konjunkturschwankungen unterworfen. Der Antagonismus dieser beiden Kräfte führte zu keiner eindeutigen Entwicklung: Es verschwanden manche parteipolitischen Blätter, es passten sich einige Zeitungen dem neuen Boulevard-Trend an, wobei die ideologische Komponente meistens aufrechterhalten blieb. Die politische Kultur der ausgehenden sechziger Jahre mit ihrem Radikalisierungstrend machte auch vor den elektronischen, durch eine Konzession an den Staat gebundenen Medien keinen Halt, die sich an der liberal gesteuerten Presse orientierten. In einer freien Gesellschaft konnten Radio und Fernsehen nichts anderes als die sozialen Entwicklungen und Umwälzungen in sich aufnehmen und reflektieren, wie Marcel Bezençon 1970 beteuerte. Allmählich löste sich der Fernseh- und Radiojournalismus vom engen Korsett der Konzessionsbestimmungen zugunsten einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Weltgeschehen, die in bürgerlich-konservativen Kreisen auf Missgunst stieß. Im Verlauf der siebziger Jahre nahm auch das Wachstum der Fernsehkonzessionen[218] deutlich ab und es zeichnete sich eine ähnliche Sättigung wie in der BRD ab.[219]

Überleitend in das folgende Kapitel gibt das Interview, das Annemarie Schwyter mit spanischen Vertretern illegaler Gewerkschaften anlässlich der Ausrufung des Ausnahmezustandes in Spanien im Frühjahr 1969 für die Sendung „Rundschau“ führte, die Sorgen mancher Regimeoppositioneller kund. Schwyter schließt das Interview mit folgender Frage ab: „Wird die internationale Meinung für Spanien wichtig sein oder nicht?“[220] Einer der Oppositionellen antwortet darauf:

> Was die internationale Meinung betrifft, so möchte ich zwei Dinge sagen […]. Ich bedaure es sehr, denn verglichen damit, wie sehr man über die Tschechoslowakei berichtet… von Spanien wird sehr wenig gezeigt. Ich wünsche mir, dass sich die Weltöffentlichkeit mehr dafür interessiert, denn auch wir lieben die Freiheit.[221]

In dieser Klage erkennt man die Kontroverse zwischen den beiden Sozialdemokraten Pedroli und Oprecht, die im Zusammenhang mit dem Spanien-Komitee bereits angesprochen wurde. Die Angelegenheit um Loetschers nie ausgestrahlte Fernsehsendung und der gefällig-feierliche Ton, mit welchem in der RSI-Sendung den schweizerisch-spanischen Beziehungen gehuldigt wurde, verleihen obigem Zitat eine gewisse Legitimität oder zumindest ein gewisses Verständnis und drängen die Frage nach der journalistischen Behandlung der letzten Jahre des Franco-Regimes auf.

218 Vgl. Mäusli/Steigmeier, Radio und Fernsehen in der Schweiz, S. 399.
219 Vgl. Kiefer, Tendenzen und Wandlungen…, S. 94f.
220 Rundschau, 29. Januar 1969, BAR J2.225 2007/195, Bd. 22.
221 Ebd., Ü. d. A.

5. Die Schweizer Berichterstattung zum ausgehenden Franco-Regime (1969–1975)

Als Niklaus Meienberg in den frühen siebziger Jahren zusammen mit seiner damaligen Lebenspartnerin Ilusión Portales, der Tochter eines spanischen, in Paris lebenden Anarchistenpaares, nach Disentis fuhr, um sie seinem ehemaligen Geschichtslehrer Pater Iso vorzustellen, begrüßte sie der Geistliche mit dem Schlachtruf der *Falange*, dem *Arriba España*.[1] Unabhängig von der Vorsätzlichkeit dieser Handlung, kann der Anekdote nicht eine gewisse Repräsentativität abgesprochen werden, zumindest wenn man nach dem Spanienbild in schweizerischen klerikalen Kreisen fragt. Samuel Campiche, Schweizer Botschafter in Spanien, der im schicksalhaften Jahr 1975 General Franco seine Akkreditierung präsentierte, hinterließ eine Sammlung von Traumerzählungen und Gedanken, die aufgrund der Sonderstellung des Diplomaten als weitaus weniger repräsentativ eingestuft werden können als etwa der Fauxpas in Disentis. Dennoch erkennt man in seinem Zeugnis das Spanienbild einer Schweizer bürgerlichen Elite, die sich durch die Worte eines sich als reisender *Bohémien* in Szene setzenden Mannes manifestiert:

> Indifférence générale à l'égard de ce qui est étranger aux Espagnols,… ce que du reste rend la vie des étrangers en Espagne fort agréable, confortable en ce sens qu'elle leur donne une impression de liberté peu ressentie ailleurs. Indifférence prise souvent pour de la fierté ou du mépris. Elle se confond aussi avec le fatalisme, d'où rapprochements faciles avec celui des Arabes. Elle va jusqu'au mépris de la mort.[2]

Seit der Aufnahme des Regimes in internationale Organisationen, seit es die Gunst der westlichen Demokratien gewonnen hatte, war diese „indifférence générale" nunmehr eine Floskel, auf welche die Diktatur immer wieder zurückkam, um sich Mut und Charakter einzureden. Weder Pater Isos noch Botschafter Campiches Spanienbild

---

1 Vgl. Fehr, Meienberg, S. 187. Im Falle Pater Isos handelte es sich sehr wohl um das Mitglied eines reaktionären, aufklärungsfeindlichen und ständestaatsnostalgischen Lehrkörpers, das zum selben Milieu gehörte wie etwa Gonzague de Reynold, Carl J. Burckhardt und James Schwarzenbach. Meienberg erinnert sich an dessen Geschichtslektionen zum Spanischen Bürgerkrieg, die er als „mehr als dubios" einstuft. Dann fährt er etwas nachsichtiger fort: „Vermutlich konnte er sich auch nicht vorstellen, dass sich eine spanische Anarchistin in das Gebirge verirrt, er hatte immer nur mit Spaniern von der andern Sorte gesprochen." Meienberg, Weh unser guter Kaspar ist tot, S. 75f. Auch Urs Paul Engeler erinnert sich an die Bewunderung mancher Geschichtslehrer an Innerschweizer Gymnasien für die rechtsautoritären Diktaturen Anfang der siebziger Jahre. Vgl. Engeler, Grosser Bruder Schweiz, S. 160.

2 Campiche, Marée du soir, S. 151.

ermöglichen eine aussagekräftige Extrapolation auf die schweizerische öffentliche Meinung zur ausgehenden Diktatur. Die sich hier herauskristallisierende Heterogenität der Spanienbilder wirft so die Frage nach den unterschiedlichen Typen von Wahrnehmung auf. Während die diplomatische Korrespondenz zwischen dem Botschafter und seinem Außenministerium eine traditionelle und etwas beschränkte Sichtweise ermöglichen, könnte ein Vergleich der zeitgenössischen historiografischen Beurteilungen des Regimes eine zwar interessante aber auch distanzierte Betrachtung hervorbringen, die vermutlich nicht der Komplexität des Landes gerecht werden könnte. Schriftsteller und Dichter wiederum vermitteln eine literarische Form von Spanien-Wahrnehmung,[3] bei welcher die Sorgfalt von Fakten zweitrangig ist. Stereotypen und Kuriosa wie das Motiv des maurischen Spaniens oder des Stierkampfes sowie der legendäre Charakter des donquichottesken Spaniers vermischen sich mit akkuraten Berichten über Repression, Rückständigkeit und Widerstand.[4] Es ist also Zeit, sich der journalistischen Verarbeitung Spaniens zu widmen, doch bedarf es zunächst einiger Ausführungen zum Stellenwert der ausländischen Medien im Franco-Regime.

Anfang der siebziger Jahre brachte der spanische Journalist Miguel Ángel Aguilar anlässlich einer Protestkundgebung gegen die Schließung der Tageszeitung „Madrid“ den Wandel von Francos legitimierender Rhetorik auf den Punkt. Der *Caudillo*, der sich bis zu jenem Zeitpunkt nur „vor Gott und der Geschichte“ rechenschaftspflichtig sah,[5] musste laut Aguilar nun eine weitere Instanz hinzufügen: die ausländische Presse.[6] So witzig dieses *Bonmot* auch war, so war es auch ziemlich treffend, denn vor dem Hintergrund der Bestrebungen des Regimes, in das „Konzert“ der europäischen Demokratien aufgenommen zu werden, musste es besonders wachsam sein und stets einen sorgfältigen Blick auf die ausländischen Zeitungen werfen. Das Augenmerk des Regimes darauf war der Preis, den es für Spaniens Integration im „Freien Westen“ zahlen musste.

Die in der Einleitung zu dieser Abhandlung angesprochene Spannung zwischen Spanien und der Schweiz kannte auch ein journalistisches Pendant insofern, als die Schweizer Medien in einem freiheitlichen, rechtsstaatlichen System eingebettet waren, aber über ein Land berichteten, in welchem keine Pressefreiheit herrschte. Dies wirft indirekt die Frage auf, inwiefern die Schweizer Medien zur Demokratisierung in Spanien beitrugen und welchen Spielraum die spanischen Medien überhaupt noch hatten, denn sie spielen bekanntlich bei der Überwindung despotischer Strukturen, unabhängig von der ideologischen Färbung einer Diktatur und von der mehr oder

3 Vgl. Núñez Florencio, La percepción exterior de España durante el franquismo, S. 27–30.
4 Vgl. Kaelble, Europäische Geschichte aus westeuropäischer Sicht? S. 110.
5 Vgl. Bernecker, Der Tod des spanischen Diktators, S. 157; Crozier, Franco, S. 495.
6 Vgl. Haubrich, La transición española en la prensa alemana, S. 298; Chislett, The Foreign Press…, [S. 6].

weniger starken Repression, womit sie in autokratischen Regimen konfrontiert werden, eine zentrale Rolle. Medien können etwa als Untergrundpresse oder als ausländische Presse das jeweilige autoritäre Regime infrage stellen und weite Teile der Bevölkerung können dagegen stimmen.[7] Ferner können auch solche inländische Medien, die vom Regime zwar toleriert aber auch einer strengen Zensur unterzogen werden, gewisse Handlungsspielräume ausschöpfen und sich einer mehrdeutigen Sprache bedienen, um dem Publikum eine Art „chiffrierte Botschaften" zu übermitteln.[8] Derartige friedliche Widerstandspraktiken, die im weiteren Sinne der Kategorie Eigen-Sinn zugeordnet werden können,[9] setzen allerdings im Allgemeinen eine Lockerung der Zensur seitens des Regimes voraus, die wiederum als Zugeständnisse im Rahmen eines komplexen Modernisierungs- und Akzeptanzprozesses verstanden werden kann. Die Franco-Diktatur liefert hierzu ein nahezu paradigmatisches Beispiel.

Bereits mitten im Bürgerkrieg hatte General Franco ein provisorisches Pressegesetz erlassen, das die Presse in eine nationale Institution verwandeln sollte; eine Maßnahme, die *Falange*-Gründer José Antonio Primo de Rivera Jahre zuvor postuliert hatte.[10] Trotz des ursprünglich provisorischen Charakters sollte es allerdings rund drei Jahrzehnte dauern, bis das Gesetz abgeschafft wurde.[11] Zeitungen sollten dem nationalen Interesse dienen, dem sich die privaten, rein geschäftlichen der Unternehmer unterzuordnen hätten.[12] Zu diesem Zweck räumte das Gesetz dem Staat eine ganze Reihe von Kompetenzen ein, wie etwa ein Eingreifen in die Ernennung des leitenden Personals, die Ausübung einer Vorzensur und die Sanktionierung „jedes Schriftstücks, [...] das direkt oder indirekt auf eine Verringerung des Prestiges der Nation oder des Regimes abzielt."[13] Ferner wurde keine Berufungsmöglichkeit gegen die vorgesehenen Sanktionen – namentlich Geldstrafen, Absetzung des Direktors, Streichung des Direktors aus dem Journalistenregister oder Schließung der Zeitung – anerkannt. Dieses erste Gesetz versuchte somit, die Presse durch thematische Anweisungen aktiv zu beeinflussen, sie durch totale Vorzensur zu kontrollieren und etwaige Kursabweichungen mit harten Strafen zu ahnden.[14]

In der Absicht, den internationalen Druck nach dem Zweiten Weltkrieg abzuschwächen und Spaniens Bild einer totalitären Diktatur wegzuwischen, ließ Franco die

---

7 Vgl. Voltmer, „Vierte Gewalt"..., S. 92.

8 Vgl. Viñes Millet, La transición en clave de humor, S. 165.

9 Vgl. Scott, Domination and the Arts of Resistance, S. 138–140; Lüdtke, Geschichte und Eigensinn, S. 140–147.

10 Vgl. Köppinger, Legitimität und Pressekontrolle, S. 184.

11 Vgl. Muñoz Soro, Parlamentos de papel..., S. 449.

12 Vgl. Köppinger, Legitimität und Pressekontrolle, S. 184f.

13 Fernández Areal, Manuel: El control de la prensa en España, Madrid 1973, S. 187, zit. nach: Köppinger, Legitimität und Pressekontrolle, S. 187.

14 Vgl. Köppinger, Legitimität und Pressekontrolle, S. 188.

Praxis der Vorzensur etwas abmildern.[15] Erst mit dem Pressegesetz von 1966 zeichnete sich eine vorsichtige Öffnung ab. Für dasselbe Jahr war ferner das Referendum zum organischen Gesetz terminiert das Spanien in eine sogenannte „organische Demokratie" verwandeln sollte.[16] William Chislett, ehemaliger Spanienkorrespondent von „The Times", beschreibt die vermeintliche Öffnung mit folgenden Worten:

> With pre-publication censorship officially abolished, editors themselves were supposed to be left to decide whether an article was likely to incur prosecution or an order for withdrawal. But as the law also stipulated that copies of newspapers and magazines should be deposited with the Information Ministry just before going on sale, Ministry officials were still able to warn editors by telephone against publishing articles on certain subjects and this they frequently did. Thus there was still an effective form of censorship that was technically post-publication, but that could still keep newspapers and magazines off the bookstalls.[17]

Informations- und Tourismusminister Fraga Iribarne, Initiant und Architekt des neuen Pressegesetzes, beabsichtigte mit der Pressereform von 1966 weniger eine Öffnung im herkömmlichen Sinne, als vielmehr eine Möglichkeit, das Regime zu revitalisieren und den Dialog zwischen den regimeinternen Kräften zu fördern.[18] Die Pressegesetzesreform war zudem eine Antwort auf die immer stärker werdenden Forderungen der Kirche, die sich zunehmend weniger als Machtstütze des Regimes verstand, aber auch ein Bemühen um demokratische Legitimation.[19] Der erste Gesetzesentwurf beinhaltete eine Reihe einschneidender Änderungen wie die Abschaffung der Vorzensur und die grundsätzliche Anerkennung des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Die endgültige Fassung, die schließlich verabschiedet wurde, zeigte allerdings, dass das Gesetz inhaltlich im Großen und Ganzen unverändert blieb.[20] Der Staat argumentierte mit seiner Rolle als „Garant[en] des Gemeinwohls", der sowohl die Pressefreiheit als auch die Bürger vor einem Missbrauch dieser zu schützen habe.[21] Ferner durften auch keine neuen Tageszeitungen mehr gegründet werden, doch konnten Journalisten nun gewisse heikle Themen

15 Vgl. ebd., S. 189.
16 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 98f.
17 Chislett, The Foreign Press..., [S. 5f].
18 Vgl. Muñoz Soro, Parlamentos de papel..., S. 451.
19 Vgl. Köppinger, Legitimität und Pressekontrolle, S. 191.
20 Vgl. ebd., S. 211; Chuliá, El poder y la palabra, S. 157. Montabés Pereira schreibt hingegen dem Pressegesetz von 1966 einen wichtigen Liberalisierungsschub zu, der sich durch Toleranz und hohes Informationsniveau gekennzeichnet war. Seinen Ausführungen nach könnte man dieses Jahr als wichtige Zäsur, ja als Beginn des Überganges zur Demokratie überhaupt erkennen. Siehe Montabés Pereira, Los parlamentos de papel..., S. 44–47.
21 Vgl. Köppinger, Legitimität und Pressekontrolle, S. 212.

leichter in die Aktualität einschieben.[22] Außerdem stieg nun das Interesse des Volkes für Nachrichten stark an.[23]

Die Presse begann somit, immer stärker ein Forum für Oppositionelle und Regimekritiker zu werden, die nicht davor zurückscheuten, in ihren Textproduktionen die Missstände im Lande anzuprangern.[24] Auffällig ist die Tatsache, dass die meisten Dissidenten, aber auch die Meinungsmacher in der kritischen Presse aus den führenden politischen Familien des Regimes stammten. Die geringere Erscheinungshäufigkeit von Zeitschriften und Illustrierten gegenüber der Tagespresse erlaubte es diesen neuen Publikationen zudem, die Vorzensur ohne Schwierigkeiten zu passieren.[25] Diese Wochenblätter nahmen die oppositionelle und moderierende Rolle späterer Tageszeitungen wie „El País" und „Avui", die erst ab 1976 erschienen, vorweg.[26] Weitere Zeitungsgründungen sollten im selben Jahr die bisher konstante Anzahl täglicher Meinungsmacher von 115 auf 134 ansteigen lassen.[27] In jüngster Zeit sind allerdings auch kritische Stimmen gegen die oft offenbar zu unrecht gefeierte Rolle der Medien in der *Transición* und die Metapher des „papiernen Parlaments"[28] aufgetreten, welche die besagte Interdependenz betonen. Reig Cruañes zeigt beispielsweise die in der *Transición* konstruierten „Ikonen" auf, die vielmehr eine auf die propagandistischen Performanzen des Regimes zurückzuführende Praxis durchblicken lassen, welche die soziale Komponente des Demokratisierungsprozesses vollkommen ausblendete.[29]

Durch polysemische Fingerübungen gelang es unter der Diktatur dem aufmerksamen Leser, unterschwellige Botschaften und Subtexte zu entziffern.[30] Auch die 1974 gegründete, angeblich historische Zeitschrift *Historia Internacional* bediente sich einer doppeldeutigen Sprache. So schrieb man zwar beispielsweise von der „Tyrannei des absoluten Herrschers Ferdinand VII." oder der „Obristendiktatur in Griechenland", doch meinten die Autoren jeweils eigentlich den *zeitgenössischen* Tyrannen und *einheimischen* Diktator Francisco Franco.[31] Das Periodikum befasste sich also in Wirklichkeit mit nationaler Gegenwart statt mit internationaler Vergangenheit.

22 Vgl. Tuñón de Lara, El poder y la oposición, S. 352.
23 Vgl. Gunther/Montero/Wert, The Media and Politics in Spain, S. 34.
24 Vgl. Muñoz Soro, La parábola…, S. 184.
25 Vgl. ebd.
26 Vgl. Montabés Pereira, Los parlamentos de papel…, S. 55.
27 Vgl. ebd., S. 66.
28 Vgl. Arboledas, Periodismo y transición política, S. 61–65.
29 Vgl. Reig Cruañes, La prensa en la transición democrática, S. 165ff.
30 Vgl. ebd., S. 190 und 196. Zu den Umgehungsstrategien im Falle der franquistischen Bücherzensur siehe Knetsch, Die Waffen der Kreativen, S. 33–45.
31 Martínez Soler, *Cambio 16*, S. 199. Eine ähnliche Strategie verwendet auch die Tageszeitung „Madrid", als sie am 30. Mai 1968 den Rücktritt von General de Gaulle nach 14-jähriger Amtszeit

Die Zensurbehörde war darauf bedacht, die publizistischen Texte mit ihrer schwarzen Liste abzustimmen, welche problematische Begriffe und Personennamen beinhaltete, wie zum Beispiel „Streik", „Diktatur", „Demokratie" – es sei denn mit dem Zusatz „organische" –, „Don Juan", Vater des designierten Nachfolgers Juan Carlos und deklarierter Liberaler und Regimegegner, oder etwa „Europa", das als Synonym für „Demokratie" galt.[32]

Der Politologe Montabés Pereira unterscheidet in Bezug auf die Pressefreiheit drei wohldefinierte Phasen oder Situationen im Übergang von einem autoritären Regime zu einem demokratischen Rechtsstaat: Erstens das vollständige Fehlen einer Meinungsäußerungsfreiheit, zweitens die zögerliche Beachtung der Meinungsäußerungsfreiheit, die sich allerdings der politischen Stabilität unterordnen muss, und drittens die vollkommene Beachtung und Anerkennung der Meinungsäußerungsfreiheit als Grundpfeiler politischer Organisation.[33] Aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht gelten Medien in einem autoritären Regime zwar nicht als eigenständige Akteure, zumal deren Handlungsspielraum stark eingeschränkt ist.[34] Voltmer räumt jedoch ein, dass selbst autokratische Regimes den Medien gewisse „Handlungsnischen" ermöglichen, was im Übergang vom autoritären Regime zur Demokratie sicherlich zutrifft.

Wie bereits gesagt, ist die Bildung von Images größtenteils auf die Sekundärerfahrung, das heißt, auf die Bilder und Nachrichten, welche durch Medien vermittelt werden, zurückzuführen.[35] Dieser Erfahrung liegt also die Primärerfahrung von „Brückenbauern" zugrunde, die zwischen dem Geschehen in Spanien und der Redaktion beziehungsweise dem Leser und Endverbraucher der Zeitung standen und der Schweizer Leserschaft spanische Idiosynkrasien lesbar machten. Der Gattung des Auslandskorrespondenten widmete man sich in einem Aufsatz in der bereits zitierten NZZ-Festschrift.

> Ist die Redaktion das geistig-politische Zentralorgan, so dienen ihr die Korrespondenten als die vorgeschobenen Beobachtungsposten, die die Weltereignisse nicht nur signalisieren, sondern gleichzeitig wertend und analysierend deuten. […] Der ‚NZZ'-Korrespondent wirkt stets auch als Kommentator und erfüllt damit in einem gewissen Maße ähnliche Funktionen wie der Redaktor, dem er insofern gleichgestellt ist, als auch er, wie das einzelne Redaktionsmitglied, nicht von einer Zentralstelle aus ferngesteuert wird, sondern sich in voller Freiheit seine eigene Meinung bildet.[36]

---

empfahl, wo doch General Franco bereits seit über dreißig Jahren an der Macht war. Vgl. Reig Cruañes, La prensa en la transición democrática, S. 168.

32 Vgl. Martínez Soler, *Cambio 16*, S. 200–203.

33 Vgl. Montabés Pereira, Los parlamentos de papel…, S. 43.

34 Vgl. Voltmer, „Vierte Gewalt"…, S. 94f.; Mughan/Gunther, The Media in Democratic and Nondemocratic Regimes, S. 5.

35 Vgl. Wilke, Imagebildung durch Massenmedien, S. 291.

36 Streiff, Auslandkorrespondent und Zeitung, S. 106.

Der Auslandskorrespondent, ein akkreditierter Journalist, „dessen Auftrag es ist, die Verbindung zwischen […] der Regierung eines fremden Landes und den Lesern des Blattes, das ihn in das andere Land entsandt hat" herzustellen,[37] sollte also bei der Imagebildung in der Schweiz die wichtigste Rolle überhaupt einnehmen. Entsprechend waren die Ansprüche, die die jeweilige Zeitung an solche Journalisten stellte, besonders hoch. Peter Dürrenmatt formulierte die Anforderungen folgendermaßen:

> Der akkreditierte Journalist soll ein gewissenhaft informierter Mann sein: Er muß nicht nur die juristischen Institutionen seines Landes oder des Gastlandes minutiös kennen, also das, was man das Pays idéal nennt; er muß die Realität kennen und wissen, wieweit sich die Absichten des Pays idéal mit denen des Pays réel decken.[38]

Nicht jede Zeitung konnte sich einen Korrespondenten oder eine Korrespondentin leisten. Die „Neue Zürcher Zeitung" jedenfalls konnte auf das Wissen des aus dem Basler Großbürgertum stammenden und promovierten Orientalisten Arnold Hottinger zählen,[39] der zwischen 1968 und 1982 durch seine Korrespondententätigkeit die iberische Halbinsel und die arabische Welt abdeckte.[40] Schon ab 1950 berichtete Annemarie Schwyter als Iberien-Korrespondentin und deckte ebenfalls teile des Nahen Ostens ab. Ihre Feder setzte sie in den Dienst des „Tages-Anzeigers", aber auch der „Luzerner Neuesten Nachrichten". Zudem beschränkte sie sich nicht nur auf die Presse, sondern war auch für die beliebte Radiosendung „Echo der Zeit" und später in der Redaktion des Fernsehformates „Rundschau" tätig.[41] Für die „National-Zeitung" und „den Bund" schrieb hingegen die Deutsche Linde Herrmann,[42] während Fritz René Allemann[43] zeitweilig aus Spanien für die „Weltwoche" oder „die Tat" berichtete. Auch Hermann Deml setzte seine Berichterstattung in den Dienst unterschiedlichster Schweizer Blätter, wie der „Weltwoche", des „Israelitischen Wochenblattes" und des „Vaterlands". In den späten sechziger Jahren hatte er auch für den westdeutschen „Sozialdemokratischen Pressedienst" geschrieben.

---

37 Dürrenmatt, Wie frei ist die Presse? S. 293.

38 Ebd., S. 294.

39 Vgl. Schwager, Das volle Leben, S. 137.

40 Vgl. Scherrer, Arnold Hottinger.

41 Vgl. Baertschi, Annemarie Schwyter; Gschwend, Echo der Zeit, S. 26.

42 Der spanische Gewerkschafter Marcelino Camacho beschreibt Linde Herrmann als eine großartige Journalistin und Mitglied der SPD. In ihrem Haus fanden Treffen zwischen ihm und anderen Angehörigen illegaler Gewerkschaften statt. Vgl. Camacho, Confieso que he luchado, S. 189.

43 Fritz René Allemann (1910–1996) war unter anderem zwischen 1960 und 1964 Mitherausgeber der deutschen Zeitschrift „Der Monat", ab 1961 auch Miteigentümer. Als antikommunistische Zeitschrift wurde sie von der CIA finanziell unterstützt. Vgl. Gmehling, Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus…, S. 188 u. 891f.

Die Situation der ausländischen Korrespondenten in Spanien war weniger streng als jene ihrer spanischen Kollegen.[44] Wie Haubrich schreibt, unterlagen erstere keiner Zensur. Ihre Texte wurden vor dem Druck bloß von der Auslandsredaktion der jeweiligen Zeitung gelesen, aber von keiner spanischen Behörde. Dafür mussten sie unter Umständen mit schweren Folgen rechnen: Drohungen, Akkreditierungsentzug, polizeiliche Befragungen, Verhaftungen und Ausweisung.[45] Als am 22. September 1975 eine Gruppe französischer Intellektueller und Künstler eine Pressekonferenz in Madrid organisierte, um ein politisches Manifest gegen die elf Todesurteile vorzulesen, wurde der Anlass von der Polizei unterbrochen. Sämtliche Teilnehmenden, das heißt, die französische Delegation und die spanischen und ausländischen Journalisten, wurden daraufhin verhaftet und in einen Polizeibus gesetzt. Darunter befanden sich Yves Montand, Costa Gavras, Michel Foucault und Régis Debray.[46] Während die französische Delegation sogleich des Landes verwiesen wurde, wurden einige Journalisten nach der Überprüfung ihrer Identität aus der Haft entlassen. Andere wie Chislett, die ihren Presseausweis nicht bei sich hatten, wurden in den berüchtigten Sitz der DGS, an der *Puerta del Sol*, gebracht.[47]

Das Interesse der europäischen Zeitungen für Spanien am Vorabend von Francos Ableben wird als sehr bescheiden beschrieben, das heißt, neben den Korrespondenten der wichtigsten Nachrichtenagenturen hielten sich relativ wenig ständige ausländische Berichterstatter in Madrid auf.[48] Dazu gehörten Walter Haubrich, der Amerikaner Harry A. Debelius, der seit 1969 für „The Times" berichtete, José Antonio Novais („Le Monde"), Henry Giniger („New York Times"), Kees van Bemmelen („De Telegraaf") und Gordon Martin („BBC"). Andere Journalisten wie Richard Mowrer,

44 Vgl. Chislett, The Foreign Press…, [S. 5].

45 Vgl. Haubrich, La transición española en la prensa alemana, S. 298. Hingegen gab es eine „kommerzielle" Zensur, die darin bestand, eine ganze Zeitungsausgabe zu beschlagnahmen. Vgl. ebd., S. 300; Chislett, The Foreign Press…, [S. 10].

46 Vgl. Delegación francesa expulsada de España, in: La Vanguardia Española, 23. September 1975; Càndito/Chislett/Moreno, Tres corresponsales de prensa extranjera, S. 152.

47 Vgl. Chislett, The Foreign Press…, [S. 11].

48 Dieser Ansicht ist auch Haubrich selbst, der allerdings der französischen Presse ein höheres Interesse für Spanien beimisst. Vgl. Haubrich, La transición española en la prensa alemana, S. 297. Dies widerspricht allerdings der Behauptung von Angoustures, wenn sie schreibt: „Cette ignorance [de l'opinion française à propos de l'Espagne] est notamment l'effet de la pauvreté des relations bilatérales et d'un désintérêt accentué, très visible dans les immenses lacunes de l'information sur la situation intérieure de l'Espagne de 1948 à 1975. Le volume des informations publiées dans les médias français sur l'Espagne officielle est très faible et leur contenu est le plus souvent daté et centré sur la répression du régime franquiste." Angoustures, La transition espagnole dans l'opinion française, S. 280.

Miguel Acoca und Bill Cemlyn-Jones schrieben für mehr als eine Zeitung.[49] Zählt man zu dieser Liste die oben erwähnten Mitarbeiter Schweizer Zeitungen, die in der Fachliteratur nicht berücksichtigt werden, so mildert sich die vorhin erwähnte Behauptung über die Bescheidenheit des Interesses etwas ab. Dagegen erscheint jenes der Schweizer Zeitungen für Spanien sonderbar hoch.

5.1 Juan Carlos' Designierung zum Nachfolger Francos (Juli 1969)

In der zweiten Julihälfte von 1969 berichteten die Schweizer Medien über die zunächst künftige, dann vollzogene Ernennung des Prinzen Juan Carlos von Bourbon zum Nachfolger Francos als König von Spanien. Für die meisten Zeitungen war der junge Prinz ein großes Fragezeichen, ein unbeschriebenes Blatt, welches zu Spekulationen über dessen Zukunft und Gedanken zu seiner Person und seinem Charakter veranlasste. Dabei hatte ausgerechnet die Schweiz in der Lebensgeschichte von Juan Carlos und allgemein in der Geschichte der spanischen Monarchie eine nicht unwichtige Rolle gespielt.

Im Jahre 1942 verließ seine Familie das faschistische Italien und ließ sich im Lausanner Seequartier Ouchy nieder. Die Eidgenossenschaft gewährte dem Vater, Juan de Borbón y Battenberg, Privilegien wie die Befreiung von der Einkommenssteuer und die Anerkennung seines Status als Mitglied des Diplomatencorps.[50] Seine politischen Aktivitäten, die darauf abzielten, die Monarchie in Spanien zu restaurieren, waren in den Augen der Bundesbehörden vorerst keineswegs besorgniserregend. Die Schweizer Botschaft in Madrid erleichterte sogar jenen Monarchisten, die ihn in der Schweiz besuchen wollten, die Einreisebewilligung.[51] Das Verhalten der Schweiz gegenüber dem Thronprätendenten änderte sich drastisch, als Juan de Borbón 1945 in seinem Lausanner Manifest (*Manifiesto a los españoles*) Kritik am Franco-Regime äußerte. Aus Angst vor einem diplomatischen Vorfall ermahnten ihn die Bundesbehörden und drohten ihm und seiner Familie mit der Ausweisung.[52] Im Jahre 1946 verließen er und seine Familie die Schweiz und zogen an den portugiesischen Badeort Estoril. Zurück blieb allerdings der junge Juan Carlos, der in Fribourg in einem Maristen-Internat verweilte und sich erst später dem Rest der Familie anschloss. Auch die Witwe des spanischen Königs Alfons XIII. hatte sich in Lausanne niedergelassen.

49 Vgl. Guillamet et al., La Transición Española en la prensa europea y norteamericana, S. 113f.
50 Vgl. Farré, Exilés et internés espagnols en Suisse, S. 118.
51 Vgl. Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 119.
52 Vgl. ebd., S. 307.

Victoria Eugénie von Battenberg bewohnte hier die Villa *Vieille Fontaine*, aus welcher im September 1961 Juan Carlos seine Verlobung mit der Prinzessin Sofía von Griechenland offiziell bekanntgab. Für diesen Anlass waren nebst Juan Carlos' Eltern auch das griechische Königspaar in die Schweiz eingereist.

Als im Juli 1969 das europäische Publikum von der Ernennung des Prinzen erfuhr, hatte Juan Carlos nur wenige Monate zuvor Schweizer Boden betreten. Im April desselben Jahres war seine Großmutter verstorben. Die Schweizer Filmwochenschau widmete ihrer Beisetzung knappe zwei Minuten.[53] Der Beitrag lässt sich auch als ein audiovisuelles Monarchie-Triptychon lesen, das die vergangene Monarchie am Beispiel der bestatteten Königin repräsentiert, die „pendente" oder suspendierte Monarchie am Beispiel der Ex-Könige Griechenlands, Rumäniens und Italiens und die noch werdende Monarchie mit Zukunftspotenzial, die am Beispiel der beiden spanischen Bourbonen und Erben der Verstorbenen symbolisiert wird.

Monate später setzte Francisco Franco den Spekulationen und Zweifeln über seine Nachfolge ein Ende, als er am 22. Juli 1969 den *Cortes* Juan Carlos als seinen Nachfolger vorschlug. Franco betonte die Idee einer monarchischen „Instauration" anstelle derjenigen einer „Restauration", indem er Juan Carlos den *ad hoc* erfundenen Titel eines „Prinzen von Spanien" verlieh.[54] Gemäß der königlichen Erbfolge tragen die männlichen Thronanwärter bekanntlich den Titel des „Prinzen von Asturien".[55]

Mit dieser Ernennung befasste sich selbstverständlich auch die helvetische Diplomatie. Botschafter Maurice Robert spekulierte in seinem Brief an das EPD über einen baldigen Rücktritt Francos und über die Akzeptanz des jungen Prinzen durch das spanische Volk.[56] Eine besondere Einstellung der offiziellen Schweiz in

53 Dieses Sujet wurde bereits in einem früheren Aufsatz aufgegriffen. Vgl. Prieto López, La imagen de la monarquía española… Die Filmsequenz wird von einem Kommentar begleitet, der eine deutliche Verehrung der Verstorbenen durchblicken lässt. Einige abgesetzte und amtierende gekrönte Häupter, die der Zeremonie beiwohnen, werden im Kommentar namentlich erwähnt und besondere Achtung wird den beiden Thronprätendenten geschenkt: „Ihr Sohn [der Verstorbenen], der Kronprätendent Don Juan, nimmt an der Spitze der spanischen Bourbonenfamilie die Beileidsbezeugungen entgegen. Viel beachtet wird Don Juan Carlos, Enkel der Verstorbenen – und Schwager des Königs von Griechenland." Die Sequenz wird mit feierlicher Trauermusik untermalt. Die Musik und der schwermütige Tonfall des Sprechers verstärken den krepuskulären Aspekt der Nachricht. Der Text setzt einen deutlichen Akzent auf die Person Juan Carlos', aber auch auf dessen Vater und legitimen Thronprätendenten. Die Kameraführung scheint sich indes deutlich vor dem jungen Favoriten zu beugen, den man einige Sekunden lang neben seiner Gattin bestaunen kann. Don Juan hingegen wird nur fluchtartig und nie allein aufgenommen. SFW, Nr. 1358, 25. April 1969, BAR J2.143 1996/386, Bd. 707.

54 Vgl. Bernecker, Die Rolle von Juan Carlos, S. 154.

55 Vgl. Preston, Franco, S. 742.

56 Vgl. Rapport politique n°8, La restauration de la monarchie en Espagne, Ambassade de Suisse en Espagne, Madrid, 23 juillet 1969, dodis.ch/32236.

Bezug auf den Ernannten lässt sich hier nicht erkennen. Anders verhielt es sich mit den Schweizer Meinungsmachern, die sehr wohl ihre Meinung über den jungen Prinzen kundtaten.

Arnold Hottinger berichtete bereits am 18. Juli von Francos Vorhaben, seinen Nachfolger zu bestimmen, als die Botschaft des *Caudillo* im offiziellen Staatsbulletin erschien. In seinem Artikel prognostiziert er die Wahl des jüngeren Bourbonen anstelle von dessen Vater und deutet sie als ein Streben nach Kontinuität:

> Es besteht kein Zweifel, dass Franco heute in erster Linie daran denkt, seinem bisherigen persönlichen Regime über sein Leben hinaus Dauer zu verschaffen. Er ist überzeugt davon, dass sein System des *korporativen Staates* zu einer besonderen Art von ‚Demokratie', die Spaniens besonderem Temperament angepasst sei, weiterentwickelt werden könne und müsse. Der Begriff Weiterentwicklung ist dabei eng zu fassen. Man will das System ‚perfektionieren', jedoch nicht in seiner Essenz umwandeln. Dass für solche Bestrebungen die Figur Don Juan Carlos' der geeignetere Träger wäre als sein Vater, der offen für eine Wandlung eintritt, liegt auf der Hand.[57]

Annemarie Schwyter verfasste ein Porträt des jungen Prinzen, in welchem sie einerseits seine Legitimität infrage stellte und andererseits seine Nähe zum *Opus Dei* anschnitt.[58] Auch der tragische Unfall, bei welchem sein jüngerer Bruder Alfonso im Jahre 1956 ums Leben gekommen war, wird nicht weggelassen. Juan Carlos' Schulbildung unter der Obhut des Diktators, der ihn ausschließlich mit *Opus Dei*-Lehrern umgab, die Repräsentationspflichten, die er bereits zwei Jahre zuvor übernahm, suggerieren eine perfekte Einverleibung des Prinzen in den franquistischen Machtapparat.

> Politisch ist der Prinz bis heute ein unbeschriebenes Blatt. Im Januar dieses Jahres hat er sich in einem von Franco autorisierten Interview für die Prinzipien und die Weiterführung des Franquismus ausgesprochen und sich bereit erklärt, die Nachfolge Francos, falls er gerufen würde, anzutreten. Bis zu diesem Moment hatte Juan Carlos immer wieder zu verstehen gegeben, dass er sich nie vor oder gegen seinen Vater stellen würde. Seit Januar besteht jedoch ein Bruch zwischen seinem Vater Don Juan und ihm, und eben erst hat Don Juan in einem offiziellen Communiqué seinen Sohn indirekt vor der Verantwortung gewarnt, die er durch seine Identifizierung mit dem Franquismus auf sich genommen habe.[59]

Schwyter unterzeichnete auch den Hauptartikel, in welchem das fehlende Monarchiegefühl bei den Spaniern angesprochen wird, das 1947, als Franco das spanische Volk in einem Plebiszit über die Staatsform entscheiden ließ, bedeutend stärker gewesen war.

---

57 Wen ernennt Franco zu seinem Nachfolger? in: NZZ, Nr. 435, 18. Juli 1969 (Hervorhebung im Original).

58 Vgl. Juan Carlos: Gegen den Vater, für Franco, in: TA, Nr. 169, 23. Juli 1969.

59 Ebd.

> [D]as junge Spanien vor allem will einen modernen Staat, will eine *demokratische Öffnung*, die dynamisch genug ist, um das während Jahrhunderten isolierte Land endlich den Anschluss an die übrige Welt finden zu lassen. All das aber ist fürs erste – und ist auch mit der Ernennung und schliesslich Inthronisierung des Prinzen Juan Carlos – nicht zu erwarten. Franco bleibt an der Macht, Juan Carlos wird eine Art Stellvertreter, der sich im Sinne des Meisters zu verhalten haben wird.[60]

In eine ähnliche Richtung wie Annemarie Schwyter geht dann der NZZ-Artikel vom 23. Juli, in welchem Hottinger Francos Wahl kommentiert. Etwas ernüchternder als Schwyter gestalten sich seine Worte, wenn er die Opposition in Spanien als „eine Mischung aus Gespaltenheit und Radikalität" beschreibt.[61] Peter Freys Kolumne im Tages-Anzeiger vom 23. Juli bekundet eine deutliche Sympathie für den Vater des Ernannten:

> Don Juan war immer ein mutiger Franco-Gegner, sein aufrechtester Antagonist. Jedesmal, wenn er mit ihm zusammentraf, setzte er sich für die Pressefreiheit, die Unabhängigkeit der Gerichte, für soziale Gerechtigkeit und eine authentische Volksvertretung ein und las ihm auch sonst die staatspolitischen Leviten. Der Caudillo hörte mit zynischem Gleichmut zu – und alles blieb beim alten.[62]

Dass Frey für Juan Carlos wenig übrig hat, zeigt die Umschreibung „total ins Establishment des franquistischen Regimes integriert." Würde er dennoch als König versuchen, die liberalisierenden Ziele seines Vaters zu verwirklichen, so prophezeit er für Juan Carlos das Schicksal seines Schwagers, des durch einen Militärputsch abgesetzten griechischen Königs Konstantin.

Auch der „Blick" thematisiert die Ernennung des Prinzen, doch wird seine Person ins Lächerliche gezogen. In der Rubrik *Suzanne über Leute von heute*[63] geht Suzanne Speich auf den Charakter und die Kindheit Juan Carlos' ein. „Als junger Mann wollte Juan Carlos der Welt entsagen und Mönch werden",[64] heißt es im Beitrag. Der Thronprätendent wird hier als Unbekannter mit einer „etwas fade[n] Persönlichkeit" präsentiert. Auch der tragische Tod seines Bruders wird zur Sprache gebracht. Die Bluterkrankheit, die „Krankheit der Könige", wie Speich sie auch noch umschreibt, wird von der Autorin als maßgebend für den tödlichen Ausgang gedeutet.[65] Ferner spricht sie ihm jegliche Spur von Charakter ab, wenn sie sagt: „Er

---

60 Juan Carlos zum Nachfolger Francos bestimmt, in: TA, Nr. 169, 23. Juli 1969 (Hervorhebung im Original).

61 Francos Kronprinz, in: NZZ, Nr. 446, 23. Juli 1969 (Hervorhebung im Original).

62 Kronprinz von Caudillos Gnaden, in: TA, Nr. 169, 23. Juli 1969.

63 Einige Gedanken zur Darstellung der aristokratischen, politischen und Fernseh-Prominenz hat Suzanne Speich in einem späteren Aufsatz niedergeschrieben. Vgl. Speich, Vom Abglanz der Prominenz.

64 Juan Carlos, der nun König sein muss, wollte Mönch werden, in: Blick, 23. Juli 1969.

65 Über den tragischen Vorfall besteht noch heute keine absolute Klarheit. Laut Preston besteht allerdings kein Zweifel darüber, dass Juan Carlos' Finger am Abzug war. Vgl. Preston,

war folgsam, als es ums Heiraten ging. Dem Wunsche Francos folgend, vermählte er sich mit einer Königstochter, Prinzessin Sophie von Griechenland. Nun ist Juan Carlos wieder folgsam: Er wird König sein, weil man es von ihm erwartet. Nicht weil er es sein möchte."[66] Typisch für Boulevardblätter reiht sich Suzannes Speichs Text in das journalistische Genre der Regenbogenpresse ein, doch beinhaltet er auch Elemente der vermischten Meldungen mit ihren makabren Details. Die Synthese beider Elemente ist eine deutlich negative Abbildung des „abartigen" Sprösslings einer dekadenten Monarchie. Von einer *partout* antimonarchischen Haltung kann allerdings nicht die Rede sein, denn die besagte Rubrik lebte sozusagen vom Kult der glamourösen Aristokratie.

Am 23. Juli 1969 fand die Vereidigung des Prinzen vor den *Cortes* statt. Hottinger hob in seinem Artikel die Übergehung des Vaters durch den Sohn sowie Francos Gründe diese Ernennung hervor. Außerdem schließt er seinen Text mit dem wichtigen Hinweis auf die Möglichkeit Francos ab, „die getroffene Wahl zu *widerrufen* und einen anderen Nachfolger zu ernennen."[67]

Die „National-Zeitung" stellte die Nachricht der Ernennung auf ihre Frontseite. Publiziert wurde ein ausführlicher Artikel, abgefasst von Linde Herrmann, in welchem Francos Parlamentsrede erwähnt, die namentliche Abstimmung der *Procuradores*, Juan Carlos' Linientreue, aber auch die bevorstehende faktische Trennung des Amtes des Regierungschefs von demjenigen des Staatschefs und die Ernennung des Admirals Carrero Blanco, der „graue[n] Eminenz des Regimes und Sympathisant[en] des größten politischen und wirtschaftlichen Einfluss in Spanien ausübenden Laienordens Opus Dei"[68] zum Ministerpräsidenten genannt wurden. Herrmann schreibt: „Dieses Testament trug Franco mit anfangs verhaltener, später aber mit derart durchbrechender Bewegung vor, dass ihm seine Stimme dreimal versagte und, wie Augenzeugen berichten, er seine Tränen nicht zurückhalten konnte."[69] Dadurch verleiht sie dem feierlichen Anlass eine emotionale Dimension, die nicht leicht zu interpretieren ist, aber vermutlich dazu tendiert, die gebrechliche, gefühlsmäßig instabile Komponente des Regimes zu unterstreichen. Dies wurde wiederum weiter unten im Text durch das Misstrauen bezüglich einer Öffnung des Regimes relativiert. Die Tränen des Diktators tauchen auch im Artikel derselben Autorin, den „Der Bund" abdruckte, auf.[70]

Juan Carlos, S. 101.

66 Juan Carlos, der nun König sein muss, wollte Mönch werden, in: Blick, 23. Juli 1969.

67 Francos königlicher Nachfolger, in: NZZ, Nr. 449, 24. Juli 1969 (Hervorhebung im Original).

68 Juan Carlos wird in den Spuren Francos bleiben, in: NZ, Nr. 334, 24. Juli 1969.

69 Ebd.; Der Topos der Tränen als medienrelevantes Phänomen kommt bereits in der Berichterstattung zum Savoyerhandel vor. Vgl. Stöckli, Der Savoyerhandel von 1860, S. 9f., 24–26; siehe auch Liliequist, The Political Rhetoric of Tears, 181ff.

70 Vgl. Spaniens Kurs ist festgelegt, in: Der Bund, Nr. 170, 24. Juli 1969.

Die „Weltwoche“ widmete dem spanischen Staatsereignis eine ganze Seite, die von Fritz René Allemann abgefasst wurde. Der Text geht auf das von Franco konzipierte Nachfolgegesetz ein und zeichnet die Entwicklung des Regimes von dessen Anfang bis zum jüngsten Ereignis mit besonderem Fokus auf die Staatsform.[71] Allemann, der ebenfalls eine gewisse Sympathie für Don Juan durchblicken lässt, beurteilt dessen Schritt, die beiden Söhne Juan Carlos und Alfonso in Spanien erziehen zu lassen, als Fauxpas „[d]enn indem der Thronanwärter sich von seinem Sprössling trennte und diesen praktisch der Aufsicht Francos unterstellte, setzte er den Diktator in den Stand, Juan Carlos zum willfährigen Werkzeug und potentiellen ‚Gegenkönig‘ aufzubauen.“[72] Anders als in bisherigen Artikeln erwähnt Allemann die Bedeutung von Juan Carlos’ Schwiegermutter, der Königinmutter Friederike von Griechenland. Im Zwist zwischen Vater und Sohn habe sie ihrem Schwiegersohn geraten, keinesfalls auf die Krone zu verzichten. Im Artikel wird die „Legitimität“ des Vaters der „Legalität“ des Sohnes gegenübergestellt. Abschließend bekundet Allemann seine Zweifel an den Talenten des jungen Bourbonen:

> [M]an kann sich schwer vorstellen, wie ein zweifellos persönlich (trotz einer gewissen Schüchternheit) liebenswürdiger, aber intellektuell und charakterlich kaum überdurchschnittlicher Playboy, dessen Interesse bisher vor allem dem Sport, dem Jazz und dem Tanz galt, mit der Aufgabe fertig werden soll, die ihm nun durch einen Willensspruch seines Protektors übertragen worden ist.[73]

Allemann lieh auch der LdU-Zeitung „Die Tat“ seine Feder, die am 26. Juli einen ähnlich ausführlichen Artikel über Juan Carlos’ Ernennung abdruckte. Es wundert auch nicht, dass er auch in dieser Zeitung denselben kritischen Tonfall wie in der „Weltwoche“ aufrechterhält. Hier erlaubt sich der Journalist auch eine ridikulisierende Anspielung, indem er einen in Madrid beliebten Vergleich zitiert, wonach General Franco und Juan Carlos mit dem Komikerduo „Pat und Patachon“ gleichgesetzt würden.[74] Und auch hier lässt Allemann nahezu kein gutes Haar an dem Prinzen:

> Wenn er in der Öffentlichkeit auftritt – und das ist in den letzten Jahren immer häufiger geschehen, obwohl er dabei kaum je den Mund auftut – wirkt er merkwürdig farblos: Ein wohlerzogener Musterschüler eher als eine Persönlichkeit. Bei den jungen aristokratischen ‚Senoritos‘ [sic!], mit denen er verkehrt, geniesst er zwar viel Popularität, im Volk aber hat er bisher kaum ein anderes gefühlt [sic!] als das der Gleichgültigkeit geweckt.[75]

Die Zürcher SP-Zeitung „Volksrecht“ griff die Nachricht ebenfalls auf und berief sich zunächst auf eine UPI-Meldung, die im Anschluss daran in einem redaktionseigenen

71 Vgl. Juan Carlos – Francos Marionette, in: WW, Nr. 1863, 25. Juli 1969.
72 Ebd. (Hervorhebung im Original).
73 Ebd.
74 Francos Zögling Juan Carlos, in: Die Tat, 26. Juli 1969.
75 Ebd.

Kommentar kontrastiert wurde. So soll Franco in seiner Rede vor dem Ständeparlament den konservativen Charakter der monarchischen Staatsform am Beispiel der skandinavischen Monarchien widerlegt haben. Im Kommentar wird dies als „lächerlicher Vergleich" angeprangert:

> Unter diesen Umständen ist es absolut lächerlich, wenn Franco sozusagen zur Rechtfertigung seines gestrigen Entscheides, Spanien wieder zur Monarchie zu machen, auf die skandinavischen Staaten verwies. Denn im Gegensatz sind Schweden, Dänemark und Norwegen – obschon Monarchien – absolut demokratisch regiert und überdies von einem sozial fortschrittlichen Geist geprägt, der in Francos Spanien keinen Platz zu finden vermochte.[76]

Auffällig ist hier die Tatsache, dass das SP-Blatt nicht etwa die Monarchie als unzeitgemäße Staatsform *partout* infrage stellt, um besonders im Falle Spaniens die Republik, also jene demokratisch gewählte Staatsform, welche von General Franco gewaltsam eliminiert wurde, zu preisen. Gelobt werden hingegen die skandinavischen Monarchien, und es ist nicht schwer, daraus auch ein Lob an die sozialdemokratischen Parteien dieser Länder herauszulesen. Zu jenem Zeitpunkt wurde nämlich Schweden von Sozialdemokraten regiert und auch die Sozialdemokraten Dänemarks und Norwegens blickten auf zahlreiche Regierungsmandate zurück.[77]

Weitaus engagierter zeigte sich die „Tagwacht", die am 23. Juli eine von der eigenen Redaktion verfasste Meldung publizierte, die von einem Kommentar begleitet wurde. Der Kommentar von Herbert Hess ist in einer emotionalen Sprache geschrieben, die keinen Hehl aus dem Abscheu des Autors für das Regime macht:

> Am gestrigen Dienstagabend hat Spaniens Diktator Franco von seinen Steigbügelhaltern in den Cortes (Pseudovolksvertretung) den Prinzen Juan Carlos von Bourbon [...] zu seinem Nachfolger und damit zum künftigen König von Spanien wählen lassen.
>
> Diese ‚Wahl', die nur als Farce bezeichnet werden kann, kommt nicht unerwartet. [...]
>
> Wie die Dinge heute liegen, kann [Juan] Carlos nur als eine Kreatur des Franco-Regimes gelten, ausgewählt in der Absicht, das bestehende faschistische System aufrechtzuerhalten und weiterzuführen. Eine Wendung zum Besseren kann sich Spanien von dem neuen Thronfolger nicht erhoffen.[78]

Neben der offenbar nicht seltenen onomastischen Fehlinterpretation ist in diesem Kommentar etwas weitaus Wichtigeres hervorzuheben. Das Regime wird in der SP-Zeitung als „faschistisch" bezeichnet. Dies mag vor dem Hintergrund der politischen Zugehörigkeit der Parteizeitung wohl kaum überraschend klingen. In der „Tagwacht"-Ausgabe vom Folgetag wurde ebenfalls die Rede des frisch proklamierten Nachfolgers kommentiert:

---

76 Lächerlicher Vergleich, in: Volksrecht, Nr. 169, 23. Juli 1969.

77 Vgl. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, S. 357f.

78 Von Francos Gnaden..., in: TW, Nr. 169, 23. Juli 1969.

> Spanien habe nach langen Wegen der Trauer und der Leiden wieder zur politischen Legalität zurückgefunden durch das Werk eines aussergewöhnlichen Mannes, der dem Lande das Glück gebracht habe… (Jenes Glück, das so viele Spanier zwingt, ihr hartes Brot ausserhalb des eigenen Landes zu verdienen. Doch davon hat Francos Prinzchen wohl nie gehört. Red.)[79]

Das Zitat widerlegt die vom Regime verbreitete Rhetorik, wonach der Export von Arbeitskräften Spanien zu großer Ehre gereichen würde, um vielmehr von einem wirtschaftlichen Armutszeugnis zu reden.

Die spanische Staatsangelegenheit wurde auch in den welschen Zeitungen wiedergegeben. In der „Tribune – Le Matin" erschien in der Woche vor der Ernennung ein von François Geyer unterzeichnetes *Bulletin étranger* auf der Frontseite. Irrtümlicherweise wird in dieser Meldung Juan Carlos als „prince des Asturies" bezeichnet.[80] Dennoch weist der Text interessante Unterschiede zu den bisher betrachteten Texten auf. Zum einen wird hier explizit ein dritter Thronprätendent erwähnt: Alfonso de Borbón y Dampierre,[81] Sohn des damals in der Schweiz lebenden Infanten Jaime de Borbón und demzufolge Cousin des Thronfavoriten. Geyer geht auch sonst etwas weiter in seinen Ausführungen und sieht in der Wahl des feierlichen Termins eine verdächtige Überschneidung mit der Agenda der EG:

> En fait, il y a un aspect économique au problème, qui n'est pas négligeable. Après treize ans de tentatives épisodiques et d'échecs répétés, l'Espagne doit à tout prix et à bref délai vaincre les préventions des ‚Six' et, sinon entrer au Marché commun, du moins pouvoir s'y associer.
>
> Pour une coïncidence qui ne doit peut-être pas tout au hasard, son dossier sera une fois de plus sur la table des ministres de la Communauté européenne, ce même 22 juillet où siégeront les Cortès.[82]

„La Suisse" widmete ihre Frontseite der Rückkehr des Raumschiffes Apollo 11 und Francos Nachfolge, wobei letzteres Ereignis mit einer AFP-Meldung, einem UPI-Bild und einem Redaktionskommentar aus der Feder von Marc Heyd abgedruckt wurde. Die Anzahl der Stimmen für Juan Carlos, werden von Heyd als ein „oui massif" für

79 Juans grosse Worte, in: TW, Nr. 170, 24. Juli 1969.

80 Franquisme sans Franco? in: TLM, Nr. 199, 18. Juli 1969.

81 Alfonso de Borbón y Dampierre heiratete kurze Zeit später General Francos Enkelin. Seine Beziehung zur Schweiz war sogar stärker als die von Juan Carlos. Alfonso und sein Bruder Gonzalo hatten nämlich das Gymnasium in einem Zuger Internat besucht und zogen erst Mitte der fünfziger Jahre nach Spanien. Zudem lebte deren Vater Don Jaime in der Schweiz, wo er 1975 verstarb. Vgl. Prieto López, La imagen de la monarquía española…, S. 11f. Alfonso galt als Thronprätendent, der vom ultrarechten, falangistischen Sektor um Solís Ruiz und Francos Schwiegersohn Cristóbal Martínez-Bordiu unterstützt wurde. Vgl. Preston, Juan Carlos, S. 252f.; Preston, Franco, S. 679.; Payne, The Franco Regime, S. 536f.; Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 131.

82 Franquisme sans Franco? in: TLM, Nr. 199, 18. Juli 1969.

Franco gedeutet.[83] In seinem Kommentar zeigt er keine ausgesprochene Sympathie für Don Juan, anders als die bereits behandelten Nachrichten in anderen Schweizer Zeitungen. Er hält sich streng an die Fakten, doch zitiert er eine Passage aus Juan Carlos' Rede vor den *Cortes*: „En attendant, son héritier [Juan Carlos] consolidera sa formation à ses côtés [de Franco] jusqu'au jour ‚que je prie Dieu d'être très lointain, où le chef de l'Etat disparaîtra', a dit hier Don Juan Carlos en acceptant officiellement sa désignation."[84] Zwar handelt es sich dabei um ein Zitat, doch die Wahl ebendieses Passus sollte dem Leser verdeutlichen, dass sich der Gewählte dem Willen des Regimes gefügt hatte. Die Kolumne schließt mit den hoffnungsvollen Worten, nichts würde darauf hinweisen, dass der Franquismus mit oder ohne Franco in aller Ewigkeit fortleben würde.[85]

Auch die Schweizer Monopolmedien nahmen die Nachricht auf. Am 22. Juli 1969 berichtete die „Tagesschau" in ihrer ersten Ausgabe über Juan Carlos' Ernennung. Die Nachricht eröffnete sogar die Spätausgabe an demselben Abend. Folgende Worte leiteten sie ein:

> Spaniens zukünftiger König heisst Juan Carlos von Bourbon. Der 31-jährige Prinz ist heute abend [sic!] vom spanischen Ständeparlament, vom Cortes [sic!], offiziell zum Nachfolger von General Franco gewählt worden. Dies mit 491 gegen 19 Stimmen bei 9 Enthaltungen.[86]

Die Nachricht wurde mit dem biografischen Hintergrund des Prinzen fortgesetzt.[87] Die „Tagesschau" griff dabei auf Agenturmaterial zurück, welches von einem Sprecher kommentiert wurde. Der Beitrag dauerte dreieinhalb Minuten. Der Kommentar fuhr dann fort:

> Die Ernennung von Juan Carlos zum Thronprätendenten soll in Spanien das Überleben des Franquismus ohne Franco sichern.
>
> In seinem portugiesischen Exil blieb Don Juan indes nicht untätig. Er überwarf sich allerdings mit seinem Sohn, als dieser ganz eindeutig Francos Auserwählter wurde. Vor kurzem löste Don Juan sein Büro auf, da er offenbar nicht mehr an seine Chance, Spaniens König zu werden, glaubte.[88]

Es werden Bilder aus Juan Carlos' militärischer Ausbildung und seiner Trauung mit Sofía von Griechenland in Athen gezeigt. Obwohl sich die Aufmerksamkeit fast ausschließlich auf die Ernennung des jungen Bourbonen konzentriert, findet auch ein weiterer Thronprätendent Erwähnung, nämlich der Carlist Carlos Hugo

83 La succession de Franco, in: La Suisse, Nr. 205, 24. Juli 1969.
84 Ebd.
85 Ebd.
86 DRS-Tagesschau-Spätausgabe vom 22. Juli 1969, http://videoarchiv.srf.ch.
87 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 22. Juli 1969, BAR J2.225 1996/68, Bd. 1790.
88 DRS-Tagesschau-Spätausgabe vom 22. Juli 1969, http://videoarchiv.srf.ch.

de Borbón Parma. Die Nachricht wird mit folgenden Worten abgeschlossen: „Die Nominierung von Juan Carlos schafft also in Spanien eine gespannte Lage, denn nicht nur die Anhänger der Republik, sondern auch die Anhänger der monarchistischen Prinzen haben das letzte Wort noch nicht gesprochen."[89] Bei allen legitimen Hinterfragungen suggeriert das von der „Tagesschau" vermittelte Image von Juan Carlos eine perfekte Eingliederung in den franquistischen Machtapparat. Sein Leben, seine militärische Ausbildung in den drei Streitkräften widerspiegeln die Idee einer tadellosen Vorbereitung für das Amt des Staatschefs. Dennoch entbehrt die „Tagesschau"-Nachricht jeglichen expliziten Kommentars zum politischen Credo des Prinzen, was letztlich impliziert, dass seine Ideen deckungsgleich mit denjenigen des Regimes sind, zumal seine Ernennung als Garantie für die posthume Kontinuität gedeutet wird. Die „Tagesschau" polemisiert also gegen Francos Entscheid, indem sie die Öffentlichkeit auf die Existenz eines carlistischen Aspiranten und die republikanische Option hinweist.

Die hier betrachteten Medienerzeugnisse über die Nachricht der Designierung des späteren Königs Juan Carlos zeigen eine klare Position der Schweizer Medien in Bezug auf seine Person. Verachtung, Skepsis, Spott sind die Begriffe, welche aus dieser Analyse resultieren; ein Taugenichts, ein unterbelichteter, sorgloser und leicht beeinflussbarer Jet-Set-Abkömmling sind die Porträts von Juan Carlos. Die Ablehnung des Prinzen geht wohl Hand in Hand mit der Ablehnung des Regimes und der Vorstellung eines Fortlebens nach Francos Tod.

Nichtsdestotrotz ist eine gewisse Unkenntnis seitens mancher Schweizer Journalisten von den franquistischen Familien nicht ganz von der Hand zu weisen, besonders wenn bei der Anprangerung des jungen Bourbonen falangistische und zugleich *Opus Dei*-Nähe erwähnt wird, wo doch die beiden ideologischen Strömungen sich wie Öl zu Wasser vertrugen. Man stellt ferner fest, dass diese Ablehnung weitgehend ideologieübergreifend und entsprechend auf einen breiten Konsens abgestützt war, waren doch beispielsweise Schwyters, Hottingers, Herrmanns und Allemanns Voten ähnlichen Inhalts. Weniger der ideologische Standpunkt der Zeitung, sondern vielmehr jener des Verfasser des Artikels scheint hier also wesentlich zu sein.

Mit großer und ebenso selektiver Aufmerksamkeit verfolgte die Schweiz die Entwicklung in Spanien. Die Bedeutung der Wahl des Prinzen zum späteren König von Spanien ist nicht nur als historisches Ereignis gegeben, das symptomatisch als zeitlich beschränkt und dementsprechend sterblich für die Selbsterkenntnis des Regimes steht, sondern auch noch als medienhistorischer Moment, auf den die Medien in den darauffolgenden Jahren immer wieder Bezug nehmen sollten. Ferner stellt noch heutzutage der Treueeid Juan Carlos' einen Makel dar, auf welchen spanische

89 Ebd.

Republikaner hinweisen, um die antidemokratischen Wurzeln des spanischen Königtums hervorzuheben und die Monarchie als Staatsform zu delegitimieren.

5.2 Der Burgos-Prozess (Dezember 1970)

Das Jahr 1970 stand für das Regime, das ohnehin seit Oktober des vorherigen Jahres mit einer Zunahme von Konflikten konfrontiert war, unter einem schlechten Stern.[90] Im Baskenland schoss die Polizei auf Demonstranten, die bloß gegen die Luftverschmutzung protestierten, und tötete zwei davon.[91] In Granada verloren drei Arbeiter auf dieselbe Weise ihr Leben, die einen Tagesmindestlohn von 130 Peseten forderten. Im Dezember fand schließlich in Burgos das aufgeschobene Gerichtsverfahren gegen 16 Angehörige der baskischen Terrororganisation ETA statt.[92] Den Angeklagten wurde eine Reihe terroristischer Delikte vorgeworfen, insbesondere die Ermordung von Melitón Manzanas González, des Chefkommissars der *Brigada Político-Social* in der baskischen Provinz Gipuzkoa, der hier bereits in der Einleitung sowie im Zusammenhang mit einer Solidaritätskundgebung Erwähnung fand.

Der für seine Folterpraktiken berüchtigte Manzanas war 1968 vor seiner Haustür in einem Racheakt für die Tötung zweier ETA-Militanten niedergeschossen worden.[93] Die französische Zeitung „Le Monde" brachte zu Beginn des Prozesses die dubiose Vergangenheit des Ermordeten in Erinnerung und erwähnte auch seine frühere Kollaboration mit der Gestapo,[94] doch auch die übrige ausländische Presse schien die Tötung des menschenverachtenden Kommissars nicht wirklich zu missbilligen.[95] In der französischen Presse sollte der Burgos-Prozess zu einem einschneidenden Ereignis werden, das laut Aline Angoustures die Hinrichtung von Julián Grimau im Jahre 1963 in den Schatten stellte.[96]

Die Handhabung des Prozesses fiel in die Hände der Militärjustiz, obschon seit der Bildung des *Tribunal de Orden Público* im Jahre 1963 die Kriegsgerichte in politischen Angelegenheiten entlastet wurden.[97] Nebst der hohen Anzahl Angeklagter und dem

90 Vgl. Tusell, Carrero, S. 377.

91 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 128.

92 Eine namentliche Auflistung der 16 Angeklagten mit den jeweiligen Geburtsdaten und Urteilen findet sich bei Lang, Das baskische Labyrinth, S. 180–182. Vgl. Preston, Franco, S. 752.

93 Vgl. Payne, The Franco Regime, S. 558.

94 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 115.

95 Vgl. Zaragoza Alberich, Aproximación al proceso de Burgos…, S. 206.

96 Vgl. Angoustures, L'opinion publique française et l'Espagne, S. 680; Lemus, Las posiciones francesas…, S. 62.

97 Vgl. Beck, Das spanische Regierungssystem…, S. 252. Eine Liste der seit dem Spanischen Bürgerkrieg und während der Franco-Diktatur entstandenen Sondergerichte findet sich bei

allgemeinen, in der westeuropäischen Öffentlichkeit verbreiteten Unverständnis für die militärgerichtliche Verhandlung eines an und für sich zivilgerichtlich verstandenen Deliktes trugen auch weitere Aspekte dazu bei, das Ereignis zu potenzieren und in eine für den Ruf des Regimes schädliche internationale Dimension zu versetzen.[98] Dazu gehörten die von der militärischen Staatsanwaltschaft verlangten Strafen – insgesamt neun Todesurteile und mehrere hunderte Jahre Gefängnis – sowie die Präsenz zweier Pfarrer auf der Anklagebank und nicht zuletzt die Entführung des bundesdeutschen Honorarkonsuls in San Sebastián.[99] Ebenso trat während des Prozesses der Aspekt der Unterdrückung der historischen Nationalitäten hervor. Ein besonderer Vorfall, der den Schweizer Blick nach Spanien beeinflusst haben dürfte, war die Entführung des Schweizer Botschafters in Brasilien, Giovanni Enrico Bucher, die sich ebenfalls Anfang Dezember ereignete.

Am 1. Dezember 1970 erschien in der „Zürcher AZ", wie das „Volksrecht" nun hieß, ein Leitartikel von Werner Herzog, der den Spannungszustand am Vorabend des Prozessbeginns beschrieb, der sich in einer großen Welle von Verhaftungen von Oppositionellen niederschlug. Herzog spricht dabei von einer „Terroraktion" des Regimes.[100] „Der Bund" druckte einen ausführlicheren Überblicksartikel von Linde Herrmann ab.[101] Darin ging sie auf die wichtigsten Aspekte im Vorfeld des Prozesses ein, namentlich auf die pausenlosen Demonstrationen an den Universitäten, die Protestschreiben einiger Bischöfe, die Empörung des spanischen Justizministers darüber sowie die Protestnote der Verteidiger. Der „Tages-Anzeiger" veröffentlichte am selben Tag einen ähnlich gelagerten Bericht von Annemarie Schwyter, die die ETA-Angehörigen als „baskische ‚Tupamaros'" umschreibt.[102] Weiter erwähnt sie am Ende des Artikels die negativen außenpolitischen Folgen, welche die Aburteilung durch das militärische Sondergericht nach sich ziehen würde. Namentlich werden die EWG-Länder erwähnt, „an die Spanien engeren Anschluss sucht",[103] und deren Unverständnis für Spaniens auf Bürgerkriegszeiten zurückgehendes Justizsystem.

---

del Águila, El TOP, S. 378f.

98 Vgl. Busquets, Die Streitkräfte zwischen Diktatur und Demokratie, S. 72. Unter den 16 Angeklagten befanden sich drei Frauen. Vgl. Lang, Das baskische Labyrinth, S. 179–182. Ab den siebziger Jahren nahm der Frauenanteil der ETA deutlich zu und erreichte 10 bis 15%. Unter den ETA-Gefangenen lag er bei 8%. Vgl. Haupt/Weinhauer, Terrorism and the state, S. 196.

99 Vgl. Zaragoza Alberich, Aproximación al proceso de Burgos…, S. 206.

100 Spanische Oppositionsführer verhaftet, in: Z AZ, Nr. 279, 1. Dezember 1970.

101 Vgl. Der grosse Basken-Prozess, in: Der Bund, Nr. 282, 2. Dezember 1970.

102 Welle von Protesten gegen geplanten Baskenprozess, in: TA, Nr. 282, 2. Dezember 1970 (Hervorhebung im Original).

103 Ebd.

In manchen Zeitungen trat oft eine Kombination aus Kritik am Regime und Bewunderung für die baskische Oppositionsbewegung zum Vorschein. Dies war auch in der Ausgabe von „La Suisse“ vom 3. Dezember der Fall, die einen Bericht von Pierre Chavannes aus Paris über eine Unterhaltung mit einem jungen ETA-Militanten abdruckte. Einleitend wird die Widerstandsorganisation als „franchement révolutionnaire, terroriste au besoin et fortement imprégné de marxisme“ charakterisiert.[104] Chavannes beschreibt zudem das Erfolgsrezept der baskischen Befreiungsorganisation als Verbindung eines regionalen Nationalismus in einer traditionalistischen Region mit einer politischen Opposition unter der Beteiligung von Studenten und Arbeitern. Der junge *Etarra* wird äußerst wohlwollend beschrieben: „Passionné, mais lucide, engagé dans l'action, mais avec sang-froid, convaincu mais pas sectaire. Bien sympathique, je l'avoue…“[105] Besonders bemerkenswert scheint die hier erwähnte Stellungnahme von kirchlichen Würdenträgern Spaniens gegen die militärgerichtliche Abwicklung des Prozesses, aber auch die Solidarisierung mit den 16 Basken in zahlreichen Städten.

Auch der „Blick“ zeichnete sich durch einen regen Rhythmus an Meldungen über den Burgos-Prozess aus, wobei es sich meistens um relativ kurze, für das Schweizer Boulevardblatt typische Meldungen handelte. Bereits am 4. Dezember berichtete man über Unruhen in verschiedenen Städten Spaniens, über die vermeintliche Folterung einer Angeklagten sowie über das Schicksal des wenige Tage zuvor entführten Konsul Eugen Beihl.[106] Die „Weltwoche“ eröffnete hingegen ihre Berichterstattung über Spanien mit einer ganzen Seite, die sie dem sozialistischen Oppositionellen Enrique Tierno Galván widmete. Alfred Schüler, der den zwangsemeritierten Rechtsprofessor in Madrid interviewte, zeichnet das Bild eines engagierten Intellektuellen und brillianten Denkers.[107] Das Interview fokussiert insbesondere auf seine Vorstellungen über die postfranquistische Zukunft Spaniens. Er sieht nach dem Abgang des Diktators nur zwei mögliche Ausgänge: eine Verschärfung der Diktatur oder den demokratischen Weg. Besonders klar scheint ihm eine Fortsetzung des Franquismus unter der monarchistischen Diktatur Juan Carlos' und dem *Opus Dei*.

Das „Journal de Genève“ veröffentlichte einen Beitrag von Claude Monnier auf der ersten Seite, in welchem die anachronistischen Parolen des Regimes angeprangert wurden: „nous ne sommes plus en 1936, l'argument de la patrie menacée, déchirée, ne vaut plus.“[108] Trotzdem spricht er dem Regime in seiner Frühphase eine

---

104 A la veille du procès de Burgos, in: La Suisse, 3. Dezember 1970.
105 Ebd.
106 Spanien: Basken-Prozess löst Unruhen aus, in: Blick, Nr. 286, 4. Dezember 1970.
107 Vgl. Warten auf die Ungewissheit, in: WW, Nr. 49, 4. Dezember 1970.
108 Seize accusés à Burgos, in: JdG, Nr. 284, 5./6. Dezember 1970.

Berechtigung zur Repression zu, die er als „un certain ‚stalinisme'"[109] umschreibt. Bemerkenswert ist hier die Verwendung von „Stalinismus" anstelle des verbreiteteren Begriffs „Faschismus" oder „Totalitarismus", was den antikommunistischen Charakter der Genfer Zeitung untermauert, der nicht im Faschismus, sondern im Stalinismus ein Superlativ des Übels sah. Monnier zieht einen Strich quer durch die Opposition, der die Ziele der Studenten, Arbeiter und Pfarrer von denjenigen der baskischen Organisation trennt.[110] Somit prangert er den Eigensinn und den Egozentrismus der ETA an, die in eine Diktatur marxistischen Zuschnitts zu münden drohe. Der Artikel schließt mit einer Darlegung der zwei möglichen Entwicklungsszenarien des Prozesses: die Weiterführung der Liberalisierung oder die verhängnisvolle Anhäufung von „Pulverfässern". Der letzte Satz zeigt die rechtsliberale Verbeugung der Zeitung vor der Diktatur, deren Regierung Monnier doch „bon sens" zubilligt.[111]

In der Mittagsausgabe der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 7. Dezember berichtete Arnold Hottinger über unterschiedliche Aspekte des Militärprozesses. Dabei werden vor allem schwere Vorwürfe gegen rechtswidrige Praktiken erhoben wie, man habe den Angeklagten Pfropfen in die Ohren gesteckt, um sie daran zu hindern, sich auf dem Transport zu unterhalten, „man scheint sie aber den Betroffenen auch für die Verhandlungen nicht aus den Ohren gezogen zu haben…".[112] Ebenso wird der Protest der Verteidigung gegen die Anklage zur Sprache gebracht, welche den Prozess präjudizieren würde. Auch die Frage nach der Kompetenz des Militärgerichtes fehlt hier nicht. So erfuhren die Leser, dass die Aburteilung durch ein Kriegsgericht sich auf das „Gesetz über militärische Rebellion, Banditentum und Terrorismus" vom 14. August 1968 stütze. Der Mord an Manzanas ereignete sich allerdings schon am 2. August, was ein schiefes Licht auf die spanische Rechtspraxis wirft. Das vom Autor angeprangerte System zur Säuberung politisch Andersdenkender endet allerdings nicht in einer Sympathiebezeugung für die Verurteilten. Anders als Chavannes zeigt Hottinger kaum irgendwelchen Enthusiasmus für die baskischen Untergrundkämpfer und erwähnt auch nicht die Solidarität der spanischen Opposition mit den baskischen Angeklagten, sondern betont eine allgemeine Missbilligung der Gewalt.[113]

Am selben Tag behandelte die „National-Zeitung" das baskische Thema mit einem Artikel Linde Herrmanns, der von Anfang an betont: „Die Angeklagten sind

109 Ebd. (Hervorhebung im Original).
110 Vgl. ebd.
111 Ebd.
112 Der Militärprozess gegen Basken in Burgos, in: NZZ, Nr. 570, 7. Dezember 1970 (Hervorhebung im Original).
113 Vgl. ebd.

die Sündenböcke für unaufgeklärte Verbrechen, für den baskischen Separatismus, die ETA und für die fortschrittliche und nationalistische Haltung des baskischen Klerus."[114] Sie fährt dann mit der Aufzählung einer Reihe schwerwiegender Fehler fort, die das Beweismaterial tangieren und dem Prozess die Legitimität entziehen. Ähnlich wie Hottinger wird auch hier die Folter angesprochen, allerdings viel direkter: „Fast sämtliche Aussagen der Angeklagten wurden von der Polizei unter schwersten Misshandlungen erpresst. In einem Protokoll des mitangeklagten Geistlichen Jon Etxabe werden klar die einzelnen moralischen und körperlichen Torturen beschrieben, denen er unterworfen wurde."[115] Die Repression verschone auch die Verteidiger nicht, welche während der Verhandlung kaum zu Wort kommen konnten und denen anonym gedroht wurde. Anders als Hottinger, der eine distanzierte und intellektuell anspruchsvolle Stilistik pflegte, ist die Berichterstattung von Linde Herrmann durch ein starkes und direktes Engagement charakterisiert.

In den „Luzerner Neuesten Nachrichten" vom 7. Dezember erschien in der Auslandssparte ein Artikel von Annemarie Schwyter mit einem historischen Abriss über die Unterdrückung der baskischen und der katalanischen Sprache und Kultur nach der Niederlage der Republik. Sie thematisiert den klassenübergreifenden Kampf der Basken gegen die Zentralregierung in Madrid. Das Resultat dieses Zusammenschlusses erkläre auch, „weshalb im gegenwärtigen Baskenprozess in Burgos Studenten aus bürgerlichem Haus, kleinbürgerliche Angestellte, Arbeiter und Priester auf der gleichen Anklagebank sitzen."[116]

Eine im „Tages-Anzeiger" erschienene Kurzreportage von F. Perabo über das Baskenland, in welcher dem Leser die konfliktreiche Region aus linguistischer, historischer und kultureller Sicht äußerst wohlwollend skizziert wird und die reich an Vergleichen mit der Schweiz ist, besagt:

> Die *Landschaft* der Basken erinnert an das Schweizer Voralpenland und so auch die Bauernhäuser, die *Schweizer Chalets* gleichen. […] Die grösste Stadt der Basken ist *Bilbao*, doch das Herz des Baskenlandes ist *Guernica*, wo eine tausendjährige Eiche steht: das Rütli des Baskenlandes.[117]

Perabo zitiert eine Passage aus einem Buch des navarresischen Politikers und Schriftstellers Arturo Campión: „„Ich segne dich, *Demokratie* der Basken. *Älter* bist du und erlauchter darum als die Demokratie *Helvetiens*. Die fünf Hörner der Berggipfel des *Oiz, Sollube, Colisa, Ganecogorta* und *Gorbea* antworten den Trompeten *Uris, Schwyz'*

114 Francos Regime demonstriert seine Terrormethoden, in: NZ, Nr. 565, 7. Dezember 1970.
115 Ebd.
116 Der baskische Nationalismus – Protest gegen Madrid, in: LNN, Nr. 284, 7. Dezember 1970.
117 Ein gastfreundliches Volk mit bedeutender Geschichte, in: TA, Nr. 286, 7. Dezember 1970 (Hervorhebung im Original).

und *Unterwaldens*".[118] Der Text suggeriert eine gewisse kulturelle Verwandtschaft zwischen der Schweiz und dem Baskenland somit auch eine Parteiergreifung für die „seelenverwandten" Angeklagten. Perabo behauptet ferner, „trotz ihrer kriegerischen Vergangenheit [hätten die Basken] keinen einzigen Kriegsgesang und kein einziges kriegerisches Gedicht [vorzuweisen]."[119]

Ein ähnlich gelagerter Beitrag war auch auf der ersten Seite des „Journal de Genève" zu lesen, den Richard Mowrer aus Madrid schrieb. Die Basken, hier als „un peuple fier, capable et obstiné"[120] umschrieben, hätten 1839 mit der Niederlage der Carlisten ihre Sonderrechte verloren. Die 1956 gebildete ETA habe sich die Taktik der „action répression" zu eigen gemacht, mit dem Ziel, durch ihre Gewaltaktionen eine Eskalation der staatlichen Repression hervorzurufen, welche die Basken insgesamt zu einem stärkeren Engagement für die Unabhängigkeit führen sollte.

Die „National-Zeitung" vom 10. Dezember räumte erneut mehr als die Hälfte ihrer Frontseite einer aufsehenerregenden Schlagzeile ein mit dem Leitartikel Herrmanns und einem Bild einer antifranquistischen Demonstration in Rom. Ihre Berichterstattung beeindruckt durch die dramatische Darstellung der Zustände während der Gerichtsverhandlung in einem *Staccato* von kurzen, gleichsam atemlosen Sätzen:

> [Der Angeklagte] Onaindia stürzt auf den Richtertisch zu. Die beiden angeklagten Geistlichen beginnen mit erhobener Hand zu predigen. Das Publikum stimmt in die Freiheitsrufe und die Hymne ein. Die bewaffneten Polizisten drücken die gefesselten Gefangenen nieder, setzen ihre Stiefel auf ihre Fesseln. Ein Polizist zieht die Pistole und Gerichtspräsident und juristischer Beisitzer ziehen ihre Degen. Familienmitglieder der Angeklagten brechen in Schrei- und Weinkrämpfe aus, während die Polizei den Saal räumt.[121]

Die Journalistin geht nicht nur gezielt auf die Folterungen ein, sondern erwähnt die Gefolterten namentlich und bewirkt auf diese Weise ein stärkeres emotionales Engagement der Leser als dies im Beitrag der „Neuen Zürcher Zeitung" der Fall war. Die „Neue Zürcher Zeitung" ihrerseits veröffentlichte in der Morgenausgabe vom selben Tag einen umfangreichen Bericht ihres Spanienkorrespondenten, in welchem ebendieser Krawall im Gerichtssaal zur Sprache gebracht wird.[122]

Werner Herzog thematisierte in der „Zürcher AZ" das „Ringen zwischen Spaniens immobilem Franco-Regime und einer vereinigten, auf allen Ebenen aktiven

118 Ebd. (Hervorhebung im Original).

119 Ebd. Dabei vergisst der Autor, dass ausgerechnet die von den Angeklagten gesungene baskische Hymne *Eusko Gudariak* ein Kampflied ist, dessen Text besagt, dass die baskischen Krieger bereit sind, ihr Blut für das Baskenland zu opfern.

120 La violence basque fruit du franquisme, in: JdG, Nr. 286, 8. Dezember 1970.

121 „Das ist eine Farce und kein Prozess", in: NZ, Nr. 571, 10. Dezember 1970.

122 Ausschluss der Öffentlichkeit im Prozess von Burgos, in: NZZ, Nr. 575, 10. Dezember 1970.

Opposition".[123] Hier wird die ETA als „Freiheitsbewegung" bezeichnet, doch was auf den ersten Blick als ein die Sympathie linker Blätter mit der baskischen Sache bezeugender Euphemismus verstanden werden könnte, wird bereits wenige Zeilen später relativiert:

> Nicht nur die Tatsache, dass die Basken, deren *terroristische* Aktivitäten es durchaus nicht zu beschönigen gilt, vor ein Kriegsgericht gestellt worden sind und sechs unter ihnen die Todesstrafe zu gewärtigen haben, sondern auch die Art der Führung der Gerichtsverhandlungen demonstriert die rücksichtslose Härte, mit der die Regierung jede Autonomiebestrebung und Anfechtung der Zentralgewalt beantwortet.[124]

Herzog erwähnt die Folgen des Ausnahmezustandes sowie den Hirtenbrief der Bischöfe von Bilbao und San Sebastián, der gegen die beantragten Kapitalstrafen protestiert. Unter den Verhafteten wird in der SP-Zeitung nur der sozialistische Exponent Tierno Galván namentlich erwähnt, und zwar als persönlicher Freund Pietro Nennis und Willy Brandts. Der Artikel lässt also – kaum überraschend – eine besondere Sympathie für den Sozialismus durchblicken; für die marxistisch-nationalistische ETA und deren Methoden hatte die Zeitung hingegen wenig übrig.

Die „Tribune – Le Matin" druckte einen Korrespondenten-Bericht ab, der sich auf die Entführung von Eugen Beihl und die Spekulationen über seinen möglichen Aufenthaltsort konzentriert. Die Eskalation der Gewalt in einer Kettenreaktion hätte eine „Umkehrung" der Rollen im Prozess nach sich gezogen:

> En Espagne s'est déclenchée une nette escalade contre le pouvoir franquiste et les accusés de Burgos sont devenus les accusateurs. Mais le plus dangereux et le plus significatif pour le régime est que le conseil de Burgos, l'enlèvement du consul allemand, la mort d'un des manifestants, l'état d'urgence sont des symptômes de l'effondrement de la structure du pouvoir.[125]

In der „Tagwacht" erschien am darauffolgenden Tag eine Kolumne von Herbert Hess, in welcher betont wird, dass die Basken nicht nur für ihre Autonomie kämpfen würden. „Die Angeklagten sind nicht minder auch Revolutionäre, die nicht nur das Francoregime, sondern auch die heute in Spanien herrschende Verbindung von Kapitalismus und Faschismus in Frage stellen".[126] Hess geht auf die Aussage eines Angeklagten ein, der auf die Frage seines Verteidigers antwortete, eine demokratische Entwicklung sei zwar in einem kapitalistischen System möglich, nicht aber in einem kapitalistisch-faschistischen. Er kommentiert diesen Standpunkt und lässt dabei eine typische sozialdemokratische Auffassung erkennen, die sich von einer orthodox marxistischen klar unterscheidet:

---

123 Francos Schwierigkeiten, in: Z AZ, Nr. 287, 10. Dezember 1970.

124 Ebd. (Hervorhebung des Autors).

125 Le franquisme traverse sa crise la plus grave, in: TLM, Nr. 344, 10. Dezember 1970.

126 Konfrontation in Burgos, in: TW, Nr. 290, 11. Dezember 1970.

> Und damit hat er [der Angeklagte] sicher den Nagel auf den Kopf getroffen. Denn die kapitalistischen Systeme westlichen Musters haben immerhin – volens-nolens – demokratische Formen verwirklicht, in denen die Meinungsfreiheit und die daraus resultierenden Rechte weitgehend gesichert sind. Nicht so in Spanien. Dort hat zwar das Kapital alle Möglichkeiten, sich zu bereichern, die bürgerlichen Freiheiten, jene der Arbeitnehmer insbesondere, werden vom faschistischen Francoregime hingegen systematisch unterdrückt.[127]

Besonders auffallend ist hier ein solidarisches Entgegenkommen der Schweizer Sozialdemokratie in Bezug auf die Basken. Die Sympathiebekundung erfolgt hier durch die Fokussierung auf den antifaschistischen Charakter der ETA und auf die Relativierung ihrer Autonomiebestrebungen, denen man durch die Erwähnung historischer Momente der baskischen Vergangenheit auch eine gewisse Legitimität anerkennt. Man gewinnt dabei nicht nur den Eindruck einer Reaktion auf jene mehr oder weniger bürgerlichen Zeitungen, welche die ETA-Angehörigen und ihre Aktivitäten als radikal diskreditieren, sondern ist hier sogar und umso auffallender ein Gegensatz zur Zürcher Schwesterzeitung zu erkennen.

Die Schweizer Auseinandersetzung mit Spanien kannte auch die Ausdrucksform des Straßenprotests. Die „Tagesschau“ hatte bereits am 5. Dezember über Demonstrationen in New York berichtet, die vor einem spanischen Tourismusbüro stattgefunden hatten.[128] Eine Woche später berichtete sie von einer Protestkundgebung in Bern, die vor der spanischen Botschaft endete und an welcher 4000 Personen teilnahmen (siehe Abbildung 1).[129] Aus dem Sprechertext, der jeweils die Randnotizen und Streichungen des „Tagesschau“-Moderators enthält, geht hervor, dass bei der ersten Erwähnung des Polizeiaufgebotes der Zusatz „armés jusqu'aux dents“ durchgestrichen und dementsprechend weggelassen wurde.[130] Offenbar schien die Apposition übertrieben, denn sie hätte die polizeiliche Gewalt überbetont – und das gerade bei einer Demonstration, die sich gegen einen Staat richtete, dem die öffentliche Meinung eine exzessive Polizeigewalt vorwarf. Sonderbar oder unglücklich ist die Verwendung des Begriffs „commando“, der semantisch aus dem Bereich des organisierten Terrors stammt und somit eine terroristische Konnotation bei den Demonstranten zeigt.

Aus den Filmsequenzen über die Berner Demonstration ist neben den politischen Sprüchen, die im Kommentar erwähnt werden, auch eine direkte und wiederholte Beleidigung des spanischen Staatschefs[131] deutlich zu hören: „¡Franco, hijo de puta!“

---

127 Ebd.

128 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 5. Dezember 1970, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2013.

129 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 12. Dezember 1970, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2014.

130 TSR-Tagesschau-Hauptausgabe vom 12. Dezember 1970, http://videoarchiv.srf.ch.

131 Art. 147 des damaligen spanischen Strafgesetzbuches (Dekret 691/1963, BOE Nr. 84, vom 8. April 1963) sah im Falle der Beleidigung oder der Drohung des spanischen Staatschefs in schriftlicher Form oder auf öffentlichem Grund und in seiner Abwesenheit eine Bestrafung mit Zuchthaus vor. Nähere Angaben, zum Beispiel ob die Beleidigung auf spanischem

(dt. „Franco, [Du] Hurensohn!“).[132] Nebst dem Obszönitätsaspekt steht dieser Ausruf deutlich im Widerspruch zu den fremdenpolizeilichen Auflagen, die ausländischen Rednern bei der Gewährung der Redeerlaubnis gemacht wurden.[133] An diesem Beispiel zeigt sich das Ausmaß der Emotionen bei öffentlichen Protesten beziehungsweise welche Gefühle die Militanz in einer sozialen Protestbewegung antreiben. Jasper erwähnt speziell den „moral shock“ als jähen Auslöser für den Beitritt zu einer solchen Bewegung, aber auch den Rahmen der Ungerechtigkeit, der wahrscheinlich hier am ehesten zutrifft.[134]

Das Fernsehen spielte in der Geschichte der Protestbewegungen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und für deren Inszenierung eine große, aber nicht widerspruchsfreie Rolle. Die bereits erwähnte AKP stand der „Tagesschau“ kritisch gegenüber, wie in der 1973 erschienenen Studie zu lesen ist: „Die Tagesschau ist ausgesprochen bildergläubig. Sie versucht, dem Zuschauer die Illusion des unmittelbaren Dabeiseins zu vermitteln. Die Bilder verdeutlichen jedoch selten die geschilderten Sachverhalte und ermöglichen keine Kontrolle der Information.“[135] Die Eroberung des öffentlichen Raumes durch Demonstranten, die Zerstörung der Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit wird durch die Fernsehkamera zum Medienereignis. Fahlenbrach spricht dabei von einer Medienrevolte in doppeltem Sinne:

> [E]ine Revolte gegen die Medien und eine Revolte mit den Medien. Denn paradoxerweise ist es gerade die von den Studenten massiv kritisierte Umorientierung der Massenmedien auf Visualität und der damit einhergehenden Radikalisierung der Ereignisorientierung, die ihnen zu einer massenwirksamen Aufmerksamkeit verhilft, wie dies zuvor keiner anderen sozialen Bewegung zuteil wurde.[136]

Die Straßenproteste gegen den Prozess beschränkten sich keineswegs bloß auf den Deutschschweizer Boden. „La Suisse“ berichtete wenig Tage später ausführlich über eine andere Demonstration in Genf, die ebenfalls in Gewaltausschreitungen ausartete. Als Redner intervenierten die Genfer Gewerkschafter Pierre Schmid und Fernand Pittet, der PSdT-Nationalrat Armand Magnin, der Sozialdemokrat Christian Grobet

---

Hoheitsgebiet stattfinden musste oder ob sie selbst wenn im Ausland vollzogen als Straftat angesehen wurde, kommen im Gesetzestext nicht vor. Hingegen legt Art. 132 die Strafe bei Verbreitung falscher oder tendenziöser Gerüchte zwecks Schädigung der Glaubwürdigkeit des spanischen Staates durch einen sich im Ausland aufhaltenden Spanier explizit fest.

132 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 12. Dezember 1970, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2014.

133 Die Beleidigung eines fremden Staates war auch ein Straftatbestand nach Schweizer Recht. Vgl. Art. 296, StGB.

134 Vgl. Jasper, The Emotions of Protest, S. 414. Zu den Emotionen im Zusammenhang mit Streiks siehe Koller, „Es ist zum Heulen“, S. 66ff.

135 AKP, Welttheater…, S. 148.

136 Fahlenbrach, Protest-Inszenierungen, S. 179.

sowie ein Spanier, der nicht näher beschrieben wird.[137] Dieser Teil der Kundgebung, an welcher laut der Zeitung rund tausend Leute teilnahmen, wurde um 19:00 Uhr beendet. Im Anschluss daran zog ein Teil der Menschenmenge in Richtung spanisches Generalkonsulat. Die Sicherheitskräfte wurden mit Sprüchen provoziert, wie „vous protégez les assassins", denen die ersten Wurfgeschosse folgten. Die Demonstranten zogen dann in Richtung der Büros der spanischen Fluggesellschaft Iberia bei Chantepoulet. Aufgrund der Lage dieser Büros konnte der Polizeischutz offenbar nicht gewährleistet werden. Die Vitrinen der spanischen, aber auch die der portugiesischen Fluggesellschaft wurden eingeschlagen. Gendarmen und Demonstranten lieferten sich eine heftige Straßenschlacht mit Verletzten auf beiden Seiten. Der ausführliche Artikel endet mit Worten, welche die ursprünglichen Absichten der Demonstration diskreditieren:

> Ce n'est que vers 21 heures après une succession de courses-poursuites dans les rues du quartier que la place est redevenue nette et calme aux alentours des objectifs visés par les manifestants, dont bien peu paraissaient encore se soucier du sort des patriotes basques, tant la rage de détruire était manifeste.[138]

Überhaupt konzentriert sich die Erzählung auf die Gewaltausschreitung, die minutiös beschrieben wird, während die politische Motivation und die Interventionen der verschiedenen Redner größtenteils weggelassen oder zumindest stark reduziert werden. Der letzte Teil des Artikels suggeriert die Gewaltexzesse als eigentliches Ziel, die politische Motivation dagegen nur als Mittel zum Zweck: Gewalt um der Gewalt Willen.

Der „Corriere del Ticino" widmete in seiner Ausgabe vom 14. Dezember den Krawallen in Bern einen längeren und ausführlicheren Bericht. Ähnlich wie in der Fernsehberichterstattung kommen das Tränengas und die Wasserwerfer zu Sprache.[139] Außerdem werden im „Corriere" zahlreiche Polizisten in Zivil erwähnt, die sich unter die Demonstranten gemischt und Identitätskontrollen durchgeführt hätten. Der Text wird durch eine Kurzmeldung ergänzt, welche die offizielle Version der Polizei beinhaltet, in welcher behauptet wird, die Polizei habe erst auf Tränengas und Wasserwerfer zurückgegriffen, nachdem die Demonstranten die Sicherheitskräfte mit Steinen, Ziegeln und Metallstangen beworfen hätten.

Der „Sonntagsblick" widmete seine Frontseite der Berner Straßenschlacht. In dem von Eduard Zürcher verfassten Artikel wird deutlich präzisiert, dass nicht die daran beteiligten Ausländer, sondern „schweizerische Schläger, die Asphaltbrocken und eiserne Gegenstände gegen die Beamten schleuderten und viele von ihnen verletzten."[140]

137 Vgl. La manifestation du Molard tourne à la violence, in: La Suisse, 15. Dezember 1970.
138 Ebd.
139 Vgl. Violenti incidenti a Berna fra manifestanti e polizia, in: CdT, Nr. 286, 14. Dezember 1970.
140 Blutige Strassenschlacht im Diplomatenviertel, in: Sonntagsblick, Nr. 50, 13. Dezember 1970.

Das Wochenblatt nimmt durch die Präzisierung der Urheberschaft mögliche Kritik gegen Ausländer vorweg, doch es verschont auch nicht die Schweizer Extremisten, die so für die Krawalle verantwortlich gemacht werden. Auf derselben Seite werden zwei Bilder abgedruckt, die eine Äquidistanz der Zeitung zu den Demonstranten und den Sicherheitskräften schafft. Auf dem einen Bild ist ein auf der Straße liegender, verletzter Polizist zu sehen, auf dem anderen ein von Tränengas verletztes Mädchen, das laut Bildlegende später ins Krankenhaus eingeliefert werden musste.

Das Augenmerk der Berichterstattung auf die Gewaltexzesse der Berner Polizei reiht sich perfekt in eine polizeiliche Praxis ein, die seit Frühling 1968 Fuß gefasst hatte. In einer Studie über die Zürcher Stadtpolizei bemerkt Urs Zweifel:

> Das [Stadtzürcher] Polizeikorps wurde anlässlich verschiedener Ordnungsdiensteinsätze im Vorfeld der eigentlichen 68er Unruhen zunehmend mit solchen unkonventionellen Aktions- und Artikulationsformen der neuen Bewegungen konfrontiert und geriet damit immer mehr in einen Konflikt, auf den es nicht hinreichend vorbereitet war.[141]

Stillschweigend kann man die Ausführungen über die Zürcher Stadtpolizei auch auf die Berner und etwa die Genfer Ordnungshüter übertragen, doch stellt sich die Frage, inwieweit gezielte Tränengas-Angriffe auf einzelne Demonstranten von Überforderung zeugen. Die polizeilichen Übergriffe entwickelten sich zu einem Motiv, womit sich sowohl die Inlandsparte als auch die Spanien-Berichterstattung auseinandersetze.

Ein weiteres „Genre“ beschäftigte sich hingegen, wie bereits gezeigt wurde, mit historischen Abrissen über das Baskenland. Das „Vaterland“ vom 12. Dezember widmete seinen Leitartikel dem Burgos-Prozess. Otto Schmids Text geht in einen historischen Essay über, in welchem der Widerstand der Basken gegen die Truppen Karls des Großen und das unabhängige Königreich Navarra sowie die berühmten Söhne des Baskenlandes explizit Erwähnung finden.[142] Auffallend ist hier die Bezeichnung „die Roten“, also ein im franquistischen Lager aber auch außerhalb der iberischen Halbinsel in antikommunistischen Kreisen üblicher Dysphemismus. Es überrascht auch kaum, dass der Autor des Artikels weiter unten schreibt: „Es ist das historische und unbestrittene Verdienst Francos, dass er Spanien vor dem Kommunismus gerettet hat.“[143]

Das CVP-nahe „Vaterland“ machte gerade in dieser Zeit einen wichtigen Wandel durch. Im selben Jahr hatte Chefredakteur Franz Karl Zust seinen Posten verlassen.[144] Schmid hegte Hoffnungen, die Nachfolge anzutreten, doch der Verwaltungsrat entschied sich für Otmar Hersche, der einen Kurs weg von der klerikal-konservativen Aufmachung schlug. Dabei kam es zu einer angespannten Situation mit dem

141 Zweifel, Polizeilicher Ordnungsdienst…, S. 194f.
142 Vgl. Das Trauerspiel von Burgos, in: Vaterland, Nr. 288, 12. Dezember 1970.
143 Ebd.
144 Vgl. Luginbühl, Vom „Zentralorgan“…, S. 52.

„eingefleischte[n] Antikommunisten" Schmid.[145] Seine Gesinnung lässt sich besonders deutlich am Beispiel obiger Berichterstattung herauslesen. Offen bleibt die Frage, wieso ein derart brisantes und zugleich schwieriges Thema ausgerechnet Schmid anvertraut wurde. Vor diesem Hintergrund scheint der feindliche Tenor des „Vaterlands" gegenüber der ETA, der in folgenden Zeilen deutlich zutage tritt, kaum überraschend:

> Am 2. August 1968 wurde der wegen seiner Foltermethoden berüchtigte Polizeichef von San Sebastian, Meliton Manzanas, meuchlings ermordet. Der eigentliche Täter befindet sich mutmasslich bereits in Venezuela, aber geplant wurde die Untat ohne Zweifel von denjenigen, die nun vor den Schranken stehen.[146]

Hier erlaubte sich die Zeitung, den Angeklagten Mittäterschaft in einem Mord vorzuwerfen, bevor dies von der Militärstaatsanwaltschaft bewiesen worden wäre, und das in einem Verfahren, das von der allgemeinen öffentlichen Meinung als unrechtmäßig beurteilt wurde. Umso widersprüchlicher erscheint dieser Vorwurf, wenn man vor Augen hält, dass auf derselben Titelseite der Ausgabe auch eine Agenturmeldung der SDA abgedruckt wurde, die das von der Internationalen Juristenkommission eingereichte Untersuchungsbegehren wegen des Verdachts auf Torturpraxis beinhaltet. Schmids Text bekundet zwar Sympathien für das Baskenland als katholische Hochburg, doch verabscheut er nicht nur die marxistische ETA, sondern auch die „junge[n], idealistische[n] Priester, welche lautstark mit den Wölfen heulen und nicht erkennen, dass in einem kommunistischen Staat kein Raum für regionale Autonomie und Freiheit ist."[147] Doch die Kritik richtet sich nicht nur auf diejenigen Leute, die sich dieser Bewegung anschlossen: „Die kommunistischen Demonstrationen in ganz Europa gegen den Prozess in Burgos sprechen Bände, und tiefer kann die Verlogenheit nicht mehr sinken, als wenn solches in der DDR geschieht."[148] Die Diskreditierung der Proteste gegen die Repression in Spanien als ideologisch konzipiertes Instrument und der Vorwurf der Einseitigkeit bei solchen Kundgebungen war ein in der rechtsbürgerlichen Publizistik weit verbreitetes Argument, das auch später verwendet werden sollte. Der Leitartikel endet mit einem indirekten Gnadenappell an Franco, der diesem allerdings Respekt und Anerkennung seiner Legitimität erweist.

Mit Regelmäßigkeit verfolgten die Schweizer Zeitungen sowohl die Ereignisse in der kastilischen Stadt als auch die Entwicklung der ETA. So erschien in der Morgenausgabe der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 14. Dezember ein Artikel Hottingers, in welchem die Spaltung der ETA in eine marxistisch-leninistische und gewaltvermeidende Gruppe, welche mit anderen oppositionellen Gruppierungen Spaniens

145 Ebd. S. 54

146 Das Trauerspiel von Burgos, in: Vaterland, Nr. 288, 12. Dezember 1970.

147 Ebd.

148 Ebd.

zusammenarbeite, und in eine baskisch-nationalistische Gruppe, die „nichts von Solidarität mit dem übrigen Spanien wissen" wolle, erwähnt wurde.[149] Im Artikel wird die Entführung des Konsuls letzterer Gruppe zur Last gelegt. Ferner wird die Wahl der Nationalität des Entführten folgendermaßen begründet:

> [M]an habe einen deutschen Diplomaten für die Entführung gewählt, weil die deutsche Regierung den Witwen der Gefallenen der División Azul (die unter Hitler in Russland kämpfte) *Pensionen* gewähre, während sie den Hinterlassenen der Opfer von Guernica keinerlei Kompensationen bezahle.[150]

Hier zeigt sich erneut, wie stark die Erinnerung an den Bürgerkrieg und an die gegenseitige Unterstützung Nazi-Deutschlands und Franco-Spaniens war. Diesem noch äußerst präsenten Kapitel der spanischen Geschichte widmete auch der „Corriere del Ticino" seine ganze dritte Seite, die vom ehemaligen Korrespondenten des Tessiner SP-Blattes „Libera Stampa", Vinicio Salati, verfasst wurde.[151] Der Autor fokussiert in seiner Reportage insbesondere auf das republikanische Lager, das er aus eigener kurzlebiger Erfahrung am besten kannte, und beleuchtet die schlechte Ausrüstung der Milizionäre, die inneren Streitigkeiten zwischen den einzelnen linken Parteien und den Milizen. Die Unordnung, das Chaos der kleinen republiktreuen Kampfverbände wird von Salati mit den romantischen Revolutionen um 1848 verglichen, wofür er den Begriff *garibaldinismo* verwendet.[152] Anschließend richtet er seinen Blick auf die Wurzeln des Bürgerkrieges, die im 19. Jahrhundert zu finden seien, und zwar im Kampf zwischen dem Madrider Zentralismus und den Autonomiebestrebungen der peripheren Regionen, die – so Salati – einen Bundesstaat schweizerischen Zuschnitts anstrebten.[153]

In seinem historischen Exkurs, in welchem man zarte Spuren einer marxistischen Geschichtsauffassung erkennen kann, kommt der Verfasser auch auf die inexistente Einheit der Spanier unter Ferdinand VII. zu sprechen, als Aristokratie und Klerus dank der Unterstützung der „analphabetischen Bauern", die sich für die Privilegien der oberen Stände einsetzten, immer noch an der Macht waren. Die „europäischen Übel" der Zwischenkriegszeit verschonten laut dem Tessiner Journalisten auch nicht

149 Spaltungen in der baskischen ETA, in: NZZ, Nr. 581, 14. Dezember 1970.

150 Ebd. (Hervorhebung im Original). Die LdU-Zeitung „die Tat" befasste sich bereits am 4. Dezember mit ebendieser Frage, deren Beantwortung gegenwartsbezogenere Aspekte aufweist als dies in Hottingers Artikel der Fall ist. Laut jener Kurzmeldung seien bundesdeutsche Diplomaten besonders leichte Beute für Terroristen. Dabei wird ein Vergleich mit dem Britischen Diplomaten James Cross erstellt. Vgl. Warum ein Deutscher? in: Die Tat, Nr. 285, 4. Dezember 1970.

151 Vgl. Bonalumi, Vinicio Salati. Salati wurde zudem später Vizepräsident des Schweizer Journalisten-Verbandes und Mitglied des Vorstandes des Schweizer Schriftsteller-Vereins.

152 Vgl. Speranze e sofferenze della Spagna, in: CdT, Nr. 287, 15. Dezember 1970.

153 Vgl. ebd.

die iberische Halbinsel: „Ecco dunque affacciarsi sulla scena politica della Spagna un comandante e un nome: Francisco Franco [...] Il 17 luglio del 1936, ispirato da Mussolini e dall'ideologia fascista scatena la prima rivolta in Marocco dei ‚nazionalisti' contro i repubblicani."[154] Den letzten Abschnitt widmet er der Repression im Anschluss an den Bürgerkrieg. Die franquistische Unterdrückung verschonte nach der Eliminierung der Anarchisten und der gesamten Linken auch nicht die demokratischen Liberalen und die Zentrumsanhänger und ebenso wenig die fortschrittlichen Katholiken, nicht einmal jene Bischöfe, die sich nicht vollständig dem neuen Regime gefügt hatten. Widerstandszellen hätten sich entsprechend im Baskenland und in Katalonien gebildet. Salati unterstreicht schließlich die literarische Tradition der Basken; einen Aspekt, den sie mit den Katalanen teilen und der ihre Andersartigkeit gegenüber dem restlichen Spanien hervorhebe.[155] Sein historisches Essay zeichnet sich in gewisser Hinsicht durch seine persönlichen Erinnerungen an den Anfang des blutigen Konflikts aus,[156] basiert jedoch großenteils auf historischer Recherchearbeit. Seine Darstellung des Franco-Regimes wird durch die Verwendung eines historisch-teleologischen *Crescendos* vollzogen, in welchem immer mehr ehemalige regimebefürwortende Sektoren der spanischen Gesellschaft in den Sog der franquistischen Repression geraten seien.

Diese Repression, die in der Berichterstattung des Burgos-Prozesses besonders deutlich hervortrat, stellte nahezu ein omnipräsentes Leitmotiv dar. Schwyter spekulierte über die zu erwartenden Todesurteile und zweifelte an der Rechtmäßigkeit des gesamten Prozesses, kaum anders als die bereits zitierten Kollegen. Ähnlich wie Salatis Reportage sprach Schwyter die Skepsis innerhalb des Regimes an:

> Grundfesten des spanischen Regimes wurden durch den Prozess von Burgos und dessen weltweites Echo erschüttert. In Spanien selbst begannen gestern noch regimetreue Bürger in ihrem Glauben zu wanken. So hat der Chefredaktor der regimetreuen monarchistischen Tageszeitung ‚Abc' ostentativ sein *Amt niedergelegt* [...][157]

Selbst in der spanischen Armee nimmt sie Keime der Unzufriedenheit wahr:

---

154 Ebd. (Hervorhebung im Original).

155 Gerade in den sechziger Jahren erlebte die baskische Sprache und Kultur einen wichtigen Aufschwung. Vgl. Lang, Das baskische Labyrinth, S. 201–207.

156 Vinicio Salati taucht zwar in Hubers biografischem Handbuch auf, sein kämpferisches Engagement für die Republik war allerdings von kurzer Dauer. Als Korrespondent des Tessiner SP-Blattes in Spanien hielt er sich in Barcelona auf, von wo aus er über die geplante Volksolympiade hätte berichten müssen, die aber wegen des Ausbruches des Bürgerkrieges nie stattfand. Salati schloss sich den Milizien an, die den Putsch in Barcelona niederschlugen. Noch im Juli 1936 kehrte er in die Schweiz zurück. Vgl. Huber, Die Schweizer Spanienfreiwilligen, S. 343.

157 Der Baskenprozess von Burgos erschüttert Spanien, in: TA, Nr. 292, 14. Dezember 1970 (Hervorhebung im Original).

> Sie [die Armeeführer] haben erkannt, dass das Regime mit der Zuweisung des Prozesses gegen die 16 Basken an ein Kriegsgericht die *ganze Armee kompromittiert* hat. So ist in den Reihen der Generäle zum ersten Mal seit 30 Jahren die Gewissensfrage aufgetaucht, wie lange man die Unterdrückungspolitik einer Diktatur noch decken könne, die selbst in enorme Skandale verwickelt ist, das Recht bei jeder Gelegenheit zu ihren Gunsten biegt und auf der anderen Seite jede Kritik, jede Opposition erstickt und ihre Polizei auf demonstrierende Menschen schiessen lässt.[158]

Symptomatisch für dieses Unbehagen innerhalb der höchsten Militärkreise ist die von Schwyter erwähnte Meinungsänderung des Generalkapitäns von Katalonien. General García Valiño, der noch 1963 das Erschießungskommando für den Kommunisten Julián Grimau aussuchte,[159] war nun 1970 der Auffassung, „die Armee dürfe sich für innenpolitische Auseinandersetzungen nicht mehr hergeben."[160]

Am selben Tag erschien in „La Liberté" ein kurzer Artikel ohne Angabe des Verfassers, der sich im Wesentlichen mit dem *Sit-in* der 300 katalanischen Intellektuellen in der Abtei Montserrat und den Protestkundgebungen in Madrid, San Sebastián und Barcelona auseinandersetzt. Trotz der sachlichen Berichterstattung ist hier durch die Wahl der Einzelnachrichten – erwähnt wird ein Demonstrant, der von der Polizei niedergeschossen wurde –, aus denen sich der Artikel zusammensetzt, insbesondere eine Distanzierung von der Gewalt des Regimes und eine unterschwellige Solidarisierung mit den antifranquistischen Protesten festzustellen. Die Angeklagten werden etwa als „nationalistes basques" bezeichnet, der Begriff „Terrorist" oder die Abkürzung ETA tauchen nicht auf.[161]

In der „Tat" vom 15. Dezember berichtete Fritz René Allemann aus Barcelona über die noch nie zuvor gesehene Mobilisierung in Katalonien als Zeichen der Solidarität mit den baskischen Angeklagten. Allerdings warnt er davor, solche Phänomene überzuinterpretieren.[162] Das Unbehagen richte sich also eher „gegen die Exzesse des Regimes als gegen das Regime selber", betont Allemann.[163] Die Ursache für den Misserfolg der antifranquistischen Opposition beziehungsweise die Beliebtheit des Regimes macht er an der Zunahme der Lebensqualität fest, die sich selbst in den untersten sozialen Schichten bemerkbar mache; über diese Tatsache könnten selbst die eifrigsten Oppositionellen nicht hinwegschauen. Ebendiese eifrigsten Regimegegner wurden im „Vorwärts" indirekt zitiert:

> Um seine Herrschaft zu verlängern, hat Franco zu den Mitteln gegriffen, mit denen er die Macht angetreten. Doch weder der diese Woche verhängte Ausnahmezustand noch die

158 Ebd. (Hervorhebung im Original).
159 Vgl. del Águila, El TOP, S. 166.
160 Der Baskenprozess von Burgos erschüttert Spanien, in: TA, Nr. 292, 14. Dezember 1970.
161 Vgl. Remous autour du procès de Burgos, in: La Liberté, 14. Dezember 1970.
162 Vgl. Ein Erwachen in Spanien? in: Die Tat, Nr. 294, 15. Dezember 1970 (Hervorhebung im Original).
163 Ebd.

> Verzögerung der Urteilsverkündung werden die politischen Folgen dieses Prozesses entscheidend beeinflussen. Durch dieses Verfahren wurden noch beträchtlichere Kräfte in die Opposition gedrängt als in der Vergangenheit, stellte Santiago Carrillo, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens, in einem der ‚Humanité' gewährten Interview fest.[164]

Der von Karl Odermatt signierte Artikel zeigt ein deutliches und kaum überraschendes Bestreben, die Kommunisten als führende Kraft unter allen oppositionellen Kräften zu feiern, wie es auch in internationalen Zeitungen zutage trat.[165] Ebenso deutlich ist im Text eine Beschwörung der Republik zu erkennen, wie man sie von anderen Zeitungen nicht kennt. Die Titelseite jener Ausgabe war vollumfänglich dem Burgos-Prozess gewidmet. Nebst einem Bericht über den tumultartigen Protestzug in Bern ist auch eine Kurzmeldung abgedruckt, die auf den von 16 Schweizer Nationalräten unterzeichneten Protestbrief verweist. Obwohl der Text nicht darauf eingeht, scheint die Anzahl Parlamentarier kein Zufall, sondern eine Geste, welche dem Protest zusätzliche Symbolik verleiht.[166]

Die „Neue Zürcher Zeitung" veröffentlichte am 18. Dezember zwei Beiträge von Hottinger in verschiedenen Ausgaben. Die Morgenausgabe beinhaltete einen Artikel, in welchem ein allgemeines Stimmungsbild der Situation in Spanien gegeben wird, der Tenor und die Ängste in der Bevölkerung, die inexistente Handlungsfreiheit der Medien sowie die Lage und Stärke der spanischen Opposition angesprochen werden. „Die grosse Mehrheit der Bevölkerung, systematisch entpolitisiert seit 30 Jahren, zuckt die Achseln, wenn von dem Prozess die Rede ist, mehr resigniert als zornig",[167] heißt es bei Hottinger. Der Korrespondent schneidet auch die teils freiwillige, teils gezwungene Kollaboration der spanischen Medien mit der Polizei an, die Protestaktionen zu bagatellisieren. Wichtiger als die Aktionen der Oppositionellen seien laut Hottinger…

> die kurzen Einblicke, die die spanische Presse trotz aller Meinungslenkung in die fragwürdigen Hintergründe des Prozesses von Burgos erlaubte, ferner die ausländischen Radioberichte, die man in Spanien abhören kann, die Berichte über die Protestaktionen im Ausland, die sich doch nicht ganz unterdrücken lassen.[168]

Der Burgos-Prozess habe noch deutlicher die spanische Gesellschaft erschüttert und die Spanier von dem Optimismus des Wirtschaftsbooms in einen Pessimismus gestürzt

164 Burgos oder Francos Agonie, in: Vorwärts, Nr. 51, 17. Dezember 1970 (Hervorhebung im Original).

165 Vgl. Erice Sebares, Santiago Carrillo…, S. 52f.

166 Vgl. Nationalräte protestieren, in: Vorwärts, Nr. 51, 17. Dezember 1970. Es handelt sich dabei um folgende Parlamentarier: Dubois, Vincent, Muret und Forel von der PdA, Bussey, Chavanne, Wyler, Schütz, Ziegler, Baechtold, Brawand, Duvanel und Arnold von der SP, Mugny und Primborgne von der CVP und Rasser vom LdU.

167 Der Prozess von Burgos – ein Fanal? in: NZZ, Nr. 589, 18. Dezember 1970.

168 Ebd.

und Liberalisierungshoffnungen durch Erinnerungen an die düsteren Zeiten des Bürgerkrieges zerstört. Der folgende Satz bringt die Kritik am Diktator scharfsinnig auf den Punkt: „‚Burgos' scheint ihnen [den Spaniern] anzuzeigen, dass Franco zwar vor 30 Jahren den Bürgerkrieg gewann, sich in der Folge jedoch weniger bemühte, auch den Frieden zu gewinnen."[169]

Die Rolle der Ultrarechten im Regime tauchte in einem „Tages-Anzeiger"-Artikel von Annemarie Schwyter auf. Hier wird die Aufhebung der Persönlichkeitsrechte in Spanien auf die zunehmenden Machtansprüche und Forderungen seitens des immobilistischsten Kerns des Regimes zurückgeführt. Gleichzeitig deutet Schwyter diesen Schritt als eine antizipierte Pensionierung des Generals zugunsten des Vize-Ministerpräsidenten Admiral Carrero Blanco, der zwar zu den Franco-treuen Hardlinern zählte und eine Kontinuität der Diktatur garantieren sollte, aber auch ein gutes Verhältnis zu den *Opus Dei*-Technokraten hatte. Schwyter bringt dabei ein Zitat Carrero Blancos an:

> Die Spanier, so sagte er [Carrero Blanco], ertragen die Freiheit so wenig wie ein Alkoholiker den Alkohol, weshalb es für sie nur die permanente Entziehungskur gibt. Hinter Carrero stehen fünf von neun Generalkapitänen und einige der höchsten Armeeführer, die sich in den letzten Tagen dahin geeinigt haben, wenn nötig einen neuen Kreuzzug gegen die Linke und für die Aufrechterhaltung der traditionellen Ordnung durchzuführen.[170]

Schwyter schließt ihren Beitrag mit einem hoffnungsvollen, optimistischen Tonfall, der auch dem Artikel den Titel gibt. Sie zweifelt nicht nur an der Loyalität der spanischen Soldaten und Offiziere der jüngeren und mittleren Jahrgänge, sondern spricht auch die Einwände mancher moderater Generäle an: „Hinzu kommt, dass es in Spanien Generäle gibt, die sich und der Armee den Weg in die Zukunft nicht verbauen wollen und deshalb die neue Unterdrückungspolitik wahrscheinlich nicht mitmachen werden."[171] Am selben Tag erschien in den „Luzerner Neuesten Nachrichten" ein ähnlicher Artikel von Annemarie Schwyter, in welchem praktisch dieselben Informationen und Beurteilungen vorkommen.[172]

Auch Regula Renschlers[173] Kommentar in der „Zürcher AZ" befasste sich mit dem Paradoxon zwischen Härte und Krise des Regimes. Die Solidarität mit den „Sechzehn von Burgos", die dies- und jenseits der Pyrenäen auf vielfältige Weise zum Ausdruck gebracht wurde, sei laut der sozialdemokratischen Publizistin auf einen groben Fehler des *Caudillos* zurückzuführen:

169 Ebd.

170 Spaniens „Ultras" fechten mit dem Rücken zur Wand, in: TA, Nr. 294, 16. Dezember 1970.

171 Ebd.

172 Vgl. Franco-Spaniens Ultras sind zu allem entschlossen, in: LNN, Nr. 291, 16. Dezember 1970.

173 Regula Renschler war ab 1970 Auslands- und stellvertretende Chefredakteurin bei der (zentralen) AZ. Vgl. Frei, Das Volksrecht, S. 303.

> Er [General Franco] hat – von seinem Standpunkt aus – einen entscheidenden Fehler gemacht, als er den Prozess zunächst in der Öffentlichkeit abrollen liess. Die ganze Welt wurde Zeuge eines Scheinprozesses, wie man sie aus dem Mittelalter kennt. Der Hauptangeklagte, Xavier Izco, dem man den Mord an Polizeichef Manzanas anlastet, scheint auf Grund äusserst fragwürdiger Indizien vor Gericht zu stehen. Es geht indessen längst nicht mehr, ja es ging nie um Manzanas. Es geht um Freiheit. Das Spanien der Inquisition ersteht wieder, als Grossinquisitor agiert Generalissimo [sic!] Franco.[174]

Hier tauchen also erneut die negativen Bilder von Spaniens rückständiger Mentalität und Repression am Beispiel der Inquisition und mit Verweis auf das Mittelalter auf.[175] Eine besondere Relevanz wird hier der Rolle der Medien zugeschrieben, die sie im Prozess einnehmen und die letztendlich dafür sorgte, dass die Gerichtsverhandlung und die damit verbundenen Rechtswidrigkeiten in der internationalen Öffentlichkeit angeprangert wurden.

Einen deutlich anderen Ton schlägt der Kommentar von Claude Monnier im „Journal de Genève" vom 19. Dezember an, in welchem die internationalen Proteste als nutzlos und unangebracht bezeichnet werden, weil sie genau das Gegenteil dessen bewirken würden, was sie beabsichtigen, und jene oppositionellen Kräfte im Lande, die einen sozialistischen Staat bilden wollten, als eine Minderheit mit zerstörerischen Absichten kritisierten. Die Technokraten der rechtskatholischen Laienorganisation *Opus Dei* ernten von Monnier großes Lob:

> Ces ‚technocrats' sont des hommes logiques, un peu froids; ils ont les défauts des gens chez qui la raison l'emporte toujours: ‚ils sentent' mal les courants et les remous émotionnels qui agitent leur pays. Néanmoins, leurs buts sont louables: une Espagne chaque jour plus démocratique, partenaire égale au sein de l'Europe occidentale, ouverte aux échanges avec l'Europe de l'est.[176]

Die dramatischen Vorkommnisse in Spanien animierten die unterschiedlichsten Zeitungen auch dazu, über die reellen Umstände hinweg zu abstrahieren und sich Gedanken über das Konzept der Diktatur und über den internationalen Kontext des Kalten Krieges zu machen. Besonders interessant scheint in diesem Zusammenhang der Leitartikel im „Bund" vom 20. Dezember, in welchem Überlegungen und Vergleiche zwischen den drei südeuropäischen rechtsautoritären Diktaturen auftreten, wobei auch auf die italienische Demokratie eingegangen wird, die als „fragilste und unstabilste parlamentarische Demokratie Europas"[177] bezeichnet wird. In Bezug auf die griechische Militärjunta heißt es: „In Griechenland ist sie [die Demokratie] schon seit drei Jahren von einer Militärdiktatur beseitigt worden, die aus ihrem politischen

174 Burgos, Franco und Spanien, in: Z AZ, Nr. 295, 19. Dezember 1970.

175 Die Notwendigkeit der Wiedergeburt einer modernisierten Inquisition tauchte schon 1938 im franquistischen Lager auf. Vgl. Prutsch, Iberische Diktaturen, S. 130.

176 L'Espagne, la confusion et nous, in: JdG, Nr. 296, 19. Dezember 1970.

177 Demokratie auf lateinisch, in: Der Bund, Nr. 297, 20. Dezember 1970.

Versagen und ihrem administrativen Chaos in den Augen der Volksmassen eine Rechtfertigung zu finden hoffte."[178] Der erste Abschnitt endet mit der Frage des Autors, Hansmartin Schmid, ob parlamentarische Demokratien in jenen südlichen Breitenkreisen überhaupt möglich seien, nachdem er auch noch die Französische Republik, die Schmid eine „autokratische Präsidialherrschaft" nennt, taxonomisch in die Nähe der oben erwähnten Diktaturen beziehungsweise Diktaturen *in spe* versetzt. In seiner Argumentation kommen anthropologisch-ethnologische Deutungsmuster vor, welche die Grenze zum Rassismus mehr als nur tangieren:

> Der lateinische Individualismus, aber auch die relative Gunst des Klimas haben nie jenen nordischen Bürgersinn, jene genossenschaftliche Kooperation entstehen lassen, wie sie beispielsweise am Ursprung der eidgenössischen Demokratie standen. Zudem kommt das Wort Parlament von parlare – und reden können die Angehörigen der lateinischen Politikerkasten meist nur zu gut, so dass die Folgen dieser Eloquenz dann eben oftmals die Demagogie und deren schwarze Schwester, die Korruption, sind.[179]

Weiter sei die Prädisposition der lateinischen Unterschichten, sich unterdrücken zu lassen, auf ihr fehlendes Industriegefühl zurückzuführen, was als Folge ihrer „lateinische[n] Frohnatur" beschrieben wird. Ihre Streiks würden sich gegen die Industrie und deren Nachteile richten. Schmid erklärt auf diese Weise die Figur des ersehnten starken Mannes, der Ruhe und Ordnung bringt, doch präzisiert, er wolle damit nicht etwa die Existenzberechtigung oder die drakonischen Methoden rechtfertigen. Dabei sei eine absolute Inkompatibilität zwischen dem lateinischen Freigeist und der Demokratie keineswegs gegeben, doch müsse sich dieser „mit den Realitäten des technischen Zeitalters" versöhnen. Als Paradebeispiel für eine nachahmenswerte Entwicklung erwähnt er erneut Frankreich und vollzieht zugleich eine Apologie des „grosse[n] Tote[n] des Jahres 1970":

> Eines ist nicht zu leugnen. Er [General de Gaulle] hat in einem lateinischen Land bei allen Schattenseiten eine Herrschaftsform eingeführt, welche einen hohen Grad von Stabilität und Autorität mit einem nicht vollständigen, aber doch ebenfalls äusserst hohen Prozentsatz an demokratischen Rechten vereinigt.[180]

Hansmartin Schmid verbindet also wirtschaftliche mit politischer Rückständigkeit und betont einen vermeintlichen Unterschied zwischen dem zivilisierten Nord- und Mitteleuropa und dem abstrakt gefassten lateinischen Raum – einer heterogenen Kombination aus südamerikanischen und südeuropäischen Diktaturen, zu denen er auch das nichtlateinische Griechenland zählt.

Schmids Ausführungen lassen einerseits einen rassistischen Suprematie-Gedanken durchblicken, der sich in die kolonial-imperialistische Rhetorik einschreibt.

178 Ebd.
179 Ebd.
180 Ebd.

Andererseits ignoriert der Autor das Dritte Reich als industriebewusste, mitteleuropäische und vor allem auf unerbittliche Weise zerstörende Diktatur in der jüngsten Zeitgeschichte, ganz zu schweigen von den sozialistischen Diktaturen jenseits des Eisernen Vorhanges. Anstelle einer ideologiebewussten Betrachtung oder einer historischen Analyse der Umstände, welche die Genese der erwähnten Diktaturen erklären könnten, wird hier die geografische Breite als einzige Diskriminante anerkannt, und vermittelt auf diese Weise den Eindruck eines hie und da überforderten, nicht selten herabwürdigenden und oft konfusen Blickes des „Schweizer Herrenvolkes“ in „tropische“ Staatsformen *sui generis*. Doch gerade der letzte Satz zeigt, dass Hansmartin Schmids Kritik sich nicht auf die Diktatur schlechthin richtet, sondern auf ihre unterschiedlichen lateinischen Erscheinungsformen, denn letzten Endes lobt der Verfasser den latenten Autoritarismus der Fünften Französischen Republik,[181] der sich *notabene* auch von der parlamentarischen Demokratie unterscheidet.

Eine unmissverständlichere Abneigung für das spanische Regime lässt sich hingegen in Heinrich Kuhns Leitartikel der Sonntagsausgabe der „National-Zeitung“ erkennen, der mit einem Verweis auf Albert Camus' offene Kritik an der sogenannten Freien Welt beginnt, die sich auf die Komplizität mit dem Franco-Regime richtete. Nach der Erwähnung der wirtschaftlichen Prosperität und der Lockerung der Zügel in der jüngsten Vergangenheit, werden diese Zugeständnisse dann stark relativiert. „Francisco Franco zeigt wieder das harte grausame Gesicht des Bürgerkriegs-Generals, der die Republik im Blut erstickte, mit Terror die Macht usurpierte und sie als schrankenloser Gewaltsherrscher seit 31 Jahren behauptet“,[182] fährt Kuhn fort. Auch kommt ein Vergleich zwischen den damaligen Diktaturen in beiden Blöcken zustande:

> Dass die Diktatur mit den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln die erste Runde gewinnen wird, steht zu erwarten; sie hat sie in der Sowjetunion, in der Tschechoslowakei, in Griechenland und neuerdings in Polen auch gewonnen. Aber die Fanale von Prag, Danzig und Burgos mehren sich; sie weisen in eine Zukunft, die nicht mehr den Gewalten der Vergangenheit gehört.[183]

Die Aufmerksamkeit der Printmedien richtete sich abwechslungsweise auf oppositionelle und regimebefürwortende Akteure oder Phänomene. Als Zeichen des Protestes gegen den Burgos-Prozess und der Solidarität mit dem baskischen Volk hatten sich 300 katalanische Intellektuelle – Schriftsteller, Maler, Architekten, Filmemacher und Dramaturgen – im Kloster Montserrat eingeschlossen, das Annemarie Schwyter als ein „Wahrzeichen Kataloniens“ beschreibt, „das unter dem *Franco-Regime* für alle Katalanen, die sich ihrer

181 Hingegen warf die Rhetorik der Pariser Protestbewegung von 1968 General de Gaulle in denselben Topf faschistischer Diktaturen wie General Franco und Salazar. Vgl. Seidman, The Imaginary Revolution, S. 138.

182 In Burgos wurde Franco der Prozess gemacht, in: NZ, Nr. 587, 20. Dezember 1970.

183 Ebd.

sprachlichen und kulturellen Eigenständigkeit bewusst sind, zum *Symbol des katalanischen Widerstandes* gegen die Madrider Zentralmacht geworden“[184] war. Schwyter beschreibt das Engagement des Klosterabtes Dom Cassià Just i Riba während des *Sit-ins*, der in der Konfrontation mit dem Regime sogar seinen Vorgänger Dom Aureli Escarré übertraf:

> Als in Spanien beinahe noch niemand seine Kritik am Regime laut zu formulieren wagte, prangerte Don Just mit unverdecktem Gesicht vor ausländischen Fernsehkameras die *Folterungen* in den spanischen Untersuchungsgefängnissen und die *absolute Unterdrückung* der individuellen und politischen Freiheitsrechte in Spanien an.[185]

Der zivile Ungehorsam des Abtes bestand laut Schwyter darin, dass er die 300 Regimegegner nicht abwies und dass er die Polizei nicht über deren Präsenz benachrichtigte. Der Abt von Montserrat war bereits in einem „Rundschau“-Beitrag im Frühjahr 1969 zu sehen gewesen, als er anlässlich der Aufhebung des Ausnahmezustandes gegen die Festnahme von Pfarrern protestiert hatte.[186] Schwyter sollte den mutigen, unerschrockenen Abt und die 300 katalanischen Intellektuellen auch in einem späteren, für die „Luzerner Neuesten Nachrichten“ verfassten Artikel behandeln.[187]

In der „National-Zeitung“ vom 22. Dezember befasste sich Linde Herrmann mit dem sogenannten „kleinen“ Ausnahmezustand, das heißt, der temporären Aufhebung von Artikel 18 des *Fuero de los Españoles*, der das *Habeas-Corpus*-Prinzip garantiert, wobei Herrmann, ähnlich wie andere Journalisten, dieses Grundgesetz mit „Verfassung“ übersetzt.[188] Im Gegensatz zu Hottinger, der die Treuekundgebung in Madrid als eher ernüchternd darstellt, ist Herrmanns Sprache deutlich alarmierender, was die Erstarkung der rechtsradikalen Kräfte im Lande anbelangt:

> Jetzt aber kann der harte Sektor des Regimes von einer allgemeinen, internationalen Offensive und Verschwörung gegen Spanien sprechen, jetzt hat man endlich den gesuchten Vorwand, um zu einer Schliessung der franquistischen Reihen aufzurufen. […]
>
> Fast könnte man den Eindruck gewinnen, dass Spanien sich in einer Vorbürgerkriegslage befinde. Die unzähligen Flugzettelaktionen rechtsradikaler Gruppen, wie der ‚Christkönigskrieger‘, die Sprache der Zeitungen, die einen längst vergessenen geglaubten faschistischen Stil ausgegraben haben, die Kommentare des staatlichen Fernsehens und Radios, erinnern heftig an die Hetztiraden der vierziger Jahre. Auch das Regime ist schwach und wird von den Rechtsradikalen indirekt durch ihre Sammlung um Franco angegriffen.[189]

---

184 Auch Katalonen [sic!] sind des Franco-Regimes überdrüssig, in: TA, Nr. 298, 21. Dezember 1970 (Hervorhebung im Original).

185 Ebd. (Hervorhebung im Original).

186 Vgl. Rundschau, Franco beendet den Ausnahmezustand, 26. März 1969, BAR J2.225 2007/195, Bd. 28.

187 Vgl. Der Montserrat und die geistige Elite Kataloniens, in: LNN, Nr. 298, 24. Dezember 1970.

188 Vgl. Ruck nach rechts in Spanien, in: NZ, Nr. 590, 22. Dezember 1970.

189 Ebd.

Interessant ist Herrmanns Beitrag insofern, als hier vermutlich zum ersten Mal die neofaschistische Organisation der „Christkönigskrieger“ (sp. *guerrilleros de Cristo Rey*) erwähnt wird. Sie schließt dann ihren Beitrag mit der Hypothese, die beschriebene Verhärtung sei als Vorbereitungsversuch auf den Postfranquismus zu deuten.

Vergleiche zwischen Staaten und Situationen scheinen in Krisenzeiten besonders beliebt zu sein. Die „Weltwoche“-Nummer, die am Heiligen Abend erschien, beinhaltete in einer Kolumne von Peter Schmid einen Vergleich zwischen den beiden entführten Diplomaten, dem bundesdeutschen Honorarkonsul in San Sebastián, Eugen Beihl, und dem Schweizer Botschafter in Brasilien, Giovanni Enrico Bucher. Ungeachtet der patriotischen Implikationen fällt der Vergleich der jeweiligen Geiselnehmer deutlich zugunsten der Basken aus:

> Dabei scheint mir die Sache der baskischen ETA in all ihrer Verwerflichkeit legitimer (wenn man es so nennen kann) als die der brasilianischen Guerilla. In Burgos geht es klar um die Errettung von sechs jungen Menschen, denen wider alles Recht der Henker droht. Die Entführer von Rio tun so, als ob sie ihre 70 Häftlinge direkt aus den Folterinstrumenten der Polizei retten müssten. Dabei sind die Verhöre, bei denen sich solche Unmenschlichkeiten zu ereignen pflegen, für die meisten von ihnen längst zu Ende, und selbst wenn wir allen Grund haben, an der Gerechtigkeit der Urteile zu zweifeln, so steht doch die Drohung, das Leben eines Unbeteiligten auszulöschen, in keinem Verhältnis zu der Summe der Leiden, die den Gefangenen noch zugemutet würden.[190]

So scheint die „Weltwoche“ bei aller Ablehnung des Terrorismus doch eine gewisse Nachsicht für die ETA zu haben, statt etwa die brasilianischen und die baskischen Entführer in denselben Topf zu werfen. Die Umstände des Basken-Prozesses bewirkten eine scharfe Kritik, die sich gegen die franquistische Militärjustiz richtete, doch diese Kritik bezog sich zugleich auf die Pressefreiheit. Mitten in obiger Kolumne wurde ein Kasten mit folgender Meldung abgedruckt, die auf unmissverständliche Weise zeigt, wie selbst ausländische Zeitungen von der franquistischen Zensur nicht verschont wurden: „Die ‚Weltwoche‘ Nr. 49 ist von der spanischen Zensur konfisziert worden. Die Nummer enthielt ein Interview mit dem Philosophen Enrique Tierno Galván über Opposition in Spanien.“[191]

Ein Beitrag von Schwyter in den „Luzerner Neuesten Nachrichten“ sprach über die Verschleppung der Urteilsverkündigung auf einen Zeitpunkt nach Weihnachten. Sie deutet diesen Schritt als Reaktion auf das Angebot der baskischen Entführer, den Deutschen gegen die 16 Basken auszutauschen. Dabei spricht sie von der „Sehnsucht nach der Vergangenheit“ und kommentiert den Zwist in der Regierung zwischen den moderaten Technokraten und den Falangisten:

190 Der nächste Diplomat, bitte!, in: WW, 24. Dezember 1970.
191 WW, 24. Dezember 1970.

> In früheren Zeiten hätte ein solcher Ministerrat zu einer Kabinettskrise und zu einer Umbildung der Regierung geführt. Da es aber an der Wende zum Nach-Francismus [sic!] nicht mehr allzuviele Persönlichkeiten gibt, die zur Regierung drängen, ist eine Kabinettsumbildung keine ganz leichte Sache mehr. Zwar wären Spaniens ultrakonservativen Kräfte, die Falange und die Carlisten, gern bereit, die Uhr der spanischen Entwicklung um 30 Jahre zurückzudrehen, aber dazu dürfte nicht einmal mehr Franco die Hand bieten, nachdem er selbst alles getan hat, um die Falange und die Carlisten zu entmachten, und beide für das Land nicht mehr repräsentativ sind.[192]

Schwyter erwähnt schließlich weitere Franco-treue Zuspruchskundgebungen in anderen Städten wie Cáceres, Badajoz, Cádiz und Valencia und äußert auch die Vorstellung eines Schreckensszenarios, in welchem „Ultras der Rechten mit Extremisten der Linken gewaltsam zusammenstossen".[193]

Dass die spanische Regierung mit den ausländischen Medien auf Kriegsfuß stand, zeigt auch ein weiterer Artikel, der in derselben Ausgabe der „Luzerner Neuesten Nachrichten" erschien und vom Pariser Korrespondenten Alfred Lafont abgefasst war. Laut diesem Artikel hatte der spanische Informationsminister Alfredo Sánchez Bella Presse und Fernsehen in Frankreich stark kritisiert und ihnen „grösste Feindseligkeit, die geringste Objektivität und das geringste Verständnis"[194] für die Vorkommnisse in Spanien bescheinigt. Auch der „Tages-Anzeiger" brachte die Nachricht der Madrider Empörung über die französische Berichterstattung. Dessen Pariser Korrespondent, Hans Ulrich Meier, stellt von Anfang an die Frage nach der speziellen Ausrichtung des ministeriellen Protests gegen Frankreich.[195]

Die Kritik des spanischen Ministers an den Medien des nördlichen Nachbarlandes ließe sich als eine Folge der dauerhaften, historisch untermauerten Feindseligkeit zwischen den beiden Ländern deuten. Wochen nach dem Burgos-Prozess erhielt allerdings auch der neue SRG-Zentralpräsident Ettore Tenchio einen Brief von der Spanischen Botschaft in Bern, der ähnliche Vorwürfe beinhaltete:

> Der Spanische Botschafter habe Herrn Nationalrat Ettore Tenchio in seiner Eigenschaft als Präsident der SRG geschrieben, um ihm gegenüber das Missfallen über die einseitige Berichterstattung der schweizerischen Massenmedien in Sachen Burgos-Prozess zum Ausdruck zu bringen. Er habe es unterlassen deswegen beim EPD vorstellig zu werden, da ihm bekannt sei, dass es sich bei der SRG um eine unabhängige Institution handle. Dennoch wolle er es nicht unterlassen, Ihnen nach Rücksprache mit Herrn Wetterwald orientierungshalber vom genannten Schreiben eine Kopie zuzustellen. Er erwarte von Ihnen darauf nicht unbedingt eine Antwort, hoffe aber auf eine Reaktion von seiten des SRG Präsidenten.[196]

---

192 Spaniens Regierung sucht Zeit zu gewinnen, in: LNN, Nr. 295, 21. Dezember 1970.

193 Ebd.

194 „Feindselig, unobjektiv und verständnislos", in: LNN, Nr. 295, 21. Dezember 1970.

195 Vgl. Spanien ist über Frankreich verärgert, in: TA, Nr. 299, 22. Dezember 1970 (Hervorhebung im Original).

196 Notiz an Herrn Erni, Telephonanruf des Spanischen Botschafters, 14. Januar 1971, BAR E2001E-01 1982/58, Bd. 344.

Aus dem Brief, den die Abteilung Information und Presse des EPD an Tenchio adressierte,[197] ist ersichtlich, dass das EPD dem Spanischen Botschafter Alcover brieflich antwortete und in dieser Antwort auf die Schweizer Pressefreiheit hinwies. Ferner erfährt man darin, dass der „Zankapfel" in der TSR ausgestrahlt wurde, wobei das eigentliche Sendeformat nicht namentlich erwähnt wird. Hier drängt sich unausweichlich die Frage auf, wie das Schweizer Fernsehen über den Burgos-Prozess berichtete, und was Alcovers Empörung verursachte. Bereits zur Sprache gebracht wurden jene Nachrichten der „Tagesschau", in welchen aus- und inländische Reaktionen auf den Prozess gezeigt wurden. Doch auch dem Prozess in Spanien wurden sowohl in der „Rundschau" als auch in der „Tagesschau" Sendezeit eingeräumt.

Am 6. Dezember hatte die „Tagesschau"-Hauptausgabe drei Berichte über Spanien ausgestrahlt. Der letzte davon war der Ausrufung des Ausnahmezustandes in der Provinz Gipuzkoa gewidmet und zeigte Straßenszenen aus der baskischen Kleinstadt Eibar. Aus dem überlieferten Sprecherprotokoll lässt sich folgender Wortlaut zitieren: „Schwerbewaffnete Patrouillen der Guardia Civil gehören in Eibar nun zum Strassenbild. Der Ausnahmezustand ermächtigt die Polizei, jeden Bürger für unbegrenzte Zeit zu inhaftieren. Die Industriestadt Eibar gehört zu den Zentren der Basken-Organisation ETA."[198] Diese Worte begleiteten den UPI-Beitrag, der tatsächlich den Eindruck einer starken Polizeipräsenz vermittelte, indem darin uniformierte Angehörige der spanischen Sicherheitskräfte eingeblendet wurden.[199] Einen Tag später war die Ausstrahlung des Interviews mit dem Präsidenten der belgischen Sektion der Liga für die Menschenrechte an der Reihe, der die Folterung der Angeklagten mutmaßte.[200]

Am 16. Dezember strahlte die „Tagesschau" einen Beitrag aus, in welchem Familienangehörige eines der Burgos-Angeklagten interviewt wurden. Die Eltern des Angeklagten äußerten ihre vorbehaltlose Solidarität mit ihrem Sohn. Als „baskischer Patriot" zeigte der Vater keine Reue für die Taten der Basken und großes Verständnis für jene Jugendlichen, die sich beherrschen müssten, um nicht im offenen Kampf anzutreten.[201] Darauf konterte die Mutter, die Sache sei nun gelaufen und die Umstände hätten die jungen Leute zu diesem Schritt gezwungen, worauf sie sehr stolz sei. Dieser Aussage folgte diejenige des Verteidigers eines der Angeklagten auf Französisch. Zur Härte der verlangten Strafen äußerte sich der Rechtsanwalt folgendermaßen: „Je pense que dans ce moment, si elles ne sont pas des peines de

197 Lettre du DPF, Information et Presse à Ettore Tenchio, 22 janvier 1971, BAR E2001E-01 1982/58, Bd. 344.

198 DRS-Tagesschau-Hauptausgabe vom 6. Dezember 1970, http://videoarchiv.srf.ch.

199 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 6. Dezember 1970, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2013.

200 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 7. Dezember 1970, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2014.

201 Vgl. Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 16. Dezember 1970, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2015; Prieto, Militärprozesse und Hinrichtungen…, S. 90.

mort, pour nous, ils ne sont pas des peines sérieux [sic!]. C'est très dur à le dire mais c'est vrai."[202] Zwar wird aus dem überlieferten audiovisuellen Material nicht ersichtlich, was die Eltern des angeklagten Basken genau meinten oder worauf sie wirklich stolz waren, doch wichtiger erscheint hier überhaupt die Tatsache, dass das Schweizer Fernsehen einen Beitrag ausstrahlte, in welchem die Verwandten von Menschen vorkommen, die in der spanischen regimetreuen Öffentlichkeit und in der Rhetorik des Regimes als „Terroristen" galten. Die Informationssendung „Panorama der Woche" vom 20. Dezember 1970 beinhaltete ebenfalls einen rund einminütigen Beitrag, in welchem der generelle Ausnahmezustand und die Madrider Solidaritätskundgebung mit dem Regime zur Sprache gebracht wurden.[203] Auch in diesem Fall handelte es sich um einen Fremdbeitrag.

Die Tage um und unmittelbar nach Weihnachten verwandelten sich in eine unheilvolle und bedrückende Wartezeit, die in hartem Kontrast zum Geist der Festtage stand. Diese Bedrohlichkeit zeigte sich auch in den Spanien-Artikeln, die oft bereits Berichtetes wiederaufnahmen. So zum Beispiel schrieb Schwyter in den „Luzerner Neuesten Nachrichten" vom 24. Dezember erneut über die Verzögerung der militärrichterlichen Urteilsverkündung und über Carrero Blancos ermahnende Rede:

> Nach Carrero Blanco sind alle Spanier, alle Studenten, Intellektuellen und Arbeiter, alle regionalbewussten Basken und Katalanen, die eine Demokratisierung Spaniens und legale politische Bestätigungsmöglichkeiten fordern, Kommunisten oder Opfer der kommunistischen Verführung.[204]

In „La Liberté" erschien auf der ersten Seite ein Kommentar, der ebendiese Rede des Vize-Ministerpräsidenten aufgriff und kritisierte. Charles Bays, Unterzeichner des Kommentars, schreibt: „On eût cru que le vice-président de l'Etat espagnol [Carrero Blanco] possédât assez de psychologie pour ne pas glisser sur la pente de la facilité en faisant du communisme international le bouc émissaire de tous les maux dont la patrie espagnole souffre présentement."[205] Ein sarkastischer Unterton, der den Überdruss antikommunistischer Diskurse in Spanien in sich trägt, wird hier deutlich spürbar. Die Kritik wird noch markanter, wenn er Francos rechter Hand vorwirft, nichts von der baskischen Situation verstanden zu haben. Zur Sprache gebracht wird erneut der Hirtenbrief des Bischofs von Santander, der die militärische Jurisdiktion und das Fehlen von Rechtsgarantien bemängelte sowie die Folterungen, denen die Angeklagten ausgesetzt wurden. Laut Bays' Ausführungen liegt der Kern der Angelegenheit im fehlinterpretierten Terrorismus-Konzept.

---

202 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 16. Dezember 1970, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2015.

203 Panorama der Woche – Tél-Hebdo – Telerama, 20. Dezember 1970, BAR J2.225 2006/364, Bd. 18.

204 Warten auf die Urteile der Militärrichter von Burgos, in: LNN, Nr. 298, 24. Dezember 1970.

205 Le bouc émissaire de Madrid, in: La Liberté, Nr. 71, 22. Dezember 1970.

> On arrive ainsi au problème global de la violence, cette violence qui peut prendre tous les noms, épouser toutes les formes et que la loi poursuit impitoyablement lorsqu'il s'agit de ‚terrorisme'. Mais pourquoi ne pas avoir le cran de la replacer dans son contexte? La violence n'est-elle pas en définitive qu'une réponse à d'autres violences? A ce propos, l'amiral Blanco ferait bien de se pencher – peut-être le devra-t-il sous peu? – sur le problème de la violence institutionnalisée.[206]

Auffallend ist, wie diese katholische Zeitung anders als „Das Vaterland" die Sündenbock-Rolle des Kommunismus in der Rhetorik des Admirals erkennt und infrage stellt und die baskischen Terroraktionen als eine Folge des staatlichen Terrorismus erklärt.

Der „Corriere del Ticino" druckte einen Kommentar ab, der die Diktaturen – alle Diktaturen – anprangerte. Gaddo Melani spricht hier die für den Kalten Krieg typische und unmögliche Situation an, bei welchem die Kritik am Franco-Regime unausweichlich in ein Lob für die Diktaturen Castros und Maos mündet. Analog bringt die Bewunderung der spanischen Diktatur oder jene der griechischen Militärjunta, die ihre Beständigkeit im Kampf gegen den Kommunismus lobpreisen, zu einer Negation der Folterungspraxen ebendieser autoritären Systeme. *Tertium non datur*. Eine Radikalisierung im Denken, woran auch die moderne Konsumgesellschaft mit ihren Slogans mitschuldig sei, hätten Vernunft und Dialektik aus dem öffentlichen Diskurs verbannt. „I colori si fanno sempre più piatti, le sfumature non sono permesse. E ciò non è di buon auspicio: in genere l'uomo sente il bisogno di intrupparsi con coloro che ritiene propri correligionari quando il suo sesto senso lo avverte che il pericolo dello scontro frontale si fa più concreto."[207] Melani schließt seinen Kommentar ab, indem er die Schwäche des Menschen aufzeigt, sein kritisches Denken dafür zu opfern, um unter einer Fahne zu stehen. Das wiederum geschehe dann, wenn das Überleben nur in einem großen und starken Verband garantiert sei.

Allemann schrieb den Leitartikel für „die Tat" von Madrid aus, in dem er die Treuekundgebung beschreibt und eine Stimmung wie in den dreißiger Jahren evoziert:

> ‚Franco! Franco! Franco! ', schrien die mehr als hunderttausend Demonstranten auf der Madrider Plaza de Oriente verzückt, die Arme abwechselnd zum Faschistengruss erhoben oder dem Caudillo mit weissen Taschentüchern zuwinkend. ‚Franco sí, ETA no! ', erklangen die Sprechchöre, und einmal ums andere wurde die Falangisten-Hymne ‚Cara al sol' angestimmt.[208]

Er relativiert darauf, was als eine naziähnliche Choreographie anmuten könnte, indem er den Widerspruch zwischen dem greisen, zurückhaltenden General, dem öffentliche Kundgebungen offensichtliche Mühe bereiten – seine Ansprache dauerte gerade mal fünf Minuten. Der eigentliche Burgos-Prozess, der ja die Treuekundgebung ausgelöst hatte, kommt gar nicht zur Sprache, und Allemann widmet sich vor allem den

---

206 Ebd.

207 Il volto difficile della verità, in: CdT, Nr. 295, 24. Dezember 1970.

208 Was kommt nach Franco? in: Die Tat, Nr. 302, 24. Dezember 1970.

Zukunftsaussichten des Regimes. Noch bissiger sind die Worte, die er für die Beschreibung des damaligen Vize-Regierungschefs verwendet, den er als „blosse Kreatur des Caudillo“ beschreibt.

Ab dem 29. Dezember stellt man einen wichtigen Schub von Nachrichten aus Spanien fest. Grund dafür war die Urteilsverkündung: insgesamt neun Todesurteile und rund 750 Jahre Gefängnis. Die „Zürcher AZ“ räumte fast ihre ganze Frontseite der Urteilsverkündung ein. Paul L. Walser[209] verfasste einen Kommentar dazu, in welchem Zorn und Entrüstung deutlich bemerkbar sind. Umso stärker seien diese, wenn man die weltweiten Gnadenappelle und die Freilassung des bundesdeutschen Konsuls einen Tag davor betrachtet. In seinen Ausführungen vergleicht er die Todesurteile in Burgos mit denjenigen des Leningrader Prozesses.

> An seinen Gerichten kann und soll man einen Staat erkennen, an der jeweiligen Justiz kann man ermessen, wo die Demokratie aufhört und die Willkür anfängt. Zu den Rechten und Pflichten in der Demokratie gehört die persönliche Meinung. Mitunter nimmt diese Meinung, will sie wirklich demokratisch sein, die Form eines Protestes an. Aber nicht hinter jedem Protest steckt eine demokratische Meinung.[210]

Walser scheint also nicht jede Form von Protest zu billigen und spricht abschätzig von „preiswert-emotionalem Pauschalprotest“, und diskreditiert somit höchstwahrscheinlich jene Demonstrationen mit Gewaltausschreitungen, welche im Laufe des Prozesses in einigen Schweizer und ausländischen Städten stattgefunden hatten und zum Symbol des Unbehagens und des Antiautoritarismus wurden.[211] In den Todesurteilen sieht er weniger ein Zeichen von Entschlossenheit als vielmehr ein Symptom der Verzweiflung eines greisen Diktators.[212] Die Kritik richtet sich sowohl gegen die Todesurteile von Burgos als auch gegen jene von Leningrad; beide würden „das ungeschminkte Antlitz der Diktatur“[213] widerspiegeln.

Die „Luzerner Neuesten Nachrichten“ behandeln die dramatischen Nachrichten ebenfalls mit einer Kolumne von Klaus Röllin und einem Beitrag von Schwyter. Röllin vollzieht einen Vergleich zwischen franquistischer und sowjetischer Justizpraxis:

> Die Todesurteile von Burgos werden als Schandmale an Franco und seinem Regime haften bleiben, so wie die Todesurteile von Leningrad als Schandmal an den sowjetischen Machthabern werden haften bleiben. Beide Schreckensurteile dieser Tage – jenes von Burgos gegen

---

209 Zu Paul L. Walser siehe Frei, Das Volksrecht, S. 303

210 Todesurteile und Proteste, in: Z AZ, Nr. 301, 29. Dezember 1970.

211 Diese Kritik erinnert an den Appell, der in der TW, Nr. 295, vom 17. Dezember 1970 abgedruckt wurde, wonach die Rechtlosigkeiten im Basken-Prozess „so hart als möglich (aber diszipliniert)“ verurteilt werden müssten. Zit. in: Prieto, Militärprozesse und Hinrichtungen…, S. 90.

212 Vgl. Todesurteile und Proteste, in: Z AZ, Nr. 301, 29. Dezember 1970.

213 Ebd.

> autonomistische Basken, jenes von Leningrad gegen auswanderungswillige sowjetische Juden – manifestieren, dass beide Regimes, totalitär wie eh und je, gegen Minderheiten nur das Argument der Gewalt und der Terrorjustiz anzuwenden haben.[214]

Der Kommentar gleicht einer regelrechten politischen Elegie mit stark emotionalem Inhalt. Die Angeklagten der beiden Prozesse werden pauschal als Opfer dargestellt. Ihre Taten werden als Widerstandsakte glorifiziert beziehungsweise als einzige Lösung, die ihnen der Unrechtsstaat übrig lässt.

> Wo sich Menschen aber der Unmenschlichkeit eines totalitären Regimes nicht unterwerfen, da trifft sie die Unmenschlichkeit des Regimes erst recht: Verfolgungen, Folterungen, Terrorurteile, Todesurteile, ‚Rebellion gegen den Staat',„staatsfeindliche und terroristische Umtriebe' nennt der Unrechtsstaat, was für die Dissidenten Mittel ist, um zu ihrem Recht zu kommen. Kein Diktator bedenkt, dass den Minderheiten kaum ein anderer Weg bleibt, um ihren Interessen zum Durchbruch zu verhelfen und sie gerade durch die Unbeweglichkeit der Diktatur zur Gewaltanwendung gezwungen werden.[215]

Röllin schneidet darauf die Entführung der Swissair-Maschine in Jordanien und der darauf erfolgten Freilassung von drei in der Schweiz abgeurteilten arabischen Flugzeugentführern an. Der Vergleich der unterschiedlichen Terroristen fällt zugunsten der Verurteilten der jüngsten Prozesse in Burgos und Leningrad, weil diese gegen totalitäre Unrechtsregimes gekämpft hätten. Anders als Walser zeigt sich Röllin optimistisch, was eine Begnadigung anbelangt, aber nicht minder kritisch dem spanischen Diktator gegenüber. „Es ist eine traurige Realität, dass ein Gewaltregime noch nie an einem Schandmal zugrunde gegangen ist. Aber schon manches Regime hat sich erst durch ein Schandmal vor aller Welt als Gewaltregime erkennen lassen".[216]

Der „Corriere del Ticino" sprach bereits in der Schlagzeile von einem „monstruösen Verdikt", hob die doppelten Todesstrafen auf die drei Angeklagten Francisco Javier Izco, Eduardo Uriarte und Joaquín Gorositidi hervor, nannte aber auch die übrigen Todeskandidaten und jene mit bloßen Gefängnisstrafen. Als Zeichen des Protestes hätten ihre Verteidiger sich geweigert, die Zurkenntnisnahme der Urteile zu unterzeichnen.[217] Hugo Wilds Kolumne im „Tages-Anzeiger" fährt einen ähnlichen Kurs und zentriert sich auf die Todesurteile und auf die Folgen, die eine Vollstreckung haben könnte. „Dass es am Montag aber zu neun statt der befürchteten sechs Todesurteile kam, hat verblüfft. Es stellte sich die Frage, inwieweit die in Burgos waltende Militärjustiz überhaupt auf Francos Wink gehorche oder ob hier nicht eine

214 Schandmale hier und dort, in: LNN, Nr. 300, 29. Dezember 1970.
215 Ebd. (Hervorhebung im Original).
216 Ebd.
217 Vgl. Nove condanne capitali per sei imputati a Burgos: questo il mostruoso verdetto, in: CdT, Nr. 297, 29. Dezember 1970.

Machtdemonstration der Militärs vorliege."[218] Hier wird also eine gewisse Verselbständigung der Streitkräfte innerhalb des Regimes angesprochen.

Auch die „Tribune – Le Matin" widmet der schicksalhaften Nachricht aus Spanien eine Kolumne, die von François Geyer verfasst wurde. Hier wird gesagt, die Richter hätten mit ihren drei doppelten Todesurteilen die Anträge der Staatsanwaltschaft übertroffen. Ähnlich wie in den übrigen Kolumnen und Artikeln, die in jenen Tagen erschienen, werden die prozeduralen Schritte angesprochen, die bis zur Vollstreckung beziehungsweise zur Begnadigung fehlten.[219] Der Kommentar wägt die Gründe ab, die für eine Begnadigung oder für eine Vollstreckung sprechen. Geyers Fazit ist allerdings von Pessimismus gekennzeichnet. Er sieht in der Vollstreckung der Todesurteile den einzig möglichen Ausgang. Dies sei ein Verzweiflungsakt und blinde Brutalität eines labilen Regimes. Ein Grund dafür wäre unter anderem auch folgender: „L'armée formant le dernier rempart d'un régime dont l'Eglise et les milieux d'affaires se distancent, un geste de clémence, incompréhensible aux militaires, pourrait hâter un putsch ‚à la grecque', avec un certain relent d'anticapitalisme."[220]

Der „Blick" thematisierte ebenfalls die Urteilsverkündung und druckte die Porträts der sechs zum Tode Verurteilten auf der ersten Seite ab. Durch die Wortwahl schafft die Boulevardzeitung einen Eindruck von Solidarität mit den Todeskandidaten und von Hoffnung auf eine Begnadigung: „Immerhin hat der Staatschef seit 1963 alle Todesurteile in lebenslänglich umgewandelt. Unter dem moralischen Druck der ganzen Welt sollte er es diesmal um so eher tun. *Aber wer kennt die Launen der Diktatoren?*"[221] Die Boulevardzeitung schwankte also zwischen scheuem Optimismus und dramatischer Ungewissheit.

Die „Tribune de Genève" stellte Vermutungen über mögliche gewaltsame Reaktionen auf die harten Urteile an. Deren Madrider Korrespondent Edouard de Blaye schließt mit pessimistischen Ausführungen ab: „Le grand nombre de condamnations et la sévérité delibérée du verdict laissait craindre d'ailleurs avant même que la sentence ne soit confirmée par le général García Rebull qu'une ou plusieurs peines capitales ne soient exécutées dans les prochaines heures à Burgos."[222]

Mit derselben Ungewissheit befasst sich auch Hottinger in der „Neuen Zürcher Zeitung" des darauffolgenden Tages, der die Möglichkeit in Erwägung zieht, dass General García Rebull die Urteile nicht unterzeichnet, etwa aufgrund von Formfehlern. Eine solche Weigerung stelle einen Akt der Zivilcourage dar.[223] Ferner erläutert er, wie

---

218 Spanische Schicksalsstunden, in: TA, Nr. 303, 29. Dezember 1970.

219 Vgl. Mourir à Burgos? in: TLM, Nr. 363, 29. Dezember 1970.

220 Ebd. (Hervorhebung im Original).

221 Empörte Schweizer: „Nie mehr Ferien in Spanien!", in: Blick, Nr. 303, 29. Dezember 1970 (Hervorhebung im Original).

222 Franco a-t-il dit son dernier mot? in: TdG, Nr. 304, 29. Dezember 1970.

223 Vgl. Ungewissheit um die Todesurteile im Baskenprozess, in: NZZ, Nr. 605, 30. Dezember 1970.

man sich im Falle einer Unterzeichnung durch den Generalkapitän jener Militärregion den weiteren Verlauf vorzustellen hätte. Laut dem Gesetz könne General Franco die Todesstrafe in eine dreißigjährige Zuchthausstrafe umwandeln. Schließlich diskutiert er die Folgen, die eine Vollstreckung nach sich ziehen könnte. Seine Ausführungen konvergieren gegen eine in vielen Zeitungen vertretene These: „Es wäre zu befürchten, dass Spanien in der Spätzeit der Franco-Regierung in den Geist der ersten Jahre nach dem Bürgerkrieg zurückfallen würde. Nicht einmal die wirtschaftlichen Gewinne des letzten Jahrzehnts dürften dann als gesichert gelten."[224] Hottinger verbindet eine potenzielle Rückkehr düsterster Zeiten primär mit wirtschaftlichen Überlegungen, weniger mit repressivstem Staatsterror.

Der „Blick" vom 30. Dezember packte die Reaktion der Mutter eines Verurteilten, jene in Spanien und in der Schweiz sowie die Nachricht über eine angekündigte aber nie stattgefundene Kundgebung in Bern in einen einzigen Artikel. „‚Wenn der Henker die Todesurteile vollstreckt, dann wird es sieben Opfer geben – denn dann töte ich mich auch!' Das sagte gestern die erbitterte Mutter eines der sechs in Burgos zum Tode verurteilten Basken."[225] Der „Blick" erwähnte auch die Plädoyers zweier wichtiger regimetreuer Zeitungen wie der „ABC" und des „Ya", die sich öffentlich für eine Begnadigung ausgesprochen hätten.

Die „Zürcher AZ" besetzte den größten Teil ihrer Frontseite mit einem Artikel von Werner Herzog. Zudem druckte sie ein Foto des Diktators im Jagduniform ab, schießbereit mit dem Gewehr in der Hand. Die Abbildung und der Text darunter suggerieren die surreale Vorstellung, der Diktator selbst würde die Todesurteile vollstrecken. Unter dem Foto ist zu lesen:

> Die Hand am Abzug hat Spaniens faschistischer Diktator, General Francisco Franco, mit Vorliebe auch in seiner ‚Freizeit': Selbst während des Burgos-Prozesses liess er sich von seinem Hobby, der Jagd, nicht abbringen. Die brutale zynische Teilnahmslosigkeit, mit der der Generalissimus sich und sein Regime seit 31 Jahren zu schmücken beliebt, ist die immer brüchiger gewordene Fassade, hinter der sich das ‚andere Spanien' zwar verfolgen, foltern, unterdrücken, aber nicht unterkriegen lässt.[226]

Herzog informiert über die unterschiedlichen Wendungen in Abhängigkeit von García Rebulls Entscheid. Ferner wird die Härte der Urteile und Francos Nichteingehen auf Verhandlungen mit der ETA angeprangert.[227] Erwähnt wird ferner der Schock über das Urteil für die ETA, die kurz davor in einem selbstbewussten Communiqué „die Vermeidung von Todesstrafen und ein[en] wesentliche[n] Schritt zur Verwirklichung der extremen Lösung einer ‚autonomen, sozialistischen

224 Ebd.
225 „Wenn mein Sohn erschossen wird, töte ich mich auch!", in: Blick, Nr. 304, 30. Dezember 1970.
226 Die Hand am Abzug…, in: Z AZ, Nr. 302, 30. Dezember 1970.
227 Vgl. Franco verhandelt nicht – er richtet…, in: Z AZ, Nr. 302, 30. Dezember 1970.

Baskenrepublik'"[228] angekündigt hatte. Er fürchtet nun eine Gewalteskalation seitens der baskischen Untergrundorganisation in Form von Entführungen und Rachemorden an Staatsfunktionären in Gipuzkoa. Der Verweis auf die Polarisierung Spaniens und das Erwachen der „extremistischen Lager der Bürgerkriegszeit" fehlt auch nicht hier. Jegliche Infragestellung des Regimes, egal ob sie von kommunistischer, sozialistischer oder selbst monarchisch-liberaler Seite komme, werde unterdrückt. Zudem habe der Prozess die fortschrittlichen Kräfte innerhalb des Regimes und die moderate christlichdemokratische Opposition um Ruiz-Giménez zum Verstummen gebracht. Viele Spanier hätten nun resigniert und sich der Härte des Regimes angepasst, das weiterhin seine Legitimierung im *Alzamiento* vom 18. Juli 1936 verstand. Herzog prognostiziert abschließend Fortschritt und Öffnung auch gegen den Willen Francos.

Der „Corriere del Ticino" zentrierte seine Burgos-Berichterstattung auf die weltweite Welle der Empörung gegen die Sentenzen und widmete dieser einen Artikel[229] und eine Kolumne, die auf der ersten Seite abgedruckt wurden. Letztere zeigt die Entscheide des Prozesses als eine Demaskierung des dreißigjährigen Regimes auf.[230] Der Verfasser interpretiert die scheinbaren und oberflächlichen Demokratisierungsreflexe der Diktatur als bloßen Vorwand, um die kommerziellen Beziehungen mit den westlichen demokratischen Staaten zu festigen.

Auch das „Vaterland" widmete dem Burgos-Prozess einen Kommentar. Otto Schmids Text enthüllt sich als politische Elegie gegen die diktatorische Justiz dies- und jenseits des Eisernen Vorhanges, bei welcher die beiden wichtigen Prozesse – in Burgos und in Leningrad – mehr gegeneinander als miteinander verglichen werden.

> Sowohl in der Sowjetunion wie in Spanien wurde die Rechtssprechung manipuliert. An beiden Orten ging es den herrschenden Systemen darum, einen Schock zu erzeugen. […] Schockjustiz in der Sowjetunion schockiert deshalb weniger, weil man sich an sie gewöhnt hat, denn seit 1917 haben die Herrscher im Kreml die zivilisierte Welt dauernd schockiert. Nachdenklicher und trauriger muss das stimmen, was uns das Gericht von Burgos vorgesetzt hat. Und dies vor allem, weil es in einem so katholisch sein wollenden Staat geschehen konnte, während der Weihnachtszeit und dazu noch in einem Saal, in welchem als Mahnmal an die Richter das Bild des Gekreuzigten hängt.[231]

Es dürfte nun kaum überraschen, dass Schmids Tadel am sowjetischen Regime härter und gezielter ausfällt als derjenige am spanischen. Der Autor charakterisiert die Verurteilten im Leningrader Prozess als ‚Juden' und erwähnt in keiner Weise die Straftat

---

228 Ebd. (Hervorhebung im Original).

229 Vgl. Il destino dei sei condannati di Burgos è nelle mani del generalissimo Franco, in: CdT, Nr. 298, 30. Dezember 1970.

230 Vgl. Burgos: è caduta la maschera, in: CdT, Nr. 298, 30. Dezember 1970.

231 Politische Justiz, in: Vaterland, Nr. 301, 30. Dezember 1970.

der Flugzeugentführung. Die Überbetonung des ethnischen Aspekts suggeriert hier einen angeblichen Antisemitismus in der UdSSR und somit auch eine Verbindung mit dem Dritten Reich, dessen Rechtspraktiken in demselben Kommentar angeprangert werden.

> Die Sowjetunion kann es sich leisten, die Welt zu entsetzen, Spanien nicht. Solange Franco seine Herrschaft nur durch Bluturteile aufrecht zu erhalten vermag, verbarrikadiert er seinem Land den Weg in die westliche Gemeinschaft, und das geschieht just in dem Moment, wo massgebende Kräfte des Opus Dei grossen Wert auf eine Annäherung Spaniens an die EWG legen.[232]

Schmid geht dabei nicht etwa auf die sechs Menschenleben ein, die auf dem Spiel stehen, sondern behandelt den Sachverhalt als akademische Fingerübung in Staatsrecht. Eine Vollstreckung der Hinrichtungen in Spanien wäre also vielmehr als Fauxpas denn als Gräueltat zu beurteilen.

Noch am 30. Dezember hob General Franco schließlich sämtliche Todesurteile auf und wandelte diese in lebenslängliche Zuchthausstrafen um. In den Schweizer Medien herrschte generelle Erleichterung. Das „Journal de Genève" publizierte am selben Tag die Nachricht der Bestätigung der Todesurteile auf der Fronseite und den Gnadenakt unter den neuesten Meldungen. Diese letzte Meldung wurde von einem kurzen Kommentar begleitet. Darin plädiert dessen Autor, Jean-Claude Buffle, für eine milde Beurteilung des Diktators.[233] Er erinnert an die Vollstreckung des Todesurteils gegen Julián Grimau und plädiert dafür, diesen neuen Akt als einen Neuanfang in Spaniens Entwicklung hin zu mehr Freiheit zu betrachten. Der Autor behauptet, ein Gnadenerlass des Diktators würde die tief eingebrannten Narben aus dem kollektiven Gedächtnis löschen. Der Text steht in extremem Widerspruch zu anderen, zum Teil auch späteren Texten und Interpretationen des Basken-Prozesses. Zum einen negiert Buffle die Rolle des durch die internationale Öffentlichkeit ausgeübten Drucks auf das Regime beim Entscheid des spanischen Staatschefs. Dieser wird stattdessen als Beweis für die Stärke des Regimes gelesen. Ferner spricht sich der Autor für eine bewusste Verdrängung dieses politischen Kapitels aus. Der Burgos-Prozess sollte entgegen den Erwartungen des Journalisten zu einem Bezugspunkt nicht nur in der Geschichte des Baskenlandes, sondern zu einer Zäsur in der Entwicklung von der Diktatur zu einem demokratischen Rechtsstaat werden.

In der Neujahrsausgabe der „National-Zeitung" widmete Heinrich Kuhn den Leitartikel einer für die Jahreszeit typischen Jahresbilanz, die sich um das „Grossunternehmen Weltgeschichte" dreht. Nebst Passagen zur nuklearen Bedrohung, zum deutschen Bundeskanzler und Mann des Jahres erkorenen Willy Brandt

232 Ebd.

233 Vgl. Un appel à l'oubli, in: JdG, Nr. 305, 31. Dezember 1970.

und dem Nahost-Konflikt, schließt der Text mit einem mutigen und engagierten Aufruf:

> Ermutigend und deshalb den Aktiven gutzuschreiben sind schliesslich die zahlreichen Solidaritätsaktionen in der ganzen Welt für die Opfer spanischer und russischer Terrorjustiz. Sie zeigen, dass es Möglichkeiten gibt, tyrannischer Willkür entgegenzutreten, dass der Mensch, wenn er sich bewegt und bewegen lässt, auch Bewegung *schaffen* kann. […] Jeder von uns muss sich aufgerufen fühlen, mit ganzer Kraft und positivem Willen, an seinem Platz für jene Werte mutig einzustehen, die den Menschen vom Unmenschen unterscheiden.[234]

Am selben Tag strahlte die „Tagesschau“ die Nachricht der Begnadigungen aus. Die Schweizer Zuschauer sahen die bewegten Bilder aus der Jahresendrede Francos,[235] die kommentiert und übersetzt wurde. Ebendiese Rede wurde auch von Charles Bays in „La Liberté“ kommentiert:

> Son allocution radiotélévisée prononcée au cours de la soirée nous en a fourni le mobile : le régime franquiste étant suffisamment fort, Franco a pu accorder la grâce aux six condamnés à mort. C’est pourquoi, cette mesure de clémence ne redorera pas le blason de l’Espagne sur la scène internationale. Un geste humanitaire basé sur la raison d’Etat perd toute sa valeur.[236]

Bays äußert eine starke Skepsis hinsichtlich der späteren Entwicklung Spaniens und einer möglichen Eskalation der Gewalt. „D’autres Burgos menacent un jour ou l’autre de réapparaître et Madrid pourrait difficilement faire preuve de clémence, sous peine d’être accusé de faiblesse.“[237]

Die späteren Entwicklungen der repressiven Aktivität des Regimes sollten Charles Bays recht geben. Burgos schrieb sich im kollektiven Gedächtnis nicht nur Spaniens, sondern aller derjenigen Staaten ein, deren Medien sich mit der Gerichtsverhandlung auseinandergesetzt hatten.

Entgegen Buffles Erwartungen im „Journal de Genève“ sollte der Prozess eine lange anhaltende Wirkung haben. Rund eine Woche nach den Begnadigungen widmete die Radiosendung der RSI[238] „Panorama d’attualità“ dieser Thematik ein Sonderprogramm. Der Beitrag, der knappe vierzig Minuten dauert und von Edoardo Rezzonico und Sergio Noseda produziert wurde, zieht eine Bilanz der Diktatur und

234 Für eine ausgeglichene Bilanz, in: NZ, Nr. 603, 31. Dezember 1970 (Hervorhebung im Original).

235 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 31. Dezember 1970, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2015.

236 Lever de rideau, in: La Liberté, Nr. 77, 31. Dezember 1970.

237 Ebd.

238 Der baskische Rechtsanwalt und Verteidiger im Burgos-Prozess Juan María Bandrés erinnert sich in seinen Memoiren, dass er unmittelbar nach der Bekanntgabe der Begnadigungen von einem Radiojournalisten in eine Telefonkabine gedrängt und nach seiner Meinung gefragt wurde. Laut Bandrés wurde das Interview telefonisch an einen italienischsprachigen Schweizer Sender übertragen und live ausgestrahlt. Vgl. Castro, Juan María Bandrés, S. 73.

beinhaltet Beiträge wichtiger Persönlichkeit wie des Sozialisten Tierno Galván oder des Linkskatholiken Ruiz-Giménez. „La lunga notte di Burgos è ancora presente nelle coscienze. Il processo ha mobilitato l'opinione pubblica, ha scosso dal torpore centinaia di migliaia di spagnoli",[239] heißt es nach der Abspielung eines Fragments eines baskischen Liedes. Darauf folgt die Stimme von Izcos Mutter, die sich über den relativ guten psychischen Zustand der Gefangenen äußert. Dabei fand dieses Interview nach der Bestätigung der Todesurteile aber vor der Begnadigung statt. Nach dem ähnlichen Votum des Vaters eines anderen Angeklagten folgt die zitternde Stimme des greisen Diktators, der die Begnadigung rechtfertigt. Besonders erwähnenswert ist das Statement des Generalkapitäns von Barcelona, der sein Unverständnis für die europäischen Proteste gegen den Prozess bekundet. Hier lässt sich die Bestrebung der RSI erkennen, eine möglichst ausgewogene Berichterstattung zu gewährleisten, indem sowohl oppositionelle als auch regimebefürwortende Stimmen zu Wort kommen.

Das Militärstrafverfahren gegen die 16 Basken rüttelte die europäische Öffentlichkeit wach und bewirkte eine noch nie zuvor gesehene Mobilisierung gegen die Diktatur. Der dramatische Vorfall brachte nicht nur das Baskenland, sondern auch dessen Sprache und Kultur jedem Zeitungsleser, Zuschauer und Hörer nahe. Die Berichterstattung beinhaltete häufig Hinweise auf die Geschichte des Baskenlandes und Spaniens und verwies häufig auf den Bürgerkrieg. Nebst einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die baskische Sache schärfte die Berichterstattung sicherlich auch das Bewusstsein von der Existenz eines kulturell-ethnisch pluralistischen Spaniens. Nicht bloß Fakten und Einzelheiten zum Militärstrafverfahren, sondern auch Annäherungen an den baskischen Charakter waren in den Schweizer Medien präsent.

Dabei griffen die Journalisten oft auf den Vergleich als Stilmittel zurück. Verglichen wurde der Prozess in Burgos mit demjenigen in Leningrad; beide fanden nahezu zeitgleich statt. Verglichen wurde die Entführung des bundesdeutschen Konsuls mit derjenigen anderer Diplomaten, an erster Stelle aber des Schweizer Botschafters in Brasilien. Verglichen wurden die zeitgenössischen Diktaturen untereinander, aber auch der Prozess von Burgos mit demjenigen gegen Grimau im Jahre 1963. So unterschiedlich die Einstellungen der Schweizer Zeitungen in Bezug auf das Franco-Regime auch waren, so lässt sich dennoch eine einhellige Schweizer Meinung erkennen, die sich für die Begnadigung starkmachte. Weitaus diffuser und nuancierter sind im Gegensatz dazu die Motivationen und Argumentationen, die dieses Votum tragen. Sprachlich werden diese Nuancen durch lexikalische Spitzfindigkeiten umgesetzt. „Freiheitskämpfer", „Autonomisten", „Terroristen", „baskische Patrioten" attestieren die semantische Vielfalt, in der Behandlung des Basken-Prozesses.

239 Panorama d'attualità: La Spagna dopo Burgos, 8. Januar 1971, BAR J2.247 2005/238, Bd. 1932.

5.3 Die Hinrichtungen im März 1974

Die dramatischen Ereignisse, die zur Hinrichtung zweier Menschen im Frühjahr 1974 führten, leiten eine Periode zusätzlicher kompromissloser Härte in einer Zeit ein, in der sich staatliche Repression und regimefeindlicher Protest ohnehin schon gegenseitig aufschaukelten.[240] Der soziale Protest in Spanien nahm nun eine gewaltige Dimension an.[241] Die Gerichtsverfahren, die vom TOP behandelt wurden und von 1963 bis 1968 nie die jährliche Anzahl von 1000 überschritten, stiegen 1973 und 1974 auf rund 2000 an.[242] Die Arbeitsstunden, die wegen Streiks verloren gingen, zeigen eine ähnlich dramatische Entwicklung.

Um die März-Hinrichtungen als repressive Maßnahmen zu verstehen, muss man allerdings ein bestimmtes Ereignis miteinbeziehen. Gemeint ist das spektakuläre Attentat auf Ministerpräsident Admiral Carrero Blanco am 20. Dezember 1973, das vom ETA-Kommando *Txikia* verübt wurde. Luis Carrero Blanco gilt in der spanischen Geschichtsschreibung als graue Eminenz und enger Vertrauter General Francos, der die Kontinuität des Regimes nach dem Tode des Diktators hätte gewährleisten sollen.[243] Aufgrund der Erkrankung des falangistischen Generals und ehemaligen Anführers der Blauen Division, Agustín Muñoz Grandes, ernannte Franco den Admiral zu dessen Nachfolger als Vize-Regierungschef. In seiner Amtsantrittsrede bekräftigte er seine Loyalität zum *Caudillo* und seinen Willen, in der Tagespolitik eine Kontinuität zu verfolgen.[244] Seine Ermordung wurde somit als ein unausweichlicher Schritt betrachtet, der diese „Hürde“ auf dem Weg zur Demokratisierung ausräumte.[245]

Ein weiterer folgenschwerer Vorfall war der Prozess gegen zehn Anführer der illegalen kommunistischen Gewerkschaft *Comisiones Obreras*. Unter ihnen befand sich auch Marcelino Camacho. Diesem Gerichtsverfahren widmete die „Weltwoche“ vom 9. Januar einen Beitrag des deutschen Korrespondenten Michael Vermehren, der die Situation um den Prozess und die allgemeine Lage nach dem spektakulären Attentat thematisierte.

> Hier in dieser Halle [des Madrider Justizpalastes] voll bedrückender Spannungen erfuhren wir, dass der Ministerpräsident Carrero Blanco eben ermordet worden war. Hier, unter den Verfolgten, Gegnern, Kritikern des Regimes mag für einen Augenblick die Hoffnung aufgeblitzt sein, dass die Explosion, die den Admiral in die Luft schleuderte und tötete,

---

240 Vgl. Bernecker, Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, S. 154f.
241 Vgl. Heine, La contribución de la „nueva izquierda“, S. 151–159.
242 Vgl. Tusell/G. Queipo de Llano, Tiempo de incertidumbre, S. 12; Casanellas, Morir matando, S. 112.
243 Vgl. Lang, Das baskische Labyrinth, S. 230.
244 Vgl. Tusell, Carrero, S. 416f.
245 Über die Reaktionen in der spanischen Presse auf die Ermordung des Regierungschefs siehe Pinilla García, La transición de papel, S. 105–150.

> ein Startschuss sei. Vielleicht war das auch die Absicht der Attentäter. Doch sie verwirklichte sich nicht. […] Dieser erste politische Mord seit Jahrzehnten löste keine Welle der Rachsucht aus, sondern Schrecken.[246]

Vermehren zeichnet hier ein desolates Bild von Ernüchterung und Lethargie. Trotz der offenkundigen Sympathie für die Regimeopposition fällt die Beschreibung des neuen Regierungschefs sehr differenziert aus. Hingegen kritisiert er dessen Diskurs um die sogenannte „politische Reife" der Spanier: „Politische Reife – man kann es auch anders sagen: nach 35 Jahren erzwungener politischer Abstinenz sind die Spanier heute in ihrer Mehrheit staatserhaltende Untertanen, die ihre Ruhe haben und vorankommen wollen."[247]

Am 12. Februar 1974 hielt der frisch ernannte Ministerpräsident Arias Navarro eine feierliche Rede im Ständeparlament, in der er eine Liberalisierung des Regimes ankündigte.[248] Der wichtigste Punkt betraf die sogenannten politischen Assoziationen, welche die Rollen von Parteien innerhalb des Regimes übernehmen sollten. Selbstverständlich wurde der Begriff „Partei" weiterhin verachtet und gemieden. Die feierliche Rede wurde selbst von den reaktionärsten Persönlichkeiten des Regimes, wie zum Beispiel dem bereits erwähnten General García Rebull, mit großem Enthusiasmus aufgenommen.[249] Weitaus weniger enthusiastisch zeigte sich die ausländische Presse, die in der Reform weniger eine Reform als vielmehr deren Begrenzung sah. Bei allen vielversprechenden Diskursen um eine Öffnung oder Liberalisierung des Regimes blieb die öffentliche Ordnung weiterhin ein Thema, das keinen Raum für Zugeständnisse gewährte. Der harte Kurs der vorherigen Administration blieb also aufrechterhalten.

Bereits eine Woche vor der programmatischen Rede in den *Cortes* hatte sich Annemarie Schwyter mit den anstehenden Reformen befasst. Sie spricht hier insbesondere die Regierungsumbildung an und hebt deren personelle Aspekte stark hervor: Unter den neuen Ministern befände sich niemand, der an den verschiedenen wichtigen Prozessen, der vergangenen dreizehn Jahren beteiligt gewesen wäre.[250] Ferner bezeichnet sie den neuen Ministerpräsidenten als eher „konservativ" denn „reaktionär"; einige Kabinettsmitglieder und Staatssekretäre würden sich zur christlich-demokratischen Familie bekennen. Auch der angekündigten Gestaltung einer pluralistischen Gesellschaft begegnet Schwyter mit einer gewissen Distanz und weist auf eine mögliche Radikalisierung der Kräfte außerhalb des Regimes hin.

246 Staatserhaltende Untertanen. Spanien und seine Regierung, in: WW, Nr. 2, 9. Januar 1974.
247 Ebd.
248 Vgl. Tusell/G. Queipo de Llano, Tiempo de incertidumbre, S. 71.
249 Vgl. ebd., S. 72.
250 Vgl. Spanien: Zeit für Reformen ist reif, in: LNN, Nr. 30, 6. Februar 1974.

Bei dem soeben kommentierten Artikel handelt es sich um den letzten, den Annemarie Schwyter vor ihrer Ausweisung aus Spanien schrieb. Die Ausweisung der Schweizer Journalistin stellt einen weiteren Vorfall dar, der allerdings nur speziell unter dem Aspekt der spanisch-schweizerischen Beziehungen relevant ist. Schwyters journalistische Aktivität hatte sich seit eh und je durch ihre Kritik am Franco-Regime ausgezeichnet – davon zeugen etwa ihre Beiträge zum Burgos-Prozess oder ihre Mitarbeit für das Schweizer Fernsehen anlässlich der Ausrufung des Ausnahmezustandes im Frühjahr 1969, als sie eine Gruppe von spanischen oppositionellen Gewerkschaftern für die Sendung „Rundschau“ interviewte.[251]

Das „Schweizerische Komitee für politische Amnestie in Spanien“ hatte Anfang der sechziger Jahre zuerst in einem Brief an die „Tages-Anzeiger“-Redaktion Annemarie Schwyter vorgeworfen, dass ihr Artikel „allzu einseitig nur die Regierungsmeinung wider[gab].“[252] Das Komitee forderte im Sinne des Gleichgewichts auch eine Thematisierung der politischen Gefangenen in Spanien. Schwyter hatte ohnehin die franquistischen Gefängnisse wenige Tage zuvor in der Radiosendung „Echo der Zeit“ behandelt, deren Sendungsmanuskript das Interesse des Spanien-Komitees geweckt hatte.[253] Ein Jahrzehnt später fiel Schwyters Berichterstattung einem in Spanien lebenden Auslandschweizer *negativ* auf. In einem Brief an das EPD äußerte er sich folgendermaßen: „Was mich auch schon schockiert hat, sind die Komentare [sic!] von Ana Maria Schwitter [sic!], die nicht genügend objektiv gehalten sind, denn meistens enthalten sie ungünstige Kritik über Spanien, was ganz unnötig und nachteilig für die gegenseitigen Beziehungen sein kann.“[254]

Peter Studer behandelte die Ausweisung im „Tages-Anzeiger“ und stützte sich dabei auf SDA-Material, während Walter Stutzer die Angelegenheit in einem Kommentar aufrollte. Aus Studers Text entnimmt man, dass Schwyter am 22. Dezember 1973 nach Spanien gereist war, um ihre Korrespondententätigkeit anzutreten.[255] Zwei Gründe wurden von der spanischen Diplomatie in Bern für die Ausweisung der Journalistin aus Spanien geliefert. Laut dem ersten habe Schwyter ihre Akkreditierung in Madrid

---

251 Vgl. Rundschau, 29. Januar 1969, BAR J2.225 2007/195, Bd. 22.

252 Brief des Schweizerischen Komitees für politische Amnestie in Spanien an die Redaktion des Tages-Anzeigers, Zürich, 9. November 1962, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 6, Mp. 1.

253 Vgl. Brief von Bolliger, Radio Studio Bern, an das Schweizerische Komitee für politische Amnestie in Spanien, Bern, 9. November 1962, ZBZ SGA/SKpASp, Sch. 1, Mp. 4.

254 Brief von L. D. an das Sekretariat des Politischen Departements, 19. Oktober 1972, BAR E2001E-01 1982/58, Bd. 344. Hier scheint sich ein Topos zu offenbaren. Auch der in Spanien wohnhafte Nachfahre des Herzogs von Wellington beschwerte sich bei der Redaktion des „Daily Telegraph“ über die Spanien-Berichterstattung des Korrespondenten Harold Sieve. Kurz darauf wurde er von der Zeitung von seinem Posten entbunden. Vgl. Càndito/Chislett/Romero, Tres corresponsales de prensa extranjera, S. 152.

255 Vgl. Annemarie Schwyter ausgewiesen, in: TA, Nr. 29, 5. Februar 1974.

zu spät beantragt. Der zweite Grund war eine Aufenthaltssperre, die im Februar 1971 gegen die Reporterin verhängt worden war. Dies würde äußerst seltsam anmuten, denn die Betroffene sei nie darüber informiert worden.

> Nach Angaben aus spanischen Kreisen Berns wird Frau Schwyter ‚tendenziöse, feindselige, in bezug auf eine Wirtschaftsfrage gar grob wahrheitswidrige' Berichterstattung im Jahr 1971 vorgeworfen. Wie Botschaftskreise ferner durchblicken liessen, habe man auch Frau Schwyters Tätigkeit seit 1971 genau verfolgt und offenbar *keinen Gesinnungswandel* festgestellt. Das ‚Dossier Schwyter' sei nämlich Mitte Januar nochmals ‚genau studiert' worden, was die Ergreifung von Rechtsmitteln gegen den Geheim-Ukas aus dem Jahr 1971 als schier aussichtslos erscheinen lasse.[256]

Weiter ist die Rede von der „*gereizten Stimmung* gegen Westeuropa und offenbar auch gegen die Schweiz im besonderen". Speziell wird hier die negative Berichterstattung von Schweizer Medien im Zusammenhang mit den Attentatswellen vor Jahresende sowie die „*Verschleppung* der Madrider Rechtshilfegesuche" erwähnt.[257] Studers Beitrag endet mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Etappen Schwyters bis zur jüngsten Begebenheit.

In Stutzers Kommentar wird die Willkür des spanischen Innenministeriums angekreidet und Fragen zur Legitimität der vollzogenen Ausweisung und zu deren Begründung aufgeworfen: „Wieweit haben etwa momentane spanisch-schweizerische Unstimmigkeiten im Informationsbereich die Madrider Regierung im Fall Schwyter darin bestärkt, noch jetzt auf einem 1971 datierten Ukas hart zu bestehen?"[258] Der Fall Schwyter sei charakteristisch für den Umgang von rechts- wie auch linksautoritären Diktaturen mit ihnen unfreundlich gesinnten Medienberichten. Stutzer wirft schließlich der spanischen Regierung politische Unreife vor.

In einem weiteren Artikel derselben Ausgabe wird die Ausweisung auf einer allgemeinen Ebene thematisiert, welche die Gepflogenheiten in den Beziehungen zwischen dem spanischen Informationsministerium und den ausländischen Berichterstattern beleuchtet.

> *Auslandkorrespondenten*, die sich durch ihre Berichterstattung missliebig machen, müssen jedoch mit sorgfältig abgestuften Druckmassnahmen rechnen. […]
>
> Korrespondenten wird die Akkreditierung bei den Ministerien verweigert […]. Akkreditierungen können auch entzogen oder stillschweigend nicht erneuert werden, weil sie alljährlich automatisch ablaufen. Damit erlischt das Recht auf beruflichen Langzeitaufenthalt.
>
> Sodann ist es leicht, ‚unfreundliche' Beobachter mittels Dekret des Innenministeriums und ohne Gewährung rechtlichen Gehörs kurzerhand auszuweisen.[259]

---

256 Ebd. (Hervorhebung im Original).

257 Ebd. (Hervorhebung im Original).

258 Unerwünscht, weil „unfreundlich", in: TA, Nr. 29, 5. Februar 1974.

259 Strenge Bräuche in Spaniens amtlicher Pressepraxis, in: TA, 5. Februar 1974 (Hervorhebung im Original).

Vor dem Hintergrund der Öffnung des Regimes unter der Regierung Arias', wovon gerade die Pressefreiheit besonders stark profitieren konnte,[260] stellt diese Ausweisung einen schwer nachvollziehbaren Akt dar. Damit befasste sich auch die erste Nummer des SFRV-Bulletins. Der Kurzbericht – „TV-Miniatur" genannt – geht weniger auf die eigentliche Ausweisung als vielmehr auf das in der „Tagesschau"-Hauptausgabe vom 8. März vorkommende irrtümliche Dementi ein. Die „Tagesschau" hatte dem „Tages-Anzeiger" unterstellt, durch „die ‚angeblich unsausgewogene' [sic!] Berichterstattung der Tagesschau die Ausweisung von Annemarie Schwyter aus Spanien verschuldet" zu haben.[261] Die Kurzmeldung wird mit folgendem Zitat abgeschlossen, das einem Vorwurf mangelhafter Professionalität gegen die Fernsehjournalisten gleichkommt.

> Statt zu dementieren, was gar nicht behauptet worden war, hätte sich die ‚nationale Nachrichtensendung' Tagesschau vielleicht besser um Vertiefung der Information bemüht, beispielsweise um Abklärung des hartnäckigen Gerüchtes, Frau Schwyter sei schon 1971 aus Spanien ausgewiesen worden und nicht erst 1974.[262]

Die Ausweisung und deren Widerhall zeigen die Bedeutung, welche die Medien in den siebziger Jahren erlangt hatten, aber noch deutlicher zeigen sie die Haltung der neuen Regierung in Spanien gegenüber dem Ausland und die gereizte Stimmung, die zu jenem Zeitpunkt herrschte. Die in den „Tages-Anzeiger"-Texten vorkommende Rechtshilfe als Ursache für den offensiven Ausweisungsschritt wird nicht genauer ausgelegt. Betrachtet man die Ereignisse, welche die beiden Länder betrafen und die ein Rechtshilfegesuch von spanischer Seite hätten rechtfertigen können, so scheint das Bombenattentat vom 11. Januar 1974 auf das spanische Generalkonsulat in Zürich als plausibelste Erklärung. Interessant ist hier, wie Francos Regierung auf die angebliche „Verschleppung" reagierte: Nicht gegen die Schweizer Regierung, sondern gegen eine erfolgreiche, politisch unabhängige aber linksliberale Schweizer Tageszeitung richtete sich Spaniens Repressalie. Bei aller Wut der betroffenen Zeitungen über die Ausweisung ihrer Korrespondentin stellten die Vorwürfe Spaniens auch eine rufschädigende Wirkung dar, vor der sich die jeweiligen Redaktionen hüten mussten. Es erstaunt deshalb nicht, dass der „Tages-Anzeiger" die Kritik an Schwyters Berichterstattung vehement zurückwies.[263] Ähnlich verhielten sich die „Luzerner Neuesten Nachrichten", die ebenfalls einen Artikel Schwyters abdruckten und in einem separaten Kasten den Leser aufforderten, die vermeintlich tendenziöse Art und Weise der Journalistin

---

260 Vgl. Fusi, Franco, S. 221; Payne, The Franco Regime, S. 595.

261 TV-Miniaturen, in: SFRV-Bulletin, Nr. 1, 24. April 1974 (Hervorhebung im Original).

262 Ebd. (Hervorhebung im Original).

263 Vgl. Ein Beweisstück…, in: TA, Nr. 30, 6. Februar 1974.

selber nachzuprüfen.[264] Zu diesem Zeitpunkt schien vor dem Hintergrund der vielversprechenden Reden von Carlos Arias Navarro besonders die in Spanien fehlende Meinungsfreiheit die Gemüter zu entsetzen. Durch die Ausweisung einer besonders kritischen Stimme, wappnete sich das Regime für die etwaigen Presseattacken im Zusammenhang mit den beiden kommenden Hinrichtungen.

Die Märzhinrichtungen standen zwar in einem übergreifenden Repressionskontext sehr wohl im Zusammenhang mit dem durch die ETA vollzogenen Magnizid, doch die Hingerichteten standen in keiner Weise in Verbindung mit der baskischen Befreiungsorganisation, wenn man beim *Movimiento Ibérico de Liberación* (MIL) und der ETA von deren gemeinsamen Zielsetzung, das Franco-Regime zu bekämpfen, absieht.

Wer waren die zwei jungen Männer, die am 2. März mit dem Würgeisen hingerichtet wurden?[265] Die Medien konzentrierten sich vor allem auf die „politische" Exekution von Salvador Puig Antich, einem Mitglied des MIL. Welzel wurde hingegen weitgehend außer Acht gelassen.[266] Salvador Puig Antich wurde 1948 in Barcelona geboren. Er stammte aus einer katholischen und republikanischen Familie ebendieser Stadt. Sein Vater war nach seiner Rückkehr aus dem französischen Internierungslager in Argelès zum Tode verurteilt und später begnadigt worden.[267] Erste politische Erfahrungen sammelte Puig Antich in der illegalen marxistischen Gewerkschaft *Comisiones Obreras*, der er 1967 beitrat.[268] Die Pariser Umwälzungen im Mai 1968 strahlten auch auf Barcelonas Jugend aus. Salvador und seine gleichaltrigen Gefährten entwickelten einen Argwohn gegenüber Parteiorganisationen. Sie standen weiterhin in Opposition zum Regime, doch durch ihr Bekenntnis zu neuen ideologischen Tendenzen distanzierten sie sich auch von der traditionellen Oppositionsbewegung.[269] Oriol Solé Sugranyes, ein Freund Puig Antichs, der anlässlich des Burgos-Prozesses seine Solidarität mit den Streikenden eines Unternehmens zeigte und die Konfrontation mit den traditionellen Gewerkschaften nicht scheute, ließ sich in Toulouse nieder, wo er mit Exilspaniern, insbesondere mit alten Anarchisten und Maquis Kontakte knüpfte.

Nach Puig Antichs Rückkehr aus dem Militärdienst auf Mallorca tauchten erste Bestrebungen auf, eine Kampfgruppe zu bilden. Salvador verließ das elterliche Haus

264 Vgl. Spanische Verhältnisse, in: LNN, Nr. 30, 6. Februar 1974.

265 Das Forschungsinteresse für diese Hingerichteten kam vor allem aus dem Journalismus. Als besonders nützlich erweisen sich die biografischen Werke von Escribano über Salvador Puig Antich und von Riebenbauer über Georg M. Welzel. Escribanos Buch wurde 2006 unter dem Titel „Salvador" verfilmt (deutscher Titel *Salvador – Kampf um die Freiheit*). Die Hauptrolle wurde vom deutsch-spanischen Schauspieler Daniel Brühl gespielt.

266 Selbst Amnesty International klammerte in seinem Jahresbericht von 1974 diesen Fall vollständig aus. Vgl. Riebenbauer, El silencio de Georg, S. 223.

267 Vgl. Escribano, Compte enrere, S. 29.

268 Vgl. ebd., S. 34

269 Vgl. ebd., S. 37–49.

und zog zu seiner Schwester und deren Ehemann, die eine offene Beziehung führten und aus ihrer Wohnung eine Art Hippie-Kommune gemacht hatten. In dieser Hinsicht machten er und seine Genossen einen Wandel durch, der sich perfekt in den Habitus der studentischen Opposition einreiht und zu welchem brüske Unterbrechungen des Studiums, das Kappen von familiären Beziehungen sowie Gefängnisaufenthalte oder Exil gehörten.[270] Als sich dann Oriol Solé nach einem kurzen Gefängnisaufenthalt in Perpignan der Gruppe anschloss, waren die „Autonomen Kampfgruppen“ der MIL gegründet.

Der erste Banküberfall wurde in der Filiale einer Sparkasse einer kleinen Pyrenäen-Ortschaft verübt. Ihre erste Beute betrug eine Million Peseten. Ein weiterer Banküberfall folgte am 21. Oktober 1972 in der Küstenkleinstadt Mataró, nördlich von Barcelona. Einen Monat später war eine Filiale der *Banco Central* an der Reihe, diesmal in Barcelona selbst, und auch diesmal ergatterten sie eine Million Peseten. Das Glück wendete sich am 2. März 1973, als die Gruppe eine Filiale der *Banco Hispano-Americano* in Barcelona ausraubte und einer der Angestellten schwer verletzt wurde; er erblindete als Folge eines Kopfschusses. Der misslungene Überfall verhalf der Polizei zu weiteren Indizien, die darauf eine *ad-hoc*-Sondereinheit für die Zerschlagung der Bande bildete.

Die MIL-Leute zogen eine ernüchternde Bilanz ihrer fast einjährigen Aktivität. Entgegen ihrer ursprünglichen Absicht waren sie vor allem bei der Polizei, aber kaum bei der Arbeiterschaft bekannt, die ihrerseits nur mit Widerwillen die bei den Banküberfällen erbeuteten Gelder annahm.[271] Die Polizei zwang schließlich einen Angehörigen der Gruppe, als Lockvogel zu fungieren und ein Treffen zu vereinbaren. Zu diesem Treffen kam unter anderem auch Salvador Puig Antich. Die Verhaftung lief allerdings schief, denn es kam zu einem heftigen und unkontrollierten Schusswechsel in der Eingangshalle eines Wohnhauses, bei welchem der junge Polizeiinspektor Francisco Anguas Barragán tödlich verwundet wurde. Auch Puig Antich erlitt mehrere Schusswunden.[272] Die beiden wurden darauf ins Hospital Clínic gebracht, wo der Tod des Inspektors festgestellt wurde.

Weitaus weniger bekannt ist hingegen die Lebensgeschichte von Georg Michael Welzel.[273] Erst die Nachforschungen des spanischen Journalisten Raúl M. Riebenbauer brachten etwas Licht in den seltsamen Fall des „anderen Hingerichteten“. Welzel kam 1944 in Cottbus auf die Welt. Als Erwachsener versuchte er öfters die DDR zu verlassen und wurde auch mehrmals wegen Republikflucht eingesperrt.[274] Später

270 Vgl. Bernecker, The Change in Mentalities, S. 77.

271 Vgl. Escribano, Compte enrere, S. 86.

272 Vgl. ebd., S. 95–99; Casanellas, Morir matando, 147.

273 Immerhin taucht seine Hinrichtung in Peer Schmidts Spanien-Beitrag. Vgl. Schmidt, Diktatur und Demokratie, S. 478.

274 Vgl. Riebenbauer, El silencio de Georg, S. 140.

gelang ihm die Ausreise in die BRD,[275] wo sein Cousin lebte. Im Herbst 1972 reiste Welzel mit einem falschen bundesdeutschen Pass, auf den Namen „Klaus Sackmann" lautend, in Spanien ein. Am 13. Dezember 1972 schoss er im Hafen von Barcelona auf einen Angehörigen der *Guardia Civil* und verletzte ihn schwer.[276] Am 19. Dezember erschoss er auf einem Camping-Platz in der Provinz Tarragona einen weiteren Gendarmen. Am darauffolgenden Tag wurde er gefasst. Er erklärte darauf, polnischer Staatsbürger zu sein, und gab einen falschen Namen an: Heinz Ches oder Chez. Er sollte in den Medien unter diesem Namen und mit dem Attribut „staatenloser Pole" bekannt werden. In einem polizeilichen Bericht, der weitere Interpol-Berichte zusammenfasste und bereits am 21. April 1973 verfasst und den spanischen Militärjustizbehörden zugestellt worden war, wurden unter Beilage von Fingerabdrücken die wahren Personalien des Angeklagten offenbart. Aus welchem Grund machte die Militärjustiz die wahre Identität Welzels nicht publik? Die weltweite Ankündigung über die beabsichtigte Hinrichtung eines DDR-Bürgers hätte die frisch eingeweihten Beziehungen zwischen Franco-Spanien und dem SED-Regime zweifellos aufs Spiel gesetzt.[277] Der „vaterlandslose Pole" lieferte hingegen ein harmloseres Bild, das dem Regime wie gerufen kam.

Während des Prozesses verweigerte Welzel stets die Aussage. Der von ihm erfundenen Name und die falsche Nationalität bezweckten vermutlich, seine Familienangehörigen in der DDR vor möglichen Repressalien durch das Ministerium für Staatssicherheit zu schützen. Doch abgesehen von den staatsräsonbedingten Aspekten nahm der Fall eine seltsame Wendung. Im Juni 1973 nahm sich der niederländische Hauptzeuge das Leben, der Welzel auf dem Campingplatz gesehen hatte, wo sich die Tötung des Sicherheitsmannes vollzogen hatte. Am 6. September 1973 wurde Welzel schließlich vom Kriegsgericht in Tarragona schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Am 8. und 9. Januar 1974 wurde gegen das Urteil im ersten Prozess beim Obersten Rat der Militärjustiz in Madrid rekurriert, der das Todesurteil ratifizierte. Am darauffolgenden Tag fand der erstinstanzliche Militärprozess gegen Salvador Puig Antich und zwei andere Mitglieder der MIL in Barcelona statt.

Dem Prozess in Barcelona gegen die Angehörigen der MIL wohnte der Genfer Rechtsanwalt und Sozialdemokrat Christian Grobet als Beobachter der Internationalen Juristenkommission bei. Die „Tagesschau" strahlte ein kurzes Interview mit Grobet aus, der seine Zweifel in Bezug auf die Rechtmäßigkeit des Verfahrens und die Härte der Urteile kundtat:

---

275 Bei Riebenbauer wird von einem Gefangenenaustausch zwischen der BRD und der DDR ausgegangen. Vgl. ebd., S. 151.

276 Vgl. ebd., S. 281.

277 Vgl. Martín de la Guardia/Pérez Sánchez, Bajo la influencia de mercurio, S. 50; Pardo Sanz, La etapa Castiella…, S. 366.

Interviewer: Quel est votre point de vue sur ce procès?
Grobet: Eh bien, je dois dire que la première chose qui frappe, c'est que ce procès s'est tenu devant un tribunal militaire.
Interviewer: Alors que normalement c'aurait dû être un tribunal civil?
Grobet: Eh bien, en tout cas chez nous c'aurait été le cas, et je pense qu'en Espagne, normalement c'aurait également dû être le cas. Cependant, le fait que les trois accusés faisaient partie d'une organisation politique a visiblement été déterminant pour déférer cette affaire devant une instance militaire.
Interviewer: Est-ce que la défense a pu jouer son rôle?
Grobet: Alors, écoutez, comme je l'ai relevé dans mon rapport, il est incontestable que les droits de la défense ont été limités. Très limités en ce sens que certains témoins essentiels, que… dont la défense avait demandé l'audition ainsi que certaines expertises ont étés refusées. En ce cas l'accusé… était accusé d'avoir mortellement blessé un inspecteur de police dans son arrestation et les circonstances-mêmes étaient pas très claires; il semble qu'il y a eu d'échanges de coups de feu avec des policiers. Il n'était pas exclu donc que l'agent mortellement blessé était également frappé de balle par d'autres policiers. Eh bien, là la défense n'a pas pu faire valoir des… témoins essentiels, ce qui je dois le dire était particulièrement choquant si l'on songe que la peine de mort était requise contre intéressés. Je dois dire que personnellement, en tant qu'avocat, j'ai surtout été choqué par l'extrême sévérité des peines. Évidemment nous n'avons pas l'habitude de la peine de mort en Suisse, mais même dans des systèmes qui connaissent la peine de mort, il est incontestable que la peine était très sévère, donc à particulier car même s'il y avait eu une mort d'homme, il est évident que le principal accusé n'avait pas agi de façon délibérée, ni… de façon… préméditée. Donc la… la peine et dans le cas… qu'il s'agissait également de très jeunes gens – les deux autres accusés avait 16 ans, 17 ans, l'accusé principal 25 ans – il est clair que les peines étaient extrêmement sévères.[278]

Grobets Aussage zeigt deutlich die Entrüstung eines Mannes, der der Militärjustiz eines autoritären Regimes mit rechtsstaatlich-demokratischen Prinzipien begegnet und sich daran stößt. Gleichzeitig tritt hier eine gewisse Unkenntnis in Bezug auf die militärische Jurisdiktion in Spanien zutage.[279] Auch die „Tribune de Genève" publizierte ein Interview mit dem Juristen, in welchem dieselben Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Gerichtsverhandlung geäußert wurden.[280]

Die Begebenheiten, die zu Puig Antichs Anklage geführt hatten, wurden allerdings im „Tagesschau"-Kommentar der DRS stark kondensiert und zwar auf eine Weise, welche die in den Medien übliche Komplexitätsreduktion übersteigt, sodass man schon von einer Verzerrung sprechen kann: „Puig gehörte der Iberischen Befreiungsbewegung

278 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 10. Januar. 1974, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2136.
279 Gegen die von Grobet angestellte Vermutung spricht nur schon der berühmte Prozess „1001" gegen die Führung der illegalen Gewerkschaft *Comisiones Obreras*, der sich 1973 in Spanien vor einem TOP austrug.
280 Vgl. „Droits élémentaires de la défense bafoués", in: TdG, 11. Januar 1974.

an und hat laut Anklage im vergangenen Frühjahr zusammen mit zwei Jugendlichen ein Bank [sic!] in Barcelona überfallen und dabei einen Polizisten getötet."[281]

Als Protestaktion gegen die Urteilsverkündung im MIL-Prozess wurden in Zürich, Turin und Barcelona Bombenanschläge durchgeführt. In Zürich richtete sich die Attacke gegen das spanische Generalkonsulat in der Stampfenbachstraße, doch wurde vor allem die Postfiliale im Erdgeschoss schwer betroffen, während das eigentliche Konsulat kaum tangiert wurde. Das Büro der spanischen Fluggesellschaft Iberia in der Zürcher Talackerstrasse wurde mit roter Farbe beschmiert.[282]

Die „Luzerner Neuesten Nachrichten" druckten am 11. Januar einen Artikel der damals noch in Spanien verweilenden Annemarie Schwyter ab, die erst seit Kurzem wieder ihre Korrespondenztätigkeit für Schweizer Zeitungen aufgenommen hatte. Schwyter betonte dabei ausdrücklich, dass die beiden Mitangeklagten im Prozess gegen die MIL, minderjährig seien und erklärte, wieso der Fall in die Kompetenz eines Militärgerichts fiel. Die MIL wird hier als „anarchistisch-trotzkistische[…] Organisation" umschrieben.[283] Die Journalistin verstand die „[g]nadenlose Härte" als Vergeltung für die Ermordung des Ministerpräsidenten und bezog auch „die schweren Urteile von 12 bis 20 Jahren Gefängnis" im Prozess gegen die illegalen Arbeiterkommissionen mit ein.[284] Im Vergleich zwischen dem TOP-Urteil gegen die Arbeiterkommissionen und demjenigen gegen Puig Antich behauptet Schwyter: „Gegen das Urteil des Barceloneser Militärgerichts ist für Puig Antich kein Rekurs möglich; hier hat die oberste Militärbehörde von Barcelona und nach ihr General Franco das letzte Wort zu sprechen."[285] Aus juristischer Sicht und wie weiter unten ausgeführt wird, ist diese Aussage falsch. Betrachtet man sie hingegen vor dem Hintergrund der willkürlichen Justizpraxis im autoritären Spanien, was Annemarie Schwyter wohl auch zu kritisieren beabsichtigte, so kann man dagegen wenig einwenden.

Arnold Hottinger schrieb für die „Neue Zürcher Zeitung" einen kurzen, prägnanten und für ihn typisch distanzierten Artikel über die Urteile in Barcelona gegen die Angehörigen der MIL, doch beinhaltet dieser mehrere Irrtümer, wie zum Beispiel denjenigen, der auch im Fernsehen ausgestrahlt wurde, wonach Puig Antich während eines Banküberfalls den Polizeiinspektor getötet habe. Ähnlich wie Schwyter ignoriert auch Hottinger die nächsthöhere Instanz der Militärjustiz und datiert zudem die Hinrichtung Grimaus auf das Jahr 1962. In Bezug auf die Einschätzung der Absichten der Regierung ist ein ähnliches Muster erkennbar:

---

281 DRS-Tagesschau-Hauptausgabe vom 10. Januar 1974, http://videoarchiv.srf.ch.
282 Anschlag gegen spanisches Konsulat, in: Die Tat, Nr. 10, 12. Januar 1974.
283 Todesurteil gegen Antich soll Spanier einschüchtern, in: LNN, Nr. 8, 11. Januar 1974.
284 Ebd.
285 Ebd.

> Die politisch interessierten Spanier erwarten mit Spannung, ob das Todesurteil vollstreckt wird oder nicht. Man glaubt daraus einen Hinweis auf die allgemeine Ausrichtung der *neuen Regierung* gewinnen zu können. Diese hat versprochen, sie werde Ruhe und Ordnung streng aufrechterhalten.[286]

Anders als etwa der „Tagesschau"-Bericht oder der Artikel in der „Tribune de Genève" bringt Hottinger keine Einwände gegen die Rechtmäßigkeit des Verfahrens gegen Puig Antich oder Wertungen über die Härte der Urteile an. Dies kommt auch nicht in einem wenige Tage später erschienen Artikel vor, der über die Bombenattentate in Barcelona berichtet. Hottinger beurteilt diese als untaugliches Druckmittel zur Erlangung einer Begnadigung durch General Franco.[287] Darauf gibt er eine vom vorhergehenden Artikel abweichende Version über die Tötung des Polizeiinspektors, die man Puig Antich zu Last gelegt hatte; ein stillschweigendes Dementi, das durch die Verwendung der indirekten Rede mit der für Hottinger typischen Distanz versehen wird. Die Tötung des Polizisten greift Hottinger ferner auf, um über weitere ähnliche Delikte zu sprechen, die aber von einer ganz anderen, aber ebenso jungen Organisation verübt worden waren:

> Ein anderer Polizist war am 1. Mai 1973 von Demonstranten der FRAP (Maoisten) umgebracht worden. Obgleich die Polizei unmittelbar darauf nicht weniger als 145 angebliche Mitglieder der der FRAP [sic!] festnahm, ist bis heute kein Prozess in dieser Angelegenheit zustandegekommen. Die Polizisten und Polizeioffiziere jedoch sowie ihre Freunde und Gesinnungsgenossen vom ultrafalangistischen rechten Flügel unterstrichen damals durch Strassendemonstrationen, dass sie ein härteres Zupacken von der Regierung erwarteten.[288]

Hier ist also ein thematisches Abschweifen deutlich erkennbar, denn statt über die im Titel angegebenen Bombenanschläge ausführlich zu berichten, mündet Hottinger in einen Exkurs über Polizistentötungen und wirft dabei zwei neulinke Untergrundorganisationen – MIL und FRAP –, die von diesem Attribut abgesehen nichts miteinander zu tun haben, in denselben Topf.

Die Militärrichter in Barcelona zeigten sich von einer unnachgiebigen Seite. Weder ballistische noch nicht-militärische psychiatrische Gutachten wurden als Beweismittel zugelassen. Zudem hatte die Autopsie des Polizeiinspektors im Polizeikommissariat und nicht etwa im gerichtsmedizinischen Institut stattgefunden.[289] Die Hinrichtungen verfolgten klare politische Ziele. Nach der spektakulären

286 Todesurteil gegen einen Anarchisten in Spanien, in: NZZ, Nr. 16, 11. Januar 1974 (Hervorhebung im Original).

287 Die Bombenanschläge in Barcelona, in: NZZ, Nr. 19, 13. Januar 1974 (Hervorhebung im Original).

288 Ebd.

289 Vgl. Tusell/G. Queipo de Llano, Tiempo de incertidumbre, S. 75; Escribano, Compte enrere, S. 146.

Ermordung Carrero Blancos musste das Regime signalisieren, dass die öffentliche Ordnung nach wie vor ein Grundpfeiler des spanischen Staates war, und dementsprechend ein unmissverständliches Exempel statuieren. Kurz nach Arias Navarros Amtsantritt informierte ihn der Zivilgouverneur Barcelonas über die Schwierigkeiten, Puig Antich in einem zivilen Strafprozess, etwa durch ein TOP, zum Tode zu verurteilen, wies ihn auf die Schwachstellen der Anklage hin (mögliche Unzurechnungsfähigkeit und Ballistik) und legte ihm eine Begnadigung nahe.[290]

Am 10. Januar 1974 verkündete das Militärgericht in Barcelona das Todesurteil gegen Puig Antich. Dagegen wurde beim obersten Rat der Militärjustiz rekurriert. Am 19. Februar bestätigte die höchste Instanz der Militärjustiz das Todesurteil, sodass nur noch eine Begnadigung durch den Staatschef das Leben des jungen Anarchisten hätte retten können.[291]

Welzel und Puig Antich waren damals nicht die einzigen zum Tode Verurteilten. Der Angehörige der *Guardia Civil* Antonio Franco Martín hatte seinen Vorgesetzten meuchlings getötet,[292] wobei er im Gegensatz zum Katalanen und zum Ostdeutschen begnadigt wurde.[293] Das zu statuierende Exempel trug die Tücke in sich, durch die Hinrichtung des „gemeinen Mörders Heinz Ches" der Hinrichtung des katalanischen Anarchisten die politische Komponente zu entziehen.[294] Am 2. März 1974 wurden Salvador Puig Antich in Barcelona und Georg M. Welzel in Tarragona, mit dem Würgeisen (sp. *garrote*) hingerichtet. Die Medien bekundeten für diese äußerst schändliche Hinrichtungstechnik großes Interesse.[295]

In Foucaults Hauptwerk *Überwachen und Strafen* wird die Abschaffung der zahlreichen qualvollen Hinrichtungsarten und die Vereinheitlichung in ein einziges,

290 Vgl. Tusell/G. Queipo de Llano, Tiempo de incertidumbre, S. 76f.

291 Vgl. Escribano, Compte enrere, S. 157.

292 Vgl. ebd., S. 19; Riebenbauer, El silencio de Georg, S. 26.

293 Es ist durchaus vorstellbar, dass der Diktator seinem Nachnamensvetter die Hinrichtung erspart hat, um nicht die „eigene" Hinrichtung in den Schlagzeilen mancher Zeitungen lesen zu müssen.

294 Vgl. Riebenbauer, El silencio de Georg, S. 26.

295 So zum Beispiel drückte das „Vaterland" am 4. März 1974 folgende Kurzmitteilung der SDA und der AFP ab: „Mittelalterlich […] Mit der Garrotte wird in Spanien üblicherweise die Todesstrafe an Delinquenten des allgemeinen Rechts vollzogen. Die Garrotte ist eine Würgschraube, mit welcher der Verurteilte erdrosselt wird. Wenn der Henker geschickt ist, tritt der Tod sofort und schmerzlos ein, nachdem ein metallener Dorn die Wirbelsäule durchtrennt hat. Die Garrotte wird in Spanien seit dem 18. Jahrhundert angewendet. Traditionsgemäss bewahrt der Henker sein ‚Werkzeug' selber auf und holt es hervor, wenn er eine Hinrichtung vornehmen muss." Es sei zudem auf den Dokumentarfilm von Basilio Martín Patino aus dem Jahre 1977 *Queridísimos verdugos* (dt. Liebste Henker) verwiesen, in welchem drei Garrote-Henker interviewt werden, darunter auch derjenige, der Puig Antich hingerichtet hatte. Zuvor wurde die Thematik des Henkers in Spanien 1963 in der schwarzen Filmkomödie *El verdugo* (dt. Der Henker) des Regisseurs Luis García Berlanga aufgegriffen, mit dem italienischen Schauspieler Nino Manfredi in der Hauptrolle.

vereinfachtes, kurzes und trockenes Tötungsverfahren in der Sattelzeit als ein wichtiger Prozess in der Geschichte des Justizvollzugs beschrieben.[296] Die spanische Justiz sah aber noch in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts zwei Hinrichtungsmethoden vor: die Erschießung durch ein Peloton – wie etwa im Falle Julián Grimaus – und die Garrote, wobei letztere Technik als besonders schändlich und qualvoll galt, die Erschießung hingegen als würdiger und heroischer.[297] Die Kapitalstrafe in Franco-Spanien kannte also eine Steigerung, die an die Zeiten der Marter im *Ancien Régime* erinnert. Dies zeigt einen deutlichen Rückschritt, zumal Foucaults Ausführungen selbst in Bezug auf Spanien Gültigkeit haben. Anlässlich des Geburtstags seiner Gemahlin ließ König Ferdinand VII. im April 1832 die Todesstrafe vereinheitlichen. Fortan sollten zum Tode Verurteilte nur noch mit der *Garrote* hingerichtet und nicht mehr erhängt werden.[298]

Der „Sonntagsblick" vom 3. März berichtete von den Hinrichtungen in Barcelona und Tarragona, doch wurde der Akzent auf jene von Salvador Puig Antich gesetzt. Typisch für die sensationsorientierte Presse erscheint hier eine Beschreibung der Hinrichtungstechnik: „Dieses Würgeeisen wird dem Verurteilten um den Hals gelegt, Schrauben werden angezogen, bis der Verurteilte erstickt oder ihm das Genick gebrochen wird."[299] Trotz dieser rauen Details fehlt es im Boulevardwochenblatt auch nicht an einer kritischen Hinterfragung seiner vermeintlichen Schuld an der Tötung des Polizisten:

> Es ist nicht sicher, dass Puig den Polizisten wirklich erschossen hat. Bei seiner Festnahme wurde ihm ein Gewehrkolben über den Kopf gehauen. Als er hinfiel löste sich ein Schuss aus seiner Waffe. Ob die Kugel den Polizisten traf, wird nie bekannt werden: Die Polizei verweigerte eine Obduktion des Toten![300]

Zwar weicht die Schilderung der Verhaftung von jener in anderen Zeitungen ab, zumal ja eine Obduktion stattfand, aber an einem für die Gerichtsmedizin unüblichen Ort. Das Fazit der Unrechtmäßigkeit des Verfahrens und des gnadenlosen Ausgangs wird hier auf eine holprige Weise vollzogen. Der begnadigte *Guardia Civil* und der vermeintlich „staatenlos[e] Pole" werden je mit einem Satz am Ende des Artikels erwähnt.

296 Vgl. Foucault, Überwachen und Strafen, S. 19–24.

297 Puig Antich erfuhr erst als er den Hinrichtungsraum betrat, dass er erwürgt und nicht erschossen werden sollte. Vgl. Escribano, Compte enrere, S. 174.

298 Vgl. Gaceta de Madrid, Nr. 50, 26. April 1832. So vereinheitlichend diese Bestimmung auch war, so wurde dennoch innerhalb dieser Hinrichtungsmethode zwischen der *garrote ordinario*, der *garrote vil*, das bei besonders entehrenden Delikten und unabhängig vom Stand angewandt wurde, und der *garrote noble* unterschieden.

299 Keine Gnade: Hinrichtung mit Garrotte, in: Sonntagsblick, Nr. 9, 3. März 1974.

300 Ebd.

Am 4. März 1974 versuchte Juan Pékmez[301] in der Freiburger „La Liberté“ zu erklären, warum Puig Antich nicht begnadigt worden war. Dabei erwähnte er die Begnadigungen im Falle des Burgos-Prozesses als Präzedenzfall und beteuerte das mangelhafte Engagement für die Verhinderung der Vollstreckung in diesem jüngsten Fall:

> L'opinion publique réagit aux étiquettes. Or, il faut le reconnaître, les anarchistes n'ont jamais eu bonne presse. Par contre, pour qui se veut démocrate, une auréole de respectabilité entoure les luttes populaires quand elles sont le fruit de l'agitation des militants communistes dans les pays où la liberté est bafouée. Mieux encore si elles peuvent se ranger sous la bannière du droit des nationalités. […]
>
> Comment ne pas voir dans la timidité des appels en faveur de Puig Antich le résultat de l'accueil assez favorable fait au Gouvernement Arias Navarro. N'a-t-on pas parlé d'ouverture, de libéralisation, de réalisme, de printemps politique? Fallait-il revenir en arrière pour un anarchiste de 26 ans? L'exécution est passée comme une lettre à la poste sans que l'on s'émeuve outre mesure.[302]

Pékmez führte also die Passivität der öffentlichen Meinung in Bezug auf die jüngste Hinrichtung auf die angeblich zunehmende Akzeptanz des Regimes zurück, insbesondere der angekündigten Liberalisierungsabsichten des neuen Regierungschefs. Ferner stellt der Journalist die Vollstreckung in einen übergeordneten Kontext, der, durch die Gerüchte einer Wirtschaftskrise bedingt, sämtliche Regierungen zu einer Verschärfung der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bewog. „La Sainte-Alliance renaîtrait-elle de ses cendres?“, schließt Pékmez rhetorisch ab.[303] Auffallender als die Tatsache, dass der Journalist eine Lanze für den hingerichteten Anarchisten bricht und die öffentliche Meinung an den Pranger stellt, ist vielmehr die Präsenz eines solchen Artikels in einer katholischen Zeitung, die zwar fortschrittlicher war als ihre Luzerner Schwester „Das Vaterland“, aber dennoch immerhin zum Establishment gehörte. Schließlich verfasste Pékmez im selben Jahr einen geschichtswissenschaftlichen Aufsatz[304] über den ländlichen Anarchismus im Spanien der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, was sein Interesse an dieser Ideologie bezeugt.

---

301 Juan Pékmez arbeitete in den siebziger Jahren unter anderem als Reporter für das spanischsprachige Ausländermagazin „Tele-Revista“. Pékmez wurde in Kairo geboren. Er schrieb zudem als *Freelancer* für verschiedene welsche Zeitungen. Für „Tele-Revista“ führte er in den siebziger Jahren zahlreiche Interviews mit spanischen Persönlichkeiten aus Politik, Sport und Kultur durch. Vgl. Calvo Salgado/Langa Nuño/Prieto López, La Transición Española desde la emigración, S. 187.

302 Pourquoi Puig Antich n'a pas été gracié? in: La Liberté, Nr. 127, 4. März 1974.

303 Ebd.

304 Vgl. Molnar, Miklos/Pekmez, Juan: Rural Anarchism in Spain and the 1873 Cantonalist Revolution, in: Henry A. Landsberger (Hg.): Rural Protest: Peasant Movements and Social Change, New York 1974, S. 158–193.

Von der unzureichenden Mobilisierung für die MIL-Angehörigen zeugen auch die bewegten Bilder einer Demonstration, die in Zürich stattfand. Die „Tagesschau" berichtete am 23. Februar von einem Demonstrationszug, an dem etwa 150 Menschen teilnahmen und der vor dem spanischen Generalkonsulat endete. Auf den mitgetragenen Transparenten wird auf den Verurteilten Puig Antich, den „Prozess 1001" gegen die Arbeiterkommissionen und auf die LCR-ETA VI aufmerksam gemacht.[305] In der letzten Sequenz des „Tagesschau"-Beitrags sind Demonstranten zu sehen, welche vor dem Konsulat die „Internationale" anstimmen. Ebenfalls vor dem Konsulat sind mit Helmen ausgerüstete Polizisten im Ordnungsdienst sichtbar.

Die „Tribune – Le Matin" druckte einen Artikel ihres Korrespondenten in Madrid ab, in welchem die Hinrichtung des Katalanen als Dementi für die Hoffnungen auf Liberalisierung dargestellt wird. Ähnlich wie in der Fernsehberichterstattung wird die Tötung des Polizisten, die man Puig Antich zur Last legte, fälschlicherweise in den Zusammenhang mit einem Banküberfall gesetzt. Anders als Pékmez zentriert sich hier der Autor, André Vincent, auf die in- und ausländischen Appelle um Gnade; der damalige französische Sozialistenführer und spätere Präsident der Französischen Republik François Mitterrand wird hier als Einziger namentlich erwähnt. Und ebenfalls anders als bei Pékmez erwähnt Vincent auch den anderen Hingerichteten sowie den begnadigten Gendarmen. „Il semble que ce soit les secteurs durs de l'armée et de la police qui aient exigé la mort de Puig Antich et celle du délinquant polonais, exécuté également her [sic!] matin à la prison de Tarragone, et auteur de l'assassinat d'un guardia civil, il y a un an",[306] heißt es bei Vincent weiter.

Der „Corriere del Ticino" räumte den Hinrichtungen einen längeren Text ein. Bereits im Titel des Artikels erkennt man eine journalistische Gleichbehandlung beider Hingerichteten.[307] In einem separaten Kästchen wird an die letzten politischen Hinrichtungen erinnert, die länger als zehn Jahre zurücklagen. Nebst jener des Kommunisten Grimau, die im April 1963 stattfand, werden die beiden Anarchisten Joaquín Delgado und Francisco Granados, die am 17. August desselben Jahres ebenfalls mit der Garrote stranguliert wurden, angeführt.[308] Seither habe Franco sämtliche Todesurteile für politische Verbrechen in Haftstrafen umwandeln lassen, wie etwa im Falle des Burgos-Prozesses von 1970. Die Hinrichtung des Katalanen setze nun dieser Praxis ein Ende.

In derselben Ausgabe wurde eine längere Kolumne von Gaddo Melani abgedruckt, die unterschiedliche Aspekte anschneidet. Zum einen wird die Zugehörigkeit der

305 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 23. Februar 1974, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2143.
306 Les espoirs de libéralisation du régime reçoivent un démenti, in: TLM, 3. März 1974.
307 Vgl. Stroncate dalla garrota le vite di Puig Antich e Heinz Ches, in: CdT, Nr. 53, 4. März 1974.
308 Nel 1963 le uccisioni di Grimau, Delgado e Granados, in: CdT, Nr. 53, 4. März 1974.

„nuovi patrioti spagnoli“[309] zu einer Generation zur Sprache gebracht, die nach dem Bürgerkrieg oder sogar nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde. Melani verwendet den polysemischen Begriff des „Patrioten“ für die linken regimeoppositionellen Aktivisten; so wurden auch die Angeklagten des Basken-Prozesses bezeichnet und vermutlich ist gerade diese Wortwahl weitgehend auf jenes dramatische Ereignis im Dezember 1970 zurückzuführen. Zudem bezeichnete sich die linksextreme, maoistische Organisation FRAP als „patriotisch“. In der Rhetorik des Regimes waren hingegen jene spanischen Bürger „Patrioten“, die sich den Gesetzen und der Moral der Diktatur fügten. Ferner geht der Autor auf die drei Todesurteile ein, auf welche aber nur zwei Vollstreckungen folgten. Die Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verfahrens gegen den Anarchisten (Ablehnung des Autopsie- und des ballistischen Gutachtens) fehlen auch nicht in diesem Text. Die Wahl der Hinrichtungsmethode hätte das Ziel gehabt, den politischen Fall als einen gemeinkriminellen Fall zu vertuschen. Ähnlich wie Pékmez meint Melani, die westliche Presse hätte sich wenig um den jungen Anarchisten gekümmert, der bereits seit September 1973 eingesperrt war. Seine Kritik zielt speziell auf die Nachrichtenagenturen; weltpolitische Implikationen, insbesondere der Wunsch, das Regime stärker in supranationale Organisationen zu integrieren, werden von Melani als Grund für die dürftige Berichterstattung suggeriert:

> Le grandi agenzie di informazione, dalle quali dipendono tutti i giornali, specie quelli che non possono permettersi inviati speciali e corrispondenti in ogni capitale, avevano mandato scarse notizie. La Spagna è vicina, lungo i Pirenei non c'è nessuna ‚cortina die ferro': La Francia la vorrebbe vedere inclusa nella CEE e l'America, dal canto suo, fa tutto il possibile per farla entrare nella NATO.[310]

Auf die Diktatur zu fokussieren, das würde die Gewissen trüben und die Ferienpläne durchkreuzen. Irrelevant ist für den Journalisten die Frage, ob die Hinrichtungen auch ohne das Attentat auf den Ministerpräsidenten stattgefunden hätten, denn die Diktatur habe seit dreißig Jahren ununterbrochen Menschen eingesperrt, gefoltert und getötet. Manche Oppositionelle seien schon vor der richterlichen Anhörung umgebracht worden, etwa durch einen „Fensterflug“, als Folge der Folterungen oder durch die Erschießung in einem inszenierten Fluchtversuch. In seiner moralischen Verurteilung des Regimes zitiert der Journalist den Vorsitzenden der Liga für Menschenrechte, Daniel Mayer, der den spanischen Diktator bei aller scheinbaren Öffnung weiterhin als den Kameraden Hitlers und Mussolinis sieht.

Jean Claude Buffle behandelte für das „Journal de Genève“ die Nachricht der Hinrichtungen in einer Kolumne. Der Text koppelt die beiden Exekutionen miteinander und enthüllt sie als gezielten, der Staatsräson dienenden Schritt:

309 Il franchismo uccide ancora, in: CdT, Nr. 53, 4. März 1974.
310 Ebd.

> Deux mauvaises raisons n'en font pas une bonne. En exécutant Salvador Puig Antich, le Gouvernement espagnol a sans doute voulu montrer qu'en Espagne l'ordre serait maintenu à tout prix; mais il aurait dû prouver alors que l'action de l'anarchiste catalan menaçait réellement celui-ci. En exécutant au même moment Heinz Chez, meurtrier d'un garde civil pour des raisons qui relèvent du droit commun, le Gouvernement espagnol a sans doute tenté d'excuser la sévérité du châtiment qui frappait Puig Antich en montrant que le meurtre d'un policier quels que soient ses motifs, mérite à lui seul le châtiment capital ; mais une exécution pour le meurtre d'un policier ou d'un gardien n'est pas une exception à cette règle que la peine de mort est une punition barbare qui n'a pas sa place dans une nation civilisée.[311]

Buffle fährt weiter und behauptet, selbst das Prinzip der Staatsräson, wonach die Hinrichtungen als eine verspätete Antwort auf die Ermordung von Admiral Carrero Blanco interpretiert werden könnten, könne die rituelle Tötung des Katalanen und des Polen nicht rechtfertigen. Der Umgang des Regimes mit dem baskischen Bischof sowie die jüngsten Exekutionen hätten gezeigt, dass es sich darum bemühte, die reaktionärsten Sektoren in der Polizei und der Armee zu besänftigen. Dabei hätte das Regime die internationale öffentliche Meinung, die liberale Meinung in Spanien, den Vatikan und einen guten Teil der spanischen Kirche gegen sich aufgebracht. Buffle argumentiert dabei historisch und geht auf die Ursprünge des Franquismus zurück:

> Franco et ses amis n'étaient pas, à leurs débuts, les leaders d'un régime doté d'une existence propre, et qui avait choisi librement de s'appuyer sur l'armée, l'Eglise, la noblesse et la Phalange. Mais ils étaient les simples instruments de ces forces coalisées contre le régime républicain. […] Mais peu à peu Franco et son régime, de par leurs qualités propres et de par l'érosion et la métamorphose des forces qui les soutenaient, ont acquis une personnalité propre. L'erreur de Franco et de M. Arias est de continuer à chercher, en vertu d'une habitude devenue irrationnelle, l'appui de leur ancienne base politique.[312]

Die Kritik der rechtsbürgerlichen Zeitung am Franco-Regime war aber doch nicht vollständig fundamental, indem Buffle Ratschläge zur Modernisierung des Regimes erteilte. Bei aller Kritik der Barbarei der Todesstrafe wird hier nicht etwa die Diktatur als solche angeprangert und ihr baldiges Ende als Desiderat postuliert. Das Regime solle hingegen seine moderaten Kräfte und den größten Teil aller Spanier miteinbeziehen. Nicht das Ende des Regimes wird hier also anvisiert, sondern dessen Erneuerung. Deutlich resoluter in ihrer antifranquistischen Kritik zeigte sich die „Weltwoche" vom 6. März, die den zunehmenden Konflikt zwischen dem Regime und der spanischen Kirche hervorhob und jene Geistlichen mit ihren jeweiligen Strafen aufzählte, die sich öffentlich gegen die Repression der Diktatur ausgesprochen hatten.[313] Die Hinrichtung Puig Antichs wird hier bloß am Anfang als ein Symptom unter vielen erwähnt, das die feierliche Parlamentsrede als wahrhaften Akt der Öffnung des Regimes widerlegt.

---

311 Espagne: pourquoi ces erreurs? in: JdG, Nr. 53, 5. März 1974.

312 Ebd.

313 Vgl. Spanische Waage der Justitia, in: WW, Nr. 10, 6. März 1974.

Nicht alle Schweizer Zeitungen verurteilten die Hinrichtungen in Spanien gleichermaßen oder zeigten sich solidarisch mit den Angeklagten und deren Organisation.[314] In der „Solothurner Zeitung“ wurden die Hingerichteten als „Polizistenmörder“ und die Solidaritätsaktionen zur Verhinderung der Exekutionen als „politisch“ statt „humanitär“ verschrien. Dies ist insofern auffallend, weil zahlreiche Zeitungen, und darunter auch der „Sonntagsblick“, und selbst das Fernsehen mit einem Interview mit Rechtsanwalt Grobet Zweifel an der Schuld des jungen Anarchisten hatten durchblicken lassen. Während das Schweizer Fernsehen Puig Antich durch die Verwendung des Terminus „Antifaschist“ heroisierte, verkaufte die „Zürichsee Zeitung“ die MIL als eine naive und unbeholfene Organisation.

Hingegen bekundete das „Vorwärts“ seine Empörung über das neueste „Verbrechen des Franco-Regimes“[315] auf unmissverständliche Weise. Ähnlich wie im Burgos-Prozess wird das Verfahren gegen Puig Antich als „makabre Farce“ abgestempelt. Eine weitere Analogie zu jenem Ereignis zeigt sich in der erneuten Interpretation der repressiven Maßnahme als Zeichen von Schwäche:

> Aus welchen Gründen hat das so sehr seinen Katholizismus plakatierende faschistische Regime in Madrid auch die von der Kirche kommenden Mahnungen zur Milde in den Wind geschlagen? Die Antwort kann nur sein, dass Franco und seine Clique Stärke demonstrieren mussten, um ihre Schwäche zu überdecken. Unfähig, der innern politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze Herr zu werden, bekämpft von der Arbeiterklasse, in Frage gestellt von Studenten und Intellektuellen, zurückgewiesen von einem wachsenden Kreise der katholischen Kirche und zerrissen durch Fraktionskämpfe, haben die Herrschenden nochmals zum Terror gegriffen, um den Prozess zur Überwindung dieses unmenschlichen Regimes aufzuhalten zu suchen.[316]

Zur Sprache kommt auch die Begnadigung des Gendarmen, während die Hinrichtung Welzels hingegen mit keinem Wort erwähnt wird. Die Strategie des Regimes, den „gemeinen Mörder Heinz Ches“ zeitgleich mit dem oppositionellen Aktivisten Puig Antich hinzurichten, und zwar mit dem „zivilen“ Würgeisen, vermochte nicht alle Zeitungen zu überzeugen und wurde weitgehend als machiavellische Inszenierung interpretiert. Die spanische Boulevardzeitung „el Caso“ hatte die Nachricht der beiden Hinrichtungen auf der ersten Seite mitsamt Porträts der Hingerichteten abgedruckt. Dabei wurde dasjenige von Welzel stark retuschiert, um ihn der populären Vorstellung des Gemeinverbrechers zu approximieren.[317] Selbst wenn dieses Foto in den Schweizer Medien nicht verbreitet wurde, so kann dennoch behauptet werden, dass die Diskreditierungskampagne des „vaterlandslosen Polen“ ein Stück weit ihre

314 Vgl. Prieto, Militärprozesse und Hinrichtungen…, S. 92.
315 Neues Verbrechen des Franco-Regimes, in: Vorwärts, Nr. 10, 7. März 1974.
316 Ebd.
317 Vgl. Riebenbauer, El silencio de Georg, S. 24.

Früchte trug. Die Schweizer Medien blendeten diesen fast vollständig aus. Nicht die Todesstrafe an und für sich, wie sie etwa im demokratischen Frankreich noch in Kraft war, wurde angeprangert, sondern bloß eine auf politische Justiz gerichtete Verwendung derselben.

Die Ausweisung Annemarie Schwyters und die gemeinkriminelle Handhabung der fatalen Urteile weisen zudem gewisse Parallelen auf. Dabei wurde gezielt die politische Motivation, also die Bestrafung einer Journalistin für ihre regimekritische Berichterstattung maskiert. Da der spanischen Regierung ein strafrechtliches Rechtsmittel fehlte, um die Ausweisung zu rechtfertigen, wurde diese offiziell als eine bürokratische Maßnahme gegen eine Fehlleistung kommuniziert. Ähnlich verhielt es sich mit dem Fall Puig Antich, den man durch das „Hinzufügen" des angeblich gemeinen Mörders „Ches" als einen Akt ordinärer Justiz gegen einen Polizistenmörder inszenieren konnte. Obschon die Schweizer Medien diese perfide Irreführung der Öffentlichkeit entlarvten, scheint die Rechnung der Regierung ein Stück weit aufgegangen zu sein, wenn selbst Tom Buchanan bei seiner Aufzählung repressiver Episoden zwar die Hinrichtung Grimaus, den Basken-Prozess, die Ausrufungen des Ausnahmezustandes, den Prozess 1001 und die Erschießungen im September 1975 nennt, aber die Hinrichtungen vom März 1974 außer Acht lässt.[318]

Ähnlich wie im Burgos-Prozess tauchen in der Berichterstattung Verweise auf frühere Hinrichtungen des Regimes oder in letzter Stunde umgewandelte Todesurteile auf. Dies kommt vor allem im Vorfeld der Exekutionen vor und dient dazu, aus früheren ähnlichen Fällen auf den Ausgang der angekündigten Todesurteile zu extrapolieren. Anders als im Burgos-Prozess, wie vereinzelt Journalisten und linke Aktivisten an der Solidaritätskundgebung von Pedrolis Spanien-Komitee lautstark zum Ausdruck brachten, hatte sich das mediale Interesse am Fall des jungen Anarchisten stark in Grenzen gehalten. Dies ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen Dass es sich dabei um eine Einzelperson handelte und nicht um eine ganze Reihe von Angeklagten, die einen Monat lang auf das Verdikt warteten, wie im Militärprozess von Burgos oder im TOP-Prozess gegen die Arbeiterkommissionen, dürfte bestimmt relevant gewesen sein. Außerdem trat im Falle des Burgos-Prozesses durch die Verwendung der Bezeichnung „Basken-Prozess" eine rhetorische Stilfigur zutage (*pars pro toto*), welche die Gerichtsverhandlung als gegen das gesamte Baskenland gerichtet darstellte. Puig Antich stand hingegen weder für ein unterdrücktes Katalonien – seine Organisation bezeichnete sich bekanntlich als „iberisch" – noch standen hinter ihm eine traditionsreiche, wichtige oppositionelle Partei.[319] Ebenfalls anders als beim Burgos-Prozess stellt man fest, dass der Konsens in Bezug auf seine

318 Vgl. Buchanan, How „Different" Was Spain? S. 86.

319 In der französischen Presse tauchte der MIL erst seit den Solidaritätskampagnen nach Puig Antichs Verhaftung auf. Vgl. Lleda, El caso Puig Antich en la prensa francesa, S. 159.

mediale Beurteilung eher schwach war. Die auftretenden Bezeichnungen oszillierten zwischen „Polizistenmörder" und „Antifaschist",[320] doch kann hier noch nicht wirklich von einem medialen Disput die Rede sein, zumal man diesem Todesurteil die nötige Relevanz absprach.

5.4 Die letzten Hinrichtungen (September 1975)

Der Zunahme von Streiks in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, die besonders stark das Baskenland heimsuchte, gesellte sich eine neue irreversible Entwicklung im westlichen Nachbarland hinzu. Die portugiesische Nelkenrevolution im April 1974, die der Diktatur von Salazar Nachfolger Marcelo Caetano ein Ende setzte, gab der spanischen Oppositionsbewegung neuen Aufwind und auch Hoffnung auf ein baldiges Ende des franquistischen Regimes.[321] In diesem optimistischen Klima ist auch die bereits erwähnte Großkundgebung der spanischen Kommunisten in Genf zu verorten, die dank der Unterstützung der PdA zustande kam.[322] Das „Journal de Genève" befasste sich am Montag darauf mit der Nachricht von der Großkundgebung. Einer detaillierten Beschreibung des Anlasses mit den wichtigsten Statements folgte eine kritische Anmerkung:

> Pour la population suisse, l'événement marquant de ce meeting est le fait que les deux membres du PCE aient pris la parole, malgré l'interdiction de la Confédération. Il faut vivement le déplorer. De plus, il est évident que l'attitude des deux orateurs espagnols, qui ont fait fi de l'interdit du gouvernement suisse, va amener de l'eau au moulin des xénophones [sic!][323]

Nicht die Bedeutung der Großkundgebung für das Ende der Diktatur oder die programmatischen Worte der beiden Kommunisten Carrillo und Ibárruri,[324] die sich für den Sozialismus, aber auch für Freiheit und Demokratie aussprachen, stehen im Zentrum des Artikels, sondern die Nicht-Einhaltung eines umstrittenen Bundesratsbeschlusses. Zudem wird hier die konventionelle Trennung zwischen Information und Meinung nicht eingehalten.

Natürlich nicht gegen die Missachtung der spanischen Redner, sondern gegen den Rückzieher des Bundesrates erhoben die Schweizer Kommunisten ihre Einwände. Die

---

320 Im Zusammenhang mit dem Fall Puig Antich waren in Frankreich die Verweise auf die Menschenrechte und die Verwendung der Begriffe „Demokrat"/„Demokratie" sowohl in rechten als auch in linken Blättern besonders häufig. Vgl. ebd., S. 160–162.

321 Vgl. Varela, A revolução portuguesa…, S. 285–287; Baumer, Kommunismus in Spanien, S. 171.

322 Es sei diesbezüglich auf das Unterkapitel 3.1. verwiesen.

323 La Pasionaria a parlé, malgré Berne!, in: JdG, Nr. 144, 24. Juni 1974.

324 Vgl. Preston, The Last Stalinist, S. 284.

„Voix Ouvrière" hatte anlässlich des verhängten Redeverbotes einen rabiaten Artikel gegen den Bundesrat publiziert. Als „scandaleuse décision" bezeichnet, bezichtigte die Zeitung die Landesväter des Mangels an Rückgrat. Weiter heißt es in demselben Tonfall: „Cette décision du Conseil fédéral fera certainement plaisir à Franco et à ses acolytes, mais elle sera ressentie par la grande majorité des travailleurs espagnols immigrés dans notre pays, comme une grave atteinte à leurs droits et comme une insulte."[325]

Auch die SFRV setzte sich in ihrem Bulletin mit diesem Anlass auseinander. Dabei kritisierte sie einerseits die Missachtung des Redeverbotes durch die spanischen Kommunisten und andererseits die Berichterstattung der „Tagesschau" vom 24. Juni und der Sendung „Panorama der Woche" vom 30. Juni. „Offenbar hat man sich bei der Tagesschau keine Rechenschaft darüber gegeben, dass man mit der Verbreitung der in Verletzung einer behördlichen Vorschrift gesprochenen Worte nachdrücklich den Zweck förderte, der mit der Verletzung beabsichtigt war",[326] heißt es im Bulletin. Dem zweiten Format kreidete man an, „die Veranstaltung überhaupt mit unnachahmlichem Pathos nachzelebriert" zu haben.[327] Ferner verweist der Text auf einen Kommentar des „Tagesschau"-Direktors Dario Robbiani in der italienischsprachigen Gastarbeiterzeitung „Eco" vom 26. Juni über die Umgehung des Redeverbotes mithilfe der Tonbandaufnahme, wonach er sich spöttisch über die bürokratische Hürde und über die List der Organisatoren der Kundgebung amüsiert hätte. Francos Ende ließ indessen noch auf sich warten. Zu früh dürften sich sämtliche Gegner gefreut haben, als der *Caudillo* im Juli 1974 wegen einer Venenentzündung ins Krankenhaus eingeliefert wurde.[328] Während dieser Zeit übernahm Prinz Juan Carlos erstmals die Staatsgeschäfte *ad interim*, doch konnte Franco schon nach einigen Wochen die Zügel Spaniens wieder übernehmen.

Gegen die Generalstreiks im Baskenland verhängte die spanische Regierung Ende April 1975 einen dreimonatigen Ausnahmezustand über die baskischen Provinzen Biskaya und Gipuzkoa. Die Unterdrückung nahm in dieser Zeit brutale Maßstäbe an. Die Polizei tötete in dieser Zeit sechs unbewaffnete Menschen, darunter auch eine deutsche Touristin.[329] Die baskischen Gefängnisse wurden dermaßen überfüllt, dass die Stierkampfarena zum improvisierten Gefängnis zweckentfremdet werden musste.[330]

---

325 Scandaleuse décision du Conseil fédéral, in: VO, 19. Juni 1974 (Hervorhebung im Original).
326 TV-Miniaturen, in: SFRV-Bulletin, Nr. 3, 15. Juli 1974.
327 Ebd., vgl. Panorama der Woche – Tél-Hebdo – Telerama, 30. Juni 1974, BAR J2.225 2006/364, Bd. 69.
328 Vgl. Payne, The Franco Regime, S. 598–600; Tusell/G. Queipo de Llano, Tiempo de incertidumbre, S. 120–125; Bernecker, Die Rolle von König Juan Carlos, S. 156.
329 Vgl. Lang, Das baskische Labyrinth, S. 234.
330 Vgl. ebd.

Das Interesse der Medien an den Vorkommnissen in Spanien war seit dem Burgos-Prozess stark angestiegen. Davon zeugt eine ganze Reihe von Beiträgen, die häufig im wöchentlichen Fernsehformat „Rundschau“ ausgestrahlt wurden und unterschiedliche Aspekte der spanischen Wirklichkeit behandelten.[331] Bei den Beiträgen handelt es sich oftmals um Fernseh-Produktionen aus der BRD. Die Kameras der Schweizer „Tagesschau“ blendeten den Prinzen Juan Carlos im März 1975 ein, als er anlässlich der Beerdigung seines Onkels Jaime de Borbón y Battenberg in Lausanne wieder Schweizer Boden betrat. Die Sequenz erinnert an die Beerdigung von Königin Victoria Eugénie, die sechs Jahre zuvor am selben Ort stattgefunden hatte.[332]

Der Tod im Allgemeinen, in seinen zahlreichen Facetten, sollte im Jahr 1975 zu einem Leitmotiv der Schweizer Spanien-Berichterstattung werden. In jenem Sommer stand erneut ein Militärprozess gegen zwei ETA-Militante bevor. José Antonio Garmendia Artola warf man vor, einen Angehörigen der *Guardia Civil* getötet zu haben. Bei seiner Verhaftung wurde er durch einen Kopfschuss schwer verletzt, sodass er weder lesen noch schreiben konnte. Die Ermittler nutzten seinen Zustand, um ein Geständnis zu erzwingen. Angel Otaegui Etxeberria wurde angeklagt, dem vorher Erwähnten Unterschlupf gewährt zu haben. Die Militärstaatsanwaltschaft forderte für beide die Todesstrafe.[333] Die beiden wurden im Eilverfahren abgeurteilt, sodass die Todesurteile bereits am Folgetag der Prozesseröffnung verkündet wurden. Kurz nach der Ministerratssitzung vom 12. September wurde ein weiterer Militärprozess angekündigt: gegen den *Etarra* Juan Paredes Manot, genannt *Txiki*. Der Verteidiger hatte bloß vier Stunden Zeit gehabt, um die Anklageschrift zu lesen und zu widerlegen. Auch sein Klient wurde zum Tode verurteilt.[334]

Zwischen August und Mitte September wurden neben den ETA-Militanten auch acht Mitglieder des linksradikalen FRAP im Eilverfahren abgeurteilt.[335] Die Ministerratssitzung vom 26. September bestätigte fünf der elf Todesstrafen und ließ die übrigen sechs in Haftstrafen umwandeln. Auf diese Weise wollte die Regierung den Anschein vermitteln, die Gnade hätte gegenüber der Härte überwogen. Am Samstag, dem 27. September wurden die Todesurteile vollstreckt. Otaegui wurde in Burgos erschossen, *Txiki* in Barcelona. In Hoyo de Manzanares, bei Madrid, wurden die drei FRAP-Angehörigen José Humberto Baena, José Luis Sánchez-Bravo und Ramón García Sanz exekutiert.

331 Vgl. Prieto López, La imagen de la monarquía española…, S. 13–16.

332 Tagesschau-Téléjournal-Telegiornale, 24. März 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2211.

333 Vgl. Lang, Das baskische Labyrinth, S. 236.

334 Vgl. Tusell/G. Queipo de Llano, Tiempo de incertidumbre, S. 204.

335 Vgl. ebd. Zur Geschichte der FRAP siehe auch Castro Moral, El terrorismo revolucionario…, S. 40–46.

Die Gründung der FRAP wurde erstmals in Paris im Januar 1971 erwogen. Daran beteiligt waren mehrere linksradikale Organisationen. Die neue Gruppe beabsichtigte unter anderem, die spanische Diktatur mit revolutionären Mitteln zu stürzen und den amerikanischen Imperialismus aus Spanien zu vertreiben.[336] Zur endgültigen Gründung kam es aber erst 1973, als auch der frühere Diplomat, Außenminister der spanischen Republik und ehemalige PSOE-Politiker Julio Álvarez del Vayo (1891–1975) zum Vorsitzenden der FRAP gewählt wurde, der sich in Genf niedergelassen hatte, wo er am 3. Mai 1975 verstarb.[337]

Die Reaktion der internationalen Diplomatie auf die Erschießungen ließ nicht auf sich warten. 17 ausländische Botschafter verließen Spanien. Der mexikanische Präsident Luis Echevarría forderte am 28. September sogar Spaniens Ausschluss aus der UNO. Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme und jener der Niederlande äußerten sich sehr hart gegen Spanien.[338] In Portugal stürmten Demonstranten die spanische Botschaft. Payne spricht diesbezüglich von der „biggest international campaign in years against the regime by the west European left, some of whom exhibited much greater indignation over the determination to punish these killers than they had, for example, over the Soviet invasion of Czechoslovakia."[339] Die internationalen Proteste erfassten auch die Schweiz, die ihren Botschafter zu Konsultationszwecken nach Bern zurückbeorderte. Gerade dieser Schritt lenkte die Aufmerksamkeit der Schweizer Öffentlichkeit von den spanischen Hinrichtungsplätzen zu einer Frage nach der Angemessenheit der diplomatischen Maßnahme und des daraus folgenden vermeintlichen Bruchs der Schweizer Neutralitätspraxis.

Ähnlich wie im Falle des Burgos-Prozesses zogen Verfahren und Exekutionen das Interesse der Medien stark an. Das „St. Galler Tagblatt" druckte einen Bericht Linde Herrmanns über das umstrittene Antiterrorgesetz ab. Dieses sah neu die „Todesstrafe für Verantwortliche *und* Mitverantwortliche an der Ermordung eines Polizisten, Armeeangehörigen und sonstiger Vertreter der Staatsgewalt, sowie für die Entführer einer Person, die getötet oder verletzt wird",[340] vor. Zudem brachte es weitere Restriktionen für die Verteidigung und eine Reihe von Sanktionen für die Presse:

> Sie [die Journalisten] werden mit Haft, mit Geldbussen bis zu einer halben Million Peseten und mit Berufsverbot bestraft, wenn sie öffentlich, gleich ob eindeutig oder versteckt,

336 Vgl. Hermida Revillas, La oposición revolucionaria al franquismo, S. 299.

337 Vgl. Rodríguez Gutiérrez, Julio Álvarez del Vayo y Olloqui, S. 308; Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 407.

338 Vgl. Tusell/G. Queipo de Llano, Tiempo de incertidumbre, S. 205.

339 Payne, The Franco Regime, S. 614f.

340 Die Diktatur in Spanien auf hartem Kurs, in: SGTbl, Nr. 213, 12. September 1975 (Hervorhebung des Autors).

> illegale Ideologien verteidigen, wenn sie einen Terrorakt zu rechtfertigen versuchen, wenn sie die im Antiterrorismusgesetz vorgesehenen Strafen kritisieren oder Solidarität mit Angeklagten bekunden.[341]

Am darauffolgenden Tag erschien in der „National-Zeitung" ein weiterer Text Herrmanns, der sich allerdings auf den Militärstrafprozess gegen fünf FRAP-Leute in Madrid konzentriert und den Lesern verrät, dass nur sechs ausländische Journalisten, einschließlich ihrer selbst, dem Prozess beiwohnen durften. Der Text gibt einen Einblick in die chaotischen Verhältnisse während der Verhandlung sowie auf die zahlreichen Einsprüche der Verteidigung und fokussiert auf die Folterungen in den Gefängnissen. Die Qualen und Schikanen werden von Herrmann besonders minutiös wiedergegeben. Das Verfahren wird entsprechend als illegitim diskreditiert:

> Keiner der von den Anwälten beantragten Zeugen wurde zugelassen, die von ihnen beantragten 190 Beweisführungen abgelehnt, darunter auch die Fingerabdruckuntersuchung der angeblichen Mordwaffe. […]
>
> Der ganze Prozess strotzte von Formfehlern und Widersprüchen. Die Anwälte, die alle in ihren Plädoyers Freispruch und Suspendierung des Verfahrens forderten, konnten deshalb keine eigentliche Verteidigung führen.[342]

Am 19. September berichtete die „Neue Zürcher Zeitung" in einem Artikel Hottingers über die zahlreichen laufenden und abgeschlossenen Prozesse. Angesprochen werden die zwei ETA-Angehörigen Garmendia und Otaegui, nicht aber *Txiki*, sowie die FRAP-Militanten, denen man die Ermordung eines Polizisten zur Last legte und die man zur Garrote verurteilt hatte. Hottinger geht auf die Unrechtmäßigkeiten der Verfahren ein, beginnend mit der Tatsache, dass „die meisten der Angeklagten […] vor dem Erlass des neuen Gesetzes festgenommen worden [waren]".[343] Ferner berichtet er über die Ausweisung der Verteidiger aus dem Gerichtssaal und über die Folterungen, denen man die Angeklagten ausgesetzt hatte, um Geständnisse zu erzwingen. Das elfte Todesurteil, gegen Juan Paredes Manot, erwähnt Hottinger in seinem Artikel vom 22. September.[344] Ähnlich wie bei früheren Militärprozessen wird die amtliche Prozedur bis zur Vollstreckung der Strafe beschrieben. Und ähnlich wie bei früheren Fällen machte sich beim Warten auf das letzte Wort der Regierung eine angespannte Stimmung breit. Der Journalist geht am 23. September auf die Proteste in den spanischen Zeitungen ein und versäumt es nicht, auch über die Folgen des Antiterrorgesetzes für die Presse zu berichten:

---

341 Ebd.

342 Angeklagte rechneten mit Todesstrafe, in: NZ, Nr. 285, 13. September 1975.

343 Zehn Todesurteile gegen angebliche Polizistenmörder, in: NZZ, Nr. 217, 19. September 1975.

344 Vgl. Der Kampf der spanischen Polizei gegen Revolutionäre, in: NZZ, Nr. 219, 22. September 1975.

> Gnadenappelle werden veröffentlicht; doch ist es eine ungeschriebene Norm, dass sie gleichzeitig auch eine Verurteilung des Terrorismus und seiner Methoden enthalten müssen. Fehlte diese, liesse sich ein Gnadengesuch als Versuch interpretieren, Sympathie für die Verurteilten zu wecken. Der Autor eines solchen Gesuchs und die das Gesuch publizierende Zeitung sind nach dem Terroristengesetz strafbar.[345]

Auch die externe Opposition, die sich aus den beiden historischen Linksparteien PCE und PSOE zusammensetzte, kommt hier zur Sprache. Die seit eh und je zerstrittenen Parteien hätten anlässlich der Todesurteile erstmals eine gemeinsame Erklärung verfasst. Ebenso erwähnt er die Parteienverbände, die sich um beide Parteien gebildet hatten: die *Junta Democrática* um die PCE und die *Plataforma de Convergencia Democrática* um die PSOE.

„Vorwärts" thematisierte ebenfalls die hohe Anzahl von Todesurteilen. Unter den fünf Angehörigen der FRAP, die zum Tode verurteilt worden waren, befanden sich auch zwei schwangere Frauen, was seit dem Bürgerkrieg nicht mehr vorgekommen war. Wie ein „déjà lu" aus früheren Militärprozessen taucht der Begriff „Justizfarce" erneut auf. Der Artikel fährt mit einem direkten Aufruf zur Mobilisierung fort, der von einem Bericht über Protestmaßnahmen auf Schweizer Boden gefolgt wird.[346] Zuletzt wird eine Forderung des Waffenausfuhrverbotes nach Spanien seitens der Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle kommentiert.

In der „Tagesschau" wurde unter anderem über die Gewaltausschreitungen in Paris auf den Champs Elysées berichtet.[347] Ebenso wurden zwei Demonstrationen in Schweizer Städten kommentiert. Die Bilder der Demonstration in Lugano zeigen Spruchbänder tragende Teilnehmer, die antifaschistische Parolen skandieren: „Fascisti, carogne, tornate nelle fogne!"[348] An vorderster Reihe ist der Gewerkschafter Franco Robbiani, Direktor des Schweizerischen Eisenbahnerverbandes und Bruder des „Tagesschau"-Direktors, zu erkennen. Die Genfer Demonstration hatte hingegen einen weniger friedlichen Ausgang als jene im Tessin. Die „Tagesschau" zeigte eine regelrechte Straßenschlacht zwischen Demonstranten und der Genfer Polizei (siehe Abbildung 3 und Abbildung 4). Dabei erkennt man durchaus eine gewisse Ausgewogenheit in der Berichterstattung, denn Gewaltexzesse treten im Beitrag sowohl auf der Seite der Demonstranten wie auf der Seite der Polizei auf. Zum einen erfährt man, dass die antifranquistischen Jugendlichen auf Molotowcocktails zurückgreifen und sie auf die Reihen der Sicherheitsleute werfen, während in einer anderen Sequenz

---

345 Protestwelle gegen die Todesurteile in Spanien, in: NZZ, Nr. 221, 24. September 1975.
346 Vgl. Bisher elf Todesurteile in Spanien, in: Vorwärts, Nr. 39, 25. September 1975.
347 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 27. September 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2242.
348 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 27. September 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2243.

gezeigt wird, wie mehrere Polizisten mit ihren Knüppeln auf einen auf dem Boden knienden wehrlosen Mann einschlagen.[349]

Zwar ist es unmöglich zu erfahren, welche Sequenzen dieses Beitrags tatsächlich ausgestrahlt wurden, doch lässt sich behaupten, dass zumindest auf der Ebene der Produktion eine äquidistante Sichtweise angestrebt wurde. Ob gewollt oder ungewollt suggerieren die bewegten Bilder der mit Helm und Schlagstock ausgerüsteten Genfer Polizisten ein gewisses Gleichnis mit zeitgenössischen Bildern spanischer Polizisten, welche spanische Demonstranten verprügeln. Hier erkennt man das Transnationale, denn – unabhängig vom Land, wo sich die Demonstranten befinden und der Uniform der zum Ordnungsdienst eingerückten Beamten – die Bilder zeigen Begriffe, die nationalstaatsübergreifenden Charakter haben: Repression und Widerstand. Das daraus entstehende Polizeibild reiht sich in eine generelle Negativwahrnehmung der Ordnungshüter ein, die in ganz Europa stark verbreitet war.[350]

Am selben Tag strahlte die „Tagesschau" einen weiteren Beitrag aus, den man als besonders berührend bezeichnen könnte. Drei in der Schweiz lebende Regimeoppositionelle wurden von einem „Tagesschau"-Journalisten interviewt.[351] Dabei handelte es sich unter anderem um den Freund des Bruders des Hingerichteten *Txiki*.[352] Die drei Interviewten, wovon nur der Mittlere zu Wort kommt, werden von hinten gezeigt, um ihre Identität zu verheimlichen (siehe Abbildung 5).[353] Dieser, der kurz nach der Erschießung *Txikis* mit dessen Bruder telefoniert hatte, gab Details über die letzten Stunden des Verurteilten und über die Hinrichtung selbst preis.

> Il [le frère de Txiki] nous a dit que depuis les dernières vingt-quatre heures il avait passé avec son frère, aussi à côté des avocats. Il nous a dit que son courage avait été exemplaire et ceci avait tellement étonné qu'un des gardes de la prison avait déclaré: ‚Celui-là n'est pas courageux, il est plutôt inconscient.' […] Finalement, c'est lui [Txiki] qui rassure les autres.
> ‚On a beaucoup parlé', m'a dit [sic!], ‚de tout, mais spécialement de notre enfance.' Ce sont des paroles textuelles que je cite. Le frère à Txiki. […]
> A huit heures exactes du matin, il nous a dit, on l'a sorti de la prison, et on l'a amené… euh… à quelques… on nous a dit au téléphone, sept, huit kilomètres de Barcelone, au cimetière du Nord. […] Le piquet d'exécution était composé de gardes civiles, de six gardes civiles *volontaires*.

---

349 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 27. September 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2243.

350 Vgl. Maresca, Des individus sous l'uniforme, S. 154–162; Le Saulnier, La médiatisation de la police…, 172f.; Mawby, Compléter l'„image tronquée", 91f.

351 Die drei Interviewten werden vom italienischsprechenden Journalisten als Oppositionelle präsentiert, die zusammen mit anderen an der Besetzung der Genfer *Sacré Coeur*-Kirche teilnahmen.

352 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 27. September 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2243.

353 Diese Technik des Anonymisierens durch die Nichteinblendung der Gesichter wurde schon im bereits kommentierten Rundschau-Interview Schwyters mit spanischen Sozialisten angewandt. Vgl. Rundschau, 29. Januar 1969, BAR J2.225 2007/195, Bd. 22.

> Txiki a été attaché à deux arbres. Donc, en forme de croix. Et ceci pour une raison: les gardes civiles voulaient éviter qu'il tombe au premier coup.
> Lorsqu'il était déjà placé on a permis son frère de s'approcher à une certaine distance, de regarder. Alors, le frère à Txiki lui a fait un signe de doigts, le signe de la victoire, très connu. Txiki a souri. Et puis il a dit dans sa langue natale… en basque… ‚Je meure pour ma patrie. Vive Euskadi libre!' Et il a chanté en souriant l'hymne de son pays. C'est à ce moment-là qu'on a tiré. Et il est tombé mort. Un garde civil, l'exécution finie, a eu ce commentaire: ‚Celui-là ne tirera plus!'[354]

Aus dem überlieferten Filmmaterial geht hervor, dass vom Interview mindestens zwei Versionen vorliegen. Bei der ersten Version gibt es einen einleitenden Kommentar des TSI-Journalisten Giuliano Cambi.[355] Bei der zweiten Version erkennt man den Deutschschweizer „Tagesschau"-Korrespondenten Heiner Hug, der allerdings nicht zu Wort kommt. Auch in diesem Fall ist es unmöglich, die effektiv ausgestrahlten Sequenzen zu ermitteln; dem Sendungsprotokoll entnimmt man immerhin, dass vermutlich bloß 37 Sekunden verwendet wurden. Die emotionale Berichterstattung – der Interviewte schluchzt mehrmals während des Erzählens – beziehungsweise das Zurückgreifen auf makabre Details bei der Schilderung der Hinrichtung zeigt auch eine audiovisuelle Anpassung des Fernsehjournalismus an den Boulevardstil in der Manier des „Blick".[356] Die Existenz mehrerer französischsprachiger Versionen entzieht dem Material eine gewisse Genuinität, doch darf man bei der Untersuchung audiovisuellen Materials ohnehin nicht vergessen, dass es sich dabei um „konstruierte Wirklichkeiten" handelt.[357] Zweifelsfrei und weitaus wichtiger ist hier hingegen eine deutliche Parteinahme der „Tagesschau" gegen das hinrichtende Regime herauszulesen.

Tatsächlich veröffentlichte der „Sonntagsblick" am Folgetag auf der Frontseite einen Artikel von Werner H. Scheuring über die Hinrichtungen, der von den Fahndungsfotos der fünf Hingerichteten begleitet wird. Scheuring beschreibt die Abschiedszenen in den Gefängniszellen der Verurteilten mit ihren Angehörigen: „Die schwangere Frau von Sanchez-Bravo, seine verwitwete Mutter, Schwester und Bruder – alle weinen und schreien. Sie haben die Nacht mit [José] Luis [Sanchez-Bravo] in der Todeszelle verbracht."[358] Ebenfalls auf der Frontseite, neben dem Artikel ist ein Bild General Francos zu sehen mit der Bemerkung „Nach den Todesurteilen: Diktator

354 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 27. September 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2243.
355 Giuliano Cambi war italienischer Staatsbürger und war als Journalist für die Informationssparte der italienischsprachigen Ausländersendung „Un'ora per voi" tätig. Vgl. Aziz/Piattini, Servizio pubblico…, S. 173.
356 Vgl. Romano, Die Überfremdungsbewegung…, 153f.
357 Wyss, Auch Historiker…, S. 307; Schmidt, Die Wirklichkeit des Beobachters, S. 14–19.
358 Die letzten Worte, der letzte Kuss – dann fielen die Schüsse!, in: Sonntagsblick, Nr. 39, 28. September 1975.

Franco küsst Kinder!", die darauf abzielt, die Grausamkeit des Generals durch seine hier inszenierte Leichtigkeit, das Blatt zu wenden, zu manifestieren.

Radio DRS strahlte in einer Einschaltsendung vom 27. September einen Beitrag von Arnold Hottinger über die kürzlich vollstreckten Todesurteile aus:

> Die Entscheidung über Tod und Leben stand Franco zu. Er hat sechs ebenfalls verurteilte Aktivisten, die der Mittäterschaft schuldig befunden worden waren, begnadigt; fünf, die direkt auf Polizisten geschossen haben sollen, hinrichten lassen.
>
> Die Entscheidung ob Garrotte oder Erschiessen stand legal dem Militärgericht zu. Vielleicht haben die Militärrichter einen Wink von den politischen Behörden erhalten in dem Sinne, dass die Garrotte, die im Ausland herrschende Empörung noch weiter anstacheln würde als das Exekutionspeloton.
>
> Im Ausland wird wütend protestiert. Die spanischen Zeitungen berichten darüber. Freilich ohne schreiben zu können, wogegen die Europäer sich eigentlich auflehnen. Die Presse kann nur von ‚antispanischen Ausschreitungen' sprechen, wenn es hoch kommt von ‚Demonstrationen gegen das Regime'. Mehr würde als indirekte Fürsprache für den Terrorismus gewertet und dies ist strafbar.[359]

Nach den vollstreckten Todesurteilen von Samstag, 27. September, räumten die meisten Zeitungen dem dramatischen Ereignis und dessen Folgen zahlreiche Spalten ein, die der Information und dem Kommentar genügten. Hottinger beginnt seinen Artikel mit einer Aufzählung der Hingerichteten und der Begnadigten.[360] Man entnimmt ferner, dass die Militärrichter dem Wunsch der Verurteilten folgend sich für die Erschießung statt für die Strangulierung durch das Würgeisen entschieden hätten. Ein besonderes Augenmerk fällt auf die Erschießung von Juan Paredes Manot. Darauf richtet sich Hottingers Interesse auf die Reaktionen in Spanien. Speziell heftig wird die Plünderung der spanischen Botschaft und des Konsulates in Lissabon umschrieben. Laut dem Schweizer Journalisten dürften die Protestaktionen, die vom Regime als „antispanische Reaktionen" gebrandmarkt wurden, auch die illegale Opposition in Spanien mit Sorgen erfüllen.

Allemann verfasste einen längeren Artikel für „die Tat". Laut ihm war der Misserfolg der Gnadenappelle absehbar. Der Journalist zeichnet das Bild eines rücksichtslosen, zynischen Mannes, dem Menschenleben nichts bedeuten.[361] Die Reaktionen im Ausland werden in einem Artikel des Pariser NZZ-Korrespondenten vertieft. Hier werden vor allem die tumultartigen Angriffe auf spanische Vertretungen in Paris beschrieben. Die destruktive Wucht der vornehmlich jugendlichen Demonstranten kontrastiert mit der offiziellen Haltung des Elysée-Palastes:

---

359 Nachrichten und Einschaltsendung von Samstag, 27. September 1975 – Einschaltsendung zur Vollstreckung von Todesurteilen in Madrid, RadAR SRF, Bd. 25597.

360 Vgl. Vollstreckung von fünf Todesurteilen in Spanien, in: NZZ, Nr. 225, 29. September 1975.

361 Vgl. Unglückliches Spanien, in: die Tat, Nr. 227, 28. September 1975.

> Im Gegensatz zu einigen anderen westeuropäischen Hauptstädten hat sich Paris jeder offiziellen Stellungnahme enthalten und bisher auch auf *spektakuläre Gesten* wie Rückberufung des in Madrid akkreditierten Botschafters verzichtet. Giscard d'Estaing und seine Regierung halten sich damit an die grundsätzliche Doktrin, die Frankreich jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten untersagt.[362]

Wir treffen hier also – *notabene* in einem Artikel, der Fakten und keine Kommentare beinhalten sollte – eine Wertung vollzogen am Beispiel der Hervorhebung der Rückberufung des jeweiligen Botschafters als „spektakuläre Geste", was leicht als euphemistisches Quasi-Synonym von „unüberlegt" interpretierbar ist. Das Unterlassen der diplomatischen Demarche wird stillschweigend als weise, angebrachte, angemessene Maßnahme beurteilt, die sich von denjenigen anderer europäischer Staaten unterscheidet. Zwischen den Zeilen ist auch ein Vergleich mit dem Verhalten der Schweizer Diplomatie zu lesen. Auf derselben Zeitungsseite wurden diverse Agenturmeldungen über die Demarchen der Botschafter Belgiens, der Niederlande, des Vereinigten Königreiches, Dänemarks, Schwedens, der BRD und der DDR aus Madrid abgedruckt.

Die „Tribune de Genève" widmete den Reaktionen auf die Exekutionen mehrere Texte auf mehreren Seiten verteilt.[363] „La Liberté" spekuliert über die Folgen der jüngsten Ereignisse in Spanien für dessen Integration in europäischen Wirtschaftsverbünden. Die Hingerichteten werden hier sogar mit Namen und Alter angegeben. Der Älteste war 33 Jahre alt, die beiden Jüngsten 21.[364]

Auch Gross' Kritik richtet sich deutlich gegen die Grausamkeit des Regimes, aber er verschont auch nicht die Straßenproteste und Gewaltausschreitungen gegen spanische Vertretungen. Seine Kolumne skizziert in groben Zügen eine Gewaltgeschichte der Diktatur und geht dabei auf die vielversprechende Parlamentsrede im Februar 1974 ein:

> On sait, depuis samedi matin, qu'aux actes violents des uns répond cette autre violence, institutionnelle, qui est congénitale au régime. Elle est froidement cruelle et cynique à l'image de celui qui préside encore aux destinées du pays ‚devant Dieu et devant l'histoire'. Ne peuvent s'en offusquer que les aveugles et les sourds. S'en inquiètent, en revanche, tous ceux qui tremblent pour l'avenir de l'Espagne. Ceux-là ne lancent pas des assauts contre les représentations diplomatiques espagnoles et évitent d'utiliser des moyens de protestation qui ont pour double effet de faire oublier les cinq fusillés du 27 septembre et de blesser l'orgueil immense d'un peuple humilié.[365]

Auch die Zurückhaltung und das Schweigen des „roitelet" Juan Carlos prangert Gross an und vermutet, die Spanier würden ihm dieses Schweigen nicht verzeihen.

---

362 Weltweite Proteste gegen die Erschiessungen in Spanien, in: NZZ, Nr. 225, 29. September 1975 (Hervorhebung im Original).

363 TdG, Nr. 226, 29. September 1975.

364 Vgl. Madrid fait face à un isolement grandissant, in: La Liberté, Nr. 299, 29. September 1975.

365 Terre brûlée, in: La Liberté, Nr. 299, 29. September 1975 (Hervorhebung im Original).

Wie bereits erwähnt, schloss sich auch die schweizerische Landesregierung dem diplomatischen Schritt an. Am 30. September berichteten die Zeitungen über die Rückbeorderung des Schweizer Botschafters aus Madrid. Stärker als die eigentlichen Hinrichtungen bewirkte der ungewöhnliche diplomatische Schritt eine starke medienwirksame Auseinandersetzung, die sich unter anderem darin zeigt, dass anders als bei den vorher untersuchten Medienereignissen zahlreiche Leserbriefe abgedruckt wurden, die sich mit der Heimreise des Diplomaten befassen.

Die „Neue Zürcher Zeitung" behandelte diese Nachricht in einem Artikel des Bundeshauskorrespondenten und in einer Kolumne, die von Chefredakteur Fred Luchsinger selbst verfasst wurde. Im Artikel wird das Pressecommuniqué des Bundesrates wiedergegeben. Daraus erfährt man, dass sich der Bundesrat um eine Begnadigung bemüht hatte und dass seine Intervention diskret und auf „üblichem diplomatischem Wege" stattfand.[366] Der Artikel stützt sich weitgehend auf die Worte des Bundeskanzlers Huber:

> Die Zurückbeorderung eines Botschafters stellt, wie *Bundeskanzler Huber* im Beisein von *Vizedirektor Monnier* von der Direktion für Völkerrecht des Eidgenössischen Politischen Departements an einer Pressekonferenz erklärte, *eine aussergewöhnliche Massnahme* dar: In ähnlich gelagerten Fällen hat der Bundesrat nicht mit dieser Massnahme reagiert. Der Bundesrat betrachtet aber die Situation in Spanien als gravierend, und die Konsultation seines Botschafters in Madrid erfolgt auf Grund der innen- und aussenpolitischen Reaktionen, die die Hinrichtung der fünf zum Tode Verurteilten hervorgerufen haben. Völkerrechtlich gesehen, bedeute dies jedoch *keineswegs einen Schritt zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen*, noch sei darin eine neue aussenpolitische Praxis des Bundesrates zu erkennen.[367]

In der Erklärung des Bundespräsidenten Graber an den Ständerat beteuerte er die Motivation und die Umstände, welche den Bundesrat zu jenem Schritt bewogen hatten:

> [...] M. Graber a souligné que ce n'est évidemment pas une mesure courante. Sans cette décision, a-t-il précisé, la déclaration du Conseil fédéral aurait cependant eu un caractère rhétorique. Le gouvernement a été guidé par un sentiment de solidarité avec les autres démocraties occidentales et par la préoccupation de donner une réponse qui ait un poids particulier venant de notre pays.[368]

In rechtsbürgerlichen Kreisen stieß die Erklärung indes auf wenig Verständnis. Luchsinger beurteilte in seinem Kommentar den diplomatischen Schritt als „untauglich" und kritisierte diesen als „Hinterherhinken", bei welchem der Bundesrat andere europäische Regierungen, darunter auch jene in Ostberlin, imitiert hätte. „Damit schafft er [der Bundesrat] – auch wenn er erläuternd beteuern lässt, er

366 Protest gegen die Hinrichtungen in Spanien, in: NZZ, Nr. 226, 30. September 1975.
367 Ebd. (Hervorhebung im Original).
368 Déclarations de M. le Président Pierre Graber au Conseil des Etats le 30 septembre et à la TV romande le 29 septembre 1975, BAR E2001E 1987/78, Bd. 537.

habe keine außenpolitische Neuerung im Sinne – einen Präzedenzfall von erheblichem Gewicht, der ihm in Zukunft noch einige Mühe bereiten will", fährt der Chefredakteur fort.[369] Luchsinger argumentiert, indem er vergangene Situationen in Erinnerung ruft, bei welcher der Bundesrat auf eine ähnliche Maßnahme verzichtet hätte; dabei erwähnt er unter anderem die Schweizer Beziehungen mit Nazi-Deutschland, mit der Sowjetunion ab 1946 und das Verhalten gegenüber der griechischen Obristendiktatur.

> Dass der Bundesrat sich in einer *Erklärung* zum Sprecher einer weitverbreiteten Bestürzung über die spanischen Exekutionen gemacht hat, unterliegt nicht der Kritik – wenn es einer ausgewogenen amtlichen Verlautbarung auch wohl angestanden hätte, wenn sie sich zugleich von der systematischen *Ermordung von Polizisten* als einem bewusst angewendeten Mittel revolutionären Kampfes distanziert hätte.[370]

Luchsinger wirft dem Bundesrat also Einseitigkeit vor, doch bei der Erwähnung der Polizistenmorde geriet in Vergessenheit, dass die Militärprozesse, die zu den Hinrichtungen geführt haben, von praktisch der gesamten europäischen Öffentlichkeit als unrechtmäßig deklariert wurden. Die von ihm geforderte Distanzierung oder Verurteilung der Ermordung von spanischen Sicherheitsleuten entbehrt eines juristisch fundierten Zusammenhanges mit den Exekutionen oder anders formuliert: Der Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung" verleiht den Militärprozessen mit ihren erzwungenen Geständnissen die allgemein abgesprochene Rechtmäßigkeit.

„La Liberté" behandelte die Zurückbeorderung des Schweizer Botschafters auf der Frontseite. Ebenfalls wird auf jene des apostolischen Nuntius durch Papst Paul VI. hingewiesen. Wie die älteste Schweizer Zeitung zitiert „La Liberté" den Bundeskanzler Huber und Monnier. Die Aufzählung der Länder, die sich dem diplomatischen Schritt angeschlossen hätten, umfasst hier auch noch Norwegen, Polen, Dänemark, Italien und Frankreich, „qui a ‚appelé' et non ‚rappelé' son ambassadeur".[371] Wichtiger als der Artikel scheint hier der wie üblich von François Gross verfasste Kommentar, der einen Überblick jener Sektoren der Schweizer Gesellschaft gibt, die die Zurückbeorderung des Botschafters missbilligen. Dazu gehören die Schweizer „courtisans" des Franco-Regimes:

> On tiendra pour négligeable l'opinion des quelques admirateurs que le général Franco compte encore dans ce pays. Ils se précipiteront sans doute à l'ambassade d'Espagne pour expliquer aux diplomates de service que cette vague d'indignation n'est que superficielle et que seul le souffle de quelques gauchistes et de chrétiens égarés la gonfle.[372]

---

369 Untaugliches Mittel, in: NZZ, Nr. 226, 30. September 1975.
370 Ebd. (Hervorhebung im Original).
371 Berne rappelle notre ambassadeur à Madrid, in: La Liberté, Nr. 300, 30. September 1975.
372 Il n'y a pas de neutralité morale, in: La Liberté, Nr. 300, 30. September 1975.

Dann richtet er seine Kritik auf den Wirtschaftssektor: „Il ne manquera pas, en revanche, de représentants des banques et de l'industrie pour alerter des parlementaires à leur dévotion." Er bringt dabei den Präzedenzfall um den Protest eines Schweizer Diplomaten gegen das Apartheid-Regime in Südafrika und die Desavouierung durch den Zürcher CVP-Nationalrat Eisenring gegen ebendiesen Protest. Gross spricht von der „indignation à sense unique" und ruft dabei die energischen Proteste des Bundesrates gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei im Jahre 1968 und die nicht eingetretene Entrüstung im bürgerlichen Lager in Erinnerung. Die Zurückbeorderung des Schweizer Botschafters billigt Gross mit folgenden Worten:

> Dans ces conditions, le Conseil fédéral est fondé à prendre une mesure à première vue insolite. La présence de l'ambassadeur de Suisse à Madrid ne sera, au surplus, pas inutile si l'on veut étudier quelles mesures doivent être envisagées pour que la réaction suisse ne se borne pas à l'indignation qui, comme on le sait, ne constitue jamais une politique.[373]

Der Autor versäumt es nicht, auch noch die Schweizer Waffenlieferungen zu thematisieren und in Anbetracht der jüngsten Vorfälle eine diesbezügliche Revision durch den Bundesrat zu erwägen. Im Vorjahr hätten die Schweizer Waffenlieferungen nach Spanien das Volumen von 50 Millionen Franken erreicht. Gross befürchtet das Eingreifen durch „Moralapostel", die sich zum Schutze der Schweizer Exporte und Arbeitsplätze gegen eine Einstellung solcher Lieferungen stark machen würden. Der letzte Abschnitt ist einem hypothetischen Sturz der Familie Franco gewidmet. Wenn sich dann diese in die Schweiz begeben würde, würde die Eidgenossenschaft das Asyl-Gesuch ablehnen und das auf Schweizer Banken deponierte Kapital der Francos einfrieren.

Jasmine Audemars' Meinung, die man als ausgewogen beurteilen könnte, wurde auf der Frontseite des „Journals de Genève" abgedruckt. Die summarischen Militärgerichte werden als „parodie de procès" apostrophiert; die allgemeine Bestürzung in Europa wird ebenfalls zur Sprache gebracht. Audemars kritisiert ebenso den linken Terrorismus wie den spanischen Staatsterror:

> Cela ne signifie pas pour autant que le terrorisme doive jouir de l'impunité ou d'une clémence particulière. Bien au contraire. Mais aucun Etat, sous prétexte de se défendre et de punir des actes qui demeurent inadmissibles quelle que soit la cause invoquée, ne peut, à son tour, employer une forme de terrorisme.[374]

Auffallend ist, dass ein solcher Vergleich in einer an und für sich wenig regimekritischen Zeitung vorkommt. Die Autorin spekuliert über die Folgen der Hinrichtungen für den Demokratisierungsprozess. Besonders besorgniserregend sei die nun hinkende

373 Ebd.

374 Espagne: l'Europe a peur, in: JdG, Nr. 227, 30. September 1975.

wirtschaftliche Integration Spaniens und die abweisenden Reaktionen der europäischen Kanzleien würden diese Bestrebungen behindern. Nach dem frischen Ende der Diktaturen in Portugal und Griechenland sei nun Spanien ein mittelalterlicher Beigeschmack geblieben, doch sieht Audemars eine deutliche Angst Europas, aus Spanien könne mit seiner Instabilität und seinem Chaos ein zweites Portugal werden. Diese Worte wurden in einer internen Presseschau wiedergegeben, die der Bundesrat veranlasste.[375] Das Dokument ist insofern nützlich, weil es jene Schweizer Zeitungen aufzählt, die offenbar in den Augen der Landesregierung als relevant erscheinen. Daraus erfahren wir, dass auch die liberal-konservativen „Basler Nachrichten" und die „Thurgauer Zeitung" dem Bundesrat vorgeworfen hätten, mit „zweierlei Mass" zu messen. Die „Berner Zeitung" hätte hingegen die diplomatische Maßnahme als angemessen empfunden:

> Mir scheint im Hinblick auf Spanien, dass die längerfristigen schweizerischen Interessen die für unsere Verhältnisse spektakuläre Distanzierung vom Franco-Regime durchaus rechtfertigen. – Übrigens hat der Bundesrat, als russische Panzer in Budapest einrollten, und später bei der Besetzung der Tschechoslowakei durch Truppen des Warschauer-Paktes unter russischem Oberbefehl, seine Meinung sehr deutlich kundgetan. Er ist also nicht auf einem Auge blind![376]

Laut der Presseschau hätten sich der „Tages-Anzeiger", der „Blick", die „Berner Zeitung" sowie die „Voix Ouvrière" für eine Einstellung der Schweizer Waffenexporte nach Spanien ausgesprochen, selbst wenn die wirtschaftlichen Folgen die Schweiz benachteiligen würden.

In seiner Ausgabe vom 1. Oktober wird im „Corriere del Ticino" über die Appelle des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes der Schweiz und des Schweizerischen Verbandes evangelischer Arbeitnehmer an die Schweizer Bevölkerung berichtet, am 2. Oktober, kurz vor der Mittagszeit im Andenken an die letzten Opfer des Franco-Regimes zwei Schweigeminuten innezuhalten.[377] Zudem bitten die drei wichtigsten Arbeitnehmerorganisationen der Schweiz die Kirchen aller Konfessionen, in dieser Zeit die Glocken läuten zu lassen. Der Autor bekräftigt, dies sei das erste Mal, dass die Gewerkschaften, welche übrigens die Rückberufung des Botschafters als mutigen Schritt loben, zu einem solchen Entscheid kommen. Sie hätten auch eine Neuerwägung der Waffenlieferungen nach Spanien gefordert und der Schweizer Bevölkerung geraten, ihre Ferien nicht in Franco-Spanien zu verbringen.

Die Schweigeminuten wurden am Beispiel von stillstehenden Postmitarbeitern und Zürcher Trams am Bellevue in der Fernsehsendung „Panorama der Woche" vom 5. Oktober 1975 gezeigt.[378] In einer weiteren Sequenz ist Botschafter Campiche

---

375 Presseschau über die Erklärung des Bundesrates betreffend die Todesurteile in Spanien, EPD, Bern, 1. Oktober 1975, BAR E2001E 1987/78, Bd. 537.

376 Berner Zeitung, zit. in: ebd.

377 Vgl. Non vendere armi alla Spagna e non passarvi le vacanze, in: CdT, Nr. 225, 1. Oktober 1975.

378 Panorama der Woche – Tél-Hebdo – Telerama, 5. Oktober 1975, BAR J2.225 2006/364, Bd. 84.

unmittelbar nach seiner Landung im Flughafen Zürich-Kloten zu sehen, der von einem Fernsehjournalisten um ein Interview gebeten wird. Der Diplomat lehnt mit der Begründung ab, er müsse sich zwecks Konsultation mit dem Bundesrat nach Bern begeben und würde dann im Genfer Fernsehstudio ein Interview geben. Vor allem die audiovisuelle Inszenierung der Schweigeminuten vermittelt den Eindruck einer breit angelegten Solidarität des Schweizer Volkes mit den Hingerichteten in Spanien.

Die „Weltwoche" eröffnete ihre Nummer vom 1. Oktober mit einem Leitartikel ihres Chefredakteurs Hans O. Staub, der mit schwerem Geschütz gegen die Diktatur charchiert. Auffallend ist hier, dass Staub ähnlich wie marxistische und sozialdemokratische Zeitungen der Schweiz das Adjektiv „faschistisch" verwendet, um den „Bunker", „jene[…] letzte[…] Bastion faschistischer Politiker aus der Bürgerkriegszeit", zu bezeichnen.[379] Sowohl die Polizistenmorde in Spanien, als auch die durch Polizisten vollzogenen Morde werden im Leitartikel angeprangert. Der Rückberufung des Schweizer Botschafters begegnet Staub weniger mit rechtsbürgerlichem Dogmatismus als vielmehr mit ironischer Verwunderung: „Seine Bedeutung [des diplomatischen Schrittes] wird allerdings durch die leicht peinliche Schweigepause verwischt, die unsere Landesväter übers heilige Wochenende einschalteten."[380] Alles in allem lässt er seiner Skepsis in Bezug auf die antifranquistischen Proteste freien Lauf; besonders pointiert geht er auf die Straßendemonstrationen ein.

> Wirksamer wären schon Proteste, die dem Spanien Francos mit konkreter Schädigung drohen, mit wirtschaftlichen oder militärischen Nachteilen. Aber selbst da führen die Dinge in der Praxis kaum sehr weit. Die Atmosphäre zwischen Washington und Madrid sei zwar, so berichtet man, zunächst während der Neuaushandlung der Verträge über die US-Basen in Spanien wegen der Todesurteile sehr frostig gewesen.[381]

Staub wettert dann gegen die Passivität europäischer Staaten, die zwar die Möglichkeit hätten, wirtschaftliche Sanktionen gegen das iberische Land zu verhängen, aber aufgrund partikulärer Bezüge zu Spanien davon absähen. Die Bilanz fällt im Artikel deutlich ernüchternd aus:

> Die Politik der unerbittlichen Durchsetzung von ‚law and order' scheint ja in diesem einseitig orientierten, an faschistische Zucht gewöhnten Lande immer noch mehr Anhänger zu besitzen, als oppositionelles Wunschdenken im Ausland wahrhaben will. […] Die perfide Taktik der Polizei und der Geheimdienste schliesslich mit ihrer brutalen, wahllosen Repression, welche die gewaltlose Opposition im Lande und die terroristischen Fraktionen in einen Topf wirft, macht das Leben der auf eine demokratische Entwicklung erpichten Elemente nicht leichter und kann das Dasein des Bunker-Regimes noch um einiges verlängern.[382]

379 Die Gnade des Caudillo, in: WW, Nr. 39, 1. Oktober 1975.
380 Ebd.
381 Ebd.
382 Ebd. (Hervorhebung im Original).

Staub beendet seinen Leitartikel mit Gedanken zum Nahen Ende der Diktatur; die letzten Hinrichtungen werden somit als letzte Zuckungen eines sich in der Agonie befindenden Regimes gedeutet.

In einem NZZ-Kommentar, der wenig Tage später erschien, tritt im Zusammenhang mit Spanien zwar das Adjektiv „faschistisch“ auf, doch wird Kritik an der Tauglichkeit der Bezeichnung für zeitgenössische Verhältnisse geübt:

> Im Falle *Franco-Spaniens* kommt allerdings ein Umstand ins Spiel, der rationale Politik immer wieder hinter Emotionen zurückdrängt. Es ist, wenn man so will, ein Stück unbewältigte europäische Vergangenheit, das letzte *Relikt der faschistischen Ära* auf dem Kontinent. Ob man es auch heute noch mit dem von der Linken ohnehin zur Unkenntlichkeit deformierten Pauschalbegriff des Faschismus belegen muss, mag offen bleiben.[383]

Bedenken zum diplomatischen Präzedenzfall tauchen auch in Jean Heers Kommentar in „La Liberté“ auf.[384] Die Erklärung, schließt Heer, könnte vielfältig sein und er weist auf die sozialdemokratischen Regierungen Österreichs und Schwedens, auf das eidgenössische Wahljahr 1975 sowie auf die Menschenrechte. Auffallend ist die deutliche Kritik am vermeintlichen diplomatischen Fehltritt, zumal er von der Linie des Chefredakteurs François Gross abweicht. Heer zitiert abschließend die neutralitätspolitische Devise des Einsiedlers Niklaus von der Flüe.

Das „Vaterland“ widmete seinen Leitartikel dem Thema Spanien. Otto Schmid kritisierte hier den Bundesrat, der mit der Zurückbeorderung Campiches „ein gefährliches Präjudiz geschaffen“ hätte.[385] Auch bei ihm findet sich der Vorwurf der Einseitigkeit der Protestdemonstrationen: „Es ist einfach Heuchelei, wenn man für die Hingerichteten demonstriert, an den Leichen der ermordeten Polizisten aber achtlos vorübergeht.“[386] Schmid betont resolut, ein Gegner der Todesstrafe zu sein, und bezeichnet die Todesurteile insbesondere vor dem Hintergrund, dass sie auf einem Gesetze beruhen, das nach der Verhaftung der Angeklagten erlassen wurde, ein „juristisches Monstrum“. Umso empörender sei dies, wenn man sich Spaniens Selbstdefinition als christliches Land vor Augen hält. Der Journalist relativiert aber seine Spanien-Kritik und geht auf General Francos „Errungenschaften“ ein:

> Wir gehören nicht zu denen, die Franco in Grund und Boden verdammen. Der Caudillo hat grosse Verdienste für sein Land und für Europa [sic!]. Durch sein Eingreifen im Jahre 1936 hat er Spanien vor einer grimmigen Bolschewisierung gerettet, wobei die entsetzlichen Greueltaten, die im Spanischen Bürgerkrieg von beiden Seiten begangen worden sind, keineswegs beschönigt werden sollen. Nicht vergessen sei, dass Franco während des Zweiten Weltkrieges sich als tapfer erwies und Hitler den geforderten Durchmarsch durch

---

383 Spanien – eine europäische Verantwortung, in: NZZ, Nr. 230, 4. Oktober 1975 (Hervorhebung im Original).

384 Vgl. Morbides replis sur soi, in: La Liberté, Nr. 304, 4./5. Oktober 1975.

385 Spanien grenzt an die Schweiz, in: Vaterland, Nr. 236, 11. Oktober 1975.

386 Ebd.

> Spanien nach Afrika verweigerte. Dass er nach 1945 mit harter Hand durchgriff und subversive Elemente eliminierte, sei ihm nicht angekreidet.[387]

Anders als das Fernsehen oder jene Zeitungen, die für die Diktatur nichts übrig hatten und vielmehr auf einen Kniefall des *Caudillos* vor Adolf Hitler anspielten, thematisiert Schmid die Beziehung zwischen Franco und dem Führer auf eine Weise, die den spanischen Diktator als charakterstark erscheinen lässt. Dabei hatte Franco Nazi-Deutschland durch die Entsendung der Blauen Division an die Ostfront militärisch unterstützt. Hinzu kommt die Billigung der Eliminierung „subversive[r] Elemente", die Schmids zuvor angesprochene energische Ablehnung der Todesstrafe über Bord wirft. Des Autors unverkennbarer Antikommunismus kommt in den letzten Zeilen des Leitartikels unmissverständlich zum Vorschein: „Europa trägt heute eine schwere Verantwortung für Spanien. Sollte über dieses Land kommunistische Finsternis kommen, gingen auch in Europa viele Lichter aus. So war es gemeint, als wir sagten, Spanien grenze an die Schweiz!"[388]

Nebst der bereits angesprochenen Kritik von Schwarzenbach äußerte sich der Glarner FDP-Ständerat Peter Hefti gegen den überraschenden Schritt des Bundesrates. Schwarzenbach drückte dessen Votum in seinen „Republikaner" vom 31. Oktober 1975 ab. In diesem Text erkennt man ein immer wieder auftretendes Muster: der Vergleich zwischen Schandtaten in sozialistischen Ländern und jenen in Franco-Spanien:

> In dieser Hinsicht hat mich der Entscheid des Bundesrates vom letzten Montag betreffend Spanien hellhörig gemacht. Gewiss waren die dortigen Ereignisse tragisch. Aber der sowjetische Einmarsch in Budapest und in Prag und die Verhältnisse in den russischen Konzentrationslagern, wo jährlich Tausende von Menschen zu Tode geschunden werden, aufgrund von Entscheiden die in noch viel fragwürdigeren Verfahren ergangen sind, das ist doch mindestens ebenso tragisch wenn eben nicht noch furchtbarer. Wo blieb dort der lautstarke Protest des Bundesrates? Wann wird dieser Protest in Zukunft erfolgen? Will der Bundesrat nur dann in seiner neuen Art protestieren, wenn es scheinbar risikolos ist wie im Falle Spanien und er sich in Gesellschaft befindet, übrigens nicht einmal in einer besonders guten? […] Meiner Auffassung nach hat sich der Bundesrat im Ton seiner Verlautbarung vergriffen und die Rückberufung des Botschafters zur Konsultation ging zu weit.[389]

Die „Republikaner"-Ausgabe beinhaltete auch zahlreiche Leserbriefe, die sich ebenfalls mit der Rückberufung des Schweizer Botschafters befassten. Eine gewisse Maria Gander schrieb diesbezüglich:

> ‚Mischt euch nicht in fremde Händel' war ein staatspolitischer Ratschlag den Bruder Klaus einst seinem Volke gegeben hat! [sic!] Daran musste man denken, als von der Abberufung des Schweizerischen [sic!] Botschafters aus Spanien die Rede war, als Protest gegen die Vollziehung der Todesurteile in Spanien.[390]

387 Ebd.
388 Ebd.
389 Präzedenzfall Spanien, in: Der Republikaner, Nr. 15, 31. Oktober 1975.
390 „Mischt euch nicht in fremde Händel", in: Der Republikaner, Nr. 15, 31. Oktober 1975.

Ein anderer Leser sprach von der „unerträgliche[n] Einseitigkeit" der Schweizer Proteste und nahm in seiner Kritik auch die Berichterstattung des Schweizer Fernsehens aufs Korn:

> In Spanien wurden fünf nachgewiesene Mörder und Terroristen durch die Todesstrafe beseitigt. Über diese schwerste aller Strafen kann man in guten Treuen geteilter Meinung sein. Die grossen Massendemonstrationen der letzten Tage galten jedoch kaum dieser Institution an sich. Das benachbarte Frankreich hat von 1964 bis 1975 zehn Menschen hingerichtet, ohne dass man irgend einen Protest gehört hätte. […]
>
> Das schweizerische Fernsehen servierte uns zwei Tage lang als Kulisse der Berichterstattung die Bilder der fünf spanischen Opfer. Mit Trauerstimme und mit makabrem Pathos verlas der Sprecher die fünf betreffenden Namen – man wähnte sich an einer Totenfeier. Dass es sich bei den Opfern um Terroristen und Mörder handelte, ging aus den weitschweifigen Ausführungen kaum hervor; es waren lediglich ‚beklagenswerte Opfer des Regimes'. Wie würde das schweizerische Polizeicorps reagieren – das schon in seiner Handlungsfreiheit beschnitten und gar oft ungerecht kritisiert wird – wenn fünf seiner Mitglieder von Terroristen umgebracht würden?[391]

Der Autor diskreditiert die Solidaritätskundgebungen in der Schweiz als politisch motiviert. Ähnlich wie beim Chefredakteur der NZZ werden die Todesurteile als rechtmäßig angesehen. Diese brieflichen Proteste manifestierten sich aber auch auf diskreterem Weg. Bereits angesprochen wurden jene Briefe von Schwarzenbach-Anhängern, die an deren „Sorgen-Onkel" gesandt wurden. In einem durchaus freundlichen Ton schrieb ein ehemaliger Oberrichter den zurückgerufenen Botschafter Campiche an:

> Ich könnte mir vorstellen, dass Ihr Rückruf aus Madrid Ihre dortige Position erschweren wird, bin aber doch damit einverstanden, dass der Bundesrat die Demonstration vornahm.
>
> Freilich ist mir bei den Protesten nicht ganz wohl: Wenn ich annehmen müsste, dass die Erschossenen wirklich vorher selbst erschossen hätten, so würde ich nicht protestiert haben. Ich gestehe auch keinem Gesinnungstäter das Recht zu, z. B. Polizeisoldaten niederzuknallen. Tut er es doch, so muss er in Kauf nehmen, dass ihm Gleiches geschieht. Aber bei der spanischen Justiz ist es wohl möglich, dass allfällige Geständnisse erpresst worden sind…[392]

In einem weiteren Protestschreiben, diesmal an den Bundespräsidenten Graber gerichtet, vermischt sich christliches Engagement mit kommerziellen Interessen in einer nicht ganz durchschaubaren Argumentation.

> Die Unterzeichneten sind mit dem Bundesrat darin einig, dass die Hinrichtungen niemals hätten geschehen dürfen, besonders in einem sogenannt ‚christlichen' Land. Die Demarche des Bundesrates scheint uns aber doch inkonsequent zu sein, da die Schweiz andererseits mit eben diesem Land gute Handelsbeziehungen unterhält; […]

---

391 Unerträgliche Einseitigkeit, in: Der Republikaner, Nr. 15, 31. Oktober 1975 (Hervorhebung im Original).

392 Brief v. F. B. an S. Campiche, Aarau, 5. Oktober 1975, BAR E2001E 1987/78, Bd. 537.

> Es liegt uns daran, dass Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, diesen Brief nicht als Polemik verstehen. Für uns ist es ein Versuch, als engagierte Christen in positivem Sinne unsere Verantwortung als Staatsbürger wahrzunehmen.[393]

Weitaus rabiater wird in einem Leserbrief, der in der linksliberalen „National-Zeitung" abgedruckt wurde, argumentiert und auch die Vorstellung, die Polizistenmorde hätten in der Schweiz stattfinden können, kommt zu Sprache:

> Jetzt werden bei uns wie im ganzen freien Westen wieder Demonstrationen abgehalten. Für wen? Für Terroristen und gemeine Mörder, die mit Recht zum Tode verurteilt wurden. […] Man sagt natürlich, ihre Geständnisse seien erpresst worden, und wie könnte es anders sein als natürlich durch Folter. Das ist die Taktik, die sie im Kreml gelernt haben, um missliebige Regimes in Misskredit zu bringen. Aber man hätte sie jedoch zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilen können? Dann hätten andere Terroristen Flugzeuge oder Geiseln genommen, um die Mörder wieder frei zu bekommen.[394]

In diesen Zeilen erkennt man die Angst vor einem Aufkommen des Links-Terrorismus, wie es sich etwa in der BRD am Beispiel der RAF ereignete. Besonders auffallend ist hier die angesprochene fiktionale Nähe der Schweizer Gesellschaft zu den terroristischen Aktivitäten in Spanien. Foucault thematisiert in seinem Werk *Überwachen und Strafen*, wie die Gerichtsberichterstattung die Kriminellen als „sehr nah und sehr fremd" inszeniert.[395] Dies tritt also auch in diesem Falle auf, und zwar auf einer räumlichen Ebene, indem die echte spanische Kulisse durch eine schweizerische ersetzt wird, obwohl die Schweiz selten von terroristischen Anschlägen betroffen wurde.[396] Die Proteste gegen die Hinrichtungen werden im Leserbrief in einen übergeordneten politischen Kontext gesetzt:

> Und dann die Sicherheit des freien Westens gegenüber dem Übergewicht des kommunistischen Ostens. Ist es wirklich nötig, dass wir neben einem halbmarxistischen Frankreich und Italien noch ein rotes Spanien haben? Ein demokratisches Spanien in unserem Sinne können sich nur unbelehrbare Idealisten denken. Es ist ja nur ein Vorwand, um unter diesem Deckmantel ein rotes Spanien zu schaffen.[397]

Das ungesagte Fazit dieser Worte lässt sich leicht eruieren. Die Kontinuität der Diktatur würde in den Augen des Verfassers, Paul Hess, sicherlich eine Garantie darstellen, dass Spanien anders als die erwähnten Länder und dessen westliches Nachbarland nicht zu einem kommunistischen Land „verkommt". Der Leserbrief selbst löste eine

---

393 Brief v. B. et al. an den Bundespräsidenten Graber, Zürich, 6. Oktober 1975, BAR E2001E 1987/78, Bd. 537.

394 Leserbrief „Jetzt wird wieder demonstriert", in: NZ, Nr. 305, 1. Oktober 1975.

395 Foucault, Überwachen und Strafen, S. 369f., zit. in: Grisard, Gendering Terror, S. 280.

396 Vgl. Grisard, Gendering Terror, S. 280.

397 Leserbrief „Jetzt wird wieder demonstriert", in: NZ, Nr. 305, 1. Oktober 1975.

kleine Welle der Empörung aus, die in Form von weiteren sich darauf beziehenden Briefen zum Ausdruck kam.[398]

In der „Tat"-Ausgabe vom 3. Oktober wurden fünf unterschiedlich lange Leserbriefe abgedruckt, die sich kritisch gegen die antifranquistischen Proteste äußern, die als heuchlerisch, einseitig oder politisch eingestuft werden. In zwei von diesen Briefen wird die Haltung des Schweizer Radios und Fernsehens explizit angeprangert.[399]

Auch im „St. Galler Tagblatt" wurde ein Leserbrief abgedruckt, der sich in die bereits kommentierten Reaktionen einreiht. A. Mäder, so der Autor des Leserbriefes, kritisiert die antifranquistischen Proteste aus der Sicht des christlichen Integralismus:

> Die Proteste aus der Reihe der Linken entbehren deshalb je länger je mehr der Glaubwürdigkeit, selbst dann, wenn gewisse Parlamentarier als Wortführer auftreten. Denn die gleichen Kreise sehen tatenlos zu, wie die Kommunisten in Portugal das Land dem Ruin zuführen, und sie schweigen auch zu den Flüchtlingsmorden an den Grenzen der DDR und CSSR. [...] Noch aber haben wir es in der Hand, das angestrebte Ziel der Kommunisten zu vereiteln. Es gilt aber jetzt wachsam zu sein und zu handeln. Das Kreuz, das unsere Väter sich ins Banner schreiben liessen, ist für uns – auch heute noch – Anruf und Verpflichtung. Wir sind verpflichtet zum christlichen Gedankengut Sorge zu tragen und zu verhindern, dass uns durch linksklassige Volksvertreter östliche, atheistische Ideologien aufoktroyiert werden.[400]

Im „Corriere del Ticino" wird im Leserbrief des Rechtsanwalts Armando Pedrazzini dem Tessiner Großen Rat vorgeworfen, sich in fremde Angelegenheiten zu mischen und keine Beileidsbekundung für die ermordeten Polizisten gemacht zu haben:

> Non sono anch'essi [gli agenti di polizia uccisi] persone degne di vivere, ligie al loro dovere, padri di famiglia, uccisi senza pietà per il solo fatto di essere als servizio di un regime che, in fin dei conti, rimane quello legale per la Spagna e riconosciuto da tutti gli altri Stati? Perché non una parola di condanna a chi li ammazza a tradimento? Perché questi ‚eroi' non hanno cercato di colpire molto più in alto (per esempio nella persona del generalissimo Franco), quando il loro gesto sarebbe allora veramente assurto ad aperta e coraggiosa ribellione, accettando anche i molto maggiori rischi connessi a tale forma di attentato?[401]

Pedrazzini zweifelt also am Heroismus der Attentäter, weil sie auf die an und für sich kaum riskante Tötung von Polizisten abzielten. Hätten sie hingegen etwa den Diktator selbst ins Visier genommen und wären sie entsprechend ein größeres Risiko eingegangen, so hätte man sie mit Recht als Helden feiern können. Hier stellt sich die Frage,

---

398 Die Leserbriefe, die auf denjenigen von Hess Stellung beziehen, wurden in der NZ-Ausgabe Nr. 308 vom 4. Oktober 1975 abgedruckt.

399 Vgl. Leserbriefe „Todesurteile in West und Ost" sowie „Und die Ermordeten?", beide in: die Tat, Nr. 232, 3. Oktober 1975.

400 Leserbrief: Todesurteile in Spanien – und jene in Moskau? in: SGTbl, Nr. 229, 1. Oktober 1975.

401 Leserbrief: Condanne a morte, dittatura e vittime innocenti, in: CdT, Nr. 226, 2. Oktober 1975 (Hervorhebung im Original).

ob der Autor des Leserbriefes, der sich als Gegner der Todesstrafe ausgibt, tatsächlich einen derartigen Magnizid billigen würde, denn schließlich erkennt er dem spanischen Regime eine gewisse Legalität an. Die im Leserbrief suggerierte Tötung eines hohen Regimepotentaten hatte sich bekanntlich bereits knapp zwei Jahre zuvor vollzogen, als Ministerpräsident Carrero Blanco mitsamt Auto von einem ETA-Kommando in die Luft gejagt wurde. Man gewinnt den Eindruck, der Rechtsanwalt sei in seiner Heroen-Vorstellung besonders stark von der Tell-Sage inspiriert und dem eng damit verbundenen romantischen Gedankengut, wonach Tyrannenmord keine bedauerliche Tat sei. Doch vermutlich diente die provokative rhetorische Frage vielmehr dazu, die „Feigheit" der hingerichteten Terroristen zu akzentuieren.

Gaddo Melani verfasste für die Ausgabe vom 3. Oktober einen kritischen Kommentar, in welchem die Reaktionen in der Presse sowie die in zahlreichen Leserbriefen geäußerten Einseitigkeitsvorwürfe gegen die antifranquistischen Proteste behandelt werden. Der generellen Forderung, gleichzeitig zu den Hinrichtungen in Franco-Spanien auch noch jene Verbrechen, die durch kommunistische Regierungen, insbesondere durch die UdSSR vollzogen werden, zu verurteilen, kontert Melani:

> Essa [la pretesa] nasconde in realtà il più delle volte un'indubbia tolleranza verso i regimi fascisti, considerati, tutto sommato, i più validi baluardi contro il comunismo. Nessuna difesa, quindi, come si vorrebbe far credere, d'un superiore spirito democratico o di quelle imparzialità e neutralità così spesso invocate.[402]

Melani weist darauf hin, dass es sich bei den in Spanien getöteten Polizisten häufig um brutale Folterer gehandelt hatte, und erinnert dabei an einen Bericht von Amnesty International. Der Journalist betont den Unterschied zwischen Todesstrafen, die für gemeine und solche, die für politische Verbrechen verhängt werden. Unter gewissen Umständen sei Waffengewalt gegen den Staat die einzige Möglichkeit, sich der unerbittlichen Gewalt eines Regimes zu widersetzen. Zudem seien bei der Gegenüberstellung von Todesstrafen im Franco-Regime und in der UdSSR andere autoritäre oder menschenverachtende Staaten wie die Republik Südafrika, Iran, Brasilien, Uruguay und Argentinien vergessen worden.

Peter Sager, Direktor des Schweizerischen Ost-Institutes,[403] schrieb einen Kommentar für den „Bund", in welchem Hinrichtungen jenseits des Eisernen Vorhanges und das Ausbleiben von Protesten in diesem Zusammenhang angesprochen werden. Sager spricht allerdings die verletzte Rechtsstaatlichkeit in Spanien an: „den

402 Imparzialità unilaterale, in: CdT, Nr. 227, 3. Oktober 1975.

403 Das Schweizersiche Ost-Institut (SOI), welches 1959 gegründet worden war, bezweckte „vor allem die Aufklärung über den Kommunismus in der Sowjetunion, in Osteuropa, in China und allen anderen Regionen der Welt, in denen diese beiden Mächte Einfluss nahmen". Bretscher-Spindler, Vom heissen zum Kalten Krieg, S. 364.

Angeklagten hätten Verteidiger zugeteilt werden müssen, und die Appellation hätte nicht ausgeschlossen werden dürfen. Auch ist einsichtig: politisch wurde höchst unklug gehandelt, aus seniler Sturheit vermutlich."[404] Dann aber richtet er seine Kritik gegen den Bundesrat und gegen seinen Schritt, den Botschafter zurückzurufen. Eher typisch für die hysterische antikommunistische Rhetorik der fünfziger Jahre verwendet Sager die Metapher von „Moskaus langem Arm":

> Allerdings ist mir leicht verständlich, warum die Protestwelle gegen Spanien solche Ausmasse angenommen hat. Sie widerspiegelt das enorme Engagement der Sowjetunion auf der iberischen Halbinsel. Portugal und Spanien haben in der Moskauer Politik jetzt höchste Priorität. Die Rückschläge in Portugal sollen nun durch Obstruktion aufgefangen werden, und schon ist Moskau bemüht, die Nachfolgefrage in Spanien zu seinen Gunsten zu beeinflussen.[405]

Wir stellen fest, dass die Virulenz der Proteste gegen die Rückbeorderung des Schweizer Diplomaten in rechtsbürgerlichen Kreisen dermaßen stark war, dass sie zuweilen die ideologischen Grenzen zwischen Freisinn und Rechtskonservatismus zugunsten eines antikommunistischen Schulterschlusses aufzuheben vermochte. Dies zeigt sich besonders deutlich in der Tatsache, dass „Der Republikaner" das Votum eines FDP-Ständerates abdruckte, wo doch zwischen dem Freisinn und der SRB ansonsten kein besonders gutes Klima herrschte, hatte ja die FDP beispielsweise die Überfremdungsinitiativen schärfstens bekämpft.

Relativ spät wie Schwarzenbachs „Republikaner" reagierte auch das katholisch-integristische Blatt „Abendland", das auch im rabiaten Tonfall dieser Zeitung nahe stand.

> In Spanien sind fünf Menschen – sicherlich Terroristen, vielleicht Polizistenmörder – unter Umständen verurteilt und hingerichtet worden, die unserer Auffassung von Rechtsstaatlichkeit widersprechen. Insofern also die Proteste ein rechtsstaatliches Verfahren, d. h. ein seriöses Beweisverfahren, Verzicht auf menschenrechtswidrigen Druck und Folter, normale Verteidigungs- und Berufungsrechte, zum Ziele haben, geniessen sie unsere volle Unterstützung. Gerade freiheitliche Konservative, welche Spanien das Schicksal Portugals ersparen möchten, würden es bedauern, wenn das Franco-Regime nun wild um sich schlüge, anstatt die für die Zukunft lebenswichtige Kontinuität zu sichern.[406]

Der Artikel wettert dann gegen die Witwe von Salvador Allende und gegen die „sozialen Demokraten", auf deren Unterstützung Hortensia Allende zählen konnte, als sie für „Freiheit und Recht der Spanier" eintrat. Dieser Artikel wird von einer Deutschübersetzung eines im englischen „Daily Telegraph" erschienenen Kommentars begleitet. Das „Abendland" begründet den Abdruck des Textes folgendermaßen:

404 Protest gegen Spanien, in: Der Bund, Nr. 232, 5. Oktober 1975.
405 Ebd.
406 Eine Orgie doppelter Moral, in: Abendland, Nr. 70, Oktober/November 1975.

> Es ist uns in der gesamten deutschsprachigen Presse keine einzige Stellungnahme bekannt, welche so klar die wahren Hintergründe des internationalen Radaus aufdeckt. So dann ist dieser Kommentar aber auch für Konservative beherzigenswert. Er vermeidet nämlich jene Totalsolidarisierung, der Konservative in verständlicher Entrüstung über das heuchlerische Geschrei der Linken vielleicht verfallen könnten.[407]

Hier wird also auf die „Wahrheit" als dogmatische Instanz zurückgegriffen, ähnlich wie es Schwarzenbach 1946 in seinem ersten Spanien-Artikel für das „Vaterland" tat. Und ähnlich wie sich das Schweizer Fernsehen ausländischen Agenturmaterials und ausländischer Reportagen bediente oder über vergleichbare Protestreaktionen im Ausland berichtete, greift dieses rechtskatholisch-integristische Blatt einen fremden Text auf, der vermutlich dieselbe Gesinnung und Einstellung hegt. Durch die Technik des Zitierens relativiert es nicht nur den Anschein, ganz Europa würde hinter den antifranquistischen Protesten stehen, sondern weist die Verantwortung von sich für Worte und Ideen, die das „Abendland" sehr wahrscheinlich mit dem „Daily Telegraph" teilte:

> Da diese Zeitung [‚Daily Telegraph'] die Todesstrafe für Terroristen nach einem fairen Prozess befürwortet und es begrüssen würde, wenn mit unseren eigenen Killern so verfahren würde, wäre es falsch, General Franco zu verdammen, weil er genau das in Spanien tut. Der einzige Grund für Besorgnis ist die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens und nicht die Natur des Urteils. Wer mit der Waffe lebt, mag durch sie umkommen.[408]

Seltsamerweise tauchen im „Abendland"-Artikel keine Hinweise auf die in den Augen dieses Blattes bestimmt als verwerflich bezeichenbare Position des Bundes und die Zurückrufung des Schweizer Botschafters auf. Es ist deshalb anzunehmen, dass der Artikel lange Zeit nach dessen Rückkehr zu seinem Posten in Madrid abgefasst wurde.

Besondere Erwähnung verdienen zwei Beiträge der NA-Zeitung „Volk und Heimat", die ebenfalls erst im Dezember erschienen. Der erste Text, von Arthur Vogt, lässt sich in der Reihe von rechtskonservativen Neutralitätsapologeten verorten wie jene, die bereits zitiert wurden. Nichtsdestotrotz scheint eine Passage in Vogts Text besonders frappant: „Täuschen wir uns nicht, die Zeichen stehen auf Sturm, alles deutet darauf hin, dass wir am Vorabend grosser Ereignisse stehen! Der Westen ist schwächer denn je, der Krankheitsprozess der ‚Demokratisierung' zersetzt die Demokratien."[409] Vogt suggeriert also eine Alarmbereitschaft, doch misstraut er den Demokratisierungsbestrebungen in Spanien, plädiert also gewissermassen für einen *status quo*.

Weitaus moderater und entsprechend eher ungewöhnlich für das rechtsradikale Blatt zeigt sich der zweite Beitrag, der den ersten stark relativiert und in welchem die Todesstrafe beidseits des Eisernen Vorhanges verurteilt wird. In Bezug auf den diplomatischen Schritt heißt es:

407 Ebd.
408 Tödlicher Humbug, in: Abendland, Nr. 70, Oktober/November 1975.
409 Solitarität mit Polizistenmördern – das Ende unserer Neutralität? in: VuH, Nr. 13, Dezember 1975.

> Immerhin ist zu präzisieren, dass unsere Landesregierung lediglich den Botschafter zu Konsultationen zurückberufen hat. Sie hat ihn also nicht abberufen und noch weniger die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Doch auch die Rückberufung war eine deutliche Geste der Missbilligung, deren Weisheit sich tatsächlich in Frage stellen lässt.[410]

Die von Vogt angeprangerte Einseitigkeit der Schweizer Protestaktionen wird vom Autor stark infrage gestellt mit dem Hinweis auf kürzlich ausgetragene Proteste gegen Vorkommnisse in der Sowjetunion. Eine direkte Tirade gegen den ersten Autor ist in folgender Passage zu erkennen:

> Zum Schluss wäre doch noch eingehend zu prüfen, ob es nicht gerade die Feinde der Demokratisierung sind, welche die Demokratie zersetzen. Heimatgefühl, Identifikation lassen sich nicht befehlen. Wir alle sind dazu aufgerufen, jene Zustände stets erneut zu schaffen, die es der Mehrheit unserer Mitbürger erlauben, sich mit dem Gemeinwesen zu identifizieren.[411]

Der ominöse bundesrätliche Schritt floss auch in die damalige Wahlkampagne ein. In der Sendung „Parteienvertreter im Kreuzfeuer" vom 7. Oktober sorgte eine Publikumsfrage zum Verhalten des Bundesrates für eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen Schwarzenbach und dem PdA-Kandidaten Hansjörg Hofer.[412]

Campiches Person weckte die Aufmerksamkeit der „National-Zeitung", die ihm einen kurzen Artikel widmete. „Auf keinen Fall kann der bundesrätliche Schritt als erste Stufe zur Einfrierung oder gar zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Franco-Spanien interpretiert werden", heißt es zu Beginn des Artikels.[413] Der zurückgekehrte Botschafter wird als „ausserordentlich selbständiger Kopf im diplomatischen Corps" und gemäß dem Urteil von ehemaligen Mitarbeitern als „differenzierte, belesene und kultivierte Persönlichkeit" beschrieben.[414] Aus seinen Memoiren und dem überlieferten Archivmaterial geht hervor, dass er wohl ebenso wenig von seiner Zurückbeorderung nach Bern wie von den Schweizer Protesten gegen die Todesurteile hielt. Aus ersterem Zeugnis stammen folgende Worte, die er im Oktober 1975 in Genf niederschrieb: „Exécution de terroristes en Espagne. Indignation en Europe. Cette vague, provoquée selon Raymond Aron, par les ‚professionnels de l'indignation intermittente et sélective', gagne aussi la Suisse."[415] Der hier zitierte französische Soziologe und Philosoph hatte seit seinem Beitrag in der Vortragsreihe des Instituts für Auslandforschung in den fünfziger Jahren in der Schweiz eine gewisse Bekanntheit

---

410 Solidarität mit Francos Erben? in: VuH, Nr. 13, Dezember 1975.
411 Ebd.
412 Vgl. wf Radio- und Fernsehspiegel, Nr. 41, 6.-12. Oktober 1975, S. 3.
413 Wer ist unser Mann in Spanien? in: NZ, Nr. 306, 2. Oktober 1975.
414 Ebd.
415 Campiche, Marée du soir, S. 156 (Hervorhebung im Original).

erlangt.[416] Aron kritisierte in seinem berühmten Werk von 1955 *L'Opium des intellectuels* die Bewunderung mancher französischer Gelehrte für den Marxismus,[417] wofür er in Schweizer rechtskonservativen Kreisen auf Enthusiasmus stieß.

In der geschichts- und politikwissenschaftlichen Fachliteratur wird die Zurückbeorderung des Schweizer Botschafters zu Konsultationszwecken als wichtiges Kapitel im außenpolitischen Verhalten der Eidgenossenschaft beschrieben.[418] In seinen 1992 erschienenen Memoiren sollte Graber jenen diplomatischen Schritt wieder aufnehmen und vehement verteidigen:

> La Suisse peut être amenée à sortir de sa réserve dans d'autres circonstances. Par exemple lorsque l'ensemble des démocraties dénoncent la justice sommaire de régimes autoritaires menaçant de mort ou d'autres mesures dégradantes des opposants osant, sans recours à la violence, revendiquer un changement du système. C'est ainsi que la ‚justice' d'une dictature franquiste déjà très ébranlée avait condamné à mort plusieurs indépendantistes basques n'ayant été mêlés à aucun acte de terrorisme. Tous les gouvernements des démocraties occidentales avaient alors exprimé leur indignation et réclamé la commutation de ces peines. La plus vieille démocratie du monde ne pouvait, seule, se taire. Sa politique de neutralité aurait été considérée comme un paravent commode et un peu lâche. Elle s'est donc jointe à la protestation des autres. J'y ai ajouté le geste diplomatique usuel de réprobation, savoir le rappel à Berne, pour consultation et pour deux jours, de notre ambassadeur à Madrid. Bien sûr, quelques politiciens ou journalistes ont critiqué ma décision, mais l'opinion publique m'a largement suivi.[419]

Graber, der 1970 im EPD seinen Parteikollegen Willy Spühler abgelöst hatte, setzte die außenpolitische Öffnung der Schweiz fort.[420] Lange Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war die Schweizer Diplomatie fest in den Händen des freisinnigen Bundesrates Max Petitpierre gewesen, der sich bis zu seinem Rücktritt 1961 für eine aktivere Neutralitätspolitik im Zeichen der wirtschaftlichen Integration der Schweiz einsetzte, aber einen Beitritt zu supranationalen Organisationen wie dem Europarat oder der UNO ablehnte.[421]

Solidarität[422] und Humanität sollten künftig durch die Übergabe des außenpolitischen Ressorts an die Sozialdemokraten dem Opportunismus früherer Jahre

416 Vgl. Bretscher-Spindler, Vom heissen zum Kalten Krieg, S. 223–226.

417 Vgl. Roussellier, Raymond Aron, S. 86; Ackermann, Totalitäre Versuchung, S. 326f.

418 Vgl. Fanzun, Die Grenzen der Solidarität, S. 102; Widmer, Schweizer Aussenpolitik, S. 399; Altermatt, Vom Ende des Zweiten Weltkrieges…, S. 74; du Bois, Pierre Graber, S. 532; Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 418.

419 Graber, Mémoires et réflexions, S. 227f (Hervorhebung im Original).

420 Vgl. Fanzun, Die Grenzen der Solidarität, S. 91; du Bois, Pierre Graber, S. 532.

421 Vgl. Trachsler, Bundesrat Max Petitpierre, S. 259ff.

422 Zwar taucht schon im Zusammenhang mit Petitpierres außenpolitischem Verständnis der Begriff der „Solidarität" prominent auf (vgl. ebd., S. 101f. u. 236), doch lag hier eine deutlich prowestliche Interpretation des Begriffs zugrunde.

entgegengesetzt werden. Zu diesem Zweck wurde bereits 1971 eine Studiengruppe berufen, welche klären sollte,

> [...] ob die Neutralität in der gegenwärtigen Situation tatsächlich noch das beste Mittel zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit darstelle oder ob sich die Formen der internationalen Zusammenarbeit im Zuge der weltweiten Entspannung derart entwickelt hätten, dass die Identität der Schweiz mit der Einfügung in diese Kooperation besser gewahrt werden könnte.[423]

Ein Blick in die Archivakten zeigt allerdings, dass der Eklat im September 1975 und dessen Wirkung weder von einem radikalen Geist noch von einem vorbehaltslosen außenpolitischen Engagement ausgelöst worden war; die so oft zelebrierte Zäsur oder die „eigenständigere[n] Konturen“[424] helvetischer Außenpolitik der siebziger Jahre sind deshalb einem kritischen und relativierenden Blick zu unterziehen. Zu diesem Zweck ist es zunächst naheliegend, auf die Person Grabers einzugehen.

Der Neuenburger Sozialdemokrat gehörte dem reformistischen Flügel der SP an und setzte sich für die Konkordanzdemokratie ein, was zuweilen für Streitigkeiten mit dem linken Parteiflügel sorgte.[425] Schon als Mitglied des Waadtländer Großen Rates in den dreißiger Jahren war er mit parteiinternen Spannungen konfrontiert gewesen. Die Waadtländer Sozialdemokraten spalteten sich 1939 in zwei Lager, wobei der größere Teil dem prosowjetischen Gegenspieler Grabers, Léon Nicole, folgte.[426] Von Grabers moderaten Einstellung innerhalb der Partei zeugt unter anderem seine Ablehnung, Salvador Allendes Witwe im Bundeshaus zu empfangen; ein Traktandum, das parteiintern in denselben Tagen behandelt wurde, als in Spanien die letzten Hinrichtungen vonstatten gingen.[427] Kurz nach Campiches Rückkehr nach Bern und nach seiner Unterredung mit Graber unterrichtete dieser in einer Notiz den Gesamtbundesrat über die jüngsten diplomatischen Begebenheiten zwischen beiden Ländern. Darin wird ein Gespräch zwischen Campiche und dem spanischen Außenministerium paraphrasiert, in welchem die guten Beziehungen beteuert werden und der daraus resultierende Entschluss gerechtfertigt, Spaniens Botschafter in der Schweiz auf seinem Posten bleiben zu lassen. Wichtiger ist hier der zweite Punkt, der in der Notiz angesprochen wird

> [S]i toutefois ‚les choses devaient aller plus loin‘, le Ministère [des affaires étrangères d’Espagne] ne pourrait pas ‚répondre des réactions du gouvernement et d’autres reactions‘.

423 Fischer, Die Grenzen der Neutralität, S. 133.
424 Tanner, Grundlinien der schweizerischen Aussenpolitik seit 1945, S. 10.
425 Vgl. Jeanneret, Pierre Graber.
426 Vgl. du Bois, Pierre Graber, S. 528.
427 Vgl. Procès-verbal, Séance du Comité directeur du 29 septembre 1975 au Palais fédéral, Bern, SSA Ar 1.110.66, S. 2.

> Selon l'interprétation de notre Ambassadeur, serait considérée comme allant ‚plus loin' toute nouvelle décision gouvernementale – telle que celle d'un embargo sur le matériel de guerre ou d'autres mesures restrictives; des manifestations anti-espagnoles en Suisse n'entreraient cependant pas dans cette catégorie.[428]

Zudem wird Campiches Anregung zugestimmt, die Dauer seiner Abwesenheit von Madrid so kurz wie möglich zu halten, um die Beziehungen mit Spanien und die schweizerischen wirtschaftlichen Interessen nicht zu gefährden. Graber plädiert deshalb dafür, Campiches Rückkehr nach Madrid mit derjenigen des österreichischen Botschafters abzustimmen. Der Bundespräsident äußert außerdem indirekt Kritik an seinem schwedischen Amtskollegen und Parteigenossen Olof Palme für seine „propos injurieux […] à l'adresse du Chef d'Etat espagnol."[429] Die Bedeutung, die Bundesrat Graber der Waffenausfuhr beimisst, zeigt, dass der oft zitierte „Akzentwechsel" nur oberflächlich und dass der Opportunismus nach wie vor „akzentsetzend" war. Das Argument der Menschenrechte und der Solidarität ging kurzerhand ins Gebot der Normalisierung der Beziehung zu Spanien über. Aus dem „wf Radio- und Fernsehspiegel"[430] geht außerdem hervor, dass laut dem Moderator der Sendung „CH" Hansjörg Erny Bundespräsident Graber das Unterbleiben von Fragen betreffend Schweizer Waffenausfuhr nach Spanien in einem Interview vom 4. Oktober verlangt habe.[431]

Aus einer Notiz, die Wochen später abgefasst wurde, lassen sich die Daten der Zurückbeorderungen der jeweiligen europäischen Länder ermitteln.[432] Nur ein Land ließ mit seiner Reaktion länger auf sich warten als die Schweiz: die Republik Österreich,[433] die erst am 30. September ihren Botschafter zurückrief.[434] Die Schweiz war zudem das zweite Land, das seinen Botschafter wieder an seinen Posten in Madrid schickte; der apostolische Nuntius war bereits am 30. September da,

428 Note à Messieurs les membres du Conseil fédéral, Berne, 2. Oktober 1975, BAR E2001E 1987/78, Bd. 537, S. 2 (Hervorhebung im Original).

429 Ebd., S. 3.

430 Der „wf Radio- und Fernsehspiegel" der Wirtschaftsförderung (wf) verfolgte ursprünglich dieselben Ziele wie die SFRV, doch distanzierte er sich später von der antikommunistischen Rhetorik der SVP-Politiker. Vgl. Frischknecht et al., Die unheimlichen Patrioten, S. 228f.

431 Vgl. wf Radio- und Fernsehspiegel, Nr. 40, 29. September – 10. Oktober 1975, S. 8.

432 Aus der Notiz entnehmen wir, dass die DDR am 3. Oktober ihre diplomatische Beziehung zu Spanien abbrach. Die spanischen Interessen im SED-Staat wurden seit dem 16. Oktober durch die Schweiz vertreten.

433 An der Spitze der österreichischen Regierung stand damals der Sozialdemokrat Bruno Kreisky. Offenbar waren die Affinitäten Grabers zu seinem österreichischen Kollegen stärker als zu dem schwedischen Ministerpräsidenten.

434 Vgl. Notiz, Bern, 23. Oktober 1975, BAR E2001E 1987/78, Bd. 537.

während Campiche am 6. Oktober die Leitung der Schweizer Botschaft in Madrid wieder übernahm,[435] als ob im Morgengrauen des 27. September nichts geschehen wäre.

Um die Empörung in den rechtsbürgerlichen Reihen zu verstehen, ist es notwendig, einen wichtigen Vorfall zu beleuchten, der von großer diplomatischer Reichweite war. Bereits in den Antworten des Bundesrates auf die Fragen, die im Hinblick auf ein Fernsehinterview vom 2. Oktober 1975 gestellt werden sollten, ist zu lesen:

> *Frage:* Wie wird sich der Bundesrat bei weiteren Hinrichtungen in Spanien verhalten?
> *Antwort:* Nach den stattgefundenen Prozessen muss uns die Ankündigung neuer Gerichtsverhandlungen unter umstrittenen Bedingungen mit grosser Sorge erfüllen. Wir werden die Entwicklung aufmerksam verfolgen. […] Natürlich hat jeder Staat das Recht, sich gegen den Terrorismus zu verteidigen, aber er darf dies nicht tun, indem er die Menchenrechte missachtet. Umso mehr als die Menschenrechte ein Bestandteil der Schlussakte von Helsinki sind, die auch Spanien unterzeichnet hat.[436]

Zwischen dem 30. Juli und dem 1. August 1975 hatte in Helsinki die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) getagt. Unter den 35 Teilnehmerstaaten war auch die Schweiz mit Pierre Graber vertreten.[437] Erstmals angeregt wurde die Idee einer gesamteuropäischen Konferenz von der Sowjetunion und zwar schon im Jahre 1954.[438] Zunächst begegneten die westlichen Mächte dem sowjetischen Vorschlag indes mit Skepsis, doch bereits Ende der sechziger Jahre stieg auch das Interesse der NATO-Mächte an einem solchen Zusammenschluss an.

Die Konferenz verfolgte unterschiedliche Ziele, wie die gesamteuropäische Sicherheit, die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie und die Beachtung der Menschenrechte. Den humanitären Bestrebungen der KSZE entgegnete der westliche Antikommunismus als Integrationskraft der rechtsautoritären Diktaturen Südeuropas.[439]

Der Schweiz war es wichtig, die aktive Rolle der neutralen Länder in der Schlussakte zu bekräftigen. Neben den NATO-Mitgliedstaaten und jenen des Warschauer Paktes bildete sich eine dritte Gruppe, die Neutralen und Nichtgebundenen (N+N), der auch die Schweiz angehörte.[440] Zwei von der Schweizer Delegation vorgeschlagene

---

435 Vgl. ebd.; Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 411.
436 Fragen für TV-Interview 2. Oktober [1975] über Spanien, 3 Seiten, BAR E2001E 1987/78, Bd. 537, S. 2.
437 Vgl. Fischer, Die Grenzen der Neutralität, S. 150f.
438 Vgl. von Grünigen/Schärli, Die Schweiz und der Prozess der KSZE, S. 569f.; Fanzun, Die Grenzen der Solidarität, S. 105.
439 Vgl. Judt, Postwar, S. 525.
440 Vgl. von Grünigen/Schärli, Die Schweiz und der Prozess der KSZE, S. 583f.; Fischer, Die Grenzen der Neutralität, S. 126.

Punkte tauchten tatsächlich in der Schlussakte auf: das Recht der Teilnehmerstaaten auf Neutralität und das Streitregelungsverfahren zur friedlichen Schlichtung von Streitfällen.[441] Dieser Erfolg war unter anderem der Schweizer Delegation zuzuordnen, die bereits 1972 im Rahmen von multilateralen Vorbereitungsgesprächen in Dipoli (Finnland) die Vorgaben des EPD umsetzte. Die Schweizer Delegation wurde in jener Zeit gerade von Samuel Campiche geleitet, der damals die Schweizer Interessen in Finnland als Botschafter vertrat.[442] Die Erwähnung der Menschenrechte im Dokument war insofern wichtig, als der humanitäre Aspekt vom Prinzip der Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten getrennt wurde. Auf diese Weise konnte sich kein Staat mehr gegen menschenrechtlich motivierte Interventionen wehren und diese als fremde Einmischung zurückweisen.[443]

In der Heimat wurde der Schweizer Beitritt zur Konferenz mit der Kontinuität der Schweizer Neutralitätspolitik erklärt.[444] Der parlamentarische Widerstand gegen das Schweizer Engagement kam vom rechten Parteienspektrum. Die jeweiligen außenpolitischen Kommissionen beider Kammern interessierten sich nicht für die menschenrechtlichen Aspekte der Schlussakte, sondern richteten ihr Augenmerk auf die neutralitätspolitischen Implikationen des schweizerischen KSZE-Beitritts.[445] Schwarzenbach, aber auch Freisinnige wie Otto Fischer, Theodor Gut und der vorhin genannte Ständerat Peter Hefti kritisierten die Schweizer Mitunterzeichnung der Schlussakte von Helsinki vehement.[446]

Der bundesrätliche Protest gegen die Erschießungen in Spanien und die Zurückbeorderung des Schweizer Botschafters aus Madrid erscheinen vor dem Hintergrund der Schweizer KSZE-Beteiligung als konsequente Umsetzung eines paneuropäischen Projektes, das Sicherheit, kulturellen Transfer und Solidarität sichern, und als Rückendeckung gegen die rechtsbürgerlichen Vorwürfe der verletzten Neutralitätsmaxime wirken sollte. Die dramatischen Vorkommnisse in Spanien wiederum fungierten hier gewissermaßen als eine Bestätigung *a posteriori* des schweizerischen KSZE-Engagements und verliehen dem Präzedenzfall der Rückberufung des Botschafters zusätzliche Legitimation. Vom Burgos-Prozess von 1970 über die Hinrichtung des jungen Anarchisten Puig Antich im Jahre 1974 bis zu den soeben behandelten Erschießungen im September 1975 zeichnete sich eine Entwicklung ab, die ihren Höhepunkt im diplomatischen Protest fand.

441 Vgl. Fischer, Die Grenzen der Neutralität, S. 140–150.
442 Vgl. Fanzun, Die Grenzen der Solidarität, S. 112.
443 Vgl. ebd., S. 118.
444 Vgl. Fischer, Die Grenzen der Neutralität, S. 152.
445 Vgl. Fanzun, Die Grenzen der Solidarität, S. 118.
446 Vgl. Fischer, Die Grenzen der Neutralität, S. 155f.

Stärker als jede Reaktion zuvor irritierte der ungewöhnliche diplomatische Schritt die Gemüter des bürgerlich-konservativen Gesellschaftsmilieus. Anders als 1970 und 1974 war diesmal die „heilige Kuh“ namens Neutralität angetastet worden. Humanitär begründete Argumentationen wurden nun als heuchlerisch und einseitig abgestempelt und mit dem Hinweis auf die vermeintlich von den Hingerichteten vollzogenen Verbrechen abgelehnt. Hier treten zwei für die damalige Zeit typische kollektive Ängste auf. Die eine war geopolitisch bedingt, auf einen möglichen Linksrutsch Spaniens nach portugiesischem Vorbild und der daraus folgenden Zunahme sowjetischer oder zumindest sowjetfreundlicher Macht im Südwesten Europas zurückzuführen. Die andere kreiste um die Zunahme des Linksterrorismus im nördlichen und im südlichen Nachbarland. Von linker beziehungsweise linksliberaler Seite erkennt man hingegen eine Stetigkeit in Bezug auf die Interpretation von Todesurteilen und Hinrichtungen in Spanien: Sie lassen das nahe Ende der Diktatur ahnen, werden entsprechend als Zeichen von Schwäche, als „letzte Zuckungen“ des Regimes gedeutet. Damit verbunden war die beunruhigende Frage nach dem Potenzial des Franquismus, sich nach dem Tode des Diktators zu perpetuieren. Mit der Erkrankung Francos erlebte diese Fragestellung mediale Hochkonjunktur.

5.5 Francos Sterben (Oktober bis November 1975)

Der Winterthurer Schriftsteller Serge Ehrensperger befasste sich in seinem erst 1987 erschienen Roman *Francos langes Sterben* mit den letzten Tagen des Diktators. Das Buch war allerdings bereits während seines Madrider Aufenthaltes geschrieben worden, als der Autor als Germanistiklektor der Madrider Universität Einblicke in die gehobene Gesellschaft der spanischen Hauptstadt hatte. Die herrschende Untergangsstimmung verdeutlicht sich besonders in folgender Passage:

> Auch der Staatschef schickte sich an, das Zeitliche zu segnen. Der Ärger über die ausländischen Proteste gegen die Exekutionen mit der Würgeschraube [sic!], die er persönlich angeordnet hatte, trieben den 83jährigen selber dem Schindanger entgegen, wo ihn auch die zweihunderttausend einst von ihm Füsilierten erwarteten – begreiflich, dass er sich mit allen Mitteln sträubte gegen ihren Empfang!
> Auf dem Orientplatz hatte er das Wichtigste verschwiegen:
> ‚Spanier, es ist das letzte Mal, dass ihr mich seht!‘[447]

Abgesehen von der Fehlinformation bezüglich der Hinrichtungsmethode gewährt Ehrenspergers Roman Einblicke in die subjektive Wahrnehmung einer spannungsgeladenen Zeit, die sich sprachlich, stilistisch und von seiner Intention her von denjenigen

447 Ehrensperger, Francos langes Sterben, S. 292.

Texten unterscheidet, welche die Schweizer Spanienkorrespondenten produzierten. Tatsächlich sollte die Massenkundgebung vom 1. Oktober 1975 nicht der letzte öffentliche Akt des greisen Diktators sein. Am 12. Oktober, dem spanischen Nationalfeiertag (sp. *Día de la Hispanidad*), präsidierte er einen feierlichen Akt im *Instituto de Cultura Hispánica*. Zwei Tage später verschlechterte sich Francos Gesundheit drastisch, und er erlitt darauf drei Herzattacken.[448] Zusätzlich kam die Verkündung des Königs von Marokko Hassan II., die Kolonie Spanisch-Sahara im sogenannten „Grünen Marsch" friedlich zu besetzen.[449] Erst am 21. Oktober wurde die spanische Öffentlichkeit über die Ernsthaftigkeit der gesundheitlichen Lage des Staatschefs informiert. Diese verschlechterte sich in den folgenden Wochen zunehmends. Hinzu kamen schwere Magenblutungen und ein Lungenödem.[450]

Am 22. Oktober widmete sich die Radiosendung „Echo der Zeit" Francos Gesundheitszustand. Linde Herrmann berichtete telefonisch über die neuesten Informationen aus Madrid.[451] Der Radiomoderator begann den Beitrag mit einem Hinweis auf die umstrittenen, sich widersprechenden Meldungen. Linde Herrmann folgte darauf und sagte:

> Spanien durchlebt hektische Stunden. Alles klammert sich an die knappen Mitteilungen des Franco umgebenden Ärzteteams, der [sic!] am letzten von einer Besserung spricht. Den vorhandenen Diagnosen nach zu urteilen, ist seine Herzinsuffizienz allerdings sehr ernst. Wann Francos Lebensfaden abläuft, wagt niemand vorauszusagen. In Stunden, Wochen oder Monaten? Sein zähes Naturell samt dessen er mit bereits eingetretenen, aber verspätet diagnostiziertem Herzinfarkt den vorletzten Ministerrat leitete, schliesst durchaus die Möglichkeit ein, dass ihm noch einige Monate zum Leben bleiben, nicht aber die Kraft zur Staatsführung. […]
>
> Spanien, das sich kaum von den schweren inneren Spannungen der letzten Wochen erholt hat, dessen internationale Stellung geschwächt ist und das von dem akuten Sahara-Problem bedrückt wird, ist durch das Geschehen um Franco und die bange Frage nach der nächsten Zukunft zutiefst verunsichert.[452]

Die Journalistin berichtete zudem auch über die Pressekonferenz, an welcher die spanische Öffentlichkeit erstmals über Francos Erkrankung informiert worden war. In der zweiten Hälfte der zwölfminütigen Sendung wurde auf eine Telefonkonferenz mit Rolf Pellegrini umgeschaltet, der aus Paris berichtete, wo eine Pressekonferenz der oppositionellen Plattform um den Kommunisten Santiago Carrillo kurz davor stattgefunden hatte.

448 Vgl. Bernecker, Der Tod des spanischen Diktators, S. 162.
449 Vgl. Payne, The Franco Regime, S. 617.
450 Vgl. Fusi, Franco, S. 243.
451 Echo der Zeit, Echo von Mittwoch, 22. Oktober 1975, RadAR SRF, Bd. 25822.
452 Ebd.

Drei Tage später wurde im Hinblick auf den vermeintlich bevorstehenden Tod des spanischen Diktators im Rahmen derselben Radiosendung ein dokumentarischer und biografischer Beitrag über den Sterbenden ausgestrahlt. Die Sendung dauerte über 30 Minuten und wurde mit folgenden Worten eingeleitet:

> Historische Stunden in Spanien. Staatschef Francisco Franco, der *Caudillo*, liegt im Sterben. Die Ära Franco ist zu Ende, der Nachfranquismus hat begonnen. Ein Stück Geschichte ist abgeschlossen.
>
> Im Oktober 1936, inmitten eines grausamen Bürgerkriegs, bei dem eine Million Menschen ums Leben kam, proklamierten seine Anhänger den von Hitler-Deutschland und Mussolini-Italien unterstützten Franco zum Staatschef. Seither hat er das Land mit eiserner Hand regiert bis zuletzt noch, als er anfangs Monat fünf politische Terroristen füsilieren liess und in Europa ein Sturm der Entrüstung losbrach.[453]

Darauf wird ein Fragment einer Rede Francos aus dem Jahre 1966 abgespielt, die übersetzt wird. In der Rede gibt der General sein Selbstimage als Soldat „Gewehr bei Fuss" preis. Die Reportage lenkt dann auf das externe Bild Francos und greift auf den Zeitzeugen und die Schlüsselfigur der Schweizer Sozialdemokratie Walther Bringolf zurück. Dieser erklärt:

> Franco war ein Freund Mussolinis, der immerhin den italienischen Faschismus vertrat. Aber Franco war noch… mehr ein Agent Hitlers, der mit dem Dritten Reich gemeinsame Sache machte. Und der Erfolg des Dritten Reiches in den dreissiger Jahren der Krise, die Zerstörung der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften, die Bildung der KZ […], das hat in Europa unglaublich nachgewirkt. Und der spanische Bürgerkrieg wurde sozusagen zu einem Symbol für den Freiheitskampf derjenigen, die gegen den Nationalsozialismus und gegen den Faschismus waren. […] Man vergesse nicht, wenn ich sage, dass Franco ein Hitler-Agent war, dass die Flieger, die Guernica bombardierten, das Beispiel gaben für die Bombardierung offener Städte. […]
>
> Nach dem Tode Francos wird Spanien beweisen müssen, dass es die Freiheit mehr liebt als den Terror und die Diktatur.[454]

Darauf wird das Urteil des Historikers Jean Rudolf von Salis ausgestrahlt. Der Moderator fragt unter anderem nach dem Grund für die außerordentlich lange Amtszeit des Diktators. Von Salis streitet politische Genialität ab. „Man muss nicht die geistigen Gaben mit einer politischen Klugheit oder einem politischen Beharrungsvermögen verwechseln."[455] Er geht dann auf drei bestimmte Gründe für Francos politische Langlebigkeit ein, das heißt, seinen Widerstand gegen Hitlers Aufforderung, sich am Zweiten Weltkrieg zu beteiligen, die Angst der Spanier um einen weiteren

453 Nachrichten und Echo von Samstag, Echo der Zeit zum Sterben Francos, 25. Oktober 1975, RadAR SRF, Bd. 25822.

454 Ebd.

455 Ebd.

Bürgerkrieg und die Polizeiherrschaft während der Diktatur. Auf die Frage, wie die Nachwelt über Franco urteilen wird, meint von Salis:

> Nun, sein Charakter wird natürlich im Gedächtnis der Nachwelt schwanken, weil die verschiedenen Menschen das auch sehr verschieden interpretieren werden. Wie Sie vorhin sagten, für einen Anhänger, für einen überzeugten Menschen der westlich-demokratischen Welt, ob er sie nun mehr liberal oder sozialistisch auslöst, ist natürlich dieses anachronistische Falange-Regime, das ja ohne die militärische Hilfe Mussolinis und Hitlers den Bürgerkrieg gar nicht gewonnen hätte, ein Überbleibsel einer sehr unangenehmen Zeit. […] Wir haben ja keine Ahnung und können es wirklich nicht wissen, was nach Franco kommt. Sagen wir, es kommt wieder ein fürchterlicher Bürgerkrieg – ich glaube es persönlich nicht, aber sagen wir also als Hypothese – es kommt ein fürchterlicher Bürgerkrieg. Dann wird es natürlich in Spanien genug Menschen geben und vielleicht anderswo, die sagen: ‚Ja, unter Franco war es wenigstens ruhig.' Also die berühmte Ordnung.
>
> Kommt im Gegenteil ein Regime zustande, das sich Westeuropa annähert, das mit Westeuropa leben kann, sich vielleicht den europäischen Organisationen anschliessen kann. Dann wird man das Gedächtnis an Franco eher und sogar ganz bestimmt als etwas durchaus Überlebtes und Unlebendiges empfinden.[456]

Von Salis tritt im Interview weniger als Historiker auf, sondern als Journalist und Weltchroniker, der in der Schweizer Öffentlichkeit seit dem Zweiten Weltkrieg eine gewisse Berühmtheit erlangt hatte. In seinem Urteil über Franco verschweigt er beispielsweise den Einsatz der Blauen Division an der Ostfront, Seite an Seite mit Nazi-Deutschland. Darauf folgen Worte des deutschen Schriftstellers und Journalisten Hans Joachim Sell, Autor zweier Bücher über Spanien, der sich zu den Ursachen für die Stabilität des Regimes äußert. Sell erklärt, Franco habe nie etwas unternommen, um die beiden Bürgerkriegslager nach dem Krieg miteinander zu versöhnen. Sein Regime habe sich auf drei Säulen gestützt: das Großkapital, die Kirche, die sich allerdings in den letzten Jahren vom Regime distanziert hatte, und die Polizei, die laut Sell das von der Kirche hinterlassene Vakuum gefüllt habe. Francos Geschicklichkeit wird dann folgendermaßen erklärt:

> So sehr er nach Innen ein Diktator gewesen ist, so sehr hat er verstanden, nach Aussen flexibel zu bleiben. Das fing an mit seiner Distanz, die er zu Hitler gehalten hat. Das ging weiter mit seinem geschickten Verhalten gegenüber den Siegermächten nach dem Zweiten Weltkrieg und vor allen Dingen die Ausnützung der Weltkonstellation, sich auf die Seite Amerikas zu schlagen im erstmöglichen Moment und dann dort zu bleiben.[457]

Sell greift dann den Aspekt der Apolitisierung der Massen auf, das heißt, der Orientierung nach gewissen Lebensstandards. Über eine Telefonkonferenz äußert sich dann der BBC-Chefkorrespondent Charles Wheeler und beschreibt das rechte Lager in Spanien als das dominante. Grund dafür sei die Angst vor einem neuen Bürgerkrieg.

456 Ebd.
457 Ebd.

Darauf folgt ein Beitrag des Korrespondenten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Madrid, Walter Haubrich, der Wheelers Aussagen stark nuanciert, und den Reformern, das heißt, der konservativen Opposition die besten Chancen für eine stabile Regierung unter Juan Carlos prognostiziert.

Das Interesse des Radiomoderators richtet sich dann auf Juan Carlos, dem eine bloße Zuschauerrolle nachgesagt wird. Haubrich sieht in ihm mehr als das, doch hänge vieles noch von seinem politischen Talent ab, wozu es noch keine Gelegenheit gegeben hätte, es unter Beweis zu stellen. Haubrich meint ferner, Juan Carlos habe sich lange Zeit auf seinen neuen Posten vorbereitet und habe „diese Vorbereitung sehr ernst genommen“. Er schätzt den jungen Prinzen als willig dazu ein, das Land zu demokratisieren und beschreibt die PCE als „die am besten organisierte Partei“, die mit ihrer illegalen Gewerkschaft den stärksten Einfluss auf die Arbeiter habe. Die spanische Armee wird, anders als jene des Nachbarlandes, als weniger politisiert beschrieben. Die spanischen Generäle verstünden sich vielmehr als Garanten der inneren und äußeren Sicherheit; nur eine geringe Minderheit davon sei rechtsextrem eingestellt. Dagegen existiere eine stärkere Minderheit demokratisch gesinnter Offiziere. Der Moderator stellt dann Sell folgende Frage:

> Das Regime Francos, das in einem Klima des Schreckens begonnen hat, endet in einem Klima der Angst, des Terrors und der Repression. Ist mit dem Tode Francos eine Verbesserung dieses Klimas zu erwarten? Kommt es zu einer Öffnung, zu einer Liberalisierung oder steuert Spanien einer zweiten Katastrophe entgegen?[458]

Sell äußert eine gewisse Skepsis, denn man könne „die Möglichkeit einer zweiten Katastrophe [keineswegs] von der Hand weisen.“[459] Als Gegenmittel gegen eine blutige Auseinandersetzung auf spanischem Boden sieht er eine gegenseitige Annäherung zwischen Juan Carlos und Europa. Ferner müsse eine politische Amnestie dekretiert werden, die als erster Schritt einer umfänglichen Liberalisierung fungieren sollte. Abschließend sagt er: „Diese Liberalisierung müsste aber in einem Tempo geschehen, dass das spanische Militär nicht in die Versuchung gebracht würde, Partei zu nehmen für einen Teil der Bevölkerung, denn wenn das geschähe, hätte man wieder die Katastrophe.“[460]

Auch das Fernsehen DRS verfolgte die Entwicklungen in Spanien mit größter Aufmerksamkeit. Bereits im Juni desselben Jahres, also Monate vor Francos Erkrankung, hatte man im Rahmen der „Rundschau“ eine 25-minütige, von „Thames TV“ produzierte und von Annemarie Schwyter verfasste Reportage ausgestrahlt, die sich

458 Ebd.
459 Ebd.
460 Ebd.

mit dem Postfranquismus auseinandersetzte.[461] Am 21. Oktober wurde in derselben Sendung die Reportage *Spanien vor der Stunde Null* gesendet, an deren Produktion ebenfalls „Thames TV" und TSR beteiligt waren.[462] In diesem Beitrag alternieren mehrmals kurze Sequenzen aus dem Bürgerkrieg in Schwarz-Weiß-Bildern (Militärparaden, Erschießungen, Franco mit gehobenem Arm grüßend) mit farbigen und ebenso kurzen Sequenzen aus dem Madrider Lebensalltag (moderne Hochhäuser, Straßenszenen, Schaufenster, Autoverkehr). Diese rapide Abwechslung suggeriert die Idee des Anachronismus des Regimes, das eigentlich immer noch auf dem Stand von 1936–1939 geblieben sei, doch betont sie auch eine urbane Modernität Spaniens und eine wirtschaftliche Pulskraft, wie man sie auch in anderen westeuropäischen Ländern feststellen könnte. Noch deutlicher wird dieser Unterschied betont, indem die Schwarz-Weiß-Bilder, anders als die modernen Alltagsbilder, musikalisch untermauert werden. Diese Zusammensetzung von unterschiedlichen Sequenzen ruft auch die Idee des unbewältigten Traumas hervor, das der moderne Lebensstandard zu verdrängen versuchte. Zur Verwendung der Musik im Audiovisuellen schreibt Hickethier, dass sie „das visuelle Gezeigte mit *emotionalen Qualitäten* versehen und in spezifischer Weise interpretieren" kann.[463] Speziell in Bezug auf das Fernsehen vertritt Fahlenbrach die Behauptung: „Vor allem in Informationsformaten und dokumentarischen Genres illustrieren Bilder die sprachlichen Aussagen von Akteuren."[464] In diesem konkreten Falle bestand die eingesetzte Musik aus einem martialisch anmutenden und an Kriegsfilmmusik erinnernden Perkussionsbeat mit anschließenden leicht dissonanten und düsteren Streichertönen, also auditiven Elementen, welche üblicherweise zwecks Erzeugung von Emotionen wie Angst oder Gefahr verwendet werden.[465] Darauf setzt ein filmisches Narrativ der jüngsten Ereignisse Spaniens ein, angefangen mit der Ernennung des Prinzen Juan Carlos zum Nachfolger Francos im Juli 1969 und weitergeführt durch das Attentat auf den Ministerpräsidenten Carrero Blanco im Dezember 1973. Francos Erkrankung im Sommer 1974, Gefängnisszenen und die neuesten Hinrichtungen im September 1975 schließen diese Sequenz ab. Zahlreiche Vertreter unterschiedlichster Oppositionsströmungen äußern sich zur

---

461 Vgl. Spanien – Was kommt nach Franco? Rundschau, 10. Juni 1975, BAR J2.225 2007/195, Bd. 186.

462 Vgl. Spanien vor der Stunde Null, Rundschau, 21. Oktober 1975, BAR J2.225 2007/195, Bd. 194.

463 Hickethier, Film- und Fernsehanalyse, S. 94 (Hervorhebung im Original).

464 Fahlenbrach, Audiovisuelle Metaphern, S. 243.

465 Vgl. Hickethier, Film- und Fernsehanalyse, S. 96. Manchmal wurde bei Fernsehreportagen über Spanien auf klassische Musikeinlagen zurückgegriffen. Im Falle des „Rundschau"-Beitrages vom 10. Juni 1975 *Spanien – Was kommt nach Franco?* op. cit., wurde der Anfang des berühmten zweiten Satzes (Adagio) von Joaquín Rodrigos *Concierto de Aranjuez* verwendet. In der „Rundschau" vom 21. Oktober 1975 wurde hingegen eine Passage aus *O Fortuna* eingesetzt, dem ersten Satz von Carl Orffs *Carmina Burana*.

politischen Zukunft Spaniens, wie zum Beispiel der Monarchist José María de Areilza, der Linkskatholik Joaquín Ruiz-Giménez, der Sozialist Enrique Tierno Galván, der PSOE-Führer Felipe González, der Generalsekretär der PCE Santiago Carrillo und der ehemalige Falangist Dionisio Ridruejo.

Eine Woche später wurde in derselben Sendung eine Reportage wiederverwendet, die vom deutschen ZDF produziert und bereits 1971 im Deutschschweizer Fernsehen erstmals ausgestrahlt worden war.[466] Die Reportage drehte sich um die Figur des jungen Königs *in spe* und stellte Fragen in Bezug auf seine politischen Modernisierungsabsichten. Der allgemeine Grundtenor in den Informationssendungen, die 1975 über Juan Carlos berichten, weicht in Bezug auf Skepsis und latente Feindseligkeit kaum von demjenigen ab, der im Juli 1969, also zur Zeit seiner Ernennung zum Nachfolger Francos, in der Schweizer Presse oder in den Fernsehnachrichten präsent war. Man gewinnt den Eindruck, die Macher und Kommentatoren dieser Reportagen wollten kompromittierende Szenen aus dem Repräsentationsalltag des jungen Bourbonen besonders stark hervorheben und diese als aussagekräftig präsentieren.[467] Beispielsweise wurde gegen Ende der oben erwähnten „Rundschau" eine Szene aus einer hohen militärischen Feierlichkeit, die vom Prinzen präsidiert wurde, eingefügt, bei welcher er einen Offizier befördert und darauf eine Rede hält, in welcher er die versammelten Militärs an die Pflichten der Armee erinnert. Juan Carlos schließt seine Rede mit den Worten: „Der Prinz ist nie mehr Prinz, als wenn er Waffen trägt."[468] Erzählerisch fungiert dieser Einschub als Antithese zu den oppositionellen Offizieren der Unión Militar Democrática in der spanischen Armee,[469] sowie zur Nelkenrevolution in Portugal und der Rolle der jungen Offiziere beim Sturz des Caetano-Regimes. Die Sequenz suggeriert einerseits die Notwendigkeit des späteren Königs, das Wohlwollen der höchsten regimetreuen Armeeränge zu gewinnen, und andererseits seine Zugehörigkeit zur Armee.

Auch im italienischsprachigen Schweizer Radio wurde das Thema des Machtwechsels in Spanien mit großem Interesse verfolgt. Am 24. Oktober strahlte die RSI im Rahmen der Informationssendung „Panorama d'attualità" eine halbstündige Reportage

---

466 Vgl. Juan Carlos – König von Francos Gnaden, Rundschau, 28. Oktober 1975, BAR J2.225 2007/195, Bd. 194.

467 Die „Rundschau" vom 18. Februar 1975 suggeriert in ihrer letzten Sequenz ein Liebäugeln des Prinzen mit der extremen Rechten, als er sich anlässlich eines Gottesdienstes zu Ehren des ermordeten Ministerpräsidenten Carrero Blanco vor dem Kircheneingang einer ultrarechten Menschenmenge auf der anderen Straßenseite kurz zuwandte und dabei militärisch salutierte. Spanien – Verschärfte innere Auseinandersetzung, Rundschau, 18. Februar 1975, BAR J2.225 2007/195, Bd. 178; vgl. Prieto López, La imagen de la monarquía española…, S. 13–16.

468 Spanien vor der Stunde Null, Rundschau, 21. Oktober 1975, BAR J2.225 2007/195, Bd. 194.

469 Vgl. Schmidt, Diktatur und Demokratie, S. 478.

aus,[470] die vom Journalisten Aldo Sofia moderiert wurde. Einleitend geht er auf die historischen Momente, auf den Beginn der Diktatur im spanischen Bürgerkrieg und auf die jüngste Erkrankung des *Caudillo* ein. Zu Francos Nachfolger wird akustisches Archivmaterial über seine Ernennung im Juli 1969 abgespielt. Juan Carlos' Eid wird als „un atto di fedeltà incondizionata" umschrieben. Sowohl die Rede Francos als jene des Prinzen wird ohne Übersetzung wiedergegeben. Sofia stellt darauf die leitenden Fragen, um die sich die Sendung drehen wird: Wer ist eigentlich Juan Carlos, wer sind die politischen Kräfte, die ihn unterstützen oder ablehnen werden und wie wird der künftige König Spaniens regieren? Die Sendung stützt sich zum Teil auf alte Interviews mit den Oppositionellen Tierno Galván und Ruiz-Giménez, aber auch mit Juan Carlos selbst. In der Sendung intervenieren zudem der Journalist Mario Cervi, Spanien-Sonderkorrespondent des „Giornale Nuovo", sowie der Chefredakteur der Zeitschrift „Relazioni Internazionali" Francesco Ricciu. Sofias erste Frage richtet sich an letzteren, der sich im RSI-Studio in Lugano befindet und zielt auf die Biografie des Thronanwärters ab mit besonderer Rücksicht auf seine politische Gesinnung. Ricciu behauptet, das politische Profil des Prinzen sei von einem bestimmten Aspekt bedingt. Als er von General Franco zu seinem Nachfolger ernannt wurde, habe er deutlich geäußert, dass er vom Staatsschef die Legitimität des Staates vom 18. Juli, also vom *Alzamiento* gegen die Republik, erben würde.[471] Franco habe seinerseits signalisieren wollen, es handle sich dabei nicht um eine Restauration der Monarchie, sondern um eine neue Instauration, die nichts mit der liberalen Monarchie zu tun habe, die es vor dem Bürgerkrieg gab. Der italienische Journalist misst also Alfons XIII. liberale Züge bei, die er in Wirklichkeit nicht hatte, zumal er die Diktatur Primo de Riveras (1923–1930) gebilligt hatte.[472] Riccius Äußerungen situieren also die künftige Monarchie als autoritäre Staatsform im Geiste des Militärputsches von 1936 und lassen entsprechend Skepsis an der Liberalisierung des Regimes nach Francos Tod durchhören. Ein älteres Interview mit Juan Carlos wird dann ausgestrahlt, in welchem er zuerst auf die Frage nach seiner Meinung über General Franco antwortet:

> Le Général Franco est vraiment une figure décisive, historiquement et politiquement pour l'Espagne. Il a su nous en sortir ou résoudre la notre crise de 1936 [sic!]. Après ça il a joué politiquement pour nous en sortir de la Deuxième guerre mondiale et, à part ça, dans ces derniers trente ans il a mis les bases pour un développement que dans nos jours vous-mêmes pouvez constater.[473]

---

470 Vgl. Panorama d'attualità; La Spagna da Franco a Juan Carlos, 24. Oktober 1975, BAR J2.247 2005/238, Bd. 2095; Prieto, Finding Democracy in Spain, S. 196f.

471 Die paraphrasierte Passage kommt vor bei: Bernecker, Juan Carlos I., S. 285f.

472 Vgl. Tusell, La política, S. 56.

473 Panorama d'attualità; La Spagna da Franco a Juan Carlos, 24. Oktober 1975, BAR J2.247 2005/238, Bd. 2095.

Darauf äußert sich Juan Carlos darüber, was General Franco für ihn persönlich bedeute: „Pour moi c'est un exemple vivant, jour à jour, par son dévouement patriotique envers un service de l'Espagne et, à part ça, j'ai pour lui une très grande affection et admiration."[474] In Bezug auf das Monarchiegefühl der Spanier meint der Prinz: „Je suis convaincu que la monarchie a des fortes racines dans le peuple espagnol. N'oubliez pas que par deux fois consécutives, dans les derniers vingt ans, le peuple espagnol a voté dans les urnes sa préférence pour la monarchie."[475] Der Moderator begründet die Wahl dieses älteren Interviews damit, dass zu jenem Zeitpunkt die Vorstellung von einem weitgehend untraumatischen Übergang zum Postfranquismus vorherrschend war. Es stellt sich entsprechend die Frage nach einem Wandel in den Vorhaben des jungen Mannes, dem man damals nachsagte, ein Freund scheuer Öffnungsbestrebungen für Spanien zu sein. Doch während der letzten Krise des Regimes habe Juan Carlos nichts unternommen, um diese Erwartungen zu rechtfertigen. Durch sein Schweigen habe er deutlich Position zugunsten des Autoritarismus und der Repression bezogen. Ricciu teilt diesen Eindruck und erinnert an die Präsenz des Prinzen an der Seite des Diktators während der letzten Solidaritätskundgebung auf der Madrider *Plaza de Oriente*. Er räumt zwar ein, dass Juan Carlos als designierter Nachfolger des Diktators an jener Kundgebung nicht fehlen durfte, doch vermisst der Journalist jene Zeichen vom Prinzen, die ihn von den ultrarechten Sektoren des Regimes distanzieren könnten, verzichtet allerdings darauf, dem künfigen König die Etikette eines Liberalen anzuheften, doch erkennt er bei ihm eine gewisses „Spiel", eine gewisse Bereitschaft an.

Mario Cervi äußert sich dann in einem zuvor aufgenommenen Interview zu den möglichen Machtbasen Juan Carlos'. Er warnt vor einer zu pauschalen Verwendung des Begriffs der „Franquisten der ersten Stunde" und erklärt, der Franquismus habe einerseits eine konservativ-traditionalistische und andererseits eine falangistische Komponente mit vagen faschistischen Merkmalen. Juan Carlos werde vor allem von der konservativen Komponente, also vom franquistischen Establishment, wie der Armee, unterstützt. Auf die Frage nach dem Monarchiegefühl der Spanier antwortet Cervi, es gebe keine breite Unterstützung der Monarchie in Spanien, aber einen sehr starken Wunsch, dass der Machtübergang ohne Gewalt vonstatten gehe.

Das Gespräch dreht sich dann um das Thema der Beziehungen zwischen Juan Carlos und der Opposition. Cervi behauptet, dass die Mehrheit der oppositionellen Kräfte antimonarchisch gesinnt sei, doch erwähnt er auch, dass der Chef der spanischen Kommunisten, Santiago Carrillo, bereit wäre, die Monarchie zu akzeptieren, wenn sie vom Volk angenommen würde. Aldo Sofia vergleicht die Situation in Spanien mit dem Referendum in Griechenland, wo das Volk sich gegen eine Rückkehr des Königs entschieden hatte, weil man ihm Nähe zur Militärjunta vorgeworfen habe.

474 Ebd.
475 Ebd.

Nach Riccius Auffassung könne auch eine Rückkehr der Republik in Spanien möglich sein, wenn auch dieser Übergang friedlich und ohne Blutvergießen geschehe. Im Falle eines Referendums, wie es in Griechenland durchgeführt wurde, vermutet er eine republikanische Mehrheit, doch scheint ihm eine solche Volksbefragung nicht in absehbarer Zeit realisierbar.

Aldo Sofia schließt die Spezialsendung mit einer Frage an beide italienischen Journalisten. Wird Juan Carlos nach seiner Machtübernahme die Erneuerung und die Öffnung bewirken oder wird alles beim Alten bleiben? Cervi sagt, man könne diese Frage nicht wirklich beantworten, zumal Juan Carlos nach wie vor ein Rätsel sei. Manche Leute würden seine eher bescheidenen Qualitäten betonen, während andere ihm ein gewisses Interesse und eine besondere Urteilskraft in Bezug auf Spaniens Politik zuerkennen. Zweifelsfrei ist für Cervi, dass Juan Carlos nicht zum Fortsetzer des Franquismus werden könne, da der Franquismus an die Person des Generals gebunden sei: „Morto Franco, il franchismo non esiste più come tale."[476] Dem späteren König wird reeller Einfluss auf die Ereignisse abgesprochen, doch könne er zu einem Bezugspunkt werden. Ricciu zeigt sich mit Cervis Ausführungen größtenteils einverstanden. Hingegen bestreitet er die Unmöglichkeit eines Franquismus ohne Franco. Er widersprach also nicht bloß seinem Kollegen Cervi, sondern auch Tierno Galván, der die Existenz des Regimes mit der „biologischen" Existenz des Diktators verband.

Der Tod des Diktators ließ indessen entgegen allen Erwartungen, die in den Spaniennachrichten Ende Oktober verbreitet wurden, rund einen Monat auf sich warten. Auch die Zeitungen wappneten sich informativ für das kommende und unausweichliche Ende Francos und fügten Berichte und Interviews zur spanischen Thematik in ihre Blätter ein. Die „Weltwoche" vom 29. Oktober veröffentlichte gleich vier Texte zum Thema Spanien: einen Bericht Vermehrens, ein Interview mit Santiago Carrillo aus der Feder der italienischen Journalistin Oriana Fallaci, einen Artikel Demls über Juan Carlos' fehlende Resonanz und der Bericht eines spanischen Journalisten über die posthume Fortsetzung des Franquismus. Vermehrens Bericht fokussierte auf die spanische Wirtschaft und hinterfragte Francos Erfolgskonzept.

> Noch in den fünfziger Jahren gingen viele Spanier barfuss oder trugen selbstgefertigte Schuhe aus alten Autoreifen. Heute beträgt das Pro-Kopf-Einkommen über 2000 Dollar, und die spanische Industrie hat Weltniveau erreicht [...].
>
> Allerdings wäre dieser Aufschwung kaum möglich gewesen ohne die Steigerung des Tourismus, die nicht Franco, sondern dem Klima zu verdanken ist, ohne den Export spanischer Arbeitskräfte.[477]

Ferner spricht der Autor die gewaltige soziale Ungleichheit in Spanien an. Im Gegensatz zu den nationalsyndikalistischen Ideen des *Falange*-Gründers José Antonio

476 Ebd.

477 Die spanischen Dämonen, in: WW, Nr. 43, 29. Oktober 1975.

Primo de Rivera, habe Franco es vorgezogen, „sich auf die traditionellen Kräfte des vorrepublikanischen Spaniens zu stützen".[478] Über die Zunahme des Lebensstandards und die sozialen und gesundheitspolitischen Errungenschaften ließe sich nicht streiten, doch er kommt auf die zaghaften Zugeständnisse des Diktators zu sprechen. Am korporativen Staat italienischen Zuschnitts aus den frühen Jahren des Regimes habe sich wenig verändert. Immerhin werde ein Fünftel des Ständeparlaments vom Volk gewählt, die Pressevorzensur wurde abgeschafft und das Regime erlaubte die Gründung von Assoziationen, die sich aber an die Grundgesetze halten müssten. Dennoch sei der Franco-Staat der siebziger Jahre nicht anders als jener, als das Land ein Trümmerhaufen war. Vermehren schließt seinen Bericht mit den wichtigsten Forderungen, die an Juan Carlos adressiert werden: die Möglichkeit richtiger Parteien anstelle von Assoziationen, Autonomie für das Baskenland und Katalonien und eine deutliche Erweiterung persönlicher Rechte.

Angesichts der Aussichtslosigkeit seiner gesundheitlichen Lage willigte General Franco am 30. Oktober ein, Juan Carlos interimistisch die Staatsführung zu übertragen.[479] Aufgrund einer akuten Darmblutung musste sich Franco in der Nacht vom 2. zum 3. November in einem improvisierten Operationsraum im Pardo-Palast notfallmäßig einem Eingriff unterziehen.[480] Bis zu diesem Zeitpunkt war Francos Zustand zwar ernst, aber stabil geblieben.[481] Am 5. November wurde er ins Krankenhaus eingeliefert und am Tag darauf erneut operiert.[482] Ein großer Teil des Magens wurde entfernt und auch seine Nierenfunktion hatte sich deutlich verschlechtert, was eine Dialyse notwendig machte.[483] Während die spanischen Medien damit begannen, Juan Carlos' Image hochzustilisieren, verwendeten sie beim sterbenden Franco immer häufiger die Vergangenheitsform.

Am 15. November musste der General aufgrund einer starken Blutung und einer akuten Entzündung des Bauchfells erneut operiert werden. Der irreversible Herzstillstand am frühen Morgen des 20. November 1975 setzte seinem Leben ein Ende.[484]

Die „Tagesschau" berichtete vom Ableben des Diktators und strahlte dabei das vom Ministerpräsidenten Carlos Arias Navarro im Fernsehen verlesene politische Testament Francos aus. Die Nachricht wurde mit folgenden Worten kommentiert:

> In seiner letzten Botschaft […] ruft General Franco alle Spanier zur Einheit und zur Treue gegenüber dem künftigen König Juan Carlos auf. Franco spricht weiter den Wunsch aus,

478 Ebd.
479 Vgl. Bernecker, Der Tod des spanischen Diktators, S. 163.
480 Vgl. Preston, Franco, S. 777f.
481 Vgl. Fusi, Franco, S. 244.
482 Vgl. Preston, Juan Carlos, S. 315.
483 Vgl. Fusi, Franco, S. 268.
484 Vgl. Bernecker, Der Tod des spanischen Diktators, S. 165.

> dass Spanien nach seinem Ableben geeint, gross und frei bleibe und in Gerechtigkeit und Frieden leben möge. Mit einem von Tränen erstickten ‚Viva Espagna' [sic!] schloss Regierungschef [Arias] Navarro die Verlesung der letzten Botschaft Francos.[485]

Die Nachricht von Francos Tod wurde in der Hauptausgabe der „Tagesschau", um 20:00 Uhr, mit folgenden Worten eingeleitet: „Generallissimo [sic!] Franco, der letzte faschistische Diktator Europas, ist tot."[486] Die Bezeichnung ist insofern auffallend, als sie in der „Tagesschau" bis zu jenem Zeitpunkt kaum als Umschreibung für das das Franco-Regime verwendet wurde. Weniger auffallend ist sie, wenn man den sozialdemokratischen Einfluss in den Informationsformaten der SRG berücksichtigt. „Faschistisch" erscheint also als eine bewusste semantische Abfärbung der sozialdemokratischen Parteipresse auf die Monopolmedien. Das Sendungsmanuskript des „Telegiornale" zeigt, dass das Adjektiv „fascista" in den Text zum Background des Diktators handschriftlich hinzugefügt wurde.[487] Im „Téléjournal" taucht der Begriff zwar auf, aber weniger prominent als im Deutschschweizer Format. Man gewinnt folglich den Eindruck, die „Tagesschau" nehme sich durch den Tod des Diktators eine besondere terminologische Freiheit. In rechtskonservativen, fernsehkritischen Kreisen stellt man hingegen eine vehemente, auf wissenschaftlichen Argumenten fußende Missbilligung des Begriffs fest, wie dies in der im Jahre 1977 erschienenen SFRV-Schrift *Portugal 1974/75* ersichtlich wird:

> Die Anwendung des Begriffs ‚Faschismus' auf das salazaristische Portugal geht von der prinzipiellen Gleichartigkeit aller sogenannten Rechtsdiktaturen aus, als deren Typus der italienische Fascismo angesehen wird. Einer kritischen Untersuchung hält diese Gleichsetzung allerdings nicht stand. Mussolinis imperialer Nationalismus, Hitlers totale Führer-Diktatur, Francos und Salazars konservativer Autoritarismus und die Militärdiktaturen Griechenlands und Chiles können nicht ohne historiographische Gewaltanwendung unter einen Hut gebracht werden. Durch diese konstruierte Gleichsetzung werden historische, soziale, strukturelle Unterschiede verwischt; der nationalsozialistische Totalitarismus wird bagatellisiert, die ‚milde Diktatur' Salazars wird dämonisiert, die Affinitäten etwa der deutschen und der italienischen Diktatur zum kommunistischen Modell werden verschleiert, d. h. a priori als unmöglich deklariert.[488]

Diese Ausführungen reihen sich in die bereits in der Einleitung aufgeführte Gleichsetzung linker und rechter Totalitarismen ein und beabsichtigen nicht nur eine Faschismusnegation, sondern gleich noch einen geschichtswissenschaftlichen Freispruch, gleichsam eine Reinwaschung von Vorwürfen der Menschenverachtung gegen das portugiesische Regime und indirekt auch gegen das spanische. Dabei greift die SFRV auch auf die Thesen von Raymond Aron zurück.

485 DRS-Tagesschau-Frühausgabe vom 20. November 1975, http://videoarchiv.srf.ch.
486 DRS-Tagesschau-Hauptausgabe vom 20. November 1975, http://videoarchiv.srf.ch.
487 TSI-Telegiornale-Hauptausgabe vom 20. November 1975, http://videoarchiv.srf.ch.
488 SFRV, Portugal 1974/75, S. 207f.

In der Fernsehberichterstattung wird den Reaktionen auf den Tod des Diktators ein wichtiger Platz eingeräumt. In einem Beitrag wird einerseits die Trauer über den Tod des Generals, etwa durch die spanische Fahne auf Halbmast oder durch die Kondolenzbekundungen in der spanischen Botschaft, gezeigt, und andererseits die Aussagen von oppositionellen Politikern wie Santiago Carrillo wiedergegeben.[489] Auch der linksextremen FRAP widmete das Fernsehen einige Sendezeit, indem José Atienza von Heiner Hug interviewt wurde. Um seine physionomische Anonymität zu wahren, wurde er von hinten eingeblendet (siehe Abbildung 6).[490] Das Interview, das auf Spanisch gehalten wurde, wurde mit folgenden Worten paraphrasiert:

> Atienza erklärte, die USA und die reaktionären Kräfte Europas setzten sich für die Monarchie ein und trügen so zur Kontinuität des Faschismus bei. Franco sei der grösste Henker des spanischen Volkes gewesen. Das spanische Volk habe die Todesnachricht mit grosser Freude zur Kenntnis genommen. Die FRAP schlage vor, dass sich jetzt alle antifaschistischen Kräfte vereinigten zum einem Kampf auf politischer und wirtschaftlicher Ebene der auch bewaffnete Aktionen einschliesse [sic!].[491]

Die Ausstrahlung dieses Beitrags zeigt, dass die „Tagesschau“ nicht nur an der Meinung von Oppositionellen interessiert war, die sich für einen friedlichen Übergang zum Postfranquismus stark machten, sondern auch ihr Mikrofon einer radikalen Strömung reichte. Ferner erinnert dieses Interview, an dasjenige mit den Angehörigen des ETA-Militanten *Txiki*, der am 27. September zusammen mit weiteren Antifranquisten erschossen worden war. So wurde man den Opfern franquistischen Terrors durch die audiovisuelle Auseinandersetzung mit den respektiven oppositionellen Organisationen gerecht.

Die Biografie des verstorbenen Diktators, das heißt, auch das Werden der Diktatur, war ein weiterer wichtiger Aspekt dem die Informationssendung Rechnung trug. In derselben Ausgabe wurde ein fast vierminütiger Hintergrundbericht über den Diktator und sein Regime, der mit dem Bürgerkrieg anfängt, die wichtigsten Ereignisse im Werdegang der Diktatur schildert und bis zu den jüngsten Erschießungen hinreicht, ausgestrahlt.[492] Die wirtschaftliche Prosperität unter der Diktatur wird im „Tagesschau“-Bericht stark relativiert:

> General Franco […] versuchte in den letzten 15 Jahren, wirtschaftlich den Anschluss an Europa besser zu finden. Mit Hilfe der USA konnte die Industrialisierung Spaniens erheblich vorangetrieben werden. Die Millionen von Touristen, die jedes Jahr Spanien besuchen, brachten weitere Devisen. Doch auf sozialem und politischem Gebiet blieb Spanien zurück.

489 Vgl. Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 20. November 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2250.
490 Vgl. Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 20. November 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2252.
491 DRS-Tagesschau-Hauptausgabe vom 20. November 1975, http://videoarchiv.srf.ch.
492 Vgl. Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 20. November 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2252.

> Den Arbeitern wurden gewerkschaftliche und Streikrechte vorenthalten, die politische Bewegungsfreiheit der spanischen Bürger blieb eng begrenzt.[493]

Durch die Erwähnung der Vereinigten Staaten als Wirtschaftspartner wird also die Eigenleistung des Generals stark infrage gestellt. Das Zurückgreifen auf brutale Kriegsbilder aus dem Spanischen Bürgerkrieg, in welchen Bombardierungen, Zivilistenleichen, Erschießungen und Militärparaden gezeigt werden, sind als konstitutive Elemente eines Narrativs zu verstehen, das das Franco-Regime nicht in seiner salonfähigen Facette aus den sechziger und siebziger Jahre präsentieren möchte, sondern als massenmörderische und menschenverachtende Diktatur, die in erbarmungsloser Gewalt und Tod ihre Genese erlebte, in derselben Gewalt sich fortsetzte und in der willkürlichen Tötung von Regimegegnern ihren eigenen moralischen, dann aber auch physischen Tod findet.

Die Nachricht von Francos Tod löste in der Schweizer Presse hohe Wellen aus. Die Frontseite des „Corriere del Ticino" war fast vollständig der Information und dem Kommentar über das Ereignis gewidmet. Riccardo Merlini, Korrespondent für die Tessiner Zeitung, beschreibt den einbalsamierten Leichnam des *Caudillos*, in prunkvoller Uniform und mit seinen Orden, um dann auf die Stimmung der Spanier und auf die Versöhnung, die stets auf sich warten ließ, zu sprechen zu kommen. Merlini kommentiert zudem das vom Ministerpräsidenten vorgelesene politische Testament Francos, das als Zusammenfassung der vierzigjährigen Diktatur umschrieben wird.[494]

Der Kommentar von Umberto Savolini bezeichnet Spanien als „verstümmelt" wegen der vielen Toten im Bürgerkrieg.[495] Der stillschweigende Waffenstillstand von ETA und FRAP während der Agonie des Diktators werde nicht ewig anhalten. Dem noch zu inthronisierenden König wird seine franquistische Legitimität angelastet, hatte doch Franco mit der Wahl des Bourbonen quasi seine eigene Krönung vollziehen wollen. Die internationale Finanzwelt habe dem General gleichsam den königlichen Mantel von Effizienz und wirtschaftlicher Stabilität umgehängt. Juan Carlos begegne einer immer stärker werdenden Opposition mit Forderungen nach radikalen Reformen wie freien Parteien und Gewerkschaften, Verfassungsreformen, einem allgemeinen Wahlrecht, einer Rechts- und Schulreform. Juan Carlos könne eine Chance haben, wenn er den Demokratisierungsprozess selber anpacken würde. Die dritte Seite wird einem biografischen von Francesco Ricciu verfassten Artikel über den verstorbenen Diktator gewidmet.

---

493 DRS-Tagesschau-Hauptausgabe vom 20. November 1975, http://videoarchiv.srf.ch.

494 Vgl. Dolore, pietà e serenità per Franco ma l'attenzione è ora su Juan Carlos, in: CdT, Nr. 268, 21. November 1975. Eine knappe Deutschübersetzung des Testaments befindet sich in Bernecker, Der Tod des spanischen Diktators, S. 165.

495 Vgl. Un'ipoteca da pagare, in: CdT, Nr. 268, 21. November 1975.

> Ciò che Franco lascia è dunque l'eredità di uno statista autoritario, militare fino all'osso, ammalato di solitudine. La sua opera era venuta ad identificarsi con la sua persona: al punto che oggi si può prevedere che poco o nulla resterà di ciò che egli aveva edificato per il futuro della Spagna. La scomparsa di Franco ha realmente chiuso un'epoca storica, aprendo la via all'europeizzazione della Spagna.[496]

Das „abgeschlossene Kapitel in der Geschichte" sollte sich in der Tat als Gemeinplatz in der posthumen Beurteilung Francos und seines Regimes etablieren. Auch Claude Monniers Leitartikel im „Journal de Genève" beinhaltet diese Anspielung auf die transzendentalen Momente. Sein Text ist eine Mischung aus Sozialgeografie, Historie und Wellentheorie. Die blutige Komponente des Regimes wird gleich im zweiten Satz erwähnt – gleichsam als abgehaktes journalistisches Pflichtenheft. Durch den argumentativen Bezug auf eine abstrakte Wellentheorie erübrigt sich jedoch die Kritik am *Caudillo*, der in diesem System seine Akteursrolle verliert. Die Schlusswürdigung fällt äußerst positiv aus: „On verra alors peut-être que Francisco Franco, sans l'avoir vraiment voulu, porté par l'Histoire comme le fétu est porté par la houle, aura finalement contribué à faire de l'Espagne un pays possible."[497]

Der Text wird von einem Artikel des Spanienkorrespondenten Ernesto García-Herrera[498] begleitet, der stärker auf Francos Amtszeit fokussiert. Ganze drei Generationen hätten unter Franco gelebt. Sein autoritärer Führungsstil, die Zensur – „un appareil de propagande et un contrôle sévère des moyens d'information se chargeaient d'obtenir sinon leur adhésion, au moins leur passivité"[499] – werden zur Sprache gebracht, ebenso wie die „rekordverdächtige" Verwandlung eines landwirtschaftlichen Landes in die 10. industrielle Weltmacht. Unabhängig von der offensichtlich bewussten Ausblendung von Hinrichtungen, Sondergerichten, polizeilicher Gewalt vermittelt der Text die Keimung einer gewissen Nostalgie, wie der vorletzte Satz suggeriert: „Plus d'une fois, certains Espagnols se retrouveront en train de penser à ce qu'aurait dit, à ce qu'aurait décidé le vieux général."[500]

---

496 „Uomo della provvidenza" di un regime reazionario, in: CdT, Nr. 268, 21. November 1975.

497 Franco: la houle de l'Histoire, in: JdG, Nr. 272, 21. November 1975.

498 Ernesto García-Herrera schrieb für die spanische Nachrichtenagentur Agencia EFE. Ab den siebziger Jahren berichtete er für die belgische Zeitung „Le Soir", die französische „La Croix" und für das „Journal de Genève". Aufgrund von Informationen über die Regimeopposition, die er in diesen Zeitungen abdrucken ließ, musste er sich im Februar 1975 vor einem TOP verantworten. Vgl. Inculpation de notre correspondant en Espagne: l'IIP proteste, in: JdG, Nr. 30, 6. Februar 1975. Vom TOP wurden relativ wenige Pressedelikte geahndet. Del Águila kommt auf 25 von den insgesamt 11.261 Fällen, die dieser Sondergerichtshof behandelte. Vgl. del Águila, El TOP, S. 251.

499 Le poids incommensurable de quarante ans de règne, in: JdG, Nr. 272, 21. November 1975.

500 Ebd.

In François Gross' Kommentar in „La Liberté" wird Juan Carlos mit einem Seiltänzer verglichen, der sich vor allem vor dem Fanatismus der Falangisten hüten müsse.[501] Nebst der Frontseite werden drei weitere Seiten in dieser Ausgabe dem Tode des Diktators gewidmet. Seite 8 beinhaltet einen Überblick über die Oppositionsbewegungen in Spanien. Auch Spaniens Wirtschaft – als „la meilleure part de l'héritage franquiste" bezeichnet – wird hier eingehend kommentiert.

Das „Israelitische Wochenblatt" setzte sich ebenfalls mit Franco auseinander, allerdings nicht in demselben nekrologischen Ton wie bei den anderen Zeitungen. Hermann Deml malte in seinem Artikel ein kontroverses Porträt des Diktators, den er zwar als „autoritäre[n] Faschist[en]" bezeichnet, aber wegen seiner vermeintlichen Ablehnung des Antisemitismus und der angeblichen Rettung von 60.000 sephardischen Juden vor dem Holocaust durch die Erteilung der spanischen Staatsangehörigkeit lobt.[502] Zudem könnten Juden in Spanien seit dem Religionsfreiheitsgesetz von 1967 ihre Religion frei ausüben. Franco habe zwar den Staat Israel nie anerkannt, wohl aber das jüdische Volk.

Die langjährige Skepsis gegenüber Juan Carlos und der Krone im Allgemeinen traten immer wieder zutage. In dem in der „Tribune – Le Matin" erschienenen Kommentar stellte Reto Breiter einen Vergleich zwischen den Septemberhinrichtungen und dem Dahinscheiden des Diktators her. Die Monarchie, die Breiter als „Anachronismus" bezeichnet, werde schon vor der Inthronisation des Königs von der Opposition schärfstens angegriffen.[503]

Bereits am 20. November hatte die „Tribune de Genève" einen geschichtlichen Abriss von Francos Genese zum *Caudillo* publiziert, wobei im Text vorwiegend auf die Zeit vor und während des Bürgerkriegs eingegangen wird. Alfred Roulet, der Verfasser des Dossiers, erwähnt in der Einleitung die Brutalität der Diktatur, aber auch die Verehrung, die man Francisco Franco als „restaurateur de l'ordre public" bekundete.[504] Seine Ausbildung in der Militärakademie Toledos, seine Offizierslaufbahn und sein Einsatz im Krieg gegen Abd el-Krim werden als Kapitel eines Werdeganges präsentiert, die den Charakter und die Ideologie des späteren Generalissimus prägen sollten. Als Fazit aus seinen brutalen Einsätzen mit der frisch gegründeten Fremdenlegion schreibt Roulet: „Franco a bonne conscience: l'armée est là pour se battre, pour mourir, mais aussi pour châtier l'anti-Espagne, à l'extérieur comme à l'intérieur."[505]

501 Funambulisme, in: La Liberté, Nr. 44, 21. November 1975.
502 Franco und die Juden, in: IW, Nr. 47, 21. November 1975.
503 Échec au roi? in: TLM, 21. November 1975.
504 Comment on devient caudillo, in: TdG, Nr. 271, 20. November 1975.
505 Ebd.

Die Frage, ob Francos Tod auch das Ende des Franquismus bedeute, wird auch von Arnold Hottinger aufgegriffen,[506] der die dreißigtägige Staatstrauer und die staatsrechtlichen Schritte vom Tode des Staatschefs bis zur Ernennung des bisher bloß interimistisch fungierenden Staatschefs Juan Carlos zum König von Spanien nennt, die in einer feierlichen Zeremonie am 22. November stattfinden sollte. Während dieser kurzen Zeitspanne würde die Regentschaft vom Kronrat (sp. *Consejo del reino*) übernommen. Parallel zum Inthronisationszeremoniell vollzogen sich auch die Vorbereitungen zum Staatsbegräbnis im *Valle de los Caídos*.[507]

In derselben Ausgabe wurde die Person des Verstorbenen in der Kolumne von Erich Mettler auf der Titelseite und in einem ausführlichen Artikel auf der dritten Seite gewürdigt. Die Kolumne spricht zunächst „Gunst und Hass" an, die Francisco Franco umbrandeten. Dann kommt Mettler auf die „unbestreitbaren Verdienste" des Diktators zu sprechen:

> Er hat das vom Bürgerkrieg geschwächte Spanien aus dem Zweiten Weltkrieg herauszuhalten vermocht mit einer Bauernschlauheit die Churchill in seinen Erinnerungen unvergesslich schildert. In der Nachkriegszeit hat Franco fast zwanzig Jahre lang aufgeschlossenen Managern aus den Kreisen des Opus Dei erlaubt, die spanische Wirtschaft Anschluss an den allgemeinen Aufschwung in Westeuropa finden zu lassen. Seine alten Kampfgenossen in der Falange und in der Armee hätten noch bedeutend sturer geherrscht, wenn der Staatschef sie nicht hie und da wieder zurückgebunden hätte, um der neuen Mittelschicht einigen Atemraum zu gönnen.[508]

Obige Verdienste unterscheiden sich kaum von der regimebefürwortenden Rhetorik in spanischen konservativen Kreisen. Man erkennt sogar eine gewisse Ähnlichkeit mit den weiter oben genannten Ausführungen des jungen Prinzen zu Francos Person. Dass sich Franco unter den Generälen befand, die den Bürgerkrieg auslösten, bleibt im Kommentar gänzlich unerwähnt, ebenso wie die Schandtaten, die während und nach dem Krieg zu beklagen waren. Nichtsdestotrotz hat der Autor auch kritische Anmerkungen zu machen. So zum Beispiel habe Franco keine Maßnahmen getroffen, um der Demokratisierung des Landes den Weg zu bereiten. Das Fehlen von Parteien und Gewerkschaften habe eine „besorgniserregende *Polarisierung*" des Landes hervorgebracht.[509]

Hottinger behandelt in seiner Würdigung auch den Charakter des Diktators. Dabei schöpft er auch aus dem *Topos* des „vorsichtigen Galiciers" und beschreibt ihn als eine Ausnahme aufgrund seiner charakterlichen Zurückhaltung gerade in „einem

---

506 Francos Tod – Ende des Franquismus? in: NZZ, Nr. 271, 21. November 1975.

507 Für eine detaillierte geschichtswissenschaftliche Behandlung der Inthronisation Juan Carlos' und von Francos Beisetzung vgl. Bernecker, Der Tod des spanischen Diktators, S. 166–171.

508 Zäsur in Spanien, in: NZZ, Nr. 271, 21. November 1975.

509 Ebd. (Hervorhebung im Original).

Land der extravertierten, angriffigen, diskussionsfreudigen und ausdrucksreichen Menschen".[510] Ähnlich wie bei der bereits behandelten „Tribune de Genève" zeichnet Hottinger einen sehr ausführlichen biografischen Abriss des Generals, der ebenfalls seine Kadettenzeit in Toledo, seine Offizierslaufbahn und die Gründung der spanischen Fremdenlegion beinhaltet. Francos Unterstützung im Bürgerkrieg durch die Achsenmächte findet ebenfalls Erwähnung. Anders als in der Kolumne bringt Hottinger nicht nur das Thema des Terrors im nationalistischen Bürgerkriegslager bei, sondern untermauert das Thema mit Zahlen:

> Kalter Terror gegenüber den Besiegten gehörte zu den bewusst angewandten Methoden der Nationalisten. Über die Zahlen der hingerichteten und in den Kerkern umgekommenen Republikaner herrscht heute noch grosse Unsicherheit. Die militärischen Archive des Bürgerkrieges in Spanien bleiben verschlossen. Hugh Thomas, dessen Buch […] als zuverlässig gilt, schätzt: politische Opfer der Republikaner 60.000; der Nationalen 50.000; 100.000 Tote durch Hunger und Krankheiten als Folge des Krieges und 285.000 Tote auf den Schlachtfeldern.[511]

Hottinger zitiert also ein damals als verlässlich angesehenes geschichtswissenschaftliches Werk. Auffallend ist hier, dass durch die Nennung obiger Opferzahlen das republikanische Lager als leicht brutaler als das aufständische präsentiert wird, was vermutlich als Gegenargument gegen die negativen Bilder verstanden werden kann, wie sie damals in den meisten anderen Zeitungen über Franco gezeichnet wurden. Zudem finden die summarischen Militärprozesse und weitere Repressalien, die im Anschluss an den Bürgerkrieg stattfanden, keinerlei Erwähnung. Hingegen nennt Hottinger Francos Treffen mit Hitler in Hendaye im Oktober 1940 und die Blaue Division. Nach der düsteren Autarkiephase folgte in den fünfziger Jahren „ein *steiler Aufstieg* im wirtschaftlichen Bereich" unter der Führung der *Opus Dei*-Technokraten.[512] Besonders scharf fällt die Kritik an der fadenscheinigen Abschaffung der Vorzensur aus, die im Grunde genommen nichts am nach wie vor staatlich kontrollierten Pressesystem änderte. Die Verschärfung des antifranquistischen Protests seitens einer Generation, die den Bürgerkrieg nicht erlebt hatte, leitet einen Abschnitt über soziale Konflikte und Kämpfe innerhalb des Machtapparates ein. Die Septemberhinrichtungen werden als „vorläufige[r] Höhepunkt eines erbitterten Abwehrkampfes" aus den Reihen des Bunkers charakterisiert.[513]

Der „Tages-Anzeiger" widmete der Nachricht von Francos Tod ebenfalls einen Kommentar. Roman Berger betont hier vor allem die Machtballung in den Händen des Generalissimus. Industrieller Fortschritt wird ebenso wie die Unterwerfung der

510 Zum Tode General Francos, in: NZZ, Nr. 271, 21. November 1975.
511 Ebd.
512 Ebd. (Hervorhebung im Original).
513 Ebd.

spanischen Gesellschaft durch Franco und „die ihm ergebene Oligarchie“ zur Sprache gebracht.[514] Anschließend richtet Berger seinen Blick auf die monarchistische Zukunft Spaniens:

> Wie kann Juan Carlos an der Spitze einer jetzt schon wankenden Machtpyramide das von Vitalität und sozialer Unruhe brodelnde Spanien in eine neue Ordnung führen? Er müsste sich von seinem Erbe radikal trennen, seine Macht durch ein Plebiszit auf eine neue Basis stellen, eine echte Demokratisierung wagen und dies alles so schnell und eindeutig, wie es die Opposition fordert.[515]

Erwähnt wird ferner auch die Ultrarechte als große Inhibition für politische Reformen. Das gezeichnete Bild wird äußerst düster und pessimistisch, wenn Berger auf die jahrzehntelange Entpolitisierung der spanischen Gesellschaft zu sprechen kommt und das Risiko einer zu oberflächlichen Liberalisierung, mit den alten Eliten weiterhin an der Macht.

Auch für den „Tages-Anzeiger“ übernahm dessen Spanienkorrespondent Werner Herzog die Abfassung von Francos Lebensbild, das hier aber erst auf Seite 47 abgedruckt wurde.[516] Der Aufbau ist der gleiche wie in den bereits erwähnten biografischen Reportagen: Geburt, Militärakademie, Einsatz in Afrika, Bürgerkrieg etc. Selbst Herzog verzichtet auf die Bezeichnung „faschistisch“ und zieht das Adjektiv „autoritär“ vor. Dennoch ist eine gewisse linke Tendenz leicht spürbar, wenn er schreibt: „Durch die politische Zwangsjacke und neokapitalistische Wirtschaftsmethoden erhöhte sich trotzdem der Druck gegen Francos Regime.“[517]

Die Säuberungen im Anschluss an den Bürgerkrieg finden explizit Erwähnung: „Im Geist des *‚nationalen Kreuzzuges‘* säuberte Franco in den vierziger Jahren Spanien systematisch von aktiven Linkselementen. Behilflich war ihm dabei die Allianz aus Kirche, Armee, Hochfinanz und Großgrundbesitz.“[518] Todeszahlen werden diesbezüglich im Artikel nicht direkt erwähnt, sondern in einem separaten Kasten ausgewiesen: 200.000 Tote zwischen 1939 und 1944.

Genau wie Hottinger erwähnt auch Herzog die damals jüngsten Erschießungen als ein Zeichen von Härte und die Widerborstigkeit gegen Demokratisierungsbestrebungen. So stellt man abschließend fest, dass die jeweiligen nekrologischen Behandlungen Francos im „Tages-Anzeiger“ und in der „Neuen Zürcher Zeitung“ nicht groß voneinander divergieren und wohl auf ein typisches Bild des Diktators in gewissen Kreisen der Schweizer Gesellschaft zurückzuführen sind. So zum Beispiel stellen beide Würdigungen eine auf Ausgewogenheit bedachte Beschreibung der Diktatur

---

514 Francos Erbe, in: TA, Nr. 271, 21. November 1975.
515 Ebd.
516 Vgl. Kein Mann der Versöhnung, in: TA, Nr. 271, 21. November 1975.
517 Ebd.
518 Ebd. (Hervorhebung im Original).

dar. Zwar werden beiderorts die politischen Säuberungen erwähnt, doch auch viele sonstige repressive Aspekte der Diktatur (Ausnahmezustand, Militärgerichtsbarkeit, TOP, Polizeigewalt, rechtsradikaler Terror) ausgeblendet zugunsten einer allgemein gehaltenen Überblicksdarstellung von Francos Wirken.

Manche Blätter machten keinen Hehl aus ihrer Bewunderung für den Verstorbenen. Das katholisch-integristische Blatt „Abendland" bediente sich für seine apologetische Würdigung des verstorbenen Franco eines historischen Gleichnisses. Anstelle eines Artikels über Francos Leben wurde auf der Frontseite ein längeres unkommentiertes Zitat aus Reinhold Schneiders *Philipp II.* abgedruckt:

> ‚Dieser König, der bald mit aller Schmach der Verleumdung übergossen wird, dessen Bild selbst die Erlesenen unwürdig verzerren, steht unbeweglich an der Kreuzung der Epochen. Wie auf dem Bild des Greco der Höllenrachen hinter dem leidenschaftlich Betenden klafft, so gähnt hinter ihm der Hass der heraufkommenden anderen Zeit. Er wendet sich nicht um; denn die Wahrheit, für die er lebt, kann nicht einen Augenblick erzittern. […]'[519]

Philipp II. (1527–1598) dient hier also als Schablone, als Platzhalter – seine Bewunderung ist in Wirklichkeit jene für den soeben Verstorbenen. Dies wird im Text allerdings nirgendwo explizit gesagt, sondern erst durch die Porträts der beiden Persönlichkeiten erkennbar gemacht, die nebeneinander abgedruckt werden und die von bestimmten Prädikaten ergänzt werden: Philipp II., „der Vollender der Einheit", und Franco, „der Bewahrer der Einheit".[520]

Francos Tod wurde indirekt auch in Schwarzenbachs persönlichem Sprachrohr thematisiert, allerdings nicht als nekrologische Gesamtwürdigung des Diktators, sondern als wiederholte Attacke gegen die vermeintliche Einseitigkeit des Journalismus. Der Autor des Artikels wird nicht namentlich genannt; unterzeichnet wird er von einem gewissen „Helveticus". Vermutlich steckte Schwarzenbach selbst dahinter,[521] denn er benutzte ebendieses Pseudonym für seine Artikel, die er ab 1969 an die österreichische rechtskonservative Zeitung „Neue Ordnung" sandte, welche von

---

519 Zit. in: Der Escorial, Philipp, Quijotismo, in: Abendland, Nr. 70, Oktober/November 1975.

520 Ebd. Der Vergleich mit Philipp II. taucht auch in einem Artikel von „Paris-Match" auf: „Dans son palais du Pardo, il [Franco] a vécu comme un Habsbourg silencieux, entre son cabinet de travail et sa chapelle… il eut la pitié méticuleuse sans la foi, l'impassiblité et l'insensibilité sans la grandeur. Il fut Philippe II sans la gloire et sans la folie…". Zit. in: Angoustures, L'opinion publique française et l'Espagne, S. 682. Das Zurückgreifen auf die *leyenda negra* schreibt sich in eine ältere Deutungstradition, die die Kritik des spanischen Despotismus anstrebt. Vgl. Núñez Florencio, La percepción exterior de España durante el franquismo, S. 31f. Siehe auch Aschmann, „Stolz wie ein Spanier", S. 91f.

521 Gegen Schwarzenbachs Urheberschaft könnte die Tatsache sprechen, dass im Zeitungstext die Namen der spanischen Kommunisten falsch geschrieben wurden, wo er selbst diese Namen in seinem 1974 erschienenen Buch *Die Überfremdung der Schweiz – wie ich sie sehe* korrekt wiedergibt.

Ernst Graf Strachwitz herausgegeben wurde.[522] Auch der Inhalt des Textes spricht für Schwarzenbachs Urheberschaft, behandelt er doch Themen, die typisch für den Rechtspopulisten sind:

> Unsere Massenmedien sind in marxistischer Hand oder marxistisch unterwandert.
> Wenn in Athen Todesurteile nach rechts verkündet werden, jubeln die Journalisten, die in einem Hotel am Fernsehen den Gerichtsverhandlungen folgen. [...]
> Am angeblich neutralen Schweizerischen Fernsehen hetzt ein spanischer Emigrant, das im Blut geborene Franco-Regime müsse im Blut untergehen. [...]
> Wenn heute die rote Passionaria, Dolores Ibaruri [sic!] [...] mit dem Kommunistenführer Carillo [sic!] auf Einladung schweizerischer Genossen in die Schweiz kommt, nutzt kein Redeverbot des Bundesrates. Sie sprechen dennoch und fordern zur gewaltsamen Revolution in Spanien auf. [...]
> Wenn Franco stirbt, erhält er in der freien Presse des Westens Nachrufe, als wäre er der grösste aller Schufte gewesen.[523]

Der Artikel nimmt die Rhetorik einer Hetzschrift an und fordert die Leser auf, „medienresistent" zu werden und „einen eidgenössischen Bund freier Menschen aus allen europäischen Nationen" zu bilden.[524] Auffallend ist der von Ressentiments überlaufende Stil, denn der Autor argumentiert mit Ereignissen die schon länger zurücklagen, wie Salvador Allendes Tod (September 1973) und der kommunistischen Großkundgebung in Genf (Juni 1974).

Am 25. November wurde die erste „Rundschau"-Sendung nach Francos Tod und Juan Carlos' Inthronisation ausgestrahlt. Die Sendung beginnt mit der Einblendung einer spanischen Durchschnittsfamilie, welche vor dem Fernsehen dem Staatsbegräbnis des langjährigen Führers beiwohnen. Die Mutter weint.[525] Ihm verdanken sie ihren Wohlstand, Ruhe und Ordnung, sagt der Kommentator. Ein breiter Teil der Bevölkerung trauert dem Verstorbenen nach. Dies zeigt sich auch optisch in der kilometerlangen Menschenmenge auf den Straßen Madrids, die zum Königlichen Palast pilgert, um dem Diktator die letzte Ehre zu erweisen. Doch nicht alle sind in Trauerstimmung.

Der „Rundschau"-Korrespondent interviewt den PSOE-Militanten Carlos Zayas auf Deutsch. Das Interview findet in einem Park und am helllichten Tag statt. Für Zayas war Franco derjenige, welcher der Demokratie am meisten geschadet hat. Für die Opposition bedeute die neue Situation zunächst ein Abwarten auf kommende Entwicklungen. Darauf schwenkt die Sendung auf den Nachfolger ein. Die Thronrede

522 Vgl. Drews, „Schweizer erwache!"..., S. 99.
523 Völker Europas – es ist Zeit!, in: Der Republikaner, Nr. 17, 12. Dezember 1975.
524 Ebd.
525 Vgl. Spanien – Madrid nach Franco, Rundschau, 25. November 1975, BAR J2.225 2007/195, Bd. 196.

vom 22. November sei so vage gewesen, dass jeder etwas Anderes daraus interpretieren konnte. Das Mikrofon wird nun einzelnen Leuten auf dem Weg zu Francos Sarg gereicht. Gefragt wird, was sie sich vom König erhoffen. Die unterschiedlichen Voten zeigen – kaum überraschend – den Wunsch nach Kontinuität, nach der Fortsetzung des Werks von Francisco Franco. Der König möge ein „zweiter *Caudillo*" sein, äußert sich eine Dame, die sich später als apolitisch bezeichnet. Ein weiterer Aspekt, dem die Sendung Rechung trägt, ist derjenige der Pressefreiheit. Die Kameras der „Rundschau" filmen das Redaktionsbüro der Zeitschrift „Posible", die stets am Rande der „Freiheiten", welche das restriktive Pressegesetz ermöglicht, operiert habe. Vier Ausgaben seien im vergangenen Jahr vom Informationsministerium beschlagnahmt worden. Der befragte Chefredakteur fordert vor der Kamera wahre Pressefreiheit als unvermeidlichen Schritt in Richtung Demokratisierung. Die starke Polizeipräsenz auf den Straßen und auf dem Land lenkt auf das Thema „Polizeistaat" über. Zayas behauptet, die Polizei sei eine Eigenmacht im Staate; der Ministerpräsident sei nicht in der Lage, diese Kraft zu kontrollieren. Der Kommentar spricht dann die 2000 politischen Gefangenen an. Dabei blendet die Kamera das Gebäude der berüchtigten DGS an der Madrider *Puerta del Sol* ein, als großes Fragezeichen in den kommenden Entwicklungen Spaniens.

Am 22. November 1975 wurde Juan Carlos vor den spanischen *Cortes* zum König von Spanien vereidigt. In seiner ersten Rede als neuer Staatschef nahm er mit Dankbarkeit Bezug auf die „aussergewöhnliche Gestalt" des verstorbenen Diktators und ließ seine Absicht eines Wandels durchblicken: „Der König wünscht, König aller zu sein, und zugleich jedes einzelnen in seiner eigenen Kultur, Geschichte und Tradition."[526] Die Sendung „Echo der Zeit" vom 22. November behandelte die Inthronisationsrede, die von Daniel Bollag kommentiert wurde. Bollag spricht die heikle Situation des neuen Staatschefs an, was die zahlreichen Andeutungen in seiner Rede erklären und den Antagonismus zwischen Liberalisierung und Kontinuität veranschaulichen. „Der Monarch absolvierte also eine Gratwanderung", synthetisiert der Journalist.[527]

Eine Woche nach Francos Tod fand in der Kirche *Los Jerónimos* eine Inthronisationsmesse statt, die von Kardinal Vicente Enrique y Tarancón zelebriert wurde. Zahlreiche wichtige Staatsmänner wohnten dem feierlichen Anlass bei: der Präsident der französischen Republik Valéry Giscard d'Estaing, der deutsche Bundespräsident Walter Scheel und auch Bundesrat Kurt Furgler.[528]

526 Zit. in: Bernecker, Der Tod des spanischen Diktators, S. 168; Bernecker, Juan Carlos I., S. 291.
527 Echo der Zeit von Samstag, 22. November 1975, RadAR SRF, Bd. 25823.
528 Vgl. Bernecker, Der Tod des spanischen Diktators, S. 170; Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 412.

***

Die mediale Auseinandersetzung mit der späten Diktatur lässt in der Schweiz ein relativ großes Interesse erkennen, was sich in der hohen Dichte an journalistischen Erzeugnissen widerspiegelt. Die politischen Akteure des Regimes (Kirche, Militär, *Movimiento*), die Schlüsselfiguren unterhalb des Diktators (Carrero Blanco, Arias Navarro, Fraga Iribarne) sowie die Exponenten der Opposition (Tierno Galván, Ruiz-Giménez, Carrillo) treten in den Artikeln und Kommentaren in einer Weise auf, die den Medien auch eine didaktische Funktion verleiht, die darauf abzielt, den Schweizer Lesern die Besonderheiten des iberischen Landes verständlich und lesbar zu machen. Bei allen Objektivitätsansprüchen, die *idealiter* an den Journalistenberuf gestellt werden, denen aber selten genügt wird, schimmert eine generell kritische Einstellung in Bezug auf die Diktatur hervor. Die unterschiedlichen Register der journalistischen Sprache, die in der schweizerischen Spanien-Berichterstattung zur Anwendung kommen, zeugen auch von unterschiedlichen journalistischen Absichten und variieren zwischen dem sachlichen, distanzierten und akademischen Stil eines Arnold Hottingers und den direkten, emotionalen, engagierten und mahnenden Worten einer Linde Herrmann oder einer Annemarie Schwyter. Gerade Schwyters Erfahrungen in Spanien zeigen, dass sich die ausländischen Korrespondentinnen und Korrespondenten keineswegs auf eine Beobachterrolle beschränkten, sondern sowohl von den spanischen Behörden als auch von gewissen Lesern als gefährliche oder zumindest unbequeme Akteure wahrgenommen wurden. Diese Relevanz zeigt sich nicht nur in der journalistischen Leistung, sondern auch in den Bemühungen der Regierung, bei aller Liberalisierungsabsicht selbst die Presse im Antiterrorgesetz vom August 1975 unter Druck zu setzen. Umgekehrt zeigt die journalistische Zurückhaltung im Falle der Märzhinrichtungen von 1974, dass das Regime auch durchaus in der Lage war, mit den Medien geschickt umzugehen.

Der Vorwurf der mangelnden Objektivität, der von der spanischen Regierung, aber auch von manchem Auslandschweizer gegen Schwyter erhoben wurde, erinnert an die Gebote des verantwortungsvollen Journalisten, die in den fünfziger und sechziger Jahren immer wieder unterstrichen wurden und eine Selbstzensur gegenüber der Gefährdung staatlicher Interessen nahelegten. Der Vorzug eines akritischen und unpolemischen Wissens im Dienste wirtschaftlichen Kalküls und zum Nachteil eines engagierten, kompromisslosen Stils mit Folgen, reiht sich in die historische Betrachtung der agnogenetischen Produktion von Unwissen und der Unterdrückung von Information ein, die weiter oben angesprochen wurde.[529]

In Bezug auf die Verwendung des Adjektivs „faschistisch" stellt man fest, dass es in den Texten der Spanienkorrespondenten kaum vorkommt, dafür umso mehr in den Kommentaren, die vornehmlich in linken Zeitungen abgedruckt wurden,

529 Vgl. Christensen, Smoking Out Objectivity, S. 274–280.

und in den Zeugnissen von Zeitzeugen. Ein Grund für diese Diskrepanz dürfte in der schwierigen Situation für die in Spanien verweilenden ausländischen Journalisten liegen, die zu Beginn dieses Kapitels geschildert wurde, wonach gewisse, das Prestige des Regimes herabsetzende Ausdrücke zu vermeiden waren. Nichtsdestotrotz wurden dem Schweizer Zeitungsleser die Grausamkeit des Regimes und die Absicht, sich über den Tod des Diktators hinaus zu perpetuieren, klar vor Augen gehalten. Die Porträts und Meinungen über den Prinzen von Spanien variieren in den letzten Jahren von Francos Herrschaft kaum, sodass er im November 1975 immer noch für journalistische Spekulationen über seine reformerischen Absichten anfällig war.

Die Leserbriefe vom Oktober 1975 zu guter Letzt zeigen im Wesentlichen eine Verteidigung der Schweizer Neutralität und indirekt auch eine solche der spanischen Souveränität in inneren Justizangelegenheiten. Darin wurde den antifranquistischen Protesten in der Schweiz und anderswo die Legitimität entzogen und sie der spanischen Regierung und Justiz verliehen, indem den Protesten kommunistisch-subversive Absichten vorgeworfen wurden und im Fall der Erschießungen Reminiszenzen zu den Hinrichtungen von Landesverrätern in der Schweiz des Zweiten Weltkrieges erweckt wurden. Besonders markant ist die Divergenz zwischen ebendiesen Leserbriefen, von denen die meisten von Franco-Befürwortern oder zumindest von radikalen Antikommunisten verfasst wurden, und den Bildern der wöchentlichen Informationssendung „Panorama der Woche", die eine breit gestützte Solidarität mit den Opfern des Regimes suggerieren.

Generell lassen sich hier unterschiedliche Appelle erkennen. Besonders deutlich treten in der „Tagesschau" und in den linksliberalen Blättern jene an ein Europa der Menschenrechte, das Diktatur und Unterdrückung vehement verurteilt, zutage. Die Artikulation dieses Appells geschieht etwa über die ikonoklastische Verwendung von Bildsequenzen, welche die Komplizität des Regimes mit dem Dritten Reich evoziert und über die Verwendung eines explizit politischen Vokabulars, die sich am Beispiel des Adjektivs „faschistisch" verdeutlicht. Diese Appelle kontrastieren mit dem aus der Romantik stammenden Aufruf an ein abendländisch-christliches Europa, dem sich seit den dreißiger Jahren und erst recht im Kalten Krieg eine antikommunistische Komponente hinzugesellt hatte.[530]

530 Vgl. Requate/Schulze Wessel, Europäische Öffentlichkeit, S. 17.

6. Die Schweizer Berichterstattung im Postfranquismus (1976–1982)

Francos Tod und die Übernahme der Staatsführung durch Juan Carlos bedeuteten noch keine spürbare Zäsur in der spanischen Realpolitik.[1] In seiner ersten Ansprache vor den franquistischen *Cortes* beteuerte der neue Staatschef zwar, der König aller Spanier sein zu wollen, doch sprach er auch die Errungenschaften des Franquismus an – Frieden, Arbeit und Wohlstand – und knüpfte damit an den Modernisierungsdiskurs des Regimes an.[2] Juan Carlos erbte von General Franco das höchste Amt im Staat und den Oberbefehl über die Streitkräfte.[3] Die Führung des *Movimiento* hingegen wurde an den Ministerpräsidenten Arias Navarro übertragen. Wie bereits aufgezeigt wurde, vermochte selbst die Teilamnestie, welche wenige Tage nach Juan Carlos' Investitur dekretiert wurde, die in der Schweiz aktiven Kollektive, die sich für eine Demokratisierung in Spanien starkmachten, nicht zu besänftigen. Die Sendung „Panorama der Woche" behandelte die Kritik an diesem zaghaften Schritt, indem Schlagzeilen schweizerischer und ausländischer Zeitungen eingeblendet wurden, die die Maßnahme als enttäuschend beurteilten.[4]

Das „Solidaritätskomitee Spanien" mit Sitz in Olten gab nach Francos Tod eine Broschüre heraus, die darauf abzielte, die Öffentlichkeit mit Gegeninformation zu beliefern. Die Autoren klagten über die Kontinuität des Regimes unter dem Mantel der Monarchie: „Aus Spanien erhalten wir Nachricht über das Fortbestehen der faschistischen Diktatur, über politisch motivierte Festnahmen und Folterungen, über die Unterdrückung von elementaren Menschenrechten."[5] Dieselbe Kritik wurde durch eine im „Nebelspalter" erschienene Karikatur von Horst Haitzinger zum Ausdruck gebracht (siehe Abbildung 7), welche die kleine Amnestie anspricht, die kurz nach seiner Inthronisierung dekretiert wurde. Eine weitere Karikatur von demselben Künstler zeigt, dass auch die Hoffnungen auf eine lange Amtszeit des künftigen Königs sehr ungewiss waren (siehe Abbildung 8).

---

1 Vgl. Pereira Castañares, La crisis de la política exterior franquista…, S. 366.

2 Vgl. Macher, Historische „Meistererzählungen"…, S. 140.

3 Vgl. Rubio Llorente, Der verfassunggebende Prozeß, S. 129; Bernecker, Monarchy and Democracy, S. 72.

4 Vgl. Panorama der Woche – Tél-Hebdo – Telerama, 30. November 1975, BAR J2.225 2006/364, Bd. 85.

5 Repression in Spanien, hg. v. Solidaritätskomitee Spanien, Olten [o. D.], SSA ESS QS 1975, S. 1.

Nach seiner Thronbesteigung bestätigte Juan Carlos den bisherigen Ministerpräsidenten in seinem Amt, doch besetzte er wichtige Ministerposten mit reformfreudigen Politikern wie dem Monarchisten José María de Areilza im Auswärtigen Amt und Manuel Fraga Iribarne als Vizeministerpräsidenten und Innenminister. Im Gegenzug erhielten auch einzelne Vertreter des vergangenen Regimes wichtige Posten wie der ultrarechte General Fernando de Santiago und Solís Ruiz.[6]

Die ersten Monate von 1976 standen im Zeichen einer Streikwelle.[7] In der baskischen Stadt Vitoria endete am 3. März 1976 eine zweimonatige Arbeitsniederlegung in einem Blutbad. In der Absicht, die dortige Versammlung zu verhindern, warf die Polizei Tränengasgranaten in die Kirche, und schoss auf die herausströmenden Streikenden. Etwa hundert Leute wurden dabei verletzt und drei starben. Für das erste Kabinett nach Francos Tod kam der Vorfall einem enormen Imageschaden gleich. Immer stärker verdeutlichte sich zudem die Kluft zwischen Arias Navarro und dem König.[8] Für letzteren war es wichtig, die Monarchie bei der spanischen Bevölkerung und im Ausland beliebt zu machen, und deshalb setzten er und die Königin die Reisen durch ganz Spanien gezielt fort und statteten nun auch auswärtige Staatsbesuche ab. War das Bild des jungen Königs zum Tode des Diktators von größter Skepsis und Unwissenheit geprägt, so sollten die Demokratisierungsschübe dieses Image einer radikalen Wende unterziehen.

6.1 Das Referendum zur politischen Reform (Dezember 1976)

Arias Navarros Mangel an Initiative und an einer klaren politischen Linie sowie seine harzige Persönlichkeit erschwerten die Zusammenarbeit mit dem jungen König zusehends. Am 1. Juli reichte er seine Demission ein. Für Juan Carlos I. war es wichtig, die politischen Reformen anzutreiben. Bereits im Dezember 1975 hatte er den ehemaligen Rechtsprofessor und gemäßigten Falangisten Fernández-Miranda als Vorsitzenden des Ständeparlaments eingesetzt. Die Neugestaltung der politischen Institutionen stand nun im Vordergrund. Fernández-Miranda schlug unter anderem den ehrgeizigen Minister-Generalsekretär des *Movimiento* Adolfo Suárez als neuen Regierungschef vor, der am 5. Juli vereidigt wurde.[9] Einen Tag später wandte sich Suárez in einer Fernsehansprache an das spanische Volk. Politische Parteien und demokratisch gewählte Regierungen wurden explizit angekündigt und außerdem wurde per 15. Dezember 1976 eine Volksabstimmung über die politischen Reformen angesagt.

6 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 168.
7 Vgl. Palomares, The Quest for Survival after Franco, S. 147.
8 Vgl. Tusell/G. Queipo de Llano, Tiempo de incertidumbre, S. 321–325.
9 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 176.

Auf der Tagesordnung stand nun die Räumung institutioneller franquistischer Altlasten. Fernández-Miranda sorgte dafür, dass das Gesetz zur Schaffung eines legislativen Zweikammersystems durch die beiden „alten" Kammern – *Cortes españolas* und Nationalrat der Bewegung[1] – verabschiedet wurde. Mitte November 1976 war es schließlich so weit.[2] Anlässlich des ersten Jahrestages von Francos Tod strahlte die „Tagesschau" ein Interview mit dem Chef der damals noch illegalen Arbeiterkommissionen, Marcelino Camacho, der sich in Genf aufhielt, aus.[3] Camacho übte Kritik an den zaghaften Reformen der Regierung: „Seit Francos Tod habe sich in Spanien auf der Ebene der Gesetze nichts verändert. Auch sei noch immer das gleiche Regime an der Macht. Noch immer würden streikende Arbeiter, wie jüngst in Madrid, verhaftet."[4]

Trotz der Skepsis mancher Oppositioneller eilten am 15. Dezember 1976 77% aller stimmberechtigten Spanierinnen und Spanier an die Urnen. Die politische Reform wurde mit 95% der Stimmen auch vom Volk angenommen. Der wichtigste Schritt für den Abbau des „organisch-repräsentativen" Ständeparlaments zugunsten einer wahrhaften Volksvertretung war nun Wirklichkeit geworden.[5] Die energischen Stimmenthaltungsappelle wurden weitgehend ignoriert.

Allemann befasste sich in den „Luzerner Neuesten Nachrichten" mit dem Abstimmungsergebnis, das er mit Recht „einen überwältigenden Sieg" nannte.[6] Umso triumphaler erscheint das Resultat einerseits vor dem Hintergrund der Entführung des Vorsitzenden des Staatsrates Antonio María de Oriol y Urquijo durch die linksradikale Organisation GRAPO[7] und andererseits durch die Aufrufe zur Stimmenthaltung seitens der Kommunisten, mancher Sozialisten und Christdemokraten, welche zwar eine Demokratisierung guthießen, aber nichts „von einer ‚oktroyierten [...] Verfassung' wissen" wollten.[8] Allemann räumt diesen Aufrufen eine gewisse Berechtigung ein, denn die propagandistische Kampagne des Ministerpräsidenten, der in der Vergangenheit das Amt des Generaldirektors von TVE bekleidet hatte, „erinnerte oft an die früheren Plebiszite Francos".[9]

---

1 Zur Geschichte und den Kompetenzen des *Consejo Nacional del Movimiento* siehe Beck, Das spanische Regierungssystem unter Franco, S. 385–409.
2 Vgl. Schmidt, Diktatur und Demokratie, S. 481f.
3 Vgl. Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 20. November 1976, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2325.
4 DRS-Tagesschau-Hauptausgabe vom 20. November 1976, http://videoarchiv.srf.ch.
5 Vgl. Juliá, Sociedad y política, S. 76.
6 Spaniens Referendum: „Bunker" hat Einfluss verloren, in: LNN, Nr. 295, 17. Dezember 1976.
7 Zur Geschichte der GRAPO siehe Castro Moral, El terrorismo revolucionario..., S. 46–54.
8 Spaniens Referendum: „Bunker" hat Einfluss verloren, in: LNN, Nr. 295, 17. Dezember 1976 (Hervorhebung im Original).
9 Ebd.

Der Artikel wird von einer Meinungskolumne vom selben Autor begleitet, aus der ein klares Lob für die „beiden Männer" – König Juan Carlos und Regierungschef Adolfo Suárez – und die Beseitigung früherer Skepsis in Bezug auf die Demokratisierungsbestrebungen des Monarchen herauszulesen sind. Eine leichte Kritik ist dennoch spürbar, wenn Allemann die vierzig vom König direkt designierten Senatoren als „ein[en] fragwürdige[n] Restbestand autoritärer Tradition"[10] deutet, die neben den vier vom Volk gewählten Senatoren je Provinz im neuen Oberhaus des Parlaments tagen sollten. Dies relativiere sich allerdings dadurch, dass dem Senat weniger Macht als dem Unterhaus zugebilligt werde. Es bleibe also noch vieles zu tun, doch habe die linke Opposition keinen Grund mehr dazu, die laufenden Reformen als „Farce zur Verschleierung einer fortbestehenden Diktatur" zu bezeichnen.[11]

Jean-Yves Dumont schrieb in „La Suisse" ebenfalls einen Kommentar über das spanische Ja-Wort und ähnlich wie Allemann ging er auf die Entführung des Politikers als ursprünglichen Angstfaktor ein. Das Resultat wird als „marque de confiance indiscutable"[12] und als Ansporn, auf dem bereits eingeschlagenen Weg zu bleiben, interpretiert. Dennoch erwähnt der Journalist einen Vorbehalt: Im Baskenland sei man der Empfehlung der baskischen Autonomisten, sich der Stimme zu enthalten, weitgehend gefolgt.

Hottinger führt die Stimmenthaltung auf den „Aufruf der Linksparteien" zurück und verzichtet auf eine explizite Nennung der Kräfte, wie sie in den oben erwähnten Artikeln auftritt.[13] Für die extreme Rechte bedeute das Resultat eine vernichtende Niederlage. Er erklärt den Misserfolg der Linken mit ihrem fehlenden Zugang zu den Massenmedien und fährt mit einem detaillierten Abriss der Stimmenthaltungen in gewissen Provinzen fort. Auffallend sei die relativ hohe Stimmbeteiligung in Katalonien, welche nur leicht unterhalb des nationalen Durchschnitts liege, und er erklärt dies mit dem Realismus der Katalanen und weist ferner auf die Wichtigkeit des kommenden Wahlgesetzes im Hinblick auf die Parlamentswahlen im darauffolgenden Jahr hin. Außerdem spricht er das Problem der Kommunisten an: Die Regierung sträubte sich immer noch gegen eine Legalisierung der PCE, während die übrigen Oppositionsparteien für deren Zulassung plädierten. Der Kommentar in derselben Zeitung reiht sich in dasselbe Deutungsmuster bisheriger ähnlich gelagerter Texte ein. Der Autor misst der spanischen Gesellschaft ein Versöhnungspotenzial zu. Der nicht zu unterschätzende Stimmabstinentenanteil gehe offenbar auf die „Missbilligung einer Politik [zurück], die auf ein plebiszitäres

10 Umbau à la Suarez, in: LNN, Nr. 295, 17. Dezember 1976.
11 Ebd.
12 Le „OUI" espagnol, in: La Suisse, Nr. 352, 17. Dezember 1976.
13 Überwältigendes Ja beim Referendum in Spanien, in: NZZ, Nr. 296, 17. Dezember 1976.

Votum abzielte, ohne zuvor mit *allen Betroffenen* die Modalitäten abgesprochen und festgelegt zu haben".[14]

Eine ausführliche Beschreibung des Stimmverhaltens in einzelnen Regionen und Provinzen wurde auch von Werner Herzog vorgenommen. Zur größten Stimmenthaltung im Baskenland weist der Spanienkorrespondent des „Tages-Anzeigers" außerdem auf Verhaftungen von Stimmabstinenzbefürwortern vor Wahllokalen in Pamplona hin.[15] Große Bedeutung wird der Zulassung der PCE zu den Parlamentswahlen beigemessen, die ein halbes Jahr später ausgetragen werden sollten.

Für das „Berner Tagblatt" verfasste Walter Lüthi eine Kolumne und sprach dabei von der „disziplinierte[n] Mündigkeit" des spanischen Volkes, da es sich weder von der Entführung des Politikers noch vom Aufruf zur Stimmenthaltung beeinflussen ließ.[16] Trotz der optimistischen Worten – „Die Spanier haben in kurzer Zeit den Nullstand des politischen Wissens und Einschätzens komplizierter Vorgänge überwunden",[17] – warnt Lüthi vor voreiligen Schlüssen. Die Anhänger des alten Systems und die Skepsis der demokratischen Opposition werden hier namentlich erwähnt und als Schranken anerkannt. Ähnlich wie bei Allemann wird auch eine gewisse Kritik am latenten Autoritarismus der Regierung geäußert, wenn von den „von ‚oben' diktiert[en]" Reformen die Sprache ist. Lüthi schließt die Kolumne mit einem energischen Hinweis auf die ausstehenden Aufgaben der Regierung, denn die Spanier hätten zwar Mündigkeit, aber noch keine politische Reife gezeigt. Nun sei ein Klima des gegenseitigen Vertrauens zwischen Regierung und Opposition nötig.

Charles Bays' Kommentar in „La Liberté" interpretiert das Abstimmungsresultat als Ableugnung des Franquismus. Alle, die an ein „Espagne ‚orpheline'" dachten, dürften sich nun vom Gegenteil überzeugt haben.[18] Auch hier fällt Kritik auf die Reihen der linken Opposition, insbesondere die Sozialisten, die durch ihr bockiges Verhalten in eine unbequeme Situation geraten seien. Der Kommentar nimmt also die Regierung Suárez' in Schutz und entschuldigt etwaige Verzögerungsvorwürfe:

> On ne balaie pas en effet quarante ans de dictature en un seul jour, à coups de décrets ou de minirévolutions: l'opposition espagnole, si longtemps acculée à la clandestinité, aurait dû saisir la chance inespérée s'offrant à elle de pouvoir, dans la légalité, aider à l'édification du nouvel Etat qu'elle préconise depuis toujours.[19]

---

14 Klares Bekenntnis zur Demokratie in Spanien, in: NZZ, Nr. 296, 17. Dezember 1976 (Hervorhebung im Original).

15 Vgl. Freie Wahlen in Spanien rücken in greifbare Nähe, in: TA, Nr. 296, 17. Dezember 1976.

16 Erste Etappe, in: BeTbl, Nr. 296, 17. Dezember 1976.

17 Ebd.

18 L'héritage renié, in: La Liberté, Nr. 65, 17. Dezember 1976.

19 Ebd.

Bays erwähnt die Situation in Portugal als schlechtes Vorbild für einen Übergang zu demokratischen Strukturen. Das Nachbarland Spaniens dürfte noch lange Zeit an den Folgen der Instabilität und der Unordnung leiden.

Für den „Corriere del Ticino" berichtete dessen Spanienkorrespondent Riccardo Merlini. Er interpretierte das Abstimmungsresultat als ein „Nein zum Faschismus".[20] Interessanterweise erkennt Merlini im Ja der Spanier zwei verschiedene Absichten. Zum einen liest er darin eine Solidaritätsbekundung zugunsten der Regierung heraus, ohne dabei die sogenannte franquistische Legalität zu verlassen. Dieses Vorhaben treffe vor allem bei der rechtskonservativen *Alianza Popular* zu, die in ihren Reihen sieben wichtige Persönlichkeiten des früheren Regimes beherbergt. Zum anderen stellt er darin die Absicht fest, aus dem Labyrinth der Diktatur zu entfliehen, um zu einem zweiten Zeitpunkt den demokratischen Rahmen zu vergrößern. Diese Kohorte wird von Merlini als die größere eingeschätzt. Im Nein der Minderheit erkennt er nur eine Einstellung: „vogliamo conservare il fascismo, vogliamo conservare i privilegi."[21] Mit der Minderheit der Privilegierten erklärt er auch die geringe Anzahl Nein-Stimmen. Über die Enthaltungsgebote der PCE und der PSOE fügt der Journalist hinzu, die Regierung habe diese Parteien noch nicht legalisieren können oder wollen. Etwas gar optimistisch dünkt der Schluss, den er aus dem Nein-Anteil zieht, also 2,6% der Stimmen. Dem würde ein faschistischer oder franquistischer Wähleranteil von 2,6% entsprechen, was vergleichsmäßig dem kleinsten Anteil aller Länder entsprechen würde, die ein faschistisches Phänomen kennen. Die Enthaltung wird von Merlini als Stimme gegen die Regierung, nicht gegen die Reform gedeutet. Der Autor schließt seinen Beitrag mit einer Ermahnung, das Resultat bei aller Euphorie nicht zu überschätzen. Es handle sich immer noch um einen Diskurs zwischen *pro* und *contra* Franco und noch nicht um einen echten politischen Diskurs.

Jean-Jacques Chouet beurteilt in der „Tribune de Genève" das Resultat der Abstimmung ebenfalls als einen Sieg für Juan Carlos und Adolfo Suárez. „Le mythe d'une réaction capable de ramener l'Espagne à un régime de rigueur que le temps a vidé de sa nécessité est maintenant détruit", heißt es in Chouets Text weiter.[22] Die bescheidene Enthaltung, die er auf die Forderungen von Santiago Carrillo und Felipe González zurückführt, würde auf die „véritable dimension" der Kommunisten und Sozialisten in Spanien schließen lassen. Nun müsse die Regierung entscheiden, wieviele Abgeordnete und Senatoren je Wahlbezirk in die beiden Kammern gewählt werden sollten. Ein weiteres wichtiges Traktandum sei die Legalisierung der PCE. Deren Parteisekretär habe versucht, seiner Partei die eurokommunistische Etikette anzuheften und von der sowjetischen Linie auf Distanz zu gehen.

---

20 Spagna: „no" al fascismo, in: CdT, Nr. 291, 17. Dezember 1976.

21 Ebd.

22 Oui à Juan Carlos, in: TdG, Nr. 295, 17. Dezember 1976.

Linde Herrmann behandelte dasselbe Thema in einem Bericht, das im „St. Galler Tagblatt“ erschien. Sie spricht ebenfalls von einem dreifachen Sieg: „Für die Demokratisierung, über die Ultras des Franquismus und auch über die Stimmenthaltungsparole eines Großteils der Linksopposition.“[23] Dies wird auch in einem anderen Artikel, den sie für die „National-Zeitung“ schrieb, angesprochen.[24] Herrmann übt auch Kritik am vordemokratischen Zustand, indem sie auf die gewaltigen propagandistischen Ausmaße für die offizielle Ja-Parole und den fehlenden Zugang der demokratischen Opposition zu den Massenmedien hinweist. Die Weichen für die Demokratisierung seien nach dem Resultat nun gestellt. Die weiteren Schritte seien nun: Verständigung mit der demokratischen Opposition und Auflösung der franquistischer Institutionen, das heißt, des *Movimiento* und der Einheitsgewerkschaft OSE.

In einem in der kommunistischen „Voix Ouvrière“ abgedruckten Kommentar äußerte sich auch André Rauber zum wichtigen politischen Ereignis in Spanien. Deutliche Genugtuung ist in Bezug auf den vermeintlich starken Rückgang des Einflusses der „ultras du franquisme“ spürbar.[25] Ebenso deutlich ist sein Bedauern für den relativ geringen Anteil an Stimmenthaltungen. Rauber bezeichnet die Volksbefragung als „revêtant des apparences démocratiques“ und bestreitet ihre freiheitlichen Umstände, indem er die Verpflichtung der Staatsangestellten erwähnt, ihren Vorgesetzten das Wahlzertifikat zu zeigen. Ferner fehle es in den Abstimmungslokalen an Kabinen zur Wahrung des Stimmgeheimnisses und die Urne sei zudem durchsichtig. Anders als die meisten hier behandelten Voten beurteilt er das Referendum als „mascarade électorale royale“, doch räumt der Autor abschließend ein, dass der Volkswille letzten Endes zum Ausdruck kam.

Ernesto García-Herrera berichtete aus Spanien für das „Journal de Genève“. Drei Faktoren scheinen dem Journalisten maßgeblich für das Stimmresultat zu sein. Den ersten Faktor sieht er im Bedürfnis nach einem Wandel, das wiederum in der Verwandlung der spanischen Gesellschaft und in der Genese der „dixième puissance industrielle du monde“ seine Wurzeln habe.[26] Der zweite Faktor sei auf einen alten „Gehorsamsreflex“ in Bezug auf die herrschende Ordnung zurückzuführen, die wiederum wochenlang unaufhörlich die Ja-Parole vorgegeben hatte. Der dritte Faktor sei die eloquente Fernsehbotschaft des Ministerpräsidenten am Vorabend der Abstimmung. García-Herrera geht dann auf die Provinzen mit den höchsten Stimmenthaltungsanteilen ein, doch könne man die Ursachen dafür nicht eindeutig bestimmen, zumal sie auf Passivität oder aber auf bewusster Ideologie beruhen könnten.

23 Spanien: Komfortables Mehr für baldige Demokratisierung, in: SGTbl, Nr. 297, 17. Dezember 1976.
24 Vgl. Verpflichtung für die Regierung Suarez, in: NZ, Nr. 393, 17. Dezember 1976.
25 Vgl. Réflexions sur un curieux scrutin, in: VO, Nr. 292, 17. Dezember 1976.
26 Référendum espagnol: la victoire écrasante des „oui“ dépasse toutes les prévisions, in: JdG, Nr. 295, 17. Dezember 1976.

Die Lektüre von Meinung und Information zum spanischen Referendum von 1976 in den Schweizer Zeitungen ergibt eine ziemlich homogene Einstellung und Bewertung des spanischen Ereignisses durch die schweizerische Öffentlichkeit. Ein nuancierter Blick auf die Wahrnehmung der Volksbefragung zeigt auch gewisse Bestrebungen seitens der Journalisten, vom Stimmverhalten auf die Stärke politischer Strömungen zu schließen. Mit anderen Worten, man blickt auf die Abstimmung und möchte darin schon die Resultate einer Parlamentswahl herauslesen. Zudem bleibt bei allem berechtigten, von demokratischem Geist geprägten Enthusiasmus schweizerischer Journalisten auch eine Spur antifranquistischer Kritik, die sich gegen die pompöse Regierungspropaganda für eine Annahme der Reform richtet. Eine scharfe Diskrepanz besteht ferner zwischen jenen Zeitungen, die in der hohen Stimmbeteiligung und in der resoluten Antwort des Volkes ein Anzeichen politischer Reife sehen, und anderen skeptischeren Blättern, die im Resultat die natürliche Folge franquistischer Plebiszite wie jenes im Jahre 1947 zum Nachfolgegesetz oder das von 1966 zum Staatsorgangesetz sahen. Hingegen fußte die große Spannung um die Legalisierung der spanischen Kommunisten auf breitem Konsens.

6.2 Die Legalisierung der Kommunistischen Partei Spaniens (April 1977)

Ebenfalls im Dezember 1976 wurde das berüchtigte, 1963 ins Leben gerufene TOP außer Kraft gesetzt.[27] In dieser Zeit herrschte generell ein politisches Klima der Euphorie. Einen Monat zuvor hatte die PSOE ihren ersten spanischen Kongress seit der Zweiten Republik abgehalten, an welchem die wichtigsten Vertreter des europäischen Sozialismus wie Palme, Brandt und Nenni sowie der Chilene Altamirano teilgenommen hatten. Der Anlass fand unter größter Permissivität und mit hoher Polizeipräsenz statt, die neuerdings zum Schutze der Teilnehmer aufgeboten wurde. Felipe González verkündete damals die Absicht, die PSOE würde sich an den kommenden Wahlen beteiligen, selbst wenn zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle Parteien zugelassen sein sollten.[28]

Die PCE hingegen, die während der Diktatur die wichtigste und am besten organisierte Oppositionskraft gegen das Regime gewesen war, schien nun in den Verhandlungen zwischen der Regierung und den oppositionellen Kräften von den Sozialisten um Felipe González,[29] die ihre Hegemonie im linken Parteienspektrum

27 Vgl. Juliá, Sociedad y política, S. 76f.

28 Vgl. ebd.; Baumer, Kommunismus in Spanien, S. 190.

29 Vgl. Mujal-León, Communism and Political Change in Spain, S. 145f.

auf Kosten von Carrillos Partei sichern konnten, entthront worden zu sein.[30] Auch die spanischen Medien fügten sich dieser Praxis und berichteten vor allem über die PSOE und ihre Gewerkschaft UGT, während sie die PCE und die CCOO weitgehend außer Acht ließen. Und während die Legalisierung der PSOE im Februar 1977 lautlos vonstatten gegangen war,[31] sorgte jene der Kommunisten für Bedenken. Dabei hatte ausgerechnet die PCE würdevoll gezeigt, dass sie in der Lage war, sich in einem friedlichen Protest zu manifestieren. Anlass dazu waren die Trauerfeierlichkeiten für die Opfer des Massakers in der Anwaltskanzlei an der *Calle Atocha*. Rechtsextreme Terroristen hatten am 24. Januar die Kanzlei gestürmt und die kommunistischen Arbeitsrechtler an die Wand gestellt und erschossen. Fünf Leute kamen dabei ums Leben, drei wurden verwundet.[32]

Schließlich wurde am 9. April 1977, am Ostersamstag, auch die PCE legalisiert. Dies war bereits im Februar in einer geheimen Unterredung zwischen Carrillo und Suárez ausgehandelt worden.[33] Wie konnte die spanische Regierung diesem höchst kontroversen Schritt zustimmen, wo ja Suárez noch im September 1976 der Armeeführung zugesichert hatte, dass die PCE nicht legalisiert werden würde?[34] Die Feindseligkeit gegen die PCE wurde argumentativ unter anderem mit der Moskautreue begründet, obschon diese seit langem nicht mehr gegeben war. Schon im Jahre 1956 war ein wichtiger Paradigmenwechsel innerhalb der Partei erfolgt.[35] Carrillo stärkte seine Stellung und konnte eine neue Parteilinie durchsetzen, welche eine Ablehnung des Stalinismus und eine Neuorientierung bezweckte. Andreas Baumer formuliert dieses Umdenken folgendermaßen:

> Das Konzept der nationalen Versöhnung, des friedlichen Wegs zur Demokratie und der Öffnung zu anderen politischen Kräften als strategische Option, auf ideologischer Ebene die Abkehr von der Sowjetunion und die Verbindung von Sozialismus und parlamentarischer Demokratie und schliesslich die Kombination von legaler und illegaler politischer Arbeit waren die Voraussetzung dafür, dass die PCE zur erfolgreichsten Kraft der Opposition wurde.[36]

---

30 Vgl. Mateos, Una transición dentro de la transición, S. 223; Mateos López, La transición del PSOE, S. 294.

31 Vgl. Antoni, Spanien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie, S. 76; Andrade Blanco, Santiago Carrillo en la Transición, S. 63f.

32 Vgl. Baby, Violence et transition en Espagne, S. 85ff.; Mujal-León, Communism and Political Change in Spain, S. 152; Juliá, Sociedad y política, S. 80; Baumer, Kommunismus in Spanien, S. 192; Palomares, The Quest of Survival after Franco, S. 181.

33 Vgl. Baumer, Kommunismus in Spanien, S. 190–194; Preston, The Last Stalinist, S. 307.

34 Vgl. Baumer, Kommunismus in Spanien, S. 188.

35 Vgl. Treglia, Un partido en busca de su identidad, S. 25; Müller, politische Parteien in Spanien, S. 44.

36 Baumer, Kommunismus in Spanien, S. 121.

Gleichzeitig erfolgte auch eine Annäherung an andere oppositionelle Kräfte wie Monarchisten, Linkskatholiken und Christdemokraten. Eine wichtige Zäsur in den Beziehungen zur UdSSR bildete der Prager Frühling, dessen Niederschlagung durch sowjetische Truppen von der PCE kritisiert wurde.

Die Partei trat, anders als die Kommunistischen Parteien Griechenlands und Portugals,[37] der eurokommunistischen Familie bei, bestehend aus den französischen und italienischen Kommunisten, und intensivierte ihre Kritik am Imperialismus der Sowjetunion. Der Eurokommunismus stellte sich als *modus vivendi* heraus, um einen höheren Grad an Legitimität und Tragbarkeit in der spanischen Gesellschaft und Wählerschaft zu erlangen.[38] Allerdings waren nicht alle Parteigenossen bereit, die Scheidung von der Sowjetunion mitzumachen, was 1977 zur einer Abspaltung der PCE und zur Gründung der PCT (*Partido Comunista de los Trabajadores*) führte.

Adolfo Suárez, der ideologisch zwar aus der *Falange* stammte, unterschied sich von Manuel Fraga gerade in der Frage um die Legalisierung der Kommunisten, die für letzteren bei aller Reformbereitschaft ein Tabu blieb.[39] Suárez' Pragmatismus und Offenheit, das Bekenntnis der Kommunisten zur Demokratie und ihre Distanzierung von Moskau sowie der Druck der Sozialisten machten die Legalisierung der PCE zu einem mehr natürlichen als obligaten Schritt. Die Aufnahme der Kommunisten in die Familie der politischen Parteien Spaniens stellte deshalb auch ein wichtiges Ereignis dar, womit sich die Schweizer Medien auseinandersetzten.

Charles Bays berichtete in „La Liberté" von der Odyssee um die Legalisierung der Partei. Den vollzogenen Schritt beschrieb er als „irréversible".[40] Das Oberste Gericht, dem die Entscheidung über die Legalisierung von der Regierung anvertraut wurde, wies das „cadeau empoisonné" an den Empfänger zurück. Schließlich nahm der Ministerpräsident selbst die Angelegenheit in die Hand. Suárez' Beschluss, die Kommunisten in die Parteienfamilie aufzunehmen, wird als sinnvoll bezeichnet. Hier taucht Portugal erneut als Menetekel und als Entgleisung auf, wogegen Spaniens Behutsamkeit gelobt wird. Seltsam mutet Bays' Anmerkung in Bezug auf die Moskau-Treue der Kommunisten an sowie das Fehlen eines Hinweises auf den eurokommunistischen Kurs der Partei. Die Anerkennung erwies sich laut dem Journalisten als gebotener Schritt, doch zeigen die letzten Sätze im Kommentar ein Restmisstrauen gegenüber Carrillos Partei: „Leur fermer la porte eût été infiniment plus dangereux que les mettre à l'épreuve de la démocratie, qu'ils appellent de tous leurs vœux. Car dans une véritable démocratie, il y aura toujours assez de moyens légaux pour barrer

37 Vgl. Rauber, Histoire du mouvement communiste suisse, Bd. II, S. 387.
38 Vgl. Treglia, Un partido en busca de su identidad, S. 30.
39 Vgl. Mujal-León, Communism and Political Change in Spain, S. 147.
40 La raison l'emporte, in: La Liberté, Nr. 160, 12. April 1977.

la route à un élément perturbateur."[41] Ob mit besagten legalen Mitteln etwa eine staatsschutzpolizeiliche Überwachung nach schweizerischem Vorbild gemeint ist, kann nur vermutet werden.

Zahlreiche Zeitungen bedienten sich der Metapher des „roten Ostereis", darunter auch die „Tribune – Le Matin", in welcher ein ausführlicher Artikel über die Legalisierung abgedruckt wurde.[42] Der Akt wird als Vervollständigung eines „politischen Bildnisses" bezeichnet. Es seien bisher 125 Parteien legalisiert worden. Fast synchron zur Aufnahme der neuen Partei sei die Auflösung des *Movimiento* geschehen und damit auch die Demontage der Symbole der *Falange* von den Fassaden ehemaliger Sitze. Die PCE stelle nun eine Gefahr für die übrigen linken Parteien dar, vor allem wegen der Mäßigung ihres Programms. Ihr Eurokommunismus könnte also auch die PSOE-Wählerschaft verführen. Der Artikel zählt die wichtigsten Ziele der frisch legalisierten Partei auf. Nebst der Forderung nach der Einsetzung einer verfassungsgebenden Versammlung, setze sich die PCE „pour le divorce, l'abolition de la peine de mort et la séparation de l'Eglise et de l'Etat avec soutien financier de l'Eglise par le pouvoir civil" ein.[43]

Ähnlich strukturiert ist auch Allemanns Artikel in den „Luzerner Neusten Nachrichten", der von der Beendigung der „politischen Quarantäne" im Falle der PCE spricht.[44] Das lange Hinauszögern dieses politischen Schrittes erklärt er mit der „Härte und Rücksichtslosigkeit, mit der die Kommunisten während des Bürgerkrieges die Führung im republikanischen Lager an sich rissen."[45] Darauf folgen Suárez' Gründe für sein Entgegenkommen. Zur Sprache gebracht werden hier das Prestige der Kommunisten im Widerstand gegen die Diktatur sowie das Engagement demokratischer und selbst antikommunistischer Parteien für die Legalisierung der PCE. Als weiteren Grund erwähnt Allemann die Stärke und Organisation von Carrillos Partei: „Eine solche Kraft wäre in der Illegalität wahrscheinlich weit gefährlicher und vor allem unkontrollierbarer [...]."[46] Abschließend geht er kurz auf die zwei Dutzend linksextreme Parteien ein, die noch auf eine Legalisierung warten, doch dürfte deren Wartezeit länger sein, zumal sie sich für einen gewaltsamen Umsturz einsetzen würden.

Der Artikel wurde durch eine Kolumne von Klaus Litwan ergänzt.[47] Laut dem Autor müsste Carrillo nun seine guten, eurokommunistischen Absichten beweisen

---

41 Ebd.
42 Vgl. Le parti légalisé inquiète le reste de la gauche, in: TLM, 11. April 1977.
43 Ebd.
44 Spanische KP von der Regierung Suarez legalisiert, in: LNN, Nr. 84, 12. April 1977.
45 Ebd.
46 Ebd.
47 Frage nach Carrillos Glaubwürdigkeit, in: LNN, Nr. 84, 12. April 1977.

und sein Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie zeigen. Die oft beschworene „kommunistische Gefahr" spielt er herunter, indem er auf den prognostizierten Stimmenanteil von 10% zu sprechen kommt.

Das „Berner Tagblatt" veröffentlichte ebenfalls einen Beitrag von Fritz René Allemann, der etwas ausführlicher war, als der oben erwähnte, aber dieselben zentralen Punkte beinhaltet.[48] „Der Bund" veröffentlichte einen Artikel seiner Korrespondentin Linde Herrmann. Sie geht explizit auf den geschickten Zeitpunkt des Entschlusses ein:

> Die Osterfeiertage boten sich als optimale Lösung an: Nicht nur wurde in dieser Woche, in der sich Millionen von Spaniern an der Meeresküste braten lassen, das Agreement zur Ernennung des ersten sowjetischen Botschafters in Spanien seit dem Bürgerkrieg erteilt, sondern auch der KP beim Feiern ihrer Legalisierung die Möglichkeit zu überbordenden Kundgebungen genommen, ganz einfach, weil Spaniens Städte in der Osterwoche fast menschenleer sind.[49]

Auch sie erwähnt die potenzielle Wählerstärke der Kommunisten, die zwischen 8% und 12% geschätzt wird. Durch dieses jüngste Ereignis habe die Polarisierung der politischen Kräfte in Spanien zugenommen, die sich vor allem auf die zerstrittenen Sozialisten negativ niederschlagen könnte. Einen weiteren Grund für diesen Schritt sieht die Journalistin im sozialpartnerschaftlichen Aspekt, dem die Regierung angesichts der Stärke der PCE-Gewerkschaft CCOO Rechnung trägt. Durch die Zulassung der Kommunisten hätten sich die Wahlkampfparolen der „neofranquistischen" Alianza Popular um Manuel Fraga und der Zentrumspartei UCD des Premierministers Suárez erneuert.[50] Im „St. Galler Tagblatt" erschien eine leicht gekürzte Fassung von Herrmanns Text.[51]

In jenem Jahr fusionierten die linksliberale „National-Zeitung" mit den „Basler Nachrichten" zur „Basler Zeitung". Der Korrespondentenposten in Spanien wurde von Werner Herzog übernommen, der von dort aus bereits für den „Tages-Anzeiger" berichtete. Am 12. April erschien in der „Basler Zeitung" ein Artikel Herzogs, in welchem die wichtigsten Fakten bis zur endgültigen Aufnahme der Partei ins Parteienregister aufgezählt werden. Hinsichtlich weiterer „kleinerer marxistischer und maoistischer Parteien" vermute man keinen Wahlboykott seitens anderer Linksparteien im Falle einer Nichtlegalisierung.[52] Im „Tages-Anzeiger" wurde eine längere Version desselben Textes abgedruckt, in welchem die Voten von Kommunisten wie Ramón Tamames, von Vertretern der rechten AP und der Falangisten wiedergegeben wurden. Der Falangist Raimundo Fernández Cuesta beurteilte den Entscheid als einen Widersinn. „Die Cortes […] hätten bei der Änderung des Strafgesetzes vor dem Amtsantritt

48 Vgl. Entlassung aus fast 40jähriger politischer Quarantäne, in: BeTbl, 12. April 1977.
49 Spaniens „rotes Osterei", in: Der Bund, Nr. 84, 12. April 1977.
50 Vgl. ebd.
51 Vgl. Ein „rotes Osterei" für Spanien, in: SGTbl, Nr. 82, 12. April 1977.
52 Weg frei für Wahlen, in: BAZ, Nr. 70, 12. April 1977.

von Suarez die KP explizite von der Legalisierung ausgeschlossen, meinte er."[53] Die Anerkennung der Kommunisten wurde im „Tages-Anzeiger" auch in einer Kolumne von Viktor Schlumpf behandelt.

> Taktisch-innenpolitisch hat das gegenwärtige zentristische Übergangsregime, das die einstige faschistische Diktatur in eine gangbare, moderne Demokratie zu verwandeln sucht, klug gehandelt, indem es durch seinen Entscheid wirksam dem Vorwurf begegnet, die allgemeinen Wahlen vom kommenden Juni seien von vornherein eine leere Farce.[54]

Schlumpf verwendet das Attribut „faschistisch", welches im „Tages-Anzeiger" im Zusammenhang mit dem Franco-Regime relativ selten benutzt wurde, weniger als eine Anprangerung des früheren Regimes, sondern vielmehr als semantisches Mittel einer diachronischen Abgrenzung. Daraus erkennt er ein chronologisches Triptychon, zusammengesetzt aus der vergangenen „faschistischen Diktatur", dem „gegenwärtige[n] zentristische[n] Übergangsregime" und der künftigen „moderne[n] Demokratie". Die Notwendigkeit der Legalisierung der Kommunisten sieht er in der Neutralisierung der „nicht minder gefürchteten franquistischen Rechten". Umgekehrt sieht er im prognostizierten Stimmenanteil der Kommunisten von 10% einen Grund zur Annahme, dass sie keine Gefahr darstellen würden. Den pragmatischen Ausführungen folgen theoretische zum Wesen der Demokratie. Durch die Legalisierung der PCE hätten sich die Spanier einem Demokratieverständnis zugewandt, „wie es beträchtlichen Mehrheiten in den meisten westeuropäischen Ländern vorschwebt." Schlumpf schließt die Ausführung folgendermaßen ab: „Die Zulassung der spanischen KP begrüssen heisst in diesem Sinn keineswegs Bejahung kommunistischer Ideologie – es bedeutet vielmehr Genugtuung über einen ermutigenden Schritt in Richtung demokratischen Pluralismus."[55] Die letzten Worte beziehen sich auf die pragmatische Wahl des Zeitpunkts der Legalisierung. Der christliche Feiertag könnte für die Spanier „als Fest der Auferstehung ihrer Demokratie" eine neue säkularisierte symbolische Bedeutung erlangen.[56]

Hottinger begann seinen Beitrag mit der Nennung mancher Reaktionen in der spanischen Presselandschaft. Selbst das konservativ-katholische „Ya" und die ehemalige falangistische Zeitung „Arriba", die nun „als ein Sprachrohr der Regierung gelten kann", hätten ihre Zustimmung gezeigt.[57] Er geht dann auf die beiden Damoklesschwerter ein, das heißt, die Subversionsgefahr im Falle einer nicht legalisierten PCE und die Boykottdrohung seitens der legalisierten Linksparteien. Als einzige verbitterte

53 Die spanische KP wurde legalisiert, in: TA, Nr. 84, 12. April 1977.
54 Ostern für Spaniens Demokratie? in: TA, Nr. 84, 12. April 1977.
55 Ebd.
56 Ebd.
57 Zulassung der Kommunistischen Partei in Spanien, in: NZZ, Nr. 84, 12. April 1977.

Stimme wird die ehemals monarchistisch-konservative und inzwischen AP-nahe Zeitung „ABC" genannt, welche die Legalisierung der Kommunisten missbilligt. Hottinger geht dann auf die Reaktionen der PCE ein, die in einem Communiqué ihre Absichten kundtat, den Bürgerkrieg endgültig zu begraben und sich am Aufbau der Demokratie zu beteiligen. Die Parteistärke wird auf 160.000 Mitglieder geschätzt, der Stimmenanteil auf bloß zwischen 8% und 15%. Der letzte Abschnitt ist Carrillos Bekenntnis zur Demokratie und zu einer demokratischen Gestaltung seiner Partei gewidmet. In Hottingers Worten ist eine latente Skepsis an der Ehrlichkeit von Carrillos Absichten erkennbar: „Ob man daran glauben will, dass Carrillo und seine Genossen es damit ernst meinen, mag man zunächst dahingestellt lassen. Jedenfalls aber dürfte es nützlich sein, derartige Versprechen heute zu unterstreichen und die Partei darauf festzunageln."[58]

Ein Kommentar folgte erst in der darauffolgenden Ausgabe. Ausgehend von Carrillos Reaktion auf die Legalisierung, den Ministerpräsidenten Suárez einen „intelligenten Antikommunisten" genannt zu haben, müsse der Carrillo nun, „mindestens *intelligenten* ‚Antidemokratismus' beweisen und sich vom strafrechtlichen Tatbestand befreien müssen, von außerspanischen Mächten gegängelt zu werden."[59] Bei aller Vorsicht, die die spanische Regierung bei diesem Schritt walten ließ, beurteilt der Autor den Entscheid als ein „politisches Wagnis". Nun müsse sich zwischen der starken Rechten um Fraga und „der kommunistischen Unbekannten" ein starkes Zentrum bilden.[60] Mit anderen Worten, die Zulassung der Kommunisten habe nicht eine Nivellierung der Kräfte und eine Neutralisierung des starken konservativen Flügels nach sich gezogen, sondern eine zunehmende Polarisierung: „Provokationsversuche mit Terror sowohl von ihrer Seite [franquistischer Politiker und Militärs] wie von linken Extremisten, die sich von den nun hoffähig gewordenen Kommunisten verraten fühlen, lassen sich keineswegs ausschliessen."[61]

Das „Journal de Genève" behandelte die Nachricht in einem auf Agenturmeldungen fußenden Text und in einem Kommentar von Ernesto García-Herrera. Auch er erwähnt das Hin und Her des heiklen Dossiers zwischen Exekutive und Judikative. Den endgültigen Schritt beurteilt er durchaus positiv: „Légalisant le Parti communiste, M. Suarez donne non seulement un témoignage de sa volonté démocratique, mais il offre aussi un gage de plus de crédibilité des résultats des élections."[62] In der Zulassung der Partei sieht García-Herrera auch eine machiavellische Absicht der Regierung, die Kohäsion in der Linken zu schwächen. Die PCE

58 Ebd.

59 Suárez' kalkuliertes Risiko, in: NZZ, Nr. 85, 13. April 1977.

60 Ebd.

61 Ebd.

62 M. Carrillo restera-t-il à la tête du parti? in: JdG, Nr. 84, 12. April 1977.

ihrerseits habe durch die Legalisierung ihren „Schutz“, den sie als illegale Partei hatte, verloren. Nun müsse sie sich den Herausforderungen einer Wahlkampagne stellen. Der Kommentar schließt mit der Frage, ob Carrillo, „tacticien habile, tête politique de première catégorie et apôtre de l’eurocommunisme“, an der Spitze der Partei bleiben werde.[63] Selbst die Leugnung seiner Vergangenheit als Sicherheitsbeauftragter im Bürgerkrieg könnte manche Wähler dazu verleiten, sich für das neofranquistische Lager zu entscheiden.

„La Suisse“ setzte sich schon am 11. April mit der Legalisierung der spanischen Kommunisten auseinander. In einem Kommentar von G. de Rougemont werden Carrillos Worte über Suárez übernommen. Die Aufnahme der PCE wird als Akt dargestellt, der unter anderem auch dazu dienen soll, der Monarchie die noch fehlende Legitimität zu liefern.[64] Rougemont sieht ferner eine weitere Absicht: „[A] présent reconnu et pouvant (devant) agir au grand jour, le parti communiste va perdre énormément de son secret prestige dû à une clandestinité de quarante ans. Démythifier le communisme ne sera pas le moindre résultat de cette décision annoncée samedi soir.“[65]

In der „Voix Ouvrière“ fragte sich André Rauber, wer sich noch vor zwei Jahren ein derartiges Resultat ohne einen gewaltsamen Sturz des Franquismus vorgestellt hätte. „Qui, sinon les communistes espagnols dont la légalisation couronne la lutte opiniâtre et lucide de rupture démocratique et pacifique d’avec un très lourd passé.“[66] Darauf erinnert er an die Gräueltaten gegen die Republikaner im Bürgerkrieg und noch Jahre danach. Umso richtiger sei die Leistung der spanischen Kommunisten zu loben, die vor zwanzig Jahren verstanden hatten, dass die Rückkehr zur Demokratie in Spanien nicht durch ein Blutvergießen oder mit Hilfe fremder Mächte vollzogen werden konnte. Rauber zeichnet die weitere Entwicklung der Partei bis zur Konstituierung der *Junta democrática* im Jahre 1974 und Carrillos Rückkehr nach Spanien 1976. Nun hätte auch die PCE ihre Daseinsberechtigung auf Spaniens politischem Parkett erreicht, und das dank der Zusammenarbeit mit anderen oppositionellen Parteien, deren Legalisierung jene auch der PCE zu verdanken hätten. Die letzten Worte betonen erneut die Leistungen der „camarades espagnols“, doch auch dem Entscheid der Regierung gebühre Anerkennung.[67]

In der „Basler Zeitung“ vom 14. April befassten sich drei Texte mit den Folgen der Aufnahme der Kommunisten in die Liste der legalen Parteien Spaniens. Herzog berichtete vom Rücktritt des Marineministers Gabriel Pita da Veiga aus Protest gegen

63 Ebd.

64 Vgl. A l’Espagne de revivre, in: La Suisse, 13. April 1977.

65 Ebd.

66 Les fruits d’une lutte politique lucide, in: VO, Nr. 81, 13. April 1977.

67 Ebd.

die Zulassung der PCE.[68] Trotzdem gefährde dieser symbolische Akt die weiteren Reformvorhaben des Ministerpräsidenten nicht. Zudem hätten sich die Generäle des Heeres nicht mit dem Marineministerium solidarisiert.

Urs Widmer beschreibt dann in einer Kolumne den mühsamen Weg bis zur Anerkennung der Partei durch die Regierung und die Reaktion des Marineministers.[69] Danach aber zitiert er das franquistische Blatt „El Alcázar", das Santiago Carrillo seine Rolle im Bürgerkrieg als vermeintlichen Verantwortlichen des Massakers von Paracuellos ankreidet. Aufgrund der jahrzehntelangen antikommunistischen Propaganda des Regimes dürfte der Widerstand gegen die Legalisierung der Partei noch lange anhalten.

Herzog vertieft in einem weiteren Text das Thema der Parteilegalisierung aus der Sicht Carrillos, der „bloss mit Genugtuung" die erfreuliche Nachricht wahrgenommen habe.[70] Nun müsse man auch die übrigen, kleineren kommunistischen Parteien unterstützen. Die Möglichkeit einer revolutionären Alternative streitet der Parteisekretär resolut ab. Seine eher nüchterne Miene kontrastiert mit der euphorischen Reaktion seiner Parteigenossen in Spanien. Anders als die Kommunisten um Carrillo hätten die Linksrevolutionäre und die baskischen Nationalisten allerdings nichts zu feiern. In beiden Fällen habe die Polizei gewaltsam eingegriffen. Herzog spricht dann die Rückkehr von Dolores Ibárruri aus Moskau und die Agenda der PCE im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen an. Massenmeetings, Information und Organisation sollen dazu dienen, den Rückstand gegenüber anderen Parteien aufzuholen und die dämonisierenden Bilder aus der Diktatur verblassen zu lassen.

Man stellt zusammenfassend fest, dass die Legalisierung der PCE in den hier betrachteten Texten nicht auf denselben breiten Konsens stieß wie etwa das Referendum vom Dezember 1976. Dies ist auffallend, wenn man bedenkt, dass die Partei seit 1956 eine deutliche Abwendung vom sowjetischen Kurs in Richtung Eurokommunismus Berlinguer'schen Zuschnitts vollzogen hatte. Neben Voten, die diese Zulassung als eine unumgängliche Maßnahme auf dem Weg zur aufrichtigen Demokratie deuten, neben anderen Stellungnahmen, die in diesem Schritt eher eine Wahlstrategie der Regierung, einen Angstreflex vor kommunistischer Subversion und die Vermeidung der Konfrontation mit der übrigen Opposition sehen, tritt auch eine immer noch starke Ungewissheit und ein nicht abnehmen wollender Argwohn gegenüber einer Partei zutage, die noch nicht wirklich glaubwürdig erschien. Diese Einstellung verdeutlicht sich in der Verwendung des Ausdrucks „Gefahr". Vor dem Hintergrund der eurokommunistischen Wende sind die Vorbehalte gegen die Partei weitgehend als eine Form von Unkenntnis zu interpretieren.

68 Vgl. Proteste in Madrid, in: BAZ, Nr. 72, 14. April 1977.
69 Vgl. Das Erbe des Bürgerkriegs, in: BAZ, Nr. 72, 14. April 1977.
70 Carrillo sucht den Sieg der demokratischen Kräfte, in: BAZ, Nr. 72, 14. April 1977.

Dennoch sickert hier vermutlich auch ein Misstrauen gegenüber einer politischen Gruppierung durch, die selbst in der Schweiz jahrzehntelang perhorresziert und an den Pranger gestellt wurde.[71]

Die Erinnerung an den Bürgerkrieg zeigt sich immer noch sehr präsent, und zwar nicht bloß auf einer einzigen ideologischen Seite. Während die antikommunistischen Kreise Carrillos dubiose Vergangenheit als Sicherheitsbeamter und seine Rolle im Paracuellos-Massaker anprangern, stellt der Bürgerkrieg in der kommunistischen Propaganda und auch in der schweizerischen kommunistischen Presse ein traumatisches Ereignis dar, das durch die Legalisierung und die Beteiligung der Kommunisten am demokratischen Projekt Spaniens überwunden werden könnte.[72]

Die Herausforderung nicht nur für die Kommunisten, sondern auch für sämtliche spanischen Parteien sollte nur zwei Monate nach der Legalisierung kommen. Die Parlamentswahlen im Juni 1977, also die ersten freien nach jenen von 1936, welche die Volksfront an die Macht brachten, weckten die alten Mittel der Wahlkampagne auf der Straße mit ihren öffentlichen Massenkundgebungen zu neuem Leben, zu der sich modernere Formen der Rhetorik, des Mediengebrauchs und des Verhaltens gegenüber dem Wähler hinzugesellten, wie sie in Spanien noch nie zuvor zur Anwendung gekommen waren.[73]

6.3 Die ersten freien Parlamentswahlen (Juni 1977)

Im Juni 1977 stellte sich eine Vielzahl politischer Gruppierungen zur Wahl. Rund 18 der 23 Millionen Spanierinnen und Spanier eilten an die Urnen, um ihre Vertreter zu wählen. Die Wahlbeteiligung betrug zwischen 77% und 79%,[74] was angesichts der politischen Lethargie beachtlich war, jedoch hinter jenen der meisten westeuropäischen Länder lag.[75]

---

71 Vgl. Imhof, Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung, S. 182; Rauber, L'anticommunisme en Suisse…, S. 191.

72 In Spanien machten sich vor allem die Zeitungen „ABC" und „El Alcázar" gegen die Legalisierung der PCE stark. Dabei tauchen die Bürgerkriegsrhetorik und der Totalitarismusvorwurf gegen den Marxismus besonders häufig auf. Vgl. Pinilla García, La transición de papel, S. 158–181.

73 Vgl. Juliá, Sociedad y política, S. 87.

74 Die Anteile weichen je nach Darstellung leicht voneinander ab. Bei Muniesa beträgt die Beteiligung 79,92%, wenn man sämtliche Stimmen berücksichtigt, und bloß 77,89%, wenn die ungültigen subtrahiert werden. Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 185.

75 Vgl. Antoni, Spanien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie, S. 111. Für einen ausführlichen Bericht über die einzelnen Parteien und Parteistärken siehe ebd., S. 111–123.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen vom 15. Juni 1977 strahlte die RSI eine 26-minütige Sondersendung aus, in welcher die wichtigsten politischen Kräfte Spaniens, die an den Wahlen antraten, präsentiert wurden.[76] Die Sendung beginnt mit der Ansage der Abstimmungsresultate vom 18. November 1976,[77] als die *Cortes* das Gesetz über politische Reform verabschiedeten. Darauf folgt die Stimme Fernández Mirandas, der das Gesetz als angenommen deklariert und die Sitzung schließt. Der Radiomoderator Luca Giacchetto stellt den Inhalt der Sendung als Synthese von Meinungen und Gedanken zu den unterschiedlichen Parteien des spanischen politischen Spektrums vor. Eine besonders wichtige Rolle wird den zwei Protagonisten der Reform zugeordnet, Adolfo Suárez und König Juan Carlos. Weiter werden für die vom jungen Felipe González geführte PSOE gute Wahlchancen prognostiziert, während bei den zahlreichen weiteren Parteien große Ungewissheit herrscht. Die Spezialsendung setzt sich zusammen aus vielen Telefoninterviews mit Vertretern politischer Gruppierungen. Zuerst wird Fernando Álvarez de Miranda, Vorsitzender der *Partido Popular Demócrata Cristiano* befragt, also einer Partei, die der großen Allianz des Ministerpräsidenten, der UCD, beigetreten war. Die erste Frage betrifft die Affinitäten der spanischen christlich-demokratischen Parteien mit ähnlichen Parteien in Deutschland und Italien. Álvarez de Miranda betont die eigenständige Identität der spanischen christlichen Demokratie. Ferner wird der Parteivorsitzende nach den wirtschaftlichen Maßnahmen gefragt. Dieser beteuert die Notwendigkeit einer Steuerreform, einer Vollbeschäftigungspolitik, also entsprechend auch einer Investitionspolitik. Zu diesem Zweck sollen alle politischen Gruppierungen zu Rate gezogen werden, insbesondere jene, die der Arbeiterklasse nahestehen.

Danach werden die Autonomiebestrebungen in den historischen Regionen Spaniens beleuchtet. Hier tritt der Katalane Jordi Pujol als Sprecher einer Koalition katalanistischer Parteien, der vage sozialdemokratische Tendenzen nachgesagt wird. Für die baskischen Autonomisten spricht ein Mitglied der Partido Nacionalista Vasco (PNV), der den unerschütterlichen Willen seiner Partei bekundet, um jeden Preis bei den Wahlen anzutreten. Die bürgerliche PNV habe ein Wahlbündnis mit der Sozialistischen Partei des Baskenlands in den drei baskischen Provinzen und in Navarra abgeschlossen. Darauf folgt die Vorstellung der PCE, die mittels eines Interviews mit dem charismatischen CCOO-Gewerkschafter Marcelino Camacho zustande kommt. In seinem Votum bekräftigt er resolut, einen Bürgerkrieg verhindern zu wollen und die politische und wirtschaftliche Stabilisierung des Landes anzustreben. Die zweite

76 Vgl. Speciale sera; La Spagna vota. Un Parlamento eletto dal popolo, 13. Juni 1977, BAR J2.247 2005/39, Bd. 80.

77 Auch in der Sendung „Panorama der Woche“ vom 12. Juni wurde ein Beitrag ausgestrahlt, der ein Überblick der unterschiedlichen politischen Gruppierungen gab. Panorama der Woche – Tél-Hebdo – Telerama, 12. Juni 1977, BAR J2.225 2006/364, Bd. 97.

Frage, die ihm gestellt wird, dreht sich um die Bewusstseinsbildung der Arbeiterklassen beim ersten Schritt in Richtung Demokratie. In seiner Antwort spricht er das Damoklesschwert einer militärischen Intervention an, wenn die Kommunisten ein gewisses Gleichgewicht nicht wahren sollten. Seine Aussagen zeigen also eine bleibende Angst vor einer Machtergreifung der Militärs.

Dann kommt jenes Lager der Christdemokraten an die Reihe, das sich nicht der UCD anschließen wollte. Joaquín Ruiz-Giménez, Vorsitzender der *Federación Demócrata Cristiana*, und Jose María Gil-Robles präsentieren diese Parteigruppierung. Auf die Frage nach den Gründen für die Weigerung, der UCD beizutreten, antwortet Ruiz-Giménez, einen echten christdemokratischen Kurs fahren und ein Interesse, mit sozialistischen Sektoren der Gesellschaft verhandeln zu wollen, selbst wenn die den Weg zu einer Regierungsbeteiligung verbauen sollte. Für den Linkskatholiken ist es wichtig, dass das Parlament zu einem verfassungsgebenden Rat wird, um nicht bloß am alten Gebäude die Fassaden zu erneuern, sondern ein vollkommen neues Gebäude zu errichten. Ferner soll die Regierung das Wahlresultat reflektieren. Die Lösung wirtschaftlicher Probleme kommt bei ihm an dritter Stelle, die in Gil-Robles' Votum genauer erläutert werden.

Der letzte Teil der Spezialsendung ist der rechtskonservativen *Alianza Popular* und den beiden sozialistischen Parteien gewidmet. Giacchetto erklärt, die AP sei aus einem Zusammenschluss von sieben ehemaligen Franco-Ministern entstanden, und erwähnt dabei die kritischen Stimmen über diese Partei: „Per alcuni, unico scopo di questa intesa [...] è il mantenimento dello *status quo*. Per questo, i suoi leader sono chiamati di volta in volta ‚orfani di Franco', ‚neofranchisti', ‚esponenti della semi-destra spagnola'."[78] In der Sendung wird die Gruppierung vom ehemaligen Minister Gonzalo Fernández de la Mora vertreten, der zudem als Autor des Buches *Crepúsculo de las ideologías* auftritt. Er beschreibt die AP als eine Partei, welche den Staatsbesitz bewahren und verbessern möchte, der in den vergangenen vierzig Jahren kreiert wurde, und unterstreicht die großen Errungenschaften und die wirtschaftliche Entwicklung in jener Zeit. Die unnachgiebige Weigerung der AP, die PCE anzuerkennen, wird vom ehemaligen Minister mit Hinweisen auf die Diktaturen jenseits des Eisernen Vorganges erklärt, wo kein Dialog und keine Toleranz bestünden. Selbst in Frankreich und Italien hätten die jeweiligen kommunistischen Parteien gezeigt, wie sie die politischen Rechte missbrauchten, um sich daran zu stärken, dann aber kein Interesse dafür zeigten, Respekt gegenüber den demokratischen Institutionen zu wahren. Seine antikommunistische Kritik spitzt sich dann stark zu, indem er die Stellung der PCE in Spanien mit jener der Nazis in Deutschland und in anderen Ländern vergleicht.

78 Ebd.

Kommentarlos wendet sich dann die Sendung den beiden sozialistischen Parteien zu, wobei der Beitrag über die AP, wie auch bei den übrigen Parteien, mit Flamenco-Akkorden musikalisch untermauert wird. Giacchetto betont, dass die PSP von Tierno Galván während der Diktatur ein stärkeres oppositionelles Engagement als die PSOE gezeigt habe. Fernando Morán López, einer ihrer Anführer, äußert sich über die Haltung seiner Partei in Bezug auf einen möglichen Beitritt Spaniens in die EWG und in die NATO. Er beteuert die europaorientierte Ausrichtung der PSP seit ihrer Gründung in den fünfziger Jahren und die zwingende Notwendigkeit, über jegliche Beitritte in internationale Organisationen zu debattieren.

Felipe González, Generalsekretär der PSOE, vom Moderator wegen seiner Beziehung zur deutschen Sozialdemokratie als „Sohn Brandts" umschrieben, schließt diesen *Tour d'horizon* der Parteien ab. Über die Situation in Spanien befragt, hebt der junge Politiker den spanischen Sonderfall hervor, wonach diese Demokratisierung, anders als in Portugal, wo die Revolution die alten Machtstrukturen beseitigt hatte, aus den Strukturen der Diktatur hervorgehe. Die derzeitige Exekutive sei nun allerdings durch ihre Doppelrolle als Übergangs- und als demokratische Regierung gelähmt.

Die „Tagesschau" vom 15. Juni strahlte nebst der obligaten Nachricht über die spanischen Wahlen auch einen Kurzbeitrag über die Befragung von in der Schweiz lebenden Spaniern zu den Wahlen aus. Einer davon antwortete auf die Frage des Journalisten: „Ja, den Wahlkampf habe ich schon verfolgt, in den Zeitungen. Aber von Politik verstehe ich nicht viel. Und zum Urnengang konnte ich nicht nach Hause reisen, weil ich meine Arbeit nicht unterbrechen wollte".[79] Vermittelt wird also das oft zitierte Bild einer entpolitisierten Masse. Außerdem birgt der Beitrag einen seltsamen, redundanten Aspekt, denn jene spanischen Gastarbeiter, die sich am 15. Juni in der Schweiz befanden und von den Kameras des Schweizer Fernsehens aufgenommen wurden, konnten unmöglich an den Wahlen teilnehmen. Keine genaue Information wird hingegen zur Anzahl jener Spanier gegeben, die sich zwecks Urnengangs in ihre Heimat begeben hatten.

Die Printmedien bekundeten ein vergleichbar großes Interesse an den spanischen Wahlen. Am 14. Juni berichtete Sonderkorrespondent Blaise Lempen für die „Tribune – Le Matin" aus Madrid und beschrieb die Stimmung, indem er auf die letzten Appelle der Parteiführer via Radio sowie auf die enorme Zahl an Wahlplakaten eingeht. Der Journalist übt Kritik an der zweideutigen Kampagne des amtierenden Ministerpräsidenten Suárez. Ihm wird vorgeworfen, seine Stellung als Regierungschef für seine Wiederwahl missbraucht zu haben:

> [I]l s'est engagé une première fois à la télévision, puis il s'est placé en retrait de la campagne; il a fait une apparition inattendue dans son village natal, une autre à Barcelone. Hier

79 DRS-Tagesschau-Spätausgabe vom 15. Juni 1977, http://videoarchiv.srf.ch; Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 15. Juni 1977, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2367.

> soir, il se présentait comme candidat. Mais en fait, premier ministre ou candidat, on ne le savait toujours pas: Il n'en reste pas moins que toute la campagne de l'UCD a été centrée sur sa personne de premier ministre et non de candidat, ce qui était en fait fausser le jeu démocratique.[80]

Lempens Kritik an Suárez dominiert den ganzen Text, in welchem auch die Hasstiraden gegen den Politiker zitiert werden, wonach er als „Verräter" oder „machtbesessener Opportunist" beschrieben wurde. Auf wirtschaftlicher Ebene müsse noch vieles nachgeholt werden, was der Autor als einen günstigen Aspekt für die Wahlchancen linker Parteien interpretiert. Trotz des halbwegs boulevardesken Charakters dieser Zeitung erschien in der darauffolgenden Ausgabe eine Kolumne über die letzten freien Wahlen, die sich in Spanien ereignet hatten, also jene vom Frühjahr 1936, und die Radikalisierung der Politik, die in den blutigen Bürgerkrieg mündete.[81] Zwar wird im Text kein Bezug auf die aktuellen Wahlen genommen, doch suggeriert die Einfügung dieses historischen Exkurses die Angst vor einer ähnlichen Radikalisierung.

Kam der frühere Artikel über Suárez einer klaren Anprangerung gleich, so wird in einem weiteren Text, der ebenfalls von Lempen verfasst wurde, Felipe González als der *Cordobés* der Politik gefeiert, das heißt, er wird mit dem beliebten Stierkämpfer Manuel Benítez Pérez, genannt *el Cordobés*, verglichen.[82] Der Journalist erwähnt die finanzielle Hilfe anderer sozialistischer Parteien Europas sowie die Wahlkampagne, die González in amerikanischer Manier geführt habe. Lempen kritisiert die fehlenden demokratischen Voraussetzungen, indem er die noch nicht legalisierten Parteien, die Bevorzugung von Fragas durch einige Zivilgouverneure sowie die Unmöglichkeit zahlreicher Auslandspanier, sich an den Wahlen zu beteiligen, erwähnt.

Feierlich und emotional stark beladen sind die Worte von Lempen in der Ausgabe vom Tag nach den Wahlen. Er bezeichnet den Erfolg der Wahlen als eine spanische Rückkehr nach Europa: „Une nouvelle démocratie européenne, une nouvelle Espagne, jeune, moderne, dynamique est née hier. L'Europe a retrouvé une des nations les plus prestigieuses de son patrimoine historique et culturel."[83] Dieselbe Metapher wird auch von Hermann Deml im „Vaterland" benutzt.

> Als sie [die Spanier] am 15. Juni 350 Abgeordnete und 207 Senatoren bestimmten, zeichneten sie im Ergebnis klar ihren Willen auf nach einer regierungsfähigen Mehrheit, meldeten ihren Wunsch nach einer demokratischen Verfassung und der endgültigen Beerdigung des Franco-Regimes an, entschieden sich für die europäische Integration und westliche Lebensart, gaben den Weg frei für eine echte Wirtschaftsreform zur Beseitigung der Krise – und sie erteilten den extremistischen Parteien von rechts und links eine vernichtende Lektion.[84]

80 Campagne ambiguë d'Adolfo Suarez, in: TLM, Nr. 165, 14. Juni 1977.
81 Espagne 36. Les élections de la guerre, in: TLM, Nr. 166, 15. Juni 1977.
82 Vgl. Felipe Gonzalez (PSOE) ou le Cordobes de la politique, in: TLM, Nr. 166, 15. Juni 1977.
83 L'Espagne de retour en Europe, in: TLM, Nr. 167, 16. Juni 1977.
84 Die Spanier entschieden sich für Europa, in: Vaterland, Nr. 138, 17. Juni 1977.

Ferner mache dieses Resultat den Weg frei für eine Aufnahme Spaniens in die EG. Dennoch spricht Deml auch ein Fortbestehen autoritärer Strukturen an und meint damit die 41 Senatoren, die vom König ernannt werden. Otto Schmid verfasste einen Kommentar, in welchem das noch provisorische Wahlresultat als ein „Sieg der Vernunft" bezeichnet und das spanische Volk für seine „erstaunliche[...] Reife" gelobt wird. Großes Lob geht auch hier an den König und den Ministerpräsidenten.[85] Nach wie vor manifestiert sich in Schmids Worten eine Abneigung gegen die Zustände zur Zeit der Republik, was einer Legitimierung des *Alzamiento* gleichkommt.

Am 15. Juni publizierte „La Suisse" einen längeren Beitrag von Jean-Yves Dumont.[86] Wäre das Problem im Baskenland mit den zahlreichen ETA-Attentaten nicht, so könnte man durchaus von einem angenehmen Tonfall bei der Wahlkampagne reden. Die Euphorie über den Sieg sollte am darauffolgenden Tag in eine Art Katerstimmung umschlagen. Dumont stellt Hypothesen über die möglichen Sieger auf. Dabei wird auch Fragas rechtskonservative AP kritisiert, die von den lokalen franquistischen Strukturen profitiere. Er konstatiert eine allgemeine Rechtsverschiebung der Parteien, beginnend bei Carrillos PCE, die sich dem Eurokommunismus verschrieben und die Monarchie anerkannt habe. González' PSOE und dessen Generalsekretär – mal marxistisch angehaucht, mal weniger – würde sich mäßigen, vor allem dann, wenn er mit einer Regierungsbeteiligung liebäugle, obschon die Parteibasis deutlich für eine Republik sei. Fragas AP, die sich als eine konservative Partei nach britischem Vorbild verstanden wissen wolle, müsse gegen den Makel ihrer Nähe zum Franquismus kämpfen. Die Zentrumspartei, welche diese Bezeichnung gar nicht verdiene, wird hier als Favoritin angesehen. Die beiden großen Übel Spaniens, die die neue Regierung herausforderten, hießen Inflation und Arbeitslosigkeit. Eine Politik der Austerität könne aber nur durch einen Pakt mit der Linken bewerkstelligt werden. Eine Verhärtung der Fronten und ein Verzicht, auf diese Probleme einzugehen, könnten laut Dumont die anarchistischen und trotzkistischen Dämonen vom Vorabend des Bürgerkrieges neu erwecken. Ausländische Hilfe sei an dieser Stelle gefragt, insbesondere jene der Schweiz, das heißt, des zweitwichtigsten Investors. Dumonts letzter Abschnitt widmet sich der Figur des Königs, der den Respekt der Linken gewonnen habe: „Pour régner, il avait besoin de trois légitimités, celle de Franco, celle de la monarchie héréditaire et celle du peuple, pour reprendre la formule du comte de Motrico, Jose Maria de Areilza, son premier ministre des Affaires étrangères et l'un des principaux candidats du centre démocratique."[87]

85 Sieg der Venunft, in: Vaterland, Nr. 138, 17. Juni 1977.
86 L'Espagne indécise. Le jour du grand choix, in: La Suisse, Nr. 166, 15. Juni 1977.
87 Ebd.

In seinem Beitrag in der folgenden Ausgabe beschreibt Dumont den ruhigen Wahlgang und wiederholt das Lob des spanischen Königs, der Zufriedenheit für den Beitritt Spaniens in den Klub der westlichen Demokratien empfand: „N'est-ce pas lui [le roi], et lui seul, en définitive, qui, sensible aux aspirations de son peuple et aux conseils de son entourage, a porté l'Espagne sur les fonts baptismaux de la démocratie, en offrant à ses compatriotes l'isoloir et l'urne?"[88] Die Wahlen werden vom Journalisten als echte Krönung zum König aller Spanier angesehen.

Auffallend sind auch die Bilder der United Press International (UPI) auf der Titelseite der Ausgabe. Das eine zeigt die Witwe Francos bei der Abgabe des Wahlzettels an der Urne. Auf einem anderen Foto sind zwei Angehörige der *Guardia Civil* mit Maschinengewehren bewaffnet zu sehen, welche die Lieferung von Wahlzetteln überwachen. Frühere Symbole der autoritären Repression Francos sind nun Garanten der demokratischen Rechte.

Die Titelseite der Ausgabe vom 17. Juni wurde ebenfalls den Wahlen in Spanien gewidmet. Dumont setzt seine Verherrlichung des Königs fort und bekräftigt den Sieg der Zentrumspartei, wobei er auch die PSOE zu den Siegern hinzuzählt.[89] In seinem zweiten Bericht wahrte Dumont denselben skeptischen Ton seiner früheren Texte. Die vielen offenen Fragen, wie zum Beispiel das Schicksal der fragilen und äußerst heterogenen Allianz, welche die UCD bildet, die Wirtschaftskrise mit der hohen Arbeitslosenzahl, die Autonomiebestrebungen an den Rändern der Halbinsel, die Ehescheidung und der Schwangerschaftsabbruch prägen den pessimistischen Text des Spezialkorrespondenten.[90] Der Autor mutmaßt ferner über die Regierungsbeteiligung anderer Parteien, und fragt sich, welche politische Kraft die UCD unterstützen werde. Zu einer völlig unrealistischen Unterstützung durch die Kommunisten meint Dumont: „Là aussi, les effectifs sont minces. En outre, l'armée, pas plus que le roi, sans doute, ne le toléreraient."[91] Dieser Satz lässt also die Vorstellung durchblicken, der Autoritarismus sei noch nicht vollkommen überwunden.

Philippe Roys Kommentar interpretiert die Wahlen als Aufnahmeprüfung für die europäische Demokratie: „Trois ans après le Portugal et la Grèce, l'Espagne a fait une entrée remarquée dans le club restreint des nations à regime démocratique [...] C'est donc le dernier bastion des régimes autoritaires – ou encore ‚fascistes' selon une certaine terminologie – qui vient de se rendre."[92] Roy begrüßt den Sieg der

---

88 L'Espagne a choisi son avenir, in: La Suisse, Nr. 167, 16. Juni 1977.

89 Vgl. Espagne: A. Suarez a gagné, in: La Suisse, Nr. 168, 17. Juni 1977.

90 Vgl. Le nouveau départ de l'Espagne s'annonce parsemé d'embûches, in: La Suisse, Nr. 168, 17. Juni 1977.

91 Ebd.

92 Espagne: examen démocratique réussi, in: La Suisse, Nr. 168, 17. Juni 1977 (Hervorhebung im Original).

UCD. Ein linker Sieg wäre keineswegs wünschenswert gewesen, denn er hätte negative Erinnerungen geweckt. Nun müsse Europa Spanien helfen, das demokratische Resultat zu festigen.

Auch der „Corriere del Ticino“ befasste sich tagelang mit den spanischen Wahlen. Riccardo Merlini berichtete dafür aus Spanien. In seinem Artikel kommt er kurz auf kleinere Gewaltausschreitungen im Baskenland zu sprechen, doch sei der Wahltag im Großen und Ganzen ruhig verlaufen. Scharfe Kritik übt er am Verhalten mancher Wahllokalbeamter, die nur eine Parteiliste, jene der UCD, zu Verfügung gestellt hätten. Trotz der hohen Zahl an angetretenen Parteien und Koalitionen – 194 beziehungsweise 18 – würden nur vier oder fünf etwas zählen, mit Ausnahme der nationalistischen Parteien. Der eigentliche Kampf betreffe eigentlich die zwei Persönlichkeiten Suárez und González, wobei ersterer als „presidente del governo che ha condotto la Spagna dalle strutture franchiste alla possibilità di avere una democrazia“ bezeichnet wird.[93]

Ein weiterer Bericht Merlinis folgte am 18. Juni, in welchem die Mobilisierung der autonomistischen Parteien beleuchtet wird.[94] Die neue Regierung müsse sich nun mit diesen Bestrebungen auseinandersetzen. Merlini zeigt sich zuversichtlich, was die Bereitschaft des Parlaments anbelangt, diesen Forderungen mit Wohlwollen zu begegnen. Eine stärkere Präsenz der rechtskonservativen AP hätte dieses Unterfangen deutlich erschwert.

Für die „Luzerner Neusten Nachrichten“ verfasste Klaus Litwan eine Beschreibung der acht stärksten Parteien, welche die Wahlen antreten sollten. Als Erstes wird die namentlich selten genannte *Alianza Nacional* (AN) behandelt. „Hauptgruppierungen der Alianza Nacional sind die streng frankistische *Fuerza Nueva* (dt. ‚Neue Kraft‘) und die Falange Española, die die faschistische Bewegung, wie sie unter Franco bestanden hatte, wiederherstellen möchte“, schreibt Litwan.[95] Die AP unter der Führung des ehemaligen Ministers Manuel Fraga Iribarne wird ebenfalls als bewahrende Kraft dargestellt, die sich für eine autoritäre Monarchie gemäß Francos Geboten stark machte, doch trete sie auch für „gewisse demokratische Retouchen“ an.[96] Ferner könne die AP auf die Unterstützung von Finanzkreisen und alter franquistischer Strukturen zählen. Die UCD, also die Partei des amtierenden Ministerpräsidenten, wird als „eine äusserst heterogene Gruppierung“ charakterisiert, die sich aus christdemokratischen, liberalen und sogar sozialdemokratischen Gesinnungsleuten zusammensetzt. Suárez selbst gehöre keiner dieser Parteien an; er kandidiere als Unabhängiger innerhalb der demokratischen Zentrumsunion. Als vierte Gruppierung wird die *Federación de la Democracia Cristiana* (FDC) präsentiert, die von Ruiz-Giménez und Gil-Robles

93 Con il voto di ieri la Spagna ha imboccato la via democratica, in: CdT, Nr. 136, 16. Juni 1977.
94 Vgl. La Spagna deve ora affrontare la questione delle nazionalità, in: CdT, Nr. 138, 18. Juni 1977.
95 Nur fünf oder sechs Parteien sind ausschlaggebend, in: LNN, Nr. 136, 15. Juni 1977.
96 Ebd.

angeführt wird und die sich stark für die Ausarbeitung einer Verfassung durch das Parlament macht. Darauf folgt die *Alianza Socialista Democrática* (ASD), die „dem Muster der traditionellen Sozialistischen Partei [entspricht], die mit dem Marxismus gebrochen hat."[97] Diese wird von der bereits genannten PSP gefolgt, der Partei von Professor Tierno Galván mit einer „gemässigt marxistische[n] Ausrichtung",[98] die für eine deutliche Gewaltentrennung kämpft. Als Favoritin unter den linken Gruppierungen wird die PSOE dargestellt, deren Generalsekretär „auch von der Sozialistischen Internationale unterstützt wird" und die durch ihre Gewerkschaft, die UGT, in der spanischen Arbeiterschaft stark verankert sei. Als letzte Partei wird die kürzlich legalisierte PCE beschrieben. Auch hier wird die dazugehörige Gewerkschaft, die CCOO, erwähnt, doch fehlt jegliches Detail und Information zur eurokommunistischen Wende.

Zwei Tage später meldete sich Fritz René Allemann mit zwei Beiträgen aus Spanien. Im ersten wurde ein Zwischenbericht über die bereits vollzogenen Wahlen gegeben, in welchem die Niederlage der Franco-Nostalgiker unterstrichen wird. Der Erfolg des Ministerpräsidenten wird von Allemann als besonders geschickt betrachtet: „Das ausgeklügelte Wahlgesetz mit seiner systematischen Unterbewertung der städtischen und der teilweise starken Übervertretung der ländlichen, ökonomisch wie sozial zurückgebliebenen Distrikte tut noch ein übriges dazu, dass seine [des Ministerpräsidenten] Demokratische Zentrumsunion zum grossen Sieger wurde."[99]

Der nahezu absoluten Mehrheit der UCD steht nun die starke PSOE als Gegengewicht mit 115 Kongressabgeordneten gegenüber. Ferner erwähnt Allemann die Ironie, wonach die PCE mehr Abgeordnete und Senatoren nach Madrid entsenden solle als die AP, die sich für das Majorzsystem stark gemacht und entsprechend ihre eigene Grube gegraben hätte. Für den Journalisten kommen die Parlamentssitze der Linken einem moralischen Sieg gleich, weil einige dieser Parteien erst kürzlich legalisiert worden waren und propagandistisch sowie organisatorisch weit hinter den Zentrumskräften stünden.

Klaus Litwan deutete das Wahlresultat als eine Absage an die Extremisten am linken und rechten Rand und als eine Überwindung des Bürgerkrieges und der Franco-Herrschaft. Zur Integration einer gespaltenen Nation hätten Ministerpräsident und König beigetragen. Der Autor spricht sogar von „geradezu mitteleuropäische[n] Züge[n]"[100] und interpretiert die christdemokratische Niederlage als eine antiklerikale Rache gegen die Vormachtstellung der Kirche unter dem Regime.

97 Ebd.
98 Ebd.
99 Nicht einmal jeder zehnte Spanier wählte frankistisch, in: LNN, Nr. 138, 17. Juni 1977.
100 Drang zur Mitte, in: LNN, Nr. 138, 17. Juni 1977.

Allemanns zweiter Text befasst sich mit den vom König gewählten 41 Senatoren. Darin übt er klare Kritik am König, zumal sich unter den Designierten „viele bisherige Minister, Bürgermeister, Funktionäre der Franco-Zeit und der aufgelösten Einheitspartei“ befänden.

> Juan Carlos hat bisher immer seinen Vorsatz bekräftigt, ‚König aller Spanier‘ zu sein und über den Parteien wie den ökonomischen Interessengruppen zu stehen. ‚Seine‘ Senatoren machen allerdings nicht den Eindruck, er habe sich an diesen Vorsatz gehalten.
>
> Gerade jene Kreise der bisherigen Opposition, die (bis hin zu den Kommunisten) trotz republikanischer Grundüberzeugungen zum Kompromiss mit der Monarchie bereitgefunden haben, haben die Liste des Königs als einen Affront und als Indiz dafür empfunden, dass das Königtum aus seiner früheren engen Verflechtung mit der politischen und wirtschaftlichen Oligarchie noch nicht herausgefunden hat.[101]

Ferner beinhaltet jene Ausgabe eine Reportage, in welcher zwei deutsche Spanienkorrespondenten, Friedrich Kassebeer[102] und Walter Haubrich, und zwei spanische Schriftsteller, Fernando Arrabal und Juan Goytisolo ihre Meinung kundgeben. Arrabal setzt sich in seinem Beitrag mit Lluís Maria Xirinacs, dessen erfolgreicher unabhängiger Kandidatur und dessen Kampf für die Amnestie auseinander. „Die Wahlen sind wie die Robe einer Prinzessin, sie können die Weisheit des Schlaums oder den Pestgeruch des Kompromisses in sich tragen“, schreibt Arrabal.[103] Kassebeers Beurteilung der Wahlresultate reiht sich in die damals verbreiteten Berichte ein, wonach die *Falange* und auch die „neofranquistische Allianz unter Manuel Fraga“ sich einer vollständigen Demokratisierung nicht widersetzen könnten. Der deutsche Journalist kommentiert das Wahlverhalten in den unterschiedlichen Gebieten der Halbinsel. Im Osten hätten die linken Parteien mehr Stimmen erzielt als die UCD. Diese konnte vor allem im Landesinneren und im Westen Sitze erzielen. Überraschend findet Kassebeer die Niederlage der Christdemokraten um Ruiz-Giménez, „weil diese Männer eine saubere Linie der Opposition gegen Franco eingehalten haben.“[104] Goytisolo deutet den Wahlgang als das Ende einer Legende, die sich um den vom Regime verbreiteten spanischen Sonderweg-Diskurs drehte, wonach „die Spanier [...] Menschen besonderer Art [seien], von einem eigenen Wesen, mit einem einmaligen Schicksal, und dass sie nicht fähig seien, zu leben wie andere Völker der Erde – wegen ihrer Irrationalität, ihres heftigen Temperaments, ihrer vielen blutigen Schlachtfelder.“[105] Nun hätten die

101 König Juan Carlos ernennt 41 Senatoren, in: LNN, Nr. 138, 17. Juni 1977 (Hervorhebung im Original).

102 Kassebeer war Spanienkorrespondent der „Süddeutschen Zeitung“. Vgl. Reckling, Entre la dictadura y la democracia, S. 139.

103 „Dass die Spanier keine Demokraten seien, ist eine Lüge“, in: LNN, Nr. 138, 17. Juni 1977.

104 Ebd.

105 Ebd.

Spanier nach 40 Jahren erzwungener Stummheit und Taubheit auf die Stimme der Vernunft gehört. „Am 15. Juni ist Franco ein zweites Mal gestorben, hat sich nach einem langen Alptraum dem Land ein neues Leben geöffnet", schreibt Goytisolo.[106]

Der Beitrag des Korrespondenten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" beleuchtet die Kreation eines wohl funktionierenden Parteiensystems in Spanien. Auch bei Haubrich ist die Niederlage der Franco-Nostalgiker – AN und AP – ein wichtiges Fazit dieser Wahlen. Stärkste Partei sei die PSOE, denn die UCD sei ja eigentlich keine Partei, „sondern ein recht lockerer Zusammenschluss von verschiedenen Parteien und parteilosen Politikern, eine ziemlich bunte Mischung aus Liberalen, Konservativen, Rechten, Christdemokraten und einigen Linksliberalen".[107] Er äußert seine Überraschung über das Fehlen einer bedeutenden christlich-demokratischen Partei gerade in einem Land mit einer starken katholischen Kirche. Die UCD müsse nun dringend die wirtschaftlichen Missstände beheben und dafür sei ein Pakt mit den Sozialisten unumgänglich.

Mit einer Mischung aus Idealismus und Skepsis schrieb Charles Bays eine Kolumne in „La Liberté", in welcher die Wahlen als eine Herausforderung für die Spanier betrachtet werden. Mehr als um eine Parteienwahl gehe es dabei vielmehr um die Wahl einer neuen Gesellschaft, meint Bays, welcher der jungen Demokratie immer noch „une saveur suspecte" zuschreibt und starke Skepsis hinsichtlich der Rolle der Armee äußert.[108] Die alte Garde Francos könnte den König an seinen Eid auf die Prinzipien der nationalen Bewegung erinnern. Ferner stellten die Autonomiebestrebungen in Katalonien, Galicien und im Baskenland eine weitere Unbekannte dar. Auch die Kirche und deren Einfluss auf das nationale Leben werden von ihm als schwer einstufbar beschrieben, zumal sie die Wähler vor jenen Parteien gewarnt hätte, die mit der kirchlichen Doktrin unvereinbar seien. So könnte der Wahltag auch zu einem Tag der offenen Konfrontation zwischen Francos Erben und jenen Spaniern, die sich für eine europäische Annäherung starkmachen, führen. Im Fazit betont er die Notwendigkeit, das Risiko einzugehen, doch dürfe man die schlafenden Hunde des Generalissimus nicht wecken.

François Gross' Kolumne, die zwei Tage später erschien, behandelte die Wahlen mit einem speziellen Fokus auf die Zusammenarbeit zwischen König und Ministerpräsident.[109] Zwar hätte Suárez die absolute Mehrheit im Unterhaus verpasst, doch durch die Wahl der 41 königlichen Senatoren könne sich die UCD eines komfortablen Spielraums erfreuen. Die limitierte Monarchie Juan Carlos' zwinge ihn, dem Volk eine vom Parlament verabschiedete Verfassung zu unterbreiten. Ferner könne der

106 Ebd.

107 Ebd.

108 Assumer le risque, in: La Liberté, Nr. 212, 15. Juni 1977.

109 Vgl. A pied d'oeuvre, in: La Liberté, Nr. 214, 17. Juni 1977.

König stets eine Volksbefragung anordnen, wenn sich eine Option von nationalem Interesse offenbare. Gross sieht hier eine Analogie mit de Gaulles Machtbefugnissen in der Verfassung der Fünften Republik. Dank der Wahlen sei nun das politisch-institutionelle Rüstzeug vorhanden, das Spanien erlauben werde, einen zweiten Schritt zu wagen und es in die Lage bringe, seine eigenen Probleme zu lösen.

Das „Journal de Genève“ druckte eine knappe Zusammenstellung der wichtigsten Parteien, die bei den Wahlen antreten sollten.[110] Claude Monnier verwendete für Spanien die Metapher des Stabhochsprungs. Der Athlet Spanien hätte seit dem Tode von General Franco die Latte immer höher gesetzt und jeweils den Sprung „avec une grâce étonnante“ geschafft.[111] Trotz des Lobes für die spanische Situation sieht Monnier zwei Gefahren. Die vielen Kleinstparteien könnten alte Dämonen wecken, was man indirekt als eine Befürwortung des Majorzsystems seitens der rechtsliberalen Zeitung werten könnte. Die zweite Gefahr liegt für ihn darin begründet, Suárez könne nach seinen Liberalisierungsbemühungen stürzen, eine Argumentation aus der sich deutlich Sympathie für den spanischen Ministerpräsidenten ablesen lässt.

Für die „Tribune de Genève“ berichtete deren Sonderkorrespondent André Naef aus Madrid, der die Feststimmung nach den Wahlen wie nach einem Fussballmatch beschreibt. Naef gibt die Fernsehansprachen der verschiedenen Parteiführer vor dem Abschluss der Kampagne wieder.[112] Zwei Tage später meldete er sich erneut, um über die „Beisetzung des Franquismus“ zu berichten. Der Sieg der UCD mit ihren 170 Sitzen im Abgeordnetenkongress, aber auch jener der PSOE mit 115 bilden den Kern des Artikels. Auch hier wird die Wahl als Bestätigung für die königlichen Reformbestrebungen verstanden. Hingegen sei die Lage der Kommunisten äußerst instabil. Erwähnt wird die Wahl von Dolores Ibárruri und die Nichtwahl von Manuel Azcárate, „qui est bien connu à Genève“.[113] Doch auch die Rechte sei ernüchtert. Carlos Arias Navarro (AP) und Blas Piñar (AN) hätten nicht die nötige Anzahl Stimmen erhalten, um je einen Sitz im Senat zu erobern. Für eine Regierungsbildung sei kein Pakt mit anderen Parteien erforderlich, wenn Suárez fünf seiner Ministerämter mit Mitgliedern des Senats besetzt.

Für die „Basler Zeitung“ berichtete Werner Herzog aus Madrid. Sein Artikel bietet ein Stimmungsbild der Straßen der Hauptstadt mit den Sicherheitsvorkehrungen und der Angst vor einem ETA-Attentat.[114] Urs Widmers Kommentar der Wahlen

110 Vgl. Aujourd’hui 23 millions d’Espagnols aux urnes, in: JdG, Nr. 136, 15. Juni 1977.

111 L’Espagne: démocratie avec brio, in: JdG, Nr. 138, 17. Juni 1977.

112 L’Espagne en fête comme après un match de football!, in: TdG, Nr. 134, 15. Juni 1977.

113 Le franquisme est mort: les Espagnols ont choisi la voie du centre-gauche, in: TdG, Nr. 136, 17. Juni 1977.

114 Das war Spaniens Wahltag, in: BAZ, Nr. 132, 16. Juni 1977 (Hervorhebung im Original). Derselbe Text wurde auch im „Tages-Anzeiger“ abgedruckt. Vgl. Mit stillem Stolz gingen Bürger

geht auf die Tatsache ein, dass angesichts der vierzigjährigen Diktatur viele Wähler Demokratie erst lernen müssten. Er beurteilt die Wahlen als eine bestandene Probe, doch kommen bei ihm auch die Unregelmäßigkeiten zur Sprache. Erfreulich findet er die Absage an die „Extremisten auf beiden Seiten", wobei er damit die PCE und die AN meint.[115] Herzog setzte sich mit den beiden Siegern der Wahlen auseinander und verfasste je eine Kurzbiografie dieser jugendlichen Führer. Suárez, als „Manager" bezeichnet, wird äußerst vorteilhaft umschrieben: „Suarez hat seinen Vorgänger Arias und erst recht General Franco völlig vergessen gemacht."[116] Felipe González, der 35-jährige „Mann des Volkes", wird nicht minder positiv präsentiert: „Felipe Gonzalez wirkt glaubhaft. Dies ist im Spanien des politischen Überganges nicht allzu häufig."[117]

Im „Berner Tagblatt" befasste sich Walter Lüthi in einer Kolumne mit den spanischen Wahlen. Er feiert den bestätigten Ministerpräsidenten als „Architekt[en] des neuen Spanien und Sieger der ersten freien Parlamentswahlen seit 41 Jahren."[118] Die „Voix Ouvrière" bezeichnet die Wahlen als den Grundstein der Demokratie.[119] Die hohe Wahlbeteiligung zeige, dass die Spanier keineswegs durch den Faschismus entpolitisiert worden seien. Deutlich ist die Freude über die Niederlage der AP, aber auch für die guten linken Resultate in Katalonien, und ebenso deutlich ist die Kritik am Ausschluss der im Ausland lebenden Spanier von den Wahlen. Darauf folgt eine Liste von Gravamina, von Unregelmäßigkeiten, die dann in eine Ernüchterung über das Resultat der Kommunisten mündet. Die Wahlschlappe wird folgendermaßen erklärt:

> Mais pouvait-il réaliser l'impossible: effacer en quarante jours de légalité les quarante années d'un anticommunisme forcené, quotidien, officialisé par l'Etat fasciste? Sa campagne a attiré des foules nombreuses et enthousiastes, suscité des mouvements exemplaires, sans que fussent surmontés les préjugés et la peur, dans cette Espagne traumatisée par le passé et où le seul mot de socialisme évoque l'apocalypse.[120]

Ebenso spürbar ist auch ein gewisser Neid auf das Resultat der PSOE; deren Erfolg wird indirekt auch auf die Unterstützung durch die bundesdeutsche Sozialdemokratie zurückgeführt.

Linde Herrmann berichtete für den „Bund" über die Schlussphase der Wahlkampagne. Auch sie geht auf die zehnminütige Fernsehansprache ein, die den Führern der neun größten Parteien zugesprochen wurde. Herrmann hebt die Ansprache von

---

von Madrid zur Urne, in: TA, Nr. 138, 16. Juni 1977

115 Spanien probt die Demokratie, in: BAZ, Nr. 133, 17. Juni 1977.

116 Sieg der Jugend in Spaniens Wahlen, in: BAZ, Nr. 133, 17. Juni 1977.

117 Ebd.

118 Weites Spannungsfeld, in: BeTbl, 17. Juni 1977.

119 Vgl. La première pierre de la démocratie, in: VO, Nr. 131, 18. Juni 1977.

120 Ebd.

Manuel Fraga, den sie einen „Caudillo der neofranquistischen ‚Volksallianz'" nennt,[121] deutlich hervor. Suárez, González und Carrillo werden hingegen als „reife, charismatische Politiker" bezeichnet. In den jeweiligen Wahlkampfsansprachen bemängelt sie indes das Fehlen von konkreten Lösungsvorschlägen für die aktuellen Probleme Spaniens. Anders als bei den meisten bereits behandelten Beiträgen geht die deutsche Journalistin gezielt auf Gewaltausschreitungen ein. So beschreibt sie, wie Militante der AP gegen Anhänger der PSP und Kommunisten gewaltsam vorgingen: „Die meisten jugendlichen AP-Wageninsassen, die eigentlichen Wahlhelfer Fragas, entpuppten sich mit ihren Pistolen und Schlagwerkzeugen als Mitgleider [sic!] der ‚Christkönigskrieger'-Rollkommandos."[122] Hier tritt eine Reminiszenz an die angespannte Situation vor dem Bürgerkrieg auf, obschon Herrmann die Erinnerung an den Bürgerkrieg in keiner Weise erwähnt.

In ihrem Artikel, der einen Tag später erschien, beschrieb sie die durchaus ruhige Stimmung beim Urnengang und die Stimmabgabe von González und Carrillo in Madrid.[123] Die enormen Sicherheitsmaßnahmen in Katalonien und der Verweis auf die Ausrufung der Republik im Jahre 1931 prägen das Bild einer Region, die um ihre Autonomie kämpft.

Der Leitartikel vom 17. Juni bezeichnete das provisorische Wahlresultat als einen „Sieg des Volks". Mit euphorischen Tönen wird im Text die wichtige Zäsur beschrieben, welche die Wahlen darstellen. Dabei wird auch die Gemeinsamkeit Spaniens und Portugals betont: „Aus eigenem Entschluss und aus eigener Kraft haben sie [Spanien und Portugal] sich ihm [dem Abendland] zugewandt, zuerst Portugal, nun auch Spanien. Iberien ist heute erneut ein Glied der westeuropäischen Völkerfamilie, und das darf und soll uns freuen!"[124] Bei dieser Gegenüberstellung gerät allerdings in Vergessenheit, dass in Portugal durch die friedliche Nelkenrevolution ein deutlicher Bruch mit dem Salazar-Epigonen Caetano vollzogen wurde, während in Spanien der Wandel aus der Legalität des Regimes hervorkam.

Der Autor blickt auf die ominösen Wahlen vom Februar 1936 zurück. Anders als damals gebe es heute eine starke Mitte. Er spricht dabei von einer „rechten Mitte", der UCD, und von einer „linken Mitte", der PSOE. Die Niederlage der spanischen Kommunisten wird auf die Existenz einer „demokratisch-sozialistische[n] Rivalin" zurückgeführt. Der Vergleich mit den sozialistischen Parteien Frankreichs und Italiens fällt stark zugunsten von González' Partei aus. Eine Zusammenarbeit zwischen UCD und PSOE zwecks Lösung der dringlichen Probleme des Landes erachtet der Autor als wünschenswert.

---

121 Lärmender Abschluss, in: Der Bund, Nr. 137, 15. Juni 1977.

122 Ebd.

123 Vgl. Ein historischer Tag für Spanien, in: Der Bund, Nr. 138, 16. Juni 1977.

124 Ein Sieg des Volks!, in: Der Bund, Nr. 139, 17. Juni 1977.

Arnold Hottinger integrierte in seinem Artikel, der am 17. Juni publiziert wurde, nicht nur die provisorischen Parteistärken im Parlament, sondern auch die Schlüsselrolle des Königs in jener Übergangsphase:

> Nach den theoretisch geltenden, in der Praxis jedoch entwerteten Grundgesetzen Francos sind der Ministerpräsident und seine Regierung nicht den Cortes, sondern dem Staatschef respektive dem König gegenüber verantwortlich; das Parlament kann sie nicht absetzen und nicht ernennen; dies steht allein dem König zu und es gibt keinen Gesetzestext, der besagt, dass der König sich bei diesen Ernennungen und Entlassungen an die Meinung der parlamentarischen Mehrheit halten müsse.[125]

Laut Hottinger bedeute dies für den Ministerpräsidenten eine Flexibilität, die ihm zu regieren erlaube. Für seine neue Regierung sollte Suárez nicht nur auf die Unterstützung der Sozialisten, sondern auch auf jene von Fragas Volksallianz zählen. Dabei sollte Suárez auf die PSP zurückgreifen und die PSOE von der Regierung fernhalten. Die vom König designierten Senatoren werden von Hottinger ausführlich kommentiert. Darunter befinden sich deutliche Franco-Anhänger, aber auch Regimegegner, was dennoch insgesamt eine eher konservative Zusammensetzung ergibt. Namentlich erwähnt werden unter anderem Torcuato Fernández Miranda, sowie Miguel Primo de Rivera, ein Neffe des *Falange*-Gründers.

In einem ausführlichen Kommentar, der einen Tag später abgedruckt wurde, setzte man sich mit der Bedeutung der Wahlen auseinander. Spaniens Wähler hätten durch ihre Disziplin und Ruhe, welche das politische Ereignis prägten, „ein *Zeugnis politischer Reife* abgelegt".[126] Die Wahlen, die für ihn einem Abschied vom alten Regime gleichkommen, veranlassen den Redakteur, der Diktatur auch positive Aspekte zuzubilligen:

> Es ist hier nicht der Ort, dem Franquismus einen Nachruf zu schreiben. So viel immerhin kann festgestellt werden: als Ideologie der Ruhe und der Ordnung hat er dem Land nach dem Trauma des Bürgerkriegs zunächst zweifellos eine Zeit des *Friedens* und der (wenn auch ungleich verteilten) *wirtschaftlichen Prosperität* beschert.[127]

Die politischen Reformen seit dem Tode Francos und die seither eroberten Freiheiten hätten gezeigt, „dass der Patient in Tat und Wahrheit längst schon völlig gesund war". Der Autor übernimmt also die damals gängige Metapher für Spanien. Das Wahlergebnis versteht er als Bestätigung des glücklichen Kurses von Regierungschef und König. Im nicht zu unterschätzenden Erfolg der PSOE sieht er indes das Risiko eines Bipolarismus zwischen UCD und Sozialisten.

Im „Tages-Anzeiger" befasste sich Emanuel LaRoche in einer Kolumne mit dem spanischen Wahlergebnis. Der Autor betont den „höchst zivilen Geist[...]", aber auch

---

125 Wahrscheinlicher Sieg des Ministerpräsidenten Suárez, in: NZZ, Nr. 140, 17. Juni 1977.
126 Abschied vom Franquismus, in: NZZ, Nr. 141, 18. Juni 1977 (Hervorhebung im Original).
127 Ebd. (Hervorhebung im Original).

dass Veränderungen, doch kein Bruch erwünscht sind.[128] Die Versuchung seitens von Suárez und vom König, sich auf die rechte Seite des Parlaments zu stützen und eine Allianz mit den Neofranquisten um Fragas AP zu schmieden, erachtet LaRoche als „verhängnisvoll".

Am 18. Juni folgte ein ausführlicherer Artikel von Werner Herzog in geradezu feierlichen Tönen. „Endlich sind die Spanier wieder *Bürger* geworden, endlich haben sie nicht nur Verpflichtungen, sondern auch Rechte, endlich haben sie die Türen zu Europa ganz aufgestossen."[129] Den Schweizern, die eventuell die Begeisterung für die Wahlen in Spanien nicht verstehen, erläutert Herzog, wie die Diktatur etwa die Erziehung kontrollierte und erklärt, zwei Generationen hätten nun zum ersten Mal frei wählen können. Nun müssten jene Sektoren der Gesellschaft, die Franco nachtrauern, verstehen, dass nun andere Zeiten angebrochen seien. Für Suárez bedeute das Wahlresultat auch ein Gebot, mit der Linken einen Pakt zu schließen. Eine Orientierung nach rechts jedoch, das heißt, eine Zusammenarbeit der UCD mit der AP, wäre schädlich. Suárez' Sieg wird auch von Herzog mit dessen geschickter Inszenesetzung in Radio und Fernsehen erklärt. Die kommenden Schritte sind für den Schweizer Korrespondenten deutlich abzulesen: Verabschiedung einer neuen Staatsverfassung, Übergang vom rigorosen zentralistischen Staat zu einem föderativeren System und die Lösung der Wirtschaftskrise, wobei vor allem dieser letzte Punkt für Streitigkeiten sorgen werde.

Die Schweizer Medien verfolgten mit großem Interesse die Wahlen in Spanien. Anders als die Legalisierung der PCE, ein überraschender, aber auch früher oder später abzusehender Schritt, war der Urnengang vom 15. Juni ein seit Monaten festgesetztes Ereignis, auf das sich die Medien vorbereiten konnten. Ziemlich einhellig ist die Bewertung der Wahlen durch die Schweizer Presse, die in panegyrischen Tönen den Akt als endgültiges Ende der Diktatur, als Annäherung an ein demokratisches Westeuropa und als Beginn einer neuen Ära bezeichnet. Stellt man dann eine schärfere Linse ein, so sind deutliche Nuancen feststellbar. Während gewisse Zeitungen Adolfo Suárez und Juan Carlos I. als Architekten einer „wunderbaren Entwicklung" lobpreisen, prangern andere die vorteilhafte Stellung des Ministerpräsidenten während der Kampagne an oder das an die Diktatur erinnernde Privileg des Königs, Senatoren zu ernennen. Unterschiedlich fallen auch die Meinungen über die rechtskonservative AP aus. Für die einen stellt sie ein belastendes Rudiment des alten Regimes dar, ihr ernüchterndes Resultat eine deutliche Absage an eine reaktionäre Bewegung. Für Hottinger hingegen müsste die Regierung mit dieser Gruppierung wegen ihrer Funktion als Wirtschaftsvertreterin rechnen. Deutlich spürbar ist auch eine gewisse Sympathie für die stärkste Partei, das heißt, für die PSOE und ihren jungen Generalsekretär.

128 Endlich kam das Volk zum Wort, in: TA, Nr. 139, 17. Juni 1977.

129 Etappensieg für die Demokratie, in: TA, Nr. 140, 18. Juni 1977 (Hervorhebung im Original).

Hier zeigt sich der Unterschied zwischen der traditionsreichen linken Partei und der kunterbunten *ad-hoc*-Alllianz,[130] die erst kurz vor den Wahlen ins Leben gerufen worden war und der man die „Parteiwürde" abspricht.[131] Es zeichnet sich ebenso ein Wandel vom „glücklichen Zweierteam" Suárez-Juan Carlos zu jenem bestehend aus dem Ministerpräsidenten und dem Sozialistenführer Felipe González ab. Auch über die von der neuen alten Regierung anzupackenden Probleme herrschte breiter Konsens. Darunter wird der Notwendigkeit, dem Land eine demokratische Verfassung zu geben, eine hohe Bedeutung beigemessen. Zum Zeitpunkt der Wahlen waren noch die verfassungsrechtlichen Strukturen des Franquismus in Kraft. Um den Weg zu einer Demokratisierung zielstrebig zu verfolgen, mussten diese Altlasten durch konsensfähige Strukturen abgelöst werden.

Ab dem Jahr 1977 nahm der Informationsfluss spanischer Nachrichten allgemein ab. Viele Redaktionen, wie zum Beispiel jene der „Washington Post", beschlossen die Intensität der Medienberichterstattung über Spanien zu verringern und zogen früher oder später ihre Berichterstatter aus Madrid zurück. Andere hingegen blieben bis zum Verfassungsreferendum im Lande.[132] Waren zwischen Herbst 1975 und Juni 1977 durchschnittlich 120 bis 140 ausländische Korrespondenten akkreditiert, so sollte sich diese Zahl nach den Parlamentswahlen auf 100 konstant halten.

6.4 Das Verfassungsreferendum (Dezember 1978)

Die Abfassung der neuen Magna Charta wurde an einen parlamentarischen Ausschuss delegiert, der sich bereits am 13. Juli 1977 an die Arbeit machte und in welchem die wichtigsten Parteien vertreten waren.[133] Diese 39-köpfige Kommission bestand aus 17 Mitgliedern der UCD, 16 der PSOE, zwei AP-Abgeordneten und zwei PCE-Politikern, einem Abgeordneten der baskischen PNV und einem der PDC. Darunter befanden sich Schlüsselfiguren der jeweiligen Parteien wie Felipe González, Manuel Fraga, Santiago Carrillo und Enrique Tierno Galván, der im weitesten Sinne zu den Sozialisten dazugezählt wurde.[134] Ein erster Verfassungsentwurf, welcher den Juristen und Parteien zur Stellungnahme unterbreitet wurde, erschien im Dezember 1977. Am 17. April 1978 wurde der Verfassungsentwurf publiziert.

Über die Schlüsselfrage, ob der spanische Staat eine Monarchie oder eine Republik werden sollte, wurde noch bis Anfang Mai diskutiert. Bei Enthaltung der sozialistischen

130 Die UCD bestand aus 15 verschiedenen Parteien. Vgl. Juliá, Sociedad y política, S. 86.
131 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 184.
132 Vgl. Guillamet et al., La Transición Española en la prensa europea y norteamericana, S. 112–135.
133 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 190.
134 Vgl. Antoni, Spanien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie, S. 141.

Kommissionsmitglieder wurde schließlich die parlamentarische Monarchie als Staatsform einstimmig gebilligt.[135] Im Juni begannen die Beratungen im Plenum des Unterhauses. Die Frage nach der Staatsform wurde auch hier ein heftig umstrittener Punkt, ebenso jene nach den Autonomien und den regionalen Kompetenzen.[136] Hier machte sich die PNV besonders stark für eine möglichst umfangreiche Palette an Befugnissen für die Regionen, darunter das Recht, aus dem spanischen Staatenverband auszutreten. Der Kongress billigte am 21. Juli 1978 den Verfassungsentwurf, unter Abwesenheit der empörten PNV-Abgeordneten. Im September wurde dann die Debatte im Senat fortgesetzt. Hier scheiterte ein erneuter Versuch der PNV-Senatoren, die baskische Frage zu lösen, an der Stimmenmehrheit der Regierungspartei und der vom König ernannten Senatoren.

Die Verfassung brachte eine Reihe von fundamentalen Neuerungen.[137] Im ersten Artikel definiert sich Spanien als ein „demokratischer und sozialer Rechtsstaat und bekennt sich zu Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und politischem Pluralismus als den obersten Werten seiner Rechtsordnung."[138] Im darauffolgenden Absatz wird die Souveränität des spanischen Volkes verankert. Muniesa meint diesbezüglich, das „souveräne spanische Volk" habe bei der Frage nach Republik oder Monarchie keine Souveränität gehabt.[139] Den Streitkräften wurde im Artikel 8 nebst der Aufgabe, „die Souveränität und Unabhängigkeit Spaniens zu gewährleisten", auch die Befugnis gegeben, „seine territoriale Integrität und verfassungsmäßige Ordnung zu verteidigen",[140] was eindeutig als Prävention gegen Unabhängigkeitsbestrebungen zu verstehen war.[141] Artikel 15 schuf die Todesstrafe ab, während Artikel 16 die Meinungs-, Gewissens- und Glaubensfreiheit gewährleistete und die Laizität des Staates bekräftigte.[142]

135 Vgl. ebd.; Moreno Luzón, ¿El rey de todos los españoles? S. 153.
136 Vgl. Antoni, Spanien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie, S. 142f.
137 Siehe auch Rubio Llorente, Der verfassunggebende Prozeß, S. 143–149.
138 Zit. in: Antoni, Spanien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie, S. 314.
139 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 191.
140 Zit. in: Antoni, Spanien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie, S. 315.
141 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 192; Juliá, Sociedad y política, S. 97.
142 Muniesa bekräftigt in seinem Werk die Straflosigkeit des früheren Regimes, die im Art. 9, Abs. 3 der Verfassung festgeschrieben wurde. „Die Verfassung gewährleistet das Prinzip der Legalität, die Rangordnung der Normen, die Publizität der Rechtsnormen, das Verbot der Rückwirkung von Strafbestimmungen, die sich ungünstig oder restriktiv auf die Rechte des einzelnen auswirken, die Rechtssicherheit, die Verantwortlichkeit und das Verbot der Willkür seitens der Staatsgewalten." Zit. in: Antoni, Spanien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie, S. 315. Laut Muniesa verunmöglichte dieser Passus jegliche Rückerstattungsansprüche für Enteignungen, die sich während oder nach dem Bürgerkrieg ereignet hatten oder die Bestrafung von Schandtaten der Franco-Diktatur. Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía en España, S. 192.

Am 31. Oktober stimmten beide Kammern über die Annahme der Magna Charta ab. Im Kongress äußerten sich 325 der 345 Parlamentarier für die Annahme, fünf dagegen und 16 enthielten sich der Stimme. Im Senat stimmten 248 Senatoren dafür, fünf dagegen und acht enthielten sich der Stimme.[143] Nun musste die Verfassung auch vom Volk angenommen werden. Die UCD, die PSOE, die PCE und einzelne Mitglieder der AP sowie einzelne extreme Parteien am linken und am rechten Rand des Spektrums plädierten für eine Zustimmung zur Verfassung.[144] Für ein Nein hatten sich die trotzkistische LCR, Blas Piñars rechtsradikale *Fuerza Nueva* sowie weitere franquistische Gruppierungen stark gemacht. Die Linken Republikaner Kataloniens, die PNV und feministische Gruppen riefen zur Stimmenthaltung auf. Am 6. Dezember 1978 eilten bloß 67% des spanischen Stimmvolkes an die Urne. 87,8% davon stimmten für die Verfassung, 7,8% äußerten sich dagegen, während 3,5% beziehungsweise 0,7% einen weißen respektive ungültigen Stimmzettel abgaben.

Schon einige Tage vor der Abstimmung befasste sich die RSI mit dem spanischen Verfassungsreferendum. Luca Giacchetto, der die 12-minütige Sendung moderierte,[145] führte die Hörerinnen und Hörer ein, indem er die Situation in Spanien beschrieb. Obschon der Übergang zur Demokratie als weitgehend frei von Gewalt beschrieben wurde, kommen einzelne dramatische Vorkommnisse wie der versuchte Staatsstreich durch Franco-Nostalgiker (die *Operación Galaxia* vom 11. November 1978)[146] oder die Terroraktivitäten der ETA zur Sprache. Für die Sendung konnte man auf den Chefredakteur der Tageszeitung „El País", Julián García, zählen, der Giacchettos Fragen in einem vorgefertigten telefonischen Interview beantwortete. In der ersten Frage wird die Bedeutung des Referendumsdatums als endgültiger Schlussstrich unter der Diktatur erörtert. García betrachtet die Verfassung als unumgänglichen Schritt für die Beendigung der diktatorischen Periode und als den Beginn einer neuen Ära, selbst wenn das Rechtsdokument nicht sämtliche Spanier befriedige, denn immerhin seien wenigstens mehrere Parteien an dessen Abfassung beteiligt gewesen. Darauf wird das Thema des Links- und des Rechtsterrorismus angeschnitten. Für García ist die Autonomie des Baskenlandes absolut notwendig, denn die Basken hätten eine stärkere Repression als die übrigen Völker Spaniens erlitten. Eine Notwendigkeit, gegen den

143 Vgl. Antoni, Spanien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie, S. 143.

144 Vgl. ebd., S. 143f.

145 Speciale sera; Da mercoledì la Spagna diventa una monarchia parlamentare, 1. Dezember 1978, BAR J2.247 2005/39, Bd. 121. Die Sendung wurde bereits in folgenden Aufsätzen behandelt. Prieto López, La Transición española a través de programas de la Radio Suiza de habla italiana, S. 218–220; Prieto, Finding Democracy in Spain, S. 200f.

146 Vgl. Juliá, Sociedad y política, S. 123f.; Busquets, Die Streitkräfte zwischen Diktatur und Demokratie, S. 79f.

Terrorismus zu kämpfen, streitet er indes ab.[147] Über das Fortbestehen des baskischen Problems und des Kampfes der ETA auch unter der Demokratie meint er, dies sei ein komplexes Thema, und weist auf die Existenz des Terrorismus-Phänomens in längst demokratischen Ländern wie Italien, der BRD und dem Vereinigten Königreich hin.[148] Das Gespräch geht dann zum rechtsextremen Terrorismus über, um über den kurz zuvor misslungenen Putschversuch zu sprechen. García entzieht diesem Ereignis Ernsthaftigkeit, doch betont er die Existenz eines nostalgischen Sektors. Nichtsdestotrotz sei der größte Teil der militärischen Befehlshaber für eine Demokratie und er lobt an dieser Stelle die Figur des Verteidigungsministers und Vize-Ministerpräsidenten General Gutiérrez Mellado.

Das Interview tangiert dann die extreme Rechte als politische Kraft, die lange Zeit unterschätzt worden war. García verweist auf die Massenkundgebung anlässlich des dritten Todestags Francos, an welcher zwischen 200.000 und 250.000 Menschen teilgenommen hatten. Diese Zahl wird dann relativiert, denn sie setze sich aus einer landesweiten Beteiligung, wobei der Fanatismus dieses Kollektivs hervorgehoben wird. Ferner sei Blas Piñar nicht einmal in einer rechtsextremen Hochburg wie Toledo die Wahl in den Senat geglückt. García äußert sich zwar zugunsten der Neuwahlen, doch scheinen ihm diejenigen auf Gemeindeebene eine viel dringlichere Angelegenheit, denn es handle sich dabei um Ämter, die noch zu Francos Lebzeiten besetzt worden waren.

Die PCE und ihre friedliche Einstellung ist ein weiterer Punkt, der die RSI interessiert. Diese Einstellung sei das Symptom für eine Krise innerhalb der spanischen Kommunisten. Die PCE sei nicht die große Partei der politischen Forderungen, doch bewertet García Carrillos Politik vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung Spaniens als sehr angebracht. Die letzte Frage dreht sich um die hypothetischen Gewinner, falls unmittelbar nach der Verfassungsannahme Parlamentswahlen angekündigt werden würden. Der Interviewte meint, dass das politische Spektrum höchstwahrscheinlich keine größeren Änderungen erleben werde, doch dürften sowohl die UCD als auch die PSOE an Parlamentssitzen zulegen.

Die Presse zeigte wie gewohnt ein sehr hohes Interesse für die Nachricht des an der Urne angenommenen Grundgesetzes. Arnold Hottinger berichtete in seinem Artikel über die klare Annahme der Verfassung (88%) und die relativ hohe Stimmenthaltung, die er in seinem Text zu erklären versucht. Der Verzicht der Opposition auf ihre Kritikfunktion zugunsten „einer *Verwurzelung* der Demokratie“[149] hätten

147 Speciale sera; Da mercoledì la Spagna diventa una monarchia parlamentare, 1. Dezember 1978, BAR J2.247 2005/39, Bd. 121.

148 Über das Aufkommen des Terrorismus im Europa der ausgehenden sechziger Jahre siehe Conway/Gerwarth, Revolution and counter-revolution, S. 163–167.

149 Annahme der demokratischen Verfassung in Spanien, in: NZZ, Nr. 286, 8. Dezember 1978 (Hervorhebung im Original).

eine Demobilisierung der Stimmbevölkerung nach sich gezogen. Einen weiteren Grund für die Apathie stellt die Abstraktheit des Referendums im Vergleich zu etwa Parlamentswahlen dar. Darauf konzentriert sich Hottinger auf das Baskenland, wo die Stimmenthaltung sogar 53% ausmachte. Hottinger stellt dann fest:

> Was die spanische Gesellschaft angeht, muss man freilich festhalten, dass in ihrem Schosse, und zwar in vielen Fällen in gewichtiger Position, die Befürworter des alten Systems fortbestehen. Sie befinden sich nach wie vor in vielen Fällen an der Spitze der *Armee* und *Polizeikräften*, und man kann vermuten, dass sie auch unter den wirtschaftlichen ‚Eliten' eine grössere Proportion ausmachen als die acht Prozent der Verfassungsgegner (unter diesen sind auch *Linksextremisten* inbegriffen). Dies weil manche Manager und reichen Leute, die unter Franco Privilegien genossen, der Zeit nachtrauern dürften, in der es ihnen gut ging, die Steuern niedrig waren und sich so leicht Geld machen liess.[150]

Zwar fehlt auch hier eine Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Verfassung und mit ihren Folgen für die spanische Gesellschaft. Anders als die euphorischen Texte über die Wahlen vom Juni 1977, ist der Grundtenor jedoch eher nüchtern. Auffallend und eher ungewöhnlich ist jedenfalls Hottingers kritischer Blick auf die altfranquistischen Eliten.

Eine ähnliche Struktur ist auch in Herzogs Beitrag erkennbar, der allerdings einen Vergleich zum Referendum über die politische Reform vom Dezember 1976 zieht. Zudem wird hier „der *offene Widerstand der konservativsten Bischöfe* gegen die Verfassung" als einer der Gründe für die hohe Abstinenz angeführt.[151] Herzog schließt seinen Artikel mit der Frage,[152] ob der König auf die Verfassung schwören müsse. Vom selben Autor stammte auch ein Kommentar, in welchem von einer „neuen Legalität" die Rede ist: „Nach der Abschaffung auch seiner Grundgesetze kann General Franco nun definitiv ruhen. Die politische Übergangsphase ist zu Ende."[153] Ähnlich wie in der Berichterstattung über die Wahlen von 1977 werden der Regierung bestimmte Probleme ans Herz gelegt. Herzog konzentriert sich auf zwei: den Terrorismus der ETA, der „beunruhigende Ausmasse erreicht"[154] hat, und die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit. Ferner stellt er die Frage nach Neuwahlen und nach dem Ende der Konsensusregierung.

In der „Weltwoche" vom Tag der Abstimmung erschien ein Bericht von Michael Vermehren. Nach einer Stimmungsbeschreibung über den Tag vor dem Referendum, in welchem die zahlreichen Plakate und andere Werbemedien beschrieben werden, die zwar

---

150 Ebd. (Hervorhebung im Original).

151 Massives Ja der Spanier zur neuen Staatsverfassung, in: TA, Nr. 286, 8. Dezember 1978 (Hervorhebung im Original).

152 Auch in diesem Falle decken sich der TA-Artikel mit jenem in der BAZ. Vgl. Spaniens letzter Schritt von der Diktatur zur Demokratie, in: BAZ, Nr. 312, 8. Dezember 1978.

153 Spaniens neue Legalität, in: TA, Nr. 286, 8. Dezember 1978.

154 Ebd.

von unterschiedlichen Parteien stammen, aber allesamt für die Annahme der Verfassung werben, kontextualisiert der Autor die Verfassung. Jene von 1931 sei durch den starken Antiklerikalismus charakterisiert gewesen. Die franquistischen Grundgesetze zeigten dann den entgegengesetzten Radikalismus. Die Verfassung, die nun zur Abstimmung steht, sei „ein Zeugnis für die politische Reife, die das spanische Volk inzwischen erlangt hat".[155] Darauf wird der Lobgesang auf die neue Verfassung fortgesetzt:

> Eine westliche Verfassung mit allgemeinem Wahlrecht […], einem souveränen, direkt gewählten Parlament, dem die Regierung verantwortlich ist, einem mehr territorial orientierten Senat von geringerem Gewicht. Eine Verfassung, in der alles steht, was sich der Abendländer nur wünschen kann: sämtliche persönlichen Freiheiten und Rechte, auch das auf Eigentum und Erbschaft – was ja wichtig genug ist –, bis hin zur Freizeit, bei deren Gestaltung der Staat sich zur Hilfe verpflichtet.[156]

Vermehren kommentiert dann die Wahl der parlamentarischen Monarchie als Staatsform als ein Zugeständnis der Linken an Juan Carlos I., dessen Verdienste für die Demokratisierung des Landes gepriesen werden. Ferner räume die Verfassung der katholischen Kirche keinen Ehrenplatz mehr ein. Zwar hätte Kardinal Enrique y Tarancón diese neue Stellung akzeptiert, doch bei Weitem nicht alle Würdenträger der römisch-katholischen Kirche würden diese Meinung teilen.

Wie üblich befasste sich Spanienkorrespondent Riccardo Merlini im „Corriere del Ticino" mit Spaniens Aktualität. Auch er sieht im spanischen Ja die Beisetzung der 40-jährigen Diktatur.[157] In der darauffolgenden Ausgabe stellt Merlini den Stimmenthaltungsanteil in eine Tradition früherer Referenden, auch jener unter der Diktatur, und stellt fest, dass das Regenwetter diesen Anteil vergrößert habe.[158] Zudem führt er die Stimmenthaltung auch auf das Fehlen einer Kampagne im Ausland zurück, die darauf bedacht gewesen wäre, die spanischen Gastarbeiter zu mobilisieren. Von den drei Millionen hätten sich nur gerade 150.000 Auslandspanier beteiligt. Merlini kommt dann auf die Reaktionen der wichtigsten Parteien zu sprechen. Die PSOE habe auf die Dringlichkeit von Gemeinde- und dann von Parlamentswahlen gepocht, während die Kommunisten die Erneuerung von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhandlungen gefordert hätten. Aus dem Verfassungsreferendum seien die UCD und der Ministerpräsident siegreich und gestärkt hervorgegangen.

Um den Ausschluss der in der Schweiz lebenden Spanier drehte sich auch ein von Michel Walter in der „Tribune – Le Matin" erschienener Artikel:

155 Angst vor der Vergangenheit, in: WW, Nr. 49, 6. Dezember 1978.
156 Ebd.
157 Vgl. La Spagna diventa paese democratico, in: CdT, Nr. 282, 8. Dezember 1978.
158 Vgl. La nuova Costituzione è anche una vittoria di Adolfo Suarez, in: CdT, Nr. 283, 9. Dezember 1978.

> Les Espagnols de Suisse sont cependant exclus de ce scrutin historique, comme ils ont été exclus de toutes les consultations populaires qui ont eu lieu chez eux depuis la chute du franquisme. Le Conseil fédéral estime en effet ‚inconciliable avec les droits souverains' de la Confédération le fait de laisser des étrangers participer sur territoire Suisse ‚à la vie politique de leur patrie'.[159]

Walter erklärt, die Schweiz sei zusammen mit Österreich das einzige Land, das den Spaniern die Beteiligung an den Wahlen verbiete. Frankreich, Italien und die BRD hingegen ermöglichten eine briefliche Stimmabgabe. Selbst gegen eine Stimmabgabe mit Vollmacht habe sich der Bund gewehrt. Den in der Schweiz lebenden Spaniern bleibe nur die Reise nach Spanien. Weiter erklärt er, solche Restriktionen beruhten auf keiner legalen Basis, entsprächen bloß der üblichen Praxis. Walter zitiert den Bundesrat, der in der politischen Aktivität von Ausländern in der Schweiz eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung sehe.[160]

Dieselbe Relevanz misst auch Linde Herrmann dem Urnengang bei, die die Annahme der Verfassung durch das Volk als Einreihung der Spanier in die europäischen Demokratien interpretiert.[161] Nebst Ausführungen zu Stimmbeteiligung und -enthaltung kommt sie auf die Boykottmaßnahmen der extremen Rechten zu sprechen. Auch hätte die ETA am Vortag der Abstimmung drei Polizisten ermordet. Ferner erwähnt sie die chaotische Organisation der Abstimmung. Wegen Wohnsitzwechsels seien 1,2 Millionen Stimmbürger doppelt erfasst gewesen. Auch hier wird die erstmalige Briefwahl von Emigranten angesprochen, obschon der Ausschluss der in der Schweiz lebenden Spanier nicht tangiert wird. In derselben Ausgabe gibt Gustav A. Lang in einer Kolumne eine äußerst positive Beurteilung der Verfassungsannahme ab und bekräftigt den abschließenden Charakter des Aktes:

> Damit [mit der Verfassungsannahme] ist der Schlussstein in eine Strasse gesetzt, die aus der versunkenen Welt des Bürgerkriegs der dreissiger Jahre hinaus und in eine ganz andere Welt hineingeführt hat, in die Westeuropäer glücklicherweise ihren Lebenzweck nicht mehr in Selbstzerfleischung sehen wollen.[162]

---

159 Les Espagnols de Suisse exclus d'un scrutin historique, in: TLM, 6. Dezember 1978 (Hervorhebung im Original).

160 Auf parlamentarischer Ebene hatte bereits LdU-Nationalrat Claudius Alder im Dezember 1976 anlässlich des Referendums zur politischen Reform in Spanien und im März 1977 im Vorfeld der ersten Parlamentswahlen je einen Vorstoß eingereicht. Bundespräsident Furgler antwortete diesbezüglich: „[…] die Schweiz erachte es als mit ihren Souveränitätsrechten nicht vereinbar, von ihrem Territorium aus Ausländer am politischen Leben ihres Heimatstaates teilnehmen zu lassen." Dringliche einfache Anfrage Alder vom 17. März 1977 (77.637), Parlamentswahlen in Spanien (Nationalrat), in: Amtl. Bull., Bd. I, 25. März 1977, S. 461.

161 Vgl. Grosse Zustimmung zu Spaniens Verfassung, in: Der Bund, Nr. 288, 8. Dezember 1978.

162 Schlussstein, in: Der Bund, Nr. 288, 8. Dezember 1978.

Das Fehlen von Erschütterungen führt Lang einerseits auf den Niedergang der *Falange* noch zu Francos Lebzeiten zurück, andererseits auf den Zustand, dass „gleichzeitig auch ein totalitäres republikanisches Spanien keine erstrebenswerte Alternative mehr darstellte."[163] Dem Stimmenthaltungsanteil sollte man keine zu große Beachtung schenken, denn die Verfassung stelle ja keine neue Situation dar, sondern die gesetzliche Festigung von bereits Ausgedachtem. Weniger die links- und rechtsextremen Gruppierungen, sondern vielmehr die Autonomisten und Separatisten sollten die Aufmerksamkeit der Regierung bekommen.

Für das „Vaterland" schrieb erneut Hermann Deml aus Madrid. Nach den obligaten Passagen über das Abstimmungsverhalten der Spanierinnen und Spanier gibt er eine unter den spanischen Politikern vertretene Interpretation wider: „Das Ergebnis des Referendums beweist, dass die Nostalgie des alten Regimes und die Staatstreichidee in Spanien überhaupt keine Wurzeln in Volk und Gesellschaft schlagen können".[164] Das schlechte Wetter tritt hier nicht als Erklärung für die Abstinenz auf, die auf rein politische Kalküle zurückzuführen sei; die Stimmenthaltung also als Zeichen des Protestes, für die „Wunder", die die Spanier erwartet hätten und nie eintrafen. Anders als in Merlinis Artikel beurteilt Deml die Situation des Ministerpräsidenten und seiner Partei als äußerst instabil, ja geradezu prekär.

Fritz René Allemann deutete die Verfassungsannahme an der Urne als eine endgültige Trennung von der Diktatur. Bei aller Euphorie über das eindeutige Abstimmungsresultat beteuert er allerdings: „Das bedeutet zwar noch nicht den Abschluss des Demokratisierungsprozesses, den Francos monarchischer Erbe König Juan Carlos ebenso beharrlich wie behutsam ausgelöst und mit Hilfe seines Regierungschefs Adolfo Suarez vorangetrieben hat."[165] Die Verfassung sei in Wirklichkeit „nicht mehr als ein Rohbau", der durch sogenannte Organgesetze ergänzt werden müsse. Allemann kritisiert die im Vorfeld der Abstimmung verbreitete Formel einer „Konstitution der Eintracht". Wichtige Punkte seien vertagt worden. Dafür lobt er die Zusammenarbeit der Parteien und die Kompromisse, die zustandekamen, als ein einmaliges Ereignis in der spanischen Verfassungsgeschichte. Die große Stimmabstinenz würde dem Ereignis das Prädikat eines „grossen Tages" entziehen. Hierzu vergleicht er den Urnengang mit dem Referendum vom Dezember 1976, das eine viel größere Beteiligung aufwies. Der letzte Abschnitt ist dem baskischen Problem gewidmet. Die massive Stimmenthaltung im Baskenland zeige, „dass die meisten Basken auch die neue Verfassung des Staates nicht als ihre betrachten und anerkennen wollen."[166] Sollte es der Regierung nicht gelingen, die Basken für sich zu gewinnen, drohe eine Eskalation, bei der die Armee

163 Ebd.
164 Buenos dias, democracia/adios, Franco, in: Vaterland, Nr. 285, 9. Dezember 1978.
165 Endgültiger Abschied von Francos Diktatur, in: LNN, Nr. 285, 9. Dezember 1978.
166 Ebd.

eingreifen würde, was „einen Rückfall in die eben erst überwundene autoritäre Ära" bedeuten würde.[167] Sein Beitrag weist gewisse Aspekte auf, die in anderen Texten nicht präsent sind. So zum Beispiel geht er auf die Grenzen der Verfassung und auf ihre Lücken ein. Juan Carlos I. hat sich bei ihm noch nicht seiner franquistischen Vergangenheit entledigt, umso seltsamer scheint hier das Fehlen einer Diskussion über die Frage über Republik oder Monarchie beziehungsweise eine Diskussion über das Fehlen dieser Frage in der Abstimmung.

In „La Suisse" beschäftigte sich Jean-Yves Dumont mit der Verfassungsannahme, die als gesetzlicher Bruch mit dem Franquismus bezeichnet wird.[168] Die Abschaffung der Todesstrafe sowie der Sondergerichtsbarkeit und die Einführung fundamentaler Freiheiten und Rechte wie der Meinungs- und der Pressefreiheit sowie des Rechts auf gewerkschaftliche Tätigkeit und des Streikrechts werden bei Dumont explizit als Neuerungen erwähnt. Besonders hervorgehoben wird der Kompromiss zwischen den Parteien; die Verfassung sei also weder links noch rechts. Sie sei zwar nicht die liberalste Verfassung, die es gibt, doch selbst Kommunisten hätten zugegeben, dass sie breiter als die republikanische von 1931 sei.

Im Leitartikel des „Journal de Genève" verwendet Claude Monnier die umstrittenen Metaphern der Grippe und der Impfung, um die Zustände in Spanien zu beschreiben.[169] Unter der Republik oder unter Franco habe jeweils eine Hälfte des Landes der anderen eine Verfassungsordnung aufgezwungen. Die nun angenommene Verfassung sei hingegen das Resultat politischer Debatten. Am Beispiel zweier Artikel (38 und 128) will der Redakteur darlegen, dass die Verfassung hinsichtlich der Wirtschaft eine neutrale Stellung beziehe. Das wirtschaftliche Interesse der Spanier sollte im Übrigen auch die zentrifugalen Kräfte innerhalb der Halbinsel neutralisieren. Zudem würden die Terroraktivitäten links- und rechtsextremer Gruppen als eine Form von Impfung fungieren.

Antoine Acquaviva behandelte die Annahme der Verfassung in der „Voix Ouvrière" und konzentrierte sich dabei besonders stark auf die Worte Santiago Carrillos. Für die Kommunisten „la Constitution restitue au peuple la *souveraineté qui lui a été confisquée en 1936*."[170] Es folgt eine Nennung der Kommunisten, die gegen den Franquismus gekämpft hatten, während die konkreten Inhalte der Verfassung oder jegliche republikanische Forderungen keinerlei Erwähnung finden.

Die Schweizer Medien verfolgten die Nachricht des spanischen Verfassungsreferendums mit demselben Interesse, womit sie auch über die früheren Urnengänge

167 Ebd.

168 Vgl. Le nouveau statut de l'Espagne, in: La Suisse, 7. Dezember 1978.

169 Vgl. Espagne: la grippe et le vaccin, in: JdG, Nr. 287, 8. Dezember 1978.

170 La Constitution adoptée, la démocratie restera à édifier, in: VO, Nr. 275, 8. Dezember 1978 (Hervorhebung im Original).

berichtet hatten. Und auch in diesem Falle wurde der Akt als ein weiterer Schritt zur Überwindung der Diktatur interpretiert, was auch von früheren ähnlichen Ereignissen behauptet wurde. Das Fehlen einer Diskussion über Republik und Monarchie im Vorfeld der Abstimmung oder nach dem Referendum kann als stillschweigende Akzeptanz von Juan Carlos' reformerischem Kurs gedeutet werden. Dennoch sind weiterhin kritische Stimmen bemerkbar, wie zum Beispiel jene von Fritz René Allemann, der des Königs Legitimität immer noch mit dem verstorbenen Diktator in Verbindung setzt. Während die Verfassung als ein wichtiger Schritt in Spaniens Demokratisierungsbestreben angesehen und trotz der Ausführungen über die tiefe Stimmbeteiligung von sämtlichen Zeitungen begrüßt wird, fällt die qualitative Bewertung der Verfassung unterschiedlich aus. Juan Carlos, dem die Verfassung nur noch wenige Machtbefugnisse zubilligte, sollte im Rahmen seiner Schweizreise rund ein halbes Jahr nach dem Referendum die volle Aufmerksamkeit der Schweizer Medien für sich beanspruchen.

6.5 Der Staatsbesuch der spanischen Könige in der Schweiz (Juni 1979)

Eine Wende zum positiven Image der Monarchie zeigte sich unter anderem im grafischen Humor am Beispiel einer weiteren „Nebelspalter"-Karikatur von Horst Haitzinger von Mai 1977, die den Wandel vom frisch geschlüpften, hässlichen „Franquismus-Küken" zum eleganten „Demokratie-Schwan" oder „-Flamingo" darstellt (siehe Abbildung 9) und die stelltvertretend auch als das in der Schweiz dominierende Bild des Königs interpretiert werden kann. Zwei Jahre später sollte sich diese Wende auch in den wohlwollenden, huldigenden journalistischen Darstellungen zeigen.

Zwischen dem 19. und dem 21. Juni 1979 stattete das spanische Königspaar der Schweiz einen offiziellen Besuch ab. Obschon dieses Ereignis einer besonderen historischen Relevanz entbehrt, vor allem wenn man es mit den bereits behandelten Kapiteln vergleicht, und es deshalb in kaum einer Abhandlung über die *Transición* erwähnt wird, verdient es aufgrund des markant transnationalen Aspekts eine besondere Untersuchung. Wegen der Präsenz der spanischen Krone auf Schweizer Boden fiel die Berichterstattung über das feierliche Ereignis für einmal nicht vornehmlich in die Kompetenz der jeweiligen Spanienkorrespondenten, sondern der Inland- oder Bundeshaus-Redakteure. Der königliche Besuch ist insofern von Bedeutung, als er die Schweizer Presse erst recht dazu bewog, einerseits über eine damals als wichtigster Protagonist der Demokratisierung angesehene Persönlichkeit und andererseits über die Institution der Monarchie zu sprechen. Der offizielle Anlass diente zudem als Kulisse für Thomas Hürlimanns Roman *Der grosse Kater*. Das Buch aus dem Jahre 1998 dreht sich um eine Intrige zum Sturz des Bundespräsidenten während des Staatsbesuches. Gleichzeitig übt Thomas

Hürlimann Kritik an seinem Vater, dem Bundespräsidenten Hans Hürlimann, und am Besuch des Insel-Spitals durch die spanische Königin, wo des Autors Bruder im Sterben lag.[171] Der Roman wurde 2010 mit Bruno Ganz in der Hauptrolle verfilmt.

Im Vorfeld des Staatsbesuches berichtete Hermann Deml für das „Vaterland" aus Madrid. Im Rahmen einer Pressekonferenz hatte der Monarch die Journalisten über seine Schweizreise unterrichten wollen. Demls Text vermittelt den Eindruck eines jovialen Mannes. An seinem Äußeren wird vor allem der unübliche Vollbart erwähnt.[172] Zudem tangiere das Gespräch kaum die hohe Politik, sodass man dabei eher von königlichem *Small Talk* denn von einer herkömmlichen Pressekonferenz sprechen sollte. Im Text werden Juan Carlos' Worte wiedergegeben, die seine Beziehung zur Schweiz untermauern. Deml akzentuiert hier auch den Protagonismus des Königs bei den politischen Reformen:

> Der 40jährige spanische Monarch, der das Verdienst beanspruchen kann, durch behutsame Anstösse ein 40 Jahre vom Faschismus beherrschtes Land langsam und zielstrebig auf den Weg der Demokratie gelenkt zu haben, ist eigentlich der alte geblieben: ein wenig mager, obwohl er einen baskischen Koch beschäftigt, ohne Allüren oder falsches Pathos.[173]

Hier wird also eine als genuin schweizerisch angesehene Qualität auf den spanischen König projiziert, namentlich Bodenständigkeit. Danach folgen die konkreten Absichten oder Themen, die er in der Schweiz ansprechen möchte, das heißt, den Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen und die spanischen Gastarbeiter in der Schweiz. Hinsichtlich der Frage nach der Ausübung des spanischen Wahlrechts in der Schweiz verweist der Monarch auf den Außenminister, der ihn bei der Reise begleiten soll. Auf die provokative Frage des Journalisten nach spanischen Fluchtgeldern auf Schweizer Banken und die Möglichkeit einer Amnestie für diese Fälle verweist Juan Carlos ebenfalls auf die Regierung.

In Allemanns Artikel werden die Bestrebungen Juan de Borbóns aufgegriffen, die Diktatur nach dem Zweiten Weltkrieg zu beenden. Ähnlich wie bei Juan Carlos' Ernennung zum Nachfolger Francos enthält dieser Beitrag biografische Informationen über seine Erziehung unter der Obhut des Diktators und über seine Militärlaufbahn. Allemann schreibt: „Wenn er sich weder als Kadett noch später als Student an der Universität durch ungewöhnliche Brillanz auszeichnete, so war er doch stets ein aufmerksamer und durchaus anstelliger Schüler."[174] Die Spannung zwischen Loyalität

---

171 Vgl. Hürlimann, Der grosse Kater, S. 46 u. S. 197f.

172 Der Grund für den Bart wird in einem Artikel in „La Suisse" *en passant* angedeutet. „Savez-vous qu'il souffre d'un herpes au visage et le dissimile de cette façon?". Petits clichés pour un grand moment, in: La Suisse, 20. Juni 1979.

173 König Juan Carlos freut sich auf Bern, in: Vaterland, Nr. 137, 16. Juni 1979.

174 Juan Carlos: Ein König bringt Spanien die Demokratie, in: LNN, Nr, 139, 19. Juni 1979.

gegenüber Franco und der immer brüchiger werdenden Beziehung zum Vater wird explizit erwähnt und auch sein vermeintliches Intelligenzdefizit, das von Allemann als Unterschätzung des jungen Monarchen seitens der Opposition gedeutet wird. Bei seiner Reform der Regimestrukturen zu einem demokratischen Staat misst ihm Allemann „die Verbindung von Entschiedenheit und kühlem Realismus“ bei.[175]

Derselbe biografische Tenor war auch in jenem Bericht präsent, den Daniel Bollag für die „Tagesschau“ vortrug. Er beginnt mit der Einblendung Bollags und setzt sich dann aus zahlreichen unterschiedlichen Filmausschnitten zusammen, in welchen Juan Carlos zunächst an Francos Seite gezeigt wird, dann aber als König in Gesellschaft ausländischer Staatschefs (Papst Paul VI., Valéry Giscard d'Estaing, Gerald Ford), als Oberbefehlshaber der Armee einer Parade beiwohnend, mit seiner Familie zusammen auf einer Provinzreise die Menschenmenge begrüßend oder beim Skifahren. Daniel Bollag kommentiert die Tätigkeit des Monarchen mit folgenden Worten:

> Der König, der in die Schweiz auf Staatsbesuch kommt, ist kein Monarch wie alle anderen.
> Im Gegensatz zu seinen Kollegen, zum Beispiel in Grossbritannien oder Belgien, Holland und skandinavischen Ländern hat König Juan Carlos I. von Spanien ganz erheblichen persönlichen Anteil am Zustandekommen des heutigen demokratischen Systems im Land.
> Und anders als in jenen anderen demokratischen, parlamentarischen, konstitutionellen Monarchien Westeuropas ist in Spanien der König nicht der normale Thronfolger in einer langen ununterbrochenen königlichen Tradition. Nein. Franco persönlich hatte Juan Carlos zu seinem Nachfolger als Staatschef ernannt, obwohl wenn schon Juan Carlos' Vater der legitime Thronanwärter gewesen wäre, und in den letzten Jahren des Franquismus war der junge Prinz bei den öffentlichen Auftritten des Diktators jeweils mit dem Caudillo zu sehen, anscheinend einverstanden mit dessen autoritärem Regime.
> Doch bereits bei seinem Amtsantritt unmittelbar nach dem Tode Francos im November 1975 liess Juan Carlos durchblicken, dass er das System demokratisieren wolle. In seiner Thronrede versprach er, der König aller Spanier zu sein, also nicht bloss jener Hälfte, die unter Franco den Bürgerkrieg vor vierzig Jahren gegen die andere Hälfte gewonnen hatte. […]
> Sein bedeutender Anteil an der Demokratisierung Spaniens hat Juan Carlos auch die uneingeschränkte Achtung aller, selbst der grundsätzlich republikanischen Parteien eingetragen, wie etwa der Sozialisten, deren Exekutive hier auf eigenen Wunsch von Juan Carlos in einer Audienz empfangen wurde. Sogar die Kommunisten stehen heute voll hinter dem Monarchen.
> Beim Volk beliebt gemacht haben sich König Juan Carlos und Königin Sofia zuerst mit ihren Reisen in die verschiedenen Regionen Spaniens. Das Interesse des Königspaares für die Provinzen hatte grosse innenpolitische Bedeutung.
> Zur Sympathie der Spanier für ihren König hat auch die natürliche Art von Juan Carlos beigetragen, stets die ganze königliche Familie in sein Tun mit einzubeziehen und mit diesem Familiensinn einen in Spanien hohen Wert in den Vordergrund zu stellen. […]
> Sein offenes Wesen kommt immer auf Staatsbesuchen zustatten, auf welchen er internationale Sympathien für Spanien wirbt und ihn bereits um die halbe Welt gebracht haben.

175 Ebd.

> So trägt denn seine Person wesentlich bei zu dem Image, das die Welt heute von Spanien hat. Das ist dann auch der Sinn dieses Staatsbesuches in der Schweiz.[176]

Der „Tagesschau"-Beitrag – ein Kaleidoskop des jungen Königs – vermittelt trotz der Erwähnung seiner franquistischen Legitimation ein sehr positives Bild; das Bild eines jovialen, bodenständigen, modernen und liberalen Herrschers, also eines *roi-citoyen* des 20. Jahrhunderts. Juan Carlos wird hier als Friedensstifter zwischen Siegern und Besiegten im Bürgerkrieg, zwischen der Armee und den oppositionellen, republikanischen Parteien auf eine Weise in Szene gesetzt, die das Problem von „Legitimität und Legitimation" ansprechen.[177]

Auch Werner Herzog verfasste vor der Abreise des Königs einen Bericht,[178] der auf der Pressekonferenz im königlichen Zarzuela-Palast beruhte. Der Journalist spricht des Königs unkomplizierte und volksnahe Art an.

> Manchmal erscheint es fast unglaublich, dass unter Juan Carlos das Experiment der *Demokratisierung* nach dem Tod Francos gelungen ist. Doch die Tatsachen sind da: Juan Carlos durchbrach 1976 das Bollwerk der Franquisten und setzte *Adolfo Suarez* als neuen – und erfolgreichen – Regierungschef ein.[179]

Herzog spricht dem Monarchen ab, eine Intelligenzfigur zu sein, um dafür seinen Pragmatismus und seine Wachsamkeit zu preisen. Trotz des Handicaps, vom Diktator Franco eingesetzt worden zu sein, konnte er durch „die Einführung der Demokratie [...] seine Krone legitimieren."[180] Gegen Ende des Textes räumt er des Königs Schweizer Schuljahren und den Besuchen bei seiner Großmutter in Lausanne Platz ein.

Die Behandlung des Staatsbesuches durch die Schweizer Inlandsjournalisten verlief nach einem wiederkehrenden chronologischen Muster. Auch in Bezug auf den generellen Grundtenor lässt sich eine zugrunde liegende panegyrische Tonart erkennen. In „La Suisse" erschien ein ähnlich gelagerter Artikel von Philippe Roy, in welchem erzählt wird, wie die anfängliche Skepsis gegenüber Juan Carlos sich allmählich in Beliebtheit umgewandelt habe,[181] während Olivier Grivat in der „Tribune – Le Matin" ihm einen Artikel widmete, in welchem seine Beziehung zur Schweiz hervorgehoben wird. Des Königs blaues Blut wurde in seiner Kindheit mit „bon air helvétique" versorgt, schreibt er in der Einleitung.[182] In boulevardesker Manier fährt er dann fort, und geht auf die

---

176 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 18. Juni 1979, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2496.

177 Vgl. Bernecker, Die Rolle von König Juan Carlos, S. 163f.

178 Auch in diesem Fall druckten BAZ und TA praktisch denselben Text von Werner Herzog ab. Vgl. Juan Carlos: Das Gegenteil Francos, in: BAZ, Nr. 138, 16. Juni 1979.

179 Juan Carlos – ein populärer König, in: TA, Nr. 139, 19. Juni 1979 (Hervorhebung im Original).

180 Ebd.

181 Vgl. Juan Carlos: un démenti aux sceptiques, in: La Suisse, 19. Juni 1979.

182 Un roi „bien de chez nous", in: TLM, Nr. 170, 19. Juni 1979.

Bluterkrankheit des spanischen Königshauses ein. Erwähnt werden die beiden Onkel Juan Carlos', die in den dreißiger Jahren an den Folgen dieses Gebrechens starben sowie jener, der 1975 in St. Gallen verstarb. Darauf wird seine Schulzeit im waadtländischen Rolle und in Fribourg zur Sprache gebracht. Auch nach seiner Niederlassung in Spanien fuhr er jeden Sommer nach Lausanne, um seine Großmutter zu besuchen. Seine sportliche Betätigung – Segeln und Wasserski – im Genfersee sowie das *Jet-Set*-Leben vermitteln den Eindruck von Sorglosigkeit. Der Journalist zitiert auch Lausanner Jugendfreunde des Königs, die ihn als leicht zurückhaltend beschreiben und seinen Respekt für General Franco anschneiden. Die Zurückhaltung wird aber durch Streiche relativiert, die sich einst der junge Prinz erlaubte: „Si vous avez eu la mésaventure d'avoir vos pneus de voiture dégonflés devant le dancing du Vieux-Moulin, du côté d'Epesses, vous le devez peut-être à l'actuel roi d'Espagne et sa joyeuse équipe."[183]

Der Artikel wird durch den Ablauf des Staatsbesuches ergänzt. Die Ankunft war am Dienstag, 19. Juni, im Flughafen Zürich-Kloten, wo Bundespräsident Hürlimann das Königspaar empfangen sollte. Darauf folgte eine Autofahrt bis zum Landgut Lohn, im bernischen Kehrsatz. Am selben Nachmittag sollten die Gäste vom Bundesrat *in corpore* im Bundeshaus empfangen werden. Für den Mittwoch war ein getrenntes Programm vorgesehen. Während den König in Anwesenheit des Bundespräsidenten und des EMD-Chefs Rudolf Gnägi eine Militärvorführung auf den Waadtländer Alpen erwartete, besuchte Königin Sofía das Berner Insel-Spital in Begleitung der respektiven Gattinnen des Bundespräsidenten und des EDA-Chefs. Am Donnerstag stand die Abreise Richtung Genf auf dem Programm, wo eine Rede im Hauptsitz der OIT vorgesehen war.

Michel Walter hob hingegen in seinem Artikel die politische Bedeutung des Staatsbesuches hervor. Zunächst wird auf die Pressekonferenz des Königs vor seiner Abreise hingewiesen, bei welcher die starken Bindungen beider Länder unterstrichen wurden. Die starke Welle von ETA-Attentaten in Spanien sowie der Angriff auf die spanische Botschaft in Bern und die Drohungen gegen den Bundesrat würden entsprechend wichtige Sicherheitsvorkehrungen erklären.[184] Ferner wird des Königs Absicht angesprochen, sich bei der Schweiz für ihr Engagement für die Freiheit in Spanien zu bedanken: „On n'a pas oublié à Madrid que c'est un Suisse, le conseiller national Walther Hofer, qui réussit, quelques semaines avant la mort de Franco, à réunir à Paris, et pour la première fois depuis la guerre civile, des personnalités de toutes les tendances politiques espagnoles."[185]

183 Ebd.

184 Die Sicherheitsmaßnahmen werden auch in Hürlimanns Roman durchgehend erwähnt. So zum Beispiel wurde eine königliche Besichtigung der von Rollschen Spinnerei deswegen abgeblasen, weil der „Anteil an Baskinnen unter den dort beschäftigten Spanierinnen [...] erstaunlich hoch" war. Hürlimann, Der grosse Kater, S. 44.

185 Berne rend hommage à la jeune démocratie espagnole, in: TLM, Nr. 170, 19. Juni 1979.

Zusammen mit dem Königspaar reiste auch der spanische Außenminister Marcelino Oreja, der sich mit seinem Schweizer Kollegen, Bundesrat Pierre Aubert, über die Lage in Mauretanien und Marokko zu unterhalten beabsichtigte. Im Zusammenhang mit den spanischen Gastarbeitern in der Schweiz stellte die bundesrätliche Weigerung einer Wahlbeteiligung der Spanier einen Dorn im Auge der spanischen Regierung dar. Der Text wird durch einen Kasten ergänzt, der die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern beleuchtet: „Avec des placements atteignant entre 600 et 800 millions de francs, la Suisse est actuellement le plus gros investisseur étranger en Espagne après les Etats-Unis."[186]

Für das „Vaterland" berichtete Hans Moos aus Bern über den Empfang auf dem Bundesplatz mit Ehrenkompagnie und Militärspiel. In seiner Begrüßung erwähnte Hürlimann „die alten Beziehungen zwischen Spanien und der Schweiz und vergass dabei nicht die vielen Gastarbeiter, die aus Spanien zu uns kommen und wegen ihrer menschlichen und beruflichen Qualitäten Ansehen geniessen."[187] Im Gegenzug lobte Juan Carlos in „ausgesprochen ruhiger, gemessener und dennoch herzlicher Art" die Verwirklichung der europäischen Identität durch ihre kulturelle Vielfalt am Beispiel der Schweiz.[188] Moos schließt seinen Beitrag mit folgender Gesamtwürdigung ab: „Alles in allem: ein sympathischer Empfang für die sympathischen Vertreter eines befreundeten Landes."[189]

In derselben Ausgabe erschien ein kurzer Text Demls, der eine Presseschau über die spanischen Zeitungen im Zusammenhang mit der Schweizer Reise des Staatschefs beinhaltete.[190] Während die katholische Zeitung „Ya" die ausgezeichneten Beziehungen beider Länder lobt, greife „El País" die missliche Lage und die Diskriminierung der spanischen Gastarbeiter in der Schweiz an. In diesem Kontext wird die bereits angesprochene Unmöglichkeit einer Beteiligung spanischer Bürger an Wahlen und Abstimmungen in Spanien genannt. Ferner wird auch die Frage der Bankkonten der „Glücksritter der vierzigjährigen Diktatur" aufgeworfen. Das fehlende Engagement der spanischen Regierung und das Schweizer Bankgeheimnis werden explizit erwähnt. Der Artikel schließt mit dem Satz ab:

> Die Schweiz habe der faschistischen Diktatur immer sehr kritisch gegenübergestanden und wie andere Länder ihren Botschafter zurückgezogen, als der Diktator im September 1975 wenige Wochen vor seinem Tode fünf Regimegegner nach einem umstrittenen Schnellgerichtsverfahren hinrichten liess.[191]

---

186 La Suisse en tête, in: TLM, Nr. 170, 19. Juni 1979.

187 Freundlicher Empfang ohne Gepränge, in: Vaterland, Nr. 140, 20. Juni 1979.

188 Ebd.

189 Ebd.

190 Vgl. Spanische Zeitungen zum Staatsbesuch, in: Vaterland, Nr. 140, 20. Juni 1979.

191 Ebd.

Hier macht sich eine Spannung zwischen den zitierten spanischen Zeitungen bemerkbar, welche die Schweizer Haltung anlässlich der September-Erschießungen loben, und dem „Vaterland" selbst, das die Rückbeorderung durch die Feder von Otto Schmid scharf kritisierte.

Die „Neue Zürcher Zeitung" druckte je einen ausführlichen Artikel über den Empfang im Zürcher Flughafen[192] und über jenen auf dem Bundesplatz ab. Die Zeremonie bestand aus 15 Punkten. Aus dem Artikel entnimmt man, dass die Blumensträuße, die auf dem Flughafengelände der Königin ausgehändigt werden sollten, in Bern vergessen worden waren.[193] Im zweiten Artikel werden die 21 Kanonensalven zu Ehren der Gäste genannt und die Rede des Bundespräsidenten kommentiert, in welcher das Söldnertum und die Pilgerfahren der Schweizer Erwähnung finden. „Mit grosser Sympathie verfolge die Schweiz, wie Spanien den *Übergang zu einer demokratischen Regierungsform* vollzogen habe. Sie empfinde Respekt und Bewunderung für diese Leistung."[194] Auch der „Bund" befasste sich mit den Vorbereitungen auf dem Bundesplatz.[195] Für den „Tages-Anzeiger" schrieb Beat Schweizer über die Ankunft des Königspaars in Bern und die Reden Hürlimanns und Juan Carlos'. Hier wurde auch ein Ausschnitt aus der Rede des Bundespräsidenten abgedruckt[196] sowie ein Kasten, der über das spanisch-schweizerische Handelsvolumen informiert, in welchem der Waffenexport besonders deutlich hervorgehoben wird.[197]

Michel Walter befasste sich auch in seinem Artikel vom 20. Juni mit dem feierlichen Anlass. Hürlimann sprach in seiner Rede die Schweizer Söldner an, die in den vergangenen Jahrhunderten im Dienste Spaniens gekämpft hatten. Walter hebt allerdings auch Dinge hervor, die der Bundespräsident nicht erwähnt hatte:

> M. Hürlimann a également relaté l'épopée des fameux ‚Suisses en uniformes bleu' (Suizos azules) qui ont lutté contre Napoléon pour la liberté de l'Espagne. Mais il a soigneusement évité de dire un seul mot des quelque 800 Suisses qui se sont battus contre Franco entre 1936 et 1939 pour sauver la République espagnole. On sait que plusieurs d'entre eux ont été condamnés par des tribunaux militaires suisses et que le Conseil national a refusé, il y a quinze jours, de les réhabiliter.[198]

192 Vgl. Das spanische Königspaar in der Schweiz, in: NZZ, Nr. 140, 20. Juni 1979.
193 Diese Anekdote wurde in einem Sonett verarbeitet, das im „Bund", Nr. 144 vom 23. Juni 1979 abgedruckt wurde.
194 Herzlicher Jubel in Bern, in: NZZ, Nr. 140, 20. Juni 1979.
195 Vgl. Berns kurzer Traum von der Monarchie, in: Der Bund, Nr.141, 20. Juni 1979.
196 Vgl. „Wir hatten so gehofft, er würde wenigstens ein paar Hände schütteln", in: TA, Nr. 140, 20. Juni 1979 (Hervorhebung im Original).
197 Vgl. Spanien: Zweitgrösster Waffenabnehmer, in: TA, Nr. 140, 20. Juni 1979.
198 Juan Carlos et Hans Hürlimann évoquent le passé des mercenaires suisses d'Espagne, in: TLM, Nr. 171, 20. Juni 1979.

Juan Carlos würdigte seinerseits ebenfalls das Engagement der Schweizer Regimenter in Spanien und unterstrich die Erstmaligkeit des Schweizer Besuches seitens eines spanischen Königs. Walter bemerkte, dass Juan Carlos Begriffe wie die Verteidigung der Menschenrechte, der Justiz und der Freiheit verwendet habe, hingegen habe er jenen der „Demokratie“ vermieden.

In der „Tagesschau“ vom 20. Juni wurden die Luftwaffenvorführung zu Ehren des Königs (Abbildung 10) und der Besuch der Königin in der Pädiatrie-Abteilung des Insel-Spitals kommentiert.[199] „Die Fliegertruppen führten im Waadtland ihr Können mit Mirage, Tiger, Hunter und Venom vor. Der spanische König zeigte sich von diesen Vorführungen sehr beeindruckt“,[200] heißt es im Kommentar der Spätausgabe.

Der Berichterstattung über die Staatsvisite gesellten sich auch Beiträge, die sich stärker auf die Persönlichkeit des Königs und seine Reformen konzentrierten. Ein kurzer Text im „Journal de Genève“ beleuchtet Juan Carlos’ Persönlichkeit und erwähnt dabei eine Anekdote, um die Bodenständigkeit des Königs hervorzuheben, wonach er während einer Incognito-Spritztour mit seinem Motorrad eine Benzinpanne erlitt. Dies zeuge aber auch von einem enigmatischen Charakter. Hier erkennt man den von Peter Burke behandelten frühneuzeitlichen *Topos* vom König, der sich unters Volk mischt.[201] Sein stilles Verhalten nach seiner Ernennung 1969 zum designierten Nachfolger bis zur Inthronisation hätten suggerieren können, dass er nichts anderes als ein „souverain d’opérette“ hätte werden sollen.[202] Antoine Bosshard, der Autor des Textes, interpretiert die Wahl Juan Carlos’ durch Franco als eine weitsichtige Strategie des Diktators, Spanien auf neue Zeiten vorzubereiten. Darauf folgt eine *Laudatio* auf den Demokratisierungsprozess, der durch Suárez und Juan Carlos vollzogen wurde. Bosshard schließt seinen Text mit folgenden Worten ab: „Francisco Franco, nous le disions, l’avait préparé remplir de très hautes fonctions. Soit. Mais les Espagnols – et les Européens avec eux – seront reconnaissants demain à ce jeune roi d’avoir empoigné le courant de l’histoire plutôt que de jouer benoîtement les souverains constitutionnels.“[203] Auffallend ist hier die Unterscheidung zwischen „Espagnols“ und „Européens“, was offensichtlich von der Vorstellung herrührt, dass eine Integration Spaniens in Europa noch nicht vollzogen worden sei.

Oskar Reck widmete Juan Carlos’ Reise in die Schweiz einen Tageskommentar in der „Basler Zeitung“. Nach einem historischen Exkurs, bei dem er auf den Staatsbesuch Kaiser Wilhelms II. im Jahre 1912 und auf jenen Winston Churchills von 1946 eingeht („Mit Spanien, dessen Königspaar weit mehr als offizielle Höflichkeit erlebte,

199 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 20. Juni 1979, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2496.
200 DRS-Tagesschau-Spätausgabe vom 20. Juni 1979, http://videoarchiv.srf.ch.
201 Vgl. Burke, Helden, Schurken und Narren, S. 165f.
202 Juan Carlos ou le pouvoir du silence, in: JdG, Nr. 142, 21. Juni 1979.
203 Ebd.

Sympathie nämlich, verbindet uns der Begriff ‚Gast' im doppelten Sinne: Wir sind in grosser Zahl Spaniens Feriengäste, und Spanier wiederum tun als Gastarbeiter, was wir nicht gerne tun"[204]), schreibt Reck, der seinen Text mit einem großen Lob für Juan Carlos' demokratisierende Leistung abschließt: „Belehrungen in Demokratie könnte Juan Carlos eher erteilen, als dass er sie zu empfangen brauchte, weil er zugunsten der Freiheitsrechte und ihrer Nutzung mehr getan hat, als nachgerade bei uns üblich ist. Wir hatten einen seltenen Gast: einen König der Freiheit."[205]

Im „Tages-Anzeiger" behandelte Beat Schweizer die separaten Programme des Königs und der Königin. Ein besonderes Augenmerk fällt auf die Kleidung des Königs, die im Text erwähnt und mit Bildern dokumentiert wird. Juan Carlos wird hier einmal im zivilen Anzug, in Galauniform anlässlich des Banketts und in Heeresuniform anlässlich der Fliegerdemonstration auf dem Col des Mosses abgebildet. Schweizer schreibt, die Sicherheitskräfte hätten dem Publikum, aber auch den Journalisten den direkten Kontakt mit dem Monarchenpaar verunmöglicht.[206]

Michel Walter behandelte in seinem Artikel vom 21. Juni die Forderungen, die Spanien der Schweiz stellte.[207] Hier wird also weniger die Präsenz des Königspaars angesprochen, sondern dessen Begleitung durch den spanischen Außenminister Marcelino Oreja. Der Status der spanischen Einwanderer in der Schweiz müsse verbessert werden. In diesem Zusammenhang forderte er die Anerkennung des Spanischen als zweite Unterrichtssprache für diese Gemeinschaft und die Unterstützung der Eidgenossenschaft bei der Vermittlung von spanischer Sprache und Kultur. Ferner wurde auch das Thema des Verbots der Wahlbeteiligung während des Gesprächs angeschnitten. Auf der Ebene der Außenpolitik zeigte Oreja im Hinblick auf einen Beitritt Spaniens zur NATO Interesse für die Stellung der Schweiz in Bezug auf diese Organisation.

Das Schweizer Fernsehen griff die Staatsvisite nicht nur für die Berichterstattung der „Tagesschau" auf. Am 21. Juni wurden im Rahmen der Informationssendung „Blickpunkt" der Tagesablauf der Königin von Spanien mit dem Besuch im Insel-Spital und ihre darauffolgenden Fahrten nach Riggisberg und Poldern ausgestrahlt.[208] Innerhalb der Sendung wurde das glamouröse Außerordentliche des Staatsbesuches mit dem bodenständigen Alltäglichen der Arbeit der Kinderkrankenschwester Marianne des Insel-Spitals kontrastiert. Die rund 15-minütige Sendung, fast vollständig auf Mundart kommentiert, beginnt mit einer Außenaufnahme des Landgutes Lohn bei Kehrsatz. Auch hier ist die starke Präsenz von uniformierten Sicherheitsleuten

204 Spaniens König: Besonderer Gast? in: BAZ, Nr. 142, 21. Juni 1979.
205 Ebd.
206 Vgl. Vierzig Minuten Flugschau und dann Hobelkäse und Bündner Fleisch, in: TA, Nr. 141, 21. Juni 1979.
207 Vgl. Madrid présente plusieurs revendications à la Suisse, in: TLM, Nr 172, 21. Juni 1979.
208 Vgl. Blickpunkt, 21. Juni 1979, BAR J2.225 2000/22, Bd. 872.

deutlich zu erkennen. „D'Profässer Ettore Rossi füehrt d'Königin Sofia id d'Intensivstation, dethere wo d'schwöschter Marianne und ihri Kolleginne sächs Früehgeborni betreued",[209] heißt es dann im Audiokommentar. Nach dem Spitalbesuch zieht der königliche Tross zunächst nach Riggisberg, um dort die Abegg-Stiftung zu besichtigten. Hingegen bleibt jener Teil des Narrativs, der sich mit Mariannes Alltag auseinandersetzt, im Spital und zeigt die Pflegerin bei ihren Routinetätigkeiten.

Im „Corriere del Ticino" erschien ein Artikel von Giulio Erba zum letzten Besuchstag, in welchem die beiden Reden des Königs – an der OIT und am IKRK – erwähnt werden.[210] Juan Carlos wurde von den höchsten Würdenträgern der Exekutive des Kantons und der Stadt empfangen, das heißt, vom Präsidenten des Staatsrates Guy Fontanet und vom frisch gewählten Stadtpräsidenten und PdA-Politiker Roger Dafflon. In seiner ersten Rede bedauerte der Monarch, dass zahlreiche Spanier, die auf der ganzen Welt verstreut sind, sich nicht am nationalen Leben beteiligen könnten, doch beteuerte er auch Spaniens Bestrebungen, diesen Missstand zu beheben. Ferner stellte Juan Carlos die Jugendarbeitslosigkeit als besonders besorgniserregend dar. Erba fährt dann fort:

> Juan Carlos ha poi tenuto a ricordare – senza fare accenni diretti – che la Spagna è oggi un paese democratico dotato di una Costituzione che difende tutti i diritti più moderni conquistati grazie alle lotte operaie, quali lo sciopero, la pensione, la durata del lavoro, la protezione del lavoro minorile eccetera.[211]

Seine Rede wurde von der Versammlung mit großem Beifall entgegengenommen. Darauf zog er zum IKRK weiter, wo er von dessen Präsidenten Alexandre Hay und vom Generalsekretär der Liga der Rotkreuzgesellschaften Henrik Beer empfangen wurde. Am Nachmittag, nach dem Mittagessen mit Vertretern des OIT, unterhielt sich Juan Carlos mit einer Delegation von spanischen Gastarbeitern in einem Genfer Hotel. Am Abend flog das königliche Paar nach Spanien zurück. Erba schließt seinen Artikel mit einem Hinweis auf die Erleichterung, welche die Abreise für die Schweizer Sicherheitsleute bedeutete: „Durante gli scorsi giorni da Zurigo a Berna e poi oggi a Ginevra, le varie polizie cantonali non hanno fatto che seguire ogni passo del sovrano con comprensibile ansia."[212]

Michel Bonels Text in „La Suisse" fokussiert stärker auf die Stimmung: „En même temps qu'une allure très à l'aise, dégagée, on notait comme de la réserve dans ses gestes [du roi]. Timidité ou modération castillane?"[213] Es kommen zudem positive Voten

209 Blickpunkt vom 21. Juni 1979, http://videoarchiv.srf.ch.
210 Vgl. Si è conclusa a Ginevra la visita di Juan Carlos, in: CdT, 22. Juni 1979.
211 Ebd.
212 Ebd.
213 Ou comment on accueille un roi à l'ONU, in: La Suisse, 22. Juni 1979.

von spanischen Gastarbeitern zur Sprache, welche die Sympathie des Königs loben. Auch Klaus Schaefer befasste sich in einer Kolumne in der „Tribune – Le Matin" mit diesem Kollektiv und der sozialen Stellung der Spanier in der Schweiz. Die Visite des Königs sei aufgrund der ernüchternden Lage keine „fiesta ibérique" gewesen.[214] Der Schlüssel zur Integration ist für Schaefer die Anerkennung des jeweiligen Andersseins, und er lobt dabei die Tätigkeiten der spanischen Migrantenorganisationen, die in diesem Sinne arbeiten.

Die „Voix Ouvrière" behandelte den Genfer Aufenthalt des Königspaars nicht ohne einen leicht despektierlichen Ton. Bereits einleitend heißt es: „Ainsi donc, le roi d'Espagne Juan Carlos est venu prononcer hier quelques bonnes paroles devant l'assemblée réunie à Genève de l'Organisation internationale du travail."[215] Im Artikel wird die königliche Rede vor der OIT-Versammlung paraphrasiert, aber nicht näher kommentiert. Hingegen wird in diesem Artikel, anders als in den bereits zitierten Zeitungen, auf eine Demonstration einer andalusischen Gewerkschaft hingewiesen, deren Teilnehmer gegen die Arbeitslosigkeit in ihrer Heimatregion und gegen den durch die Schweizer Arbeitgeber vollzogenen Export der Arbeitslosigkeit protestierten.

Auch das wieder auferstandene SP-Blatt „Volksrecht" nutzte die Staatsvisite als Gelegenheit, über die Missstände im Baskenland zu berichten und warf den bürgerlichen Zeitungen vor, die Repression in diesen Provinzen bewusst verschwiegen zu haben. Der Artikel geht auf die polizeilichen Gewaltexzesse bei Demonstrationen ein, welche nun eigentlich legal sind, und berichtet über die Opfer.[216] Der generell radikale Tonfall erinnert an jene Artikel, die sich früher gegen die Diktatur gerichtet und deren Gewaltexzesse angeprangert hatten. Der letzte Satz zeigt, dass das positive Image des Königs nicht überall geteilt wurde: „Die Demokratie wurde Spanien nicht von einem Zögling Francos geschenkt, sondern von der Arbeiterklasse erkämpft."[217]

Die Behandlung des Staatsereignisses in der Schweizer Presse zeigt auch in diesem Falle ein nuanciertes Bild, in welchem der Besuch als mondäne Angelegenheit, als staatspolitisch relevanter Akt, aber auch als Boulevard-Thema aufgegriffen wurde. Am Beispiel der „Tribune – Le Matin" zeigt sich, wie ein und dieselbe Zeitung ein Ereignis sowohl aus einer Boulevard-Perspektive (Grivat) als auch durch eine kritisch-journalistische Brille (Walter) behandeln kann, wobei der kritische Blick auf den König bereits eine Ausnahme war. Selbst in der Berichterstattung des Fernsehens wurde ein Porträt von Juan Carlos gezeichnet, das schon fast als Katharsis von seiner Nähe zum früheren Regime gedeutet werden kann. Der Schweizer Blick auf die

214 Hablamos español, in: TLM, Nr. 173, 22. Juni 1979.
215 Manifestation espagnole hier à Genève, in: VO, Nr. 117, 22./23. Juni 1979.
216 Vgl. Im Baskenland ist Demokratie eine Farce, in: Volksrecht, Nr. 144, 23./24. Juni 1979.
217 Ebd.

spanische Monarchie zeigt nichtsdestoweniger eine Mischung aus Faszination, die durch die Seltenheit königlicher Staatsbesuche in der Schweiz und den Exotismus des Monarchischen begründet ist, und Überforderung, vor allem, wenn die komplizierten Sicherheitsvorkehrungen zum Schutze der erhabenen Gäste kommentiert werden. Selbst die Sendung „Blickpunkt" mit ihrer doppelten Erzählung (Programm der Königin vs. Arbeitsalltag der Kinderkrankenpflegerin) kann als eine Verherrlichung der Schlichtheit der arbeitenden Schweizerin gegenüber der ungezwungenen Sorglosigkeit königlicher Besichtigungen gelesen werden. Die Schnittmenge in dieser Erzählung bildet nicht nur die Visite in Rossis Kinderklinik, sondern sogar die Ausbildung Sofías zur Kinderkrankenpflegerin in Griechenland, wie dies aus der Unterhaltung zwischen der Königin und dem Medizin-Professor deutlich zu hören ist und selbst in Hürlimanns Roman zu Sprache kommt.[218] Neben dem Prominenzaspekt diente die Staatsvisite aber auch dazu, über die Stellung der spanischen Gastarbeiter in der Schweiz und ihrer Integration in der helvetischen Gesellschaft zu reden, was den Enthusiasmus für das hochpolitische Ereignis etwas abmilderte. Ein zusätzlicher Wermutstropfen ist das Thema spanischer Fluchtgelder Richtung Schweiz.

Obschon Juan Carlos vom höchsten Magistraten und den meisten Zeitungen als Garant und Stifter der spanischen Demokratie gewürdigt wurde, tauchen hie und da auch dämpfende Töne, die ihn als schüchternen Redner und Mann bescheidenen Intellekts präsentieren und in gewisser Hinsicht Restspuren eines Legitimitätsmankos vermuten lassen. Der Putschversuch, der sich rund zwei Jahre nach dem Staatsbesuch ereignete, sollte dem König zu stärkerer Legitimität verhelfen und das latente Risiko einer Rückkehr zum Autoritarismus aufzeigen.

6.6 Der Putschversuch vom 23. Februar 1981

Die zweiten Parlamentswahlen nach dem Ende der Diktatur – die ersten nach der Annahme der Verfassung – bestätigten die Stellung der Regierungspartei UCD und des Ministerpräsidenten. Zwar legte auch die PSOE drei Sitze zu, doch muss präzisiert werden, dass im Vorfeld dieses Urnengangs vom 1. März 1979 die PSP, die bei den Wahlen vom Juni 1977 sechs Sitze erreicht hatte, sich der großen sozialistischen Partei um González angeschlossen hatte. Die PCE, eigentliche Gewinnerin der Wahlen, kam nun auf 23 Sitze.[219] Die Festigung der demokratischen Institutionen brachte allerdings keine Ruhe für den spanischen Ministerpräsidenten Adolfo Suárez, der immer unbeliebter wurde.

218 Vgl. Hürlimann, Der grosse Kater, S. 45.

219 Vgl. Antoni, Spanien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie, S. 125–129.

Bernat Muniesa stellt in seinem Überblickswerk fest, dass seit der zweiten Parlamentswahl die Figur des Königs immer offensichtlicher von der Presse gelobt wurde, und deutet dies als eine Absicht, Suárez in Verruf zu bringen.[220] In seinem historischen Essay über den Putschversuch geht der spanische Schriftsteller Javier Cercas auf die schwierige Situation des Ministerpräsidenten ein, der selbst in den eigenen Reihen unbequem geworden war.[221] Die extreme Rechte ihrerseits verzieh ihm nicht, den Idealen des Regimes abgeschworen zu haben. Auch die Kirche hatte Suárez den Rücken gekehrt, seit seine Regierung das Ehescheidungsgesetz vom Parlament verabschieden ließ. Selbst der König wollte seinen Ministerpräsidenten loswerden.[222] Die Sozialisten ihrerseits stempelten ihn ab Herbst 1979 als falangistischen Emporkömmling ab und reichten Mitte Mai 1980 ein Misstrauensvotum ohne Erfolg ein.

Der Terrorismus des linken Extrems und jener der Ultrarechten lieferten sich in jener Zeit einen unerbittlichen Kampf. Die Tötungen von Militärs und Ordnungshütern durch die baskische Untergrundorganisation sorgten für eine zusätzliche Missstimmung in der Armee,[223] gleichsam schon fast für ein Säbelrasseln. Im September 1979 tötete die Polizei einen jungen Basken und die ETA entführte im Gegenzug einen UCD-Politiker und forderte die Einstellung der Folterungen in den Polizeikommissariaten und die Befreiung baskischer Gefangener.

Wie bereits gezeigt, nahm das Militär einen Ehrenplatz in der Diktatur ein. Diesem wurden nicht bloß Aufgaben der inneren und äußeren Sicherheit des Landes sowie der Gerichtsbarkeit zuteil, sondern es konnte an der politischen Gestaltung des Landes teilhaben. Rund ein Drittel der franquistischen Minister waren Militärs.[224] Die Ideologie der Streitkräfte stand klar im Zeichen des *Alzamiento* gegen die Republik und des Sieges im Bürgerkrieg. In der Absicht, die Streitkräfte zu entpolitisieren, wurden unter Suárez' Amtszeit einzelne Dekrete verabschiedet, wie dasjenige vom 9. November 1977, das den Militärs eine politische oder gewerkschaftliche Aktivität untersagte.[225] Drei Jahre später wurde die Militärgerichtsbarkeit, wie sie unter dem Regime existiert hatte, per Gesetz abgeschafft.[226]

Der Erfolg der UCD in den Parlamentswahlen färbte kaum auf die Kommunalwahlen vom 3. April 1979 ab. In den größten Städten stellte vor allem die PSOE den

220 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía, S. 200f.

221 Vgl. Cercas, Anatomía de un instante, S. 39–73. Im Jahre 2011 ist eine Übersetzung ins Deutsche erschienen: Anatomie eines Augenblicks: Die Nacht, in der Spaniens Demokratie gerettet wurde, übersetzt von Peter Kultzen, Frankfurt am Main.

222 Vgl. Cercas, Anatomía de un instante, S. 77.

223 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía, S. 215–217.

224 Vgl. Busquets, Die Streitkräfte zwischen Diktatur und Demokratie, S. 72f.

225 Vgl. ebd., S. 76.

226 Vgl. ebd., S. 78.

Stadtpräsidenten, so zum Beispiel in Madrid, wo Enrique Tierno Galván gewählt wurde. Die Allianz des Ministerpräsidenten zerfiel außerdem in innere Streitigkeiten wegen mangelnden Konsenses. Eine weitere Niederlage stellten die Regionalwahlen in Katalonien und im Baskenland im Frühjahr 1980 dar. In letzterer Region kam die PNV als stärkste Partei hervor, gefolgt von der linksnationalistischen *Herri Batasuna*, dem politischen Arm der ETA.[227] In Katalonien wurde Jordi Pujol zum Präsidenten der *Generalitat* gewählt.

Diese Zeit, die in der spanischen Historiografie als *desencanto* („Entzauberung") bezeichnet wird,[228] erlebte ihren Höhepunkt im Staatsstreich vom 23. Februar 1981. Nicht nur die extreme Rechte und die Armee liebäugelten damals mit einem Putsch. Josep Tarradellas, Pujols Vorgänger in Katalonien, hatte Suárez auf die Notwendigkeit eines „ruckartigen Kurswechsels" (sp. *golpe de timón*) hingewiesen.[229] Im Januar 1981 hatte sich der Sozialist Enrique Múgica mit General Alfonso Armada, einem engen Vertrauten des Königs und nun Befehlshaber der pyrenäischen Garnison, unterhalten. Eine Übergangsregierung unter der Führung eines Parteilosen zur Festigung der Demokratie war selbst der PSOE keine unangenehme Vorstellung.[230] Nach langem Zögern gab Adolfo Suárez dem allseitigen Druck schließlich nach und trat am 29. Januar 1981 zurück. Als Nachfolger wurde der Vize-Ministerpräsident Leopoldo Calvo-Sotelo vorgeschlagen. Die neue Regierung musste einem Vertrauensvotum des Parlaments unterzogen werden, das für den 20. Februar vorgesehen war, wobei die absolute Mehrheit der Stimmen verpasst wurde. Der zweite Anlauf, bei dem eine einfache Stimmenmehrheit genügte, war für den 23. Februar gedacht. Es kam jedoch zu einer schwerwiegenden Unterbrechung der Sitzung.

Um 18.32 Uhr, als der Parlamentssekretär im Begriff war, den Namen des Abgeordneten Manuel Núñez Escabo vorzulesen, damit dieser seine Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung über die Ernennung des neuen Ministerpräsidenten mitteilte, stürmte der Oberstleutnant der *Guardia Civil* Antonio Tejero zusammen mit weiteren Gendarmen den Plenarsaal des Unterhauses. Die Fernsehkameras nahmen die Szene auf und sendeten diese an das Fernsehstudio von TVE, das zeitgleich von Soldaten des Panzerregimentes „Brunete" besetzt wurde. Zur selben Zeit rief der Militärgouverneur der III. Militärregion, Generalleutnant Jaime Milans del Bosch, den Kriegszustand in seinem Gebiet aus. Ebenso wurden hier die demokratischen Freiheiten aufgehoben und die Parteien aufgelöst.[231] Es war schließlich

227 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía, S. 218.

228 Vgl. Linz/Stepan, Problems of Democratic Transition and Consolidation, S. 89.

229 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía, S. 223; Cercas, Anatomía de un instante, S. 43; Pinilla García, La transición de papel, S. 228.

230 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía, S. 230.

231 Vgl. ebd., S. 233.

auch eine Fernsehsendung, die dem Staatsstreich ein Ende setzte: Juan Carlos I. forderte in einer Fernsehansprache nach Mitternacht auf, sich der demokratischen Legalität zu fügen und erteilte den Putschisten eine deutliche Absage. Wie sich später herausstellte, befand sich unter den Verschwörern auch General Alfonso Armada. Die Abgeordneten wurden schließlich am Mittag des 24. Februar befreit und Tejero kapitulierte.

Berichterstattung und Kommentare in den Schweizer Zeitungen zeigten ein konstantes Grundmuster. Der Ablauf des Staatsstreiches innerhalb oder außerhalb des Plenarsaals, die Biografien der beiden Hauptverschwörer, das Verhalten der Streitkräfte und die hohe Präsenz franquistischer Persönlichkeiten im militärischen und zivilen Machtapparat waren die wichtigsten Elemente der journalistischen Auseinandersetzung mit diesem Kapitel.

Werner Herzog beschrieb in seinem Artikel zunächst die Situation im Plenarsaal, als der Offizier und sein Gefolge ihn betraten. Aus dieser Erzählung lässt sich leicht vermuten, dass der Autor ebenfalls im Plenarsaal war:

> Vom Eingang des Parlaments, der Cortes, wälzt sich eine aufgeschreckte Menschenmenge ins Innere des Plenarsaales. Die ersten Rufe ‚Auf den Boden! Auf den Boden!' ertönen. Durch die Fenster gibt es kein Entrinnen mehr. Das Parlamentsgebäude ist bereits *von Polizei umstellt*. Die ersten grün gekleideten Polizisten der Guardia Civil erscheinen.[232]

Herzog beschreibt dann, wie die Vertreter der wichtigsten Parteien weggeführt werden. Stunden später wurde eine Telex-Meldung durch die Putschisten verlesen. Es handelte sich dabei um „eine *Erklärung in neun Punkten* des aufständischen Generals *Milans del Bosch* von Valencia".[233] Vor dem Parlamentsgebäude war ein starkes Polizeiaufgebot postiert. Der zweite Teil seines Artikels setzt sich mit einem historischen Abriss über die *Guardia Civil* auseinander. Erwähnt wird dabei auch deren Loyalität zum früheren Regime:

> Die Disziplin dieses Polizeikorps, das sich wegen des Kasernenlebens wenig mit der Zivilbevölkerung mischt, ist ausgesprochen militärisch. Die jüngste Demokratisierung in Spanien ging an einigen ihrer Verbände praktisch spurlos vorbei. Guardia-Civil-Chef General *Aramburu* gilt als *erklärter Franco-Anhänger*. Der Anführer des Überfallkommandos auf das Parlament, Oberstleutnant *Antonio Tejero* ist ein bekannter Rechtsextremist. Im November 1978 versuchte er, in einem Überraschungsschlag mit 200 Mann das gesamte Kabinett Suarez im Regierungspalast festzunehmen und den König vor vollendete Tatsachen zu stellen.[234]

232 Schüsse im überrumpelten Madrider Parlament, in: TA, Nr. 45, 24. Februar 1981 (Hervorhebung im Original).
233 Ebd. (Hervorhebung im Original).
234 Ebd. (Hervorhebung im Original).

Im letzten Abschnitt wird über die frühere Versetzung von General Milans del Bosch von der Madrider Panzergarnison Brunete in die III. Militärregion in Valencia berichtet. Am selben Tag erschien in der „Basler Zeitung" eine verkürzte und leicht veränderte Version desselben Artikels.[235] Aus Madrid berichtete ausnahmsweise nicht Arnold Hottinger für die „Neue Zürcher Zeitung", sondern Daniel Bollag, aus dessen Bericht hervorgeht, dass er sich nicht unter den gefangenen Journalisten befand:

> Als dann kurz vor 20 Uhr im staatlichen Radio *Marschmusik* erklang, die gut eine Viertelstunde lang gesendet wurde, und auch das Fernsehen die üblichen Nachrichten nicht ausstrahlte, schien es sich um eine Weiterung der Aktion zu handeln. Im Lauf der Nacht wurde jedoch erläutert, die Besetzung der staatlichen Massenmedien durch *Armee-Einheiten*, die tatsächlich stattgefunden hat, sei bloss eine Vorsichtsmassnahme gewesen, welche das Heer in solchen Fällen ergreife.[236]

Auch an den Folgetagen befassten sich die Zeitungen mit dem Vorfall. In Christoph Mühlemanns Kommentar umschrieb er die Guardia Civil als „das schlagkräftigste Instrument der Diktatur und das *Machtsymbol des franquistischen Staates*".[237] Ferner stellt er die Frage, ob die Loyalität der Armeeangehörigen in Wirklichkeit nicht eher als taktischer Entscheid interpretiert werden sollte.

Herzog hingegen setzte sich mit der Reaktion einer frühzeitig freigelassenen Parlamentarierin, mit dem Polizeiaufgebot außerhalb des Parlamentsgebäudes und mit der Rolle des Königs auseinander. „Der Leiter der Aktion [zwecks Verhandlung mit Tejero] ist General Alfonso Armada, der Vizechef des Heeres-Generalstabes. Armada ist ein Vertrauensmann des Königs – ein Zeichen, dass König Juan Carlos die Kontrolle nicht verloren hat", fährt Herzog fort.[238] Der Fernsehauftritt des Königs habe General Milans del Bosch dazu bewogen, seine Panzer in Valencia zurückzurufen. Der Journalist vergleicht den Putschversuch mit den erfolgreichen Staatstreichen von General Pavía (1874), der das Ende der Ersten Spanischen Republik einleitete, und von General Franco (1936), der in einen Bürgerkrieg mündete. „Heute ist eine Figur vorhanden, die 1936 fehlte: König Juan Carlos ist nicht nur Staatschef, sondern auch Oberkommandierender der Streitkräfte. Er bildet die Klammer zwischen der zivilen und der militärischen Macht. Das Band der Disziplin hat gehalten."[239] Herzog setzt seine positive Würdigung des Königs in einem separaten Kasten fort, in welchem

235 Vgl. Spanien: Putsch? in: BAZ, Nr. 46, 24. Februar 1981.

236 Überfall von Zivilgardisten auf das Parlament, in: NZZ, Nr. 45, 24. Februar 1981 (Hervorhebung im Original).

237 Ist Spaniens Demokratie gerettet? in: NZZ, Nr. 46, 25. Februar 1981 (Herovorhebung im Original).

238 „... dieser Tejero ist ein Verrückter!", in: BAZ, Nr. 47, 25. Februar 1981. Derselbe Text wurde im TA abgedruckt. Vgl. Wie die spanische Demokratie überlebte, in: TA, Nr. 46, 25. Februar 1981.

239 Ebd.

seine Nähe zum Franco-Regime und sein Wille, mit der autoritären Vergangenheit Spaniens abzurechnen, porträtiert werden. Besonders hervorgehoben wird hier seine Funktion als Oberbefehlshaber der Streitkräfte:

> Der Widerstand der siegreichen Bürgerkriegsgeneräle gegen die demokratischen Neuerungen war derart stark, dass Juan Carlos nicht im entferntesten an eine politische Säuberungsaktion denken konnte. Doch langsam zog er ein Netz von liberal gesinnten Militärchefs auf, und ganz behutsam schaffte er durch Überzeugungskunst und Versetzungen eine Verschiebung des Gleichgewichtes zugunsten der Demokratie. [...] So blieben viele widerspenstige ältere Offiziere trotz des Kurswechsels diszipliniert.[240]

Johann Aeschlimann verglich das Szenario bei einem Erfolg der Putschisten mit dem Staatsstreich in der Türkei vom September 1980. Positiv bewertet wird Juan Carlos' Verteidigung der Demokratie und auch die Disziplin der meisten Generäle, die sich dem Befehl des Königs gefügt hatten. Aeschlimann sieht aber in der Armee nach wie vor große Bereitschaft zu autoritärem Verhalten und erwähnt diesbezüglich Milans del Boschs Verhängung des Ausnahmezustandes in seiner Militärregion; Tatsache sei, dass die Generäle nicht von vornherein demokratische Loyalität gezeigt hätten, sondern „erst auf Befehl des Königs Gewehr bei Fuss [...] standen".[241] Die Haltung der Armee führt er auf die Existenz zahlreicher Franco-treuer Militärs zurück, die „nicht nur ihre Posten, sondern auch ihre Gesinnung behalten haben".[242] Er erkennt zwar die Notwendigkeit, auf einen Zwang zur Demokratisierung zu verzichten, doch stehe nun unausweichlich die Säuberung von Armee, Justiz, Polizei und Verwaltung an, um dort Franquisten durch Demokraten zu ersetzen.

Hugo Wild feierte in einem Kommentar den König als Garanten der Demokratie: „Was zum spanischen Drama hätte werden können, blieb Episode. Die Nostalgiker der vierzig Jahre Diktatur sind nicht zuletzt an dem gescheitert, was ihr Idol Franco an Solidem hinterliess: am König."[243] Darauf geht er auf die spanischen Missstände ein, insbesondere auf den ETA-Terrorismus und die Folterungen durch die spanischen Ordnungskräfte. Ähnlich wie im Kommentar der „Basler Zeitung" wird auch hier Kritik an der Tatsache geübt, dass „an den Spitzen von Militär und Polizei noch die von Franco Eingesetzten" säßen.[244]

Für den „Bund" schrieb Walter Lüthi einen längeren Kommentar. Die Stürmung des Parlaments erwies sich „als ein an der Vergangenheit orientierter Theatercoup, als eine Donquichotterie einer Handvoll ewiggestriger Angehöriger der Guardia Civil,

240 Probe bestanden: Juan Carlos, in: BAZ, Nr. 47, 25. Februar 1981.
241 Fragile Demokratie, in: BAZ, Nr. 47, 25. Februar 1981.
242 Ebd.
243 Putschrechnung ging nicht auf, in: TA, Nr. 46, 25. Februar 1981.
244 Ebd.

im Volk einst gehasste und gefürchtete Prätorianergarde der Diktatur Francos".[245] Die Putschisten hätten die Realität des heutigen Spaniens missverstanden. Lüthi versucht dann die Perspektive der dörflichen Regimeeliten einzunehmen, um den Putschversuch zu erklären. Erwähnt werden auch die Terrorattentate auf Polizisten. Es sei noch zu früh, um die tatsächliche Größe der reaktionären Kräfte um die Putschisten zu ermitteln. Dem dramatischen Ereignis wird auch eine gewisse therapeutische Wirkung zugebilligt:

> Er [der Putschversuch] war gleichsam ein heilsamer Schock. Der Überfall auf die Cortes in Madrid hat nicht allein die Schwächen dieser noch jungen Demokratie, die Rückfallmöglichkeiten in den Franquismus schonungslos blossgelegt, sondern ebenfalls ihre Stärken, die in den letzten Wochen, seit dem Rücktritt Suarez', durch Parteiquerelen überdeckt worden sind, erneut zum Vorschein gebraucht.[246]

In derselben Ausgabe sprach Linde Herrmann vom gescheiterten „faschistische[n] Umsturzversuch" und beschrieb die Stimmung bei der Freilassung der Geiseln am Dienstag, den 24. Februar.[247] Darauf berichtet sie, wie Vize-Ministerpräsident und Verteidigungsminister General Gutiérrez Mellado versucht hätten, die rebellischen Gendarmen zur Vernunft zu bringen, und wie letzterer von diesen angegriffen wurde. Neben der obligaten Erwähnung der Panzeraufgebote auf den Straßen Valencias nennt sie Hamsterkäufe in Madrid. Aufgrund der Handlungsunfähigkeit der Regierung hatte sich eine Notregierung aus den Staatssekretären sämtlicher Ministerien gebildet.

Im „Corriere del Ticino" erschienen ein aus Agenturmeldungen verfasster Text und je ein Kommentar von Gaddo Melani und Francesco Ricciu. Letzterer bezeichnete Tejero als die Spitze eines Eisbergs. Sein Text, der alle Charakteristiken einer antifranquistischen Stellungnahme aufweist, warnt vor einer Bagatellisierung des misslungenen Coups.

> In effetti non è da escludersi che dietro lo sguardo allucinato dell'ufficiale sedizioso si celi una mente quanto meno non lucida; ma una simile diagnosi concerne la persona, mentre lascia nell'ombra la gravità dell'episodio. Tejero non ha agito per proprio conto: in combutta con lui e con i suoi militi della Guardia Civile era se non altro un noto generale, Milans del Bosch, comandante in carica di una regione militare.[248]

Ricciu verwirft also die Theorie des Wahnsinns, um vielmehr von einer regelrechten Verschwörung zu sprechen. Neben dem Oberstleutnant und dem General sei auch ein ehemaliger Führer der franquistischen Gewerkschaft verhaftet worden. Ohne einen sauberen Schnitt könne man sich nicht von 40 Jahren Diktatur befreien, doch Suárez habe sich für eine sanfte Vorgehensweise entschieden, um den Bruch mit der Vergangenheit zu vermeiden. Aus diesem Grund seien auch die Spitzenposten der

245 Heilsamer Schock, in: Der Bund, Nr. 46, 25. Februar 1981.

246 Ebd.

247 Die längste Nacht der spanischen Demokratie, in: Der Bund, Nr. 46, 25. Februar 1981.

248 Tejero, la punta di un „iceberg", in: CdT, Nr. 46, 25. Februar 1981.

Verwaltung noch von Franquisten besetzt. Trotz des pessimistischen Untertones schließt Ricciu hoffnungsvoll ab: „La nuova Spagna, insomma, ha retto. È fragile, è insidiata, è scossa: ma le sue capacità di tenuta sono riuscite a superare la durissima prova. Questa è la conclusione che emerge dagli avvenimenti, a conforto delle speranze di chi si batte per la democrazia.“[249] Melani interpretiert das Bild des putschenden Tejero im Plenarsaal des Kongresses mit der Pistole in der Hand als eine Reminiszenz einer Rede Mussolinis. Darauf stellt er die These auf, bei dem Putschversuch handle es sich auch um Terrorismus, und zwar um eine besonders schlimme Form:

> Gli ufficiali e i militi golpisti sono essi stessi, in prima persona, terroristi. Si sono ribellati, con le armi, contro la giovane democrazia del loro paese, approvata, plebiscitata, in modo democratico, da tutto un popolo uscito da una lunga e pesante dittatura. Si sono messi, con la violenza, contro la Costituzione. E lo hanno fatto macchiandosi di responsabilità anche maggiori di quelle che gravano sulle spalle dei terroristi dell'ETA o del GRAPO perché a loro incombeva, per compito e per giuramento, la difesa dello Stato.[250]

Auch Gaddo Melani spricht den nahtlosen Übergang an und das Überleben franquistischer Persönlichkeiten in der staatlichen Administration.[251] Er deutet das Ereignis als eine Mahnung an die Regierenden, die Verteidigung der Demokratie sei die Sache aller.

Das „Vaterland“ vom 25. Februar behandelte den Staatsstreichversuch zunächst in einem Kommentar von Frank Plopa. Auch er sieht dieses dramatische Ereignis als Bewährungsprobe für die Spanier. Er erwähnt sowohl den baskischen Terror als auch die Foltervorwürfe, mit denen die Polizei konfrontiert war. Anders als die vorhergehenden Artikel und Kommentare fordert der Redakteur eine effiziente Bekämpfung des Extremismus von rechts *und* von links: „Neben ein wirkungsvolleres Vorgehen gegen die linksorientierte baskische Terrororganisation ETA, die mit kriminellen Mitteln ein selbständiges und sozialistisches Baskenland anstrebt, muss eine energische Säuberung der Sicherheitsorgane von frankistischen Elementen gestellt werden.“[252] Als Beispiel für letzteren Missstand bringt der Autor die Tatsache an, dass Tejero bereits im November 1978 an einem Putschversuch beteiligt war und „mit lächerlichen sieben Monaten Gefängnis ‚bestraft‘“ wurde.[253]

Ähnlich wie Melani bezeichnet auch Hermann Deml die beiden Verschwörer Tejero und Milans del Bosch als „Terroristen in Uniform“. Der erste wird als „Alkoholiker

249 Ebd.

250 È anche terrorismo, in: CdT, Nr. 46, 25. Februar 1981.

251 Bei allem Vergleich mit den linksextremistischen Organisationen muss allerdings gesagt werden, dass beim jüngsten Staatsstreich kein Blutvergießen zustande kam, anders als bei den terroristischen Aktivitäten linksextremer und ultrarechter Gruppierungen.

252 Spaniens Bewährungsprobe, in: Vaterland, Nr. 46, 25. Februar 1981.

253 Ebd. (Hervorhebung im Original).

ohne Hemmungen, Grobian und ordinärer Klotz" beschrieben.[254] Der Artikel behandelt die Biografien der beiden Militärs:

> General Milan [sic!] del Bosch war stets ein treuer Gefolgsmann des Diktators Franco, kämpfte während des Bürgerkrieges im Alkazar [sic!] von Toledo und in der Fremdenlegion, nahm als Mitglied der ‚Blauen Division' auf Hitlers Seite am Zweiten Weltkrieg teil und durfte als Kommandeur der einzigen einsatzfähigen Panzerdivision ‚Brunete Numero uno' die sterbende Diktatur stützen.[255]

Seine Nähe zu rechtsradikalen Kreisen um Blas Piñar und seine Bemühungen, in Militärkreisen das ultrarechte Blatt „El Alcázar" zu verbreiten, zeichnen das Bild eines erklärten Feindes der Demokratie. Bei Oberstleutnant Antonio Tejero erwähnt Deml dessen Verwicklung in die Aktion *Galaxia* und die geringe Haftstrafe, zu der er verurteilt wurde. Er schließt seinen Artikel mit der Behauptung ab, die beiden Militärs seien der sichtbare Teil einer Verschwörung, deren Hintermänner zwar wohlbekannt seien, aber „deren Namen niemand auszusprechen wagt."[256] Spanien würde nur dann seinen Frieden finden, sobald diese ausgeschaltet werden würden.

Die „Luzerner Neuesten Nachrichten" widmeten der Nachricht vom Putsch eine ganze Seite mit Bildern aus dem Parlamentssaal und der Fernsehansprache des Königs. Allemann berichtete aus Madrid und relativierte in seinem Beitrag den Optimismus über den Ausgang des dramatischen Ereignisses folgendermaßen: „Allerdings muss man sich darüber klar sein, dass diese Loyalität weder der Regierung noch gar der Verfassung gilt, sondern allein der Krone, in der die Militärs das ‚Sinnbild der Einheit Spaniens' sehen."[257] Auch er setzt den Akzent auf die Kontrolle des Staatsapparates durch Anhänger des autoritären Regimes, wie durch den Putsch besonders deutlich wurde. Es folgen biografische Skizzen der beiden Offiziere. Im Zusammenhang mit General Milans del Bosch erklärt der Journalist, dieser habe sich geweigert, die Revision eines Freispruchs gegen einen Militär einzuleiten, der den Verteidigungsminister General Gutiérrez Mellado gröblichst verunglimpft hatte.

> Die gleichen Leute, die immer das Wort von der ‚Ehre Spaniens' oder der ‚Ehre der Armee' im Munde führen und als Anwälte von Ordnung und Disziplin posieren, stellen sich schützend vor faschistische Ehrverletzer und legen jedes Verständnis für Subversion gegen demokratisch legitimierte Autoritäten an den Tag.[258]

Blaise Lempens Kommentar in der „Tribune – Le Matin" zufolge hätte aufgrund der aggressiven Presseartikel und der öffentlichen Kundgebungen niemand wirklich an eine Zähmung des nostalgischen Rechtsradikalismus in Spanien denken können.

---

254 Die zwei Verschwörer: Terroristen in Uniform, in: Vaterland, Nr. 46, 25. Februar 1981.
255 Ebd. (Hervorhebung im Original).
256 Ebd.
257 Die Loyalität der spanischen Militärs gilt nur der Krone, in: LNN, Nr. 46, 25. Februar 1981.
258 Ebd. (Hervorhebung im Original).

„Mais personne ne pensait que cette extrême droite oserait passer aux actes en allant jusqu'à investir les Cortes et interrompre le débat d'investiture du gouvernement de M. Calvo Sotelo."[259] Er beschreibt den Akt als eine persönliche Herausforderung an die Adresse des Königs. Auf der Tagesordnung stehe nun eine gründliche Säuberung franquistischer Elemente *à la* Tejero. Die milde Strafe, die gegen den Oberstleutnant verhängt worden war, wird ebenfalls als lächerlich bezeichnet: „L'erreur se trouve dans cette clémence, qui contraste avec la sévérité appliquée au terrorisme de gauche."[260]

Michel Panchaud akzentuiert in einem Kommentar in „La Liberté" zunächst die Blitzartigkeit des Coups und relativiert dann diese, indem er eine gewisse Absehbarkeit anspricht, die in der Massenkundgebung anlässlich des fünften Todestags des Diktators erkennbar gewesen sei. Die Dissense innerhalb der Regierungspartei, der Rücktritt des Ministerpräsidenten als Zeichen von Schwäche, die Wirtschaftskrise und die Proteste im Baskenland wie auch die Schwierigkeit des Parlaments, einer neuen Regierung das Vertrauen zu bekunden, werden von Panchaud als Argumente präsentiert, welche dem rechtsextremen Lager recht geben. Im letzten Abschnitt seiner Kolumne geht er auf das hypothetische Szenario im Falle eines erfolgreichen Putsches ein: „A première vue et selon les informations reçues durant la soirée, il ne semble pas que l'institution royale soit mise en cause. Il ne semble pas non plus que le roi ait en aucune manière cautionné le mouvement."[261]

In der darauffolgenden Ausgabe erschien ein weiterer Kommentar Panchauds, in welchem vor allem die Angst und die Ungewissheit über den Ausgang des Putsches zur Sprache kommen. „Par ailleurs, dans la population, le spectre de la guerre civile a plané pendant quelques heures et l'on a sérieusement tremblé à Madrid", schreibt Panchaud.[262] Auch er schätzt den Staatsstreich als ein Ereignis ein, das die Politiker dazu ermahnen solle, die Situation in Spanien nicht zu vernachlässigen. Großes Lob wird hier der Armee und deren Oberbefehlshaber zuteil: „Certes Juan Carlos s'est montré à la hauteur de sa tâche, sachant rétablir le calme [sic!] par une attitude ferme et résolue. Il mérite donc les éloges qui lui sont décernés et il a certainement contribué de la sorte à mieux asseoir la monarchie parlementaire instaurée avec son avénement."[263] Doch ohne die Unterstützung der Armee hätte der König kaum eine Chance gehabt, die demokratische Ordnung wiederherzustellen. „On peut donc presque affirmer aujourd'hui que l'armée espagnole a sauvé la démocratie. Où en chercher

259 Un défi au roi, in: TLM, 24. Februar 1981.
260 Ebd.
261 La nostalgie du franquisme, in: La Liberté, 24. Februar 1981.
262 L'armée au secours de la démocratie, in: La Liberté, 25. Februar 1981.
263 Ebd.

la raison. Peut-être encore dans un relent de franquisme et dans le fait que le roi est bien considéré comme l'héritier du Caudillo."[264]

In „La Suisse" erschien ein Kurzkommentar Philippe Roys, der den Gewaltakt als Ausdruck „du profond malaise que vit le royaume depuis plusieurs mois" deutet.[265] Seit dem Ende der Diktatur habe man mit einem solchen Putsch gerechnet. Im Kommentar des Folgetages lobt er den König, durch den die junge Demokratie als Sieger aus dem Putschversuch hervorgegangen sei. Durch seine Tat habe dieser „de réelles qualités d'homme d'Etat" gezeigt.[266] Nun müsse aber die Armee, trotz der weitgehenden Loyalität, die sie der Krone und den Institutionen bekundet habe, von den franquistischen Persönlichkeiten befreit werden. Im Gegenzug müssten auch Polizei und Armee, also die Hauptzielscheiben baskischen Terrorismus, beruhigt werden. Ein stärkeres Engagement in Sachen regionaler Autonomie sei der Weg, der laut Roy einzuschlagen sei.

Auch der Spanienkorrespondent des „Journal de Genève" gab sein Entsetzen über die Geiselnahme im Parlament kund. In einem knappen Artikel beschreibt Ernesto García-Herrera die Stimmung vor Ort aus der Sicht der Journalisten: „20 heures: l'un des gardes civils me dit: ‚Quant papa dit ‚allez-y', les gosses suivent.' Un autre ajoute: ‚Nous nous sommes couverts de gloire.'"[267].

In der darauffolgenden Ausgabe wurde das Ereignis im Leitartikel Jasmine Audemars' aufgegriffen, die für eine mehrdeutige Beurteilung des Vorfalls plädiert. Zum einen zeige er, dass das Land den Franquismus noch nicht überwunden habe. Zum anderen – die von Audemars bevorzugte Beurteilung – zeige die Autorität des Königs und die Loyalität der Körperschaften, dass die demokratischen Institutionen im Land sehr wohl solche Schläge aushalten könnten. Nostalgische Phänomene seien keineswegs abartig, denn der Wandel vom Autoritarismus zur Demokratie sei ja mit größter Sanftheit vonstatten gegangen. Die Krisensituation (polizeiliche Folter, ETA-Terrorismus, Rücktritt des Ministerpräsidenten, Rezession) habe dieser Nostalgie zusätzlich zur offenen Manifestation verholfen. Besonders stark werden die regionalen wirtschaftlichen Unterschiede betont, doch die Schuld liege nicht allein bei der Regierung, die es versäumt habe, solche Probleme anzupacken, sondern auch in der internationalen Politik: „Il faut cependant bien dire que depuis la fin du franquisme, Madrid n'a pas trouvé des partenaires européens plus compréhensifs et reste, pour des raisons économiques maintenant, à l'écart de la construction communautaire."[268]

264 Ebd.

265 Point de vue, in: La Suisse, 24. Februar 1981.

266 Le succès du roi, in: La Suisse, 25. Februar 1981.

267 Enfermé quatre heures au Parlement, in: JdG, Nr. 45, 24. Februar 1981.

268 L'Espagne trop seule, in: JdG, Nr. 46, 25. Februar 1981.

Das RSI strahlte am 24. Februar zwei Sendungen über den Staatsstreich aus. Mithilfe von Tonmaterial versuchte die eine, den Werdegang Spaniens seit dem Ende der Diktatur zu rekonstruieren. Zu diesem Zweck bedienten sich Aldo Sofia und Alfonso Tuor alter Interviews wie jenes vom Oktober 1975 mit Ricciu und Cervi. Tuor beginnt die Sendung mit folgenden Worten: „‚Democrazia giovane e fragile', si è sempre detto della democrazia spagnola. La riprova nei fatti drammatici di queste ore. Democrazia fragile, perché la struttura dello stato franchista non si è ancora totalmente rinnovata. Democrazia giovane, perche ha soltanto cinque anni."[269] Die Sendung fasst die wichtigsten Ereignisse zusammen und greift sogar auf die Ernennung Juan Carlos' zum Nachfolger Francos im Juli 1969 zurück. Seine nachträgliche Distanzierung vom Franquismus nach seiner Inthronisierung brachte ihm das Vertrauen wichtiger Oppositionskreise. Darauf wird ein Fragment aus einem Interview mit Tierno Galván dargeboten. Trotz der Möglichkeit eines Fortbestehens des Franquismus rechnet man Juan Carlos ein starkes Engagement in die eine Richtung an:

> E tuttavia il re diventa il motore del cambiamento in un paese che ha fame di libertà. Il governo non è ancora democratico ed eletto, ma la riorganizzazione dei partiti è accettata e per la prima volta dopo quaranta anni al congresso dei sindacati, non autorizzati e tuttavia tollerati, si torna a cantare l'Internazionale.[270]

Die Reportage beinhaltet eine Aufzählung der Konflikte, mit denen die junge Demokratie konfrontiert ist, wie des links- (ETA, GRAPO) und rechtsextremen Terrorismus, der Regime-Nostalgiker und des Hangs zum Autoritarismus innerhalb der Armee und der Guardia Civil, aber auch der Wirtschaftskrise. Auch die Reibungen zwischen Adolfo Suárez und Juan Carlos I. sowie die Krise der UCD finden Erwähnung. Die Sendung endet folgendermaßen:

> E ieri, le ore più drammatiche per la giovane democrazia d'Europa. Il colpo di forze di un reparto della *guardia civil*. Un'azione isolata oppure un messaggio al re e alle forze politiche? Se il putsch fallisce, rimane tuttavia questo inquietante interrogativo anche se Juan Carlos più che mai s'impone come garante della democrazia iberica.[271]

Die Sendung vermittelt, ähnlich wie jene vom Oktober 1975, ein Gefühl der Erwartung und des Bevorstehens. Zum Zeitpunkt der Ausstrahlung waren die Folgen des Putsches höchstwahrscheinlich noch nicht vollständig absehbar. Dennoch erkennt man, dass sich auch im RSI die ursprünglichen Zweifel in Bezug auf Juan Carlos verflüchtigt hatten.

269 Speciale sera; Spagna, l'ora più difficile: ricostruzione sonora del contrastato cammino della Spagna postfranchista, 24. Februar 1981, BAR J2.247 2005/39, Bd. 444.

270 Ebd.

271 Ebd.

In der zweiten RSI-Sendung, die ebenfalls am 24. Februar ausgestrahlt wurde, stellte man dem britischen Historiker und Spanien-Spezialisten Raymond Carr sieben Fragen zum misslungenen Putschversuch. Das Interview wurde von Giancarlo Ciccone geführt. Carrs Antworten auf Englisch wurden ins Italienische übersetzt. Ähnlich wie in den journalistischen Texten richtet sich das Augenmerk zunächst auf die Biografien Tejeros und Milans del Boschs.

> *Ciccone:* Dunque, a Suo giudizio, i golpisti erano solo un gruppo di disperati e di isolati. Ma come si può collocarli nella società spagnola?
>
> *Carr:* Per capire l'avvenimento di ieri occorre fare un paragone con il 36. Allora il generale Franco era appoggiato da forze sociali molto forti: proprietari terrieri, latifondisti, banchieri, conservatori estremisti, la chiesa tradizionale. Ora la situazione è cambiata. Queste classi sono integrate nel sistema democratico. [...] Non voglio dire che i latifondisti, i banchieri e altri non siano rimasti conservatori. Certo, auspicano un governo forte di destra, ma nel rispetto delle regole democratiche. Del resto, hanno tutto l'interesse a non avere in Spagna un regime autoritario, perché ciò li staccherebbe dall'Europa. Il problema è tutto qui. Anche se si è registrata una certa delusione sui resultati della democrazia, che secondo le aspettative doveva risolvere d'un colpo tutti i problemi, sia le classi dirigenti che la popolazione comune intendono più tornare in dietro. I fautori dei fantasmi sono a mio parere davvero pochi e facilmente individuabili in certi settori delle forze di sicurezza. Se il golpe fosse riuscito a livello militare, la Spagna sarebbe stata immediatamente paralizzata da uno sciopero generale. I generali, cosa avrebbero potuto fare? Sparare sulla folla? È indicativo in questo senso che una delle prime mosse di [Milans] del Bosch è stata quella di proibire ogni sciopero nella regione di Valencia e questo perché il popolo avrebbe la sua ostilità al *putsch*.[272]

Die nachfolgende Frage dreht sich um die Beziehung einerseits zwischen dem König und den Streitkräften und andererseits um jene zwischen letzteren und der spanischen Bevölkerung. Ferner behauptet Carr, die nicht vollzogene Säuberung franquistischer Elemente aus den Streitkräften und in der *Guardia Civil* sei auf die Notwendigkeit des kompakten Kampfes gegen den linken Terrorismus zurückzuführen. Den Putschversuch betrachtet der britische Historiker als durchaus gesund für die weitere Festigung der Demokratie in Spanien. Die letzte Frage des Radiojournalisten behandelt die Beziehungen zu Europa im Falle eines erfolgreichen Staatsstreiches und einer Rückkehr zum Franquismus. Carr vermutet starke Reaktionen in ganz Europa und eine Isolation Spaniens. Zudem hätte es sich den Beitritt in die EWG verbaut, was verheerende Folgen auf Spaniens Wirtschaft nach sich gezogen hätte.

„La Brèche" behandelte aufgrund ihrer geringen Erscheinungshäufigkeit den Vorfall erst in der Ausgabe vom 7. März. Der Artikel, der sich weitgehend auf eine Erklärung des Sekretariats der IV Internationale stützt, schlägt einen viel kritischeren Ton als

---

272 Speciale sera; Spagna, sette domande su un golpe fallito: breve colloquio con Raymond Carr, storico della Spagna, 24. Februar 1981, BAR J2.247 2005/39, Bd. 560.

die übrigen Zeitungen an. Dies hat damit zu tun, dass zu jenem späteren Zeitpunkt viel mehr Hintergründe über die Aktion aufgedeckt worden waren.

> Contrairement à ce que de nombreux journaux ont affirmé, la tentative de coup d'Etat en Espagne ne fut pas le fait d'une poignée de nostalgiques du franquisme. La durée des négociations entre le roi et les principaux chefs militaires comme la mise aux arrêts du général Alfonso Armada – non seulement représentant de l'Etat-major général de l'armée, mais aussi conseiller militaire personnel du roi durant de longues années – montrent bien que des pans entiers de l'armée et de la police soutenaient plus au moins ouvertement les putchistes.[273]

Kaum überraschend für das trotzkistische Blatt ist auch der kritische Tonfall gegenüber dem König von Spanien. Besonders schwerwiegend wird der Blankoscheck bezeichnet, den die Gewerkschaften und wichtigsten Parteien dem König unterzeichnet hätten. „Dans ces conditions, le roi n'a pas eu la moindre difficulté pour incarner son rôle de chef ‚constitutionnel' de l'Etat bourgeois et de l'armée. Sa fonction de Bonaparte est apparue plus évidente qu'auparavant devant la crise ouverte de la politique de la bourgeoisie."[274]

Das Fernsehen berichtete am 24. Februar vom Scheitern des Staatsstreiches und von der Freilassung der Parlamentsabgeordnete. Der Nachricht folgte eine knappe Zusammenfassung des Putschverlaufes bis zur Fernsehansprache des Königs. Dabei sendete die „Tagesschau" Originalmaterial von TVE, in welchem unter anderem die Stürmung des Plenarsaales durch Oberstleutnant Tejero und die Rede Juan Carlos', die dem Angriff ein Ende setzte, gezeigt wurden.[275] Die Worte des Königs wurden folgendermaßen übersetzt und zusammengefasst: „[D]ie Krone als Symbol der Einheit des Vaterlandes werde nicht zulassen, dass mit Gewalt die freiheitliche Grundordnung beseitigt werde, die das Volk selbst in einem Referendum erwählt habe."[276]

Der misslungene Staatsstreich vom 23. Februar 1981 erschütterte die Schweizer Medien, die durch ihre Berichterstattung und Kommentare das Ereignis einhellig verurteilten. Ebenso einstimmig ist die Zuordnung der Missstände, die zur militärischen Rebellion geführt haben: das stillschweigende Fortbestehen des Franquismus in staatlichen Institutionen, allen voran in den Sicherheits- und Streitkräften. Seltsamerweise spielt die Armee in der Medienberichterstattung nicht nur die Rolle des Antihelden, das heißt, der reaktionären Kräfte, sondern auch jene des Helden, also einer Institution, die dazu gewillt ist, die Demokratie zu verteidigen. Erstmals in der Berichterstattung begegnet man hier einem regelrechten Schock, der stark von der optimistischen, euphorischen Bewertung der Wahl- und Abstimmungsresultate

273 L'événement, in: La Brèche, Nr. 2, 7. März 1981.
274 Ebd. (Hervorhebung im Original).
275 Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale, 24. Februar 1981, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2621.
276 DRS-Tagesschau-Hauptausgabe vom 24. Februar 1981, http://videoarchiv.srf.ch.

abweicht, die als Abrechnung mit oder Beerdigung der Diktatur gedeutet wurden. Die Diktatur zeigte sich überraschend präsent und die Erinnerungen an den Bürgerkrieg oder an frühere Putsche in der Geschichte Spaniens wurden zu gängigen Reminiszenzen. Die spanische Demokratie entpuppte sich als fragil, doch im Gegenzug bestätigten die Schweizer Medien König Juan Carlos als Verteidiger dieser vulnerablen Nation.

Was allerdings für die meisten als die legitime „Autorität" des Monarchen galt, war für die wenigen ein latenter „Autoritarismus". „La Brèche" ging so weit und bezeichnete den König als „Bonaparte", was vor dem Hintergrund der Tatsache, dass beide Bonapartes ihre Machtergreifung einem Staatsstreich verdankten, ein gewagtes Pendant und eine unterschwellige Hinterfragung war. Die Popularität des Königs stieg nach seinem energischen „audiovisuellen Durchgreifen" stark an, fast so, als ob Juan Carlos I. in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar eine zweite Krönung erfahren hätte.[277] Von dieser medialen „Apotheose" zeugt auch eine weitere Karikatur Haitzingers, die den König als Stierkämpfer in feierlicher Pose zeigt, der den Stier „Tejero" außer Gefecht gesetzt hat und sich nun an das jubelnde Publikum wendet (siehe Abbildung 11). Der fehlgeschlagene Putsch kam einer Lehre gleich, einem Nachbeben, das sich nun für den weiteren Verlauf der Demokratisierung als nützlich erweisen sollte und auf das die Öffentlichkeit immer wieder verwies. Die Parlamentswahlen im Oktober 1982 sollten zeigen, wie sehr dieser Komplott noch in den Köpfen der Journalisten präsent war.

6.7 Der Wahlsieg der Sozialisten (Oktober 1982)

Obschon aus den Wahlen von 1977 die PSOE und die PCE als wichtigste Oppositionsparteien hervorgegangen waren, nahmen sie bis 1979 ihre Rolle als solche gar nicht wahr, und arbeiteten mit der Regierung im sogenannten Konsensus zusammen in der Absicht, die Demokratie zu festigen.[278] Die Sozialisten hegten, anders als die Kommunisten, den Wunsch einer Regierungsbeteiligung. Innerhalb dieser Partei konnten Felipe González und seine Nummer zwei, Alfonso Guerra, ihre Position stärken. Die historische Figur des Exilsozialismus, Rodolfo Llopis, war noch zu Francos Lebzeiten von González verdrängt worden. Wie bereits erwähnt, schlossen sich 1978 die PSP-Sozialisten um Tierno Galván der großen PSOE an, welche Marxisten und Nicht-Marxisten in ihren Reihen beherbergte.

In den Augen des Generalsekretärs war die Tilgung des Marxismus aus dem Parteiprogramm ein notwendiger Schritt, um den Weg zu einer Regierungsbeteiligung der

277 Vgl. Pinilla García, La transición de papel, S. 242–250; Preston, Juan Carlos, S. 487f.
278 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía, S. 209.

Partei nicht zu verbauen. Dadurch hätte die PSOE gegen die UCD um die Wählerschaft der politischen Mitte konkurrieren können. Anlässlich des 28. Parteitages im Mai 1979 wurde deshalb die formelle Streichung des Marxismus beantragt, was allerdings von der Mehrheit der Delegierten verworfen wurde, die sich für eine Beibehaltung des ideologischen Merkmals aussprach.[279] Unter diesen Umständen verzichtete González auf den Vorsitz der Partei, und das Amt blieb bis zum außerordentlichen Parteitag im September vakant. Als Gegenspieler des Sevillaners trat Gómez Llorente an, der den pragmatischen Kurs der Partei kritisierte und in der Streichung des Marxismus eine Anpassung des Parteiprogramms an die Wählerschaft sah.[280]

Am 28. September wurde das Zweierteam González-Guerra mit 86% der Stimmen als Parteiführung gewählt. Durch die neue Parteisatzung konnte auch die neue Resolution zur Streichung des Marxismus-Begriffs erfolgen.[281] Die ideologische Neuausrichtung zahlte sich jedenfalls aus: die PSOE erzielte im Oktober 1982 202 der 350 Sitze im Kongress und 134 Sitze im Senat. Als zweitgrößte Partei etablierte sich Fragas AP mit 106 Kongress- und 54 Senatsmandaten. Die UCD kam gerade auf zwölf Kongressabgeordnete und 4 Senatoren, während die Kommunisten mitansehen mussten, wie ihre Präsenz auf vier Abgeordnete sank.[282]

Wie jeder bisherige Urnengang in Spanien beschäftigte auch dieser die schweizerische Öffentlichkeit, wobei in diesem Falle die Erinnerung an das Komplott vom Februar 1981 eine zusätzliche Aufmerksamkeit bewirkte. Werner Herzog setzte in seinem Korrespondentenbericht den Akzent auf den gemäßigten Charakter der jüngsten Wahlkampagne. Einen Tag davor war ein Artikel von ihm in der „Basler Zeitung" erschienen, der über die Korruption und die Langsamkeit des spanischen Justizapparates berichtete. Die Aufhebung dieses Missstandes sei ein Problem, das die Wahlsieger anpacken müssten.[283] „Das Gespenst des ‚Militärputsches' haben die meisten Spanier in ihrem Hinterkopf installiert", schreibt er im „Tages-Anzeiger".[284] Dann geht er auf die spanische Gerüchteküche ein, wonach die Sozialisten die Republik ausrufen würden. Er erwähnt auch Fluchtgelder, die angeblich in Richtung Schweiz unterwegs seien. Doch der große Protagonist des Artikels ist Felipe González, der sich schon siegessicher präsentiert. Der Bruch mit dem Marxismus wird auch hier ausführlich thematisiert: „Mit der einen Hand macht er [Felipe González] das Siegeszeichen,

279 Vgl. Müller, Politische Parteien in Spanien, S. 86.
280 Vgl. ebd., S. 89.
281 Vgl. ebd., S. 103–110.
282 Vgl. Muniesa, Dictadura y monarquía, S. 268.
283 Vgl. Vernachlässigt, arm, korrupt und langsam: Spaniens Justiz, in: BAZ, Nr. 250, 26. Oktober 1982.
284 Felipe spricht bereits wie ein Premierminister…, in: TA, Nr. 250, 27. Oktober 1982 (Hervorhebung im Original).

mit der andern hält er einen Strauss Rosen hoch. Das ist keine Marxistenfaust mehr – nur Rosen. […] Die Internationale erklingt nicht, PSOE-Chef Felipe Gonzalez hält auch keine Brandrede gegen rechte Gegner."[285] Herzog kritisiert die siegessichere Gebärde als einen Mangel an Bescheidenheit.[286] Anschließend werden die restlichen Parteien knapp und mit weniger Enthusiasmus beschrieben, denen freilich geringere Wahlchancen prognostiziert werden. Bei diesen Wahlen trat erstmals der ehemalige Ministerpräsident Suárez mit seiner eigenen Partei an, dem CDS (*Centro Democrático y Social*), die sich im Sommer von der UCD abgespalten hatte.[287]

Im Jahre 1982 hatte Dieter Kroner Arnold Hottinger als Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung" in Madrid abgelöst. Kroner beschreibt die Situation nach dem Abschluss der Wahlkampagne, die im Großen und Ganzen als wenig leidenschaftlich beschrieben wird.[288] Nach einem kurzen Abriss der jeweiligen Kundgebungen der übrigen Parteien wird auf die Botschaft des sozialistischen Führers eingegangen. González habe in seinen Reden, die sozialistische Komponente deutlich zurückgeschraubt: „Es war viel von Solidarität, Friede, Zusammenarbeit und moralischer Erneuerung die Rede."[289] Seine pragmatische Wende wird auch hier angesprochen: „González ist allerdings nicht der PSOE, dessen Basis nach wie vor einen harten militanten Kern mitträgt, dem der Parteichef nicht weniger als der antidemokratischen Rechten seine volle Aufmerksamkeit schenken muss."

Francesco Ricciu setzte hingegen den Akzent auf den Zustand der Alarmbereitschaft während der Wahlen. Auf dem Spiel stehe nun das Überleben der Demokratie. Die Abspaltung der ehemaligen Regierungspartei in zwei Parteien verunmögliche den Sieg des Zentrums. Als großer Favorit wird die PSOE angekündigt, doch genau dieser Erfolg sorge für Missstimmung:

> Infatti, nella Spagna attuale, esiste ancora una destra che rifiuta le regole della convivenza nella libertà e pertanto respinge l'ipotesi di un cambiamento quale quello offerto da Felipe Gonzalez. Tale destra rappresenterebbe un pericolo presunto e non reale se fosse solamente quella che si vede costituita dalle poche migliaia di nostalgici del franchismo che applaudono nelle piazze gli oratori di ‚Fuerza Nueva' ed inneggiano alla candidatura di Antonio Tejero […].[290]

285 Ebd.

286 Wie bei früheren Artikeln Herzogs wurde in der BAZ ein ähnlicher Text mit zum Teil identischen Passagen abgedruckt. Vgl. Im spanischen Wahlkampf sprach niemand von Marx und Franco, in: BAZ, Nr. 251, 27. Oktober 1982.

287 Vgl. Müller, Politische Parteien in Spanien, S. 84.

288 Vgl. Verschärfte Sicherheitsmassnahmen, in: NZZ, Nr. 251, 28. Oktober 1982.

289 Ebd.

290 La Spagna si avvia alle elezioni in un clima di allarme preventivo, in: CdT, Nr. 246, 26. Oktober 1982.

Viel gefährlicher sei hingegen die Rechte im Militär und in der Oberschicht. Dies erkläre auch die Audienzen des Königs mit Vertretern der Industrie- und Finanzwelt und hohen Militärs, die darauf bedacht seien, solche rechtsextreme Sektoren in Schach zu halten. Ähnlich verhält sich Juan Pékmez, der als Sonderkorrespondent aus Spanien für „La Suisse" berichtete: „Rumeurs de putsch, nervosité dans les casernes, inquiétude de l'homme de la rue, décidément l'alternance démocratique ne se profile pas sous les meilleurs auspices."[291] Er erwähnt einen im Keim erstickten Putschversuch, der für den Vorabend des Urnenganges geplant war und stellt eine Reihe von hypothetischen Fragen zu den Folgen des einen oder anderen Wahlsieges. Die PSOE würde ihrerseits Entschlossenheit in Bezug auf die Putschisten zeigen. In einer Sache seien sich sämtliche Parteien einig: Spanien müsse nun wieder richtig regiert werden. Dabei wird auf die letzten Jahre der Regierung Suárez und auf die des Epigonen Calvo-Sotelo hingewiesen. Ebenso geht Pékmez auf die Krise der Kommunisten ein. Zahlreiche PCE-Wähler hätten Carrillo den Rücken gekehrt und sich für den charismatischen González entschieden. Die alltägliche Nervosität stehe im Gegensatz zur Gelassenheit des Monarchen: „Dans un pays qui a les nervs à vif, la sérénité apparente du monarque n'est pas de trop."[292]

In der darauffolgenden Ausgabe setzte sich der frühere Chefredakteur des „Journal de Genève" Claude Monnier mit der in Europa waltenden Sorge um Spanien auseinander. Zunächst widmet er sich der Schweizer Perspektive: „L'observation suggère que ce pays nous intéresse parce qu'il est un théâtre où jouent, avec une espèce d'extrémisme excitant (mais nous n'avons pas à payer les pots cassés éventuels, c'est bien agréable), nos idées politiques, nos croyances, nos fantasmes."[293] Zwar hätten auch in Griechenland, Schweden und Frankreich Wahlen stattgefunden, doch diese Machtwechsel könnten in keiner Weise mit dem spanischen Fall verglichen werden: „Mais l'Espagne! C'est le grand jeu du bien et du mal, du noble et du vil, du pauvre et du riche…"[294] Darauf übt Monnier Kritik an der parteiorientierten Sichtweise. Wichtig sei nicht, welche Partei Spanien retten werde, sondern *dass* es gerettet werde. In seinen Ausführungen zum Sorgenkind „Wirtschaft" tauchen immer noch Spuren einer Bewunderung des Franquismus auf:

> On doit se souvenir que si le franquisme brutal du temps de la guerre civile s'était peu à peu mitigé, dissous même, c'était parce que, dans une conjoncture mondiale exceptionnellement favorable, l'Espagne s'était mise soudain à prospérer. […] Si la fameuse ‚transition démocratique' a été possible, c'est moins à l'astuce du général Franco ou à l'habileté tactique d'Adolfo Suarez que l'Espagne le doit, qu'au tranquille et heureux embourgeoisement d'une partie croissante de sa population.[295]

291 Espagne: ce changement qui fait peur, in: La Suisse, Nr. 299, 26. Oktober 1982.
292 Ebd.
293 Qui se soucie vraiment de l'Espagne? in: La Suisse, Nr. 300, 27. Oktober 1982.
294 Ebd.
295 Ebd. (Hervorhebung im Original).

In einem weiteren Abschnitt kritisiert Monnier die 800.000 neuen Arbeitsplätze, die González in seiner Wahlkampagne versprochen hatte, die nur dann zustande kommen könnten, wenn die Weltkonjunktur und die in- und ausländischen Investitionen in Spanien wieder ansteigen würden.

Fritz René Allemann meldete sich für die „Luzerner Neuesten Nachrichten" aus Saragossa. Weniger die Parteiprogramme, sondern die Personen stünden bei den Wahlen im Vordergrund: „Der Mensch, mit dem er [der Spanier] sich identifizieren oder den er von Herzen ablehnen kann, ist ihm wichtiger als die Formeln, deren sich dieser Mensch bedient, oder selbst die Versprechungen, die er macht."[296] In seinem Artikel präsentiert er die Führer der fünf größten Parteien. Für González würde sein gutes Aussehen sprechen sowie die „menschliche[...] Wärme, die er ausstrahlt".[297] Auch hier wird die ideologische Wende in der Partei angesprochen, wonach sich der Sevillaner nun als „reformistischer Sozialdemokrat" ausgibt. Allemann bemängelt bei Fraga seine autoritäre Vergangenheit als ehemaliger Franco-Minister, doch billigt er ihm auch rednerisches Talent und Klugheit zu. Zwischen ihm und González befinden sich einerseits Landelino Lavilla, Vorsitzender der UCD und andererseits der ehemalige Premierminister Suárez, die um die Wählerschaft des Zentrums wetteifern. Während der professorale Lavilla mit dem Trümmerhaufen einer gescheiterten Partei zu kämpfen habe, müsse Suárez eine Partei führen, die „noch in den Kinderschuhen" stecke. Nichtsdestotrotz rechnet Allemann dem ehemaligen Ministerpräsidenten eine wiederbelebte Beliebtheit zu. Das Schlusslicht der präsentierten Parteien stellen Carrillo und seine PCE dar. Der Kommunistenführer biete „das Bild eines unbestreitbar talentierten, aber mittlerweile reichlich verbraucht anmutenden Routiniers", schreibt Allemann,[298] und hegt Zweifel an den Chancen der Partei, ihren dritten Platz im Parlament zu behaupten.

Für Félix Zurita, dem Sonderkorrespondenten von „La Liberté", standen die Wahlen im Schatten des Putschversuches von 1981. In groben Zügen zeichnet er den Wandel von der autoritären Diktatur bis zum Vorabend des Urnengangs. Die Überwindung der „beiden Spanien" war die schwierige Aufgabe, der sich Juan Carlos und Adolfo Suárez zu stellen hätten: „‚Consensus', ‚pacte social', ‚réconciliation nationale' sont donc devenus les mots d'ordre de tous les responsables politiques du pays, au Gouvernement comme dans l'opposition."[299] Spanien wird dann als „example paradoxal et inédit" umschrieben, weil sich die Diktatur von selbst abgebaut hätte, und zwar ohne Brüche, ohne personelle Säuberungen. Dies habe Verzögerungen nach sich gezogen. Zurita erwähnt hierbei die Tatsache, dass die

296 Die Spanier stimmen eher für Personen als für Programme, LNN, Nr. 249, 26. Oktober 1982.
297 Ebd.
298 Ebd.
299 A l'ombre du bicorne, in: La Liberté, 26. Oktober 1982 (Hervorhebung im Original).

franquistischen Staatsgesetze erst drei Jahre nach dem Tode des Diktators außer Kraft gesetzt wurden. Dennoch blieben weiterhin wichtige Posten der Armee, der Verwaltung und der Justiz in den Händen von Männern des früheren Regimes. Auf die Euphorie über die demokratischen Errungenschaften folgte die Zeit der Entzauberung: „Pour peu, après avoir incarné tous les espoirs, elle [la démocratie] devenait pour certains la cause de tous les malheurs qui s'abattaient sur l'Espagne: le chômage, l'inflation, la recrudescence brutale de la délinquence, du terrorisme… et même de la pornographie."[300] Dazu beigetragen hatte die *classe politique*, die eine zunehmende Distanzierung vom Volk verursacht hätte. Die letzten Gedanken sind der Frage gewidmet, ob die bevorstehenden Wahlen die Vollendung des Überganges zur Demokratie kennzeichnen würden.

Das RSI strahlte erneut eine Spezialsendung über die bevorstehenden Wahlen aus. Aldo Sofia, häufiger Moderator des „Speciale Sera" interviewte während der 28-minütigen Sendung die zwei italienischen Kolumnisten Piero Accolti und Saverio Tutino[301] über die Bedeutung des Urnengangs.[302] Sofia leitet das Thema ein und geht dabei auf die vergangenen Urnengänge von 1977 und 1979, auf die Rolle des vom König gestützten Ministerpräsidenten Suárez und auf die jüngsten Entwicklungen und die Prognosen der einzelnen wichtigen Parteien ein. Die Entdeckung eines weiteren, weit abgestützten Komplotts habe die Bedeutung dieser Wahlen allerdings verändert. Auf die Frage nach der Möglichkeit eines neuen Staatsstreichs behauptet Tutino, nach Gutiérrez Mellados Abgang seien die Stabsposten in der Armee mit Veteranen der Blauen División besetzt worden, die einen stärkeren Einfluss der Armee auf die Gesellschaft angestrebt hätten. Accolti fügt hinzu, man könne ja auch nichts anderes erwarten, wenn man in Rechnung stelle, dass von den 547 Generälen bloß 9 nicht im Bürgerkrieg gekämpft hätten. Accolti übt dann Kritik an den Sozialisten, die in gewisser Hinsicht kapitalistischer als die Kapitalisten seien. Tutino stellt darauf die von Accolti behauptete Normalität infrage und beschreibt Spanien als ein Land der Staatsstreiche. Anstelle eines ruckartigen Putsches könnte eine permanente Sabotageaktion gegen die sozialistische Regierung auftreten. Der Radiomoderator fragt dann nach der Möglichkeit eines regelrechten Sieges der Sozialisten, bei dem sie die absolute Mehrheit erreichen könnten. Tutino erachtet einen solchen Sieg als durchaus wahrscheinlich, doch vermutet er, González würde nicht allein mit der PSOE, sondern mithilfe mehrerer

300 Ebd.

301 Von den drei Spanien-Sonderkorrespondenten von „La Repubblica" war Saverio Tutino derjenige, der die meisten Berichte aus Spanien verfasste. Vgl. Guillamet et al., La Transición Española en la prensa europea y norteamericana, S. 124.

302 Vgl. Speciale sera; Spagna: domani si vota per sconfiggere la paura del golpe; le elezioni legislative, 27. Oktober 1982, BAR J2.247 2005/238, Bd. 81.

Parteien regieren wollen, also durch eine Regierung mit sehr wenigen Sozialisten und vielen Fachleuten anderer Parteien, um die Bürokratie in Spanien zu erneuern. Accolti lobt dann die Leistung Adolfo Suárez', den er als intelligent und geschickt hochschätzt, und fährt weiter:

> Questi sono gli anacronismi spagnoli. La Spagna è il paese della follia – per questo è anche un paese straordinario e… e… c'ha un re che era il pupillo di Franco – c'è poco da fare. C'ha avuto come primo ministro, come capo del governo, l'uomo che ha fatto la Spagna democratica, che ha fatto sì si voti, Adolfo Suárez, che era il segretario generale del… del partito unico di Franco, del *movimiento*. Ora, dico, se si fanno queste cose qua, ora, andare a spulciare, a dire che Fraga Iribarne era ambasciatore a Londra, è stato ministro del turismo e dell'informazione, peraltro sotto Franco naturalmente. Peraltro, l'unico ministro dell'informazione cui a detta di tutti si debe la liberazione… la liberalizzazione della stampa spagnola. […]
>
> Ma comunque, la Spagna è un paese talmente strano che tutto può essere. Suàrez come mai poteva epurare l'esercito quando non epurava se stesso? Quindi è un gioco, è un gioco di ipocrisie questo qua che naturalmente si scontra. Qui non c'è stato un solo morto, se non quelli per l'olio di colza.[303]

Das Gespräch wendet sich dann der Krise der spanischen Kommunisten zu. Tutino sieht die Ursache in der programmatischen Leere der eurokommunistischen Wende der PCE. Wichtiger als über diese kleine und noch kleiner werdende Partei zu sprechen, solle man das Verschwinden der Zentrumsparteien thematisieren. Diese Parteien würden laut Tutino von der Zentrumstendenz der PSOE ersetzt. „Il PSOE non è un partito socialista veramente che va al potere. Va al potere un partito che, in cui il socialismo è il 20%, tutto il resto e il ‚gonzalismo'. E il gonzalismo, vedrete che è una forza di centro, non una forza di sinistra, non una forza socialista."[304] In den Voten der beiden italienischen Journalisten lässt sich ein persiflierender Ton erkennen, der darauf abzielt, die „heuchlerische" Komponente des paktierten Überganges zu unterstreichen, und der besonders akut in Accoltis polemische Behauptung hervortritt, wonach die einzigen Toten der *Transición* auf die Rapsölvergiftung zurückzuführen seien. Accolti blendet dabei die Opfer links- und rechtsradikaler Terrorgewalt aus.

Die Deutung der dritten Parlamentswahlen als ein Sieg gegen die Angst wurde auch in einem späteren Beitrag für „La Suisse" angesprochen, den Juan Pékmez verfasste. Er stellt fest, dass seit den ersten Parlamentswahlen von 1977 bis zu den jüngsten Regionalwahlen zwischen 1980 und 1982 die Wahlbeteiligung der Spanier zurückgegangen war. Dies habe die Feinde der parlamentarischen Demokratie zu ihren „rêves putchistes" ermutigt.[305] Die aktuelle Wahl zeige hingegen ein wichtiges Erwachen des politischen Interesses bei der spanischen Wahlbevölkerung. Aus dem

---

303 Ebd.

304 Ebd. (Hervorhebung des Autors).

305 Une victoire contre la peur, in: La Suisse, Nr. 302, 29. Oktober 1982.

Urnengang sollten laut Pékmez zwei wichtige Lehren gezogen werden: Erstens, dass selbst im Baskenland die Beteiligung zunehme. Zweitens, dass die Beteiligungszunahme einen Strich durch die statistischen Hochrechnungen machen und für Überraschungen sorgen könne.

Auch Francesco Ricciu setzt den Akzent auf den Massenzustrom von Wählern und auf die absolute Ruhe, welche den Urnengang vom 28. Oktober charakterisierte. Dies zeige eine reife Leistung der spanischen Bevölkerung; den Skeptikern, die an der Entzauberung festhielten, wurde eine Absage erteilt. Er beschreibt, wie man Felipe González jetzt schon als Ministerpräsidenten feiere – auf den Straßen, vor dem Wahllokal und in der Zeitung „el País", die sich bereits mit der Regierungsbildung der Sozialisten befasst hatte. Ricciu berichtet aber auch von der Verhaftung von 25 Rechtsextremisten, die linke Politiker neutralisieren wollten. Ferner wird auch das Gerücht kommentiert, wonach im Hinblick auf einen sozialistischen Sieg 300 Millionen Peseten in die Schweiz exportiert worden seien.[306]

In den Zeitungsausgaben vom 30. Oktober wurden die positiven Prognosen für die PSOE zu einer Gewissheit. Die „Neue Zürcher Zeitung" widmete ihren Leitartikel in der Wochenendausgabe der Situation in Spanien. Der Redakteur beschreibt knapp den Werdegang der PSOE, deren Angehörige er als die „*sozialdemokratisch* gewordenen Nachfahren der von Franco verteufelten ‚Rojos'" bezeichnet.[307] Die PSOE habe nun den demokratischen Bruch mit der Vergangenheit herbeigeführt. Dennoch weise das Wahlresultat eine starke Polarisierung zwischen González' Partei und der konservativen AP auf, „die das Gegeneinander der Vergangenheit weiterzuführen scheint, doch unterliegen die Auseinandersetzungen in Zukunft *parlamentarischen* Regeln."[308] Zwar bestehe zwischen dem Sieger und Fragas Partei ein deutlicher Mandatsvorsprung, doch habe letztere einen gewaltigen Aufschwung genommen. Der Autor geht auf die beiden Zentrumsparteien und auf Fragas Nutzen von dieser Polarisierung ein. Auffallend ist die feierliche Würdigung des Wahlresultates durch den Redakteur einer Zeitung, die bei weitem nicht nur Schlechtes in der Diktatur gesehen hatte:

> Doch – noch eher als die sozialistische Partei – hat letztlich die *Demokratie* nun in Spanien Erfolg gehabt, was ihr viele nicht zugetraut haben und was einige wenige Ewiggestrige, die in der einfachen, unerbittlich *manichäischen* Welt Francos und der Seinen verhaftet bleiben, wohl fast noch weniger schlucken zu können glauben als eine ‚rote' Regierung.[309]

306 Vgl. La Spagna in massa alle urne in una ritrovata tranquillità, in: CdT, Nr. 249, 29. Oktober 1982.

307 Bewährung der Demokratie in Spanien, in: NZZ, Nr. 253, 30./31. Oktober 1982 (Hervorhebung im Original).

308 Ebd. (Hervorhebung im Original).

309 Ebd. (Hervorhebung im Original).

Dieter Kroner meldete sich aus Spanien mit der Nachricht des sozialistischen Sieges. Die absolute Mehrheit der PSOE erlaube ihr „ohne Koalitionsrücksichten die Regierungsgeschäfte zu übernehmen."[310] Kroner schneidet ebenfalls die „Verbürgerlichung" der sozialistischen Partei und die damit verbundene Metamorphose zu einer Volkspartei an. Trotz des überwältigenden Sieges von González' Partei müsse der neue Ministerpräsident nun gegen eine erstarkte AP kämpfen, der Kroner „noch immer ausgeprägt *autoritäre Züge*" zuschreibt.[311] Er erklärt dann den Erfolg letzterer Partei mit dem Beitritt liberaler Persönlichkeiten. Beide Pole hätten von der ehemaligen UCD-Wählerschaft profitiert. Erwähnt werden einige prominente „Opfer" wie der bisherige Ministerpräsident Leopoldo Calvo-Sotelo und die meisten seiner Minister.

Werner Herzogs Artikel im „Tages-Anzeiger" behandelte dieselben Fakten mit den jeweiligen Mandatsstärken und Stimmenanteilen.[312] Der Artikel wurde von einem Kommentar von Peter Frey begleitet, der mit einem Hinweis auf die sensationelle Nachricht beginnt und und dann auf die „unglückselige[…] Volksfrontregierung" in der Zweiten Republik als letzte Epoche, als die Sozialisten in Spanien an der Macht waren, und auf die neue Situation, in der sie unter einem von Franco eingesetzten, nun konstitutionellen Monarchen regieren sollen, eingeht. „Die Änderung der Strukturen, die Wandlung im Bewusstsein der Bevölkerung und die Renaissance der Sozialistischen Partei sind die wichtigsten Faktoren, die den Umschwung möglich machen", schreibt Frey.[313] Darauf baut er die drei Begriffe aus. Bezüglich der Strukturen gedenkt er der Leistung des früheren Ministerpräsidenten Suárez. „Weil Suarez verfassungsmäßig zwischen der alten Diktatur und der neuen Demokratie eine klare Zäsur setzte, ermöglichte er den Übergang vom autoritären Ancien régime zur freiheitlichen Ordnung. Er bewirkte, dass die Neuzeit auch in Spanien angebrochen ist."[314] Anders als andere Spanien-Kommentatoren sieht also Frey in Suárez' Regierungstätigkeit einen klaren Bruch, eine Zäsur. Dabei hatte ja der Putschversuch vom 23. Februar 1981 deutlich gezeigt, dass sich ein solcher Bruch keineswegs ereignet hatte. Ferner verbindet Frey die Diktatur Francos taxonomisch mit der Zeit vor der Französischen Revolution, ja sogar mit dem Mittelalter. Die anerkannte Mündigkeit des Volkes habe gezeigt, dass dieses den linken und rechten Radikalismus verworfen habe. Frey lobt schließlich den Wandel der PSOE, die sich noch zu Francos Lebzeiten vom Kommunismus und auch von jenen Sozialisten distanziere, die der Volksfrontregierung nachtrauerten.

In derselben Ausgabe erschienen zwei weitere Texte Herzogs: ein Überblicksartikel über den Machtwechsel in Spanien und ein Porträt Felipe González'. Im ersten

310 Absolute Mehrheit für den PSOE in Madrid, NZZ, Nr. 253, 30./31. Oktober 1982.

311 Ebd. (Hervorhebung im Original).

312 Vgl. Absolute Mehrheit für Spaniens Sozialisten, in: TA, Nr. 253, 30./31. Oktober 1982.

313 Ein Novum für Spanien, in: TA, Nr. 253, 30./31. Oktober 1982.

314 Ebd.

Text wird der neue Machtwechsel als eine wichtige Zäsur in der Geschichte Spaniens bezeichnet, die man mit dem Tode Francos vergleichen könne. „Diesmal vollzieht sich – innerhalb der Demokratie – eine weitgehende soziale und psychologische Veränderung“, schreibt er.[315] Auch die Kirche habe in Spanien einen Wandel durchgemacht und die Sozialisten hätten ihrerseits ihren Antiklerikalismus aufgegeben. Ebenso wird auch das Putschpotenzial in der Armee angesprochen, doch würden auch die Sozialisten wie ihre bürgerlichen Vorgänger gegen Separatismus und Terrorismus kämpfen.

Im Porträt des designierten sozialistischen Ministerpräsidenten werden seine bescheidenen familiären Wurzeln aufgezeigt. „Während eines Stipendienaufenthalts in Belgien sah er so recht die Not der spanischen Gastarbeiter“, schreibt Herzog.[316]

> Gonzalez setzte seine Politik der Mässigung durch und ebnete der Partei den Weg für einen Sozialismus modernen westeuropäischen Zuschnitts. Seitdem wird Gonzalez als Sozialdemokrat eingestuft. Zutreffender ist vielleicht, dass er ein Pragmatiker ist, der nicht auf sozialistische Fernziele verzichtet, aber den ‚Rhythmus der Geschichte‘ respektiert und Spanien den Sozialismus nicht ‚verpassen‘ will.[317]

Der Text beinhaltet eine sehr wohlwollende Würdigung des Siegers der jüngsten Parlamentswahlen. Pékmez erlaubte sich in einem Artikel ein Wortspiel, um den Sieg der Sozialisten zu umschreiben.[318] Mit „L'Espagne voit la vie en rose“ sprach er einerseits die in Edith Piafs Hit gefeierte Liebesidylle, die nun Spanien erwarte und andererseits die Rose als Symbol der spanischen Sozialisten. Die Euphorie in den Worten des Sonderkorrespondenten macht sich somit und auch sonst leicht bemerkbar. Auch in diesem Text fehlt nicht der Hinweis auf die Polarisierung des Parlamentes durch den nicht minder spektakulären Siegeszug der konservativen AP, die nun elf Mal mehr Sitze im Parlament gewonnen hatte.

Marc Heyd kommentierte in derselben Ausgabe den sozialistischen Sieg und zog in seinen Ausführungen die jüngsten Entwicklungen seit dem Ende der Diktatur hinzu. „Glissade ou culbute de l'Espagne qui en quelques années seulement […] a passé d'un régime d'extrême droite imposé par la force à une démocratie de gauche librement consentie? Peu importe la définition choisie.“[319] In den Wahlen von 1977 und 1979 hätten sich die Spanier für die Mäßigung, das heißt, für einen Kompromiss entschieden. Nun hätten sie den Extremismus weggefegt, doch selbst der Mann des neuen Spaniens, also Suárez, wurde mit einer klaren Absage bedacht. Von der neuen PSOE-Regierung könne man keine starken Umbrüche erwarten. Die innenpolitische Agenda sei von

315 Spanischer Machtwechsel, in: TA, Nr. 253, 30./31. Oktober 1982; Vgl. Wandel in Spanien – gewandeltes Spanien? in: BAZ, Nr. 254, 30. Oktober 1982.

316 Im Widerstand gegen Franco politisch erstarkt, in: TA, Nr. 253, 30./31. Oktober 1982.

317 Ebd. (Hervorhebung im Original).

318 L'Espagne voit la vie en rose, in: La Suisse, Nr. 303, 30. Oktober 1982.

319 L'Espagne socialiste, in: La Suisse, Nr. 303, 30. Oktober 1982.

der Wirtschaftskrise geprägt, die außenpolitische durch die Annäherung an die EG und durch die Frage nach dem NATO-Beitritt Spaniens.

Francesco Ricciu deutete den sozialistischen Sieg als eine Absage an die Putschisten und hob die Rolle des Königs als Verteidiger der Demokratie hervor. Über das Resultat meint er: „Dunque, il voto consapevole e maturo di un popolo che intende andare avanti sulla via del consolidamento democratico."[320] Ricciu sieht in dem aus den Wahlen hervorgetretenen Bipolarismus eine gefährliche Entwicklung, die an die Radikalisierung im Vorfeld des Bürgerkrieges erinnert. Die beiden Pole würden nun das Spanien des Wandels und das Spanien der Tradition in sich vereinen.

In Antoine Bosshards Leitartikel im „Journal de Genève" wird die Niederlage der Zentrumspartei erklärt und dabei die Massenvergiftung durch Rapsöl und die Überschwemmung in Valencia erwähnt. „[L]a conduite des autorités n'aura, de l'aveu de nombreux Espagnols, pas tant différé de celles de l'ancien régime: à quoi bon la démocratie, si les héritiers du franquisme, sous une nouvelle étiquette, se comportent comme on le faisait du temps du généralissime?"[321] Der sozialistische Erfolg zeige das Ende der demokratischen Transition, doch müsse González nun die aktuellen Probleme anpacken, damit die Armee nicht erneut rückfällig werde.

Die „Berner Tagwacht" feierte den Sieg der Sozialisten mit einem Beitrag von Herbert Hess, für welchen das Resultat die Rückkehr des linken Spaniens bedeutete.[322] González' Werdegang vom Sohn eines Milchhändlers zum Verteidiger der Arbeiter in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten zeigt eine sehr wohlwollende, wenn nicht sogar zur Hagiografie neigende Darstellung, vergleichbar mit derjenigen von Herzog im „Tages-Anzeiger". Parteiintern werden auch hier die Loslösung von der sozialistischen Exilpartei, die allmähliche Akzeptanz der Monarchie und die Streichung des Marxismus aus dem Parteiprogramm genannt. Mäßigung und Pragmatismus sind die zwei zentralen Begriffe, die diesen Werdegang auszeichnen.

Die mediale Deckung der dritten Parlamentswahlen nach dem Ende der Diktatur stand im Zeichen einer subkutanen Angst, die ihren Ursprung im misslungenen Staatsstreich von 1981 hatte. Auf sie wurde entsprechend die Hoffnung auf eine Überwindung jenen Schocks projiziert. Der Sieg der Sozialisten überraschte angesichts der Krise der Zentrumspartei kaum und selbst bürgerliche Meinungsmacher schienen dem jungen andalusischen Newcomer seinen Triumph zu gönnen. Während also liberale und rechtsliberale Zeitungen diesen Sieg anerkennen und dabei den Wandel von einer Proletarierpartei zu einer Partei kontrastierten, die sich des Marxismus und der klassenkämpferischen Parolen entledigt hatte – das heißt, eine ähnliche Entwicklung wie diejenige der einheimischen Sozialdemokratischen Partei – erkennen

320 Una vittoria che acquista il sapore di una sfida, in: CdT, Nr. 250, 30. Oktober 1982.

321 La transition (suite), in: JdG, Nr. 253, 30. Oktober 1982.

322 Vgl. Felipe Gonzales – der Sieger, in: Berner TW, Nr. 254, 30./31. Oktober 1982.

andere Journalisten im Wahlerfolg die Wiedergeburt der Würde der alten Partei im Bündnis der Volksfront von 1936. Fakt ist, und auch das wurde von den Schweizer Zeitungen erkannt, dass die PSOE von 1982 ziemlich wenig mit derjenigen von der Zeit der Zweiten Republik gemeinsam hatte.

***

Die Schweizer Berichterstattung über das unmittelbare postdiktatorische Spanien zeigt ein vergleichsweise hohes Interesse, genau wie in der vorhergehenden Phase. Auch in dieser Zeit kann man einen generellen Grundkonsens konstatieren, der sich nun aber um die Akzeptanz des Königs, des Ministerpräsidenten Adolfo Suárez und der geplanten und dann umgesetzten demokratischen Reformen artikuliert. Schon rund ein Jahr nach seiner Inthronisation, anlässlich des Referendums zur politischen Reform, stellt man eine ausgesprochen positive Würdigung Juan Carlos I. fest, welche die frühere Skepsis nahezu vollständig in Vergessenheit geraten lässt. Die Relevanz der hier betrachteten Ereignisse wird durch die Bedeutung bestätigt, welche die Schweizer Journalisten ihr anerkannten: es sind potenzielle Zäsuren, die eine Abrechnung mit der autoritären Vergangenheit signifizieren. Die unterschiedliche Beurteilung der Legalisierung der PCE lässt allerdings Spuren einer verbreiteten antikommunistischen Einstellung in der schweizerischen Medienlandschaft erkennen, die sich im Argwohn gegenüber den spanischen Kommunisten manifestiert.

Einen ebenfalls wichtigen Wandel erfährt der Begriff „Opposition". Von der illegalen Konnotation im ausgehenden Regime und den wiederkehrenden Verweisen auf und den Interviews mit Tierno Galván, Ruiz-Giménez und Carrillo verlagerte sich das Interesse auf die nicht mehr bloß „tolerierte" sondern nunmehr legale und anerkannte Opposition, die der Newcomer Felipe González am deutlichsten verkörperte. Zusammen mit dem Ministerpräsidenten Suárez übte er eine starke Anziehungskraft auf die Medien aus, zumal beide als Galionsfiguren eines demokratischen, fortschrittlichen, gemäßigten und konsensfähigen Spaniens gesehen wurden. In diese journalistische Apologie der politischen Mäßigung schreibt sich auch die sporadische Anschwärzung der Zweiten Republik als Epoche des Radikalismus und der Instabilität – ein Phänomen, das in Spanien selbst verbreitet war[323] – und die Würdigung der jungen postfranquistischen Monarchie in der Person des Königs ein. Hier lassen sich durchaus Parallelen mit der britischen Haltung gegenüber der Demokratisierung Portugals und Spaniens erkennen und den Bestrebungen, mittels kultureller Stimuli einen kommunistischen Ausgang zu verhindern.[324] Das Jahr des sozialistischen Wahlsieges markierte für die Schweizer Medien (erneut) das Ende einer tumultartigen Epoche

323 Vgl. Aguilar, Memory and Amnesia, S. 267.
324 Vgl. Martín García, Emisarios de la moderación, S. 815f.

und den Beginn einer Entwicklung, die der Diktatur – zumindest auf der Ebene der politischen Strukturen und Rechte – nun endgültig den Rücken gekehrt hatte.

Weniger markant, aber deshalb nicht minder erwähnenswert ist auch eine sporadische Anspielung auf vermeintliche Fluchtgelder von ehemaligen franquistischen Potentaten auf Schweizer Bankkonten, die bereits Ende September 1975, dann auch anlässlich des Staatsbesuches im Juni 1979 und erneut am Vorabend des sozialistischen Wahlsieges vorkamen und die Diktaturnostalgiker anschwärzten. Inwiefern hier auch bereits eine allgemeine Kritik am Schweizer Bankgeheimnis und an der Tatsache, dass sich autoritäre Regimes dieses Mangels an Transparenz bedienen, herausgelesen werden kann, lässt sich bloß vermuten.

Die Beliebtheit und die beinahe einhellige Akzeptanz des Monarchen durch die Schweizer Medien zeigt sich am deutlichsten im Juni 1979, als er zusammen mit der Königin und dem spanischen Außenminister die Schweiz besuchte. Während anlässlich der Staatsvisite viele Zeitungen seinen Bezug zur Schweiz unterstrichen, war dieser Aspekt rund zehn Jahre davor, als er zum Nachfolger Francos designiert worden war, kaum in Erscheinung getreten, was den Wandel seines Images noch manifester macht. Der Schock des *Golpe* vom 23. Februar 1981 half ihm, auch in der Schweizer Öffentlichkeit seine Stellung und seinen Ruf als Verteidiger der Demokratie zu festigen. Gleichzeitig offenbarte die Verschwörung die Grenzen jener demokratischen Festigung.

Schlussfolgerungen

Es mag nützlich sein, an dieser Stelle auf die zu Beginn des fünften Kapitels angesprochene Wahrnehmungstypologie zurückzukommen. Obschon hier vor allem der journalistisch-politischen Sicht Bedeutung geschenkt wurde, kamen vereinzelt auch andere Arten von Auseinandersetzungen mit Spanien vor, wie etwa eine literarische am Beispiel der Romane von Ehrensperger und Hürlimann, eine wirtschaftlich-technische Sicht, die sich in der Berichterstattung über die Schweizer Delegationsreisen zeigt, und – nicht zuletzt – eine subjektiv-akademische Wahrnehmung, die man in den mündlichen Zeugnissen der beiden Schweizer Ehrendoktoren herauslesen kann. Es sind allesamt Sichtweisen, die eine vertiefte Analyse verdienen. Weniger zentral war dagegen die pittoresk-touristische Sicht auf Spanien, die nur am Rande – sozusagen als stilistisches Element der herangezogenen Quellen – erwähnt wurde. So trifft man etwa die geläufigen spanischen *Topoi* wie Stierkampf, Flamenco oder Don Quichotte vor allem in Karikaturen an, weniger dagegen in journalistischen Texten. In den audiovisuellen Spanien-Reportagen begegnet man einem vergleichbaren Phänomen des Zurückgreifens auf Stereotypen, so etwa die musikalische Untermauerung durch Stücke wie das *Concierto de Aranjuez*. Ebenso tauchen auch Bezüge zur *leyenda negra* auf, wie etwa der Verweis auf die Inquisition und auf die Hinrichtung mit der *Garrote* sowie die Veranschaulichung der Grausamkeit der Diktatur durch die Radierungen Goyas.[1]

Diese Vielfalt von Wahrnehmungen suggerieren für Geschichtsforschende nicht nur einen spannenden Anreiz, sondern umgekehrt auch die Notwendigkeit, ihre Forschungsziele mehr oder weniger stark auf einen Punkt zu fokussieren. So stellt sich das Thema der schweizerisch-spanischen Transnationalität als ein breiter Rahmen vor, mit dem sich zahlreiche Fragestellungen beschäftigen können, wie etwa die Bedeutung akademischer Diplomatie und Mobilität für die Imagebildung des Regimes oder die Beschäftigung der Schweizer Landeskirchen mit der Diktatur.

Im Gegensatz zur Diplomatie und zur Wirtschaft standen Schweizer Medien nicht in einer regelrechten *Beziehung* zum Regime, sondern artikulierten sich in einer kritischen *Auseinandersetzung* damit, die aber ihre Rechtfertigung gerade in solchen Beziehungen kannte. Ganz allgemein zog die journalistische Auseinandersetzung mit dem Ausland besondere Fragen nach sich, die etwa in Peter Dürrenmatts Monografie genannt werden:

> Die Tatsache, daß der schweizerische Zeitungsleser an den Auslandsmeldungen und an den Auslandskommentaren seines Blattes lebhaft Anteil nimmt, erlaubt uns Rückschlüsse auf

1 Vgl. Angoustures, L'opinion publique française et l'Espagne, S. 680; Lemus López, Percepciones de la prensa norteamericana y la francesa, S. 260.

> die Bedeutung der objektiven Information über internationale Verhältnisse im Rahmen unseres Landes.
>
> Dabei ergibt sich freilich für den Auslandskommentator ein Kriterium, das er immer wieder sehen muß, ohne daß er mit ihm völlig fertig werden vermag. Ich meine den Umstand, daß der schweizerische Auslandskommentator nicht nur aus der Perspektive des kleinen und neutralen Landes, sondern auch des verschonten Volkes schreibt.[2]

Die „verschonte" Schweiz blickte in der Tat mit großer Aufmerksamkeit und Leidenschaft auf die Entwicklungen in Spanien. Dieser Blick war allerdings keineswegs homogen oder naiv, sondern barg in sich unterschiedliche Interessen und Antagonismen und artikulierte sich zwischen dem Eifer, das Land zu verstehen, und einer verständnisvollen Darstellung der Diktatur.

Auf der Ebene der Erkenntnis und um auf die in der Einleitung präsentierte Holzkampsche Wahrnehmungsdefinition Bezug zu nehmen, lässt sich sagen, dass die Wahrnehmung im engeren Sinne durch die enumerative und faktenbezogene Berichterstattung vollzogen wurde, während Kommentare durch ihren akzentuierten Überblickscharakter deutlicher zur Kategorie des Denkens oder des Deutens (Georg Kreis) gehören. Im Gegenzug kommt dem Zeitungsartikel gegenüber dem Kommentar „ein höherer Grad der Wirklichkeitsnähe, des Zuverlässigen und Dokumentarischen zu."[3] Nicht nur die relativ hohe Anzahl an Kommentaren, die von den Vorkommnissen in Spanien inspiriert wurden, sondern auch der darin beinhaltete energische, emotionale Tonfall beweist von neuem die aktive Komponente der Wahrnehmung.

Die Schweizer Öffentlichkeit stellte auf einer Makroebene eine Opposition dar, die sich der eigennützigen, wohlwollenden Spanien-Politik des Bundesrates entgegenstellte. In dieser Diskrepanz erkennt man ein Stück weit auch den Unterschied zwischen „international" und „transnational" sowie zwischen Arkanem und Manifestem am Beispiel des Unterschieds zwischen diplomatisch-archivalischen und massenmedialen Quellen wieder. Das Heranziehen von journalistischem Material ermöglicht in der Tat eine *histoire totale* oder zumindest *quasi-totale* im Sinne einer Sozialgeschichte, die sich des enormen Potenzials der Massenmedien bewusst ist. Sie ist gleichsam zu verorten zwischen einer „Geschichte von unten", welche die Reaktionen der Leser dokumentiert und ermahnend die Handlung von Machthabern inspiziert, *und* auch „Geschichte von oben", weil Medien durch ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen mit dem Establishment verbunden sind. Diese Ambivalenz stellt eine Herausforderung dar, die vermutlich generell die Forschung sämtlicher demokratischen Mediensysteme tangiert.

Die bundesrätliche Spanien-Politik war mehr als bloß wohlwollend, wenn man sich das Polizei-Abkommen beider Staaten im Jahre 1962 vor Augen hält oder etwa

2 Dürrenmatt, Wie frei ist die Presse? S. 230.

3 Holzkamp, Sinnliche Erkenntnis, S. 34.

das kurzfristig auferlegte Redeverbot, das über Santiago Carrillo und Dolores Ibárruri im Juni 1974 verhängt wurde, vergegenwärtigt. Unter diese Sichtweise fällt auch die Ausweisung von Annemarie Schwyter aus Spanien in demselben Jahr. Ihre Berichterstattung über die Diktatur, die entgegen der von Dürrenmatt gepredigten Neutralitätsmaxime eine deutlich regimekritische Berichterstattung lieferte,[1] dürfte auch der schweizerischen Landesregierung missfallen haben, die vor einer Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Franco-Spanien bangte. Eine gewisse Genugtuung über ihre Ausschaffung kann deshalb wohl nicht ausgeschlossen werden. In einem besonders kompromittierenden Licht erscheinen auch die Tolerierung franquistischer Propaganda und politischer Kontrolle spanischer Gastarbeiter und Vereine auf Schweizer Boden durch den spanischen Arbeitsattaché sowie umgekehrt das Verbot der brieflichen Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen nach dem Tode des Diktators, wobei bloß die Ausübung des demokratischen Wahlrechts der Spanier als eine Verletzung der Schweizer Souveränität angesehen wurde.

Zwischen der radikalen, unmissverständlichen und unnachgiebigen Ablehnung der Diktatur in linken und linksliberalen Kreisen und der feierlichen und unverblümten Apologie, die sich am äußersten rechten Rand von Politik und öffentlicher Meinung vollzog und sich am deutlichsten in der Person James Schwarzenbachs verkörperte, lassen sich Nuancen erkennen, die von einer Anbiederung im Zeichen von Pragmatismus und Opportunismus zeugen. In diesem Zusammenhang sind an erster Stelle die moralische Indifferenz der schweizerischen Wirtschaftsinteressen in Spanien und auch die eng damit verbundene, polemische Positionierung der Landesregierung zu nennen. Selbst die Rückberufung des Schweizer Botschafters als Reaktion auf die Erschießungen vom September 1975 zeigt, dass das humanitäre Engagement der Schweiz im Zeichen von Helsinki die symbolische Signifikanz einer Schweizer Orientierung im demokratischen Westeuropa kaum überschritt. Die kurze Vakanz der diplomatischen Vertretung und das Festhalten des Bundesrates am Waffenexport nach Spanien zeigen die opportunistische Kehrseite eines zu unrecht gefeierten Paradigmenwechsels in der schweizerischen Außenpolitik. In diese umstrittene Positionierung ist auch Pierre Grabers Handeln als Bundesrat und Sozialdemokrat zu verorten, der dem rechten Flügel der SP angehörte. Seine kontroversen Entscheidungen dürften durch die bevorstehenden Parlamentswahlen im Herbst 1975 bedingt gewesen sein. Doch inwieweit waren seine Schritte konform mit der Linie seiner Partei?

Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der geistigen Landesverteidigung wirkte sich wie eine Lobotomie auf die Partei aus. Dies zeigt sich auch im eher dürftigen antifranquistischen Engagement der SP, wobei allerdings die Frage zu stellen wäre, ob sich die damals jüngste Bundesratspartei inzwischen bürgerliche Manieren angeeignet hatte oder alte Ressentiments gegenüber abtrünnigen Genossen eine maßgebliche

1 Vgl. Dürrenmatt, Wie frei ist die Presse? S. 233.

Rolle spielten. Obwohl das Engagement gegen die spanische Diktatur eine breite Palette unterschiedlichster politischer Kräfte umfasste, stellte die Vormachtstellung der spanischen Kommunisten im antifranquistischen Kampf eine Hemmnis für eine energischere sozialdemokratische Beteiligung dar. Antifranquismus wurde also, stark vereinfacht formuliert, mit Kommunismus in Verbindung gebracht, wenn nicht sogar damit identifiziert. Aufgrund der Berührungsängste des SP-Vorstandes mit den spanischen oder französischen Kommunisten zogen es in den sechziger Jahren einzelne Exponenten wie Oprecht und Leuenberger vor, sich an einer aktiven antifranquistischen Solidarität nicht zu beteiligen. Gerade die Beteiligung von Ersterem am vom CIA finanzierten und gelenkten „Kongress für kulturelle Freiheit" stellt eine Erkenntnis dar, die vertieft werden sollte und die zu einem besseren Verständnis der europäischen Sozialdemokratie der Nachkriegszeit beitragen könnte.

In dieser Zeit beschränkte sich das schweizerische sozialdemokratische Engagement in Wirklichkeit auf die Aktivitäten einzelner Parteimitglieder wie Sandro Pedroli, Antonio Quadranti und Bruno Kammerer. Ob oder in welchem Maße ein Umdenken innerhalb der SP stattfand, lässt sich nur vermuten. Die parlamentarische Tätigkeit Mitte der siebziger Jahre – etwa die Vorstöße von Renschler und Riesen gegen die Waffenausfuhr – zeigen hingegen ein starkes humanitäres Interesse für die Einhaltung fundamentaler Rechte, das sehr wohl den Devisen dieser Schweizer Partei entsprach. Schwierig bleibt die Einordnung des Antrags zur Bildung eines Solidaritätsfonds zwecks Unterstützung der illegalen sozialistischen Parteien Spaniens, Griechenlands und Portugals, der anlässlich des Parteitages im Herbst 1972 zur Abstimmung gebracht und äußerst knapp angenommen wurde.

Eine weitere Ebene des Engagements stellten die Artikel und Kommentare in der Parteipresse dar, doch war diese besonders stark vom Zeitungsschwund betroffen und konnte zahlenmäßig nicht mit der Hegemonie der bürgerlichen Presse mithalten. Im Zusammenhang mit dem Burgos-Prozess lässt sich teilweise eine gewisse Zurückhaltung sprich eine Ablehnung des Radikalismus feststellen, die sich in der Kritik an tumultartigen Protesten, in den Aufrufen zu einer disziplinierten Verurteilung der Diktatur, in der bewussten Anprangerung von Todesurteilen, die dies- und jenseits des Eisernen Vorhanges ausgesprochen wurden, und in der Kritik an den Gewaltakten der baskischen Separatisten niederschlug. In dieser vorsichtigen Haltung spielte vermutlich die Selbstwahrnehmung der SP als Bundesratspartei sowie die Notwendigkeit, sich von linkeren Protestaufrufen und -phänomenen abzugrenzen, eine entscheidende Rolle.

Die Besetzung von Schlüsselpositionen in den Informationsressorts der SRG konnte allerdings die Schwäche ihrer Parteipresse etwas ausgleichen. Der verhältnismäßig starke Einfluss der Partei auf Radio und Fernsehen kompensierte also den Untergang der sozialdemokratischen Parteipresse und dämpfte die Vormachtstellung der bürgerlichen Presse in der Schweiz. In Bezug auf die Spanien-Berichterstattung

stellt man fest, dass sich die „Tagesschau“ in ihrem Sprachgebrauch an die Parteisemantik aber auch an die Rhetorik der 68er-Bewegung anlehnte, wie etwa die Verwendung von Begriffen wie „Faschismus“ oder „Antifaschist“ erkennen lässt. Insofern kann der „Tagesschau“ der frühen siebziger Jahre nur schwer eine nivellierende und keine „dem Common Sense einer gesellschaftlichen Mehrheit verpflichtet[e]“ Funktion zugeordnet werden.[2] Vielmehr zeigte das beliebteste Informationsformat eine Fortschrittlichkeit, die in der Schweizer Gesellschaft weniger dominant war und konservative Kreise in Rage brachte.

Unter der Leitung sozialdemokratischer Medienfachleute vollzogen die Informationsformate der SRG eine Entwicklung wie von „brav zu *brave*“, das heißt, von einer vorsichtigen, normenbewussten Haltung zu einem mutigen und kritischen Verhalten. Dies zeigt sich im ansatzweise aktiven Engagement der „Tagesschau“ jenseits der sterilen, nüchternen und äquidistanten Betrachterrolle des konformistischen Journalisten, wozu etwa noch die RSI-Sendung vom Jahre 1967 als gutes Beispiel dient, in welcher die guten Beziehungen beider Länder gepriesen wurden. In diese Entwicklung fallen auch die Interviews mit Regimeoppositionellen und angeblichen Terroristen, die in Fernsehbeiträge und Radiosendungen eingefügt wurden. Ebenso ist das Interview mit dem Genfer Rechtsanwalt Christian Grobet als Bestrebung zu deuten, dem Fernsehpublikum einen exhaustiven und transparenten Bericht zu liefern über einen Kriegsgerichtsfall, der einen jungen, ansonsten kaum beachteten Anarchisten betraf. Außerhalb der Monopolmedien sind die Interviews mit den Dissidenten Goytisolo und Arrabal oder mit dem Oppositionellen Tierno Galván als vergleichbare Beispiele zu nennen. Dieses Phänomen reiht sich in ein allgemeines, fortschrittliches, zum Teil unkonventionelles Journalismus-Verständnis ein, das in der Presse Vertreter von der Art Meienbergs, Frischknechts oder Tschänis kannte.

Die emotionale Berichterstattung beziehungsweise das Zurückgreifen auf makabre Details bei der Schilderung von Hinrichtungen, wie dies im September 1975 der Fall war, manifestiert auch eine audiovisuelle Anpassung des Fernsehjournalismus an den Boulevardstil in der Manier des „Blick“, wie sie von Romano beschrieben wurde. Es wäre dennoch falsch, dieser Art von Journalismus die politische Komponente abzusprechen; vielmehr sollte man darin einen Versuch sehen, die Öffentlichkeit mit anderen Mitteln politisch zu sensibilisieren, das heißt, als eine Praxis, die sich auch in den gedruckten Medien manifestierte. Entgegen dem Grundsatz einer bürgerlich gesinnten Publizistikwissenschaft, die eine bestimmte Orthodoxie und Hierarchie der Zeitungen lehrte und den Boulevardzeitungen die Dignität des Politischen absprach, vermochten Vertreter dieser Gattung wie der „Blick“, der „Sonntagsblick“, „La Suisse“ und die „Tribune – Le Matin“ ein breites Publikum von Lesern auf die

2 Hickethier, Europa und die Wirklichkeiten…, S. 162; vgl. Hickethier, Fernsehen, Rituale…, S. 48f.

Gewaltexzesse des spanischen Regimes und auf den schwierigen Weg der Demokratisierung aufmerksam zu machen. Dabei beriefen sie sich wie viele andere Zeitungen auch auf Beiträge ihrer Mitarbeiter im Ausland.

Gerade dieser Art von Journalisten wurde in der Spanien-Berichterstattung eine sehr wichtige Rolle zuteil. Die Korrespondenten, die für Schweizer Zeitungen schrieben, konnten mit Sicherheit, um die von Peter Dürrenmatt verwendete Dichotomie aufzugreifen, das *Pays réel* vom *Pays idéal* unterscheiden und unterstrichen in ihren Texten die unglaubliche Brutalität einer krepuskulären Diktatur. Nicht immer deckten sich der journalistische Stil und die Einstellung des Verfassers mit der politischen Ausrichtung der Zeitung. Während sich Arnold Hottingers akademische und distanzierte Berichterstattung optimal in Stil und Weltanschauung der FDP-nahen „Neuen Zürcher Zeitung" einschrieb und auch Annemarie Schwyters kritischer Tonfall in den „Drucksatz" des „Tages-Anzeiger" passte, stellt man im Falle Linde Herrmanns, die ähnlich wie Schwyter einen direkten und mutigen Stil pflegte, fest, dass der pointierte Charakter ihrer Texte in den ebenfalls FDP-nahen „Bund" und „St. Galler Tagblatt" einem Kuckucksei gleichkommt, hingegen dieselben in der linksliberalen „National-Zeitung" durchaus eine weltanschauliche Berechtigung finden.

Betrachtet man die Nationalität dieser Spanienkorrespondenten, so erkennt man, dass Schweizer Meinungsmacher sich nicht selten der Feder ausländischer Journalisten bedienten. Dies trifft nicht nur auf die geschriebene Presse zu, sondern auch auf die Radioberichterstattung. Während die Deutschen Herrmann und Deml regelmäßig für die „National-Zeitung", den „Bund", das „St. Galler Tagblatt" respektive das „Vaterland" berichteten und Michael Vermehren sporadisch für die „Weltwoche" schrieb, wurden im deutschsprachigen Radio die Urteile der Deutschen Haubrich, Herrmann und Sell und des Briten Wheeler ausgestrahlt. Südlich des Gotthards war der Italiener Ricciu ein häufiger Gast im RSI-Studio und seine Korrespondentenberichte bereicherten die Spalten der auflagenstärksten Tessiner Tageszeitung. Welsche Zeitungen griffen dafür auf die Dienstleistungen von Spaniern wie Ernesto García-Herrera oder Juan Pékmez zurück. Das Fernsehen war ebenfalls auf das audiovisuelle Material ausländischer Agenturen oder Fernsehkonzerne angewiesen. Die im Rahmen der „Rundschau" ausgestrahlten ZDF- und NDR-Reportagen sind ein gutes Beispiel dafür. Hier zeigt sich, dass der Schweizer Blick nach Spanien in Wirklichkeit ein Kaleidoskop zahlreicher europäischer Blicke war. Auch unter diesen Gesichtspunkten ist also ein transnationaler Charakter im schweizerischen Journalismus erkennbar.

Der Schweizer Journalismus vollzog am Beispiel der Spanien-Berichterstattung eine Selbstintegration in eine transnationale Öffentlichkeit durch die Teilnahme an einer kollektiven Identität (West-)Europas, die auf einem sozialdemokratischen, parlamentarischen Demokratie-Verständnis und der resoluten Ablehnung autoritärer

Herrschaftsformen und der Massenmorde in jüngster Vergangenheit fußte.[3] Während im übrigen Europa den Opfern von Genoziden und Verfolgungen gedacht wurde und die großen Traumata „an die Stelle des heroischen Triumphes“ traten,[4] wurde in Franco-Spanien an mehreren Feiertagen im Jahr vor allem der Sieg über die Republik gefeiert und bloß jener Opfern gedacht, die „für Gott und Vaterland“ gestorben waren.[5] Und während nördlich der Pyrenäen stets unschuldige staatliche Repräsentanten als Büßer für die Gräueltaten ihrer Nation auftraten, war es in Spanien der Täter selbst, der sich ohne jegliche Reue pompös in Szene setzte.

Die häufigen Vergleiche mit dem Salazar/Caetano-Regime und, etwas weniger häufig, mit der griechischen Militärjunta untermauern den autoritären Aspekt und das damit verbundene politische Pariadasein der spanischen Diktatur. Die Nelkenrevolution in Portugal und das Ende des hellenischen Obristenregimes im Jahre 1974 machten Francos Herrschaft zu einem noch auffälligeren und nicht mehr tragbaren Anachronismus der Nachkriegszeit. Wie sehr der Zweite Weltkrieg und der Holocaust auch in der Wahrnehmung des spanischen Regimes präsent waren,[6] lässt sich nicht bloß aus den zahlreichen Parolen, Slogans und Karikaturen über Spaniens *Caudillo* und seine Diktatur entnehmen, die an Protestkundgebungen skandiert wurden, an welchen letzterer als „Nazi“ verunglimpft und mit Hakenkreuzen dargestellt wurde, sondern auch an den Fernsehreportagen erkennen, die durch die explizite Erwähnung etwa der Guernica-Bombardierung durch die deutsche Legion Condor, des Treffens zwischen Franco und Hitler in Hendaye im Jahre 1940 oder des Einsatzes der Blauen Division eine klare Assoziation zwischen beiden Regimes suggerierten. In einem Europa, das aus den Trümmern des letzten Weltkrieges auferstanden war, rüttelten die Medien die europäische Öffentlichkeit wach und zeigten mit dem Finger mahnend in Richtung jenseits der Pyrenäen.[7]

Aus welchem Grund war es nötig, jene Vergangenheit zu evozieren? Wie dies in einem oben zitierten Brief vom Jahre 1961 des Schweizer Botschafters in Madrid Fumasoli an den Generalsekretär des EPD ersichtlich wird, hatte sich für Franco das Blatt zum Besseren gewendet, als in der westlichen Hemisphäre kurz nach der Niederlage der Achsenmächte der Kommunismus zum Weltfeind deklariert wurde.

3 Vgl. Giesen, Europäische Identität und transnationale Öffentlichkeit, S. 79–83.
4 Ebd., S. 80.
5 Vgl. Bernecker, Der Tod des spanischen Diktators, S. 173; Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 217–222; Cotarelo, Iconografía política del franquismo, S. 431–441.
6 Vgl. Nehring, Transnationale soziale Bewegungen, S. 145.
7 Daneben taucht in den Medien ein weiteres Europabild auf, das die Differenzen mit dem spanischen Regime ebenfalls betonte. Es geht dabei um das „Europa der Bürgerrechtsbewegung“, in welchem das Selbstbestimmungsrecht besonders deutlich als Grundsatz zutage tritt. Vgl. Giesen, Europäische Identität und transnationale Öffentlichkeit, S. 78f. Dieses Deutungsmuster kommt vor allem im Zusammenhang mit dem Burgos-Prozess vor.

Diese Tatsache ließ die westlichen Regierungen über das Fehlen grundlegender Rechte in Spanien hinwegsehen. Man drückte ein Auge zu und zuweilen auch beide. Das Regime unternahm seinerseits zahlreiche Schritte, um sich seines totalitären Rufes zu entledigen. Der Tourismus, der Export spanischer Arbeitskräfte und die Anziehung ausländischen Kapitals durch die Liberalisierung der Wirtschaft waren die drei Hauptwerkzeuge, die dies bewerkstelligen sollten. Von diesen drei Strategien war auch die Schweiz in starkem Masse betroffen. Allmählich verflüchtigte sich das alte Image von Spanien als Agrarland, und die Schweizer Firmen intensivierten ihre Investitionen auf der Halbinsel. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung hatte das Regime seine *redemptio* erreicht, dem das ausländische Großkapital die Absolution erteilt hatte.

Die Schweizer Medien nahmen hier zum Teil eine ikonoklastische Funktion wahr und operierten dabei auf einer dialektischen Ebene. So wurden die schweizerischen Reiseziele in Spanien mit den Orten der Repression, den Gefängnissen, der polizeilichen Gewalt und den Exekutionen in Verbindung gebracht. Die Ahnungslosigkeit mancher oberflächlicher, konsumorientierter, bornierter Touristen stellt die Antithese zu einem mündigen und zivilgesellschaftsbewussten *Citoyen* her und kündigt auch einen Habitus an, wonach selbst Alltagspraktiken wie Ferien zunehmend eine politische Konnotation erhielten. Nichtsdestotrotz stießen die Appelle linker Politiker weitgehend auf taube Ohren, sodass ein etwaiger Rückgang der Schweizer Spanienbesucher wohl eher mit wirtschaftlichen Kalkülen als mit dem Erwachen eines politischen Gewissens zu erklären ist.

Im Falle der spanischen Migration lässt sich in den Schweizer Medien ebenfalls eine kritische Einstellung feststellen, die darauf abzielte, die feierlichen Diskurse des Regimes oder des wirtschaftlichen Establishments infrage zu stellen und die schwierigen und miserablen Lebenszustände der Gastarbeiter zu beleuchten. In eine ähnliche Richtung argumentierte auch der oppositionelle Rechtsgelehrte Enrique Tierno Galván in der Radiosendung, die Wochen vor dem Tod des Diktators ausgestrahlt wurde, doch betonte er dabei vor allem die geistige Armut und die ungenügende Vorbereitung der spanischen Emigranten. In einem medienunabhängigen Bereich der spanischen Migrantengemeinschaft standen sich drei Akteure mit unterschiedlichen Zielen gegenüber. Spanische Untergrundorganisationen beabsichtigten in Zusammenarbeit mit den linken Gewerkschaften, die Gastarbeiter politisch zu schulen. Rechtsradikale Kreise versuchten unter dem Schlagwort der „Überfremdung" besonders politisch auffällige Immigranten anzuschwärzen. Die Fremdenpolizei agierte schließlich gegen diese beiden Akteure, indem sie die „Assimilation" als Voraussetzung für die Erteilung des Schweizer Bürgerrechts predigte. Nach Francos Tod und mit der Demokratisierung des Landes traten dann neue Probleme zutage. Durch die Verabschiedung der Verfassung, aber zum Teil auch schon vorher, mutierte das Bild des Gastarbeiters vom „Untertanen der Diktatur" zum Bürger, der aber seine nun

erlangten politischen Rechte in der Schweiz nicht gebrauchen durfte, weil der Bund die briefliche Stimmabgabe untersagte.

Weitaus gegenwärtiger war das Thema der spanischen Wirtschaft. Die ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern waren ein Gegenstand, der in vielen Zeitungen behandelt wurde. Allerdings geschah dies nur selten kritisch, und wenn, am deutlichsten durch linke Blätter. Fernsehbeiträge diffundierten ein rückständiges Bild Spaniens, in welchem der durchschnittliche Arbeiter zu einem überdurchschnittlichen Einsatz in Form von Vielbeschäftigung verdammt sei. Bei aller staatlichen Förderung der Industrie und Liberalisierung des Handels hätten auf dem Land rudimentärste Arbeitsmethoden und soziale Strukturen überlebt, die an Kazikismus und feudale Herrschaft erinnerten.

Die von Botschafter Fumasoli Anfang der sechziger Jahre erkannte kritische Einstellung der Schweizer Medien gegenüber dem Regime bedarf jedoch selber einer kritischen Betrachtung. Was auf den ersten Blick als eine einhellige Verurteilung des Regimes erscheint, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als eine durchaus heterogene Palette von Meinungen, Einstellungen und Wertvorstellungen, die nicht frei von Interessen war. Die Schweizer Medien waren genauso wie jede andere gesellschaftliche Entität durch den Dualismus des Kalten Krieges beeinflusst. So stellt man fest, dass bürgerliche Zeitungen zwar die Diktatur als undemokratischen Staat ohne Gesinnungs-, Meinungsäußerungs-, Religions- und Pressefreiheit anprangerten, aber durchaus bereit waren, positive Errungenschaften, also die „guten Dinge" der Diktatur zu preisen. Im Vergleich zu den kommunistischen Diktaturen Osteuropas galt Francos Regime ohnehin – wenn überhaupt – als das kleinere Übel. Die „Neue Zürcher Zeitung", älteste und renommierteste Zeitung der Schweiz und Hoforgan der FDP, gehörte zu jenen Blättern, die dem Regime die langjährige Stabilität und den wirtschaftlichen Aufschwung hoch anrechneten. Obschon auch Hottinger in seinen Beiträgen die staatsterroristische Grausamkeit des Regimes anführte, tat er dies aus einer wohlkalkulierten Distanz und mit sachlicher Zurückhaltung. Während Schwyter im Frühjahr 1974 die Folgen ihres kritischen Journalismus tragen musste, bewahrte Hottinger auch weiterhin einen vorsichtigen Ton und eine äquidistante Einstellung zwischen Regime und Opposition.[8] Maissen präsentiert die „Neue Zürcher Zeitung" als Meinungsmacher, der den Demokratisierungsprozess in Spanien mit Wohlwollen begrüßte. Durch die Erwähnung jener Ausgabe, die im August 1967 durch die spanischen Behörden beschlagnahmt wurde, wird allerdings der falsche Eindruck einer kritischen Einstellung in Bezug auf das Regime vermittelt.[9] Luchsingers vehemente Kritik an der Zurückbeorderung des Schweizer Botschafters

8 Maissen erwähnt die Ausweisung im Jahre 1968 der NZZ-Korrespondentin Eva Goetz aus Griechenland. Vgl. Maissen, Die Geschichte der NZZ, S. 206.

9 Vgl. ebd., S. 207.

Ende September 1975 dürfte diesen Eindruck widerlegen. Erstaunlich ist ferner, dass noch 1977, anlässlich der ersten freien Parlamentswahlen nach dem Ableben Francos, der angebliche Friede und die Prosperität, die unter der Diktatur herrschten, gewürdigt wurden. Die zaghafte Kritik, die diese Zeitung übte, darf aber keineswegs als Folge einer überzeugten profranquistischen Einstellung gedeutet werden, sondern als ein Zeichen von Pragmatismus, der darauf abzielte, wirtschaftliche Prioritäten in Schutz zu nehmen. Ihre Nähe zur FDP, das heißt, zu jener Partei, die man am häufigsten als „Wirtschaftspartei" bezeichnet,[10] erklärt auch ihre Einstellung zu den Ereignissen und Entwicklungen in Spanien.

Besondere Erwähnung verdient auch die Erinnerung an den Spanischen Bürgerkrieg, auf den häufig verwiesen wurde. Der Hinweis auf den Krieg genügte allerdings nicht immer der Absicht, das Regime anzuschwärzen. Ein gutes Beispiel dafür liefert „Vaterland"-Redakteur Otto Schmid, der von einem notwendigen Durchgreifen des Generals gegen den Vormarsch des Kommunismus in Spanien sprach und somit den Putsch gegen die Republik rechtfertigte. Dies war eine Interpretation, die sich mit jener der offiziellen Regimepropaganda deckte. Der Bürgerkrieg war aber auch in der Rhetorik der RML stark präsent, die in ihrer heroischen Verherrlichung der revolutionären Linken diesen als eine Inspiration für den aktuellen Kampf gegen die Diktatur und die *bourgeoise* Monarchie verstand. Einen ähnlich heroischen Platz nahm der Konflikt auch in James Schwarzenbachs Memoiren ein, obschon seine Unterstützung *notabene* des aufständischen Lagers eine bloß moralische war, während echte republikfreundliche Schweizer Spanienveteranen Sandro Pedroli dazu animierten, das Spanien-Komitees zu gründen. Für die „Tagesschau" und andere Fernsehinformationsformate war der Bürgerkrieg in seiner erbarmungslosen und neuartigen Brutalität die Genese der langjährigen Diktatur. Schwarz-Weiß-Sequenzen zu Bombardierungen, Erschießungen, Zivilistenleichen und Siegesparaden fehlten in keinem historischen Überblick über das Regime. Indem eine Analogie zwischen den dreißiger Jahren und der Situation um Francos Tod behauptet wurde, stellte sich die Spanien-Berichterstattung gleichsam unter ein Menetekel, das es unbedingt zu verhindern gelte.

Ein ebenso historischer Aspekt, auf den immer wieder Bezug genommen wurde, war der oft zitierte Widerstand Francos gegen Hitlers Forderung nach einer spanischen Beteiligung am Zweiten Weltkrieg, der in der Berichterstattung über das Regime und in den Nachrufen des *Generalísimo* zwei entgegengesetzte Deutungen hervorrief. Während Kritiker Franco als Handlanger und Kollaborateur Hitlers präsentierten, dem ersterer den Sieg im Bürgerkrieg zu verdanken hatte, war Apologeten des Regimes die spanische Nichtbeteiligung am Weltkrieg ein Zeichen für Francos staatsmännisch-diplomatisches Können. Auffallend ist hier, dass die Kommentare im „Vaterland" keineswegs die angesagte Öffnung der Zeitung weg vom konservativen

10 Vgl. Meier, Der schweizerische Freisinn, S. 110f.

Image reflektieren. Ganz anders verhielt es sich mit deren Freiburger Schwesterzeitung „La Liberté", die unter Chefredakteur François Gross einen deutlichen Kurswechsel erlebte. Gross selbst nahm in seinen Kommentaren über die Diktatur kein Blatt vor den Mund, indem er nicht bloß gegen das Regime wetterte, sondern auch dessen Schweizer Bewunderer miteinbezog. Unter den welschen Zeitungen war das rechtsliberale „Journal de Genève" die Zeitung, die eine vergleichsweise wohlwollende Position in Bezug auf die spanische Diktatur pflegte. Claude Monniers Beiträge reihen sich deshalb in diese Perspektive ein.

Diese gefällige Einstellung bedeutet aber keineswegs, dass obige Zeitungen nicht auch in der Lage gewesen wären, unmissverständliche Kritik zu üben. Bei der Wahrnehmung von Militärstrafprozessen, Todesurteilen und Exekutionen war der Protest gegen das Regime einhellig, das heißt, keine der oben genannten Zeitungen billigte die Justizfarcen der Diktatur und die daraus folgenden Hinrichtungen. Der Burgos-Prozess von 1970 zeigt dieses einstimmige Verhalten, doch sollte sich bei den späteren Todesurteilen von 1974 und 1975 ein *Crescendo* der Unstimmigkeit abzeichnen. Der wichtige Unterschied zwischen diesen sporadisch-kritischen Blättern und jenen, die andauernd das Regime aufs Korn nahmen, zeigt sich an der Schnelligkeit, mit welcher es wieder in Gnade aufgenommen wurde. Ferner übten erstgenannte Zeitungen eher einen nur situationsbedingten Tadel als eine radikale, scharfe und kompromisslose Anprangerung der Diktatur. Und wenn man dafür die Bezeichnung „Kritik" verwenden möchte, dann hatte diese einen durchaus konstruktiven Charakter. Mit anderen Worten lag hier keine Ablehnung der Diktatur als Ganzes zugrunde, sondern es handelte sich um bloße Hinweise auf gelegentliche Fauxpas.

Ein weiterer Trennstrich soll nun in Bezug auf die Zeitungen am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums gezogen werden. „Der Republikaner", Schwarzenbachs Sprachrohr mit tiefer Erscheinungshäufigkeit und ebenso tiefer Auflage, bekundete immer wieder seine Solidarität mit dem Franco-Regime. Schon anlässlich der Erschießung Grimaus im Jahre 1963 ließ er seine Befürwortung der Todesstrafe klar durchblicken. Im Herbst 1975 zeichnete sich eine ähnliche Situation ab. Schwarzenbach druckte etliche Leserbriefe ab, die diese Meinung teilten und die Proteste gegen die Erschießungen als einseitig und politisch motiviert diskreditierten. Das katholisch-integristische „Abendland" zeigte diesbezüglich ein vergleichbares Verhalten. Etwas schwieriger steht es mit dem NA-Blatt „Volk und Heimat", das kurz nach dem Burgos-Prozess immer wieder die spanische Diktatur am Rande erwähnte und bagatellisierte. Überraschend ist hingegen die ausgewogene Verurteilung von Todesurteilen dies- und jenseits des Eisernen Vorhanges, die in der Dezemberausgabe von 1975 abgedruckt wurde.

Unter jenen Zeitungen, die der Diktatur eine gleichbleibend kritische Ablehnung zeigten, verdienen vielleicht die parteiungebundenen Meinungsmacher eine besondere Erwähnung. Der „Corriere del Ticino" mit den Kommentaren von Gaddo Melani sticht besonders hervor. Mitten im medialen Disput um die Rückkehr des Schweizer

Botschafters nach Bern und um die vermeintliche Einseitigkeit der antifranquistischen Protestkundgebungen interpretierte er die von bürgerlicher Seite kommenden Vorwürfe als unzweifelhaftes Toleranzbekenntnis gegenüber faschistischen Regimes, die ja als tüchtige Partner im Kampf gegen den Kommunismus angesehen würden, und widerlegte somit die demokratischen und neutralitätsbezogenen Begründungen derartiger Voten.

Gerade die Krise des Regimes im Anschluss an die Erschießungen erhob den medialen Konflikt um die Diktatur auf eine Metaebene. Mit anderen Worten ging es dabei längst nicht mehr nur um die Straßenproteste oder um die Zeitungsartikel gegen Franco, die angeblich kommunistischen Zielen dienten, sondern die Kritik operierte auf der Ebene der audiovisuellen Berichterstattung und kreidete den Medienfachleuten der SRG Unausgewogenheit an, wonach die hingerichteten „Terroristen" etwa als „Märtyrer" präsentiert worden wären. Solche Publikumsäußerungen dürften die Stimmung in der Diskussion um die gesellschaftspolitische Rolle der Monopolmedien in der Schweiz zusätzlich aufgeheizt haben. Man erkennt hier also einen Streit um die Konnotation von bestimmten Wörtern.

Auch die „National-Zeitung" gehörte zu derselben Sparte von Zeitungen, die eine dauerhafte regimefeindliche Einstellung hatten, obschon sie auch Leserbriefe abdruckten, die das antifranquistische Engagement schärfstens kritisierten. Betrachtet man die Verwendung des Terminus „faschistisch", so stellt man fest, dass er in Korrespondentenberichten so gut wie nie auftaucht. Eine Ausnahme bilden Linde Herrmann („National-Zeitung") und Fritz René Allemann („Die Tat") – beide im Zusammenhang mit dem Burgos-Prozess von 1970 – die aber das Attribut nicht direkt auf das Regime beziehen, sondern von einem „faschistischen Stil" respektive vom „Faschistengruss" sprechen. Grund für diese Zurückhaltung ist vermutlich die schwierige Stellung der Auslandskorrespondenten in Spanien, die ebenfalls mit Sanktionen konfrontiert werden konnten. Weitaus häufiger ist diese Taxonomie in den Texten, die im Inland produziert wurden. Während aber die starke Präsenz und die eindeutige Verwendung in sozialdemokratischen oder kommunistischen Blättern keineswegs überrascht, so stellt man fest, dass selbst die durchaus als bürgerlich einstufbare „Weltwoche" durch die Feder ihres Chefredakteurs Hans O. Staub das Regime mehrmals „faschistisch" nannte.

Wie bereits gezeigt, war der Begriff Gegenstand einer terminologischen Querele. Bürgerliche Kreise bemängelten die Angemessenheit des Begriffs für die Bezeichnung der iberischen Diktaturen und Schweizer Historiker warnten vor dessen inflationärem Gebrauch. Dass die Wissenschaft im Kalten Krieg ohnehin ein deutlich politisches Kolorit aufwies, zeigen auch die Thesen des freisinnigen Publizistikprofessors Padrutt im Zusammenhang mit dem „Zeitungssterben" und die mit einem publizistikwissenschaftlichen Mantel versehene SFRV-Schrift über die vermeintlich unobjektive Berichterstattung der „Tagesschau" zur portugiesischen Revolution.

Dennoch muss in Erinnerung gerufen werden, dass in der neulinken Rhetorik der sechziger und siebziger Jahre der Faschismusvorwurf ein gängiges Argument war, das in propagandistischer Manier eine totale Dämonisierung eines Staates oder einer Regierung bezweckte. In Bezug auf das Franco-Regime hatte der linke Faschismus-Vorwurf mehrere Wurzeln, die bis in die Bürgerkriegszeit zurückreichten. Francos Staat sei faschistisch gewesen, weil er seine Existenz der Unterstützung durch Hitler und Mussolini im Bürgerkrieg verdankt hatte, weil er sich in der Frühphase nach dem Bürgerkrieg eine faschistische Symbolik zugelegt hatte, und er erfüllte den Faschismus-Vorwurf, weil er eine autoritäre und antikommunistische Diktatur gewesen war, zwei notwendige – aber bei Weitem nicht hinreichende – Bedingungen, die immerhin im populären kollektiven Gedächtnis von 1968 als identitätsstiftend galten.

Obschon in diesem linken Diskurs die Emotionalität die Sachlichkeit übertrifft, scheint die Dynamik der Querele ganz klar. Bürgerliche Voten beabsichtigten durch die Negation des Faschismus eine Verteidigung der Salonfähigkeit und eine Besserstellung der Franco-Diktatur im Vergleich zu den sozialistischen Diktaturen. Auf diese Weise konnte man zudem mit vermeintlich guten Argumenten leugnen, dass die Schweiz Beziehungen zu einem faschistischen Regime pflegte. Im Gegensatz dazu zielte der provokative Diskurs von links darauf ab, ebendiese Verteidigung zunichte zu machen und den menschenverachtenden Charakter des spanischen Staates auf eine zugespitzte Art und Weise anzuprangern. Der Faschismusvorwurf behält hier eine gewisse Legitimität, wenn man weniger die eigentliche Aussage als vielmehr die provokativen Absichten der Protestbewegung erwägt.

Typisch für das Vokabular des Kalten Krieges ist die Wahl der Metaphern, die in der Spanien-Berichterstattung zum Zuge kommen. Hier lässt sich feststellen, dass sich die Metaphern häufig am semantischen Feld der Krankheit orientieren, doch erlaubt deren Analyse auch keine spektakulären Schlüsse. Vielmehr bestätigt sich hier Ecos Postulat von der Schwierigkeit einer metaphorischen Neuprägung.[11]

Die Verwendung des Adjektivs „faschistisch" hörte keineswegs mit dem Tod des Diktators auf, sondern erfreute sich sogar einer gewissen Renaissance. Interessant ist hier zu betonen, dass das Attribut auch in jenen Zeitungen erscheint, die es zu Francos Lebzeiten kaum bis gar nicht verwendet hatten, wie zum Beispiel im „Vaterland". „Faschistisch", das waren auf einmal auch gewisse Gruppierungen am rechten Rande einer Palette von Parteien, die nun ins Leben gerufen worden waren, wie zum Beispiel *Fuerza Nueva*. „Faschistisch", das war schließlich auch

11 Eco, Die Grenzen der Interpretation, S. 191, Hervorhebung im Original: „Es ist schwierig, eine neue Metapher zu erfinden, wenn man dabei von bekannten Regeln ausgeht, und jeder Versuch, die Regeln vorzuschreiben, um damit eine *in vitro* zu erzeugen, wird zu einer toten oder äusserst banalen Metapher führen."

eine unsichtbare rezidive Gefahr in der Armee und in der Bürokratie, die sich nicht mit der jungen Demokratie abfinden konnte und immer noch dem alten Regime nachtrauerte.

Im Gegenzug etablierte sich die Verwendung von „Demokratie". Nicht mehr die „organische", die der Diktator 1966 in einer Mischung aus Zynismus und Pragmatismus durch ein Referendum *sui generis* begründet hatte, sondern eine „junge", „hoffnungsvolle" und manchmal auch „fragile" Demokratie. Dem König wurde dabei ein starker Protagonismus in der Genese des neuen Staates zugeschrieben. Sein Image hatte bis zu jenem Zeitpunkt einen radikalen Wandel durchgemacht. Als der junge Prinz im Juli 1969 zum Nachfolger des Diktators designiert wurde, galt er weitgehend als Unbekannter oder als Zögling Francos, der eines Tages das Regime weiterführen sollte. Die Sympathien mancher Schweizer Zeitungen galten deshalb eher Juan Carlos' Vater, Juan de Borbón, den man als Vertreter einer liberalen und demokratischen Monarchie ansah und als rechtmäßigen Thronprätendenten betrachtete. Dieses Bild änderte sich selbst in den darauffolgenden Jahren kaum, in denen das Prinzenpaar Spanien bereiste, um sich dem Volk zu präsentieren. Selbst der Bezug des jungen Aristokraten zur Schweiz machte ihn in der schweizerischen öffentlichen Meinung nicht beliebter. Noch in den letzten Wochen vor Francos Tod hegte man große Zweifel an den demokratisierenden Absichten des Prinzen von Spanien. Sein Schweigen während der Krise, welche die jüngsten Erschießungen hervorgerufen hatte, ließ das Szenario einer Fortführung der Diktatur befürchten und die Träume eines freien Spanien obsolet erscheinen. Doch bereits ein Jahr nach Francos Ableben, anlässlich des Referendums, das dem gesetzlichen Abbau des diktatorischen Staatsgerüsts den Weg frei machen sollte, stellt man fest, dass die Schweizer Medien das Tandem, bestehend aus König Juan Carlos I. und Ministerpräsident Adolfo Suárez, als vielversprechend ansahen. Dennoch blieb eine gewisse Restskepsis vorhanden, was der Vergleich dieses Referendums mit jenen unter der Diktatur beweist.

Die weiteren Ereignisse sollten das positive Bild des Königs fortschreitend festigen. Allgemein glätteten sich die Wogen bei der Schweizer Spanien-Berichterstattung im Vergleich zu den letzten Jahren des Regimes deutlich. In dieser Zeit ist der Wunsch nach einer möglichst baldigen Überwindung der Diktatur und Konsolidierung der Demokratie deutlich spürbar. Als am Ostersamstag des Jahres 1977 die PCE in die Familie der zugelassenen Parteien Spaniens aufgenommen wurde, zeichneten sich in den Schweizer Zeitungen unterschiedliche Reaktionen ab. Die „Neue Zürcher Zeitung" begegnete diesem Schritt mit Misstrauen und sah darin das Risiko einer Polarisierung der Parteien. Doch selbst linksliberale Blätter wie der „Tages-Anzeiger" spürten das Bedürfnis, die Leserschaft zu „beruhigen", indem er sie auf die potenziell schwache Wählerschaft der PCE hinwiesen. Diese Argumente deuteten die Parteizulassung als mutigen Schritt zu einer Vervollkommnung der Demokratie in Spanien.

Auch bei der Beurteilung des ehemaligen Franco-Ministers Manuel Fraga Iribarne als Franquisten und Nostalgiker der Diktatur mit demokratischen Zugeständnissen scheint sich eine dominante Meinung abgezeichnet zu haben. Sein autoritärer Stil und seine Beziehungen zur Lokaladministration in den Provinzen, die noch lange Zeit in den Händen franquistischer Bürokraten blieb, machten ihn zu einem unmöglichen Grobian. Dennoch schätzte Hottinger eine mögliche Kooperation zwischen Fragas AP und der erstmals gewählten Regierung Suárez' als notwendig ein.

Weitgehend *unisono* ist auch die journalistische Ode an die Verfassung von 1978, was die breite Akzeptanz der Institution der Monarchie und den Verzicht auf republikanische Forderungen verständlich macht. Die Annahme der Verfassung bedeute dementsprechend nicht nur die endgültige Beisetzung der Diktatur und die Aufnahme in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien, sondern auch das Ende des republikanischen Traums. Dies zeigt sich in den Vergleichen der Verfassung von 1978 mit der republikanischen von 1931, bei der man den radikalen Antiklerikalismus anprangerte. Monnier („Journal de Genève") und Lang („Der Bund") betonten deren angeblich totalitären Züge im Vergleich zu den Grundgesetzen der Diktatur, was einer klaren Verfälschung und Negation des fortschrittlichen Charakters des grundlegenden Rechtsdokuments von 1931 gleichkommt. In der öffentlichen Meinung des republikanischen Staates Schweiz hatte die spanische Monarchie die Gunst erworben und wurde als die einzige Staatsform betrachtet, welche als Garantin der Stabilität und der weiteren Konsolidierung der Demokratie fungieren konnte. Schon 1977 anlässlich der ersten Parlamentswahlen wurden in den journalistischen Texten Erinnerungen an diejenigen von 1936 wachgerüttelt und dienten als Schreckensszenarien und Mahnmale für eine Radikalisierung des politischen Panoramas. Weniger diskrepant scheint hingegen die Akzeptanz der Monarchie vor dem Hintergrund des Eintrachtscharakters der Verfassung, der in der Schweizer Konkordanzdemokratie mit besonderem Enthusiasmus wahrgenommen wurde. Ein gewisser journalistischer persuasiver Pragmatismus lässt sich also für diese Zeit nicht von der Hand weisen.

Die Beliebtheit der spanischen Monarchie in den Augen der Schweizer öffentlichen Meinung kam anlässlich des Staatsbesuches von 1979 besonders deutlich zum Vorschein. Mit wenigen Ausnahmen zeigten die Schweizer Zeitungen, aber auch das Schweizer Fernsehen und das Radio die Entwicklung Juan Carlos I. von einer Art „Mann ohne Eigenschaften" zu einem wahrhaften *roi-citoyen*. Durch sein resolutes Verhalten während des Putschversuchs – ein traumatisches Kapitel, das den Schweizer Medien die Fragilität der spanischen Demokratie vor Augen führte – vermochte der König, die Monarchie, die er verkörperte, erst recht vor der Weltöffentlichkeit zu legitimieren. Die starke Präsenz von Persönlichkeiten aus dem Franquismus in der Armee, den Polizeikräften und der staatlichen Administration war gleichwohl ein Missstand, den die Zeitungen einmütig verurteilten und zu dessen Behebung sie vehement aufriefen.

Der Niedergang der Zentrumspartei(en), also der regierenden Kraft, die den paktierten Übergang von der Diktatur zur Demokratie geleitet hatte, hinterließ ein politisches Vakuum, wovon vor allem die PSOE, aber auch die AP profitierte. Erstere hatte sich unter der Führung des jugendlichen González zu einer liberalen Partei gewandelt und deshalb Teile der ehemaligen Zentrumswählerschaft erobert. Der Sevillaner hatte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre Enrique Tierno Galván als wichtige Bezugsperson innerhalb der spanischen Opposition ersetzt. Und entsprechend hatte auch die PSOE die deutlich linkere PSP von ihrem Sockel gestoßen, ja sogar „phagozytiert". Da González' Partei auf ihren linken Charakter weitgehend verzichtet hatte, war die Akzeptanz durch die Schweizer Medien ebenfalls breit angelegt. Während bürgerliche Zeitungen offenbar nichts gegen den Sieg einer weitgehend entideologisierten PSOE hatten, die bloß ein einziges Unternehmen zu verstaatlichen beabsichtige, zeigt sich auch die sozialdemokratische „Berner Tagwacht" entzückt über den Triumph einer auf pragmatische Weise reformierten Partei. Der Wunsch nach einem radikalen Wechsel in Spaniens Politik, der mit Fragas Wahl höchstwahrscheinlich so nicht zustande gekommen oder nicht als solcher verstanden worden wäre, kommt hier deutlich als zugrunde liegende Einstellung der Schweizer Medien zum Vorschein.

Unter diesem Gesichtspunkt kann der Übergang zur Demokratie in Spanien auch als Wandel von einer weitgehend salonfähigen Diktatur zur absoluten Mehrheit einer ebenfalls salonfähig gewordenen, nicht „mehr so stark sozialistisch" geprägten Partei beschrieben werden. Der paktierte Übergang vom Autoritarismus zur parlamentarischen Monarchie lässt sich als Sieg des *Juste-Milieu* lesen – wenn man erneut einen Begriff der Julimonarchie verwenden will.[12] Diese „Beibehaltung des Mittelmasses"[13] widerspiegelt sich sowohl im Erfolg von Personen, die sich zur politischen Mäßigung bekennen (König Juan Carlos, Adolfo Suárez, Felipe González) als auch in Verfassung und Staatsform, die sowohl gegenüber dem franquistischen Staatsapparat als auch gegenüber der vermeintlich linksradikalen Republik auf Distanz gehen.

Die weitgehende Einstimmigkeit der Schweizer Medien bei der Beurteilung des Demokratisierungsprozesses und bei der Würdigung von König und Ministerpräsident zeigt gleichermaßen den Verzicht auf eine gröbere Infragestellung des „Fahrplans" und beschränkt sich auf eine Denkzettelsetzung in Bezug auf die wirtschaftlichen und politischen Probleme Spaniens. Hier tritt eine spürbare Symmetrie zwischen der spanischen und der schweizerischen Öffentlichkeit zutage, zumal in beiden Fällen die parlamentarische Monarchie weitgehend akzeptiert wurde und nostalgisch-republikanische Voten nur am linken Rande der Gesellschaft laut wurden. Die Demokratisierung und Europäisierung Spaniens wurden nahezu zu Synonymen, die den

12 Der Begriff taucht bereits im Zusammenhang mit der ersten Regierung nach Francos Tod. Vgl. Fuentes Aragonés, „Lo que los españoles llaman *transición*", S. 138.

13 Vgl. Koller, Juste-Milieu.

Grundtenor journalistischer Spanien-Wahrnehmung prägten, der wiederum dem Demokratisierungsprozess eine zusätzliche, transnationale Legitimation verlieh. Aus dem randständigen Pariadasein Spaniens, also eines Landes, das in politischer und geografischer Hinsicht zur europäischen Peripherie gehörte,[14] sollte es geistig und institutionell zu einem gleichbürtigen europäischen Staate heranwachsen. Gleichzeitig kann hier nicht von einem gewissen journalistischen Konformismus abgesehen werden, den man als Folge der spanischen Entzauberung zu sehen hätte, die sich auch in der Schweizer Berichterstattung breitmachte.

Die Schweizer Beschäftigung mit dem Regime, die sich unter anderem auf einer medialen, politischen und wirtschaftlichen Ebene artikulierte, offenbart eine umstrittene Anwendung und Auslegung des schweizerischen Neutralitätsbegriffs, der eine ausführliche historische Behandlung verdient. Gerade die Voten gegen die Rückberufung des Schweizer Diplomaten und für die Beibehaltung der Waffenexporte nach Spanien oder die Ermahnung zur Neutralität bei den Schweizer Journalisten schreiben sich in eine dogmatische und zum Teil nicht minder opportunistische Interpretation der Schweizer Außenpolitik ein, die in der bürgerlichen Elite des Landes dominant war.[15] Hier kommt ein Antagonismus zwischen einer außenpolitischen Maxime ans Licht, die durch das Primat der Wirtschaft gegenüber humanitären Grundeinstellungen ohnehin ihre Gültigkeit verloren hatte, und der Freiheit des Journalisten, der vor dem Hintergrund der emanzipatorischen Entwicklung der Schweizer Medien keine Berechtigung mehr hatte. Die „unbequeme" Rolle der Medien verdeutlicht sich an den Beispielen jener „Denunziation" von Schwyters kontraproduktiver Berichterstattung durch einen Auslandschweizer, der Befürchtungen um unangenehme Fragen in der Pressekonferenz des spanischen Industrieministers und der Ermahnung von Bundesrat Graber, jegliche Fragen zu Schweizer Waffenlieferungen an Spanien in einem Fernsehinterview zu unterlassen.

Die Schweizer Auseinandersetzung mit Spanien war auf beiden Seiten des politischen Spektrums mit starker Emotionalität verbunden. Sie brachte Ängste und Probleme in der Schweizer Gesellschaft zum Vorschein: zum Beispiel die Stellung der Schweiz *in* Europa und *zum* demokratischen Westen oder die gesellschaftliche Einstellung zum Terrorismus und zur Todesstrafe. Sie brachte nicht nur Politiker, Diplomaten, Journalisten und Intellektuelle dazu, sich darüber zu äußern, sondern auch den gemeinen Zeitungsleser.

„Faschismus geht auch uns etwas an",[16] so ein Spruchband in einem Zürcher Demonstrationsumzug gegen den Militärprozess von 1970, behält also eine Gültigkeit,

14 Vgl. Requate/Schulze Wessel, Europäische Öffentlichkeit, S. 16.

15 Vgl. Kreis, Die Neutralität, S. 40.

16 Der Spruch ist insofern interessant, zumal er als Antithese zum Slogan des italienischen Faschismus „me ne frego", zu Deutsch „ich pfeife drauf", verstanden werden kann.

die jene linken Kreise übertrifft, die ihre Solidarität mit dem unterdrückten Spanien manifestierten. Die vielfachen Verflechtungen auf unterschiedlichen Ebenen, wobei wirtschaftliche Interessen und weltanschauliche Affinität kaum voneinander zu trennen waren, zeigen deutlich, dass die Schweiz der spanischen Diktatur gegenüber nicht neutral bleiben konnte. In jedem Fall: die Diktatur ging die Schweiz etwas an, zum Guten oder zum Schlechten.

Spanische Ereignisse vermochten durch ihre Übermittlung an ein Publikum von Lesern, Zuhörern und Zuschauern in der Schweiz wahrgenommen zu werden. Briefliche Stellungnahmen an die Adressen von Zeitungsredaktionen oder Leserbriefe, die eine vermeintlich einseitige Berichterstattung in gewissen Medien anprangerten sowie Mobilisierungen auf der Straße im Zeichen antifranquistischer Solidarität, die zum Teil auch ein nicht zu unterschätzendes Gewaltpotenzial innehatten, zeigen, dass die Wahrnehmung selbst eine aktive und performative Dimension oder Weiterentwicklung hatte. Dies wird am Beispiel des Schicksalsjahrs 1975 besonders ersichtlich, wie zunächst die Septembererschießungen und der darauffolgende Rückruf des Schweizer Diplomaten zeigen

Die in der Einleitung angesprochenen staatsformbedingten Asymmetrien zwischen Franco-Spanien und der Nachkriegsschweiz bedürfen an dieser Stelle einer längst hinfälligen Reflexion. Als Prämisse soll auf den bereits zitierten Essay von Edward Malefakis zurückgegriffen werden, in welchem gegen eine scharfe Trennung von „Diktatur" und „Demokratie" im Falle der osteuropäischen Staaten der Zwischenkriegszeit plädiert wird, um vielmehr von zwei Phasen eines einzigen Kontinuums zu sprechen,[17] doch soll erst weiter unten auf diesen Punkt zurückgekommen werden. Auf der Ebene der staatsstiftenden Semantik stellt man eine Affinität fest, die sich in der Gegenüberstellung vom Spruch *Spain is different* mit dem schweizerischen gemeinschaftsideologischen Sonderfall-Diskurs verdeutlicht. Hinter dem spanischen tourismusfördernden Slogan steckte in der Tat eine ideologische Positionierung schlechthin. Als antikommunistischer Staat war er *anders* als die Oststaaten, als autoritäres Regime *anders* als die westlichen Demokratien. Nicht nur die Annäherung beider Länder durch den gemeinsamen Nenner des Antikommunismus und durch die Intoleranz gegenüber Kritik am Establishment, die sich in der Schweiz am Beispiel der regen Überwachungsaktivität in Bezug auf vermeintlich subversive Elemente oder im höchst umstrittenen Zivilverteidigungsbuch manifestierte, oder die Ausländerfeindlichkeit, die in der Schweiz unter dem Schlagwort der Überfremdung lange Zeit dominierte und in Spanien punktuell bei ausländischen Protesten gegen Menschenrechtsverletzungen ein wiederkehrendes Thema offizieller Regierungsdiskurse war, zeigen einen ideologischen Schulterschluss beider Staaten. Die exklusionistische Rhetorik mit den dämonisierten, entbürgerten Kommunisten, deren

17 Vgl. Malefakis, La dictadura de Franco…, S. 24f.

angeblich landesverräterischen, umstürzlerischen Absichten, der „Fünften Kolonne“ und der damit verbundenen Aufrüstung gegen den „inneren Feind“ suggerieren eine weltanschauliche Seelenverwandtschaft der Schweiz mit dem autoritären Spanien, die sich eher typisch für ein vom Bürgerkrieg verwüstetes Land verhält. Es lassen sich letzten Endes unter diesem Blickwinkel gewisse Analogien zwischen der Schweiz der geistigen Landesverteidigung der Nachkriegszeit und dem griechischen Staat am Vorabend der Machtübernahme durch die Militärjunta erkennen.[18]

Technokratische Experimente ab den sechziger Jahren andererseits waren nicht nur dies- und jenseits der Pyrenäen, sondern auch auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs eine ideologieübergreifende Wirklichkeit im Zeichen von Fortschritt, Zukunft und Stabilität. Eine vergleichende Studie zur Schweizer und spanischen Propaganda in dieser Zeit, welche die Bestrebungen in Bezug auf wirtschaftliche, soziale und infrastrukturelle Planung darstellte, dürfte in diesem Sinne die hier postulierten Analogien konturieren.

Malefakis’ Hinterfragung der Diktatur-Demokratie-Dichotomie[19] beabsichtigte eigentlich ursprünglich, die demokratischen Elemente in den ost- und mitteleuropäischen Diktaturen der Zwischenkriegszeit zu unterstreichen. Das Argument lässt sich natürlich auch umkehren und auf die demokratische Schweiz der Nachkriegszeit anwenden. In jüngster Zeit hat sich auch der Philosoph Giorgio Agamben mit jener Grauzone zwischen Rechtskonformem und politisch Notwendigem befasst. Seit dem Dritten Reich sei „es für die Staaten der Gegenwart zu einer wesentlichen Praxis geworden, willentlich einen permanenten Notstand zu schaffen [...], auch für die sogenannten demokratischen.“[20] Unter dieser Optik erscheinen Franco-Spanien und die Schweiz als Staatsformen die gegeneinander konvergieren. Das Regime zeigte diese Dynamik durch diverse Liberalisierungsschübe (Pressegesetz, organische Demokratie, politische Assoziationen), während in der Schweiz Debatten um die Wiedereinführung der Kapitalstrafe und um die missbrauchte Meinungsäußerungsfreiheit von Ausländern sowie die politisch-polizeiliche Überwachung mit besonderem Augenmerk auf Linksdenkende für einen selbstevidenten Rechtsrutsch und eine autoritäre Veranlagung im demokratischen Rechtsstaat stehen. Zu einer effektiven und vollständigen Konvergenz kam es letzten Endes nicht, und einer der Gründe dafür dürfte in der schweizerischen kritischen Öffentlichkeit liegen, also in derselben kritischen Öffentlichkeit, die ein Ende der Diktatur in Spanien hoffnungsvoll anvisierte und anstrebte.

18 Vgl. Skordos, Die Diktatur der Jahre 1967 bis 1974..., S. 124.

19 Auch Giorgio Agamben bezeichnet den Gegensatz Demokratie/Diktatur für die Untersuchung aktueller Regierungsformen als „irreführend“. Agamben, Ausnahmezustand, S. 59.

20 Ebda., S. 8f.

Der Schweizer Blick nach Spanien verrät somit weitaus mehr über das Beobachterland selbst, als man von vornherein hätte vermuten können. So entpuppt sich die Geschichte der Schweizer Wahrnehmung eines Landes, das eine politische Wende durchmachte, als ein Kapitel Schweizer Sozialgeschichte. Auf diese Weise wird die schon damals gestellte und noch heute nicht minder aktuelle Frage nach der unbewältigten Vergangenheit Spaniens zu einer Frage, die man speziell an die Schweizer Vergangenheit richten könnte, um eine Aufarbeitung der in der Einleitung genannten problematischen Beziehungen der Schweiz zu umstrittenen Staaten zu ermöglichen.

Dank

Zahlreichen Personen bin ich zu Dank verpflichtet. In erster Linie danke ich meinem Doktorvater Prof. Dr. Christian Koller für die kompetente Betreuung während der gesamten Dauer meiner Forschung. Ebenso bin ich meinem Korreferenten Prof. em. Dr. Carlo Moos für seine prompte Bereitschaft, sich mit dieser Arbeit zu befassen, zu großem Dank verpflichtet.

Für die finanzielle Unterstützung danke ich dem Forschungskredit der Universität Zürich und dem Fonds zur Förderung des Akademischen Nachwuchses (FAN) des Zürcher Universitätsvereins (ZUNIV).

Für unzählige Gespräche zum Thema dieser Abhandlung, nützliche Hinweise und die Lektürearbeit des Manuskripts möchte ich Dr. Luís M. Calvo Salgado herzlich danken.

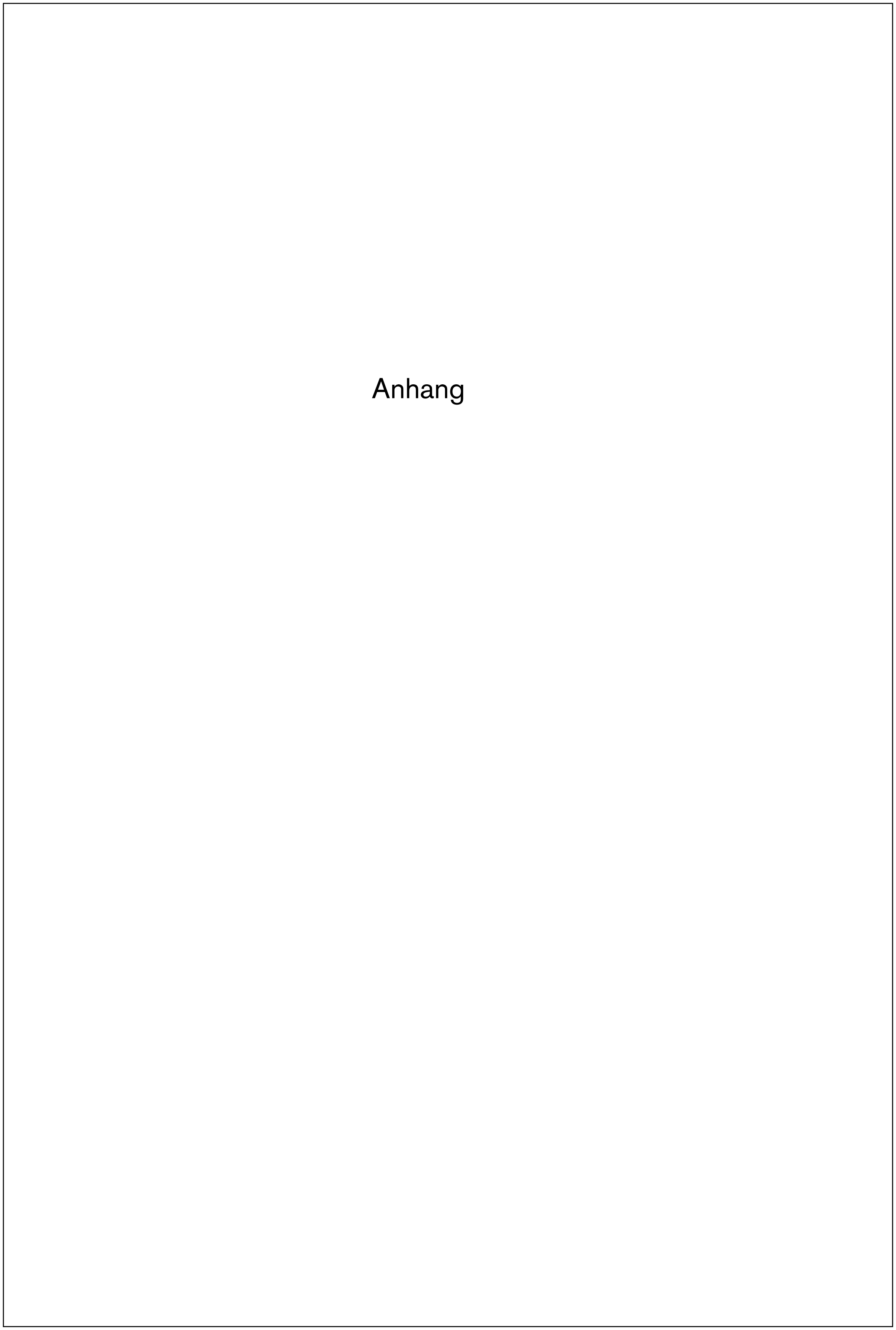
Die vielen Interviews mit Zeitzeugen erleichterten meine Recherchearbeit in hohem Masse. An dieser Stelle sei folgenden Personen gedankt:

Daniel Bollag, Christian Grobet, Jacques-Simon Eggly, Serge Ehrensperger, Walter Haubrich †, Werner Herzog, Walther Hofer †, Arnold Hottinger, Bruno Kammerer, André Rauber, Ulrich Schlüer, Annemarie Schwyter und Jaques Vernet.

Für die Genehmigung zur lizenzfreien Verwendung von Bildern aus der „Tagesschau“ und Zeichnungen möchte ich der „Tagesschau“-Redaktion von Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) und der „Nebelspalter“-Redaktion danken.

Eine besondere Erwähnung gebührt Dr. med. Sandro Pedroli, der mir Einsicht in seine persönlichen Staatsschutzakten und in jene des Schweizerischen Komitees für politische Amnestie in Spanien gewährt hat.

Zuletzt möchte ich meiner Mutter für ihren vorbehaltlosen und unermüdlichen Beistand seit Beginn meines Promotionsprojektes danken.



Anhang

Zitate im Originalwortlaut (Spanisch)

Angegeben sind die jeweilige Kapitelnummer und die Fußnote zum übersetzten Zitat im Text.

2.1, S. 60, 86
Esta política imperialista tiene consecuencias extremadamente graves para la lucha de clases en España. Cada arma entregada a la Dictadura va a apuntar, en la represión y, en su momento, en la guerra civil, contra la clase obrera [...].

3.1, S. 121, 98 (in der Fußnote)
Ningún ciudadano honrado y patriota va a sentirse afectado por la circunstancial disminución de sus garantías constitucionales que los preceptos del presente Decreto-ley implican.

3.3, S. 156, 264
[...] la realidad de ATEES es la de, grosso modo, un puro aparato que se identifica casi perfectamente con el del P. [...] La tendencia en estos casos es de irse convirtiendo progresivamente en una agrupación que da bailes y clases a hijos de inmigrantes. Y esto apenas es una caricatura...

3.3, S. 157, 265
[La población española en Suiza] es de unos 100 mil inmigrantes. Por una serie de problemas estructurales del capitalismo suizo e internacional, la reducción de la mano de obra en amplios sectores de la economía se hace muy previsible. Por razones políticas y nacionales evidentes, los primeros afectados serán los inmigrantes (ya los han sido más de 80 mil).

3.3, S. 157, 267
1) Funcionar bien como organización m-r, aunque sea a nivel coordinador (situación hasta ahora inexistente)
2) La promoción de cuadros cualificados, tanto política como organizativamente, que permitan un trabajo eficaz de proselitismo y reclutamiento m-r
3) Desarrollo y reforzamiento de centros regionales que permitan establecer una determinada relación de fuerzas, al menos a nivel de una respetable intervención de masas

3.3, S. 157, 268
La construcción de una organización m-r en la emigr. Española es una necesidad indiscutible y uno de los trabajos en los que nosotros estamos implicados y responsabilizados. Ahora bien, la construcción de este polo m-r en le emigr. esp., en Suiza, dentro del marco de la IV y, por tanto, ligados estrechamente a la sección de este país, no puede ser sólo el resultado de un planteamiento general de principios conforme al convencimiento de la vanguardia [...], sino que tendrá que basarse en una táctica de actuación concreta y combinada que pueda ser comprendida, asimilada y extendida consecuentemente.

3.3, S. 160, 279
A la violencia con que la burguesía va a responder a las reivindicaciones obreras no se le puede responder de otro modo que con la violencia.

3.3, S. 161, 282
‚del que nadie había oído hablar nunca'/‚que no formaba parte del movimiento obrero'

3.3, S. 162, 283
‚carga de plástico en tales condiciones'/‚traer consecuencias graves e incontrolables'

3.3, S. 165, 299
La fatalidad que para la clase dominante, que ha medrado a la sombra de la Dictadura, supone la desaparición de Franco, sólo puede compararse con el estallido inmensurable de alegría con que los obreros y el pueblo trabajador de España vamos a celebrar esta noticia.

3.3, S. 165, 300
‚retrasado mental'/‚Francarlos'/‚reyezuelo franquista'

3.3, S. 165, 301
El periodo muerte de Franco/entronización Pelele/constitución gobierno Arias Fraga y sus primeras medidas, ha transformado las condiciones generales para el desarrollo de la campaña de Solidaridad. La primera diferencia con el periodo anterior consiste en que ya no se trata de una campaña puramente antirrepresiva, estructurada en torno a grandes procesos o penas de muerte…, es decir, en torno a objetivos con carácter defensivo (o si se quiere autodefensivo) frente a las agresiones de la Dictadura. A partir del nuevo periodo, la componente antirrepresiva toma una dimensión más reducida (la posibilidad de nuevas ejecuciones o procesos ejemplares tipo Forest, etc., está descartada por un plazo inmediato) y, en cualquier caso, cobra un carácter menos defensivo y más ofensivo y más político; es toda la diferencia que hay entre la denuncia de un proceso… y el objetivo de abrir las cárceles, sacar a todos los presos políticos, etc. Es, en definitiva, toda la problemática de una campaña por la amnistía y por la liquidación de la dictadura lo que está ya a la orden del día.

4.3, S. 208, 221
Sobre la opinión internacional yo quiero decir solamente dos palabras… dos palabras. Que lamento mucho… Es que me gustaría que al mismo tiempo que se hacen muchas aclaraciones, mucha televisión para la gente, para que vean lo que pasa en Checoslovaquia, de España nos hacen ver muy poco. Deseo solo que la opinión internacional se interese un poco más… que también nos gusta la libertad.

Abbildungen

Zu dokumentarischen Zwecken sind hier einzelne Tagesschau-Fotogramme abgedruckt. Die mangelhafte Qualität der Abbildungen 1–6 und 10 ist auf das Alter und auf die Unvollkommenheit der Digitalisierung des zuvor im Betacam-System archivierten audivisuellen Materials zurückzuführen.



Abb 1 Berner Demonstration gegen Burgos-ETA-Prozess; „Tagesschau", 12. Dezember 1970, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2014.© SRG SSR idée suisse, SRF.



Abb 2 Zürcher Demonstration gegen den Basken-Prozess in Burgos; „Tagesschau", 17. Dezember 1970, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2015. © SRG SSR idée suisse, SRF.



Abb 3 Genfer Polizisten bei einem verletzten Demonstranten;„Tagesschau“, 27. September 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2243.© SRG SSR idée suisse, SRF.

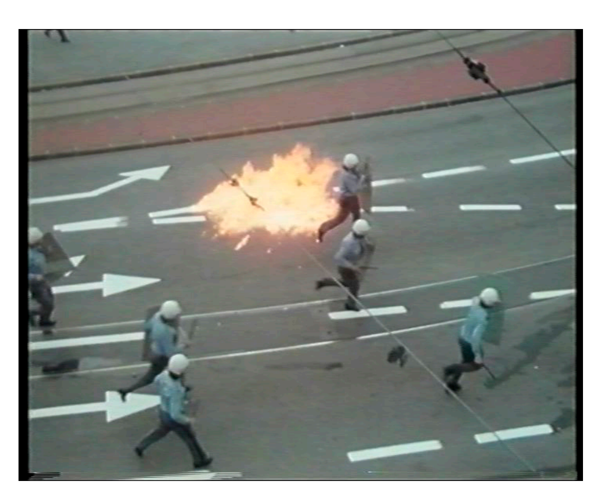


Abb 4 Ausschreitungen bei Genfer Demonstration gegen Vollstreckung von Todesurteilen; „Tagesschau“, 27. September 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2243. © SRG SSR idée suisse, SRF.



Abb 5 Interview mit Regimeoppositionellen über die Hinrichtung von Juan Paredes Manot; „Tagesschau“, 27. September 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2243. © SRG SSR idée suisse, SRF.



Abb 6 Interview mit José Atienza, Mitglied der FRAP, über Francos Tod; „Tagesschau“, 20 November 1975, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2252. © SRG SSR idée suisse, SRF.



Abb 7 Karikatur von Horst Haitzinger; „Nebelspalter“, Nr. 50, 10. Dezember 1975. © www.nebelspalter.ch

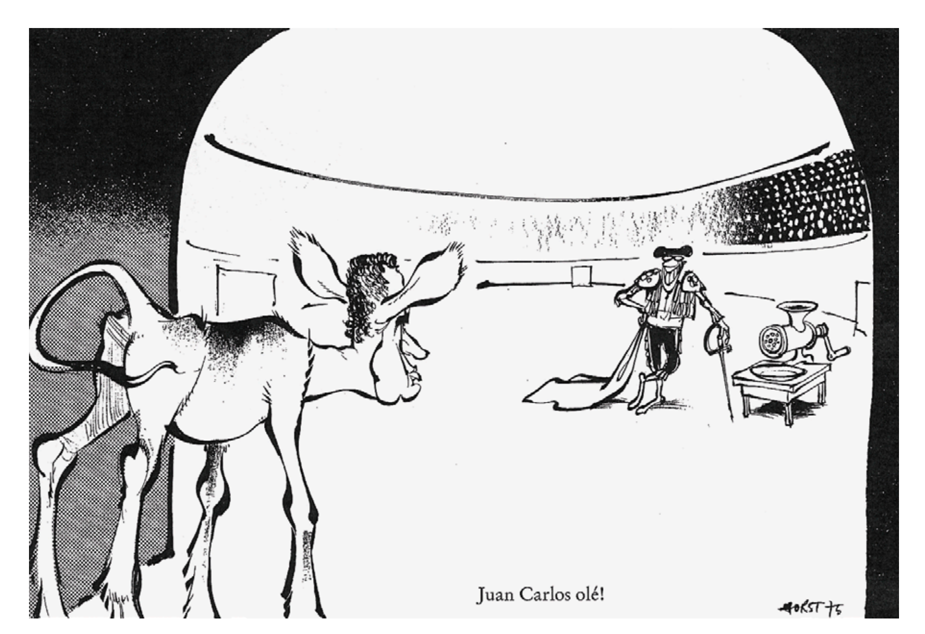


Abb 8 Karikatur von Horst Haitzinger, die Juan Carlos als junge Kuh darstellt; „Nebelspalter“, Nr. 46, 12. November 1975. © www.nebelspalter.ch

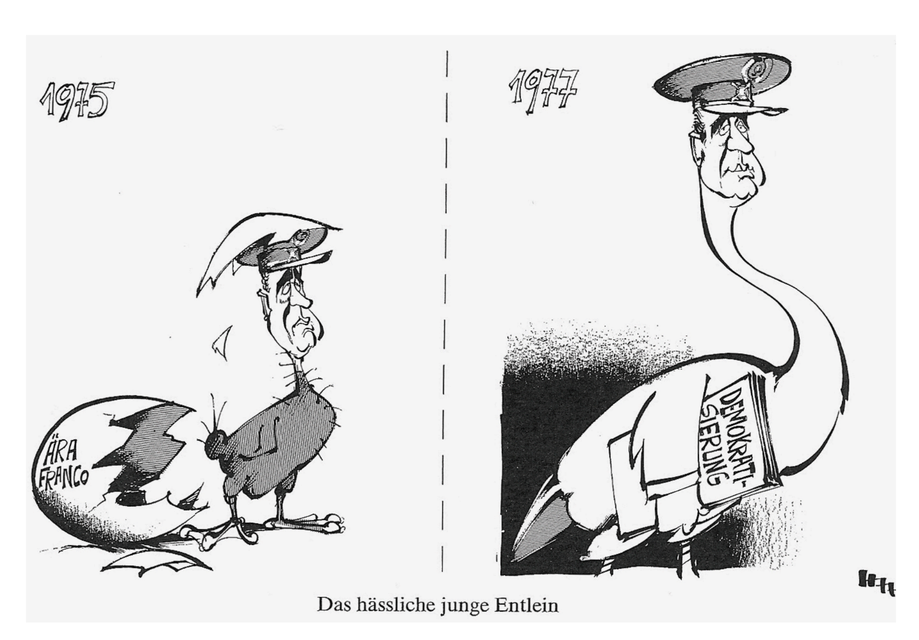


Abb 9 Karikatur von Horst Haitzinger, die Juan Carlos’ Imagewandel anspricht; „Nebelspalter“, Nr. 18, 3. Mai 1977. © www.nebelspalter.ch



Abb 10 Staatsbesuch des spanischen Königspaars. Zu Ehren Juan Carlos I. (Mitte) wurde eine Luftwaffen-Demonstration veranstaltet. Rechts im Bild Bundesrat Rudolf Gnägi; „Tagesschau", 20. Juni 1979, BAR J2.225 1996/68, Bd. 2496. © SRG SSR idée suisse, SRF.

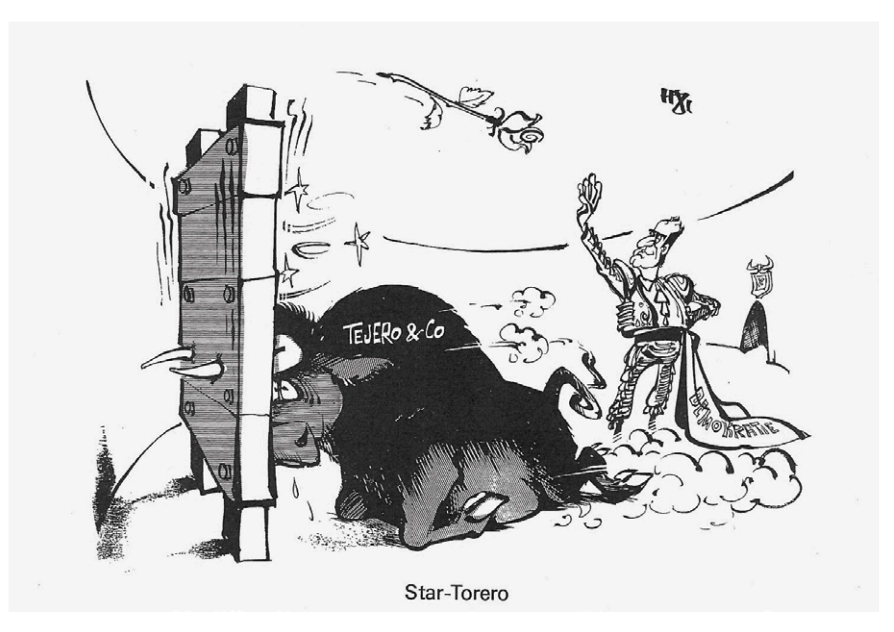


Abb 11 Karikatur von Horst Haitzinger zum Putschversuch vom 23. Februar 1981; „Nebelspalter", Nr. 10, 10. März 1981. © www.nebelspalter.ch

Auflagenzahlen einzelner Schweizer Zeitungen

	1972	1975	1978	1980	1982
Basler Zeitung	–	–	*113000*	110316	112440
Berner Tagblatt	55679	59571	60807	–	–
Blick	239058	270170	271889	271889	300597
Der Bund	51656	58155	58181	60315	62460
Il Corriere del Ticino	17800	23053	26663	28877	30963
Journal de Genève	16032	18282	18764	18764	19323
La Liberté	25459	29272	30227	32109	32109
Luzerner Neueste Nachrichten	56106	60752	61340	63659	56963
National-Zeitung	80463	95432	–	–	–
Neue Zürcher Zeitung	92116	97157	90954	90954	104809
Sonntagsblick	132124	173793	191291	219843	271313
St. Galler Tagblatt	45577	*53659*	*56711*	58057	59799
La Suisse	67371	66536	70943	64444	65023
Tages-Anzeiger	218201	239199	255382	261252	261446
Tagwacht (Berner)	*18189*	11443	10277	10051	10029
Die Tat	33911	34807	*78000*	–	–
Tribune – Le Matin	–	56067	49767	49767	45500
Tribune de Genève	62917	71547	70670	70670	70608
Vaterland	51554	*96073*	89036	89036	91475
La Voix Ouvrière	*8000*	*8000*	*8000*	*12000*	*12000*
Volksrecht/Zürcher AZ	*16113*	–	–	*6000*	*5100*
Vorwärts	*12000*	*10900*	*10900*	*10900*	*10900*
Die Weltwoche	110444	*144900*	110585	110492	102596

Quelle: Katalog der Schweizer Presse, Zürich 1972, 1975, 1978, 1980, 1982.
Kursiv: Auflage nicht beglaubigt

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AFP	Agence France Presse
AfZ	Archiv für Zeitgeschichte
AKP	Arbeitsgruppe Kritische Publizistik
Amtl. Bull.	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
AN	Alianza Nacional
AP	Alianza Popular
Art.	Artikel
ATEES	Asociación de Trabajadores Españoles Emigrantes en Suiza
AZ	Abendzeitung, Arbeiterzeitung
BAR	Schweizerisches Bundesarchiv
BAZ	Basler Zeitung
BBC	British Broadcasting Corporation
BBl	Bundesblatt
BeTbl	Berner Tagblatt
BOE	Boletín Oficial del Estado
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BV	Bundesverfassung
CCOO	Comisiones Obreras
CdT	Corriere del Ticino
CEDI	Centre Européen de documentation et d'information
CDS	Centro Democrático y Social
CVP	Christlich-Demokratische Volkspartei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGS	Dirección General de Seguridad
DM	Deutsche Mark
DRS	Deutsche und Rätoromanische Schweiz
dt.	deutsch
ebd.	ebenda
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EFTA	European Free Trade Association (dt. Europäische Freihandelsassoziation)
EG	Europäische Gemeinschaft
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement (seit 1979 EDA)
ETA	Euskadi ta Askatasuna
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAI	Frente Anarquista Ibérico
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei

fr.	französisch
FRAP	Frente Revolucionario Antifascista y Patriota
GAC	Grupos Autónomos de Combate
GD	Generaldirektion
GRAPO	Grupo de Resistencia Antifascista Primero de Octubre
GV	Generalversammlung
HLS	Historisches Lexikon der Schweiz
IEE	Instituto Español de Emigración
IKRK	Internationales Komitee des Roten Kreuzes
it.	italienisch
IW	Israelitisches Wochenblatt
JdG	Journal de Genève
KAPO	Kantonspolizei
KKIII	Kriminalkommissariat III
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KWD	Kurzwellendienst
LCR	Liga Comunista Revolucionaria
LdU	Landesring der Unabhängigen
LNN	Luzerner Neueste Nachrichten
MIL	Movimiento Ibérico de Liberación
Mp.	Mappe
NA	Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NBC	National Broadcasting Company
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NGO	Non-Governmental Organisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NZ	National-Zeitung
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
o. D.	ohne Datum
OIT	Organisation Internationale du Travail
o. O.	ohne Ort
op. cit.	opere citato
o. S.	ohne Seitenzahl
OSE	Organización Sindical Española
OSEC	Office Suisse d'Expansion Commerciale
o. T.	ohne Titel
PCE	Partido Comunista de España
PCI	Partito Comunista Italiano
PdA	Partei der Arbeit
PDC	Partido Demócrata Cristiano
PNV	Partido Nacionalista Vasco
POCH	Progressive Organisationen der Schweiz
POP	Parti Ouvrier Populaire

PSOE	Partido Socialista Obrero Español
PSP	Partido Socialista Popular
RadAR	Radioarchiv
RAF	Rote Armee Fraktion
RAI	Radiotelevisione Italiana
Reg.	Registratur
RML	Revolutionäre Marxistische Liga
RSI	Radio Svizzera di Lingua Italiana
SBA	Schweizerische Bundesanwaltschaft
Sch.	Schachtel
SDA	Schweizerische Depeschenagentur
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFRV	Schweizerische Fernseh- und Radiovereinigung
SFW	Schweizer Filmwochenschau
SGA	Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
SGTbl	St. Galler Tagblatt
SHIV	Schweizerischer Handels- und Industrieverein
SI	Sozialistische Internationale
SKA	Schweizerische Kreditanstalt
SKpASp	Schweizerisches Komitee für politische Amnestie in Spanien
SMUV	Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband
sp.	spanisch
Sp.	Spalte
SP	Sozialdemokratische Partei [der Schweiz]
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRB	Schweizerische Republikanische Bewegung
SRF	Schweizer Radio und Fernsehen
SRG	Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft
SSA	Schweizerisches Sozialarchiv
StadtAZH	Stadtarchiv Zürich
STAPO	Stadtpolizei
StGB	Strafgesetzbuch
SVP	Schweizerische Volkspartei
SZG	Schweizerische Zeitschrift für Geschichte
TA	Tages-Anzeiger
TALGO	Tren articulado ligero Goicoechea Oriol
TdG	Tribune de Genève
TLM	La Tribune – Le Matin
TOP	Tribunal de Orden Público
TSI	Televisione Svizzera di Lingua Italiana
TSR	Télévision Suisse Romande
TVE	Televisión Española
TW	Tagwacht

UCD	Unión de Centro Democrático
Ü. d. A.	Übersetzung des Autors
UGT	Unión General de Trabajadores
UNO	United Nations Organization
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UPI	United Press International
USA	United States of America
vgl.	vergleiche
VO	Voix Ouvrière
VuH	Volk und Heimat
WW	Die Weltwoche
Z AZ	Zürcher AZ
ZAR	Zentralarchiv der Generaldirektion SRG SSR
ZBZ	Zentralbibliothek Zürich
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZWD	Zentrale für Wirtschaftsdokumentation

Bibliografie

Quellen

1. Ungedruckte Quellen

Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich
IB Vorort-Archiv

Schweizerisches Bundesarchiv
Abteilung für politische Angelegenheiten: Zentrale Ablage (1950–1973).
Politische Direktion: Zentrale Ablage (1973–1981).

Schweizerisches Sozialarchiv
Archiv James Schwarzenbach.
Archiv Schnüffelstaat Schweiz.
ESS QS 1975.
Revolutionäre Marxistische Liga.
Sozialdemokratische Partei der Schweiz.

Stadtarchiv Zürich
Stadtpolizei, KKIII, Staatsschutz. Staatsschutzakten Registratur 1 und 2, 1920–1990.

Zentralarchiv der Generaldirektion SRG SSR
Archiv des Kurzwellendienstes

Zentralbibliothek Zürich (Handschriftenabteilung)
Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Archiv des Schweizerischen Komitees für politische Amnestie in Spanien.

Zentrale für Wirtschaftsdokumentation (Universität Zürich)
Hotelplan AG. Dokumentensammlung, Reiseprospekte, Presseartikel.

2. Gedruckte Quellen

Sachbücher, Memoiren, Essays, Broschüren

Adorno, Theodor W.: Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt a. M. [6]1970.

Amnistie. Conférence d'Europe occidentale pour l'amnistie aux emprisonnés et exilés politiques Espagnols (Paris, 25–26 Mars 1961), o. O. 1961.

[AKP] Arbeitsgruppe Kritische Publizistik: Welttheater für Eidgenossen. Politische Fernseh-Information im Kapitalismus. Eine Analyse der Schweizer Tagesschau, Zürich 1973.

Aschinger, Franz E.: Verpflichtung und Unabhängigkeit der „NZZ"-Redaktoren, in: Unsere Zeitung, hg. von der Redaktion der Neuen Zürcher Zeitung zum 26. Oktober 1967, Zürich 1967, S. 144–155 (Willy Bretscher zum 70. Geburtstag).

Bachmann, Albert/Grosjean, Georges: Zivilverteidigung, hg. v. Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement im Auftrag des Bundesrates, Aarau 1969.

Johann Ulrich Saxers Bemühungen um die Publizistik sowie Christian Padrutt, ein Mann im Sog unserer Zeit. Zwei Porträts als Beispiele für das Elend der bürgerlichen Publizistik zusammengetragen und notiert von der Arbeitsgruppe Studiensituation, Zürich 1974.

Camacho, Marcelino: Confieso que he luchado. Memorias, Madrid 1990.

Campiche, Samuel: Marée du soir. Carnets, Vevey 2001.

Castro, Raimundo: Juan María Bandrés. Memorias para la paz, Madrid 1998.

Cattani, Alfred: Zeitung und Zeitgeschichte, in: Unsere Zeitung, hg. von der Redaktion der Neuen Zürcher Zeitung zum 26. Oktober 1967, Zürich 1967, S. 111–115 (Willy Bretscher zum 70. Geburtstag).

Ciagar, Maugri/Koob, Hannelore: Ferienland Spanien? Ein Bild der Diktatur nach Briefen politischer Gefangener, Reinbek b. Hamburg 1974.

Crozier, Brian: Franco. A Biographical History, London 1967.

Dürrenmatt, Peter: Wie frei ist die Presse? Grundlagen moderner Publizistik am Beispiel Schweiz, Bern 1971.

Erklärung der Pflichten und Rechte des Journalisten [1972], in: Michael Schanne/Peter Schulz (Hg.): Journalismus in der Schweiz. Fakten. Überlegungen. Möglichkeiten, Aarau 1993, S. 211–214 (Schriften zur Medienpraxis 10).

Flüeler, Niklaus/Schwertfeger, Richard: Die Schweiz von morgen: Gespräche über die Zukunft der Schweiz, Zürich 1971.

Frey, Siegfried: Presse und Verantwortung, in: Fritz Ernst/Gotthard Jedlicka (Hg.): Verantwortung. Eine Festschrift, Zürich 1957, S. 165–184.

Götsch, Ueli: Die Zukunft der parteipolitisch engagierten Presse, in: Christian Padrutt/Hermann Strehler/Hans Zollikofer jun. (Hg.): Die Zeitung auf dem Weg ins Jahr 2000, St. Gallen 1972, S. 183–190.

Goytisolo, Juan: Spanien und die Spanier, Luzern, Frankfurt a. M. 1969.

Graber, Pierre: Mémoires et réflexions, Lausanne 1992.

Gubler-Corti, F. T.: Zum Problem des Zeugnisverweigerungsrechtes der Journalisten, in: Fritz Ernst/Gotthard Jedlicka (Hg.): Verantwortung. Eine Festschrift, Zürich 1957, S. 185–232.

Hohler, August E.: Anspruch oder Schuldspruch. Bemerkungen über die parteiunabhängige Zeitung der Zukunft, in: Christian Padrutt/Hermann Strehler/Hans Zollikofer jun. (Hg.): Die Zeitung auf dem Weg ins Jahr 2000, St. Gallen 1972, S. 207–214.
Jäger, Josef: Das Bild der Schweizer Presse, gestern – heute – morgen, Bern, Stuttgart 1967.
Jäger, Josef/Padrutt, Christian/Wili, Hans: Begriffsumschreibung zur Presseförderung, Zürich 1975 (Diskussionspunkt 2).
Jiménez de Parga, Manuel: Vivir es arriesgarse. Memoria de lo pasado y de lo estudiado, Barcelona 2008.
Kopp, Hans W.: Elemente einer künftigen Kommunikationspolitik, in: Christian Padrutt/Hermann Strehler/Hans Zollikofer jun. (Hg.): Die Zeitung auf dem Weg ins Jahr 2000, St. Gallen 1972, S. 72–87.
Laqueur, Walter: Zur Frage der Menschenrechte, in: Urs Altermatt/Judit Garamvölgyi (Hg.): Innen- und Aussenpolitik. Primat oder Interdependenz? Bern, Stuttgart 1980, S. 229–243 (Festschrift zum 60. Geburtstag von Walther Hofer).
Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch: Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, übers. v. Alfred Schmidt, Neuwied, Berlin 1967 (Soziologische Texte 40).
Meienberg, Niklaus: Weh unser guter Kaspar ist tot. Plädoyers u. dgl., Zürich 1991.
Müller, Kurt: Informationspflicht und Meinungsbildung. Ein Versuch zur Absteckung der Grenzen, in: Unsere Zeitung, hg. von der Redaktion der Neuen Zürcher Zeitung zum 26. Oktober 1967, Zürich 1967, S. 19–28 (Willy Bretscher zum 70. Geburtstag).
Padrutt, Christian: Zeitung ohne Zukunft? in: Ders./Hermann Strehler/Hans Zollikofer jun. (Hg.): Die Zeitung auf dem Weg ins Jahr 2000, St. Gallen 1972, S. 151–172.
Padrutt, Christian: Zur Lage der Schweizer Presse, Zürich 1975 (Diskussionspunkt 4).
Reich, Richard: Die „NZZ" und der schweizerische Freisinn, in: Unsere Zeitung, hg. von der Redaktion der Neuen Zürcher Zeitung zum 26. Oktober 1967, Zürich 1967, S. 29–37 (Willy Bretscher zum 70. Geburtstag).
Revolutionäre Marxistische Liga [RML]: Spanien nach Burgos, Lausanne 1973.
Richner, Edmund: Engagement aus Verantwortung, in: Unsere Zeitung, hg. von der Redaktion der Neuen Zürcher Zeitung zum 26. Oktober 1967, Zürich 1967, S. 13–18 (Willy Bretscher zum 70. Geburtstag).
Schiesser, Walter: Die Presse im Wettbewerb mit Radio und Fernsehen, in: Unsere Zeitung, hg. von der Redaktion der Neuen Zürcher Zeitung zum 26. Oktober 1967, Zürich 1967, S. 67–75 (Willy Bretscher zum 70. Geburtstag).
Schmid, Max: Demokratie von Fall zu Fall. Repression in der Schweiz, Zürich 1976.
Schmitt, Carl: Donoso Cortés in gesamteuropäischer Interpretation. Vier Aufsätze [1950], Berlin ^{2}2009.
Schwarzenbach, James: Dolch oder Degen. Ein Kaleidoskop unserer Zeit, Zürich 1964.
Schwarzenbach, James: Die Überfremdung der Schweiz – wie ich sie sehe, Zürich 1974.
Schwarzenbach, James: Im Rücken das Volk, Zürich 1980.
Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung [SFRV]: Portugal 1974/75 in der Berichterstattung der deutschsprachigen Tagesschau (inbegriffen „Panorama der Woche" und „Jahresrückblick") des Schweizer Fernsehens. Eine Untersuchung im Auftrag der Schweizerischen Fernseh- und Radio-Vereinigung (SFRV), o. O. 1977.

Silbermann, Alphons: Kommunikationsüberfluss und Dienstleistungsgesellschaft, in: Christian Padrutt/Hermann Strehler/Hans Zollikofer jun. (Hg.): Die Zeitung auf dem Weg ins Jahr 2000, St. Gallen 1972, S. 13–26.
Spinner, Wilfrid: Tourismus als Gegenstand journalistischer Betrachtung, in: Unsere Zeitung, hg. von der Redaktion der Neuen Zürcher Zeitung zum 26. Oktober 1967, Zürich 1967, S. 134–143 (Willy Bretscher zum 70. Geburtstag).
Streiff, Eric: Auslandkorrespondent und Zeitung, in: Unsere Zeitung, hg. von der Redaktion der Neuen Zürcher Zeitung zum 26. Oktober 1967, Zürich 1967, S. 106–110 (Willy Bretscher zum 70. Geburtstag).
Thommen, Andreas: Die Schweizer Presse in der modernen Gesellschaft, Zürich 1967.
Thommen, Andreas: Presse zwischen Freiheit und Verantwortung, Zürich 1970 (Schriften zur Publizistik).
Tschäni, Hans: Profil der Schweiz. Ein lebendiges Staatsbild von Hans Tschäni, Zürich [2]1967.
Tschäni, Hans: Die Diktatur des Patriotismus: für eine freiere Schweiz, Basel 1972.
Tschäni, Hans: Parteien, Programme, Parolen, Aarau, Frankfurt a. M., Salzburg 1979.
Virot, Marc: Vom Anderssein zur Assimilation. Merkmale zur Beurteilung der Assimilationsreife der Ausländer in der Schweiz, Bern 1968 (Eidgenössische Zukunft, Heft 7).
Weitnauer, Albert: Aussenpolitik und Öffentliche Meinung, in: Urs Altermatt/Judit Garamvölgyi (Hg.): Innen- und Aussenpolitik. Primat oder Interdependenz? Bern, Stuttgart 1980, S. 547–551 (Festschrift zum 60. Geburtstag von Walther Hofer).

Belletristik

Ehrensperger, Serge: Francos langes Sterben. Chiffrierte Briefe aus der Diktatur, Kreuzlingen 1987.
Hürlimann, Thomas: Der grosse Kater, Zürich 1998.
Loetscher, Hugo: Ach, Herr Salazar. Eine politische Elegie (1965), in: Theo Ruff/Peter K. Wehrli (Hg.): dieses buch ist gratis. Texte zeitgenössischer Schweizer Schriftsteller, Zürich [2]1973, S. 39–45.
Loetscher, Hugo: Der Immune, Zürich 1988.

Zeitungen und Zeitschriften

Abendland, Zürich 1975.
Basler Zeitung, Basel 1977–1982.
Berner Tagblatt, Bern 1976–1977.
Blick, Zürich 1969–1970.
Die Bresche, Zürich 1970–1982.
Der Bund, Bern 1969–1981.
Il Corriere del Ticino, Lugano 1969–1982.
Espagne Socialiste!, Lausanne 1975–1976.
Gazette de Lausanne, Lausanne 1962.
Israelitisches Wochenblatt, Zürich 1975.
Journal de Genève, Genf 1969–1982.
La Liberté, Fribourg 1970–1982.
Luzerner Neueste Nachrichten, Luzern 1969–1982.

maulwurf, Basel 1975.
National-Zeitung, Basel 1969–1976.
Nebelspalter, Rorschach, 1975–1981.
Neue Zürcher Zeitung, Zürich 1969–1982.
Der Republikaner, Zürich 1963, 1975.
Rojo, Lausanne 1974–1975.
Sonntagsblick, Zürich 1970–1975.
St. Galler Tagblatt, St. Gallen 1975–1977.
La Suisse, Genf 1969–1982.
Tages-Anzeiger, Zürich 1969–1982.
(Berner) Tagwacht, Bern 1969–1982.
Die Tat, Zürich 1969–1975.
Tribune – Le Matin, Lausanne 1969–1981.
Tribunde de Genève, Genf 1969–1977.
Vaterland, Luzern 1946, 1969–1982.
La Voix Ouvrière, Genf 1969–1979.
Volk und Heimat, Liebefeld 1969–1975.
Vorwärts, Basel 1969–1975.
Die Weltwoche, Zürich 1969–1978.

Andere Periodika

Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Bern 1971–1977.
Bundesblatt, Bern 1948 u. 1964.
Katalog der Schweizer Presse, Zürich 1972, 1975, 1978, 1980, 1982.
Jahresbericht der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft, Bern 1970.
Reiseverkehr der Schweizer im Ausland, hg. v. Eidgenössischen Statistischen Amt, Bern 1974–1979.
SFRV-Bulletin, Bern 1974.
Timor Domini, Stein am Rhein 1991–1993.
wf Radio- und Fernsehspiegel, Zürich 1975.
Zoom-Filmberater, Bern 1975.

3. Elektronische Datenbanken

Archives historiques Le Temps, http://www.letempsarchives.ch.
Bundesamt für Statistik, http://www.bfs.admin.ch.
Schweizerisches Bundesarchiv, http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch.
Boletín Oficial del Estado, http://www.boe.es.
Diplomatische Dokumente der Schweiz, 1848ff., Online Datenbank Dodis: http://www.dodis.ch.
Memoriav, Datenbank Memobase, http://www.memobase.ch.
Videodatenbank FARO, Schweizer Fernsehen, http://videoarchiv.srf.ch.

4. Audiovisuelle Quellen

Schweizerisches Bundesarchiv
Blickpunkt (Fernsehen DRS), 1979.
Continents sans Visa (TSR), 1962, 1967.
Panorama d'Attualità (RSI), 1971–1975.
Panorama der Woche – Tél-Hebdo – Telerama (SRG), 1970–1977.
Rundschau (Fernsehen DRS), 1969–1975.
Schweizer Filmwochenschau, 1949, 1969.
Speciale Sera (RSI), 1977–1982.
Tagesschau – Téléjournal – Telegiornale (SRG), 1969–1982.

Schweizer Nationalphonothek/Fonoteca Nazionale Svizzera
Il microfono della RSI in viaggio (RSI), 1967.

Radioarchiv Schweizer Radio und Fernsehen (vormals Archiv Schweizer Radio DRS)
Echo der Zeit (Radio DRS), 1972–1975.
Nachrichten (Radio DRS), 1975.

Literatur

Ackermann, Ulrike: Totalitäre Versuchung – Die westlichen Intellektuellen und der Kommunismus, in: Birgit Hofmann et al. (Hg.): Diktaturüberwindung in Europa. Neue nationale und transnationale Perspektiven, Heidelberg 2010, S. 324–330.
Agamben, Giorgio: Ausnahmezustand, übers. v. Ulrich Müller-Schöll, Frankfurt a. M. 2004.
Águila, Juan José del: El TOP. La represión de la libertad, Barcelona 2001.
Aguilar, Paloma: Memory and Amnesia. The Role of the Spanish Civil War in the Transition to Democracy, transl. by Mark Oakley, New York, Oxford 2002.
Albert-Piñole, Isabel: Tourism in Spain, in: W. Pompl/P. Lavery (Hg.): Tourism in Europe. Structures and Developments, Cambridge 1993, S. 242–261.
Alff, Wilhelm: Der Begriff Faschismus und andere Aufsätze zur Zeitgeschichte, Frankfurt a. M. 1971.
Almuiña Fernández, Celso: La opinión pública como motor de la transición española (1975–1982), in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Prensa y democracia. Los medios de comunicación en la Transición, Madrid 2009, S. 29–43.
Altermatt, Urs: Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart (1945–1991), in: Alois Riklin/Hans Haug/Raymond Probst (Hg.): Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern, Stuttgart, Wien 1992, S. 61–78.
Altheide, David L.: Creating Reality: How TV News Distorts Events, Beverly Hills 1976.
D'Amato, Gianni/Skenderovic, Damir: Mit dem Fremden politisieren: Rechtspopulistische Parteien und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren, Zürich 2008.

Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M. ²1996.

Andrade Blanco, Juan: Santiago Carrillo en la Transición. Historia y mito del secretario general del PCE, in: Historia del Presente 24, 2014, S. 59–76.

Angoustures, Aline: L'opinion publique française et l'Espagne 1945–75, in: Revue d'Histoire Moderne & Contemporaine 37, 1990, S. 672–686.

Angoustures, Aline: La transition espagnole dans l'opinion française, in: Anne Dulphy/Yves Léonard (Hg.): De la dictature à la démocratie: voies ibériques, Bruxelles 2003, S. 279–292.

Antoni, Michael: Spanien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie. Parteien, Wahlen, Verfassung und politische Entwicklung 1975 bis 1980, Frankfurt a. M., Bern 1981 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 31, Bd. 27).

Arboledas, Luis: Periodismo y transición política en la península Ibérica. ¿Lucha de clases o luchas de poder?, in: Estudos em Comunicação 8, 2010, S. 53–74.

Arnau i Segarra, Pilar: Narrativa i turisme a Mallorca (1969–1980), Palma de Mallorca 1999.

Aróstegui Sánchez, Julio: La Transición a la democracia, „matriz" de nuestro tiempo reciente, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Historia de la Transición en España. Los inicios del proceso democratizador, Madrid 2007, S. 31–43.

Aschmann, Birgit: „Stolz wie ein Spanier". Genese und Gestalt des deutschen Spanienbildes in der Nachkriegszeit, in: Dies./Michael Salewski (Hg.): Das Bild „des Anderen". Politische Wahrnehmung im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2000, S. 90–108 (Historische Mitteilungen im Auftrage der Ranke-Gesellschaft, Beiheft 40).

Aziz, Sarah-Haye/Piattini, Mattia: Servizio pubblico o il rispetto delle minoranze, in: Theo Mäusli/Andreas Steigmeier (Hg.): Radio und Fernsehen in der Schweiz. Geschichte der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG 1958–1983, Baden 2006, S. 139–185.

Baby, Sophie: Violence et transition en Espagne: la Semaine noire de Madrid (janvier 1977), in: Anne Dulphy/Yves Léonard (Hg.): De la dictature à la démocratie: voies ibériques, Bruxelles 2003, S. 85–103.

Barth, Boris: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933, Düsseldorf 2003 (Schriften des Bundesarchivs 61).

Bassols Jacas, Raimundo: España y Europa durante el franquismo, in: Historia Contemporánea 30, 2005, S. 115–127.

Baumer, Andreas: Kommunismus in Spanien. Die Partido Comunista de España – Widerstand, Krise und Anpassung (1970–2006), Baden-Baden 2008 (Studien zu Ethnizität, Religion und Demokratie 9).

Beck, Raimund: Das spanische Regierungssystem unter Franco, Phil. Habil. Ruhr-Univ. Bochum, Bochum 1979.

Belmonte, Florence: Desde Francia: Miradas a la Transición. Los franceses descubren España (noviembre 1975–diciembre 1978), in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Prensa y democracia. Los medios de comunicación en la Transición, Madrid 2009, S. 263–273.

Beneyto, José María: Apokalypse der Moderne: die Diktaturtheorie von Donoso Cortés, Stuttgart 1988 (Sprache und Geschichte 14).

Bernecker, Walther L.: Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, München 1984.

Bernecker, Walther L.: Sozialgeschichte Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1990.

Bernecker, Walther L.: Die Rolle von König Juan Carlos, in: Ders./Carlos Collado Seidel (Hg.): Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975–1982, München 1993, S. 150–170 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 67).
Bernecker, Walther L.: Juan Carlos I., in: Ders./Carlos Collado Seidel/Paul Hoser (Hg.): Die spanischen Könige. 18 historische Porträts vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 1997, S. 281–302.
Bernecker, Walther L.: Monarchy and Democracy. The Political Role of King Juan Carlos in the Spanish Transición, in: Journal of Contemporary History 33, 1998, S. 65–84.
Bernecker, Walther L.: Spaniens Übergang von der Diktatur zur Demokratie. Deutungen, Revisionen, Vergangenheitsaufarbeitung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52, 2004, S. 693–710.
Bernecker, Walther L./ Brinkmann, Sören: Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1939–2006, Nettersheim 2006.
Bernecker, Walther L.: The Change in Mentalities during the Late Franco Regime, in: Nigel Townson (Hg.): Spain Transformed. The Late Franco Dictatorship, 1959–75, Basingstoke 2007, S. 67–84.
Bernecker, Walther L.: Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert, München 2010.
Bernecker, Walther L.: Der Tod des spanischen Diktators Francisco Franco. Sterben im Zeitlupentempo, in: Thomas Großbölting/Rüdiger Schmidt (Hg.): Der Tod des Diktators. Ereignis und Erinnerung im 20. Jahrhundert, Göttingen 2011, S. 157–180.
Besier, Gerhard: Das Europa der Diktaturen. Eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts, München 2006.
Beuret, Jeanne: L'association de travailleurs émigrés espagnols en Suisse (l'ATEES): Une structure associative de l'immigration espagnole en Suisse entre 1969 et 1985, unveröffentl. Lizentiatsarbeit Univ. de Lausanne 2005.
Biescas, José Antonio: Estructura y coyunturas económicas, in: Ders./Manuel Tuñón de Lara (Hg.): España bajo la dictadura franquista (1939–1975), vol. X.**, Barcelona [2]1994, S. 19–164.
Bloch, Marc: Apologie der Geschichte oder Der Beruf des Historikers, übers. v. Wolfram Bayer, Stuttgart [2]2008.
Blum, Roger: Zur Einleitung: Die blinden Augenzeugen, in: Ders/Hemmer, Katrin/Perrin, Daniel (Hg.): Die AktualiTäter. Nachrichtenagenturen in der Schweiz, Bern 1995, S. 11–19.
du Bois, Pierre: Pierre Graber, in: Urs Altermatt (Hg.): Die Schweizer Bundesräte: ein biographisches Lexikon, [2]1992, S. 528–533.
Bollinger, Ernst: L'image structurelle de la presse suisse: Tendances et perspectives, in: Revue économique et sociale: bulletin de la Société d'Etudes Economiques et Sociales 26, 1968, S. 101–117.
Bollinger, Ernst: La presse suisse: structure et diversité, Diss. Univ. Genf, Bern, Frankfurt a. M. 1976.
Bollinger, Ernst: La presse suisse. Les faits et les opinions, Lausanne 1986.
Bott, Sandra/Schaufelbuehl, Janick Marina/Zala, Sacha: Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges. Eine Zwischenbilanz, in: Dies. (Hg.): Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges, Basel 2011, S. 5–16 (Itinera Fasc. 30).
Botti, Alfonso: La transición española a la democracia en la prensa italiana. Una primera aproximación, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Prensa y democracia. Los medios de comunicación en la Transición, Madrid 2009, S. 275–296.
Bourdieu, Pierre: Über das Fernsehen, übers. v. Achim Russer, Frankfurt a. M. 1998.
Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, übers. v. Bernd Schwibs und Achim Russer, Frankfurt a. M. [20]2010.

Boureau, Alain: Propositions pour une histoire restreinte des mentalités, in: Annales. Économies, Sociétés, Civilisations 44, 1989, S. 1491–1504.

Boyd, Carolyn P.: The Politics of History and Memory in Democratic Spain, in: Annals of the American Academy of Political and Social Science 617, 2008, S. 133–148.

Brendel, Detlef/Grobe, Bernd E.: Journalistisches Grundwissen. Darstellung der Formen und Mittel journalistischer Arbeit und Einführung in die Anwendung empirischer Daten in den Massenmedien, München 1976.

Bretscher-Spindler, Katharina: Vom heissen zum Kalten Krieg. Vorgeschichte und Geschichte der Schweiz im Kalten Krieg 1943 bis 1968, Zürich 1997.

Brinkmann, Sören: Bilder eines Krieges: Europa und der Bürgerkrieg in Spanien, in: Jörg Requate/Martin Schulze Wessel (Hg.): Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2002, S. 250–272.

Broder, Albert: Les investissements suisses en Espagne (1890–1955), in: Mauro Cerutti/Sébastien Guex/Peter Huber (Hg.): La Suisse et l'Espagne de la République à Franco (1936–1946), Lausanne 2001, S. 441–461.

Buchanan, Tom: How „Different" Was Spain? The Later Franco Regime in International Context, in: Nigel Townson (Hg.): Spain Transformed. The Late Franco Dictatorship, 1959–75, Basingstoke 2007, S. 85–96.

Buomberger, Thomas: Kampf gegen unerwünschte Fremde: von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher, Zürich 2004.

Burke, Peter: Helden, Schurken und Narren: europäische Volkskultur in der frühen Neuzeit, übers. v. Susanne Schenda, München 1990.

Burri, Boris: Notrechtliches Vorgehen gegen die Kommunisten: der Umgang der Schweizer Behörden mit ausländischer Propaganda nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1953), in: SZG 54, 2004, S. 158–172.

Busquets, Julio: Die Streitkräfte zwischen Diktatur und Demokratie, in: Walther L. Bernecker/Carlos Collado Seidel (Hg.): Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975–1982, München 1993, S. 69–85 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 67).

Cader, Michael (Hg.): Saturday Night Live: the first twenty years, Boston, New York 1994.

Calvo Salgado, Luís M.: La emigración española en Suiza desde los años sesenta y la primera etapa de las relaciones bilaterales en materia de política migratoria, in: Joseba de la Torre/Gloria Sanz Lafuente (Hg.): Migraciones y coyuntura económica del franquismo a la democracia, Zaragoza 2008, S. 289–316.

Calvo Salgado, Luís M.: La fotografía en la prensa de los emigrantes españoles en Suiza: la revista *Búho* (1973–1976), in: Ders. et al. (Hg.): Migración y exilio españoles en el siglo XX, Madrid, Frankfurt a. M. 2009, S. 187–214.

Calvo Salgado, Luís M.: La fotografía en Carta de España, in: Ders. et al.: Historia del Instituto Español de Emigración, Madrid 2009, S. 277–292.

Calvo Salgado, Luís M.: La práctica social de la administración migratoria. Una historia oral del IEE, in: Ders. et al.: Historia del Instituto Español de Emigración, Madrid 2009, S. 63–88.

Calvo Salgado, Luís M./Fernández Vicente, María José/Sanz Díaz, Carlos: Las representaciones de la identidad estatal y de las identidades subestatales en *Carta de España*, in: Luís M. Calvo Salgado et al.: Historia del Instituto Español de Emigración, Madrid 2009, S. 253–275.

Calvo Salgado, Luís M.: Las relaciones del IEE con Suiza, in: Ders. et al.: Historia del Instituto Español de Emigración, Madrid 2009, S. 189–210.

Calvo Salgado, Luís M.: El control sanitario de frontera en Suiza y la política del Instituto Español de Emigración en los años sesenta y setenta, in: Migraciones y Exilios 10, 2009, S. 57–82.

Calvo Salgado, Luís M.: Nostalgia as a manifestation of cultural resistance: Testimonies of Galician emigrants to Switzerland, in: David Gallagher (Hg.): Creoles, Diasporas and Cosmopolitanisms: The Creolization of Nations, Cultural Migrations, Global Languages and Literatures, Bethesda (Maryland) 2012, S. 191–206.

Calvo Salgado, Luís M./Langa Nuño, Concha/Prieto López, Moisés: La Transición Española desde la emigración: Tele-revista, revista de actualidad de la Televisión pública suiza para los emigrantes españoles, in: Jaume Guillamet/Francesc Salgado (Hg.): El periodismo en las transiciones políticas. De la Revolución Portuguesa y la Transición Española a la Primavera Árabe, Madrid 2014, S. 185–198.

Calvo Salgado, Luís M./Langa Nuño, Concha/Prieto López, Moisés: Tele-revista: representaciones, imágenes y libertad política en un informativo de la televisión pública suiza para la emigración española, in: Migraciones & Exilios 14, 2014, S. 11–31.

Càndito, Mimmo/Chislett, William/Romero, Anne-Marie: Tres corresponsales de prensa extranjera en la Transición Española, in: Jaume Guillamet/Francesc Salgado (Hg.): El periodismo en las transiciones políticas. De la Revolución Portuguesa y la Transición Española a la Primavera Árabe, Madrid 2014, S. 145–155.

Casanellas, Pau: Morir matando. El franquismo ante la práctica armada, 1968–1977, Madrid 2014.

Castro Moral, Lorenzo: El terrorismo revolucionario marxista-leninista en España, in: Historia del Presente 14, 2009, S. 39–56.

Cavallaro, Maria Elena: El europeísmo y la oposición desde el franquismo hasta la Transición democrática, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): La sociedad española en la Transición. Los movimientos sociales en el proceso democratizador, Madrid 2011, S. 381–394.

Cazorla Sánchez, Antonio: Franco. The biography of the myth, London, New York 2014.

Cercas, Javier: Anatomía de un instante, Barcelona 2009.

Cerutti, Mauro: Un secolo di emigrazione italiana in Svizzera (1870–1970), attraverso le fonti dell'Archivio federale, in: Studien und Quellen 20, 1994, S. 11–104.

Cerutti, Mauro/Guex, Sébastien/Huber, Peter (Hg.): La Suisse et l'Espagne de la République à Franco (1936–1946). Relations officielles, solidarités de gauche, rapports économiques, Lausanne 2001.

Challand, Benoît: La Ligue marxiste révolutionnaire en Suisse romande (1969–1980), Lizentiatsarbeit der Universität Fribourg, Fribourg 2000.

Chaput, Marie-Claude: La révolution des œillets, espoirs et inquiétudes dans la presse espagnole: *Triunfo* et *ABC* (avril 1974 – décembre 1978), in: Anne Dulphy/Yves Léonard (Hg.): De la dictature à la démocratie: voies ibériques, Bruxelles 2003, S. 205–222.

Christensen, Jon: Smoking Out Objectivity. Journalistic Gears in the Agnogenesis Machine, in: Robert N. Proctor/Londa Schiebinger (Hg.): Agnotology. The Making and Unmaking of Ignorance, Stanford 2008, S. 266–282.

Chuliá, Elisa: El poder y la palabra. Prensa y poder político en las dictaduras. El régimen de Franco ante la prensa y el periodismo, Madrid 2001.

Clavin, Patricia: Defining Transnationalism, in: Contemporary European History 14, 2005, S. 421–439.

Collado Seidel, Carlos: Kirche im Wandel, in: Ders./Walther L. Bernecker (Hg.): Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975–1982, München 1993, S. 86–103 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 67).

Comte-Sponville, André: Kann Kapitalismus moralisch sein? Übers. v. Hainer Kober, Zürich 2009.

Conway, Martin/Gerwarth, Robert: Revolution and counter-revolution, in: Donald Bloxham/Robert Gerwarth (Hg.): Political Violence in Twentieth-Century Europe, Cambridge 2011, S. 140–175.

Cotarelo, Ramón: Iconografía política del franquismo, in: Federico Fernández-Crehuet López/António Manuel Hespanha (Hg.): Franquismus und Salazarismus: Legitimation durch Diktatur? Frankfurt a. M. 2008, S. 425–452 (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 234; Das Europa der Diktatur 15).

Crumbaugh, Justin: Destination Dictatorship. The Spectacle of Spain's Tourist Boom and the Reinvention of Difference, New York 2009.

Daniel, Ute/Schildt, Axel: Einleitung, in: Dies. (Hg.): Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln, Weimar, Wien 2010, S. 9–32 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte 77).

Davis, Madeleine: Is Spain Recovering Its Memory? Breaking the *Pacto del Olvido*, in: Human Rights Quarterly 27, 2005, S. 858–880.

Degen, Bernard: Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei? Die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokraten, Zürich 1993.

Derungs, Adrian: Vergessener Europäer? Salvador de Madariaga und die Anfänge der europäischen Integration, unveröffentl. Lizeniatsarbeit Univ. Zürich 2007.

Dewulf, Jeroen: Hugo Loetscher und die „portugiesischsprachige Welt". Werdegang eines literarischen Mulatten, Bern, Berlin, Bruxelles, Frankfurt a. M., New York, Wien 1999.

Dewulf, Jeroen: Ein Skandal wegen eines Filmes, der nie gesendet wurde. Zu Hugo Loetschers „Ach, Herr Salazar", in: Orlando Grossegesse et al. (Hg.): Portugal – Alemanha – Brasil, 2 Bde. Bd. 1, Braga 2003 S. 103–112 (6. Deutsch-Portugiesisches Arbeitsgespräch).

Di Febo, Giuliana/Moro, Renato: Introduzione, in: Dies. (Hg.): Fascismo e franchismo. Relazioni, immagini, rappresentazioni, Soveria Mannelli 2005, S. IX–XV.

Díaz Gijón, José Ramón: Estrategias de análisis y modelos de transición a la democracia, in: Javier Tusell/Álvaro Soto (Hg.): Historia de la transición 1975–1986, Madrid 1996, S. 89–108.

Dlugosch, Michaela: Geordnetes Wirtschaften. Zur sozialen Ökonomie im Franquismus (1939–1959), in: Federico Fernández-Crehuet López/António Manuel Hespanha (Hg.): Franquismus und Salazarismus: Legitimation durch Diktatur? Frankfurt a. M. 2008, S. 317–348 (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 234; Das Europa der Diktatur 15).

van Dongen, Luc: La mémoire de la Seconde Guerre mondiale en Suisse dans l'immédiat après-guerre (1945–1948), in SZG 47, 1997, S. 709–729.

van Dongen, Luc: La Suisse dans les rets de l'anticommunisme transnational durant la Guerre froide: reflexions et jalons, in: Sandra Bott/Janick Marina Schaufelbuehl/Sacha Zala (Hg.): Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges, Basel 2011, S. 17–30 (Itinera Fasc. 30).

van Dongen, Luc: „Brother Tronchet": A Swiss Trade Union Leader within the US Sphere of Influence, in: Ders./Stéphanie Roulin/Giles Scott-Smith (Hg.): Transnational Anti-Communism and the Cold War. Agents, Activities, and Networks, Basingstoke, New York 2014, S. 50–63.

Drack, Markus T.: Radio und Fernsehen, in: Christian Padrutt/Hermann Strehler/Hans Zollikofer jun. (Hg.): Die Zeitung auf dem Weg ins Jahr 2000, St. Gallen 1972, S. 111–121.
Drews, Isabel: „Schweizer erwache!“ Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967–1978), Frauenfeld, Stuttgart, Wien 2005 (Studien zur Zeitgeschichte 7).
Duarte, Ángel: La República, o España liberada de sí misma, in: Javier Moreno Luzón/Xosé M. Núñez Seixas (Hg.): Ser españoles. Imaginarios nacionalistas en el siglo XX, Barcelona 2013, S. 104–132.
Dubied, Annik/Lits, Marc: Le fait divers, Paris 1999.
Dubied, Annik: Les faits divers, Lausanne 2004.
Dürst, Daniel: Schweizerische Neutralität und Kriegsmaterialausfuhr, Jur. Diss. Univ. Zürich 1983.
Dulphy, Anne: Le regard français sur la transition espagnole (presse nationale, périodiques, ouvrages publiés), in: Dies./Yves Léonard (Hg.): De la dictature à la démocratie: voies ibériques, Bruxelles 2003, S. 257–277.
Eco, Umberto: Die Grenzen der Interpretation. Übers. v. Günter Memmert, München [3]2004.
Eco, Umberto: Apocalittici e integrati. Comunicazioni di massa e teorie della cultura di massa, Milano [9]2008.
Eco, Umberto: Il costume di casa. Evidenze e misteri dell’ideologia italiana negli anni sessanta, Milano [2]2012.
Edgerton, Gary R.: The Columbia History of American Television, New York 2007.
Edles, Laura Desfor: Symbol and ritual in the new Spain. The transition to democracy after Franco, Cambridge 1998.
Ehnimb-Bertini, Sonia: Jahre des Wachstums: Die SRG vor neuen Herausforderungen, 1950–1958, in: Markus T. Drack (Hg.): Radio und Fernsehen in der Schweiz. Geschichte der Schweizerischen Rundspruchgesellschaft SRG bis 1958, Baden 2000, S. 153–194.
Eifert, Christiane: Das Erdbeben von Lissabon 1755. Zur Historizität einer Naturkatastrophe, in: Historische Zeitschrift 274, 2002, S. 633–664.
Eilders, Christiane/Hasebrink, Uwe/Herzog, Anja: Das aktive Publikum. Institutionalisierung zivilgesellschaftlicher Kontrolle des Fernsehens auf europäischer Ebene, in: Wolfgang R. Langenbucher/Michael Latzer (Hg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: eine transdisziplinäre Perspektive, Wiesbaden 2006, S. 330–351.
Elias, Norbert: Engagement und Distanzierung, hg. und übers. v. Michael Schröter, Norbert Elias Gesammelte Schriften Bd. 8, Baden-Baden 2003.
Ellwood, Sheelagh M.: Spanish Newsreels 1943–1975: the image of the Franco regime, in: Historical Journal of Film, Radio and Television 7, Nr. 3, 1987, S. 225–238.
Encarnación, Omar G.: Democracy and Dirty Wars in Spain, in: Human Rights Quarterly 29, 2007, S. 950–972.
Engeler, Urs Paul: Grosser Bruder Schweiz. Wie aus wilden Demokraten überwachte Bürger wurden. Die Geschichte der Politischen Polizei, Zürich 1990.
Escribano, Francesc: Compte enrere. La història de Salvador Puig Antich, Barcelona 2001.
Erice Sebares, Francisco: Santiago Carrillo y el partido del antifranquismo (1955–1975), in: Historia del Presente 24, 2014, S. 43–57.
Ernst, Andreas: Öffentlichkeit – das unsichtbare Wesen mit der grossen Wirkung: Konzeption und Anwendung für die schweizerische Parteiengeschichte, in: SZG 46, 1996, S. 60–80.
Fabre, Martine: Le Droit: Instrument d’une régulation de l’économie dans les „totalitarismes méditerranéens“: L’exemple de l’Espagne de Franco, in: Federico Fernández-Crehuet López/

António Manuel Hespanha (Hg.): Franquismus und Salazarismus: Legitimation durch Diktatur? Frankfurt a. M. 2008, S. 349–372 (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 234; Das Europa der Diktatur 15).

Fahlenbrach, Kathrin: Protest-Inszenierungen. Visuelle Kommunikation und kollektive Identitäten in Protestbewegungen, Wiesbaden 2002.

Fahlenbrach, Kathrin: Audiovisuelle Metaphern. Zur Körper- und Affektästhetik in Film und Fernsehen, Phil. Habil. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Marburg 2010 (Marburger Schriften zur Medienforschung 15).

Fanzun, Jon A.: Die Grenzen der Solidarität: schweizerische Menschenrechtspolitik im Kalten Krieg, Zürich 2005.

Farré, Sebastián: Exilio y emigración: apuntes acerca de las relaciones hispano-suizas: 1939–1964, in: Espacio, Tiempo y Forma, Serie V, Historia Contemporánea 11, 1998, S. 213–37.

Farré, Sébastien: Exilés et internés espagnols en Suisse: les relations bilatérales hispano-suisses (1936–1946), in: Mauro Cerutti/Sébastien Guex/Peter Huber (Hg.): La Suisse et l'Espagne de la République à Franco (1936–1946), Lausanne 2001, S. 107–124.

Farré, Sebastián: Spanische Agitation: emigración española y antifranquismo en Suiza, in: Documentos de Trabajo 3, 2001.

Farré, Sébastien: La Suisse et l'Espagne de Franco: de la guerre civile à la mort du dictateur (1936–1975), Lausanne 2006.

Farré, Sébastien/Ruckstuhl, Jörg: Las inversiones suizas en España durante el franquismo. De la Guerra Civil a la convención de doble imposición (1936–1966), in: Julio Tascón Fernández (Hg.): La inversión extranjera en España, Madrid 2008, S. 141–166.

Farré, Sébastien: „Desde el corazón de la juventud de España…" a la emigración: militancia y cultura obrera. La Unión General de Trabajadores en Suiza, in: Alicia Alted (Hg.): UGT y el reto de la emigración económica, 1957–1976, Madrid 2010, S. 105–32.

Farré, Sébastien: Emigrantes españoles en Suiza: movilización y militancia, in: Ana Fernández Asperilla (Hg.): Gente que se mueve. Cultura política, acción colectiva y emigración española, Madrid 2010, S. 195–229.

Fehr, Marianne: Meienberg. Lebensgeschichte des Schweizer Journalisten und Schriftstellers, Zürich ^{2}1999.

Fernández Soriano, Víctor: La CEE face à l'Espagne franquiste: De la mémoire de la guerre civile à la construction politique de l'Europe, in: Vingtième Siècle. Revue d›histoire 108, 2010, S. 85–98.

Fetzer, Thomas: Zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa nach 1945: Katalysatoren für die Herausbildung transnationaler Identitäten? in: Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M., New York 2002, S. 355–392.

Fickers, Andreas: The Emergence of Television as a Conservative Media Revolution: Historicising a Process of Remediation in the Post-War Western European Mass Media Ensemble, in: Journal of Modern European History 10, 2012, S. 49–75.

Fischer, Thomas: Die Grenzen der Neutralität. Schweizerisches KSZE-Engagement und gescheiterte UNO-Beitrittspolitik im kalten Krieg 1969–1986, Zürich 2004 (Schweizer Beiträge zur internationalen Geschichte 7).

Fischer, Thomas: Les mémoires de diplomates suisses et leur valeur pour la recherche historique, in: Hans-Ulrich Jost/Monique Ceni/Mathieu Leimgruber (Hg.): Relations internationales et affaires étrangères suisses après 1945, Lausanne 2006, S. 195–208.
Föllmer, Moritz: Surveillance reports, in: Miriam Dobson/Benjamin Ziemann (Hg.): Reading Primary Sources. The interpretation of texts from nineteenth- and twentieth-century history, London, New York 2009, S. 74–89.
Førland, Tor Egil: Mentality as a Social Emergent: Can the „Zeitgeist" Have Explanatory Power? in: History and Theory 47, 2008, S. 44–56.
Foucault, Michel: Archäologie des Wissens, übers. v. Ulrich Köppen, Frankfurt a. M. [8]1997.
Foucault, Michel: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, übers. v. Walter Seitter, Frankfurt a. M. 1994.
Fränkel, Rebekka: Bilder der „sonntäglichen" Schweiz: die Schweizer Filmwochenschau in der Ära des Kalten Krieges, unveröffentl. Lizentiatsarbeit Univ. Zürich 2004.
Frei, Ulrich: Ein toter Baum aus dem Bannwald der Demokratie. Das Volksrecht 1898 bis 1973, Phil. Diss. Univ. Zürich, Zürich 1987.
Frischknecht, Jürg et al.: Die unheimlichen Patrioten. Politische Reaktion in der Schweiz – aktuelles Handbuch und Ergänzungsband 1979–84, Zürich [2]1979–1984.
Fuentes Aragonés, Juan Francisco: „Lo que los españoles llaman *transición*". Evolución histórica de un concepto clave, in: Mélanges de la Casa de Velázquez, 36, 2006, S. 131–149.
Fusi, Juan Pablo: Franco. Spanien unter der Diktatur 1936–1975, übers. v. Paul Hoser, München 1992.
Ganz-Blättler, Ursula/Saxer, Ulrich: Fernsehen DRS: Werden und Wandel einer Institution. Ein Beitrag zur Medienhistoriographie als Institutionengeschichte, Zürich 1998 (Reihe Diskussionspunkt 35).
Ganz-Blättler, Ursula/Mäusli, Theo: Fernsehen, in: HLS 4, 2005, S. 477–479.
García Delgado, José Luis/Serrano Sanz, José María: Economía, in: Manuel Tuñón de Lara (Hg.): Transición y democracia (1973–1985), Historia de España, Bd. X, Barcelona 1992, S. 189–311.
García Delgado, José Luis: La industrialización y el desarrollo económico de España durante el franquismo, in: Jordi Nadal/Albert Carreras/Carles Sudrià (Hg.): La economía española en el siglo XX. Una perspectiva histórica, Barcelona [5]1994, S. 164–189.
García Galindo, Juan Antonio: Periodismo y periodistas en la transición política española, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Prensa y democracia. Los medios de comunicación en la Transición, Madrid 2009, S. 87–100.
Gavira Brandt, Martín: Suiza ante la guerra civil española: a través del „Neue Zürcher Zeitung", unveröffentl. Lizentiatsarbeit. Univ. Complutense de Madrid 1984.
Gavira Brandt, Martín: Suiza y la guerra civil española, Madrid 1991 (Colección tesis doctorales 55).
Gavira Brandt, Martín: Las relaciones entre la España franquista y la Confederación Helvética durante la guerra civil, in: Javier Tusell et al. (Hg.): El régimen de Franco (1936–1975), Política y relaciones exteriores, 2. Bde., Bd. 2, Madrid 1993, S. 245–258 (Congreso internacional, Madrid, 11–14 de mayo 1993).
Gerber, Katharina: Die Schweizer Filmwochenschau. Betrachtungen zum Medium und zu den Technikbeiträgen der 50er und 60er Jahre, unveröffentl. Lizentiatsarbeit Univ. Zürich 2003.
Gerhards, Jürgen: Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien, in: Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M., New York 2002, S. 135–158.

Giesen, Bernhard: Europäische Identität und transnationale Öffentlichkeit. Eine historische Perspektive, in: Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M., New York 2002, S. 67–84.

Gilbert, Mark: European Integration. A Concise History, Lanham, Boulder, New York, Toronto, Plymouth 2012.

Gilcher-Holtey, Ingrid: Der Transfer zwischen den Studentenbewegungen von 1968 und die Entstehung einer transnationalen Gegenöffentlichkeit, in: Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M., New York 2002, S. 303–325.

Gilg, Peter/Hablützel, Peter: Beschleunigter Wandel und neue Krisen (seit 1945), Kap. 9, in: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel [4]2006, S. 821–968.

Gillingham, John: European Integration, 1950–2003: Superstate or New market Economy? Cambridge 2003.

Gisler, Andreas/Misteli, Roland: Überfremdung. Karriere und Diffusion eines fremdenfeindlichen Deutungsmusters, in: Kurt Imhof/Heinz Kleger/Gaetano Romano (Hg.): Krise und Sozialer Wandel, Band 3: Vom kalten Krieg zur Kulturrevolution, Zürich 1999, S. 95–120.

Godet, François: La Politique suisse en matière d'exportation de matériel de guerre, in: Alois Riklin/Hans Haug/Raymond Probst (Hg.): Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern, Stuttgart, Wien 1992, S. 973–987.

Greiner, Bernd: Angst im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick, in: Ders./Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.): Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 7–31 (Studien zum Kalten Krieg, 3).

Griffin, Roger: The Primacy of Culture: The Current Growth (Or Manufacture) of Consensus within Fascist Studies, in: Journal of Contemporary History 37, 2002, S. 21–43.

Grisard, Dominique: Im Schatten Petras. „Terrorismus", „Geschlecht" und „Nation" in Schweizer Printmedien der 1970er Jahre, in: Claudia Opitz/Brigitte Studer/Jakob Tanner (Hg.): Kriminalisieren – Entkriminalisieren – Normalisieren, Zürich 2006, S. 369–383 (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 21).

Grisard, Dominique: Gendering Terror. Eine Geschlechtergeschichte des Linksterrorismus in der Schweiz, Frankfurt a. M., New York 2011 (Politik der Geschlechterverhältnisse 44).

Großmann, Johannes: Ein Europa der „Hintergründigen". Antikommunistische christliche Organisationen, konservative Elitenzirkel und private Aussenpolitik in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Johannes Wienand/Christiane Wienand (Hg.): Die kulturelle Integration Europas, Wiesbaden 2010, S. 303–340.

Großmann, Johannes: Die Internationale der Konservativen. Transnationale Elitenzirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945, München 2014.

von Grünigen, Marianne/Schärli, Josef: Die Schweiz und der Prozess der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), in: Alois Riklin/Hans Haug/Raymond Probst (Hg.): Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern, Stuttgart, Wien 1992, S. 569–588.

Gruner, Erich: Die Parteien in der Schweiz. Geschichte – neue Forschungsergebnisse – aktuelle Probleme, Bern [2]1977 (Helvetia politica. Series B, 4).

Gschwend, Hanspeter: „Echo der Zeit". Weltgeschehen am Radio, Zürich [2]2006.

Guillamet, Jaume et al.: La Transición Española en la prensa europea y norteamericana. Cuatro miradas: Francia, Italia, Reino Unido y EEUU (1975–1978), in: Jaume Guillamet/Francesc Salgado

(Hg.): El periodismo en las transiciones políticas. De la Revolución Portuguesa y la Transición Española a la Primavera Árabe, Madrid 2014, S. 111–135.
Gunther, Richard/Montero, José Ramón/Wert, José Ignacio: The Media and Politics in Spain: From Dictatorship to Democracy, in: Richard Gunther/Anthony Mughan (Hg.): Democracy and the Media. A Comparative Perspective, Cambridge 2000, S. 28–84.
Gysin, Nicole: Qualität und Quote – der Kulturauftrag der SRG, in: Theo Mäusli/Andreas Steigmeier (Hg.): Radio und Fernsehen in der Schweiz. Geschichte der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG 1958–1983, Baden 2006, S. 239–292.
Hächler, Beat: Automobilmachung: zur Geschichte der Massenmotorisierung Spaniens (1939–1975), Saarbrücken 1991 (Forschungen zu Spanien 8).
Haubrich, Walter: Spaniens Politik mit und ohne Franco, in: Ders./Carsten R. Moser: Francos Erben: Spanien auf dem Weg in die Gegenwart, Köln 1976, S. 13–173.
Haubrich, Walter: La transición española en la prensa alemana. El caso de *Frankfurter Allgemeine,* in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Prensa y democracia. Los medios de comunicación en la Transición, Madrid 2009, S. 297–304.
Haupt, Heinz-Gerhard/Weinhauer, Klaus: Terrorism and the state, in: Donald Bloxham/Robert Gerwarth (Hg.): Political Violence in Twentieth-Century Europe, Cambridge 2011, S. 176–209.
Heine, Hartmut: La contribución de la „nueva izquierda“ al resurgir de la democracia española, 1957–1976, in: Josep Fontana (Hg.): España bajo el franquismo, Barcelona 2000, S. 142–159.
Hermida Revillas, Carlos: La oposición revolucionaria al franquismo: el Partido Comunista de España (marxista-leninista) y el Frente Revolucionario Antifascista y Patriota, in: Historia y comunicación social 2, 1997, S. 297–312.
Herold-Schmidt, Hedwig: Vom Ende der Ersten zum Scheitern der Zweiten Republik, in: Peer Schmidt (Hg.): Kleine Geschichte Spaniens, Stuttgart 2004, S. 329–442.
Heßler, Martina: Bilder zwischen Kunst und Wissenschaft. Neue Herausforderungen für die Forschung, in: Geschichte und Gesellschaft 31, 2005, S. 266–292.
Hickethier, Knut: Film- und Fernsehanalyse, Stuttgart ³2001.
Hickethier, Knut: Mediengeschichte, in: Gebhard Rusch (Hg.): Einführung in die Medienwissenschaft. Konzeptionen, Theorien, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2002, S. 171–188.
Hickethier, Knut: Fernsehen, Rituale und Subjektkonstitution. Ein Kapitel Fernsehtheorie, in: Kathrin Fahlenbrach/Ingrid Brück/Anne Bartsch (Hg.): Medienrituale. Rituelle Performanz, in Film, Fernsehen und Neuen Medien, Wiesbaden 2008, S. 47–57 (Reinhold Viehoff zum 60. Geburtstag).
Hickethier, Knut: Europa und die Wirklichkeiten der Fernsehgesellschaft, in: Ute Daniel/Axel Schildt (Hg.): Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln, Weimar, Wien 2010, S. 149–174 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte 77).
Hilger, Susanne: „Kapital und Moral“ in der Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung, in: Dies. (Hg.): Kapital und Moral. Ökonomie und Verantwortung in historisch-vergleichender Perspektive, Köln, Weimar, Wien 2007, S. 9–34.
Hirt, Matthias: Die Schweizerische Bundesverwaltung im Umgang mit der Arbeitsmigration. Sozial-, kultur- und staatspolitische Aspekte. 1960 bis 1972, Saarbrücken 2009.
Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München ⁹2009.

von Hodenberg, Christina: Expeditionen in den Methodendschungel. Herausforderungen der Zeitgeschichtsforschung im Fernsehzeitalter, in: Journal of Modern European History 10, 2012, S. 24–48.

Höpflinger, François: Das unheimliche Imperium. Wirtschaftsverflechtung in der Schweiz, Zürich 1977.

Hofmann, Birgit/Wezel, Katja: Einleitung: Neue nationale und transnationale Perspektiven der Diktaturüberwindung in Europa, in: Dies., et. al. (Hg.): Diktaturüberwindung in Europa. Neue nationale und transnationale Perspektiven, Heidelberg 2010, S. 1–18.

Holzkamp, Klaus: Sinnliche Erkenntnis: historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, hg. v. Frigga Haug/Wolfgang Maiers/Ute Osterkamp, Hamburg 2006 (Klaus Holzkamp Schriften IV).

Hosang, Balz Christian: Parteien und Presse. Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und der politischen Presse, Phil. Diss. Univ. Zürich, Bern 1974.

Hoyo Barbolla, Ana del: Las relaciones entre España y la CEE (1964–1967): un acercamiento con recelo producto de la necesidad mutua, in: Ayer 58, 2005, S. 253–276.

Huber, Peter: Die Schweizer Spanienfreiwilligen. Biografisches Handbuch, in Zusammenarbeit mit Ralph Hug, Zürich 2009.

Hürlimann, Gisela/Jey Aratnam, Ganga: Die Aporien der Demokratie. Politische Partizipation, Integration und die „Ausländerfrage", 1960 bis heute, in: Studien und Quellen 30, 2004, S. 109–144.

Hug, Peter: Der gebremste Aufbruch. Zur Aussenpolitik der Schweiz in den 60er Jahren, in: Mario König et al. (Hg.): Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren, Zürich 1998, S. 95–114 (Die Schweiz: Staat – Gesellschaft – Politik 3).

Hug, Ralph: Schweizer in Francos Diensten. Die Francofreiwilligen im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939, in: SZG 61, 2011, S. 189–207.

Hug, Ralph: Schweizer unter Franco. Eidgenössische Diplomatie und die vergessenen Opfer der Franco-Diktatur 1936–1947, Zürich 2013.

Hug, Ralph: Swiss Consular Influence in the Aftermath of Franco's Victory: The Case of Carlos Brunner, in: Bulletin of Spanish Studies: Hispanic Studies and Researches on Spain, Portugal and Latin America 91, 2014, S. 137–158.

Huntington, Samuel P.: How Countries Democratize, in: Political Science Quarterly 106, 1991/92, S. 579–616.

Imhof, Kurt: Öffentlichkeit und Gesellschaft, in: Michael Schanne/Peter Schulz (Hg.): Journalismus in der Schweiz. Fakten, Überlegungen, Möglichkeiten, Aarau 1993, S. 45–68 (Schriften zur Medienpraxis 10).

Imhof, Kurt: Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung. Von der „Volksgemeinschaft" vor dem Krieg zum Streit über die „Nachkriegsschweiz" im Krieg, in: Ders./Heinz Kleger/Gaetano Romano (Hg.): Krise und Sozialer Wandel, Band 2: Konkordanz und Kalter Krieg, Zürich 1996, S. 19–83.

Imhof, Kurt: Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung: Kalter Krieg in der Schweiz, in: Ders./Heinz Kleger/Gaetano Romano (Hg.): Krise und Sozialer Wandel, Band 2: Konkordanz und Kalter Krieg, Zürich 1996, S. 173–247.

Imhof, Kurt/Romano, Gaetano: Die Diskontinuität der Moderne. Zur Theorie des sozialen Wandels, Frankfurt, New York 1996 (Theorie und Gesellschaft 36).

Imhof, Kurt: Entstabilisierungen. Zukunftsverlust und Komplexitätsreduktion in der öffentlichen politischen Kommunikation der 60er Jahre, in: Ders./Heinz Kleger/Gaetano Romano (Hg.): Krise und Sozialer Wandel, Band 3: Vom kalten Krieg zur Kulturrevolution, Zürich 1999, S. 35–54.

Imhof, Kurt: Öffentlichkeit und Identität, in: Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M., New York 2002, S. 37–56.

Iriye, Akira: Transnational History, in: Contemporary European History 13, 2004, S. 211–222.

Iriye, Akira: The Transnational Turn, in: Diplomatic History 31, 2007, S. 373–376.

Jarausch, Konrad H.: Towards a Social History of Experience: Postmodern Predicaments in Theory and Interdisciplinarity, in: Central European History 22, 1989, S. 427–443.

Jasper, James M.: The Emotions of Protest: Affective and Reactive Emotions In and Around Social Movements, in: Sociological Forum, 13, 1998, S. 397–424.

Jiménez, Pablo: La reacción contra la historia. Donoso Cortés y Carl Schmitt, in: Miguel Ángel Ruiz Carnicer/Carmen Frías Corredor (Hg.): Nuevas tendencias historiográficas e historia local en España: actas del II Congreso de Historia Local de Aragón (Huesca, 7 al 9 de julio de 1999), Huesca 2001, S. 401–416.

Jost, Hans Ulrich: Anfänge der kulturellen Aussenpolitik der Schweiz, in: Urs Altermatt/Judit Garamvölgyi (Hg.): Innen- und Aussenpolitik. Primat oder Interdependenz? Bern, Stuttgart 1980, S. 581–590 (Festschrift zum 60. Geburtstag von Walther Hofer).

Jost, Hans Ulrich: Bedrohung und Enge (1914–1945), Kap. 8, in: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel ^{4}2006, S. 731–819.

Judt, Tony: Postwar. A History of Europe since 1945, London 2005.

Juliá, Santos: Sociedad y política, in: Manuel Tuñón de Lara (Hg.): Transición y democracia (1973–1985), Historia de España, Bd. X, Barcelona 1992, S. 29–186.

Kaelble, Hartmut: Das europäische Selbstverständnis und die europäische Öffentlichkeit im 19. und 20. Jahrhundert, in: Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M., New York 2002, S. 85–109.

Kaelble, Hartmut: Europäische Geschichte aus westeuropäischer Sicht? in: Gunilla Budde/Sebastian Conrad/Oliver Janz (Hg.): Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2006, S. 105–116 (Jürgen Kocka zum 65. Geburtstag).

Kaelble, Hartmut: Konvergenzen und Divergenzen in der Gesellschaft Europas seit 1945, in: Lutz Raphael (Hg.): Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert, Wien, Köln, Weimar 2012, S. 21–36 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte 82).

Kämper, Heidrun: Aspekte des Demokratiediskurses der späten 1960er Jahre. Konstellationen – Kontexte – Konzepte, Berlin 2012.

Kämper, Heidrun: Der Faschismus-Diskurs 1967/68. Semantik und Funktion, in: Dies./Joachim Scharloth/Martin Wengeler (Hg.): 1968. Eine sprachwissenschaftliche Zwischenbilanz, Berlin, Boston 2012, S. 259–285 (Sprache und Wissen 6).

Käuser, Andreas: Historizität und Medialität. Zur Geschichtstheorie und Geschichtsschreibung von Medienumbrüchen, in: Rolf Schnell (Hg.): MedienRevolutionen. Beiträge zur Mediengeschichte der Wahrnehmung, 2006 Bielefeld, S. 147–166 (Medienumbrüche 18).

Kaiser, Wolfram/Salm, Christian: Transition und Europäisierung in Spanien und Portugal. Sozial- und christdemokratische Netzwerke im Übergang von der Diktatur zur parlamentarischen Demokratie, in: Archiv für Sozialgeschichte 49, 2009, S. 259–282.
Kalt, Monica: Tiersmondismus in der Schweiz der 1960er und 1970er Jahre. Von der Barmherzigkeit zur Solidarität, Bern, Berlin, Bruxelles, Frankfurt a. M., New York, Oxford, Wien 2010 (Social Strategies 45).
Kaufmann, Urs/Stieger, Nikolaus: 100 Jahre Tages-Anzeiger. Die Chronik, in: Werner Catrina/Roger Blum/Toni Lienhard (Hg.): Medien zwischen Geld und Geist, Zürich 1993, S. 199–299.
Keane, John: Global Publics? Civil Society, Journalism and Democracy across Borders, in: Gunilla Budde/Sebastian Conrad/Oliver Janz (Hg.): Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2006, S. 304–317 (Jürgen Kocka zum 65. Geburtstag).
Kleger, Heinz: Die nationale Bürgergesellschaft im Krieg und Nachkrieg: 1943–1955, in: Ders./Kurt Imhof/Gaetano Romano (Hg.): Krise und Sozialer Wandel, Band 2: Konkordanz und Kalter Krieg, Zürich 1996, S. 111–171.
Kleger, Heinz: Normalfall und Sonderfall: Unheimliche Stabilität bei rasanten Veränderungen 1956–1963, in: Ders./Kurt Imhof/Gaetano Romano (Hg.): Krise und Sozialer Wandel, Band 3: Vom kalten Krieg zur Kulturrevolution, Zürich 1999, S. 191–234.
Kiefer, Marie Luise: Tendenzen und Wandlungen in der Presse-, Hörfunk- und Fernsehrezeption seit 1964, in: Walter Klingler/Gunnar Roters/Maria Gerhards (Hg.): Medienrezeption seit 1945. Forschungsbilanz und Forschungsperspektiven, Baden-Baden [2]1999, S. 93–105 (Forum Medienrezeption 1).
Kießling, Friedrich: (Welt-)Öffentlichkeit, in: Jost Dülffer/Wilfried Loth (Hg.): Dimensionen internationaler Geschichte, München 2012, S. 85–105 (Studien zur Internationalen Geschichte 30).
Kießling, Simon: Die antiautoritäre Revolte der 68er. Postindustrielle Konsumgesellschaft und säkulare Religionsgeschichte der Moderne, Köln 2006.
Klima, Rolf: Wahrnehmung, in: Lexikon zur Soziologie, [5]2011, S. 744.
Knetsch, Gabriele: Die Waffen der Kreativen. Bücherzensur und Umgehungsstrategien im Franquismus (1939–1975), Frankfurt a. M. 1999 (Iberoamericana, Serie A: Literaturgeschichte und –kritik 22).
König, Mario: Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Krisen, Konflikte, Reformen, in: Manfred Hettling et al.: Eine kleine Geschichte der Schweiz. Der Bundesstaat und seine Traditionen, Frankfurt a. M. 1998, S. 21–90.
Köppinger, Peter Hubert: Legitimität und Pressekontrolle im Franco-Regime. Entwicklungsaspekte einer autoritären Diktatur, Diss. Wirtschafts- und Sozialwiss. Fak. Univ. Köln 1977.
Koller, Christian: „Es ist zum Heulen.“ Emotionshistorische Zugänge zur Kulturgeschichte des Streikens, in: Geschichte und Gesellschaft 36, 2010, S. 66–92.
Koselleck, Reinhart: Zur historisch-politischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe, in: Ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1989, S. 211–259.
Kraushaar, Wolfgang: Theorien und Ideologien der 68er Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Damir Skenderovic/Christina Späti (Hg.): 1968 – Revolution und Gegenrevolution. Neue Linke und Neue Rechte in Frankreich, der BRD und der Schweiz, Basel 2008, S. 37–50 (Itinera Fasc. 27).
Kreienbrink, Axel: La política de emigración a través de la historia del IEE, in: Luís M. Calvo Salgado et al.: Historia del Instituto Español de Emigración, Madrid 2009, S. 13–33.

Kreis, Georg: Zensur und Selbstzensur. Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg, Frauenfeld 1973.

Kreis, Georg (Hg.): Staatsschutz in der Schweiz. Die Entwicklung von 1935–1990. Eine multidisziplinäre Untersuchung im Auftrag des Bundesrates, Bern 1993.

Kreis, Georg: Die Schweiz wird zum Einwanderungsland, in: Walter Leimgruber et al. (Hg.): „Goldene Jahre": zur Geschichte der Schweiz seit 1945, Zürich 1999, S. 33–57.

Kreis, Georg: Die Schweiz und Südafrika 1948–1994: Schlussbericht des im Auftrag des Bundesrates durchgeführten NFP 42+, Bern 2005.

Kreis, Georg: Die Neutralität – eine historische Kategorie für eine künftige Politik? in: Ders. (Hg.): Die Schweizer Neutralität. Beibehalten, umgestalten oder doch abschaffen? Zürich 2007, S. 35–50.

Krempien, Petra: Geschichte des Reisens und des Tourismus. Ein Überblick von den Anfängen bis zur Gegenwart, Limburgerhof 2000.

Kühnhardt, Ludger: Wahrnehmung als Methode. Mentalität, Kultur und Politik „des Anderen" vor neuen Herausforderungen, in: Birgit Aschmann/Michael Salewski (Hg.): Das Bild „des Anderen". Politische Wahrnehmung im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2000, S. 9–20 (Historische Mitteilungen im Auftrage der Ranke-Gesellschaft, Beiheft 40).

Kury, Patrick: Die Gründung des Grenzsanitätsdienstes im Jahr 1920 und die Pathologisierung des „Ostens", in: Claudia Opitz/Brigitte Studer/Jakob Tanner (Hg.): Kriminalisieren – Entkriminalisieren – Normalisieren, Zürich 2006, S. 243–259 (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 21).

van Laak, Dirk: Technokratie im Europa des 20. Jahrhunderts – eine einflussreiche „Hintergrundideologie", in: Lutz Raphael (Hg.): Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert, Wien, Köln, Weimar 2012, S. 101–128 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte 82).

Laiz, Consuelo: Los partidos de la izquierda radical durante la transición española, Madrid 1995.

Lang, Josef: Das baskische Labyrinth: Unterdrückung und Widerstand in Euskadi, Frankfurt a. M. [2]1988.

Larubia-Prado, Francisco: Franco as cyborg: „The body re-formed by politics: Part flesh, part machine", in: Journal of Spanish Cultural Studies 1, 2000, S. 135–152.

Latorre Catalán, Marta: Ciudadanos en democracia ajena: aprendizajes políticos de la emigración de retorno española en Alemania durante el Franquismo, in: Migraciones y Exilios 7, 2006, S. 81–96.

Latzer, Michael/Saurwein, Florian: Europäisierung durch Medien: Ansätze und Erkenntnisse der Öffentlichkeitsforschung, in: Wolfgang R. Langenbucher/Michael Latzer (Hg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: eine transdisziplinäre Perspektive, Wiesbaden 2006, S. 10–44.

Lemus López, Encarnación: La imagen de la transición española en Chile, in: Javier Tusell et al. (Hg.): Historia de la transición y consolidación democrática en España (1975–1986), 2 Bde., Bd. 2., (Madrid, 30 de noviembre, 1 y 2 de diciembre de 1995), Madrid 1995, S. 111–125.

Lemus, Encarnación: Las posiciones francesas ante la desaparición de Franco y el establecimiento de la Monarquía, in: Historia del Presente 6, 2005, S. 61–84.

Lemus López, Encarnación: Entre la intervención y la supervisión. Las potencias occidentales ante el cambio político peninsular, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Historia de la Transición en España. Los inicios del proceso democratizador, Madrid 2007, S. 369–380.

Lemus López, Encarnación: Percepciones de la prensa norteamericana y la francesa ante la transición española, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Prensa y democracia. Los medios de comunicación en la Transición, Madrid 2009, S. 249–262.
Le Saulnier, Guillaume: La médiatisation de la police du *point de vue* des policiers: le ressort professionnel de la réception des médias, in: Michaël Meyer (Hg.): Médiatiser la police. Policer les médias, Lausanne 2012, S. 163–175.
Levy, René/Duvanel, Laurent: Politik von unten: Bürgerprotest in der Nachkriegsschweiz, Basel 1984.
Lewis, Paul H.: Latin Fascist Elites. The Mussolini, Franco, and Salazar Regimes, Westport CT, London 2002.
Liliequist, Jonas: The Political Rhetoric of Tears in Early Modern Sweden, in: Ders. (Hg.): A History of Emitions, 1200–1800, London 2012, S. 181–205.
Lindenberger, Thomas: Einleitung, in: Ders. (Hg.): Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen, Köln, Weimar, Wien 2006, S. 9–23 (Zeithistorische Studien 33).
Linz, Juan J.: Ein autoritäres Regime. Der Fall Spanien [1964], hg. v. Raimund Krämer/Christoph Sebastian Widdau, Potsdam 2011.
Linz, Juan J./Stepan, Alfred: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore, London 1996.
Linz, Juan J.: La transición española en perspectiva comparada, in: Javier Tusell/Álvaro Soto (Hg.): Historia de la transición 1975–1986, Madrid 1996, S. 21–45.
Linz, Juan J.: Totalitarian and Authoritarian Regimes, London 2000.
Lipset, Seymour Martin: Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Ernst Nolte (Hg.): Theorien über den Faschismus, Köln [3]1972, S. 449–491.
Lleda, Canela: El caso Puig Antich en la prensa francesa, in: Historia Actual Online 25, 2011, S. 159–162.
Löffler, Rolf: „Zivilverteidigung“ – Antikommunismus und geistige Landesverteidigung im Kalten Krieg in Buchform, unveröffentl. Lizentiatsarbeit Univ. Bern 2002.
Löffler, Rolf: „Zivilverteidigung“ – die Entstehungsgeschichte des „roten Büchleins“, in: SZG 54, 2004, S. 173–187.
Loth, Wilfried/Wessels, Wolfgang: Auf dem Weg zur Integrationswissenschaft, in: Dies. (Hg.): Theorien europäischer Integration, Opladen 2001, S. 7–15 (Grundlagen für Europa 7).
Lüdtke, Alf: Geschichte und Eigensinn, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.): Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte, Münster 1994, S. 139–153.
Lüönd, Karl: Weltwärts. Kuoni: Die Zukunft des Reisens. Seit 1906, hg. v. der Kuoni Reisen Holding AG aus Anlass des 100-jährigen Bestehens der Kuoni-Reiseorganisation, Zürich 2006.
Lüthi, Barbara/Zeugin, Bettina/David, Thomas: Transnationalismus – eine Herausforderung für nationalstaatliche Perspektiven in den Kulturwissenschaften? in: Traverse 1, 2005, S. 7–12.
Luginbühl, David: Vom „Zentralorgan“ zur unabhängigen Tageszeitung? Das „Vaterland“ und die CVP 1955–1991, Fribourg 2007 (Religion – Politik – Gesellschaft in der Schweiz 45).
Luhmann, Niklas: Die Realität der Massenmedien, Wiesbaden [4]2009.
Macher, Julia: Historische „Meistererzählungen“ über Bürgerkrieg und Franco-Diktatur in Parlament und Printmedien Spaniens (1975–1978), in: Krzysztof Ruchniewicz/Stefan Troebst (Hg.): Diktaturbewältigung und nationale Selbstvergewisserung. Geschichtskulturen in Polen und Spanien im Vergleich, Wrocław 2004, S. 139–147 (Monografie Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta Uniwersytetu Wrocławskiego 12).

Mäusli, Theo/Steigmeier, Andreas (Hg.): Radio und Fernsehen in der Schweiz. Geschichte der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG 1958–1983, Baden 2006.

Mäusli, Theo/Steigmeier, Andreas: Wachstum und zunehmende Komplexität – Die SRG als eine Schweiz im Kleinen, in: Theo Mäusli/Andreas Steigmeier (Hg.): Radio und Fernsehen in der Schweiz. Geschichte der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG 1958–1983, Baden 2006, S. 365–372.

Maissen, Thomas: Die Geschichte der NZZ 1780–2005, Zürich 2005.

Malefakis, Edward: La dictadura de Franco en una perspectiva comparada, in: José Luis García Delgado (Hg.): Franquismo. El juicio de la historia, Madrid ²2000, S. 11–55.

Malefakis, Edward: The Franco Dictatorship: A Bifurcated Regime? in: Nigel Townson (Hg.): Spain Transformed. The Late Franco Dictatorship, 1959–75, Basingstoke 2007, S. 248–254.

Marcacci, Marco: L'avvento della televisione e il rinnovamento della radio (1962–1982), in: Theo Mäusli (Hg.): Voce e Specchio. Storia della radiotelevisione svizzera di lingua italiana, Locarno 2009, S. 121–196.

Maresca, Sylvain: Des individus sous l'uniforme. La question du droit à l'image des policiers, in: Michaël Meyer (Hg.): Médiatiser la police. Policer les médias, Lausanne 2012, S. 143–162.

Martín Aceña, Pablo/Martínez Ruiz, Elena: The Golden Age of Spanish Capitalism: Economic Growth without Political Freedom, in: Nigel Townson (Hg.): Spain Transformed. The Late Franco Dictatorship, 1959–75, Basingstoke 2007, S. 30–46.

Martín de la Guardia, Ricardo/Pérez Sánchez, Guillermo A.: Bajo la influencia de Mercurio: España y la Europa del Este en los últimos años del franquismo, in: Historia del Presente 6, 2005, S. 43–59.

Martín García, Óscar J.: Emisarios de la moderación. La diplomacia pública británica ante el fin de las dictaduras ibéricas, in: Hispania. Revista Española de Historia LXXII, 2012, S. 789–816.

Martínez Lillo, Pedro A.: Consenso y política exterior en la transición española, in: Javier Tusell/Álvaro Soto (Hg.): Historia de la transición 1975–1986, Madrid 1996, S. 159–181.

Martínez Lillo, Pedro. A.: La política exterior de España en el marco de la Guerra Fría: del aislamiento limitado a la integración parcial en la sociedad internacional, 1945–1953, in: Juan Avilés/Rosa Pardo/Javier Tusell (Hg.): La política exterior de España en el siglo XX, Madrid 2000, S. 323–340.

Martínez Soler, José Antonio: Cambio 16, Doblón e Historia Internacional: Conquistando la libertad palabra a palabra, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Prensa y democracia. Los medios de comunicación en la Transición, Madrid 2009, S. 199–208.

Mateos, Abdón: El PSOE contra Franco: continuidad y renovación del socialismo español: 1953–1974, Madrid 1993.

Mateos, Abdón: Una transición dentro de la transición. Auge, unidad y „conversión" de los socialistas, in: Javier Tusell/Álvaro Soto (Hg.): Historia de la transición 1975–1986, Madrid 1996, S. 216–235.

Mateos López, Abdón: La transición del PSOE durante los años setenta, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Historia de la Transición en España. Los inicios del proceso democratizador, Madrid 2007, S. 285–299.

Mattioli, Aram: Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur. Gonzague de Reynold und die Tradition der autoritären Rechten in der Schweiz, Zürich 1994.

Mawby, Rob C.: Compléter l'„image tronquée"? Les représentations médiatiques de la police, in: Michaël Meyer (Hg.): Médiatiser la police. Policer les médias, Lausanne 2012, S. 85–107.

Maxwell, Kenneth: Spain's Transition to Democracy: A Model for Eastern Europe? in: Proceedings of the Academy of Political Science 38, 1991, S. 35–49.

McDonough, Peter: Identities, Ideologies, and Interests: Democratization and the Culture of Mass Politics in Spain and Eastern Europe, in: The Journal of Politics 57, 1995, S. 649–676.

McDonough, Peter/Shin, Doh C./Moisés, José Álvaro: Comparing Spain, Brazil, and Korea, in: The Journal of Politics 60, 1998, S. 919–953.

Meier, Markus: Die Schweizer Presse und Indien. Indien-Medienereignisse im Kalten Krieg, in: Kurt Imhof/Heinz Kleger/Gaetano Romano (Hg.): Krise und Sozialer Wandel, Band 3: Vom kalten Krieg zur Kulturrevolution, Zürich 1999, S. 159–189.

Meier, Peter: Die Lücken schliessen. Zum (Zu-)Stand der Schweizer Mediengeschichte. Eine synoptische Bestandesaufnahme, in: SZG 60, 2010, S. 4–12.

Meier, Peter/Häussler, Thomas: Zwischen Masse, Markt und Macht: Das Medienunternehmen Ringier im Wandel (1833–2009), 2. Bde., Zürich 2010.

Meier, Rudolf: Der schweizerische Freisinn. Bewahrung einer geschichtlichen Doktrin in der Gegenwart? Zürich 1978.

Messerli, Alfred: Zur Geschichte der Medien des Rates, in: Peter-Paul Bänziger et al. (Hg.): Fragen Sie Dr. Sex! Ratgeberkommunikation und die mediale Konstruktion des Sexuellen, Berlin 2010, S. 30–57.

Metzger, Thomas: Antikommunismus in der „Schweizer Rundschau" nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Urs Altermatt (Hg.): Katholische Denk- und Lebenswelten. Beiträge zur Kultur- und Sozialgeschichte des Schweizer Katholizismus im 20. Jahrhundert, Fribourg 2003, S. 247–263.

Meyer, Conrad: Das Unternehmen NZZ 1780–2005, Zürich 2005.

Meyer, Jan-Henrik: The European Public Sphere. Media and Transnational Communication in European Integration 1969–1991, Stuttgart 2010 (Studien zur Geschichte der Europäischen Integration SGEI 10).

Milza, Pierre: Les imitations du fascisme en Europe, in: Maurice Duverger (Hg.): Dictatures et légitimité, Paris 1982, S. 284–308.

Missfelder, Jan-Friedrich: Die Gegenkraft und ihre Geschichte. Carl Schmitt, Reinhart Koselleck und der Bürgerkrieg, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 58, 2006, S. 310–336.

Montabés Pereira, Juan: Los parlamentos de papel en el caso español, in: Carlos H. Filgueira/Dieter Nohlen (Hg.): Prensa y transición democrática, Frankfurt a. M., Madrid 1994, S. 42–67.

Moosmann, Reto: Die Verwässerung des „generellen Ausfuhrverbots" im Dienste von Armee und Rüstungsindustrie: zur Kriegsmaterialausfuhrpolitik des Bundesrates in den 1950er und 60er Jahren, in: SZG 56, 2006, S. 152–167.

Moreno, Francisco: La represión en la posguerra, in: Santos Juliá (Hg.): Víctimas de la guerra civil. Una aportación imprescindible a un debate que sigue abierto, Madrid 1999, S. 275–411.

Moreno Cantano, Antonio César: Propaganda y neutralidad: la proyección de la España franquista en Suiza (1936–1945), in: Carlos Navajas Zubeldia/Diego Iturriaga Barco (Hg.): Coetánea. Actas del III Congreso Internacional de Historia de Nuestro Tiempo, Logroño 2012, S. 227–236.

Moreno Juste, Antonio: La crisis de 1975 en las relaciones España-CEE: el papel de la cooperación política europea, in: Historia del Presente 6, 2005, S. 85–107.

Moreno Luzón, Javier: ¿„El rey de todos los españoles"? Monarquía y nación, in: Ders./Xosé M. Núñez Seixas (Hg.): Ser españoles. Imaginarios nacionalistas en el siglo XX, Barcelona 2013, S. 133–167.

Moser, Carsten R.: Tourismus und Entwicklungspolitik. Dargestellt am Beispiel Spaniens, Hamburg 1972.

Moser, Carsten R.: Spaniens wirtschaftliche Zukunft nach Franco, in: Ders./Walter Haubrich: Francos Erben: Spanien auf dem Weg in die Gegenwart, Köln 1976, S. 177–293.
Müller, Rudolf: Technik zwischen Programm, Kultur und Politik, in: Theo Mäusli/Andreas Steigmeier (Hg.): Radio und Fernsehen in der Schweiz. Geschichte der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG 1958–1983, Baden 2006, S. 187–237.
Mughan, Anthony/Gunther, Richard: The Media in Democratic and Nondemocratic Regimes: A Multilevel Perspective, in: Dies. (Hg.): Democracy and the Media. A Comparative Perspective, Cambridge 2000, S. 1–27.
Mujal-León, Eusebio: Communism and Political Change in Spain, Bloomington 1983.
Müller, Marita: Politische Parteien in Spanien (1977–1982), Saarbrücken 1994 (Forschungen zu Spanien 14).
Muniesa, Bernat: Dictadura y monarquía en España. De 1939 hasta la actualidad, Barcelona 1996.
Muñoz Sánchez, Antonio: El amigo alemán. El SPD y el PSOE de la dictadura a la democracia, Barcelona 2012.
Muñoz Soro, Javier: Parlamentos de papel: la prensa crítica en la frisis del franquismo, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Historia de la Transición en España. Los inicios del proceso democratizador, Madrid 2007, S. 449–461.
Muñoz Soro, Javier: La parábola de *Cuadernos para el Diálogo*: De la pasión política a las instituciones, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Prensa y democracia. Los medios de comunicación en la Transición, Madrid 2009, S. 183–197.
Navarro, Vicenç: ¿Franquisme o feixisme? in: Estudios sobre la Constitución Española. Homenaje al profesor Jordi Solé Tura, 2. Bde., Bd. 1, Madrid 2008, S. 187–205.
Nehring, Holger: Transnationale soziale Bewegungen, in: Jost Dülffer/Wilfried Loth (Hg.): Dimensionen internationaler Geschichte, München 2012, S. 129–149 (Studien zur Internationalen Geschichte 30).
Nolte, Ernst: Faschismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe 2, 1975, S. 329–336.
Nolte, Ernst: Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen, München ^{8}1982.
Núñez, Xosé-Manoel/Stucki, Andreas: Neueste Entwicklungen und Tendenzen der postdiktatorischen Geschichtskultur in Spanien, in: Stefan Troebst (Hg.): Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas. Bestandesaufnahme und Forschungsperspektiven, Göttingen 2010, S. 205–223 (Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert 5).
Núñez Florencio, Rafael: Sol y sangre: la imagen de España en el mundo, Madrid 2001.
Núñez Florencio, Rafael: La percepción exterior de España durante el franquismo, in: Historia Contemporánea 30, 2005, S. 23–48.
Oren, Ido: Uncritical Portrayals of Fascist Italy and of Iberic-Latin Dictatorships in American Political Science, in: Comparative Studies in Society and History 42, 2000, S. 87–118.
Ortuño Anaya, Pilar: European Socialists and Spain. The Transition to Democracy, 1959–77, Basingstoke 2002.
Pack, Sasha D.: Tourism and Dictatorship. Europe's Peaceful Invasion of Franco's Spain, New York, Hampshire 2006.
Pack, Sasha D.: Tourism and Political Change in Franco's Spain, in: Nigel Townson (Hg.): Spain Transformed. The Late Franco Dictatorship, 1959–75, Basingstoke 2007, S. 47–66.
Palafox Gámir, Jordi: España y la economía internacional, in: Ayer 49, 2003, S. 161–184.

Paletz, David L.: Political Humor and Authority: From Support to Subversion, in: International Political Science Review 11, 1990, S. 483–493.

The Palgrave Dictionary of Transnational History, London 2009.

Palomares, Cristina: The Quest for Survival after Franco. Moderate Francoism ant the Slow Journey to the Polls, 1964–1977, Brighton, Portland 2004.

Pardo Sanz, Rosa: La etapa Castiella y el final del régimen, 1957–1975, in: Juan Avilés/Rosa Pardo/Javier Tusell (Hg.): La política exterior de España en el siglo XX, Madrid 2000, S. 341–369.

Pascual Martínez, Pedro: La prensa construyó la democracia, in: Javier Tusell et al. (Hg.): Historia de la transición y consolidación democrática en España (1975–1986), 2 Bde., Bd. 2., Madrid 1995, S. 517–533 (Madrid, 30 de noviembre, 1 y 2 de diciembre de 1995).

Paxton, Robert O.: Anatomie des Faschismus, übers. v. Dietmar Zimmer, München 2006.

Payne, Stanley G.: Spanish Catholicism: an historical overview, Madison-Wisconsin 1984.

Payne, Stanley G.: The Franco Regime 1936–1975, Madison-Wisconsin, London 1987.

Payne, Stanley G.: Spanish Fascism, in: Salmagundi 76/77, 1987/88, S. 101–112.

Payne, Stanley G.: Fascism in Spain. 1923–1977, Madison-Wisconsin, London 1999.

Payne, Stanley G.: La política, in: José Luis García Delgado (Hg.): Franquismo. El juicio de la historia, Madrid [2]2000, S. 233–285.

Pedroli, Gian-Andrea: Ein Partisan blickt zurück. Der Schweizer Alessandro Pedroli im faschistischen Turin, unveröffentl. Maturitätsarbeit der Kantonsschule Wiedikon (Zürich), Herbstsemester 2010/2011.

Pereira, Nuno: Le mouvement suisse de 68 et le Portugal: de la dictature à la révolution (1962–1974), in: Janick Marina Schaufelbuehl (Hg.): 1968–1978. Ein bewegtes Jahrzehnt in der Schweiz, Zürich 2009, S. 147–160.

Pereira, Nuno: Les vieux habits de la Nouvelle Gauche: aspects rituels, symboliques et hiérarchiques des organisations révolutionnaires de l'après-1968 en Suisse romande, in: Françoise Briegel/Sébastien Farré (Hg.): Rites, hiérarchies, Chêne-Bourg 2010, S. 174–186.

Pereira Castañares, Juan Carlos: La crisis de la política exterior franquista y el inicio del cambio político (1973–1976), in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Historia de la Transición en España. Los inicios del proceso democratizador, Madrid 2007, S. 353–367.

Perfecto García, Miguel Ángel/García Martín, Javier: „Nuestra Bandera". La transición doctrinal del comunismo español y el Eurocomunismo, 1975–1979. Historia de un fracaso, in: Javier Tusell et al. (Hg.): Historia de la transición y consolidación democrática en España (1975–1986), Bd. I., (Madrid, 30 de noviembre, 1 y 2 de diciembre de 1995), Madrid 1995, S. 227–252.

Peter, Antonio: Spanien unter Franco, in: Heiner Timmermann/Wolf D. Gruner (Hg.): Demokratie und Diktatur in Europa. Geschichte und Wechsel der politischen Systeme im 20. Jahrhundert, Berlin 2001, S. 445–471 (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen 95).

Pfeiler, Wolfgang: Der Begriff Faschismus als politisches Instrument und als wissenschaftliche Kategorie, in: Heiner Timmermann/Wolf D. Gruner (Hg.): Demokratie und Diktatur in Europa. Geschichte und Wechsel der politischen Systeme im 20. Jahrhundert, Berlin 2001, S. 97–106 (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen 95).

Pfetsch, Barbara/Adam, Silke: Die Akteursperspektive in der politischen Kommunikationsforschung – Fragestellungen, Forschungsparadigmen und Problemlagen, in: Dies. (Hg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, Wiesbaden 2008, S. 9–26.

Pi-Sunyer, Oriol: Political Humor in a Dictatorial State: The Case of Spain, in: Ethnohistory 24, 1977, S. 179–190.
Pimentel, Irene: A PIDE/DGS, polícia política e internacional. O relacionamiento com serviços secretos da Europa e dos EUA, in: Pedro Aires Oliveira/Maria Inácia Rezola (Hg.): O Longo Curso. Estudos em Homenagem a José Medeiros Ferreira, Lisboa 2010, S. 279–303.
Pinilla García, Alfonso: La transición de papel. El atentado contra Carrero Blanco, la legalización del PCE y el 23-F a través de la prensa, Madrid 2008.
Poutet, Hervé: Images touristiques de l'Espagne. De la propagande politique à la promotion touristique, Paris 1995.
Powell, Charles T.: España en Europa: de 1945 a nuestros días, in: Ayer 49, 2003, S. 81–119.
Preston, Paul: Salvador de Madariaga and the Quest for Liberty in Spain, Oxford 1987 (Taylorian Special Lecture, 3 November 1986).
Preston, Paul: Franco. A Biography, London 1993.
Preston, Paul: Las tres Españas del 36. Una visión radicalmente distinta y original de la compleja trama de la guerra civil española, Barcelona 1998.
Preston, Paul: Juan Carlos. A People's King, London 2004.
Preston, Paul: The Spanish Holocaust: Inquisition and Extermination in twentieth-century Spain, London 2012.
Preston, Paul: The Last Stalinist. The Life of Santiago Carrillo, London 2014.
Prieto López, Moisés: „El fascismo también nos concierne a nosotros" Organizaciones y manifestaciones de solidaridad suizas con el antifranquismo español (1970–1976), in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): IV congreso internacional Historia de la Transición en España. Sociedad y movimientos sociales, Almería, 2 al 6 de noviembre de 2009, S. 1155–1172.
Prieto, Moisés: Militärprozesse und Hinrichtungen des späten Franco-Regimes im Spiegel Schweizer Medien (1970–1975), in: SZG 60, 2010, S. 84–96.
Prieto, Moisés: Antifranchismo e protezione dello Stato in Svizzera, in: Spagna contemporanea 39, 2011, S. 31–49.
Prieto López, Moisés: Contra „Burgos" y contra la burguesía: La Liga Marxista Revolucionaria de Suiza y su compromiso antifranquista, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze Muñoz/Luis Carlos Navarro Pérez/Mónica Fernández Amador (Hg.): V Congreso Internacional Historia de la Transición en España. Las organizaciones políticas, Almería 2011, S. 821–840 (Almería, 14 –18 de noviembre 2011).
Prieto López, Moisés: La Transición española a través de programas de la radio suiza de habla italiana – RSI (1975–1978), in: Revista internacional de Historia de la Comunicación 1, 2013, S. 200–224.
Prieto López, Moisés: Entre retórica profranquista y xenofobia suiza: el populista James Schwarzenbach, in: Ayer 97, 2015, S. 195–223.
Proctor, Robert N.: Agnotology. A Missing Term to Describe the Cultural Production of Ignorance (and Its Study), in: Ders./Londa Schiebinger (Hg.): Agnotology. The Making and Unmaking of Ignorance, Stanford 2008, S. 1–33.
Prutsch, Ursula: Iberische Diktaturen. Portugal unter Salazar, Spanien unter Franco, Innsbruck 2012.
Quirosa-Cheyrouze y Muñoz, Rafael: El protagonismo de la sociedad en la conquista de la democracia, in: Ders. (Hg.): La sociedad española en la Transición. Los movimientos sociales en el proceso democratizador, Madrid 2011, S. 13–25.

Raphael, Lutz: Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart, München 2003.

Rauber, André: Histoire du mouvement communiste suisse, 2. Bde., Genève 1997–2000 (Suisse événements 1–2).

Rauber, André: L'anticommunisme en Suisse, une quasi-doctrine d'Etat, entre phobie et manipulation de la légalité, in: Michel Caillat et al. (Hg.): Histoire(s) de l'anticommunisme en Suisse, Zürich 2009, S. 183–193.

Rauh, Felix: Audiovisuelle Mediengeschichte: archivarische und methodische Herausforderungen, in: SZG 60, 2010, S. 23–32.

Reckling, Tobias: Entre la dictadura y la democracia. La muerte de Franco y las primeras elecciones democráticas de 1977 vistas desde Alemania, in: Jaume Guillamet/Francesc Salgado (Hg.): El periodismo en las transiciones políticas. De la Revolución Portuguesa y la Transición Española a la Primavera Árabe, Madrid 2014, S. 137–143.

Reig Cruañes, Pepe: La prensa en la transición democrática: ni „motor del cambio“ ni „parlamento de papel“, in: Jaume Guillamet/Francesc Salgado (Hg.): El periodismo en las transiciones políticas. De la Revolución Portuguesa y la Transición Española a la Primavera Árabe, Madrid 2014, S. 165–183.

Reitmayer, Morten: Politisch-soziale Ordnungsentwürfe und Meinungswissen über die Gesellschaft in Europa im 20. Jahrhundert – eine Skizze, in: Lutz Raphael (Hg.): Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert, Wien, Köln, Weimar 2012, S. 37–63 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte 82).

Requate, Jörg/Schulze Wessel, Martin: Europäische Öffentlichkeit: Realität und Imagination einer appellativen Instanz, in: Dies. (Hg.): Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2002, S. 11–39.

Ribeaud, José: Kurt Furgler, in: Urs Altermatt (Hg.): Die Schweizer Bundesräte: ein biographisches Lexikon, Zürich [2]1992, S. 539–544.

Riebenbauer, Raúl M.: El silencio de Georg. La verdadera historia de Heinz Ches, ejecutado el mismo día que Salvador Puig Antich, Barcelona 2005.

Robinson, William I.: Beyond Nation-State Paradigms: Globalization, Sociology, and the Challenge of Transnational Studies, in: Sociological Forum, 13, 1998, S. 561–594.

Rodrigo Sánchez, Javier: Los campos de concentración franquista: entre la historia y la memoria, Madrid 2003.

Rodrigo, Javier: Amnesia and Remembrance: Coping with the History of Concentration Camps in Spain, in: Krzysztof Ruchniewicz/Stefan Troebst (Hg.): Diktaturbewältigung und nationale Selbstvergewisserung. Geschichtskulturen in Polen und Spanien im Vergleich, Wrocław 2004, S. 173–180 (Monografie Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta Uniwersytetu Wrocławskiego 12).

Rodrigo Sánchez, Javier: Hasta la raíz: violencia durante la Guerra Civil y la dictadura franquista, Madrid 2008.

Rodríguez, Mari Carmen: Relations économiques entre la Suisse et l'Espagne franquiste (1936–1946), in: Mauro Cerutti/Sébastien Guex/Peter Huber (Hg.): La Suisse et l'Espagne de la République à Franco (1936–1946), Lausanne 2001, S. 505–523.

Rodríguez, Mari Carmen: 1936–1939: La Suisse face aux „deux Espagnes“; les relations économiques et politiques entre la Suisse et l'Espagne durant la guerre civile espagnole: un cas d'étude des relations internationales de la Suisse au XXe siècle, unveröffentl. Lizentiatsarbeit Univ. Fribourg 2001.

Rodríguez Gutiérrez, Cristina: Julio Álvarez del Vayo y Olloqui: ¿traidor o victima? in: Espacio, tiempo y forma. Serie V, Historia contemporánea 16, 2004, S. 291–308.
Rohner, Markus: Der Weg zur Schweizer Christdemokratie 1960–1971, in: Urs Altermatt (Hg.): Schweizer Katholizismus im Umbruch 1945–1990, Fribourg 1993, S. 189–198 (Religion – Politik – Gesellschaft in der Schweiz 7).
Romano, Gaetano: Links oder rechts oder Gemeinschaft oder Gesellschaft? Zur Konfusion politischer Unterscheidungen öffentlicher Kommunikation, in: Mario König et al. (Hg.): Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren, Zürich 1998, S. 265–275 (Die Schweiz: Staat – Gesellschaft – Politik 3).
Romano, Gaetano: Die Überfremdungsbewegung als „Neue soziale Bewegung". Zur Kommerzialisierung, Oralisierung und Personalisierung massenmedialer Kommunikation in den 60er Jahren, in: Mario König et al. (Hg.): Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren, Zürich 1998, S. 143–159 (Die Schweiz: Staat – Gesellschaft – Politik 3).
Romano, Gaetano: Vom Sonderfall zur Überfremdung. Zur Erfolgsgeschichte gemeinschaftsideologischen Denkens im öffentlichen politischen Diskurs der späten fünfziger und der sechziger Jahre, in: Kurt Imhof/Heinz Kleger/Gaetano Romano (Hg.): Krise und Sozialer Wandel, Band 3: Vom kalten Krieg zur Kulturrevolution, Zürich 1999, S. 55–93.
Rosendorf, Neil Moses: Be El Caudillo's Guest: The Franco Regime's Quest for Rehabilitation and Dollars after World War II via the Promotion of U.S. Tourism to Spain, in: Diplomatic History 30, 2006, S. 367–407.
Rosendorf, Neil Moses: „Hollywood in Madrid": American Film Producers and the Franco Regime, 1950–1970, in: Historical Journal of Film, Radio and Television 27, 2007, S. 77–109.
Rossi, Gabriele: Dario Robbiani, in: Einig – aber nicht einheitlich: 125 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz, hg. im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Zürich 2013, S. 460.
Roussellier, Nicolas: Raymond Aron, in: Dictionnaire des intellectuels français, 1996, S. 85–87.
Rozenberg, Danielle: Mémoire et oubli dans la construction démocratique espagnole, in: Anne Dulphy/Yves Léonard (Hg.): De la dictature à la démocratie: voies ibériques, Bruxelles 2003, S. 167–184.
Rubio Llorente, Francisco: Der verfassunggebende Prozeß, in: Walther L. Bernecker/Carlos Collado Seidel (Hg.): Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975–1982, München 1993, S. 127–149 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 67).
Rucht, Dieter: Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten in neuen sozialen Bewegungen, in: Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M., New York 2002, S. 327–351.
Sabrow, Martin: Der Historiker als Zeitzeuge. Autobiographische Umbruchsreflexionen deutscher Fachgelehrter nach 1945 und 1989, in: Ders./Konrad H. Jarausch (Hg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a. M., New York, 2002, S. 125–152.
Sánchez, Esther: Le tourisme des années 1960 à destination de l'Espagne: le cas des Français, in: Histoire, économie et société 21, 2002, S. 413–430.
Sánchez-Cuenca, Ignacio: La violencia terrorista en la transición española a la democracia, in: Historia del Presente 14, 2011, S. 9–24.
Sánchez González, Juan: La historia del tiempo presente en España y los estudios sobre la Transición democrática española: un balance y algunas reflexiones, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze

y Muñoz (Hg.): Historia de la Transición en España. Los inicios del proceso democratizador, Madrid 2007, S. 45–59.
Sánchez Mantero, Rafael: La imagen de España en los EEUU y la transición a la democracia, in: Javier Tusell et al. (Hg.): Historia de la transición y consolidación democrática en España (1975–1986), 2 Bde., Bd. 2., (Madrid, 30 de noviembre, 1 y 2 de diciembre de 1995), Madrid 1995, S. 147–164.
Sánchez Picón, Andrés/Marzo López, Bienvenido: *Spain is different*. Unas notas sobre la expansión turística española y la Transición política, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Historia de la Transición en España. Los inicios del proceso democratizador, Madrid 2007, S. 137–145.
Sánchez-Ron, José M.: International relations in Spanish physics from 1900 to the Cold War, in: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences 33, 2002, S. 3–31.
Sánchez Recio, Glicerio: La percepción de los cambios en los años sesenta, in: Studia Historica, Historia Contemporánea 21, 2003, S. 213–229.
Sánchez Recio, Glicerio: Los empresarios y la política económica del franquismo en los años sesenta y setenta, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Historia de la Transición en España. Los inicios del proceso democratizador, Madrid 2007, S. 157–168.
Sarasin, Philipp: Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse, Frankfurt a. M. 2003.
Saxer, Ulrich: Zur Sozialisationswirkung von Zeitungen. Wirkungstheoretische Bemerkungen anstelle einer Einleitung, in: Kurt Imhof/Heinz Kleger/Gaetano Romano (Hg.): Krise und Sozialer Wandel, Band 3: Vom kalten Krieg zur Kulturrevolution, Zürich 1999, S. 9–33.
Saz Campos, Ismael: el Franquismo: ¿Régimen autoritario o dictadura fascista? in: Javier Tusell et al. (Hg.): El régimen de Franco (1936–1975), Política y relaciones exteriores, 2. Bde., Bd. 1, Madrid 1993, S. 189–201 (Congreso internacional, Madrid, 11–14 de mayo 1993).
Saz Campos, Ismael: Fascism, Fascistization and Developmentalism in Franco's Dictatorship, in: Social History 29, 2004, S. 342–357.
Saz Campos, Ismael: Fascismo y franquismo, Valencia 2004.
Saz, Ismael: Fascismo, in: Diccionario político y social del siglo XX español, Madrid 2008, S. 549–554.
Saz, Ismael: Franquismo, in: Diccionario político y social del siglo XX español, Madrid 2008, S. 559–568.
Schade, Edzard: Kommunikations- und Mediengeschichte, in: Otfried Jarren/Heinz Bonfadelli/Gabriele Siegert (Hg.): Einführung in die Publizistikwissenschaft, Bern, Stuttgart, Wien [2]2005, S. 37–72.
Schade, Edzard: Schweizerische Medienkonzentrationsdebatte in den 1960er bis 1980er Jahren, in: Heinz Bonfadelli/Werner A. Meier/Josef Trappel (Hg.): Medienkonzentration Schweiz. Formen, Folgen, Regulierung, Bern, Stuttgart, Wien 2006, S. 253–278.
Schade, Edzard: Die SRG auf dem Weg zur forschungsbasierten Programmgestaltung, in: Theo Mäusli/Andreas Steigmeier (Hg.): Radio und Fernsehen in der Schweiz. Geschichte der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG 1958–1983, Baden 2006, S. 293–364.
Schade, Edzard: Audio- und Videodokumente als Quellen für die Kommunikations- und Medienforschung. Implikationen für die Archivierung, in: Kurt Deggeller/Ursula Ganz-Blättler/Ruth Hungerbühler (Hg.): Gehört – Gesehen. Das audiovisuelle Erbe und die Wissenschaft, Baden, Lugano 2007, S. 49–63.
Schanne, Michael: Einführung in die Mediengeschichte der Schweiz, in: Ders./Peter Schulz (Hg.): Journalismus in der Schweiz. Fakten, Überlegungen, Möglichkeiten, Aarau, Frankfurt a. M. 1993, S. 3–44 (Schriften zur Medienpraxis 10).

Schanze, Helmut: Mediengeschichte der Diskontinuität, in Ralf Schnell (Hg.): MedienRevolutionen. Beiträge zur Mediengeschichte der Wahrnehmung, Bielefeld 2006, S. 185–201 (Medienumbrüche 18).

Scheer, Monique: „Unter Deinen Schtuz und Schirm fliehen wir". Religiöse Ausdrucksformen in der Angstkultur des Kalten Kriegs, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.): Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 322–346 (Studien zum Kalten Krieg, 3).

Scherrieb, Heinz Rico: Der westeuropäische Massentourismus. Untersuchungen zum Begriff und zur Geschichte des Massentourismus insbesondere der Verhaltensweisen bundesdeutscher Urlaubsreisender, Jur. Diss. Julius-Maximilians-Univ. Würzburg 1975.

Schmidt, Peer: Diktatur und Demokratie (1939–2000), in: Ders. (Hg.): Kleine Geschichte Spaniens, Stuttgart 2004, S. 443–523.

Schmidt, Siegfried J.: Die Wirklichkeit des Beobachters, in: Ders./Klaus Merten/Siegfried Weischenberg (Hg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Opladen 1994, S. 3–19.

Schmidt-Gernig, Alexander: Ansichten einer zukünftigen „Weltgesellschaft". Westliche Zukunftsforschung der 60er und 70er Jahre als Beispiel einer transnationalen Expertenöffentlichkeit, in: Ders./Hartmut Kaelble/Martin Kirsch (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M., New York 2002, S. 393–421.

Schmidtke, Michael: Der Aufbruch der jungen Intelligenz: die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt a. M. 2003.

Schmitt, Carl: Die Diktatur [1921], Berlin [7]2006.

Schmitz, Hans Peter: Nicht-staatliche Akteure und Weltöffentlichkeit. Menschenrechte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M., New York 2002, S. 423–443.

Schneider, Thomas: Vom SRG-„Monopol" zum marktorientierten Rundfunk, in: Theo Mäusli/Andreas Steigmeier (Hg.): Radio und Fernsehen in der Schweiz. Geschichte der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG 1958–1983, Baden 2006, S. 83–137.

Schöttler, Peter: Mentalitäten, Ideologien, Diskurse. Zur sozialgeschichtlichen Thematisierung der „dritten Ebene", in: Alf Lüdtke (Hg.): Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt a. M., New York 1989, S. 85–136.

Schöttler, Peter: Mentalitäten, in: Stefan Jordan (Hg.): Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe, Stuttgart 2007, S. 205–208.

Schwager, Susanna: Das volle Leben. Männer über achtzig erzählen, Gockhausen [4]2010.

Schwarzenbach, Alexis: „Zur Lage in Deutschland": Hitlers Zürcher Rede vom 30. August 1923, in: Traverse 1, 2006, S. 176–189.

Scott, James C.: Domination and the Arts of Resistance. Hidden Transcripts, New Haven, London 1990.

Seidman, Michael: The Imaginary Revolution: Parisian students and workers in 1968, New York 2004.

Serrano Fernández, Secundino: Maquis. Historia de la guerrilla antifranquista, Madrid [5]2001.

Shubert, Adrian: A Social History of Modern Spain, London 1990.

Siegenthaler, Hansjörg: Strukturen und Prozesse in der Schweizergeschichte der Nachkriegszeit, in: Jean-Daniel Blanc/Christine Luchsinger (Hg.): achtung: die 50er Jahre! Annäherung an eine widersprüchliche Zeit, Zürich 1994, S. 11–17.

Silbermann, Alphons/Zahn, Ernest: Die Konzentration der Massenmedien und ihre Wirkungen. Eine wirtschafts- und kommunikationssoziologische Studie, Düsseldorf, Wien 1970.
Skenderovic, Damir: Das rechtspopulistische Parteienlager in der Schweiz: von den Splitterparteien zur Volkspartei, in: Traverse 1, 2007, S. 45–63.
Skenderovic, Damir: Die Neue Rechte in der Schweiz: Der lange Weg einer Gegenbewegung, in: Damir Skenderovic/Christina Späti (Hg.): 1968 – Revolution und Gegenrevolution. Neue Linke und Neue Rechte in Frankreich, der BRD und der Schweiz, Basel 2008, S. 93–110 (Itinera Fasc. 27).
Skinner, Quentin: Bedeutung und Verstehen in der Ideengeschichte. Übers. v. Gloria Buschor und Astrid Finke, in: Martin Mulsow/Andreas Mahler (Hg.): Die Cambridge School der politischen Ideengeschichte, Berlin 2010, S. 21–87.
Skordos, Adamantos: Die Diktatur der Jahre 1967 bis 1974 in der griechischen und internationalen Historiographie, in: Stefan Troebst (Hg.): Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas. Bestandesaufnahme und Forschungsperspektiven, Göttingen 2010, S. 122–204 (Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert 5).
Späti, Christina: 1968 in der Schweiz: Zwischen Revolte und Reform, in: Damir Skenderovic/ Christina Späti (Hg.): 1968 – Revolution und Gegenrevolution. Neue Linke und Neue Rechte in Frankreich, der BRD und der Schweiz, Basel 2008, S. 51–66 (Itinera Fasc. 27).
Speich, Suzanne: Vom Abglanz der Prominenz. Klatsch als Starkult und Anbiederung, in: Jürg Bürgi (Hg.): BLICK. Immer dabei! Die tägliche Inszenierung des gesunden Volksempfindens, Basel 1984, S. 141–156.
Spindler, Katharina: Die Schweiz und der italienische Faschismus 1922–1930, Basel 1976.
Steinbach, Peter: Zeitgeschichte und Massenmedien aus der Sicht der Geschichtswissenschaft, in: Jürgen Wilke (Hg.): Massenmedien und Zeitgeschichte, Konstanz 1999, S. 32–52.
Stichweh, Rudolf: Die Entstehung einer Weltöffentlichkeit, in: Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/ Alexander Schmidt-Gernig (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M., New York 2002, S. 57–66.
Stöckli, Rita: Der Savoyerhandel von 1860. Die mediale Konstruktion eines politischen Ereignisses, Zürich 2008.
Stötzel, Georg: Der Nazi-Komplex, in: Ders./Martin Wengeler (Hg.): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, New York 1995, S. 355–382 (Sprache, Politik, Öffentlichkeit 4).
Stonor Saunders, Frances: Wer die Zeche zahlt… Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg, aus dem Englischen von Markus P. Schupfner, Berlin 2001.
Stuart, Robert S.: Ideology, Theory, and Mentality: Some Issues in the Historical Study of Ideology, in: Labour History 50, 1986, S. 63–71.
Sugnaux, Christophe: Continents sans visa, un magazine télévisé de grand reportage (1959–1969). Sa représentation des acteurs de la décolonisation en Afrique Noire, Mémoire de licence polycopié, Université de Fribourg 1999.
Suter, Andreas: Histoire sociale et événements historiques: Pour une nouvelle approche, übers. v. Pierre-G. Martin, in: Annales. Histoire, Sciences Sociales 52, 1997, S. 543–567.
Suter, Andreas/Hettling, Manfred: Struktur und Ereignis: Wege zu einer Sozialgeschichte des Ereignisses, in: Geschichte und Gesellschaft 19, 2001, S. 7–32.
Tamames, Ramón: La República. La era de Franco. Historia de España, Bd. 7, Madrid 1988.

Tanner, Jakob: Totale Verteidigung im bedrohten Kleinstaat. Vom Luftschutz der Zwischenkriegszeit bis zur Zivilschutz-Konzeption 1971, in: Schutzraum Schweiz. Mit dem Zivilschutz zur Notstandsgesellschaft, Bern 1988, S. 59–109.
Tanner, Jakob: Grundlinien der schweizerischen Aussenpolitik seit 1945, Bern 1993 (Arbeitspapiere der Schweizerischen Friedensstiftung 16).
Tanner, Jakob: Die Schweiz in den 1950er Jahren. Prozesse, Brüche, Widersprüche, Ungleichzeitigkeiten, in: Jean-Daniel Blanc/Christine Luchsinger (Hg.): achtung: die 50er Jahre! Annäherung an eine widersprüchliche Zeit, Zürich 1994, S. 19–50.
Tanner, Jakob: Die internationalen Finanzbeziehungen der Schweiz zwischen 1931 und 1950, in: SZG 47, 1997, S. 492–519.
Tanner, Jakob: Switzerland and the Cold War. A Neutral Country between the „American Way of Life" and „Geistige Landesverteidigung", in: Joy Charnley/Malcolm Pender (Hg.): Switzerland and War, Bern, Berlin, Bruxelles u. a. 1999, S. 113–128 (Occasional papers in Swiss studies 2).
Tascón, Julio/Carreras, Albert: Investissements étrangers et intérêts suisses en Espagne (1936–1946), in: Mauro Cerutti/Sébastien Guex/Peter Huber (Hg.): La Suisse et l'Espagne de la République à Franco (1936–1946), Lausanne 2001, S. 463–481.
Thut, Rolf/Bislin, Claudia: Aufrüstung gegen das Volk: Staat und Staatsschutz in der Schweiz: zur Entwicklung der „inneren Sicherheit", Zürich 1977.
Tortella, Gabriel: The Spanish financial sector during World War II, in: Robert U. Vogler et al. (Hg.): Financial Markets of Neutral Countries in World War II, Zürich 2012, S. 129–163.
Trachsler, Daniel: Bundesrat Max Petitpierre. Schweizerische Aussenpolitik im Kalten Krieg 1945–1961, Zürich 2011.
Treglia, Emanuele: Un partido en busca de identidad. La difícil trayectoria del eurocomunismo español (1975–1982), in: Historia del Presente, 18, 2011, S. 25–41.
Trouvé, Matthieu: Un voisinage complexe: l'Espagne et l'Europe de la Guerre froide à la mort de Franco, in: Matériaux pour l'histoire de notre temps 97–98, 2010, S. 17–23.
Tuñón de Lara, Manuel: El poder y la oposición, in: Ders./José Antonio Biescas (Hg.): España bajo la dictadura franquista (1939–1975), vol. X.**, Barcelona [2]1994, S. 165–431.
Tusell, Javier: Carrero. La eminencia gris del régimen de Franco, Madrid 1993.
Tusell, Javier: La transición política: un planteamiento metodológico y algunas cuestiones decisivas, in: Javier Tusell/Álvaro Soto (Hg.): Historia de la transición 1975–1986, Madrid 1996, S. 109–137.
Tusell, Javier/Genoveva G. Queipo de Llano: Tiempo de incertidumbre. Carlos Arias Navarro entre el franquismo y la Transición (1973–1976), Barcelona 2003.
Tusell, Javier: La política, in: Ders. (Hg.): La Transición a la democracia y el reinado de Juan Carlos I, Historia de España Menéndez Pidal, Bd. XLII, Madrid [2]2005, S. 39–373.
Urbano, Pilar: La Reina, Barcelona [14]1997.
Urech, Adrian: Zur Ideologie der Nationalen Aktion und der Republikaner im Spiegel der Zeitungen „Volk und Heimat" und „Republikaner", unveröffentl. Lizentiatsarbeit Univ. Fribourg 1995.
Vallotton, François: Anastasie ou Cassandre? Le rôle de la radio-télévision dans la société helvétique, in: Theo Mäusli/Andreas Steigmeier (Hg.): Radio und Fernsehen in der Schweiz. Geschichte der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG 1958–1983, Baden 2006, S. 37–76.
Vallotton, François/Valsangiacomo, Nelly: Pour une histoire du sonore: les sources radiophoniques entre recherche et enseignement universitaire, in: Kurt Deggeller/Ursula Ganz-Blättler/Ruth

Hungerbühler (Hg.): Gehört – Gesehen. Das audiovisuelle Erbe und die Wissenschaft, Baden, Lugano 2007, S. 40–47.

Vallotton, François/Valsangiacomo, Nelly: L'audiovisuel dans l'auditoire. L'intégration des sources radiophoniques et télévisées au sein de l'einseignement académique, in: SZG 60, 2010, S. 33–43.

Varela, Raquel: A revolução portuguesa de 1974–1975 e o seu impacto na transição espanhola para a democracia vista através da imprensa clandestina espanhola, in: Espacio, Tiempo y Forma 21, 2009, S. 267–287.

Vella, Stephen: Newspapers, in: Miriam Dobson/Benjamin Ziemann (Hg.): Reading Primary Sources. The interpretation of texts from nineteenth- and twentieth-century history, London, New York 2009, S. 192–208.

Viñes Millet, Cristina: La transición en clave de humor, in: Rafael Quirosa-Cheyrouze y Muñoz (Hg.): Prensa y democracia. Los medios de comunicación en la Transición, Madrid 2009, S. 163–182.

Voltmer, Katrin: „Vierte Gewalt" im Schatten der Vergangenheit – Die Transformation der Massenmedien in neuen Demokratien, in: Barbara Pfetsch/Silke Adam (Hg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, Wiesbaden 2008, S. 92–115.

Vowe, Gerhard: Von der Massengesellschaft zur Mediengesellschaft. Antworten der Kommunikationswissenschaft auf die Frage „Wie ist Gesellschaft möglich?", in: Carsten Reinemann/Rudolf Stöber (Hg.): Wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft, Köln 2010, S. 35–61 (Festschrift für Jürgen Wilke).

de Vries, Tity: Not an „Ugly American": Sal Tas, a Dutch Reporter as Agent of the West in Africa, in: Luc van Dongen/Stéphanie Roulin/Giles Scott-Smith (Hg.): Transnational Anti-Communism and the Cold War. Agents, Activities, and Networks, Basingstoke, New York 2014, S. 64–77.

Vuilleumier, Marc: De l'usage du communisme dans la Suisse des années 1840, in: Michel Caillat et al. (Hg.): Histoire(s) de l'anticommunisme en Suisse, Zürich 2009, S. 47–60.

Weber, Katharina: Die Rehabilitierung der Spanienfreiwilligen in der Schweiz (1946–2009), unveröffentl. Lizentiatsarbeit Univ. Zürich 2010.

Wehler, Hans-Ulrich: Transnationale Geschichte – der neue Königsweg historischer Forschung? in: Gunilla Budde/Sebastian Conrad/Oliver Janz (Hg.): Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2006, S. 161–174 (Jürgen Kocka zum 65. Geburtstag).

Wellmann, Annika: „… als schweizerisch deklariertes Produkt" Die Boulevardzeitung „Blick" im Kreuzfeuer der Kritik 1959–1969, in: SZG 58, 2008, S. 198–211.

Wengeler, Martin: „1968" als sprachgeschichtliche Zäsur, in: Ders./Georg Stötzel (Hg.): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, New York 1995, S. 383–404 (Sprache, Politik, Öffentlichkeit 4).

Werner, Michael/Zimmermann, Bénédicte: Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen, in: Geschichte und Gesellschaft 28, 2002, S. 607–636.

Werner, Michael/Zimmermann, Bénédicte: Penser l'histoire croisée: entre empirie et reflexivité, in: Annales. Histoires, Sciences Sociales 58, 2003, S. 5–36.

Werner, Michael/Zimmermann, Bénédicte: Penser l'histoire croisée: entre empirie et reflexivité, in: Dies. (Hg.): De la comparaison à l'histoire croisée, Paris 2004, S. 15–49.

Werner, Michael/Zimmermann, Bénédicte: Histoire Croisée and the Challenge of Reflexivity, in: History and Theory 45, 2006, S. 30–50.

Widmer, Paul: Schweizer Aussenpolitik. Von Charles Pictet de Rochemont bis Edouard Brunner, Zürich 2003.

Wilke, Jürgen: Massenmedien und Zeitgeschichte aus der Sicht der Publizistikwissenschaft, in: Ders. (Hg.): Massenmedien und Zeitgeschichte, Konstanz 1999, S. 19–31.
Wilke, Jürgen: Nachrichtenagenturen, in: Ders. (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln, Weimar, Wien 1999, S. 469–488.
Wilke, Jürgen: Entwicklungsstufen und Determinanten der Kommunikationsgeschichte, in: Ders.: Massenmedien und Journalismus in Geschichte und Gegenwart. Gesammelte Studien, Bremen 2009, S. 13–28.
Wilke, Jürgen: Medienereignisse im Vergleich. Das Erdbeben von Lissabon 1755 und die Tsunami-Katastrophe 2004, in: Ders.: Massenmedien und Journalismus in Geschichte und Gegenwart. Gesammelte Studien, Bremen 2009, S. 162–176.
Wilke, Jürgen: Imagebildung durch Massenmedien, in: Ders.: Massenmedien und Journalismus in Geschichte und Gegenwart. Gesammelte Studien, Bremen 2009, S. 291–300 (Presse und Geschichte – Neue Beiträge 45).
Wippermann, Wolfgang: Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt [6]1995 (Erträge der Forschung 17).
Wippermann, Wolfgang: Faschismus. Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute, Darmstadt 2009.
Wyss, Marco: Abhängigkeit wider Willen oder Drang zum Westen? Die einseitigen Rüstungsbeschaffungen und -lieferungen der Schweiz im frühen Kalten Krieg, in: Sandra Bott/Janick Marina Schaufelbuehl/Sacha Zala (Hg.): Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges, Basel 2011, S. 31–45 (Itinera Fasc. 30).
Wyss, Stefan: Auch Historiker müssen im Bilde sein. Vom Nutzen audiovisueller Quellen für die Geschichtswissenschaft, in: Studien und Quellen 26, 2000, S. 299–336.
Ysàs, Pere: ¿Una sociedad pasiva? Actitudes, activismo y conflictividad social en el franquismo tardío, in: Ayer 68, 2007, S. 31–57.
Zaragoza Alberich, Andrés: Aproximación al proceso de Burgos a partir del Archivo de la Presidencia del Gobierno, in: Javier Tusell et al. (Hg.): El régimen de Franco (1936–1975), Política y relaciones exteriores, 2. Bde., Bd. 2, Madrid 1993, S. 205–215 (Congreso internacional, Madrid, 11–14 de mayo 1993).
Zweifel, Urs: Polizeilicher Ordnungsdienst im „Aufbruch ’68“, in: Mario König et al. (Hg.): Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren, Zürich 1998, S. 183–199 (Die Schweiz: Staat – Gesellschaft – Politik 3).

Elektronische Ressourcen

Baertschi, Christian: Hans O. Staub, in: HLS, Version vom 23. 10. 2011, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D41580.php.
Baertschi, Christian: Annemarie Schwyter, in: HLS, Version vom 15. 11. 2011, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D30258.php.
Bollinger, Ernst: La Liberté, in: HLS, Version vom 11. 12. 2007, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D24805.php.
Bollinger, Ernst: Der Republikaner, in: HLS, Version vom 25. 9. 2011, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D43065.php.

Bonalumi, Giovanni: Vinicio Salati, in: HLS, Version vom 28. 5. 2012, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/i/I24007.php.
Brunold, Ursus: Ettore Tenchio, in: HLS, Version vom 13. 10. 2011, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D5328.php.
Bürgi, Markus: Ueli Götsch, in: HLS, Version vom 19. 5. 2010, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6331.php.
Bürgi, Markus: Hans Oprecht, in: HLS, Version vom 16. 9. 2010, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6464.php.
Chislett, William: The Foreign Press during the Spanish Transition, 1974–1978, Madrid 2011, Version vom 9.12 2012, http://www.transicion.org/90publicaciones/ForeignPressDuringTheTransition.pdf.
Collenberg, Adolf: Christian Padrutt, in: HLS, Version vom 24. 3. 2010, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D27092.php.
Degen, Bernard: Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), in: HLS, Version vom 28. 10. 2011, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17402.php.
Degen, Bernard: Schweizerischer Arbeitgeberverband, in: HLS, Version vom 27. 1. 2011, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16468.php.
Göldi, Wolfgang: St. Galler Tagblatt, in: HLS, Version vom 15. 5. 2010, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D24841.php.
Gmehling, Joachim: Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus in der Zeitschrift „Der Monat“, Phil. Diss. Univ. Hamburg 2010, http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2011/5240/pdf/Dissertation.pdf, [Stand: 13. September 2013].
Huber, Max: Siegfried Frey, in: HLS, Version vom 4. 3. 2012, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13334.php.
Jeanneret, Pierre: Pierre Graber, in: HLS, Version vom 17. 7. 2007, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/f/F4726.php.
Jorio, Marco: Geistige Landesverteidigung, in: HLS, Version vom 6. 5. 2010, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17426.php.
Koller, Christian: Juste-Milieu, in: HLS, Version vom 9. 10. 2008, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D43197.php.
Mayer, Marcel: Hans Schmid, in: HLS, Version vom 11. 2. 2012, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6660.php.
Nerlich, Daniel/Hofstetter, Philipp: Schweizerischer Handels- und Industrieverein (SHIV), in: HLS, Version vom 30. 11. 2011, http://hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16467.php.
Neuenschwander, Erwin: Paul Scherrer, in: HLS, Version vom 14. 9. 2012, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D28931.php.
Prieto López, Moisés: La imagen de la monarquía española en las fuentes audiovisuales suizas (1969–1981), Version vom 27. 5. 2012, http://dx.doi.org/10.5167/uzh-62819.
Prieto, Moisés: Finding Democracy in Spain. The Spanish transition through Swiss Italian-speaking radio programmes (RSI), 1975–1978, in: Media History 21, 2015, S. 192–207, http://dx.doi.org/10.1080/13688804.2014.981514.
Redaktion: Dario Robbiani, in: HLS, Version vom 8. 10. 2011, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D33577.php.

Rodríguez Rodríguez, Mari Carmen: Las relaciones económicas entre Suiza y España: Historia de una neutralidad asimétrica, IX Congreso Internacional de la Asociación Española de Historia Económica, Murcia 2008, (9. – 12. September 2008), Version vom 5. 1. 2012, http://www.um.es/ixcongresoaehe/pdfB14/Las%20relaciones%20economicas%20con%20suiza.pdf.

Scherrer, Adrian: Fred Luchsinger, in: HLS, Version vom 14. 5. 2010, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D41608.php.

Scherrer, Adrian: Arnold Hottinger, in: HLS, Version vom 3. 9. 2009, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D41604.php.

Studer, Brigitte: Jules Humbert-Droz, in: HLS, Version vom 27. 11. 2006, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6390.php.

Trommsdorf, Volkmar: Conrad Burri, in: HLS, Version vom 14. 9. 2012, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D44395.php.

Trüeb, Markus: Alfons Müller [-Marzohl], in: HLS, Version vom 24. 7. 2011, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6424.php.

Wipf, Matthias: Hans Tschäni, in: HLS, Version vom 28. 4. 2012, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D41625.php.

Register

I

J

K

L

M

böhlau

ZÜRCHER BEITRÄGE ZUR GESCHICHTSWISSENSCHAFT

HERAUSGEGEBEN VOM
HISTORISCHEN SEMINAR DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

EINE AUSWAHL

BD. 4 | SEBASTIAN SCHOLZ, GERALD SCHWEDLER, KAI-MICHAEL SPRENGER (HG.)
DAMNATIO IN MEMORIA
DEFORMATION UND GEGENKONSTRUKTIONEN IN DER GESCHICHTE
2014. 284 S. 9 S/W-ABB. GB.
ISBN 978-3-412-22283-3

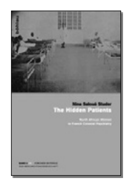
BD. 5 | MIRJAM BUGMANN
HYPNOSEPOLITIK
DER PSYCHIATER AUGUST FOREL, DAS GEHIRN UND DIE GESELLSCHAFT (1870–1920)
2015. 335 S. 18 S/W-ABB. GB.
ISBN 978-3-412-22446-2



BD. 6 | MOISES PRIETO
ZWISCHEN APOLOGIE UND ABLEHNUNG
SCHWEIZER SPANIEN-WAHRNEHMUNG VOM SPÄTEN FRANCO-REGIME BIS ZUR DEMOKRATISIERUNG (1969–1982)
2015. 490 S. 11 S/W-ABB. GB.
ISBN 978-3-412-50133-4



BD. 7 | MILENA SVEC GOETSCHI
KLOSTERFLUCHT UND BITTGANG
APOSTASIE UND MONASTISCHE MOBILITÄT IM 15. JAHRHUNDERT
2015. CA. 552 S. 8 ABB. GB.
ISBN 978-3-412-50152-5



BD. 8 | NINA SALOUÂ STUDER
THE HIDDEN PATIENTS
NORTH AFRICAN WOMEN IN FRENCH COLONIAL PSYCHIATRY
2015. CA. 320 S. ZAHLR. GRAFIKEN GB.
ISBN 978-3-412-50201-0

BÖHLAU VERLAG, URSULAPLATZ 1, D-50668 KÖLN, T:+49 221 913 90-0
INFO@BOEHLAU-VERLAG.COM, WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM | WIEN KÖLN WEIMAR



BAND 6 |I| ZÜRCHER BEITRÄGE ZUR GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Die durch den Kalten Krieg erlangte Salonfähigkeit der spanischen Diktatur wurde auch im Ausland immer stärker hinterfragt. Auch in der Schweiz, die im Laufe des Kalten Krieges ihre Beziehungen zu einem nicht mehr so umstrittenen Land konsolidiert hatte, begannen sich regimekritische Gruppen zu kristallisieren. Linke Kreise gründeten bereits 1961 das „Schweizerische Komitee für politische Amnestie in Spanien". Ab 1968 gesellten sich Elemente der Neuen Linken dem antifranquistischen Protest hinzu. Selbst in der Berichterstattung im Schweizer Radio und Fernsehen lässt sich ein Engagement gegen die Repression in Spanien feststellen. Die Beurteilung des Regimes war indes keineswegs einstimmig. Bürgerliche und rechtskonservative Blätter machten keinen Hehl aus ihrer Bewunderung für General Franco. Sein Tod im November 1975 und Juan Carlos' Inthronisation stellen eine Zäsur dar, die eine Phase der Hoffnung auf eine untraumatische Demokratisierung und Europäisierung des Landes einleitete.



ISBN 978-3-412-50133-4 | WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM